

Thomas E. Goes ■ ■

GRÜNER SOZIALIS- MUS?

■ Über das
politische Bewusstsein
von Arbeiter*innen
in Zeiten des Umbruchs

[transcript] Gesellschaft der Unterschiede

Thomas E. Goes
Grüner Sozialismus?

Thomas E. Goes (Dr.), geb. 1980, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Er forscht zu Gewerkschaften, Klassen und Ungleichheit, politischen Einstellungen sowie zu Klimakrise und Rechtspopulismus/-extremismus.

Thomas E. Goes

Grüner Sozialismus?

Über das politische Bewusstsein von Arbeiter*innen
in Zeiten des Umbruchs

[transcript]

Für die Finanzierung des Projekts bedanken wir uns beim Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2024 im transcript Verlag, Bielefeld

© Thomas E. Goes

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Korrektur: Johannes Schulten, Berlin

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839470411>

Print-ISBN: 978-3-8376-7041-7

PDF-ISBN: 978-3-8394-7041-1

Buchreihen-ISSN: 2702-9271

Buchreihen-eISSN: 2702-928X

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

1. Krisen und Zukünfte	9
1.1 Die Möglichkeit einer sozial-ökologischen Sozialstaatspolitik	13
1.2 Alltagsbewusstsein und politische Bewusstseinsforschung	19
1.3 Was im Buch wo zu finden ist	20
2. Demokratische Klassenpolitik	23
2.1 Demokratische Klassenpolitik und Wohlfahrtsstaat	26
2.2 Der Sozialstaat als Terrain der Institutionalisierung des Klassenkonfliktes	29
2.3 Die sozial-ökologische Transformation: Varianten des Green New Deal	39
2.4 Die Rolle politischer Projekte	44
3. Politische (Sozialstaats-)Projekte und die Gestaltung der prekären Zweidrittelgesellschaft	49
3.1 Der liberal-konservative Modernisierungsblock	51
3.2 Der marktsozialdemokratisch-ökologische Modernisierungsblock	53
3.3 Der grün-sozialistische und der antiökologisch-nationalradikale Oppositionsblock	57
3.4 Ein ökologisch-sozialliberaler Modernisierungsblock?	63
4. Die prekäre Zweidrittelgesellschaft der Klimakrise	67
4.1 Der fossile deutsche Kapitalismus	69
4.1.1 Der fossil-industrielle Kern des deutschen Kapitalismus	71
4.1.2 Sozial-ökologische moralische Ökonomie	73
4.1.3 Der Export ökologischer Folgekosten	74
4.2 Gesellschaftsklassen	76
4.3 Ungleiche Zweidrittelgesellschaft	82
4.4 Das Zweidrittel in der prekarierten Gesellschaft	87
4.5 Ungleiche Verantwortung und Betroffenheit im fossilen Kapitalismus	93
5. Populäre Anschauungen	99
5.1 Wichtige Trends auf dem Terrain der populären Anschauungen	100
5.1.1 Wertschätzung des Wohlfahrtsstaates	101

5.1.2	Die ungerechte Gesellschaft	105
5.1.3	Ein Unbehagen an der Politik	107
5.1.4	Zwischen (sozialen) Sorgen und Fremdenfeindlichkeit	110
5.1.5	Klimapolitische Dringlichkeit und Skepsis	113
5.2	Die Sicht von Automobilbeschäftigten, Krankenpfleger*innen und Busfahrer*innen	119
5.2.1	Der Blick auf den Betrieb: Arbeits- und Lohnzufriedenheit	122
5.2.2	Die Gesellschaft: Jenseits von Katastrophismus und Harmonie	127
5.2.3	Rechtsruck und Klimaschutz	133
5.2.4	Der gute Sozialstaat?	135
5.2.5	Politiker*innen und Parteien: Entfremdet und gekauft?	145
5.2.6	Fazit	148
5.3	Populäre Deutungen in gewerkschaftlichen Milieus	149
5.3.1	Deutungsmusteranalyse	154
5.3.2	Der Sozialrebellische Nationalist	160
5.3.3	Die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen	173
5.3.4	Die (Enttäuschten) Sozialliberalen	198
5.3.5	Die Leistungsorientierten Sozialkonservativen	223
5.3.6	Die Ökologie-Zuerst-Bewegten	242
5.3.7	Der Exklusive Sozialpopulist	263
5.3.8	Sozialstaatsansprüche und die Demokratisierung der Wirtschaft	276
5.4	Im Zusammenhang: Einstellungstypen, politische Lager und Wähler*innenorientierungen ..	292
5.4.1	Wohlfahrtsstaatsansprüche: Einstellungstypen und politische Lager	293
5.4.2	Wähler*innenorientierungen	304
6.	Perspektiven demokratisch-ökologischer Klassenpolitik	321
6.1	Potenziale des grünen Sozialismus?	321
6.2	Sozialkritik und Potenziale demokratisch-ökologischer Klassenpolitik	327
6.2.1	Entwicklungen auf den Terrains der Klassenungleichheit und der populären Ideologien	328
6.2.2	Auf den Zusammenhang kommt es an: Politischer Gehalt der Deutungsmuster	338
6.3.	Grüner Sozialismus – Was tun?	343
6.3.1	Vier-in-Eins: Gleichheit, Demokratie, Antifaschismus, Klimaschutz	343
6.3.2	Durch politische Experimente Lust und Glauben an Veränderung wecken	351
6.3.3	Für einen linken Republikanismus	356
6.3.4	Wirtschaftsrepublikanismus: Für eine Demokratisierung der Wirtschaft	362
7.	Tabellenverzeichnis	367
8.	Statistiken und Quellen	369
9.	Literatur	373

Dank

Dass ich dieses Buch schreiben konnte, verdanke ich der Förderung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

In weiten Teilen habe ich dieses Buch während der Corona-Pandemie geschrieben, also unter der Bedingung geschlossener Schulen und Kitas, zusätzlicher Betreuungsaufgaben, eines hart eingeschränkten Freizeitlebens und begrenzter Mobilität. Das war nicht immer einfach. Meine Familie war mir eine Kraftquelle. Ich möchte dieses Buch deshalb Katharina, Enno, Luka und Paula widmen, die auf den letzten Metern dazugekommen ist.

1. Krisen und Zukünfte

»Soziale Umverteilung und nicht so sehr Wachstum wird die Politik des neuen Jahrtausends bestimmen. Die marktunabhängige Zuteilung von Ressourcen, oder zumindest eine scharfe Beschränkung der marktwirtschaftlichen Verteilung, wird unumgänglich sein, um der drohenden ökologischen Krise die Spitze zu nehmen. Und auf die eine oder andere Weise wird das Schicksal der Menschheit im neuen Jahrtausend vom Wiederaufbau der öffentlichen Institutionen abhängig sein.« (Hobsbawm 2003, 711)

Seit diese Worte des britischen Sozialhistorikers Eric Hobsbawm Mitte der 1990er Jahre im englischen Original erschienen sind, ist über ein Vierteljahrhundert vergangen – und im Großen und Ganzen lag er daneben. Die ökologische Krise hat sich verschärft, der Wohlfahrtsstaat, wie er bis in die 1970er Jahre ausgebaut wurde, wurde geschwächt und durch verschiedene Regierungsbündnisse neoliberal umgebaut, der Markttasch wurde gestärkt und soziale Ungleichheiten haben eher zugenommen (siehe Kap. 3.2-3.4). Auch in einem anderen Punkt irrte sich Hobsbawm: Angesichts der seit spätestens den 1980er Jahren zu beobachtenden niedrigen Wachstumsraten der Wirtschaften im hochentwickelten kapitalistischen Zentrum (Nordamerika, Westeuropa und Japan) stand Wachstumsförderung ganz oben auf der politischen Agenda. Und das überwiegend mit Hilfe steuerlicher Entlastungen von Unternehmen und Wohlhabenden, durch technologische Innovationsförderung, mit Hilfe der versuchten Senkung von Sozialstaatsleistungen und einer Wende hin zur aktivierenden und strafenden Arbeitsmarktpolitik. Hatte der fossile Nachkriegskapitalismus bis in die späten 1970er Jahre hinein eine Art integrative Klassengesellschaft entstehen lassen (die ab Ende der 1960er Jahre durch eine Reihe starker sozialer und politischer Konflikte durchzogen wurde¹), hatte ab Anfang der 1980er Jahre eine grundlegende politische Tendenzwende begonnen.

Entstanden ist so eine prekäre Zweidrittelgesellschaft. Wichtig dafür war auch ein sozialstaatspolitischer Richtungswechsel (Judt 2006, 610f.), der auch in der Bundesrepublik seit Beginn der 1980er Jahre vollzogen wurde. Hatte zumindest in den europäischen Marktwirtschaften ein breiter politischer Konsens dazu beigetragen, dass die Wohlfahrtsstaaten auf- und ausgebaut worden waren (Borchert 1996, 46; Kaelble 2007, 340),

1 Siehe hierzu (Birke 2007, 216f.; Herbert 2014, 841f.; Horn 2007).

verfolgten Regierungen in fast allen westlichen Demokratien seit etwa Ende der 1970er Jahre Politiken, die darauf zielten den Sozialstaat um- und abzubauen und den gesellschaftlichen Reichtum eher nach oben umzuverteilen (Borchert 1996, 41). Insbesondere die Reformen der Rot-Grünen Bundesregierung zu Beginn der 2000er Jahre förderten Ungleichheit und soziale Unsicherheit (Mayer-Ahuja/Nachtwey 2021, 116–118). Auch infolge dieser Politik entfaltet sich in Deutschland m.E. eine schleichende soziale Krise. Diese Krise ist gekennzeichnet durch die weite Verbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, durch gestiegene und verfestigte Armut und durch die drohende Abkopplung des – in der groben Tendenz – unteren Drittels der Bevölkerung. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist ein wichtiges Charakteristikum dieser Gesellschaft, von Vollbeschäftigung, wie es sie in vielen westeuropäischen Ländern Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre gegeben hat, kann jedenfalls keine Rede sein. Zwar ist die Erwerbslosenquote in Deutschland seit etwa 2005 deutlich zurückgegangen². Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit als drohendes Schicksal – ob Fachkräfteengpässe, von denen zu hören ist, einen Rückgewinn an sozialer Sicherheit ermöglichen werden, ist offen³. Die heutige prekäre Zweidrittelgesellschaft ist durch große soziale Ungleichheit und Unsicherheit geprägt, aber die Menschen auf den verschiedenen Etagen der heutigen Klassengesellschaft sind davon sehr unterschiedlich betroffen. Die soziale Mitte steht unter Druck, die oberen Schichten und das Bürgertum profitieren, sozial entkoppelt zu werden drohen dagegen lediglich ein Fünftel bis ein Drittel der unteren Klassen, insbesondere der Arbeiter*innenklasse.

Diese schleichende soziale verschränkt sich mit der ökologischen Krise, die dem kritischen Zeitgenossen Hobsbawm zu Beginn der 1990er Jahre bereits bewusst war (Deppe 2021, 282f.; Dörre 2021, 50f.)⁴. Hatte der fossile Kapitalismus auf der Grundlage eines enormen Ressourcenverbrauchs die Entstehung der integrativen Klassengesellschaft der

- 2 Die Zahl der Erwerbslosen dürfte in jedem Jahr deutlich höher liegen als von der offiziellen Statistik ausgewiesen. Bei der Interpretation der Erwerbslosenstatistik ist zu bedenken, wer mittlerweile nicht mehr als erwerbslos gilt. »Enthalten« sind nicht: Menschen, die 58 Jahre alt sind, seit 12 Monaten Arbeitslosengeld 2 beziehen und in dieser Zeit kein Jobangebot bekamen; alle Erwerbslosen, die in einer Fortbildungs-, Weiterbildungs-, Trainings- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sind; alle krankgeschriebenen Menschen; Erwerbslose, die ihre Pflichten bei der Arbeitssuche nicht erfüllen.
- 3 Denkbar ist, dass gegenwärtige und zukünftige Fachkräfteengpässe die Arbeitsmarktmacht von Lohnabhängigen stärken und Unternehmer*innen dazu zwingen, um Arbeitskräfte zu konkurrieren. Das würde zu einem Rückenwind für Gewerkschaften führen, möglicherweise zu einem Entprekariisierungsschub beitragen, sollten Betriebsräte und Gewerkschafter*innen diesen zu nutzen wissen. Das Regime der Angst und Verunsicherung (siehe Kap. 4.3 und 4.4) würde gebrochen. Zum Zusammenhang zwischen Arbeitskräfteengpässen und gewerkschaftlichem Rückenwind siehe u.a. Goes/Dörre/Schmalz/Thiel 2015, 49f. Ebenfalls zu berücksichtigen ist die Entwicklung der Reallöhne. Zwischen 2013 und 2019 waren diese wieder moderat gestiegen, seither hat sich dieser Trend aber umgekehrt. Von 2019 auf 2020 sanken die Reallöhne u.a. aufgrund starker Teuerung um 1,1 Prozent, von 2020 auf 2021 um 0,1 Prozent und schließlich von 2021–2022 um 4 Prozent (Bundesamt für Statistik 2023). Insbesondere Beschäftigte aus unteren Einkommensschichten und dem Niedriglohnsektor dürften von der Inflation stark betroffen sein.
- 4 Dass sie zum prägenden Thema der öffentlichen Diskussion in Deutschland wurde, hat mit der Entstehung der Klimagerechtigkeitsbewegung zu tun, aber auch mit intensiven Wettererfahrungen

Nachkriegszeit ermöglicht, hat er auch destruktive Formen der Naturbeherrschung, eine Naturzerstörung neuer Qualität hervorgebracht (siehe Kap. 3). Die Folge waren erste Erscheinungsformen einer ersten ökologischen Krise. Auch sie hat sich in den vergangenen rund 25 Jahren enorm vertieft, nicht zuletzt als sich verschärfende Klimakrise. Die Menschheit setzt der Atmosphäre in einem atemberaubend schnellen Tempo Kohlendioxid zu, »[...] hundertmal so schnell wie zu jedem anderen Zeitpunkt in der Geschichte der Menschheit vor dem Beginn der Industrialisierung.« (Wallace-Wells 2019, 50). Anders als wirtschaftliche und infolgedessen die sozialen Krisen entwickelt sich die ökologische Krise allerdings nicht zyklisch, sondern kumulativ. Das heißt, die Probleme häufen sich an und verschärfen sich so, verursachen immer größere Schäden, die auch nicht mehr rückgängig gemacht werden können (Altvater 2010, 231).

»Die Luftverschmutzung in den Großstädten, die Verunreinigung des Trinkwassers und die Umweltverschmutzung ganz allgemein haben exponentielle Zuwächse. Der gesamte Planet erwärmt sich, das Eis der beiden Polarkappen (Grönland und Antarktis) schmilzt, die »naturbedingten« Überschwemmungen vervielfachen sich. Die Zerstörung der Ozonschicht, welche die Erdatmosphäre umgibt, hat begonnen. Mit beschleunigter Geschwindigkeit werden die tropischen Regenwälder zerstört, und die Biodiversität verringert sich auf vergleichbar rasante Weise durch das Aussterben von Tausenden von Tierarten. Die Böden trocknen aus, es kommt zur Desertifikation, der Ausweitung der Wüsten. Abfälle häufen sich an, insbesondere atomare Abfälle, die unmöglich sicher deponiert werden können, sei es auf den Kontinenten oder unter dem Meeresspiegel der Ozeane. [...]. Die Lebensmittel werden durch Pestizide und andere giftige Substanzen verschmutzt – nicht zu reden von genetischer Manipulation, vom »Rinderwahnsinn« oder den Hormonfleisch-Skandalen... All diese Warnblinkanlagen stehen auf Rot. [...]. Man gibt sich keineswegs einem Katastrophismus hin, wenn man feststellt, dass die unbegrenzte Dynamik des »Wachstums«, welche die kapitalistische Expansion mit sich bringt, die Grundlagen des menschlichen Lebens auf diesem Planeten auszulöschen droht.« (Löwy 2016, 23)

Es droht ein zivilisationszerstörender ökologischer Bruch, von dem die Klimakrise allerdings lediglich ein Teil ist⁵, ein Bruch bei dem es nicht nur um die Nachhaltigkeit der menschlichen Gesellschaften, sondern überhaupt darum geht, ob es noch eine Vielfalt des Lebens auf der Erde geben wird (Bellamy Foster/Clark/York 2011, 16). Ändern wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise nicht radikal, reduzieren wird also nicht – auf globaler Ebene – die Verschmutzung unserer Atmosphäre in enormen Maßen, würde das gegen Ende dieses Jahrhunderts heißen,

»[...] dass große Gebiete in Afrika, Australien und den Vereinigten Staaten, die Teile von Südamerika, die nördlich von Patagonien liegen, und ganz Asien südlich von Sibirien

gen, beispielsweise mit dem »Sommer der Feuer und Fluten« (Klein 2021, 85), den wir im Jahr 2021 auch in Europa und Deutschland erleben.

5 Andere Elemente sind z.B. die Übersäuerung der Ozeane, der Ozonmangel in der Stratosphäre, der zu hohe weltweite Frischwasserverbrauch und der Verlust an Biodiversität (Bellamy Foster/Clark/York 2011, 16).

durch Hitze, Verwüstung und Überschwemmungen unbewohnbar wären. Ganz sicher wären sie und viele weitere Regionen unwirtlich.« (Wallace-Wells 2019, 51)

Die Klimakrise ist eng mit Klassen- und Ungleichheitsverhältnissen verbunden. Der Kapitalismus selbst zerstört aus systemischen Gründen die Umwelt (Wright 2017, 123–124), das ökologische Desaster ist nicht Folge unangemessenen Verhaltens von Unternehmen oder Konsument*innen. Die kapitalistische Produktionsweise ist expansiv, Kapital soll Profite abwerfen. Dazu will es mit möglichst billiger Arbeitskraft, möglichst billiger Nahrung (für die benötigten Arbeitskräfte und ihre Familien), möglichst billigen Rohstoffen und möglichst billiger Energie versorgt werden, um möglichst hohe Gewinne durch maximalen Warenabsatz einzustreichen (Patel/Moore 2018, 35–54). Gefräßiges Kapitel, dem nur politisch Einhalt geboten werden kann, hat eine Verschränkung von sozialer und existenzbedrohender ökologischer Krise hervorgebracht (Dörre 2021, 61f.).

Klassenungleichheiten sind im Zusammenhang der Klimakrise aus mehreren Gründen entscheidend. *Erstens* leben wir zwar alle auf demselben Planeten, aber wir sind trotzdem in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlicher Weise von den Folgen der Erderwärmung betroffen. Die Folgen der weltweiten ökologischen Krise sind nicht nur auf dem Globus ausgesprochen ungerecht verteilt (Müller/Sommer 2021, 93), sie sind es auch sozial – und zwar in Abhängigkeit von unserer Stellung in unserer Klassengesellschaft (Dörre 2022, 54f.; Rackwitz 2022, 98; Zeller 2020, 12). *Zweitens* tragen Menschen, die an der Spitze unserer Klassengesellschaft stehen, in größerem Maße dazu bei, dass die Umwelt zerstört und die Klimakrise verschärft wird – das gilt insbesondere für die profitabhängigen Kapitalist*innen, es gilt aber auch für Menschen mit großen Einkommen, die trotz Biokonsums einen viel größeren ökologischen Fußabdruck haben als »einkommensschwache« Menschen (Zelik 2020, 58, 200). Eine große Rolle spielen dabei auch der Luxuskonsum und die Hypermobilität der Superreichen (Neckel 2023, 51f.). *Drittens* springen Klassenspaltung und soziale Ungleichheiten ins Auge, wenn man sich der Frage zuwendet, auf welche Art und Weise der weitere Anstieg der Temperaturen und eine katastrophale Entwicklung des Weltklimas verhindert werden kann. Soll die Erderwärmung über ein Maß hinaus verhindert werden, das für Millionen zu katastrophalen Lebensbedingungen führt, und die weitere ökologische Entwicklung unkontrollierbar macht, muss der Schadstoffausstoß drastisch verringert werden. Der Energieverbrauch muss gesenkt werden, besonders schadstoffstarke Wirtschaftsbranchen zurückgebaut und abgeschafft werden. In den nationalen Klassengesellschaften, in denen wenige viel besitzen und viele wenig haben, als auch auf Weltebene, auf der mehr als 3 Milliarden Menschen schon heute unter elenden Bedingungen leben, stellt sich die Frage wer auf was verzichten muss, wessen Jobs und wessen Lebensgrundlagen verschwinden, wenn ein wirklich klimaschützender Umbau begonnen wird. Wenngleich die historisch entstandenen nationalen Kapitalismen sich nur in ihrer komplexen und widersprüchlichen Einheit begreifen lassen, gibt es doch einen fossil-industriellen Kern, der von verschiedenen Kapitalgruppen gebildet wird. Die Teile der hiesigen Arbeiter*innenklasse, aber auch der lohnabhängigen Mittelklasse und des Kleinbürgertums, die von diesen Kapitalgruppen ausgebeutet werden und abhängig sind, sind vom ökologischen Umbau in besonderem Maße betroffen. Welche Jobalternativen gibt es für diejenigen, die nicht mehr in der Automobil- oder Luftfahrtindustrie und im Kohleabbau arbeiten

können? Oder: Wie kann man denen, die heute bereits im globalen Süden in Armut leben, einen sozialen Aufstieg ermöglichen, humane Lebensbedingungen verschaffen, ohne den CO₂-Ausstoß in einem Maße zu steigern, dass die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört werden (Tanuro 2015, 19)?

1.1 Die Möglichkeit einer sozial-ökologischen Sozialstaatspolitik

All das sind Verteilungsfragen – Fragen der Verteilung von Lebenschancen und Reichtum, von Verantwortung für die drohende Klimakatastrophe und Fragen der Verteilung der Lasten und Kosten für ihre Bewältigung auf die verschiedenen Gesellschaftsklassen und Schichten innerhalb dieser Klassen. *Dabei wird zumindest in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland auch der Wohlfahrtsstaat eine entscheidende Rolle spielen, dessen Umbau eine sozial gerechte Bewältigung der Klimakrise ermöglichen könnte, wenn er mehr soziale Sicherheit und einen demokratischen Eingriff in die Wirtschaft ermöglicht* (Riexinger 2020, 48–54) – oder auch nicht. In jedem Fall wird jede Klimapolitik zugleich eine konfliktthafte Klassenpolitik sein (Dörre 2019c, 47). Denn wie Naomi Klein zurecht feststellt:

»Wer zu den Gewinnern unseres Wirtschaftssystems gehört und von noch größeren Gewinnern bezahlt wird [...], wird sich bei jedem Bemühen um eine klimafreundlichere Gesetzgebung von dem Gedanken leiten lassen, die Veränderungen so minimal wie möglich zu halten und den Status Quo weitgehend zu erhalten.« (Klein 2019c, 77)

Das gilt für effiziente Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, das gilt aber auch für das heute erreichte Maß an sozialer Ungleichheit und Unsicherheit, das die prekäre Zweidrittelgesellschaft prägt.

Der Wohlfahrtsstaat ist für die möglichen Zukünfte unserer Gesellschaft entscheidend. Er bestimmt darüber mit, wie groß die soziale Ungleichheit und Unsicherheit in Deutschland ist, welche Lebenschancen die Menschen haben, wie das Machtgefälle zwischen den Gesellschaftsklassen genau aussieht, wie die Wirtschaft funktioniert (siehe Kap. 2.1 – 2.2).

Genau darum ist Wohlfahrtsstaatspolitik dafür entscheidend, wie eigentlich die oben angesprochene ökologische Transformation unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft genau aussehen wird. Ein ökologischer Umbau kann – wie im Rahmen des heute politisch vorherrschenden Ansatzes – als marktwirtschaftlicher Green New Deal gestaltet werden. Wirtschaftswachstum soll dabei durch Umwelt- und Klimaschutz erreicht werden, weil so neue Märkte entstehen – Konflikte mit größeren fossilen Kapitalgruppen spielen dabei keine Rolle, das Klima soll im Bündnis mit den Unternehmen geschützt werden. Es handelt sich um »Politik durch den Markt«, wozu aber durchaus staatliche Vermittlungen, Investitionen und Projekte gehören (können). Der Sozialstaat, wenn denn überhaupt, wird in dieser Strategie höchstens für die Abfederung des Umbaus gebraucht.

Aber denkbar sind auch linkssozialdemokratische oder sozialistische Varianten des Green New Deal (siehe Kap. 2.3). Sie teilen zwei Gemeinsamkeiten. Erstens wird in diesen Konzepten der Kampf gegen die Zerstörung der ökologischen Existenzgrundlagen

gleichzeitig mit dem Streit für mehr Demokratie, für mehr soziale Sicherheit und soziale Gleichheit verbunden. Deshalb haben diese linken Visionen des Green New Deal eine antagonistische Seite, ohne Konflikte mit dem Kapital geht es nicht. Es handelt sich um »Politik gegen den Markt«. Zweitens spielt der Wohlfahrtsstaat aus diesen Gründen in beiden Varianten eine wichtige Rolle, es handelt sich um einen »starken Sozialstaat mit Mission«, wie man in Anlehnung an Mariana Mazzucato sagen könnte (Mazzucato 2020, 85f.). *Politik gegen den Markt heißt immer: mehr demokratische Wohlfahrtsstaatspolitik, bei der das Demokratische großgeschrieben werden soll, also die Beteiligung von Belegschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren* (Dörre 2019b, 26f.; Jessop 2019, 108; Riexinger 2020, 64f.; Satgar 2019, 160f.).

Zum ökologischen Umbau der Wirtschaft und unserer Lebensweise gehören demnach beispielsweise Umverteilung (u.a. der Kosten), die Gewährleistung von sozialer Sicherheit (etwa für Beschäftigte, die ihre Jobs in Branchen verlieren, die vom fossilen Kapital dominiert werden), Investitionen in Transfer- und Weiterbildungsgesellschaften, massive Investitionen in ein Verkehrssystem, das durch öffentlichen Nahverkehr geprägt ist, aber auch wirtschaftsdemokratische Eingriffe, durch die demokratisch gestaltet werden kann, was in den Unternehmen passiert – inklusive ökologischer Lenkungswirkung (ausführlich zu den drei Varianten des Green New Deal siehe Kap. 2.3). In diesem Sinne kann der Sozialstaat auch in der ökologischen Transformation dafür entscheidend sein, ob dabei die Unsicherheit, die Kapitalmacht und die soziale Ungleichheit noch vergrößert werden – oder ob eine soziale, demokratische und ökologisch nachhaltige Transformation des Kapitalismus, oder gar über ihn hinaus, gelingen kann.

Politische Projekte, das Alltagsbewusstsein und Sozialstaatskoalitionen

Welche Wohlfahrtsstaatspolitik unsere Gesellschaft in Zukunft prägen wird, ist davon abhängig, welche politischen Projekte hegemonial werden. Politische Projekte sind Netzwerke politischer Organisationen, aber auch von Akteuren aus sozialen Bewegungen, Verbänden, Gewerkschaften usw., die sich um eine oder mehrere Ankerparteien bilden (siehe Kap. 2.4). Jedes Projekt versucht gesellschaftliche Klassenallianzen – oder: soziale Blöcke (Dörre 2021, 233) – zu schmieden, um ihr Entwicklungsmodell für die Gesellschaft durchzusetzen, zu dem in der Regel ein eigenes und besonderes Sozialstaatsprojekt gehört: Wie genau soll der Wohlfahrtsstaat aussehen, was soll er leisten, wie soll er finanziert werden? Das nenne ich in Anlehnung an Walter Korpi (und andere) den *demokratischen Klassenkampf* (Korpi 1983), der sich innerhalb des Staates ausdrückt und niederschlägt. In Form von Netzwerken, Gesetzen und auch im konkreten institutionellen Aufbau (siehe Kap. 2.1 – 2.2).

Im Moment konkurrieren in Deutschland vier Projekte miteinander, das sozialliberal-ökologische Modernisierungsprojekt mit einem konservativ-liberalen Projekt, mit einem antiökologisch-nationalradikalen⁶ und einem – eher krisenhaft und latent

6 Den Begriff des Nationalradikalismus habe ich von Wilhelm Heitmeyer übernommen (Heitmeyer 2018, 14). Der autoritäre Nationalradikalismus verspricht, so Heitmeyer, erstens Kontrollgewinne durch starke Führung und Hierarchien, rückt Kampf und Konflikt in den Vordergrund. Darüber hinaus setzt er zweitens auf die Bevorzugung der Deutschen, also auf die Privilegierung des einfa-

vorhandenen – linkssozial-ökologischen Projekt, dem Projekt des Grünen Sozialismus⁷ (siehe Kap. 2.4 und 3)⁸. Sie alle folgten auf und aus der Neoliberalisierung der deutschen Gesellschaft, die seit den frühen 1980er Jahren durch einen liberal-konservativen und einem marktsozialdemokratisch-ökologischen Modernisierungsblock betrieben worden ist (siehe Kap. 3.2). Und sie alle unterscheiden sich grundlegend darin, wie oben bereits angedeutet, wie sie auf die schleichende soziale und die sich verschärfende ökologische Krise antworten, die die prekäre Zweidrittelgesellschaft durchziehen, sie konstituieren. Jedes politische Projekt schlägt eine Art Entwicklungsmodell für das Land vor, zu dem auch ein jeweils eigensinniges Sozialstaatsprojekt gehört. Was die verschiedenen Projekte voneinander trennt, ist nicht zuletzt, ob und in welchem Maße sie versuchen Gleichheit oder Ungleichheit, Demokratisierung oder Hierarchien zu stärken und welche Rolle und Aufgaben der Wohlfahrtsstaat dabei spielt. Ausführlicher werde ich die Eigenschaften dieser verschiedenen Projekte in Kapitel 3 darstellen.

Die Zukunft der prekären Zweidrittelgesellschaft, die weitere Entwicklung der sozialen und ökologischen Krisen, die sie durchziehen, ist davon abhängig, welche dieser vier Projekte in der Lage sein werden, tragfähige gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden, für ihre Sozialstaatsprojekte Unterstützung zu gewinnen. Aber wie analysiert man die politischen Potenziale der verschiedenen politischen Projekte, sich durchzusetzen? Anregung bietet hier der jamaikanisch-englische Kulturwissenschaftler Stuart Hall, der Ende der 1980er Jahre mit seiner Arbeit »The Hard Road to Renewal« (Hall 1988) eine Sammlung von Analysen vorlegte, in denen er sich mit einem der einflussreichsten politischen Projekte beschäftigte, die es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab: dem neoliberalen Thatcherismus in England und dessen Sozialstaatsprojekt. Dabei begnügte er sich nicht damit herauszuarbeiten, dass sich die damals neue Rechte gegen den Sozialstaat wandte, er analysierte genau, wie dieses Projekt funktionierte, wie es sich ideologisch-kulturell von der alten Rechten unterschied, wie es in die Krise der Gesellschaft und in die Krise der Sozialdemokratie eingeflochten war. Ausführlich widmete er sich insbesondere der Fähigkeit des Thatcherismus, Unterstützung und Zustimmung aus unteren Schichten zu gewinnen (ebd., 6). Zwei Punkte unterstrich er in diesem Zusammenhang ganz besonders.

Die Veränderung des Klassenterrains: Hall unterstrich erstens, dass das neoliberale Projekt in einer engen Verbindung stand mit der *Veränderung der konkreten Klassenverhältnis-*

chen Volkes, das ethnisch-kulturell definiert wird (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, 103). Verbunden wird dies mit einem Überlegenheitsversprechen und -anspruch. Drittens verspricht der Nationalradikalismus grundlegende Veränderungen, bedient sich aber auch eines »rabiante(n) und emotionalisierende(n) Mobilisierungsstils, (...) (der) vor allem mit menschenfeindlichen Grenzüberschreitungen (...) (arbeiten).« (Heitmeyer 2018, 234–235).

- 7 Im Folgenden schreibe ich vom grünen Sozialismus, wenn das Ziel gemeint ist (klein geschriebenes Grün), vom Grünen Sozialismus (groß geschriebenes Grün), wenn ich das politische Projekt bezeichne, das dieses Ziel verfolgt.
- 8 Ob ein konservativ-nationalradikales Projekt entstehen kann, das eine Annäherung zwischen Christdemokratie und AfD voraussetzen würde, ist m.E. offen. Ich werde dies im Weiteren nicht diskutieren, insbesondere in Ostdeutschland gab und gibt es allerdings Versuche punktuell zusammenzuarbeiten.

se, der konkreten sozialen Zusammensetzung der englischen Gesellschaftsklassen, die sich stark wandelte und durch die neoliberale Politik noch weiter verändert wurde. Halls Argument war weitreichend: Das Klassenterrain, auf dem politische Auseinandersetzungen geführt wurden, befand sich nicht nur graduell in Veränderung (wie es in Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise dominiert, immer der Fall ist), sondern ein struktureller, epochaler Bruch hatte begonnen, durch den die materielle Basis, die institutionellen und auch die kulturellen Grundlagen sich radikal veränderten, auf denen u.a. auch die bis dahin traditionelle sozialdemokratische Klassenpolitik eine dominante politische Kraft sein konnte. Die berufliche Struktur veränderte sich, auch die Qualifikationsstrukturen, aber auch die geschlechtliche Zusammensetzung des in den Arbeitsmarkt integrierten Teils der unteren Klassen, und ihre ethnische Zusammensetzung wandelten sich – auch Klassenkulturen blieben davon nicht unberührt (ebd., 5). Hier knüpfe ich an. *Klassenstrukturen und die konkrete soziale Zusammensetzung der Klassen – die Ungleichheitsverhältnisse in und zwischen ihnen – stellen für politische Projekte gleichzeitig ein Handlungsterrain und ein »Rohmaterial«* (Esping-Andersen 1985, 27) dar, auf und mit denen Strategien entwickelt werden müssen. Sie prägen Lebenserfahrungen und auch Sichtweisen der Menschen, sie bringen Probleme hervor, zu denen politische Projekte sich verhalten müssen. Deshalb werde ich mich in Kapitel 4 mit der prekären Zweidrittelgesellschaft beschäftigen. Ich werde mich daraufkonzentrieren, Entwicklungslinien nachzuzeichnen (z.B. den Rückgang der Industriebeschäftigung, das Wachstum atypischer und prekärer Arbeitsverhältnisse oder die Zunahme von Migrationserfahrungen), von denen ich annehme, dass sie das Klassenterrain der politischen Auseinandersetzung so sehr verändert haben, dass alle politischen Projekte, die in dieser Gesellschaft relevant werden wollen, auf möglichst viele dieser Aspekte Bezug nehmen müssen.

Ideologische Arbeit und populäre Ideologien als strategisches Terrain: Stuart Hall betonte in »The Hard Road to Renewal« zweitens eindringlich, und das ist für mich am wichtigsten, dass der Erfolg des Thatcherismus bzw. politischer Projekte – ich verallgemeinere hier – nur verstanden werden kann, wenn dessen politisch-ideologische Arbeit analysiert wird. Zu dieser ideologischen Arbeit gehören ihre sinnstiftenden Erzählungen und Deutungsangebote, durch die sie es verstehen, Konsens zu organisieren, im Fall des Neoliberalismus also die Fähigkeit, nicht in erster Linie durch Zwang, sondern gestützt auf aktive demokratische Zustimmung die englische Gesellschaft radikal zu verändern. In der Analyse der ideologischen Seite politischer Projekte kann man sich der jeweiligen ideologischen (De-)Konstruktionsarbeit widmen, die jedes Projekt leisten muss. Ebenso wichtig ist ein Verständnis der populären Kultur, der Unzufriedenheiten, des (widersprüchlichen) Alltagsbewusstseins, an die politische Projekte ideologisch anknüpfen müssen, wenn sie politisch führend werden wollen. Denn gerade die verbreiteten Gerechtigkeitsvorstellungen, die von den Menschen i.d.R. nicht bewusst gelernt werden und zum größten Teil der Zeit nicht bewusst reflektiert werden, bilden, wie Hall unterstreicht, eine wirkungsvolle materielle Kraft in den unteren Klassen (Hall 1988, 143). Insbesondere in krisenhaften Zeiten

»[...] konstituieren die populären Ideologien (also die Ideologien in den Volksklassen, T.G.) ein besonders wichtiges strategisches Terrain, eine Arena aktiver Interventionen durch organisierte ideologische Kräfte.« (ebd., 138)

Intervenieren heißt in diesem Zusammenhang: anknüpfen, um zu verändern. Das politische Projekt des Thatcherismus, so Hall, konnte stark werden, weil es ihm gelang, Zustimmung und Unterstützung auch in der Arbeiter*innenklasse und bei einfachen Angestellten zu finden, nicht nur indem es ideologisch die Karte des Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit ausspielte (was tatsächlich geschah), sondern weil es die neue Rechte beispielsweise auch vermochte, an typische Unzufriedenheiten und echte Interessenswidersprüche anzuknüpfen, etwa die Unzufriedenheit mit bevormundenden Sozialstaatsbürokratien oder den Widerspruch zwischen dem Interesse an einem guten staatlichen Gesundheitssystem und dem Interesse daran, möglichst wenige Steuern zu zahlen (ebd., 274).

Politische Projekte, so lässt sich schlussfolgern, die führend werden wollen, müssen ideologische Auseinandersetzungen führen und deshalb eigene ideologische Deutungsrahmen anbieten, die Sinn stiften, innerhalb derer konkrete Ideen und politische Vorschläge eine Kohärenz gewinnen, und für die Adressaten Überzeugungskraft gewinnen, also an vorhandene populäre Ideologien und Elemente des verbreiteten Alltagsbewusstseins wirkungsvoll anknüpfen können – Deutungsrahmen, die erklären können, was in der Gesellschaft geschieht, eine Vision ihrer Zukunft entfalten und dies anhand einiger wichtiger Themen zum Ausdruck bringen (ebd., 271).

Auch hier knüpfe ich an und wende mich dem strategischen Terrain der populären Ideologien zu. In Kapitel 5 setze ich mich mit wichtigen Trends auf diesem Feld der Ideologien (Kap. 5.1), mit Deutungstendenzen (Kap. 5.2), mit sozialen Deutungsmustern (Kap. 5.3) und mit politischen (Sozialstaats-)Orientierungen und Wahlverhalten (Kap. 5.4) auseinander. Ich gehe der Frage nach, *ob es in wichtigen Teilen der populären Klassen in den Einstellungen und Deutungsmustern, die sich im Alltagsbewusstsein niederschlagen und mit deren Hilfe Erfahrung verarbeitet wird, Potenziale für ein linkes sozial-ökologisches Sozialstaatsprojekt gibt*. Während ich die Deutungsmuster und Deutungstendenzen durch eine eigene qualitative Untersuchung rekonstruiere, greife ich ansonsten auf bereits vorliegende Untersuchungsergebnisse bzw. Sekundärliteratur zurück. In der Deutungsmusteranalyse rekonstruiere ich auch Ansprüche an Arbeit, den Blick auf die betriebliche Situation. Im Mittelpunkt stehen aber Deutungen der sozialen Ungleichheit, zentraler politischer Probleme, generell der Blick auf Politik und Staat und insbesondere Sozialstaatsorientierungen. Ich beanspruche nicht eine Landkarte der heute in Deutschland vorhandenen Bewusstseinsformen, Mentalitäten oder Einstellungen zu zeichnen. Ich setze vielmehr ein Puzzle zusammen, das notwendigerweise im Rahmen einer einzelnen Studie lediglich unvollendet bleiben kann.

Ein wesentliches Puzzlestück ist dabei meine eigene qualitative Studie zu sozialen Deutungsmustern in gewerkschaftlichen Milieus. *Diese qualitative Deutungsmusteranalyse ist natürlich nicht repräsentativ. Ihr Wert liegt darin, das Alltagsbewusstsein detaillierter zu analysieren und die Alltagsphilosophie sichtbar zu machen, in die einzelne Meinungen eingebettet sind*. Das ist unerlässlich, will man – wie Stuart Hall es im Fall des Thatcherismus versuchte – verstehen, woran politische Projekte nicht nur durch konkrete politische Forderungen, sondern durch eigene ideologisch-kulturelle Hegemoniepolitik anknüpfen können – und müssen. Dabei schließe ich auch direkt an meine Auseinandersetzung mit der prekären Zweidrittelgesellschaft an. Denn ich habe gezielt Lohnabhängige interviewt, die

zu unterschiedlichen Teilen der Arbeiter*innenklasse bzw. der proletarisierten Schichten der lohnabhängigen Mittelklasse gehören (siehe Kap. 4.2) und in unterschiedlichen Soziallagen leben. Gesprochen habe ich deshalb mit Kolleg*innen aus drei Beschäftigtengruppen, die sich dahingehend unterscheiden, wie in den jeweiligen Branchen die Beschäftigungs- und Entlohnungsstandards jeweils aussehen, welchen Tätigkeiten die Beschäftigten typischerweise nachgehen und wie verbreitet prekäre Arbeitsverhältnisse sind: Beschäftigte der Industrie (Werkzeug- und Maschinenbau sowie Automobilindustrie), aus dem Handel und Pflegepersonal aus Krankenhäusern. Meines Erachtens stehen sie beispielhaft für drei wichtige Teile der modernen Arbeiter*innenklasse und der lohnabhängigen Mittelklasse (siehe Kap. 4.2), deren Arbeits- und Lebensbedingungen sich deutlich voneinander unterscheiden. Möglicherweise unterscheiden sich auch die verbreiteten Deutungsmuster bzw. Formen des Alltagsbewusstseins, die Deutungen der Arbeitswelt, der Politik, der Ungleichheit oder die Ansprüche an den Sozialstaat deutlich voneinander? Welche Bündnismöglichkeiten gibt es zwischen ihnen – aber was trennt sie auch voneinander? Wenn, so der weitergehende Gedanke, es Potenziale für ein transformatorisches sozial-ökologisches Sozialstaatsprojekt gibt, dann am ehesten innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus.

Es geht in diesem Buch deshalb beispielsweise um Karl, der auf eine soziale Abstiegs Geschichte zurückblickt, der im Lager eines großen Versandhändlers arbeitet, seine Tätigkeit als verdummend empfindet, sich gewerkschaftlich für einen Tarifvertrag einsetzt, sich aber politisch vor allen Dingen über die kulturelle Überfremdung und Benachteiligung gegenüber Migrant*innen empört. Herr im eigenen Haus – in Deutschland – möchte er sein. Es geht um Karin, die in einem Unternehmen des Werkzeugbaus beschäftigt ist, meint, die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer weiter auseinander, insbesondere unter dem schlechten Arbeitsklima im Betrieb leidet, das sie auf die Sparpolitik des Managements zurückführt. Karin wünscht sich mehr Zusammenhalt und Gerechtigkeit, sie wünscht sich auch eine ökologischere Politik, schreckt aber vor zu großer ökologischer Radikalität zurück. Es geht um Mark, der im Krankenhaus arbeitet, an einem Arbeitskampf teilgenommen hat, über die große Arbeitsüberlastung stöhnt und enorm unzufrieden ist mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Insbesondere der Klimawandel, die Lobbymacht von Konzernen und die große soziale Ungleichheit im Land treiben ihn an und um, machen ihn zu einem scharfen ökosozialen Kritiker dieser Gesellschaft. Und es geht zum Beispiel um Jens, der seit mehr als 25 Jahren in einem Unternehmen der Maschinenbauindustrie beschäftigt ist, für sich und seine Kolleg*innen Respekt und Anerkennung verlangt, gesellschaftlich Ungleichheit, Egoismus und Lobbymacht kritisiert, sich Sorgen um eine mögliche ökologische Radikalität der Grünen macht, sich aber gleichzeitig eine vernünftige Umwelt- und Klimaschutzpolitik wünscht, da er als naturverbundener Mensch mit großer Sorge das Waldsterben in seiner Heimatregion verfolgt.

In den Interviews, die ich für die Deutungsmusteranalyse geführt habe – 40 lange Problemzentrierte Interviews, die zwischen 2 und 6 Stunden lang sind –, konnten meine Gesprächspartner*innen frei und ausführlich auf Fragen antworten, etwa auf die, vor welchen sozialen und/oder politischen Problemen sie die Bundesrepublik eigentlich ge-

stellt sehen. Nur dann, wenn meine Interviewpartner*innen beispielsweise nicht bereits von sich aus auf das Thema der materiellen Ungleichheit oder des Klimawandels eingegangen sind, habe ich eine konfrontative Frage dazu gestellt (d.h. ich habe ihnen eine vorbereitete Aussage zum Thema vorgestellt), um ihre Meinung dazu zu erfahren. Ergänzt habe ich diese intensiven Gespräche durch 34 Kurzinterviews. Die Gesprächsführung war deutlich stärker strukturiert, trotzdem boten sie den Gesprächspartner*innen die Möglichkeit, ausführlicher zu antworten. Aus diesen Kurzinterviews, in denen Meinungen zu Arbeit, materieller Ungleichheitsentwicklung, Sozialstaat und Politik erfragt wurden, habe ich Deutungstendenzen herausgearbeitet, die ich in einem eigenständigen Kapitel darstelle (siehe Kap. 5.2).

1.2 Alltagsbewusstsein und politische Bewusstseinsforschung

Durch die Auseinandersetzung mit wichtigen Trends auf dem Terrain populärer Ideologien, mit Deutungstendenzen und Deutungsmustern, mit politischen (Sozialstaats-)Orientierungen und Wahlverhalten beleuchte ich unterschiedliche Facetten des gesellschaftlich verbreiteten Alltagsverstandes bzw. Alltagsbewusstseins. Ich knüpfe damit an die arbeits- und industriesoziologische Tradition einer politischen Bewusstseinsforschung an, die sich einerseits für das Verhältnis zwischen Arbeit und Politik (Menz 2022, 146f.), andererseits für demokratische und emanzipatorische Potenziale im Beschäftigtenbewusstsein interessiert⁹.

Unter dem Alltagsbewusstsein verstehe ich ein nicht-kohärentes Ensemble von veränderbaren und verfestigten Einstellungen und Deutungsmustern, mit denen Menschen sich in der Welt orientieren. In diesem Alltagsbewusstsein ist ein gesellschaftlich verbreitetes und gesellschaftlich vermitteltes Wissen abgelagert. Laut Antonio Gramsci sind alle Menschen Alltagsphilosophen (Gramsci 2004, 96), die mit Hilfe von Alltagstheorien versuchen, ihre Erfahrungen und ihre Welt sinnhaft zu deuten. Das Alltagsbewusstsein ist eine Art »Brille« und zugleich ein Ergebnis dieser permanenten Deutungsarbeit.

9 Die Forschung zum Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein von Lohnabhängigen (faktisch lange: männlichen Industriearbeitern) hat in der deutschen Soziologie eine lange Tradition (siehe z.B. Kern/Schumann 1985; Wittemann 1985). In jüngster Zeit gab es ein Revival empirischer Untersuchungen des Arbeits- und/oder Gesellschaftsbewusstseins (siehe z.B. Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020; Dörre/Happ/Matuschek 2013; Goes 2015; Hürtgen/Voswinkel 2014; Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015; Bose/Köster/Lütten 2018; Dörre 2020; Kuhlmann/Prekodravac/Rüb/Vogel 2022) von abhängig Beschäftigten, an das ich mit den empirischen Teilen meiner Arbeit anknüpfen möchte. Ich beziehe mich dabei auf zwei intellektuelle Traditionslinien. Zum einen auf die an den englischen Historiker E.P. Thompson anknüpfende Sozialgeschichtsschreibung, die sich für eigensinnige Ungerechtigkeitsvorstellungen und kulturelle Praktiken von Handwerker*innen und Arbeiter*innen als Teil der Herausbildung von sozialen Klassen interessierte (Thompson 1979) – in meiner Dissertation (Goes 2015) habe ich das Konzept der Moralischen Ökonomie für die Untersuchung von gewerkschaftlichen Solidaritäts- und Mobilisierungspotenzialen genutzt (siehe auch: Bell 2009; Hürtgen 2017; Beck/Westheuser 2022). Die zweite Traditionslinie ist die der erwähnten Deutungsmusteranalyse (Zoll 1981), die sich zwar für Arbeits- und Reproduktionsbedingungen von abhängig Beschäftigten interessierte, der Eigenlogik der Verarbeitungsweisen aber eine größere empirische Aufmerksamkeit widmete als andere industriesoziologische Ansätze der 1970er Jahre.

Jedes Alltagsbewusstsein setzt sich aus unterschiedlichen Ideologien zusammen, i.d.R. machen sich Menschen dies nicht bewusst, sind ihnen eher passiv unterworfen (Haug 2001, 125). Jedes einzelne Alltagsbewusstsein hat eine kollektive Seite, weil es »[...] die verbreitetste Auffassung vom Leben und vom Menschen [...]« umfasst (Gramsci 1999, 2180). Da wir uns diese Anschauungen, diese Sets an alltagsbezogenen Einstellungen und Theorien, im Laufe unseres Lebens eher passiv aneignen, ohne dies kritisch zu verarbeiten, sind wir alle »[...] Konformisten irgendeines Konformismus, man ist immer Masse-Mensch oder Kollektiv-Mensch.« (ders. 2012, 1376). Jedes Alltagsbewusstsein ist insofern ein Block von Auffassungen (ders. 2004, 96).

Dieses Alltagsbewusstsein ist nicht ausschließlich starr und verfestigt, sondern durchaus veränderbar; es enthält aber Elemente, die sich verfestigt haben und in sich strukturierter sind. Das sind insbesondere soziale Deutungsmuster, worunter ich in sich verständliche Alltagstheorien verstehe, eine Art Interpretationsraster (Alert 1976, 237), das darüber bestimmt, was wie wahrgenommen wird. Diese Deutungsmuster sind innerhalb des Alltagsbewusstseins abgelagert, spannen einen Rahmen des Denkbaren auf. Solche Deutungsmuster sind zum Teil relativ beständig gegenüber neuen Erfahrungen, Deutungsmuster können auch unabhängig von der ursprünglichen Entstehung und Aneignung weiterexistieren (Sachweh 2010, 81). Zum anderen handelt es sich bei Deutungsmustern um Interpretationsrahmen, die gesellschaftlich verbreitet (Rausch 1999, 17), also sozial geteilt sind. In Kapitel 5 greife ich auf unterschiedliche Quellen zurück, um Einblick in das gesellschaftlich verbreitete Alltagsbewusstsein zu gewinnen – auf quantitative Meinungsumfragen und Einstellungsforschung (siehe Kap. 5.1 und 5.2) ebenso wie auf die eigenen Deutungsanalysen (siehe Kap. 5.3 und 5.3).

Dieses verbreitete Alltagsbewusstsein birgt größere oder kleinere Potenziale für eine demokratische und ökologische Klassenpolitik und die Möglichkeiten, eine diese tragende gesellschaftliche (Sozialstaats-)Allianz zu schmieden. Ich gehe dabei von einer einfachen Annahme aus: Wenn sich Anknüpfungspunkte bzw. Potenziale für eine transformatorische linkssozial-ökologische Politik finden, dann am ehesten bei Menschen, die sich für ihre sozialen Interessen einsetzen – etwa als Teil des weiter gefassten gewerkschaftlichen Milieus, zu dem neben Betriebs- und Personalräten oder Vertrauensleuten hier auch Kolleg*innen gezählt werden, die an Arbeitskämpfen teilgenommen haben (siehe Kap. 5.2 und 5.3). Umgekehrt heißt das: Die Haltungen in diesen Kreisen dürften stärker »linksaffin« sein. Um Potenziale eines Grünen Sozialismus auszuleuchten, empfiehlt sich daher zusätzlich die Berücksichtigung weiterer (repräsentativer) Befunde zu wichtigen populären Anschauungen (siehe Kap. 5.1 und 5.4).

1.3 Was im Buch wo zu finden ist

Ich werde Antworten auf die oben dargestellten Fragen geben, indem ich zunächst in einige Grundbegriffe einführe. So lege ich die Forschungsheuristik dar, mit deren Hilfe ich weiterarbeite. Eine solche Heuristik (Kelle 1996, 32) macht auf bestimmte Aspekte der Wirklichkeit aufmerksam, macht andere weniger stark und blendet wieder andere aus.

Ich werde zunächst in *Kapitel 2* auf den Zusammenhang zwischen Klassenpolitik, Wohlfahrtsstaatsformierung und auf die Rolle politischer Projekte eingehen. Dabei

werde ich genauer erläutern, was ich unter demokratischer Klassenpolitik verstehe, was genau politische Projekte leisten und weshalb die ökologische Transformation unserer Gesellschaft sozialstaatsabhängig ist. In diesem Zusammenhang verdeutliche ich auch, was linke transformatorische von liberaler und konservativer Sozialstaatspolitik unterscheidet, und stelle einer marktorientierten ökologischen Modernisierungspolitik Varianten eines linken Green New Deal gegenüber.

Darüber hinaus werde ich mich in *Kapitel 3* damit beschäftigen, welche politischen Projekte die Sozialstaatspolitik der Bundesrepublik geprägt haben und welche heute miteinander um Hegemonie ringen. Ein besonderes Augenmerk werde ich der Wende zum Neoliberalismus schenken, die Ende der 1970er Jahre vollzogen wurde und zur Herausbildung der prekären Zweidrittelgesellschaft wesentlich beigetragen hat.

In *Kapitel 4* gehe ich auf die Klassen- und Ungleichheitsstrukturen der fossil-kapitalistischen Zweidrittelgesellschaft ein, die das Handlungsterrain der miteinander konkurrierenden Projekte prägen. Meine Analyse reicht zeitlich bis höchstens 2020/21, der Zeit, in der ich die Interviews geführt habe, die meiner Rekonstruktion von Deutungsmustern zugrunde lag¹⁰.

In *Kapitel 5* widme ich mich schließlich den populären Anschauungen, an die politische Projekte mit ihren Sozialstaatsprojekten anknüpfen müssen. Zunächst werde ich wichtige Trends auf dem Feld der populären Ideologien nachzeichnen. Dabei werde ich mich auf Haltungen zur Ungleichheitsentwicklung, zum Sozialstaat, auf Gesellschaftsdeutungen, auf Einstellungen zu Parteien und Politiker*innen, zum Klimawandel und schließlich zur Migration konzentrieren.

Danach werde ich die Ergebnisse der Kurzbefragung vorstellen (Kap. 5.2), in der Beschäftigte eines großen Endherstellers der Automobilindustrie, aus Krankenhäusern und aus dem ÖPNV interviewt wurden. Hier werde ich auf markante Deutungstendenzen eingehen, die sich auf die betriebliche Beschäftigungssituation, die gesellschaftliche (Ungleichheits-)Entwicklung, auf Sozialstaatsorientierungen und auf das Verhältnis zwischen Politiker*innen und Gewählten bezogen. Anschließend werde ich mich mit dem »Alltagsbewusstsein in gewerkschaftlichen Klassenmilieus« beschäftigen, indem ich u.a. die zentralen Deutungsmuster vorstelle (Kap. 5.3), auf die ich in meiner Untersuchung gestoßen bin. Ergänzend werde ich wichtige Befunde der Wahl- und Milieuforschung diskutieren, um eigene Ergebnisse einzubetten und zu erweitern (Kap. 5.4).

Abschließend werde ich in *Kapitel 6*, »Perspektiven demokratisch-ökologischer Klassenpolitik«, die zentralen empirischen Ergebnisse zusammenfassen, das sozialkritische Potenzial herausarbeiten, auf das ich gestoßen bin, und meine Befunde soziologisch verorten (siehe Kap. 6.2). Hier beantworte ich die Fragen nach den Potenzialen einer links-ökologischen Sozialstaatspolitik bzw. des Grünen Sozialismus. Abschließend werde ich in Kapitel 6.3 politische Schlussfolgerungen ziehen. Ich werde vier Thesen darüber formulieren, wie eine gesellschaftliche Allianz entstehen kann, auf das sich das Projekt des Grünen Sozialismus beziehen könnte.

10 Die Interviews wurden zwischen Mai 2020 und – unterbrochen durch eine halbjährige Auszeit aufgrund von Erziehungszeit – März 2022 (Nacherhebungen) durchgeführt.

Tabelle 1: Analysequellen des Terrains populärer Ideologien

Abschnitt	Gegenstand	Quelle
Kap. 5.1	Wichtige Einstellungstrends	Sekundärliteratur
Kap. 5.2	Deutungstendenzen	Qualitative Kurzbefragung
Kap. 5.3	Soziale Deutungsmuster	Qualitative Intensivstudie
Kap. 5.4	Politische Orientierungen und Wahlverhalten	Sekundärliteratur

Quelle: Eigene Darstellung

2. Demokratische Klassenpolitik

Der Kapitalismus (richtiger: die kapitalistische Produktionsweise) kann sich nur entwickeln, indem er auf Bedingungen seiner Existenz (Produktionsbedingungen) zurückgreift, die nicht oder nicht ausschließlich kapitalistisch erschaffen werden. Das gilt insbesondere für die menschliche Arbeitskraft, die durch Erziehungs- und Sorgearbeit in Familien sowie durch das Bildungssystem erzeugt wird, für Gemeingüter, die zur Verfügung gestellt werden, und für die ökologische Umwelt, auf Ressourcen beispielsweise, die durch menschliche Arbeit zwar nutzbar gemacht werden (z. B. Kohleabbau, Holzwirtschaft), aber nur in sehr geringem Maße erzeugt werden können (Dörre 2022, 45f.; Fraser 2022, 21; O'Connor 2021, 20).

Zwischen den vielen Kapitalen und den Bedingungen ihrer Verwertung bestehen insofern Widersprüche (O'Connor 2021, 16). Das Kapital braucht diese Bedingungen, nutzt und beutet sie aus und entwickelt eine Tendenz dazu sie zu zerstören. Dagegen entstanden soziale Bewegungen und – als Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse – auch staatliche Einrichtungen (insbesondere der Sozialstaat, sofern es um die (Re-)produktion der Arbeitskraft geht) und Gesetze (ebd., 21). Die Tendenz des Kapitals zur Zerstörung der Ware Arbeitskraft folgt im Wesentlichen aus ihrem wertschöpfenden Charakter. Für profitabhängige Kapitalist*innen ist sie die Springquelle von Wert. Gewinne sind möglich, weil Arbeitskräfte Mehrarbeit leisten, ihr Arbeitsprodukt pro Tag höher ist als der Lohn, der ihnen gezahlt wird. Um Mehr-Gewinn zu machen neigt das Kapital dazu Arbeit zu intensivieren und die Arbeitszeit zu verdichten und/oder auszuweiten. Kosten der Reproduktion dieser Arbeitskraft (Abgaben für die Krankenversicherung z. B.) schmälern die Gewinne.

Arbeiter*innenbewegungen sind als Gegenbewegungen gegen die Übergriffe des Kapitals entstanden (Silver 2013, 49) und haben diese Kapitalmacht eingehegt. Aus der (interessen-)politischen Subjektivität der Arbeitskraft entstanden – in einem komplizierten Prozess der Kompromissbildungen – Gewerkschaften, betriebliche Interessenvertretung, aber auch der Sozialstaat, der zum Teil die Reproduktion der Arbeitskraft absichert (Rente, Krankenversicherung, Erwerbslosenunterstützung, aber auch an der Er-

zeugung mitwirkt – KiTa, Schule, Hochschulen etc.). Das nenne ich, wie ich unten ausführlicher entwickeln werde, im engeren Sinne demokratische Klassenpolitik.

Unter Klassenhandeln oder Klassenpolitik verstehe ich die Verteidigung oder Ausweitung von sozialen und politischen Rechten und Errungenschaften, die mit Klassenpositionen innerhalb der Klassenstruktur zusammenhängen (Therborn 1987, 143). Zum Klassenhandeln gehören Auseinandersetzungen, die an vielen verschiedenen sozialen Orten (z.B. Betriebe, Stadtteile, Jobcentern) stattfinden, die sich auf verschiedene Gegenstände beziehen (z.B. Löhne und Arbeitszeiten, Mieten und Wohnbedingungen, Rente und Erwerbslosenversicherung) und auf die verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden können (z.B. Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft im engeren Sinne). Am Klassenhandeln können Einzelne beteiligt sein, informelle oder organisierte Gruppen (z.B. Gewerkschaften, Parteien, Mieter*innenorganisationen), und so unterschiedlich die sozialen Orte und Ebenen sind, auf denen Klassenhandeln stattfindet, so unterschiedlich kann auch die Reichweite sein – Klassenhandeln auf der Ebene der Wirtschaft kann sich beispielsweise nur auf den eigenen Arbeitsplatz beziehen, es kann den ganzen Betrieb, die ganze Branche oder sogar das ganze Land betreffen. Und schließlich: Klassenhandeln kann sehr unterschiedliche Qualitäten annehmen, Klassenhandeln kann zum Beispiel konservativ, reformerisch oder auch revolutionär (ebd., 143f.).

Tabelle 2: Dimensionen des Klassenhandelns

Dimensionen	Beispiele
Soziale Orte	z.B. Arbeitsplatz, Betrieb, Branche, eigenes Mietshaus, ganzer Stadtteil, ganze Stadt.
Soziale Ebenen	Wirtschaft, Zivilgesellschaft, (Wohlfahrts)Staat
Gegenstände	z.B. Löhne, Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch, Mietbedingungen, sozialstaatliche Regelungen wie Gesundheits-, Erwerbslosen – und Rentenversicherung, allgemeingesetzliche Arbeitszeitbestimmungen
Reichweite	Lokal bis international
Akteure	Einzelne, informelle Gruppen, Organisationen wie Unternehmensverbände, Parteien, Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen, Betriebsräte, Think Tanks.
Qualität	z.B. Konservative Arbeiter*innenpolitik, die das Wohlergehen der Unternehmen in den Mittelpunkt rückt vs. revolutionäres Klassenhandeln, das – historisch selten – die kapitalistische Produktionsweise durch eine sozialistische ersetzen will

Quelle: Eigene Darstellung

Aber möglich ist jede Klassengesellschaft nur aufgrund der Naturbeherrschung (Marx 1974, 9). Menschen eignen sich die Natur durch Arbeit an, treten der Natur als Macht gegenüber und verändern so zugleich ihre eigene (menschliche) Natur (Marx 1986, 192) Ohne sie, also ohne die Zähmung der Naturgewalten (Schutz) und Nutz-

barmachung für das menschliche (Über-)Leben, keine Kultur und ausdifferenziertere Klassengesellschaft (Rossanda 1975, 54).

Wie genau das geschieht, wie die Natur nutzbar gemacht, welche Verhältnisse Menschen zu ihr eingehen, wie das (durch Normen und politische Regeln) reguliert wird, wie dies mit dem Aufbau und Ausgestaltung (z.B. Verhältnissen und Lebensweisen) der jeweiligen Klassengesellschaften zusammenhängt, und wie sich die Verstrickung in den Prozess der Naturbeherrschung nach Klassenzugehörigkeit und sozialer Lage unterscheidet, nenne ich in Anlehnung an Christoph Görg »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« (Görg 2001, 4–6; Stache 2017, 193–194). Gezähmt und nutzbar gemacht wurde die Natur in einem Mindestmaß in allen menschlichen Gesellschaften, aber dies geschah und geschieht in unterschiedlichen Produktionsverhältnissen, durch die nicht nur unterschiedliche Formen der Klassengesellschaft hervorgebracht werden (Skavengesellschaften, feudale Ständegesellschaft, kapitalistische Klassengesellschaft), sondern auch unterschiedliche Formen, Intensitäten und Dynamiken der Naturbeherrschung. Laut Joyce Appleby ist es erst die kapitalistische Gesellschaft gewesen, die eine fortgesetzte Dynamik des Wachstums und der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen freisetzen (Appleby 2011, 11–14) – und damit auch eine besonders zerstörerische Dynamik in der äußeren Naturbeherrschung.

Aber während Arbeitskräfte eine eigene (interessen-)politische Subjektivität haben, hat dies die Natur, die immer stärker menschlich gestaltet wurde, nicht (O'Connor 2021, 21). Den gewaltsamen Übergriffen des Kapitals gegenüber bildeten sich dennoch Gegenbewegungen, Natur- und Umweltschützer*innen, heutige Klimaaktivist*innen mit häufig sehr unterschiedlichen politischen Weltanschauungen und Gesellschaftsvorstellungen (z.B. Ökofaschisten, Ökosozialist*innen, konservative Heimatschützer*innen), auch mit Blick auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und die daraus hervorgegangene Gewerkschafts- und Arbeiter*innenbewegung. Auch diese Ökopolitik bzw. diese ökologischen Bewegungen drückten sich in einem komplizierten Prozess von Kompromissbildungen im Staat aus, im Wesentlichen in der Umweltgesetzgebung, aber auch in staatlichen Schutzprogrammen (z.B. Aufforstungsprogramme, Naturschutzgebiete) (ebd.).

Objektiv betrachtet (was nicht mit den Ideologien der Bewegungen übereinstimmen muss) stehen beide Gegenbewegungen gegen die Übergriffe des Kapitals, sowohl die demokratische Klassenpolitik als auch die Ökologiepolitik, in einem Widerspruchsverhältnis zur Verwertung des Kapitals – aber potenziell auch zueinander. Denn die Verteilung von Einkommens- und Lebenschancen der in kapitalistischen Klassengesellschaften Ausgebeuteten hängen davon ab, dass die Wirtschaft wächst, der Kuchen groß genug ist (sog. Verteilungsspielräume vorhanden sind). Einschränkungen der Naturbeherrschung können deshalb auch bei Angehörigen der unteren Klassen auf Gegenwehr stoßen. Denkbar sind genau so sehr anti-ökologische wie ökologische Formen der Klassenpolitik, wie Ökologiepolitiken, die z.B. das Bündnis mit Gewerkschafts- und Arbeiter*innenbewegungen suchen, Vorstellungen sozialer Neutralität anhängen oder sich gegen diese Klassenbewegungen wenden und auf die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum setzen. Als beispielsweise in den 1970er Jahren in Westdeutschland eine neue

Umweltbewegung entstand, reagierten größere Teile der Gewerkschaftsbewegung, so Johanno Strasser und Klaus Straube rückblickend, mit Abwehrhaltungen und sogar engen Allianzen zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen:

»So entstand der gewerkschaftliche ›Arbeitskreis Energie‹, der im Wesentlichen von Betriebsräten der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) und der Reaktorunternehmen getragen wurde und der mit Unternehmern eine große Pro-Kernenergie-Demonstration in Dortmund organisierte. Die Sorge um die Arbeitsplätze war es auch, die Vertreter der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten dazu veranlaßte, sich öffentlich dagegen zu wenden, daß die Bundesregierung ›in übertriebener Weise‹ die Gefahren des Rauchens und des Alkoholgenusses herausstellte.« (Strasser/Traube 1981, 24)

Wichtig ist: Klassen- und Ökologiepolitik haben ein gemeinsames Gegenüber, das Kapitalverhältnis bzw. »die Unternehmen«, die Gewinnstrategien verfolgen, die mit dem Schutz der Arbeitskraft und der Umwelt kollidieren. Aber sie lassen sich nicht aufeinander reduzieren, haben eigene Handlungslogiken. Ob und wie sie miteinander in Verbindung gesetzt werden, ob und wie sie in einem eigenständigen politischen Projekt verbunden werden, ist eine politische Fundsache, also von kreativen politischen Aushandlungen und Konflikten abhängig.

Ich nähere mich dem, indem ich im Folgenden von der Seite des Klassenhandelns und der Klassenpolitik im engeren Sinne ausgehe. Zum einen wird mein analytischer Bezugspunkt die Rolle der Menschen als Arbeitende bzw. Lohnabhängige und als potenzielle Angehörige einer Arbeiter*innenbewegung im weiteren Sinne sein. Zum anderen werde ich mich im Folgenden im Wesentlichen auf die Sozialstaatspolitik als wichtigen Teil demokratischer Klassenpolitik konzentrieren (Kap. 2.1 und 2.2). Dabei werde ich ebenfalls die Bedeutung der Klimakrise für Sozialstaatspolitiken der Zukunft bzw. die Rolle verschiedener Varianten der Sozialstaatspolitik für Klimaschutzpolitik bzw. unterschiedliche Varianten der sozial-ökologischen Transformation diskutieren (Kap. 2.3). Welche Sozialstaatspolitik sich in Zukunft verwirklichen lässt, ist abhängig davon, welche politischen Projekte dazu in der Lage sein werden eine mehrheitsfähige und stabile gesellschaftliche Allianz aus unterschiedlichen Gesellschaftsklassen zu schmieden. Darum wird es in Kapitel 2.4. gehen.

2.1 Demokratische Klassenpolitik und Wohlfahrtsstaat

Ein wichtiges Feld des demokratischen Klassenkampfes ist der Staat und damit der Streit um Gesetze und staatliche Leistungen, die den lohnabhängigen Menschen Not nehmen, ihnen auch Macht verleihen und ihnen Möglichkeiten bieten, besser am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit den Ausdrücken »demokratische Klassenpolitik« und »demokratischer Klassenkampf« knüpfe ich an ein *sozialwissenschaftliches Forschungskonzept* an, das u.a. durch die Schweden Walter Korpi und Gøsta Esping-Andersen geprägt wurde (Korpi 1978, 1983; Esping-Andersen 1985, 1990).

Gegen den Mainstream der Sozialforschung unterstrichen Korpi und Esping-Andersen zu Beginn der 1980er Jahre, dass Klassenstrukturen und Klassenkonflikte eine herausragende Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung besitzen, insbesondere aber bei der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates spielen. Besonderes Augenmerk schenkte Korpi dabei den Machtressourcen und der Organisationsfähigkeit der Arbeiter*innen (Korpi 1983, 4), zugleich wurde auf die notwendige Bündnisbildung (verstanden als Klassenbündnisse) durch Organisationen und Parteien hingewiesen (siehe Kap. 2.2.2), damit die mobilisierte Macht auch in Politik übersetzt werden kann (Baldwin 2003, 8–9; Esping-Andersen 1990, 16; Esping-Andersen 1985, 27–31): Es ist (auch) die mobilisierte Macht von Klassen, die darüber entscheidet, wie genau Wohlfahrtsstaaten aussehen, wie sie funktionieren und welche (klassenpolitische) Wirkung sie entfalten (Poulantzas 2002, 154f.). Klassen- und Ungleichheitsstrukturen stellen dabei eine Art »Rohmaterial« für die gemeinsame Klassenmobilisierung und für Allianzbildungen dar (Esping-Andersen 1985, 27f). Sie beeinflussen objektiv die Möglichkeit, dass und wie sich Angehörige der unteren Klassen gemeinsam für soziale und politische Anliegen einsetzen: Wie umfangreich sind z.B. die verschiedenen Gesellschaftsklassen überhaupt, wie stark sind die sozialen Ungleichheiten zwischen ihnen? Oder: Wie sozial und kulturell ausdifferenziert sind sie, welche hinderlichen Fragmentierungs- und Spaltungslinien gibt es in ihnen, welche Gemeinsamkeiten finden sich? Welche sozialen Probleme sind für welche Teile der Klassen besonders wichtig?

Unterschiedliche Grundarten der Sozialpolitik und unterschiedliche Typen von Sozialstaaten (siehe Kap. 2.2.3) werden in dieser Forschungstradition insofern aus der jeweils besonderen Mobilisierung von Klassen und Klassenbündnissen (Sozialstaatskoalitionen) heraus erklärt (Mau 1997, 10). Häufig wird unter Klassenmobilisierung verstanden, dass Angehörige von Klassen sich in Verbänden oder Parteien organisieren und so (Interessen-)Politik betreiben (Korpi 1983). Verbände und Parteien, die Klasseninteressen verfolgen, schmieden demnach Allianzen und wirken auf Regierungshandeln ein. So entstehen neue Gesetze oder gar Institutionen. Aus dieser Perspektive lässt sich zum Beispiel fragen, ob es in einem Land gelingt, Sozialstaatskoalitionen zwischen Arbeiter*innen- und Mittelklasse zu entwickeln, die deren soziale Interessen in den Mittelpunkt der Sozialpolitik stellen (Esping-Andersen 1990, 18; Manow 2008, 103). Oder ob Bündnisse »von oben« zwischen Bürgertum, Mittelklasse und möglicherweise Teilen der Arbeiterklasse gelingen (Baldwin 2003, 9), in deren Fokus die Interessen der Profitabhängigen stehen und Interessen von Angehörigen der unteren Klassen lediglich so weit aufgegriffen werden, um den »bürgerlichen Block« zu ermöglichen und zu stabilisieren.

Wichtig ist m.E. in diesem Zusammenhang nicht nur die Auswirkungen der Klassenverhältnisse, der Klassenkonflikte und der Klassenformierung auf die Möglichkeiten konservativer, liberaler oder sozialistischer Wohlfahrtsstaatspolitik zu bedenken. Umgekehrt verändert der Sozialstaat auch das politische Aushandlungsterrain, strukturiert die soziale Ungleichheit mit und beeinflusst auch das Alltagsbewusstsein – und wirkt so zurück auf die Klassenverhältnisse, die Qualität von Klassenkonflikten und auch die Klassenformierung (siehe Kap. 2.2.3.). Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang die doppelte Politisierung der sozialen Ungleichheit. Zum einen entstanden durch die Sozialstaatsexpansion neue Ansprüche in der Bevölkerung, die eng mit der Idee verbunden sind, der Staat sei für das Wohlergehen der Bürger*innen (mit-)verantwortlich

– hier spielten und spielen Vorstellungen von sozialen Rechten und Forderungen nach wirtschaftlicher Gleichheit eine wichtige Rolle, die auch die Haltungen der Menschen verändert haben. Zugleich wurden so soziale Ungleichheiten nun auch als Folgen von politischen Entscheidungen kritisierbar (Laclau/Mouffe 2000, 203–204). Als »Staat in den Köpfen« (Bourdieu 1998b, 42–43) prägt der Sozialstaat die Vorstellungen der Menschen davon, was angemessen und moralisch akzeptable Lebens- und Arbeitsweisen sind (Lessenich 2007). Diese »Normalisierung« ist janusköpfig. Sie kann »repressiv normalisieren« (wenn etwa imaginierte faule Erwerbslose stigmatisiert werden), sie setzt aber politisch auch eine Unterschranke des Akzeptablen, die zum Bezugspunkt von (Un-) Gerechtigkeitsurteilen wird. Diese Untergrenzen sind andere als sich aus dem »freien Spiel des Marktes« ergeben würden, bestehen zum Teil aus Rechten (z.B. das Recht, einen Betriebsrat zu wählen), zum Teil aus Anspruchsniveaus (die Höhe der Arbeitslosengeldzahlungen z.B. wird in der Regel zum Bezugspunkt dafür, ob es angemessen erscheint für einen bestimmten Lohn arbeiten zu gehen).

Insgesamt bietet das Konzept des demokratischen Klassenkampfes eine integrative Forschungsperspektive an: Um gesellschaftlichen Wandel und nicht zuletzt Veränderungen der Wohlfahrtsstaatspolitik verstehen und erklären zu können, ist der Blick auf verschiedene Ebenen und Seiten des Klassenkonfliktes zu richten, beispielsweise auf die Veränderung der Klassenstrukturen (Klassenpositionen werden als »Rohmaterial« der Mobilisierung und Klassenformierung verstanden) (Esping-Andersen 1985 27), auf die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit, auf die Regulierung des Klassenkonfliktes innerhalb des Systems der Arbeitsbeziehungen, auf das Wähler*innenverhalten, politische Strategie- und Bündnisbildungen oder die konkreten Prozesse der Sozialpolitikformulierung. Die Fähigkeit von Angehörigen verschiedener Klassen Macht auszuüben, also Machressourcen zu mobilisieren, ist in diesem Konzept von herausragender Bedeutung (Korpi 1983, 14), wird allerdings als ein komplexer Vorgang verstanden. In diesem Prozess müssen beispielsweise Ungerechtigkeiten und soziale Probleme zunächst einmal identifiziert werden, Lösungen dafür definiert und dann durchgesetzt werden – und das unter den Bedingungen der vorhandenen Klassen- und Machtverhältnisse einerseits, des verbreiteten sozialen und politischen Bewusstseins andererseits (Korpi 1978, 309f.).

Insofern ist die Herausbildung von Sozialstaatskoalitionen von Interessen und Einstellungen abhängig, die in den verschiedenen Gesellschaftsklassen, sozialen Schichten und Milieus dominieren und die politische Rechtfertigungs- und Mobilisierungspotenziale für Sozialstaatsreformen enthalten (Mau 1997, 3). Jonas Edlund und Arvid Lindh haben hervorgehoben, dass es zwei Wege gibt, um derartige Legitimations- und Mobilisierungspotenziale zu untersuchen: Man kann nachzeichnen, welche Parteien mit welchen sozialpolitischen Programmen aus welchen Klassen besonders stark unterstützt werden. Ein Maß dafür kann die Wähler*innenbindung sein. Darüber hinaus kann direkt untersucht werden, welche Zustimmung bestimmte sozialpolitische Programme oder Reformen innerhalb verschiedener Klassen finden (Edlund/Lindh 2015, 314).

2.2 Der Sozialstaat als Terrain der Institutionalisierung des Klassenkonfliktes

Die heutige Gesellschaft ist in einem hohen Maße eine Staatsgesellschaft. Man kann analytisch von einer staatlichen »Institutionalisierung und Produktion des Sozialen« sprechen (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, 124), die Herausbildung des Wohlfahrtsstaates lässt sich in diesem Sinne als »[...] gigantischer Prozeß der Institutionalisierung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Konflikte [...]« (dies., 123) interpretieren, durch die die aktive Zustimmung derjenigen gewonnen wird, die regiert und die beherrscht werden (Hall 1989a, 78). In diesem Sinne wirkt er auch (in Abhängigkeit von der Reformpolitik politischer Projekte, die ihn gestalten) innerhalb des ökologischen Umbaus der Gesellschaft. Der Staat, und das gilt insbesondere für die Sozialpolitik, wirkt innerhalb eines »instabilen Kompromissgleichgewichts zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen für die Erhaltung der Klassenhegemonie [...]« (der herrschenden Klasse) (Poulantzas 2002, 60). Er übernimmt daher

»eine Reihe von positiven materiellen Maßnahmen für die Volksmassen, selbst wenn diese Maßnahmen durch den Kampf der beherrschten Klassen durchgesetzte Konzessionen darstellen.« (ebd., 60)

Diese Staatsinterventionen sind aber nicht nur ein Ergebnis von Klassenauseinandersetzungen (und anderen sozialen Konflikten), sie verändern auch das Terrain des Klassenkonfliktes. Der Begriff des Wohlfahrtsstaates selbst drückt bereits den politisch breit akzeptierten Zuwachs von staatlichen Aufgaben aus (Kaufmann 2002, 164). Wenn auch in Form vielfältiger Kompromisse, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufrechterhalten, prägt so auch die Geschichte der Arbeiter*innenklasse bzw. der Arbeiter*innenbewegung diesen Staat (Poulantzas 2002, 152).

Der Wohlfahrtsstaat als Institutionalisierung der Gesellschaft und ihrer Konflikte

Der Sozialstaat prägt weite Teile des Lebens, durch entsprechende Gesetze und Dienstleistungen wird es gewissermaßen durchstaatlicht (Vogel 2009, 61) – insbesondere in Reaktion auf soziale Probleme und Krisenerscheinungen, die durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebracht werden (Dillmann/Schiffer-Nasserie 2018, 12–13). Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes beruht auf der historischen Erfahrung, dass die kapitalistische Marktwirtschaft selbst die Würde des Menschen nicht schützen, eine sozial ausgewogene Gesellschaft nicht hervorbringen kann und – aufgrund der wirtschaftlichen Machtballung, die sie verursacht – auch die Demokratie unterhöhlt. Es eröffnet deshalb theoretisch auch die Möglichkeit einer weiterreichenden Demokratisierung auch der Wirtschaft (Abendroth 1972, 110–115).

Der heutige Sozialstaat wirkt von der Wiege bis zur Bahre, wodurch staatlich auch »normalisierte« Lebenswege geschaffen werden. Er formt – genannt seien nur Schulen, Erwerbslosen- und Krankenversicherung, Elterngeld oder Rente – Lebenschancen und -wege und bindet die Individuen dabei auch »[...] in ein engmaschiges Korsett institutioneller Erwartungen, Anforderungen und Nachweispflichten [...]« (Lessenich 2009,

27) Das bedeutet auch: soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Lebenschancen, all das ist von politischen Entscheidungen abhängig (Mau 1997, 9). Eine wichtige Komponente der Institutionalisierung der Gesellschaft und ihrer Konflikte, die mit dem Ausbau des Sozialstaates nach 1949 einherging, war die bereits erwähnte doppelte Politisierung der sozialen Ungleichheit. Durch die Einführung neuer sozialer Sicherheiten, durch die Schaffung neuer sozialer Rechte und das Versprechen einer prinzipiellen sozialen Gleichheit von Menschen, wurden neue Ansprüche in der Bevölkerung gefördert, die eng mit der Idee verbunden sind, der Staat sei für das Wohlergehen der Bürger*innen (mit-)verantwortlich. Damit wurde auch das Alltagsbewusstsein, wurden (Un-)Gerechtigkeitsempfindungen verändert. Zugleich trug dies dazu bei, dass soziale Krisen und soziale Ungleichheiten auch als Folgen staatlichen Handelns betrachtet werden konnten (Laclau/Mouffe 2000, 203–204).

In einem breiten Sinne kann man unter dem Wohlfahrtsstaat ein Geflecht von Einrichtungen (z.B. die Renten- und Erwerbslosenversicherung), von kollektiven Akteuren (z.B. die Krankenversicherungen, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften) und von sozialen Rechten verstehen (z.B. das Recht auf einen Platz in der KiTa, auf Kindergeld oder auf Gesundheitsversorgung) (Offe 2019, 67), die auf die Ungleichheitsverhältnisse und sozialen Probleme reagieren und einwirken, die durch die kapitalistische Gesellschaft hervorgebracht werden (Kaufmann 2002, 168). Allerdings ist der Wohlfahrtsstaat selbst ein System, das soziale Ungleichheit und damit die soziale Schichtung beeinflusst, beispielsweise durch Transferzahlungen wie Elterngeld oder Arbeitslosengeld I oder die Bildungspolitik (Esping-Andersen 1990, 4).

»Die Wirkungen des Wohlfahrtsstaates determinieren heute Erwerbsverläufe, den Erwerbsstatus, die industriellen Beziehungen ebenso wie familiales Verhalten und die Haushaltsökonomie. Soziale Sicherungssysteme sind dabei nur ein Element der Staatsaktivität. Die aktive und passive Arbeitsmarktpolitik, die rechtlichen Rahmenbedingungen, das Bildungs- und Ausbildungssystem und die Bedeutung des öffentlichen Sektors sind solche weitreichenden Eingriffe.« (Mau 1997, 9)

Verschiedene politische Kräfte und soziale Bewegungen haben daran mitgewirkt dieses Geflecht entstehen zu lassen, zu verändern und auch auszuweiten. Der deutsche Sozialstaat wurde in seinem Grundfundament insbesondere (aber natürlich nicht ausschließlich) von konservativen Kräften geprägt (Offe 2019, 68). Die ersten Formen der Sozialgesetzgebung unter Bismarck sollten der Bewegung, die sich diese »Emanzipation des Proletariats« auf die Fahnen geschrieben hatte, dem Sozialismus, der aus Gewerkschaften, Kulturorganisationen und Sozialdemokratie bestand, den Wind aus den Segeln nehmen – Reichskanzler Bismarck war 1878 nicht nur für die Unterdrückung der Sozialdemokratie mit Hilfe der sog. Sozialistengesetze zuständig, sondern auch für die Einführung der ersten Arbeiterversicherungen wie z.B. gegen Krankheit (1881) und Arbeitsunfälle (1884) (Kaufmann 2013, 178–184). Blickt man zurück auf die bisherige Entwicklungsgeschichte des (deutschen) Sozialstaates seit dem 19. Jahrhundert, wird deutlich, dass dessen Gestaltungsanspruch stetig gewachsen und die Zuständigkeiten der Sozialpolitik fortwährend ausgeweitet worden sind (Offe 2019, 68):

»Dabei wurde das klassische Feld der Armutsbekämpfung sukzessive ausgeweitet: über die Bearbeitung von einzelnen Folgeproblemen der Industrialisierung, wie z.B. Arbeitsschutz, bis hin zu umfangreicher wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge, die die mittleren und oberen Bevölkerungsschichten mit einschließt. In allen westlichen Ländern ist der Wohlfahrtsstaat heute ein Instrument, das umfassende Korrekturen rein marktförmiger Allokation vornimmt. So richten sich wohlfahrtsstaatliche Programme gegen Armut und Unterversorgung, sie sichern gegen Standardrisiken (z.B. Arbeitslosigkeit, Krankheit) ab, nehmen durch Steuerpolitik Umverteilungen vor und stellen kollektive Güter (z.B. Infrastruktur, Bildungseinrichtungen, Kindergärten) bereit.« (Mau 1997, 8)

Wie der Sozialstaat den Klassenkonflikt regulierte

Etwas stilisiert lassen sich fünf Arten und Weisen voneinander unterscheiden, wie der deutsche Sozialstaat, wie er ab 1949 aufgebaut wurde, die Gesellschaft geprägt und die Klassenbeziehungen beeinflusst hat: *Politiken der Absicherung, Politiken der Bildung und Erziehung, Politiken der Produktion, Politiken der Daseinsvorsorge und Politiken der Wirtschaftssteuerung*. Sie wirken regulativ, (re-)distributiv und steuernd. Regulative Sozialpolitik beeinflusst das Verhältnis zwischen Akteuren durch Gesetze, die Rahmenbedingungen des Handelns setzen. Dazu gehören beispielsweise der Kündigungsschutz, der gesetzliche Mindestlohn oder das Regelwerk der schulischen Betreuung. Durch die (re-)distributive Sozialpolitik nimmt der Staat Geld durch Besteuerung verschiedener Art ein, um dadurch Leistungen zu finanzieren. Besonders wichtig ist in dieser Hinsicht das System der Sozialversicherungen. Steuernde Sozialpolitik arbeitet mit Anreizen, also positiven Belohnungen und Strafen. Ein Beispiel ist die aktivierende Arbeitsmarktpolitik, durch die die Beschäftigungsfähigkeit und -bereitschaft von Erwerbslosen erhöht werden soll (Offe 2019, 68). Die vier Arten und Weisen der sozialstaatlichen Prägung der Gesellschaft und der Beeinflussung der Klassenverhältnisse, die ich hier stilisiert darstelle, umfassen jeweils regulative, (re-)distributive und steuernde Elemente:

Politiken der Absicherung:

Der Wohlfahrts- oder Sozialstaat gewährt soziale Rechte und sichert durch »Politiken der Absicherung« die Reproduktion der abhängig Beschäftigten ab, im Kern (re-)distributiv durch die Arbeitslosen-, Gesundheits- und Krankenversicherung (Lesenich 2009, 29). Dabei handelt es sich um eine staatliche Sozialisierung der Reproduktion (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, 124). Auf diese Weise ermöglicht er auch soziale Teilhabe (z.B. weil er ein Mindesttransfereinkommen bei Erwerbslosigkeit garantiert) und kann Demokratie fördern, etwa indem er die Verhandlungsmacht von Beschäftigten verbessert, weil durch Kündigungsschutz relative Beschäftigungssicherheit gewährleistet wird. Politiken der Absicherung in diesem Sinne beziehen sich zum einen auf Anwendung von Ware Arbeitskraft in der Arbeitswelt (also die Regulation der Arbeitskraftnutzung, z.B. Verbot Kinderarbeit oder Gesundheitsschutzbestimmungen) und zum anderen auf Absicherung und Einkommenssicherung jenseits der Arbeit (z.B. durch die Renten- Erwerbslosenversicherung) (Offe 2019, 69). Ein Beispiel für regulative Politiken der Absicherung (oder umgekehrt: der sozialen Verunsicherung) ist insofern die Arbeitsmarktgesetzgebung, etwa durch die Erleichterung oder Erschwerung von befristeten Arbeitsverhältnissen, die Erleichterung von Leiharbeitsverhältnissen.

Politiken der Bildung und Erziehung: Der Staat erzieht und schützt, indem er dafür sorgt, dass Qualifikationen vermittelt werden (Bildungssystem) und geltende Verhaltensstandards angeeignet oder nicht unterschritten werden (Bildungssystem, Jugendämter, Sozialarbeit) (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, 126). Schützend ist der Sozialstaat z.B., wenn er Kindern und Jugendlichen Betreuungsangebote unterbreitet, die innerhalb von Familien vernachlässigt werden. Das Bildungssystem ist für diese »Politiken der Erziehung« besonders zentral, weil es über die Lebenschancen der Menschen entscheidet – zum einen, weil hier neben Fachkenntnissen im engeren Sinne vermittelt werden, zum anderen, weil hier auch wichtige Verhaltensweisen antrainiert werden sollen (z.B. Ordnung, Selbstdisziplin, Fähigkeiten zum nachahmenden oder zum selbständigen Lernen, Leistungsorientierung) (Althusser 2012, 209–210). Auf diese Weise wirkt das Bildungssystem daran mit, dass Menschen auf die Positionen innerhalb der bestehenden Ungleichheits- und Klassenstruktur verteilt werden (und daran auch mitwirken) (Poulantzas 1975, 29–31).

Politiken der Produktion: Aber mit der Absicherung (oder möglicherweise auch: mit der Verunsicherung) und Erziehung ist es nicht getan. Genau genommen wirkt der Wohlfahrtsstaat durch regulative »Politiken der Produktion« (Burawoy 1985) bis tief in die Betriebe hinein, indem er Geschäftsführer*innen bzw. Manager*innen Handlungsräume öffnet oder verschließt. Das gilt zum Beispiel für Beschäftigungs- und Lohnstrategien der Besitzer bzw. des Managements, die das Leben von Arbeiter*innen und einfachen Angestellten direkt betreffen. Im engeren Sinne beruhen die Politiken der Produktion auf der politischen Ankerkennung und Institutionalisierung der (gewerkschaftlichen) Macht der Arbeiter*innenklasse (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, 125). Dazu gehören sie die betriebliche Mitbestimmung und die Tarifgesetzgebung, durch die es abhängig Beschäftigten möglich wird Organisationsmacht (Gewerkschaften) aufzubauen und Formen der institutionellen Macht (Brinkmann/Choi/Detje/Dörre/Holst/Karakayli/Schmalstieg 2008, 25f.) durchzusetzen, also Betriebsräte zu gründen und Tarifverträge durchzusetzen. Organisationsmacht und institutionelle Macht ermöglichen den Angehörigen der arbeitenden Klassen Einfluss und setzen damit der Macht der profitabhängigen Kapitalist*innen und des Managements Grenzen (Burawoy 1982, 587–588). Innerhalb der Unternehmen werden so industrielle Bürgerrechte verankert (ders. 1985, 10). In einem weiteren Sinne beeinflusst aber auch die Politik der Absicherung, wie genau innerhalb von Unternehmen agiert werden kann und damit auch die Wirkung der Politiken der Produktion. Wird es etwa durch steuernde Arbeitsmarktpolitik für Unternehmen leichter Niedriglöhne zu zahlen, weil Menschen durch den Sozialstaat zur Aufnahme von Arbeit gedrängt werden? Oder: Erleichtert oder erschwert es der Sozialstaat dem Management prekäre Randbelegschaften aufzubauen, indem durch regulative Arbeitsmarktpolitik Leiharbeit gefördert/behindert und Befristungen erleichtert/erschwert werden? Kurz, der Sozialstaat ermöglicht durch »Politiken der Produktion« mehr oder eben weniger demokratische Mitsprache in den Betrieben, begrenzt (oder erweitert) die Macht der Unternehmen: Einerseits durch die Mitbestimmungs- und Tarifgesetzgebung, andererseits durch Politiken der Absicherung, die die abhängig Beschäftigten sozial verwundbarer oder weniger abhängiger vom Verkauf

der eigenen Arbeitskraft machen (zugespitzt: je prekärer die Arbeitsverhältnisse, desto größer die Macht der »Arbeitgeber«).

Politiken der Daseinsvorsorge und Teilhabe (Infrastrukturpolitik): Der Wohlfahrtsstaat kann soziale, kulturelle und politische Teilhabe fördern, indem öffentliche Güter zur Verfügung gestellt oder ermöglicht werden. Entweder geschieht dies durch staatliche Dienstleistungen oder es werden durch staatliche Förderung Dienstleistungen oder Infrastrukturen geschaffen, die nicht zum kapitalistischen Warenangebot gehören und somit nicht den Zwängen der Profitwirtschaft unterliegen. Ihr Gebrauchswert besteht darin nützlich für die Bevölkerung zu sein. Beispiele von Infrastrukturen, die Teilhabe fördern, sind etwa kommunale Schwimmbäder, der öffentliche Nahverkehr, kommunale und landeseigene Krankenhäuser oder auch Kita's. In einem Mindestmaß handelt es sich um eine (re-)distributive Politik, weil zumindest Teile der Kosten durch Steueraufkommen finanziert werden. Ihre Nutzung ist nicht unbedingt kostenlos, aber ihre Bereitstellung dient nicht der Gewinnmaximierung. Deshalb mag zwar auch für die Bereitstellung von Infrastrukturen das Gebot der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit gelten (im Sinne, dass Ressourcen nicht verschwendet werden sollen), aber die nötige Arbeitsleistung, der Ressourceneinsatz und das schließlich gemachte Angebot werden nicht dem kapitalistischen Rationalisierungsgebot unterworfen, das darauf abzielt aus Geld mehr Geld zu machen (G-W-G₊). Gesamtgesellschaftlich betrachtet ist die soziale Teilhabe umso stärker gewährleistet, je vielfältiger, umfangreicher und kostengünstiger das Angebot der öffentlichen Daseinsvorsorge ist.

Politiken der Wirtschaftssteuerung: Aufgrund der Trennung von Politik und Wirtschaft wird in kapitalistischen Marktgesellschaften »[...] das Volk von der Herrschaft über sein eigenes Wirtschaftsleben (ferngehalten).« (Polanyi 1978, 300) Der »sozialdemokratische Staat« der 1970er Jahre, dem Kritiker*innen eine Verstaatlichung der Gesellschaft unterstellten, öffnete hingegen die Möglichkeit durch »Politiken der Wirtschaftssteuerung« stärker lenkend und planend in die Wirtschaft einzugreifen: durch Anreize zur Investitionslenkung oder durch Staatsbetriebe. Der Kapitalismus sollte demokratisch gesteuert werden. Dazu gehörte die Leitidee, der Staat solle durch Planung und Lenkung der Privatwirtschaft und durch den Ausbau des Öffentlichen Dienstes die Lebenschancen und das Wohlergehen der Bevölkerung vergrößern – u.a. etwa, indem Vollbeschäftigung als Ziel staatlichen Handels ausgegeben wurde (Mandel 1974, 445–448). Aber auch die politische Entscheidung, bisherige Bereiche des Öffentlichen Dienstes zu privatisieren, Staatsbesitz zu verkaufen oder in staatlichen Hochschulen Elemente des Marktwettbewerbs einzuführen, also Wettbewerb zu organisieren (um nur einige Aspekte neoliberaler Politik zu nennen), ist eine aktive Form der Wirtschaftssteuerung. Denn es sind ja Parlamentsmehrheiten, die das entscheiden – die also etwa der Leitidee folgen, dass »der Markt« (also private Unternehmen, die ausschließlich ihren eigenen Profitinteressen folgen) besser für das Gemeinwohl sorgen kann, als ein Öffentlicher Dienst. Nur führen solche Entscheidungen dazu, dass »Marktkräfte« freigesetzt und die Macht von Unternehmen gestärkt werden.

Tabelle 3: Sozialstaatliche Regulierung der Klassenbeziehungen

Politiken der Absicherung	Reproduktion der Ware Arbeitskraft; Begrenzung- und Ermöglichung von Kapital- und Arbeiter*innenmacht
Politiken der Bildung und Erziehung	Herstellung der Ware Arbeitskraft; Öffnung/Schließung sozialer Aufstiegswege
Politiken der Produktion	Begrenzung/Ermöglichung von Kapital- und Arbeiter*innenmacht »in« Unternehmen
Politiken der Daseinsvorsorge	Begrenzung/Förderung Teilhabe
Politiken der Wirtschaftssteuerung	Politische Planung/Lenkung des Kapitalakkumulationsprozesses; Begrenzung- und Ermöglichung von Kapital- und Arbeiter*innenmacht

Quelle: Eigene Darstellung

Solidarität, Dekommodifizierung, Gleichheit, wirtschaftliche Demokratisierung: Wenn die genaue Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates Ergebnis von Klassenmobilisierung und politischen Aushandlungen ist, ist Sozialstaatspolitik natürlich nicht gleich Sozialstaatspolitik. Stilisiert lassen sich linke transformatorische von rechten konservierenden Politikansätzen unterscheiden. Mit Blick auf die Erfolgchancen des demokratischen Klassenkampfes linker Parteien hat Esping-Andersen in seiner Arbeit »Politics Against the Market« vier Merkmale linker Wohlfahrtsstaatspolitik herausgearbeitet. Ausgangspunkt für Andersen ist die strategische Grundüberlegung, dass die kapitalistische Akkumulation und der damit verbundene Markttausch das gemeinsame Handeln von Angehörigen der popularen Klassen nicht nur ermöglicht (Vergesellschaftung der Lohnarbeit), sondern auch behindert, insbesondere durch die Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten, die negative Individualisierung der Beschäftigten und Förderung sozialer Ungleichheiten, die daraus folgen, dass abhängig Beschäftigte ihre Arbeitskraft mit unterschiedlichem Erfolg verkaufen (Esping-Andersen 1985, 31).

Die Überwindung dieser Hürden, die demokratische Klassenpolitik nehmen muss, sollte demnach – neben der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen an sich – strategisch im Mittelpunkt linker Sozialstaatspolitik stehen: *Erstens* sollten Reformen dazu beitragen Klassensolidarität zu schaffen und zu stärken, also gleiche Rechte für alle garantieren und dazu beitragen klasseninterne Unterschiede/Ungleichheiten zu verringern, um so dazu beizutragen die kollektive Identität der arbeitenden Klasse zu stärken (ebd., 147). *Zweitens* sollte linke Sozialstaatspolitik die Ware Arbeitskraft vor der Peitsche des (Arbeits-)Marktes schützen, also den Zwang zum und die Unsicherheiten beim Verkauf der eigenen Arbeitskraft verringern. Durch sozialstaatliche Angebote wird soziale Teilhabe, ein angemessener Lebensstandard unabhängig vom Erfolg auf dem Arbeitsmarkt (also möglichst gut bezahlter Erwerbstätigkeit) ermöglicht (Offe 2019, 75). Diese Dekommodifizierung wirkt sich gleichzeitig auf die soziale Ungleichheit wie auf das Machtverhältnis zwischen »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern« aus – insofern hat sie eine unmittelbare klassenpolitische Bedeutung, weil sie die Konfliktfähigkeit der abhän-

gig Beschäftigten beeinflusst. In links-transformatorischer Sozialstaatspolitik geht es deshalb auch darum, die Macht der Lohnabhängigen zu stärken (Esping-Andersen 1985, 31)¹. *Drittens* sollte sie grundsätzlich die Gleichheit fördern und stärken (ebd., 148) – Letzteres ergibt sich zum Teil aus den ersten beiden Zielen, geht darüber aber auch hinaus, etwa wenn die Gleichheit zwischen den Geschlechtern anvisiert wird. Eine weitere wichtige Rolle spielt darüber hinaus *viertens* die Demokratisierung der Wirtschaft, die selbst in die kapitalistische Akkumulation eingreifen würde (ebd., 292f.).

Der demokratische Staat soll in Strategien, die auf die Transformation des Kapitalismus in eine neue Gesellschaftsordnung setzen, insofern auch ein »redistributiver Sozialstaat« werden, er soll demokratisch die Wirtschaft planen und eine gleichere gesellschaftliche Entwicklung ermöglichen (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, 43).

»Indem der Wohlfahrtsstaat Armut, Erwerbslosigkeit und die völlige Abhängigkeit von Löhnen beseitigt, stärkt er die politischen Fähigkeiten und verringert die sozialen Spaltungen, die Hürden für die politische Einheit der Arbeitenden sind.« (Esping-Andersen 1990, 12)

Drei Sozialstaatstypen und politische Sozialstaatsstrategien

In Anlehnung an die akademische Wohlfahrtsstaatsforschung lassen sich vor diesem Hintergrund verschiedene Typen von Sozialstaaten und Sozialstaatsstrategien bilden. Sie unterscheiden sich danach, ob und wie sie die Machtungleichheit zwischen profitabhängigen Kapitalist*innen und Lohnabhängigen verringern, sowie soziale Ungleichheit vermindern. Etabliert hat sich in der Forschung die Unterscheidung zwischen liberalen, konservativen und sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Wohlfahrtsstaatstypen (ebd., 27f.), die als Idealtypen begriffen werden, so in Reinform also kaum vorkommen (Esping-Andersen 1990, 28; Lessenich 1995, 30).

In Anlehnung an die Typologie lässt sich gleichzeitig von politischen Strategien sprechen, die darauf zielen – in der groben Tendenz – entsprechende Sozialstaaten zu schaffen. In den USA beispielsweise, in denen es eine Form des liberalen Sozialstaates gibt, setzen sich linke Demokrat*innen für Reformen ein, die auf die Schaffung eines konservativen oder sozialistischen Sozialstaates setzen. Und in Deutschland, in dem der Sozialstaat am ehesten dem konservativen Typus entspricht, haben neoliberale Reformprojekte insbesondere zu und seit Beginn der 2000er Jahre daran gearbeitet ihn in Richtung des liberalen Typs zu verändern.

Die drei Idealtypen lassen sich dahingehend voneinander unterscheiden nach welcher Logik Sozialpolitik organisiert wird (werden soziale Leistungen durch den Staat oder durch Private, also Unternehmen/Markt oder Familie gewährleistet? Werden sie als gleiche Rechte für alle oder beispielsweise nach dem leistungsabhängigen Versicherungsprinzip gewährt?), welche Logik der Schichtung (werden soziale Ungleichheiten

1 Unter kapitalistischen Bedingungen kann die Dekommodifizierung allerdings nicht völlig gelingen, der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft (Erwerbszwang) nicht völlig aufgehoben werden (Mohr 2007, 54). Real existierende Sozialstaaten wirken deshalb in einem Mindestmaß auch immer rekommodifizierend, wirken also beispielsweise daran mit und darauf hin, dass Erwerbslose wieder einer abhängigen Beschäftigung nachgehen (dies., 56–57)

bewahrt, werden sie abgebaut oder vielleicht sogar verschärft?) mit ihr einhergeht und welche Logik der sozialen Integration durch sie gestärkt wird (z. B. soziale Teilhabe durch Marktteilhabe oder soziale Teilhabe auch jenseits der Erwerbsarbeit) (Esping-Andersen 1990, 3)

Im *sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat* werden soziale Leistungen über den Staat erbracht. Das zentrale Ziel ist die Befreiung des Einzelnen von der Marktabhängigkeit. Die Anspruchsrechte werden als soziale Bürgerrechte verankert, die im Prinzip allen Staatsbürgern zugutekommen (Lessenich 1995, 32–33). Die Sozialpolitik soll Wettbewerb und Ungleichheit begrenzen. Eine antizyklische Wirtschaftspolitik (also Varianten keynesianischer Politik), die auf die Schaffung von Vollbeschäftigung zielt, spielt eine wichtige Rolle (Borchert 1996, 45) – zum einen, um soziale Not durch Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, zum anderen, um die Finanzierung der wohlfahrtsstaatlichen Programme sicherzustellen (weil durch Vollbeschäftigung Kosten sinken, etwa für die Erwerbslosenabsicherung, und gleichzeitig Einnahmen größer werden). Im Kernbereich der sozialen Sicherung werden Sozialversicherungs- und Staatsbürgerversicherungen kombiniert (Mau 1997, 11–12). Es handelt sich in der Tendenz um eine Art »Staatsbürgerversorgung«, bei der die soziale Sicherheit unabhängig vom »erwerbsarbeitsvermittelten ökonomischen Status« gewährleistet wird (Lessenich 1995, 32–33). Der Markt wird ausgeschaltet, alle sollen vom Sozialstaat profitieren, alle sind von ihm abhängig und alle sollten deshalb auch bereit sein für seine Leistungen aufzukommen durch Steuern – so zumindest der Anspruch. Im eigentlichen Sinne handelt es sich um eine Politik gegen den Markt, die die Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft weit vorantreibt (Esping-Andersen 1990, 28). Zumindest die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Sozialstaatsstrategien zielen in einem Mindestmaß darauf ab, demokratisch planend und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen (Esping-Andersen 1985, 292f.). Ein wirklich entwickelter sozialistischer Wohlfahrtsstaat würde also neue Elemente der Demokratie umfassen, die die bisherige parlamentarische Demokratie erweitern würden.

Tabelle 4: Linke Sozialstaatsstrategien: Politik gegen den Markt

Klassensolidarität stärken: Gleiche Rechte und Abbau Ungleichheiten innerhalb der popularen Klassen	z. B. einheitliche Rentenversicherung mit höheren armutsfesten Mindestrenten
Generelle Förderung von sozialer und politischer Gleichheit	z. B. Stärkung der Position von Frauen am Arbeitsmarkt
Demokratisierung der Wirtschaft	z. B. aktive staatliche Rahmenplanung für die Wirtschaft

Ausbau von Lohnabhängigenmacht Stärkung der Arbeitsmarktmacht von Lohnabhängigen (De-Kommo- difizierung) Ausbau institutioneller Arbeiter*innenmacht	z.B. Abschaffung von Leiharbeit, starke Beschränkung von Befristungsmöglichkeiten; Ausweitung der Mitbestimmungs- möglichkeiten von Betriebsräten
Aktive vollbeschäftigungs- orientierte Wirtschaftspolitik	z.B. steuerliche Entlastung unterer Einkommensgruppen, um Kaufkraft zu fördern, stärkere Belastung oberer Einkommens- gruppen, um Kosten zu decken; gesetzliche Arbeitszeitver- kürzung (Wöchentliche Höchstarbeitsdauer), um verfügbare Arbeit innergesellschaftlich umzuverteilen

Quelle: Eigene Darstellung

Im *liberalen Wohlfahrtsstaat* soll Sozialpolitik hingegen maximal marktkonform sein. Die liberale Politik gesteht nur zurückhaltend soziale Sicherung bzw. Leistungen zu, zwingt die Menschen dabei insbesondere zur Übernahme von Eigenverantwortung. Der Staat ist aktiv, aber in erster Linie indem er private und freiwillige Versicherungssysteme fördert und unterstützt, an die sich die Einzelnen in ihrer eigenen Verantwortung eben wenden können. Nur wer sich das nicht leisten kann, kommt in den Genuss bedarfsgeprüfter öffentlicher Fürsorgeleistungen (Lessenich 1995, 36). Im liberalen Regime wird Druck zur Selbsthilfe ausgeübt. »Der Staat übernimmt Aufgaben, wenn der Markt versagt.« (Mau 1995, 12) Das führt

»[...] zu einer ausgeprägten Spaltung der sozialen Wohlfahrt: Während die Mittelklasse und die bessergestellten Arbeitnehmer auf privatwirtschaftliche Sicherungsarrangements oder aber auf den immer bedeutsameren Bereich betrieblicher Sozialpolitik zurückgreifen können, werden die Sicherungsbedürfnisse der ärmsten Schichten der Bevölkerung an den die sozialpolitische Restverantwortung übernehmenden Fürsorgestaat verwiesen.« (Lessenich 1995, 36)

In der Regel müssen Ansprüche auf diese rudimentären Unterstützungen durch strikte Bedürftigkeitsnachweise begründet werden, oft sind die Leistungen selbst sehr gering und gehen mit einer gesellschaftlichen Stigmatisierung einher (Esping-Andersen 1990, 26–27). Diese Politik beruht auf der Grundannahme, dass hohe bzw. qualitativ hochwertige und leicht zugängliche Leistungen den »Arbeitsanreiz«, also den Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft, unterminieren würden (Mau 1997, 12). Im Endergebnis wirken liberale Sozialstaatstypen eher kommodifizierend als dekommodifizierend. Der liberale Sozialstaat fördert Ungleichheit, er unterstützt eine Mischung aus relativ »gleicher« Armut unter denen, die staatliche Sozialleistungen beziehen, unterschiedliche Sicherheit und soziale Teilhabe unter denjenigen, die private Leistungen in Anspruch nehmen und eine klare Spaltung zwischen den Staats- und den Marktabhängigen (Esping-Andersen 1990, 26–27). Ist sozialistische Sozialstaatspolitik also eine Politik gegen den Markt, ist liberale Wohlfahrtsstaatspolitik eine für und mit dem Markt. Demokratische

Eingriffe in die kapitalistische Akkumulation lehnen Vertreter*innen der liberalen Wohlfahrtsstaatspolitik ab.

Der *konservative Sozialstaat* teilt mit dem sozialdemokratischen, dass er durchaus eine Gegentendenz zur Vermarktlichung darstellt (Lessenich 1995, 34). Er soll gleichzeitig soziale Sicherheit und damit Stabilität schaffen und soziale Ungleichheiten erhalten (Mau 1997, 13). Der deutsche Sozialstaat ist der Musterfall dieses Typus, für den im Kernbereich der sozialen Sicherungssysteme Pflicht- und Zwangsversicherungen charakteristisch sind. Konservative Sozialpolitik zielt dabei darauf ab traditionelle Statusunterschiede und Ungleichheiten zu erhalten (Lessenich 1995, 34). Das gelingt, weil Sicherungsansprüche an die Erwerbsarbeit gekoppelt werden, also die sozialstaatlichen Ansprüche bzw. Rechte vom Erfolg auf den Märkten abhängig gemacht werden (z.B. erhält ein höheres Arbeitslosen- oder Krankengeld, wer ein höheres Einkommen hat) – und damit letztlich an die jeweilige Klassenlage gekoppelt werden (Esping-Andersen 1990, 27; Mau 1997, 13). »Soziale Sicherheit muss durch Erwerbstätigkeit ›verdient‹ werden, die erwerbsarbeitsvermittelte Ungleichheit von Lebenslagen wird sozialpolitisch fortgeschrieben.« (Lessenich 1995, 35) Darüber hinaus bevorzugt der konservative Sozialstaat bestimmte Beschäftigtengruppen, in Deutschland beispielsweise die Beamten, die z.B. in eigenen Versicherungssystemen versorgt werden (Mau 1997, 13). Herkömmlicherweise privilegiert der konservative Sozialstaat die traditionelle Familie, positiv etwa durch steuerliche Begünstigungen männlicher Alleinverdiener oder negativ durch einen Mangel an vorschulischen Kinderbetreuungsangeboten, die es erschweren, dass Frauen erwerbstätig sind (Esping-Andersen 1990, 27; Mau 1997, 13).

Tabelle 5: (Neo-)Liberaler, konservativer und sozialistischer Sozialstaatsstrategien

	(Neo-)Liberaler Sozialstaat	Konservativer Sozialstaat	Sozialistischer Sozialstaat
Stärkung Kapitalmacht (Kommodifizierung)	X	X	
Stärkung Lohnabhängigenmacht (De-Kommodifizierung)			X
Abbau sozialer Ungleichheiten			X
Milderung sozialer Ungleichheiten		X	
Erhalt sozialer Ungleichheiten	X	X	
Anregung sozialer Ungleichheiten	X		
Wirtschaftssteuerung durch Märkte	X	X	
Wirtschaftssteuerung durch Demokratie			X

Quelle: Eigene Darstellung

2.3 Die sozial-ökologische Transformation: Varianten des Green New Deal

Abgesehen von einer relevanten Minderheit der Bevölkerung und der politischen Parteien, die Klimawandel bzw. Erderwärmung leugnen, machen alle Parteien Vorschläge, wie die Erderwärmung aufzuhalten ist. In diesem Sinne sind Umwelt- und Klimapolitik allgegenwärtig (Fraser 2022, 76), sind heute alle ein bisschen grün-ökologisch, wenngleich das konkret sehr Unterschiedliches bedeutet. Nicht nur hinsichtlich der Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die Schadstoffbelastungen zu verringern, sondern auch hinsichtlich der Bedeutung, die die Sicherstellung sozialer Gleichheit bzw. gleichwertiger Lebenschancen dabei spielen. Insofern kommt auch dem Sozialstaat in den verschiedenen politischen Entwürfen eine ganz unterschiedliche Rolle zu.

Nicht immer, aber doch häufig, wird darüber unter der Überschrift »Green New Deal« diskutiert, erst als ein Projekt von mitte-links Gruppen, heute – siehe den Europäischen Grünen Deal – auch als Projekt des politischen Mainstreams (Smith 2021). Dabei wird in aller Regel auf den sog. New Deal Bezug genommen, auf eine Serie tiefgreifender sozialer und politischer Reformen, die in den 1930er Jahren von der Demokratischen Partei in den USA durchgeführt wurden. In der soziologischen Theorie gelten die entsprechenden Veränderungen in der Produktion, der Lebensweise sowie die angesprochenen politischen Veränderungen als Beispiel und Schlüsselmoment bei der Herausbildung eines neuen sog. Akkumulationsregimes (insbesondere Massenproduktion) und einer darauf bezogenen politischen Regulationsweise (insbesondere ein integrativer Klassenkompromiss), die eine längere Phase der Stabilität und des starken wirtschaftlichen Wachstums ermöglichten (Gordon/Edwards/Reich 2004, 9f.).

Die politischen Reformen waren so einschneidend, dass sie das Leben der Menschen und auch das Gesicht des US-Kapitalismus grundlegend veränderten. Es handelte sich um »Reformen von oben«, mit denen ein Teil des US-Establishments auf die Weltwirtschaftskrise, aber auch auf eine Reihe von gesellschaftlichen Kämpfen in den Vereinigten Staaten antworteten. Allerdings wurde diese Politik durch eine breite gesellschaftliche Koalition getragen, zu der neben den Gewerkschaften auch große Teile der Linken gehörten (Lehndorff 2020). Wer heute vom *Green New Deal* redet, will damit fordern oder signalisieren, dass – jetzt mit ökologischen Vorzeichen – eine ebenso tiefgreifende Reform des Kapitalismus notwendig ist. In der Debatte um einen Green New Deal treffen unterschiedliche Anliegen und politische Interessen aufeinander, von denen ich drei für besonders wichtig halte:² Der marktwirtschaftliche, der links-sozialdemokratische und der sozialistische Green New Deal. Dabei handelt es sich um Typen. Parteien, Initiativen oder auch einzelne Personen können auch Mischungen vertreten.

2 Die folgende Übersicht basiert auf Beiträgen von Klaus Dörre (2022), Naomi Klein (2016), Michael Löwy (2016), Bernd Riexinger (2020), Tone Smith (2021), Udo Simonis (2020) und Christian Zeller (2021).

Der marktorientierte Green New Deal

Der marktwirtschaftliche Green New Deal: Green New Deal kann erstens bedeuten, dass ein neues Wachstumsmodell für den Kapitalismus gefunden werden soll, jetzt eben ökologisch nachhaltig. Die grundlegenden Eigenschaften der heutigen Gesellschaft werden nicht hinterfragt. Es geht darum einen grünen Kapitalismus zu schaffen (Deppe 2021 284), »dessen innerste Natur der Prozess der Akkumulation von Kapital, Extension und Expansion, Wachstum und Grenzüberschreitungen ohne Maß und innere Selbstbegrenzung ist.« (Rilling 2011) Die Klimaziele sollen erreicht werden, indem Energieerzeugung, Produktionsverfahren, Verkehrsweisen und auch der Massenkonsum neugestaltet werden – und zwar so, dass eine neue wirtschaftliche Prosperität einsetzen kann. Ein zukunftsfähiger Kapitalismus ist aus dieser Perspektive eben einer, der ökologisch auf Vordermann gebracht wird (Exner 2012, 55). Die Maxime heißt: Wirtschaftswachstum nicht trotz des Klimaschutzes, sondern aufgrund des Klimaschutzes, Verhinderung der Klimakatastrophe durch einen boomenden Kapitalismus. Unter anderem soll das so sein, weil neue Wachstumsmärkte für »grüne Produkte« entstehen. »Ökologie als Jungbrunnen der Ökonomie«, so heißt es in einem älteren Beitrag aus der Heinrich-Böll-Stiftung, die Bündnis 90/Die Grünen nahesteht (Fücks/Steenbock 2007, 1).

Konflikte mit den großen fossilen Monopolen können von Teilen dieser Reformbewegung mitgedacht werden, aber eher als »erzieherische Konflikte«, durch die die Konzerne zu ihrem neuen Glück gezwungen werden sollen (man könnte hier von einer ökologischen Konfliktpartnerschaft von Kapital und Staat sprechen). Grundlegende politische Konflikte jedenfalls sind kein Teil dieser Reformstrategie. Dafür stehen technologische Lösungen und der Markttausch (Schadstoffe werden bepreist, und weil sie jetzt zum Kostenfaktor werden, beginnen Unternehmen und Konsumenten sparsamer zu sein usw. – das ist sowohl die Logik hinter dem Emissionshandel wie auch hinter der CO₂-Steuer) im Mittelpunkt (Riexinger 2020, 23). Der Grundgedanke ist verlockend einfach: Wenn Schadstoffbelastungen mit einem hohen Preis verbunden werden, dann werden Unternehmen und Konsument*innen ihr Verhalten ändern (Brand/Wissen 2017, 149–150). Unternehmen werden u.a. in Technologien investieren, um energieeffizientere Produktions- und Arbeitsverfahren zu entwickeln und schadstoffarme Produkte auf den Markt zu bringen. Die Bepreisung von Schadstoffen wird als ökologischer »technologischer Rationalisierungstreiber« betrachtet. Verbraucher*innen werden in ähnlicher Weise ihr Verhalten ändern, sie werden im Verbrauch ökologisch bewusster handeln (weil ökologisch unbewusstes Handeln eben für sie teurer werden soll) und die neue grüne Produktpalette kaufen. Der marktwirtschaftliche Green New Deal verspricht einen Wandel in Stabilität. Unternehmen, auch die ganz großen, werden als Partner*innen verstanden, mit denen man streiten mag, mit denen gemeinsam man aber diese »große Transformation« gestalten will. Politiken der Wirtschaftssteuerung spielen praktisch keine Rolle. Befürworter*innen dieser Spielart des Green New Deal können mehr oder weniger (oder auch gar kein) Interesse für die soziale Seite der grünen Kapitalismusreform mitbringen, insofern können Politiken der Absicherung (etwa Transfergelder, die die Belastung durch Energiesteuern abmildern sollen) bzw. sozialpolitische Versprechungen durchaus Teil des marktwirtschaftlichen Green New Deal sein.

Linke Varianten des Green New Deal

Der links-sozialdemokratische Green New Deal: Green New Deal kann zweitens ein politischer Entwurf für die Zukunft sein, in dem der Kampf gegen die Zerstörung der ökologischen Existenzgrundlagen gleichzeitig mit dem Kampf für mehr Demokratie, für soziale Sicherheit und soziale Gleichheit verbunden wird. Der Green New Deal ist in dieser Variante eine umfassende Reformalternative innerhalb des Kapitalismus, die aber gegen kapitalistische Eliten durchgesetzt werden muss. Auch Vertreter*innen dieser Spielart setzen sich für neue Technologien ein, auch die Bepreisung von Schadstoffen wird nicht unbedingt abgelehnt. Sie machen aber hier nicht halt, vielmehr wird der Green New Deal als ein umfassenderer Umbau der Gesellschaft verstanden. Der Aus- und Umbau des Sozialstaates spielt dabei eine ganz wesentliche Rolle, etwa weil der ökologische Umbau der Wirtschaft sozialstaatlich so flankiert werden soll, dass soziale Ungleichheit und Unsicherheit nicht zunehmen, oder weil durch die Ausweitung des Öffentlichen Dienstes neue grüne Jobs geschaffen werden sollen. Nicht nur Politiken der Absicherung, sondern auch der Bildung, der Produktion und der Wirtschaftssteuerung sind Teil dieses Projektes.

Dieser Teil der Reformbewegung meint, dass Klimaschutzpolitik zumindest teilweise gegen den Markt und gegen das Kapital gemacht werden muss, weil beide (Kapital existiert lediglich aufgrund des Markttauschs) als grundsätzliche Hindernisse auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft betrachtet werden. Weil es ein einflussreiches fossiles Kapital gibt, das Widerstand leistet. Weil der grundlegende Wachstumszwang überhaupt keine ökologisch nachhaltige Wirtschaft möglich macht. Weil Unternehmen von sich aus kein Geld in ökologische Innovationen stecken, wenn diese nicht zu mehr Profit führen. Grünes Wachstum verlangt deshalb auch nach einem aktiven Staat, der der Zerstörungskraft des Kapitals Grenzen setzt und neue Wachstumsimpulse gibt. Und das auf verschiedenen Ebenen: Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung oder die staatliche Steuerung der grünen Transformation der Energieerzeugung, der Produktionsverfahren, der Verkehrsweisen und auch des Massenkonsums ist zentral. Politik gegen Unternehmen und Markt – aber mit der Perspektive, einen ökologisch nachhaltigeren, demokratischeren und sozialeren Entwicklungspfad des Kapitalismus einzuschlagen.

Der ökosozialistische Green New Deal: Green New Deal kann drittens ein ausgesprochen sozialistisches Projekt sein, das im Hier und Jetzt beginnt, aber die Veränderung der wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse anstrebt. Ökosozialismus in diesem Sinne ist nicht neu, sondern ist bereits in den späten 1970er Jahren als Ideenrichtung entstanden. Dennoch ist er innerhalb der gesellschaftlichen Linken immer noch kontrovers, weil er mit produktivistischen Traditionen sowohl der Sozialdemokratie als auch der sozialistischen Bewegung kollidiert. Wie Raymond Williams bereits in den frühen 1980er Jahren unterstrich, waren für die Linke Not, Armut und Ungleichheit lange das zentrale Problem, das man durch Steigerung der Produktion bekämpfen wollte (Williams 1989, 213–214) – ohne große Rücksicht auf die Natur. Ein größerer Kuchen sollte gebacken werden, dessen Stücke anders verteilt werden sollten.

Mit Hilfe eines linken Green New Deals ginge es nun aber darum einen grünen Sozialismus zu erschaffen (Rilling 2011). Denn nur so sei die starke Reduzierung der Schad-

stoffbelastung möglich, die hohe Erderwärmung zu verhindern und dies alles auf eine Art und Weise zu gestalten, in der abhängig Beschäftigte nicht abgehängt werden. Der Einwand gegen die Strategie, durch einen grünen Kapitalismus die Klimakrise zu lösen, ist einfach: Soll die kapitalistische Wirtschaftsordnung fortgeführt werden, dann geht das nur mit Wachstumsraten, die einfach nicht auf klimaneutrale Art und Weise zu erreichen sind – insbesondere dann, wenn man in Rechnung stellt, dass eine Vielzahl von heute gängigen Waren so hergestellt werden, dass sie nicht lange halten. Demnach ist es eben »[...] die inhärente Struktur dieser Gesellschaftsordnung [...] selbst«, die die Weltgesellschaft an den Rand des ökologischen Kollapses geführt hat (Engert 2010, 101–102; Exner 2012, 54).

Auch beim sozialistischen Green New Deal spielen die Ausweitung und der Ausbau des Sozialstaates eine wichtige Rolle. Deutlich stärker als in der linkssozialdemokratischen Variante sollen im Rahmen des ökosozialistischen New Deal Angehörige der subalternen Klassen zu Handelnden gemacht werden. Zum grundlegenden Umbau und zum Aus- und Umbau des Sozialstaates gehört deshalb auch die Demokratisierung der Wirtschaft (angeknüpft wird dabei i.d.R. an ältere Debatten über Wirtschaftsdemokratie), durch die Arbeiter*innen und Angestellte selbst zu Akteuren des Green New Deal werden. Demokratische Wirtschaftssteuerung ist insofern von herausragender Bedeutung, also Wirtschaftslenkung, die sowohl durch den Staat als auch durch die Bevölkerung, Belegschaften usw. beeinflusst wird.

»Ein grüner Sozialismus stellt das Öffentliche in den Mittelpunkt, rekommunalisiert zentrale Infrastrukturen und garantiert demokratische Entscheidungen über den Umbau von Produktions- und Konsumweise.« (Candeias 2012, 9–10)

Es lässt sich dabei eine linksreformistische von einer revolutionären Spielart des Grünen Sozialismus unterscheiden. Revolutionäre Ökosozialist*innen betonen, der unmittelbare Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise sei notwendig, deshalb umfassen ihre Vorschläge in der Regel verschiedene Bausteine der staatlichen Rahmenplanung und demokratischen Vergesellschaftung der Wirtschaft (Bellamy Foster/Clark/York 2011, 414f.; Zeller 2020, 71f.). Ein geläufiger Einwand gegen diesen Ökosozialismus lautet, dass die heutigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse diese Politik nicht im Ansatz zulassen. (Links-)Reformistische Ökosozialist*innen hingegen teilen zwar das Ziel einer demokratisch geplanten Wirtschaft, schlagen aber Reformen und Schritte vor, die den Weg dorthin geöffnet halten, aber unter den heutigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bereits machbar sind – Einstiegsprojekte, »[...] die im Kapitalismus zeigen, was eine sozialistische Art ist, die Probleme zu lösen.« (Spehr 2012, 52)

Sozialstaatsabhängigkeit der ökologischen Transformation

Die marktwirtschaftliche und linkssozialdemokratische Variante des Green New Deals haben gemeinsam, dass sie ein neues, ein nachhaltiges Wachstumsmodell auch innerhalb des Kapitalismus für möglich halten und anregen wollen, wenn auch auf völlig unterschiedliche Art und Weise. Beide Richtungen sind der Meinung, dass die heutige Gesellschaft sich verändern muss, beide halten eine nachhaltige ökologische Zukunft aber auch dann für möglich, wenn die kapitalistische Produktionsweise weiterhin Wirtschaft

und Gesellschaft dominiert. Über das Wie dagegen besteht grundlegende Uneinigkeit zwischen den Anhänger*innen beider Optionen – die Meinungsverschiedenheiten drehen sich nicht zuletzt um die Frage, in welchem Ausmaß eine ökologische Transformation mit dem Markt, also in Kooperation mit dem Kapital geschehen kann und muss. Die Gemeinsamkeit der linkssozialdemokratischen und sozialistischen Spielarten des New Deal liegt in der strategischen Annahme, dass ökologische Politik gegen Markt und Unternehmen gemacht werden muss. Ganz im Sinne sozialistischer Wohlfahrtsstaatspolitik (siehe Kap. 2.2) soll ein linker Green New Deal nicht in erster Linie eine Politik mit, sondern gegen das Kapital sein – und auch nicht-profitwirtschaftliche Formen des Wirtschaftens stärken, beispielsweise durch die Ausweitung des Öffentlichen Dienstes.

Der Sozialstaat spielt in allen Projekten eine Rolle, allerdings sehr unterschiedliche. Im marktwirtschaftlichen Green New Deal geht es – wenn, dann – maximal um Politiken der Absicherung und der Bildung. Es handelt sich um eine Politik mit dem und für den Markt, dem auch die Sozialstaatspolitik dienen soll – den ökologischen Umbau systematisch mit dem Versuch zu verbinden, soziale Ungleichheit abzubauen, Solidarität zwischen den abhängig Beschäftigten zu fördern, soziale Unsicherheit zu verringern und die Macht der Lohnabhängigen zu stärken (siehe Kap. 2.2.3.4), ist allen denkbaren Typen des marktwirtschaftlichen Green New Deal fremd. Das liegt nicht zuletzt daran, dass zwar von einem Teil der marktwirtschaftliche New Dealer eingestanden wird, dass die Milderung der sozialen Härten und Desintegrationspotenziale der heutigen Gesellschaft sozialpolitisch gemildert werden müsste, um Transformationsbereitschaft zu erzeugen; aber eine alternative und kohärente wirtschafts- und damit auch staatspolitische Alternative zur Angebotsorientierung geht damit eigentlich nicht einher. Von einer neo- oder postkeynesianischen Wende jedenfalls kann auch bei Vertreter*innen dieses Konzeptes bei der SPD und bei den Grünen nicht die Rede sein.

Ganz anders die linken Varianten. Im linkssozialdemokratischen und im sozialistischen Green New Deal spielen neben den Politiken der Absicherung und der Bildung/Erziehung die Politiken der Produktion, der Infrastruktur/Teilhabe und der Wirtschaftssteuerung eine zentrale Rolle. Die linkssozialdemokratische und sozialistische Variante des Green New Deal verbindet, dass sie großzügige Sozialstaatsreformen umfassen, die gleichzeitig Schutzschilde für die vom ökologischen Umbau betroffenen Menschen, als auch Ermöglicher dieses Umbaus sein sollen: Schutzschilde, weil soziale Deklassierungs- und damit soziale Ausgrenzungsprozesse so vermieden werden sollen: Ermöglicher, weil dieser Schutz die Bereitschaft möglichst vieler erhöhen soll, den wirtschaftlich-ökologischen Strukturwandel zu unterstützen. Gängige Reformvorschläge zielen beispielsweise darauf ab die Ware Arbeitskraft – auch – im ökologischen Umbauprozess weitgehend zu dekommodifizieren, etwa indem Beschäftigungsgarantien und umfangreiche Umschulungs- und Weiterbildungsgesellschaften vorgeschlagen werden. Darüber hinaus sollen durch aktive Wirtschafts- und Industriepolitik neue Beschäftigungssektoren geschaffen, durch eine umverteilende Steuerpolitik auch aktiv soziale Ungleichheiten abgebaut werden. Durch Politiken der Wirtschaftssteuerung soll darüber hinaus – insbesondere in den Varianten des ökosozialistischen Green New Deal – ein direkter Einfluss auf den kapitalistischen Akkumulationsprozess genommen

werden, um gleichzeitig effektiv Klimaschutz »an der wirtschaftlichen Basis« betreiben und dies unter Beteiligung der Interessen der abhängig Beschäftigten tun zu können. In diesem Sinne fußen alle Varianten eines linken Green New Deal auf starke und expansive Sozialstaatsprojekte und die Vision eines aktiven Staates.

Aber: Vorschläge der wirtschaftlichen Demokratisierung würden nicht nur die Macht der Beschäftigten und Konsument*innen gegenüber den Unternehmen stärken, sie würden faktisch auch den Staat transformieren, weil die bisherige parlamentarische Demokratie vertieft und ausgeweitet würde durch neue Formen der direkten Demokratie, durch die die institutionelle Arbeiter*innenmacht enorm ausgeweitet würde. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen linkssozialdemokratischen und ökosozialistischen New Dealer*innen drehen sich u.a. um die Reichweite dieses Demokratisierungsprozesses und die Frage, wie viel »Politik gegen das Kapital« möglich und nötig ist.

2.4 Die Rolle politischer Projekte

Diese Neugestaltung des Sozialstaates bzw. des linken Green New Deal ist davon abhängig, welchen politischen Projekten es gelingt tragfähige und mehrheitsfähige Klassenbündnisse bzw. Sozialstaatskoalitionen aufzubauen. Im Folgenden werde ich deshalb zunächst in aller Kürze diskutieren, was politische Projekte sind und was sie tun. Anschließend werde ich die politischen Projekte und ihre Sozialstaatspolitiken vorstellen, die die Entwicklung der prekären Zweidrittelgesellschaft geprägt haben, also das liberal-konservative und das marktsozialdemokratische Projekt, bzw. heute politisch miteinander ringen (Kap. 3), also das sozialliberal-ökologische, das antiökologisch-nationalradikale und das links-ökologische Projekt. Dabei werde ich die wesentlichen von ihnen durchgesetzten sozialstaatlichen Reformen (bzw. Ziele) skizzenhaft darstellen, von denen ich meine, dass sie die gesellschaftliche Entwicklung geprägt haben.

Politische Projekte und ihre Basis

Mit politischen Projekten meine ich nicht einfach Zusammenschlüsse von Parteien, wie z.B. die »rot-grüne Koalition«, die am Ende der 1990er Jahre die Kohl-Regierung aus FDP und Unionsparteien herausforderte und schließlich ablöste. Parteien gehören natürlich dazu. In einem weiteren Sinne handelt es sich bei solchen Projekten um »Strömungsnetzwerke« aus Parteien, Interessenorganisationen (wie z.B. die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), NGOs und Stiftungen (wie z.B. die bereits erwähnte Stiftung Neue soziale Marktwirtschaft), kleineren politischen Zusammenhängen und intellektuellen Zusammenschlüssen und Medien (wie z.B. die rechtsradikale Zeitschrift Sezession oder Die Zeit). In diesen Strömungsnetzwerken wird um politische Reformen und Inhalte, aber auch um Strategien gerungen. Man darf sie sich nicht harmonisch vorstellen. Jedes politische Projekt buchstabiert grundlegende Antworten auf die Fragen der Zeit aus. Diese grundlegenden Antworten bezeichne ich im Weiteren als Entwicklungsmodelle (Ingrao/Rossanda 1995, 112).

»Politische Akteure konkurrieren miteinander darum öffentliche Politikvorschläge und Strategien unterbreiten, die Institutionen zu verändern, um so einen ausreichend großen sozialen Block zusammenzubringen, der aus Gruppen mit unterschiedlichen, aber ausreichend kompatiblen Erwartungen besteht.« (Amable 2017, 6)

Sozialpolitik spielt in fast allen Entwicklungsmodellen, die in der Geschichte der Bundesrepublik vorgeschlagen wurden, eine zentrale Rolle. Da politische Projekte zwischen Interessen und Orientierungen der verschiedenen Teile ihres gesellschaftlichen Blocks vermitteln und Kompromisse organisieren müssen, sind sie und die von ihnen vertretenen Entwicklungsmodelle i.d.R. nicht widerspruchsfrei (Amable 2017, 9).

Parteien stehen für gewöhnlich im Mittelpunkt eines politischen Projektes, denn ohne »parteilichen Anker« ist es höchst unwahrscheinlich, dass sich ein politisches Projekt als bleibende politische Alternative herauskristallisiert. Parteien bieten als Organisationen einen stabilen (sozialen) »Raum«, in dem u.a. Aushandlungen stattfinden können, aus dem heraus Anknüpfungspunkte in die Gesellschaft geschaffen werden können und der auch »Wir-Gefühle« ermöglicht. Parteien erfüllen zwei wichtige Aufgaben. Sie drücken etwas aus, indem sie Bilder und Ansprachen, Deutungen und Erklärungen entwickeln, um aus latenten Spannungen bzw. schwelenden Konflikten Forderungen und Druck für Veränderung zu machen (»expressive Funktion«). Zugleich vermitteln wichtige Vertreter*innen der Parteien zwischen unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen, priorisieren Forderungen und Anliegen (»vermittelnde und repräsentative Funktion«) (Lipset/Rokkan 1967, 5). Keine Partei ist daher homogen (Weber 2005, 213), Parteien sind selbst lediglich Allianzen unterschiedlicher Kräfte, die sich in größeren Konflikten um Politik und Werthaltungen zusammenfinden (Lipset/Rokkan 1967, 5). Jede ist eine Verflechtung von Gruppen, die untereinander Meinungsverschiedenheiten zu vielen Themen haben können (und in der Regel auch haben), die aber zusammengehalten werden durch ihre größere Feind- oder Gegnerschaft gegenüber konkurrierenden Parteien (ebd., 6) bzw. politischen Projekten.

Politische Projekte, wenn sie denn gesellschaftlich einflussreich werden, repräsentieren gesellschaftliche Bündnisse (bzw. sie werden getragen von sozialen Bündnissen/Koalitionen), die aus unterschiedlichen Klassen und Teilen von Klassen bestehen (können). Im Weiteren werde ich wahlweise von einem »gesellschaftlichen Block« oder einer »gesellschaftlichen Allianz« sprechen, um diese Bündnisse zu bezeichnen. Mehrheitsfähig oder führend ist ein derartiger Block, wenn ein politisches Projekt für die eigenen Kernanliegen Wahlmehrheiten organisieren und Reformprojekte auch praktisch durchsetzen kann, ohne massiv auf Gewalt zurückgreifen zu müssen. Innerhalb einer Gesellschaft besteht dann ein stabiles politisches Kräftegleichgewicht, wenn sich ein solcher tragender gesellschaftlicher Block herausbildet und (potenzielle) soziale Konflikte reguliert werden (Amable 2017, 4–5).

Das setzt allerdings voraus, dass die wichtigsten politischen Erwartungen, die von den verschiedenen Teilen des Blocks bezüglich der Politik und der Ausgestaltung von Institutionen befriedigt werden (ebd., 5). Das betrifft die Sozialpolitik, aber auch z.B. die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Das Repräsentationsverhältnis zwischen Basis und politischer Führung ist ein dynamisches Tauschverhältnis. »Repräsentieren« heißt

mehr als ausdrücken oder darstellen, es wird auch ausgehandelt. Politische Projekte wirken deshalb aktiv daran mit, dass gesellschaftliche Allianzen entstehen, wenn sie zwischen unterschiedlichen Interessen innerhalb einer solchen möglichen Allianz vermitteln, wenn sie Kompromisse schaffen und eine Zukunftsvision sowie motivierende bzw. mobilisierungsfähige Leitideen bzw. Ideologien entwickeln. In diesem Sinne sind politische Projekte und gesellschaftliche Allianzen Klassenprojekte, weil sie die Interessen bestimmter Klassen und Schichten verfolgen (Weber 2005, 211).

Politische Projekte und die Arbeit der Zuspitzung

Jedes politische Projekt verteidigt Interessen, aber notwendigerweise werden dabei andere vernachlässigt oder auch verworfen (Amable/Palombarini 2018, 31). In einem Mindestmaß sind die gesellschaftlichen Allianzen und politischen Projekte nicht nur in ihrem Inneren spannungsvoll, sie sind immer auch nach außen antagonistisch. Die Frage ist lediglich, ob aus den Reihen derer, deren Interessen verletzt werden, ein neuer Block, ein sichtbares und mobilisierungsfähiges Lager entsteht. Zur ideologischen Seite gehört aber auch, dass politisch-kulturelle Prinzipien (z.B.: Was ist gerecht? Wie sollte eine gute Ordnung aussehen?) verfolgt werden – jedes politische Projekt ist deshalb in einem Mindestmaß auch ein Weltanschauungsprojekt (Weber 2005, 212).

In der Regel bestehen die gesellschaftlichen Allianzen, aus denen politische Projekte hervorgehen und auf die diese Projekte einwirken, nicht aus allen Angehörigen einer Klasse oder einer Schicht (Amable/Palombarini 2017, 16–17). Anders formuliert: Angehörige einer Klasse können unterschiedliche Projekte unterstützen, entweder als feste Anhänger*innen oder – volatiler – als Wähler*innen. Das konservativ-liberale politische Projekt, das in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten auf Bundesebene die Gesellschaft gestaltete (siehe Kap. 3.1), repräsentierte zwar einen bürgerlich-kleinbürgerlichen Block. Zu diesem gehörten aber ebenso gut immer auch Arbeiter*innen (z.B. über die katholischen Sozialmilieus und die christliche Gewerkschaftsbewegung gebunden) wie der sozialdemokratische Arbeiter*innenblock, auch vor der offensiven Erklärung eine Volkspartei sein zu wollen, Intellektuelle, Handwerksmeister und Beamte ansprach.

Politische Projekte müssen, um soziale Koalitionen zu schmieden und gesellschaftlich sichtbar zu sein, eine »Arbeit der Zuspitzung« leisten, wie es der Sozialdemokrat Peter Glotz vor langer Zeit nannte. Zuspitzung in der politischen Auseinandersetzung ist demnach nicht mit Hetze und Scharfmacherei zu verwechseln, so Glotz, auch wenn ich ergänzen möchte, dass Gefühle und Leidenschaften ganz wesentlich dafür sind, dass lebendige politische Projekte entstehen, die sich nicht nur unterscheiden lassen, sondern deren Anhänger*innen sich auch voneinander abgrenzen. Die Arbeit der Zuspitzung meint »die Klärung der Gegensätze, auch die Mobilisierung von verborgenen und verschütteten Wünschen und Bedürfnissen.« (Glotz 1984, 8). *Grundsätzlich unterscheiden sich die verschiedenen politischen Projekte voneinander hinsichtlich der von ihnen priorisierten Politikfelder, hinsichtlich der Inhalte und hinsichtlich der Reichweite der angestrebten Veränderungen* (Amable/Palombarini 2018, 37).

Wenn Projekte sich hinsichtlich der Politikfelder unterscheiden, die sie priorisieren, unterscheiden sie sich zugleich hinsichtlich der gesellschaftlichen Konfliktlinien, die sie aufgreifen und ins Zentrum ihrer Arbeit stellen. In politischen Projekten werden nicht nur Klassen oder Teile von Klassen verbunden, indem soziale bzw. materielle Interessen

aufgegriffen, ausgedrückt und befriedigt werden. Drängende Problemrohstoffe und Bedürfnisse können auch ganz andere sein. Zum Beispiel können sie aus dem Miteinander zwischen Religions- oder Konfessionsgemeinschaften, Ethnien, Bewohnern von Städten und abgehängten ländlichen Gebieten oder auch Männern und Frauen entstehen. I.d.R. greifen politische Projekte, die in der Lage sind größere gesellschaftliche Allianzen bzw. soziale Koalitionen zu schaffen, mehrere sozialkulturelle Spaltungslinien auf und verbinden sie miteinander³.

Diese soziokulturellen Spaltungen bzw. Spaltungslinien (Lipset/Rokkan 1967, 26) sind nicht mit objektiven Konfliktlinien zu verwechseln, die sich entlang von Herrschafts- und Macht-, sowie Ausbeutungs- und Ausgrenzungsverhältnissen bilden. Soziokulturelle Spaltungen können sich lediglich auf deren Grundlage entwickeln, sind aber eher so etwas wie politisierte Frontlinien. Durch die Herausbildung derartiger politisierter Frontlinien bilden sich gesellschaftliche Lager heraus, sie sind ein Ergebnis von Konflikten und Kämpfen und verkörpern oder verfestigen sich in »praktischen und weltanschaulichen Traditionen« (Vester/von Oertzen/Geiling/Hermann/Müller 2001, 186–187). Politische Projekte »geben und nehmen« dabei. Sie greifen i.d.R. mehrere Spaltungslinien auf, auch wenn eine besonders wichtig sein kann (»führend« innerhalb des Projektes). Zugleich wirken die politischen Projekte aber daran mit, dass sich die Lager überhaupt herausbilden und verfestigen. Denn ohne organisatorische Grundlagen wie Vereine, Zeitungen, Parteien, Interessenverbände (Bartolini 2000, 16–17), können sie sich nicht stabilisieren und entwickeln.

Ideologische Deutungskämpfe als Teil der (Er-)Findung politischer Projekte

Politische Projekte erschaffen gesellschaftliche Allianzen, die sie tragen, nicht nur, indem sie politische Sach- und Reformvorschläge machen, ein zentraler Teil dieser verbindenden Arbeit sind ideologische Auseinandersetzungen. Dazu gehört beispielsweise das Ringen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, welche Interessen als Allgemeininteressen gelten können – oder anders gesagt: ein Ringen darum, die eigenen Interessen als legitime Interessen der Mehrheit oder Allgemeinheit zu präsentieren und zu rechtfertigen (Amable 2017, 7). In diesem Sinne gehören zur (Er-)Findung und Formierung eines neuen politischen Projektes und einer neuen gesellschaftlichen Allianz immer auch ideologische Deutungskämpfe. Diese ideologischen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden darum geführt, was legitime Sichtweisen auf das ist, was ist und was sein sollte: Was sind wichtige Probleme unserer Zeit? Was sind die Ursachen dieser Probleme? Was sind die Gruppen, von denen behauptet wird, sie hätten ähnliche oder gleiche Interessen bzw. gehörten zu einer Solidargemeinschaft? Was sind Handlungsvorschläge (Amable 2017, 7–8)? Aber auch: Wer sind wir, was verbindet uns, was ist

3 Um dies anhand eines europäischen Beispiels zu verdeutlichen: Die nordirische Unabhängigkeitsbewegung, deren parteipolitischer Anker Sinn Féin war (bzw. ist), hat Spannungen zwischen Katholiken und Protestanten politisiert, mit der Frage der nationalen Unabhängigkeit verbunden und dabei ein sozialistisches bzw. linkssozialdemokratisches Reformprogramm vertreten, das die Interessen der Arbeiter*innenschaft aufgegriffen hat. Das politische Projekt der republikanischen Unabhängigkeitsbewegung hat sich nicht auf eine Frage konzentriert, sondern die religiöse mit der nationalen und sozialen Frage verbunden.

eigentlich (un-)gerecht? Sicherlich sind sachliche Reformvorschläge wichtig, aber durch diese ideologische Arbeit der politischen Projekte, werden Angehörige verschiedener Klassen bzw. verschiedener Teile von Klassen eingebunden. Was ein politisches Projekt von anderen unterscheidet – wo und wie sie inhaltlich gegen die der politischen Gegner gerichtet sind, was die organisierenden Prinzipien der eigenen Politik sind und mit welcher philosophischen Perspektive sie verbunden ist – muss klar erkennbar gemacht werden (Hall 1988, 277).

Damit Einbindung von Individuen in ein politisches Projekt gelingt, ist es notwendig, dass *erstens* Elemente der empirisch vorhandenen individuellen Weltanschauung aufgegriffen werden, *zweitens* die Individuen aus ihrer ggf. bereits gegebenen Einbindung in die ideologischen Deutungsangebote bzw. Diskurse anderer Projekte herausgelöst und *drittens* die anknüpfungsfähigen Elemente ihres Alltagsbewusstseins in die eigenen politisch-ideologischen Diskurse eingebettet werden (ebd., 139). Politische Projekte, so lässt sich schlussfolgern, die führend werden wollen, müssen deshalb eigene ideologische Deutungsrahmen anbieten, die Sinn stiften, innerhalb derer konkrete Ideen und politische Vorschläge eine Kohärenz gewinnen, und für die Adressaten Überzeugungskraft gewinnen, also an vorhandene Ideologien wirkungsvoll anknüpfen können – Deutungsrahmen, die erklären können, was in der Gesellschaft geschieht, eine Vision ihrer Zukunft entfalten und dies anhand einiger wichtiger Themen zum Ausdruck zu bringen (ebd., 271). Ob die entsprechenden ideologischen Diskurse verfangen, ob die Deutungsangebote gewinnend sind, hängt u.a. davon ab, ob und wie sie an das Alltagsbewusstsein bzw. an Deutungsmustern anknüpfen können, die in der Bevölkerung verbreitet sind, und Alltagserfahrungen sinnvoll verständlich machen. Insofern konstituieren diese verbreiteten populären Vorstellungswelten bzw. Ideologien, mit denen ich mit empirisch in den Kapiteln 5 ausführlicher beschäftigen werde, ein »[...] besonders wichtiges strategisches Terrain, eine Arena aktiver Interventionen [...]« (ebd., 138) für politische Projekte.

3. Politische (Sozialstaats-)Projekte und die Gestaltung der prekären Zweidrittelgesellschaft

Nach der Gründung der Bundesrepublik wurde Westdeutschland in den 1950er bis in die 1960er Jahre von einem konservativ-liberalen Projekt dominiert, das mit einem sozialdemokratischen konkurrierte. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde der westdeutsche Wohlfahrtsstaat insbesondere von Konservativen und Liberalen geprägt und ausgebaut, ab Ende der 1960er Jahre dann von einem sozialliberalen Projekt. Diese Reformpolitik trug dazu bei, dass scharfe soziale Not und soziale Unsicherheit für wachsende Teile der Arbeiter*innenklasse der Vergangenheit angehörten. Die Sozialstaatsreformen der 1950er bis 1970er Jahre haben das institutionelle und sozialrechtliche Fundament für die Vergrößerung sozial gut abgesicherter Lohnarbeiter*innenschichten und für die Herausbildung des sog. Normalarbeitsverhältnisses geschaffen, das ein hohes Niveau an Sicherheit, materieller und interessenpolitischer Teilhabe bot (Mayer-Ahuja 2003, 37–40).

Das konservativ-liberale Projekt konnte auf Grundlage einer hohen ökonomischen Profitabilität und des hohen Wirtschaftswachstums in den 1950er und 1960er Jahren eine expansive Sozialpolitik machen, wenngleich dies zum Teil auch als Reaktion auf Mobilisierungen der Arbeiter*innenbewegung erfolgte (Butterwegge 2018, 67). Das gilt zum Beispiel für die Einführung des Tarif- und Betriebsverfassungsgesetzes, die auch Niederlagenprodukte des Kampfes der SPD und des DGB Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre für eine plan- und wirtschaftsdemokratische Neuordnung Westdeutschlands gewesen ist (Herbert 2014, 654), oder für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter*innen, die im Sommer 1957 eingeführt wurde. Vorausgegangen war ein fast vier Monate langer Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein. Eine besonders wichtige, sozial hoch integrativ wirkende Reform dieser Periode war schließlich die Rentenreform Anfang der 1960er Jahre. Sie trug enorm zur Stabilisierung und Legitimation der frühen Bundesrepublik bei (Wehler 2008, 263). Unser heutiges beitragsfinanziertes und dynamisches Rentensystem wurde etabliert, für große Bevölkerungsteile linderte sie die Altersarmut¹.

1 Im alten System finanzierten sich Rentner*innen im Prinzip die Rente selbst, da die Renten aus den gesamten Beiträgen gezahlt wurden, die sie selbst eingezahlt hatten. Im neuen System wurden die Renten dagegen nun aus den Beiträgen der gegenwärtig erwerbstätigen Generation gezahlt.

Ab Ende der 1960er Jahre wurde eine sozialliberale Koalition zwischen SPD und FDP gebildet, um die sich auch ein gesellschaftliches Reformprojekt kristallisierte. Der Sozialliberalismus verband die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und den Ausbau der Bundesrepublik als Exportplattform mit wichtigen sozialen Reformen, gesellschaftlicher Liberalisierung (z.B. wurde die Volljährigkeit auf 18 Jahre festgesetzt) und einer auf Entspannung setzenden Ostpolitik. Laut Christoph Butterwegge erreichte der Sozialstaatsausbau in der alten Bundesrepublik in dieser Zeit ihren Höhepunkt (Butterwegge 2018, 69).

Zu den wichtigsten Sozialreformen dieser Periode gehörte die Verbesserung des Kündigungsschutzes 1969, die Stärkung der Mitbestimmung durch ein neues Betriebsverfassungsgesetz 1971 und ein Mitbestimmungsgesetz 1976, die Sicherstellung der Gleichbehandlung von Arbeiter*innen und Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Verbesserung des Kindergeldgesetzes und die Ermöglichung der Rente ab dem 63. Lebensjahr (ebd., 69–70). Wichtig war dabei auch, dass das Rentenniveau generell angehoben wurde (Wehler 2008, 265). Im Rahmen dieser sog. sozialdemokratisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaatspolitik sollte die Wucht der kapitalistischen Akkumulation, die sich im Marktwettbewerb lediglich ausdrückt, abgemildert, gleichzeitig aber der Kapitalismus bewahrt und erneuert werden (Nachtwey 2009, 13).

Die Milderung war aber lediglich die defensive, wenngleich durchaus produktive Seite dieses Modells. Es gab auch eine offensiv-gestaltende Seite: Gewissermaßen sollte der Wohlfahrtsstaat durch »Politiken der Wirtschaftslenkung« nicht nur vor Risiken absichern, sondern »kollektives Wohlergehen« herstellen. Oder etwas prosaischer: Er sollte für das Glück der großen Mehrheit Sorge tragen, indem er nicht nur reagierte, sondern wirtschafts- und industriepolitisch agierte. Christine Buci-Glucksmann bezeichnete dieses politische Modell im Blick zurück auf dessen Hochzeiten als »Staats-Reformismus« (Buci-Glucksmann 1982, 13–14): Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft + soziale Umgestaltung (ebd., 15). Ein starker Staat sollte die Kapitalakkumulation fördern und moderieren u.a. durch mildernde sozialpolitische Programme. Zugleich galten im »sozialdemokratischen Modell« Umverteilungsmaßnahmen als »Stimulus der wirtschaftlichen Entwicklung« (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, 118). Diese sozialdemokratischen Reformen des konservativen deutschen Sozialstaates basierten auf und ermöglichten eine »[...] ganz neue Anerkennung der gewerkschaftlichen und kontraktuellen Macht der Arbeiterklasse.« (ebd., 125). Kurz: Der kollektive Aufstieg der einfachen Arbeiter*innen und Angestellten während der 1960er und 1970er Jahre, auch das Abschmelzen krasser Ungleichheiten, war eng verbunden mit der Herausbildung dieses keynesianischen Staates.

Die prekäre Zweidrittelgesellschaft, die ich im folgenden Kapitel behandeln werde, ist – auch – das Ergebnis von politischen Konflikten und Aushandlungen, die aus diesem keynesianischen Sicherheits- und Wohlfahrtsstaat einen neoliberalen Wettbewerbsstaat machten. Mit der Krise des Spätkapitalismus ab Anfang/Mitte der 1970er Jahre setzten

Auf dieser Grundlage konnten die Renten dann stark erhöht werden, zwischen 1957 und 1969 um ganze 110 Prozent (Herbert 2014, 656).

politische Suchbewegungen ein, die die bis Ende der 1970er reichenden politischen Arrangements in Frage stellten. Wie Christoph Butterwegge unterstreicht, endete die Zeit der anspruchsvollen Sozialstaatsexpansion bereits unter der sozialliberalen Regierung Schmidt in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre (Butterwegge 2018, 72).

Spätestens seit Ende der 1970er Jahre haben sich die politischen Projekte in Deutschland um das Vorhaben einer neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft oder in Abgrenzung davon gebildet. Die Haltungen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik spielten (und spielen) bei der Umbildung der politischen Projekte eine herausragende Rolle, Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Leitvorstellungen aber ebenfalls. Im Folgenden werde ich nun kurz auf die unterschiedlichen politischen Projekte eingehen, die daran beteiligt waren, oder als Opposition dazu entstanden sind: auf den liberal-konservativen Modernisierungsblock, der bis Ende der 1990er und vorübergehend in den 2000er Jahren Regierungsmacht ausübte, auf den marktsozialdemokratisch-ökologischen Modernisierungsblock, dessen Ankerparteien SPD und Grüne zwischen 1998 und 2005 das Land regierten und seit 2021 erneut koalieren, sowie auf den links-ökologischen und auf den antiökologischen autoritär-populistischen Oppositionsblock, die sich in Abgrenzung zu diesen Projekten herausgebildet haben. Abschließend werde ich auf das sozialliberal-ökologische Projekt eingehen, das sich möglicherweise um die regierende Ampelkoalition bilden wird. Es wird bei dieser Darstellung lediglich um eine Skizze gehen, in der ich auf die allgemeinen Ziele bzw. Reformpraxis der verschiedenen Projekte und auf ihre Entstehungszusammenhänge eingehe.

3.1 Der liberal-konservative Modernisierungsblock

Die deutsche Variante des Neoliberalismus nahm zunächst in einem neuen konservativ-liberalen Block Gestalt an, der eine »lange Wende zum Neoliberalismus« ins Werk setzte (Streeck 2014, 56f.). Es ist angebracht dabei von einem grundlegenden Paradigmenwechsel zu sprechen, wenngleich dieser nicht durch einen einzigen radikalen Bruch vollzogen wurde. Ein neues staatliches Leitbild wurde durchgesetzt, der Staat sollte nun nicht mehr für Vollbeschäftigung und Wohlfahrt für alle Sorge tragen, zu fördern hatte er nun Leistung, Wettbewerb und »mehr Markt (Kannankulam 2008b, 419).

»Beginnend in den frühen 1980er Jahren wurden in den Gesellschaften des Westens zentrale Elemente des Gesellschaftsvertrages des Nachkriegskapitalismus nach und nach aufgekündigt oder infrage gestellt: politisch garantierte Vollbeschäftigung, flächendeckende Lohnfindung durch Verhandlungen mit freien Gewerkschaften, Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und im Unternehmen, staatliche Kontrolle der Schlüsselindustrien, ein breiter öffentlicher Sektor mit sicherer Beschäftigung als Vorbild für die Privatwirtschaft, universelle, gegen den Wettbewerb geschützte soziale Bürgerrechte, durch Einkommens- und Steuerpolitik in engen Grenzen gehaltene soziale Ungleichheit und staatliche Konjunktur- und Industriepolitik zur Verhinderung von Wachstumskrisen. In allen westlichen Demokratien begann um 1979, dem Jahr der »zweiten Ölkrise«, eine mehr oder weniger aggressive Zurückdrängung der Gewerkschaften. Parallel dazu kamen weltweit meist graduelle, deshalb aber nicht weniger einschneidende Reformen der Arbeitsmärkte und der sozialen Sicherungssys-

teme in Gang, die im Zeichen einer angeblich überfälligen ›Flexibilisierung‹ der Institutionen und ›Aktivierung‹ des Arbeitskräftepotenzials auf eine Fundamentalrevision des Wohlfahrtsstaats der Nachkriegsjahrzehnte hinausliefen, die zunehmend auch mit der Expansion der Märkte über nationale Grenzen hinweg, der sogenannten ›Globalisierung‹, begründet wurde. Hierzu gehörten der Abbau von Rechten auf Kündigungsschutz, die Aufspaltung von Arbeitsmärkten in Kern- und Randbereiche mit unterschiedlichen Schutzrechten, die Zulassung und Förderung von Niedriglohnbeschäftigung, die Hinnahme einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bei Abbau öffentlicher Beschäftigung [...].« (Streeck 2014, 57)

Ab Anfang der 1980er Jahre wurde dieser graduelle Umbau in der Regierung von einem Bündnis aus Unionsparteien und FDP betrieben, einem liberal-konservativen Modernisierungsblock. Die politischen Grundlagen: Einschränkung der Gewerkschaftsmacht, Förderung der Unternehmen, Rückbau des Sozialstaates, Betonung der nationalen Identität und Lob der Eigeninitiative. Haushaltseinsparungen von über 5 Milliarden DM und Kürzungen im Sozialbereich standen direkt am Anfang der neuen Regierungszeit (Wirsching 2006, 28–29).

Die erste Regierung Kohl begann mit dem Versprechen den Staatseinfluss zurückzubauen und mehr Markt zu ermöglichen (Kannankulam 2008, 301). Die FDP, in der gegen Ende der 1970er Jahre der Sozialliberalismus erneut vom Wirtschaftsliberalismus als führende Kraft abgelöst wurde, forcierte dabei die neoliberale Tendenzwende (Kahrs 2018, 22). Eine harte Konfrontation und ein einschneidender Neoliberalismus wurden allerdings vermieden, zum einen angesichts der Stärke des sozialdemokratischen Blocks, zum anderen, weil auch die das neue Projekt tragende »gesellschaftliche Allianz« dazu nicht bereit gewesen ist (z.B. der Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien) (Wirsching 2006, 338).

Es lassen sich zwei unterschiedliche Phasen in der Wohlfahrtsstaatspolitik der Kohlregierungen unterscheiden. In der Phase von 1982–1989 wurde eine ambivalente Politik betrieben, in der moderat sozialpolitische Leistungen gekürzt wurden (z.B. wurde die Zuzahlungspflicht bei Krankenhaus- und Kuraufenthalten eingeführt), während es punktuell (etwa durch die Erhöhung des Kindergeldes) auch Fortschritte gab (Butterwegge 2018, 113). Trotz der Widersprüchlichkeit trafen die haushaltspolitischen Sparmaßnahmen zuvörderst Bedürftige, während Wohlhabende steuerpolitisch eher begünstigt wurden, beispielsweise durch die Absenkung der Vermögens- und Körperschaftssteuern oder die Verringerung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer (ebd., 117–118). Ein wichtiger Einschnitt war in den 1980er Jahren darüber hinaus der Beginn der Deregulierung des Arbeitsmarktes mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz aus dem Mai 1985, das es z.B. Unternehmen fortan ermöglichte Arbeitsverträge bis zu 18 Monate lang zu befristen (kleinen Betrieben wurde sogar erlaubt 24 Monate zu befristen) und darüber hinaus Leiharbeit und Teilzeitarbeit erleichterte (ebd., 119). Ein wichtiger Schritt beim liberalkonservativen Umbau des Wohlfahrtsstaates war zudem die Privatisierung staatlicher Unternehmen. Dadurch wurde sowohl die Fähigkeit des Sozialstaates geschwächt auf die Sicherheit und Auskömmlichkeit von Beschäftigungsverhältnissen Einfluss zu nehmen, also auch steuernd in die Wirtschaft einzugreifen. Beispielsweise wurden staatliche Stromkonzerne und die Salzgitter AG verkauft, 1989

trat zudem das sog. Poststrukturgesetz in Kraft, mit dem erste Schritte zur Liberalisierung des Post- und Telekommunikationsbereichs gegangen wurden (Kannankulam 2008, 303–304).

In der zweiten Phase, die von 1990 bis 1998 reichte, wurden neoliberale Reformwege dann schneller begangen, Butterwegge spricht von einer Radikalisierung der Regierungspolitik (Butterwegge 2018, 123). In bestimmten Bereichen wurden Leistungen tatsächlich abgebaut, beispielsweise wurden die Transferzahlungen für Arbeitslosengeld und -hilfe verringert und der Leistungsumfang der Krankenversicherung und die Leistungsdauer der Arbeitslosenversicherung gesenkt (Kannankulam 2008, 314). Das liberal-konservative Projekt folgte einer Art Doppelstrategie, einerseits versuchte es durch aktive Arbeitsmarktpolitik mit der enorm hohen Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern umzugehen, andererseits wurden in Westdeutschland bisherige Standards der Wohlfahrtsstaatspolitik infrage gestellt – nicht zuletzt unter Hinweis auf die Mehrkosten, die durch die deutsche Wiedervereinigung entstanden sind (Butterwegge 2018, 123).

Grundsätzlich gab es auch in dieser Zeit durchaus auch positive Reformen, insbesondere in der Pflege- und Familienpolitik (1994 wurde z.B. die Pflegeversicherung eingeführt), auf dem für das Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit zentralen Feld der Arbeitsmarktpolitik herrschte allerdings nurmehr sozialpolitische Defensive. Einige Beispiele: Im Sommer 1996 wurde ein Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz beschlossen, das nun vorsah, dass Erwerbslosen mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit jährlich die Bezüge um 3 Prozent gekürzt werden sollten (ebd., 134–135). Oder: Durch die Reform der Arbeitsförderung mehr Druck auf junge Erwerbslose ausgeübt werden, eine Arbeitsstelle anzunehmen – und das bei anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit, also fehlenden offenen Arbeitsstellen (ebd., 136).

Einschneidend war 1996 in diesem Zusammenhang auch die Einschränkung des Kündigungsschutzes, der nun erst in Betrieben gelten sollte, die mindestens 10 Beschäftigte hatten, und die Absenkung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall (von 100 Prozent des Bruttoverdienstes auf 80 Prozent) und die Verringerung des Krankengeldes (das ab der 6. Woche einer Krankheit gezahlt wird) von 80 auf 70 Prozent des Bruttoverdienstes (ebd.; Mayer-Ahuja 2003, 48). Hinzu kam eine erneute Verlängerung der erlaubten Befristungszeit. Bereits in den 1990er Jahren leistete der Sozialstaatsumbau auf diese Weise einen wichtigen Beitrag dazu, soziale Unsicherheit zu fördern, Erwerbslose zu aktivieren und auch zu bestrafen und staatliche Leistungen abzusenken.

3.2 Der marktsozialdemokratisch-ökologische Modernisierungsblock

1998 verlor dieses Projekt die Wahlen und wurde von einem marktsozialdemokratisch-ökologischen Modernisierungsblock abgelöst. Vor und mit dem Antritt der Rot-Grünen Regierung bildete sich, auch aufgrund der traditionellen Wirtschafts- und Wachstumsorientierung der Sozialdemokratie, ein »marktsozialdemokratisches Reformprojekt« heraus (Nachtwey 2009), das gemeinsam mit den Grünen auf den Weg gebracht wurde. Auch in diesem Projekt spielte die Sozialstaatsreform eine wichtige Rolle. Die Grundidee: Wirtschaftliches Wachstum sicherstellen und zugleich soziale Sicherheit durch

den Wohlfahrtsstaat gewährleisten. Das Versprechen lautete: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen (»Modernisierung«) plus soziale Gerechtigkeit (Beck/Scherrer 2005, 111, 114). Zentral war deshalb das Ziel, die Massenarbeitslosigkeit zu senken – wobei es von Anfang an unterschiedliche Vorstellungen darüber gab, wie dies zu erreichen sei. Durch eine Förderung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit (Gerhard Schröder), indem man die Lohnnebenkosten, und damit die Sozialversicherungsbeiträge der »Arbeitgeber« absenken würde, oder in keynesianischer Tradition durch die Förderung der Binnenkonjunktur (Oskar Lafontaine), also durch die Förderung der Binnenkaufkraft (Butterwegge 2018, 156; Herbert 2014, 1214, 1231–1232).

Zu Beginn der Regierungszeit von Rot-Grün knüpfte das marktsozialdemokratisch-ökologische Modernisierungsprojekt an bewährte sozialdemokratische Traditionen an, die bis in die 1980er und 1970er Jahre zurückreichten. Es ging darum ein Verteilungsbündnis zwischen modernisierungsfähigen Fraktionen des (exportorientierten) Kapitals und der Gewerkschaftsbewegung zu schmieden, insbesondere Ende der 1990er Jahre verband die SPD dies mit dem Versprechen Innovation und Gerechtigkeit zu ermöglichen (Kahrs 2018, 24). Während des Wahlkampfs wandten sich Sozialdemokrat*innen und Grüne auch gegen Teile der von den vorherigen Kohl-Regierungen auf den Weg gebrachten neoliberalen Reformen, nach dem Regierungsantritt machten sie einige auch sofort rückgängig, schnell wurde zum Beispiel die weitere Einschränkung des Kündigungsschutzes und die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die das liberal-konservative Projekt zu verantworten hatte, rückgängig gemacht – zunächst ausgesetzt wurden die bereits unter Kohl beschlossenen Rentensenkungen (Beck/Scherrer 2005, 114; Butterwegge 2018, 155). Nach kurzer Zeit in Regierungsverantwortung wandte sich das marktsozialdemokratisch-ökologische Projekt – allerdings langsam und nicht ohne Widersprüche in der eigenen Reformpolitik (Beck/Scherrer 2005, 115) – einer Politik des Marktradikalismus zu, »[...] gemildert durch eine demonstrative Konsens- bzw. Kompromissbereitschaft [...]«, betonte und forcierte es die Leistungsorientierung, »[...] partiell abgefedert durch soziales Verantwortungsbewusstsein.« (Butterwegge 2018, 160)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Die Konsens- und Kompromissbereitschaft wurden insbesondere durch die Neubelebung von korporatistischen Bündnissen in Szene gesetzt, indem Ende 1998 das »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit« gegründet wurde. In diesem sollten Unternehmensverbände, Gewerkschaften und Regierungsvertreter*innen – im Lichte des Strebens nach Wettbewerbsfähigkeit, wie es der Name bereits sagte – gemeinsam wirtschafts- und sozialpolitisch Reformen verabreden. Die Kehrtwende der Regierung Schröder in Richtung stärkerer neoliberaler Reformpolitik wurde just im Laufe des ersten Existenzjahres dieses Bündnisses, 1999, vollzogen (ebd., 225). Dem »Bündnis für Arbeit« war denn auch kein Erfolg beschieden, es scheiterte im Laufe der Zeit an den unterschiedlichen Zielen von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, aber auch grundsätzlich andere Anliegen von Regierung und Gewerkschaftsbewegung traten deutlich hervor (ebd., 162–163).

Es ist sinnvoll zwei Phasen des rot-grünen Projektes voneinander zu unterscheiden. In der ersten Regierungsperiode bis 2002 wurde der Weg in Richtung Neoliberalismus in Rot-Grün eingeschlagen, begleitet durch sozialpolitische Fortschritte wie etwa das Behindertengleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2002. Einen wichtigen neoliberalen Einschnitt aus dieser Zeit stellt beispielsweise die Rentenreform von 2000/01 dar, dessen

zentrale Bestandteile die Einführung der kapitalgestützten Rente war, also die Teilprivatisierung der Altersvorsorge durch die Einführung der sog. Riester-Rente (Ther 2016, 289–290): Mit Hilfe dieser Rentenprivatisierung sollte vorgesorgt werden für später – denn für 2011 hatte die Regierung die Senkung der gesetzlichen Rente anvisiert. Die private Altersvorsorge sollte die Einbußen ausgleichen, die Gewerkschaften sahen angesichts dessen einen sozialen Kahlschlag bevorstehen (ebd., 289–290).

Ab 2002/2003 wurde mit der Arbeit an der »Agenda 2010« dann der neoliberale Reformweg vertieft. Der rote Faden, der die erste Regierungsphase mit der zweiten verbindet, ist der Versuch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern und die Beschäftigungsfähigkeit (Qualifikation) und -bereitschaft (bei unterstelltem Unwillen) von Erwerbslosen zu erhöhen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sollte durch Innovationspolitik gefördert werden, insbesondere aber durch steuerliche Entlastung und die Senkung der Kosten für Unternehmen (Beck/Scherrer 2005, 115). Darüber hinaus wurden im Feld der Arbeitsmarktpolitik atypische und prekäre Beschäftigungsformen gefördert, um – in dieser unternehmensorientierten Logik – es Unternehmen zu erleichtern Arbeitskräfte einzustellen und zügig wieder entlassen zu können bzw. sie nicht weiterbeschäftigen zu müssen, wenn kein Bedarf mehr besteht. Steuerpolitische Erleichterungen für Unternehmen und Wohlhabende brachte die Bundesregierung bereits ab Ende 1999 auf den Weg. Die Körperschaftssteuer für Unternehmen wurde spürbar gesenkt, 1998 lag die nominale Körperschaftssteuer noch bei 45 Prozent, 2001 dann bei 25 Prozent. Auch bei der Einkommenssteuer wurde beschlossen sie zu verringern. 1998 lag der Spitzensteuersatz noch bei 53 Prozent, 2004 dann bei 45 Prozent. Der Eingangssteuersatz wurde ähnlich stark reduziert, von rund 26 Prozent auf 16 (Butterwegge 2018, 168–169). Mit Blick auf den Wohlfahrtsstaat ist diese Steuerpolitik relevant, weil weniger Steuereinnahmen die Finanzierung staatlicher Sozialprogramme infrage stellen können. Das ist nicht unbedingt objektiv so, weil sich der Staat theoretisch neuverschulden kann, in der öffentlichen Debatte werden fehlende Steuereinnahmen aber als Begründung für notwendige Sparprogramme vorgebracht: Was die berühmte schwäbische Hausfrau nicht einnimmt, kann sie nicht ausgeben (Beck/Scherrer 2005, 116).

Parallel zur Steuersenkungspolitik wurden Einsparungen und Kürzungen im Sozialbereich initiiert (Butterwegge 2018, 164). Von herausragender Bedeutung waren allerdings die Reformen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung, durch die soziale Unsicherheit verschärft und der Druck auf Erwerbslose, eine Stelle anzunehmen, erhöht wurden – während die Massenarbeitslosigkeit Höchststände erreichte und Arbeitsplätze fehlten. In diese Richtung zielte bereits in der Endphase der ersten Legislatur der Schröder-Regierung das Job-AQTIV-Gesetz von Anfang 2002, das die aktive Arbeitsmarktpolitik stärken sollte (Kannankulam 2008, 320–321). Verbunden war diese Reform mit dem Appell an Eigeninitiative und Eigenverantwortung, so als seien Erwerbslose erwerbslos gewesen, weil sie zu passiv waren. Positiv war, dass versprochen wurde Erwerbslosen sollten nun schneller Job-Angebote unterbreitet werden und bessere Weiterbildungsangebote gemacht werden. Allerdings wurde mit Sanktionen gedroht, Erwerbslosen wurde nun »[...] die Beweislast auferlegt, wenn es darum ging, die Verhängung einer Sperrzeit wegen Ablehnung einer Stelle zu verhindern.« (Butterwegge 2018, 162). So wurde erneut die Schraube angezogen, der Druck, »[...] den die Arbeitsämter

durch schärfere Melderegulungen, schikanöse Kontrollmaßnahmen und Sperrzeiten [...] auf die Betroffenen ausübten.« (ebd., 162)

Verschärft wurde die Ausbreitung von prekären Jobs, die sozial unsicher oder schlecht bezahlt waren, und soziale Abstiegsgefahren später im Jahr dann durch die sog. Hartz-reformen (Kannankulam 2008, 321–323). Das Gesetzespaket, das im Dezember 2002 verabschiedet wurde (Hartz I-IV) förderte unter anderem die Leiharbeit durch die Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Hartz I) und erleichterte die Aufnahmen von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und die Gründung sog. Ich-AG's (Hartz II). Drastisch wirkten dann die im Volksmund als Hartz-4 bekannt gewordene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II. Bis dahin galt: In Abhängigkeit vom eigenen Alter und der Dauer der Versicherungszeit (Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung) konnten Erwerbslose zunächst bis zu 32 Monate lang Arbeitslosengeld beziehen, das etwa 67 Prozent bzw. 60 Prozent (bei Kinderlosen) des vorherigen Nettogehaltes betrug. Danach standen Betroffenen die Arbeitslosenhilfe in Höhe von 57 Prozent bzw. 53 Prozent des Nettogehaltes zu. Wer überhaupt nicht ausreichend lange in das Versicherungssystem eingezahlt hatte, bekam Sozialhilfe.

Die alte Arbeitslosenhilfe war statussichernd, weil es sich an der Höhe des vorherigen Einkommens bemaß. Mit der Hartz-4-Reform änderte sich das grundsätzlich. Nunmehr sollte gelten, dass Erwerbslose in der Regel nach 12 Monaten vom Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II wechseln sollten, das nicht mehr nach dem vorherigen Einkommen bemessen wurde, sondern ein Grundbetrag ist (damals in Westdeutschland 345 und in Ostdeutschland 331 Euro hoch). Zum Hartz-4-Regime, wie es schnell von Kritiker*innen genannt wurde, gehörte auch die Erfindung der Bedarfsgemeinschaft. Auf die Errechnung des Hartz-4-Satzes wurde nun auch das Einkommen von Partner*innen angerechnet, die nicht mit der erwerbslosen Person verheiratet war, und die Unterstützungsleistung entsprechend gekürzt. Hinzu kam: Ausgezahlt wurde der Hartz-4-Satz erst, wenn zuvor die eigenen Ersparnisse der erwerbslosen bis auf einen gewissen niedrigen Freibetrag aufgebraucht sind (Ther 2016, 292).

Die Einführung des Arbeitslosengeldes II wirkte deshalb zugleich als Unsicherheits-treiber und Beschleunigungskraft für die Ausweitung niedriger Löhne (Beck/Scherrer 2005, 117). Denn Erwerbslose sollten nun auch Jobs annehmen, die nicht tarifgerecht bezahlt waren oder auch unterhalb des Qualifikationsniveaus der Arbeitssuchenden lagen: Eine Facharbeiterin sollte nun auch als Hilfsarbeiterin anfangen, wollte sie das nicht, konnten ihr die staatlichen Unterstützungsleistungen gekürzt werden (Ther 2016, 292). Dadurch wurde Druck auf die Erwerbslosen ausgeübt, damit sie auch schlecht bezahlte Arbeit ausübten. Aufgrund dieser verschärften Zumutbarkeitsregeln wurden Arbeitssuchende schlicht dazu gedrängt zu Dumpingpreisen zu arbeiten (Butterwegge 2018, 191–192).

»Armut, in der Bundesrepublik lange Zeit eher ein Rand(gruppen)phänomen, drang durch Hartz-IV zur gesellschaftlichen Mitte vor, weil dieses Gesetz mit dem Prinzip der Lebensstandardsicherung brach, das den deutsche Sozial(versicherungs)Staat bis dahin auszeichnete hatte.« (ebd., 191)

Zur Ausweitung des Niedriglohnsektors trugen die Einführung des Arbeitslosengeldes II aber noch aus einem anderen Grund bei. Zu niedrige Löhne bzw. Arbeitseinkommen, die unter einer bestimmten Bemessungsgrenze blieben, wurden nun durch staatliche Zuzahlungen ergänzt. Der »Aufstocker« entstand, der trotz Lohnarbeit zusätzlich aus Hartz-4-Mitteln unterstützt wurde (Ther 2016, 294–295). So wurden direkt Geschäftsmodelle von Unternehmen gefördert, die auf niedrigsten Löhnen basierten – in gewisser Weise subventionierte das Aufstockungsmodell Dumpinglohnunternehmen.

3.3 Der grün-sozialistische und der antiökologisch-nationalradikale Oppositionsblock

Das »marktsozialdemokratische Projekt« war nicht in der Lage sich über einen längeren Zeitraum hinweg auf einen eigenständigen, widerspruchsfreien und mehrheitsfähigen Block zu stützen. Wahlpolitisch zeigte sich dies in einem für die bundesdeutsche Geschichte einschneidenden Rückgang der sozialdemokratischen Stimmanteile. Insbesondere mit der Agenda 2010 bzw. der Einführung des sog. »Hartz 4« hatte die SPD gegen die Interessen ihrer traditionellen Anhängerschaft verstoßen (Françon 2017, 96). Bei den Wahlen 2002 und 2005 wurde die Rot-Grün-Koalition »von rechts« herausgefordert, von einer potenziellen liberal-konservativen Koalition, die die neoliberalen Sozialstaatsreformen fortsetzen wollte. Die SPD verlor 2002 gegenüber 1998 zunächst lediglich 2,4 Prozentpunkte, bei den Wahlen 2005 schließlich nochmals 4,3 Punkte. 2009 rutschte die SPD auf nur noch 23 Prozent der Stimmen, nach einem kleinen Auf 2013 landete sie 2017 schließlich bei 20,5 Prozent und 2021 auf dem Niveau von 2013.

Das grün-sozialistische Projekt

Das *links-ökologische Projekt* setzt sich gleichzeitig für mehr soziale Gleichheit und Sicherheit als auch eine offensive Klimaschutzpolitik ein, die die sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten in den Vordergrund rückt. Verbunden wird beides durch die oben umrissene »Politik gegen den Markt« und eine expansive Wohlfahrtsstaatspolitik. Sie soll Gleichheit und Sicherheit stärken, die Klimaschutzbereitschaft größerer Bevölkerungsteile fördern, durch Investitionen ökologisch nachhaltige Infrastruktur und Wirtschaften stärken und durch Demokratisierung sowohl direkter in den kapitalistischen Wirtschaftskreislauf eingreifen, um effizienten Klimaschutz zu ermöglichen, als auch abhängig Beschäftigte zu beteiligen und als Akteure in den ökologischen Umbau der Gesellschaft einzubeziehen. Für die Herausbildung des Projektes des Grünen Sozialismus links von SPD und Grünen waren historisch die eingangs beschriebenen Folgen der marktsozialdemokratischen Politik von zentraler Bedeutung.

Parteienpolitisch einschneidend war im Jahr 2005 die Abspaltung eines Teils der SPD unter dem Namen Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), die einen kleineren, aber wichtigen Teil von Sozialdemokraten umfasste. Um den Zusammenschluss der WASG und der Linke.PDS zur Partei DIE LINKE entstand ein »neues altes politisches Projekt«, um die Partei gruppierten sich linkssozialdemokratische und sozialistische Gewerkschafter*innen, sie wurde aber auch zum Bezugspunkt kleinerer reformkommunistischer und antikapitalistischer Strömungen (Demirovic 2022, 619–621).

Allerdings sammelten sie alle sich auf einer linkssozialdemokratischen politischen Plattform. Nimmt man auch die ostdeutsche Geschichte mit in den Blick, dann lässt sich die Herausbildung der Linke.PDS bzw. der LINKEN als Ergebnis von zwei Wellen der gesellschaftlichen Deklassierung und auch Missachtung interpretieren. Die PDS konnte sich nach 1990 im Osten als Interessenpartei etablieren, weil sie den Unmut vieler ehemaliger DDR-Bürger*innen über die Art und Weise der deutschen Vereinigung, der Entwertung von Lebensleistungen und auch des Transfers westdeutscher Eliten in die sog. neuen Bundesländer artikulierte (Schmidt 2022, 118).

Sicherlich nährte sich dieser Unmut aus enormen sozialen Folgekosten (z.B. Massenarbeitslosigkeit) und unabgeholten Versprechen (z.B. blühender Landschaften und die Angleichung der Lebensverhältnisse). »Die vormalige PDS war stark geworden als ostdeutsche Regionalpartei, die DDR-Erwerbsbiografien und Lebenswege gegen westdeutsche Dominanz und Arroganz verteidigte.« (Kahrs 2022, 594) Die PDS wurde infolgedessen insbesondere von Menschen gewählt, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bereits 30 Jahre oder älter gewesen sind (ebd.) – in Westdeutschland konnte sich die Partei bis hin zur Fusion mit der späteren WASG nicht etablieren, wurde hier zwar zu einem kleinen Sammelbecken von Westlinken, die aus verschiedensten Traditionen kamen, für größere Teile der Bevölkerung spielte sie in den alten Bundesländern aber schlicht keine Rolle (Demirovic 2022, 614–619).

Im Westen war die Herausbildung der WASG eine direkte Folge der oben beschriebenen Politik des marktsozialdemokratisch-ökologischen Projektes, die eine eigene Welle der Deklassierung und gesellschaftlichen Demütigung freisetzte: Die WASG war der politische Ausdruck des Unmutes über die Agenda 2010-Politik (Demirovic 2022, 615), sie war in diesem Sinne ein klassisches Dagegen-Projekt, das traditionell sozialdemokratische Sozialstaatspositionen gegen die Marktsozialdemokratie vertrat (Kahrs 2022, 595).

Im Kern bildete sich so um die neu entstandene LINKE ein anti-neoliberales politisches Projekt mit einer starken Abgrenzung gegen die Marktsozialdemokratie heraus, das zwei starke Säulen hatte: die Opposition gegen die Militarisierung der Außenpolitik und die Opposition gegenüber der neoliberalen und marktsozialdemokratischen Modernisierungspolitik. Die Sozialstaatsreform spielte dabei die zentrale, ja herausragende Rolle. Zunächst in einer bewahrenden Form gegen den marktzentrierten Umbau, indem die Abschaffung von Hartz IV und eine Umverteilung durch die Steuerpolitik einerseits in den Vordergrund gestellt wurde, andererseits gegen weitere Privatisierungspolitiken opponiert wurde. Eine anti-neoliberale Sozialpolitik gehört insofern zur DNA dieses politischen Projektes.

Gegen den oben umrissenen neoliberalen Wohlfahrtsstaatsumbau plädiert dieses Projekt für eine linkskeynesianische Wirtschaftspolitik, die – auch in den ersten Jahren der Formierung – auf ökologische Industriepolitik (ökologischer Umbau der Industrie durch aktive staatliche Politik, die von den Interessen der Beschäftigten ausgeht) und den Ausbau sozial sinnvoller Dienstleistungen setzt; fordert es eine neue Steuerpolitik ein, die Unternehmen und Vermögende sehr viel stärker, die unteren Einkommen sehr viel weniger besteuert; streitet für eine Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebung, durch die die soziale Sicherheit gestärkt und die Macht der Unternehmen eingeschränkt wird u.a. durch die Abschaffung des Sanktionsregimes beim ALG II (neuerdings: Bürgergeld) und die Einführung einer armutsfesten Mindestsicherung;

argumentiert es für die Stärkung der staatlichen Versicherungssysteme, nicht zuletzt der staatlichen Gesundheits- und Rentenversicherung (z.B. durch die Einführung einer Bürgerversicherung, in die auch Beamte einzahlen sollen); setzt es auf die Stärkung des Öffentlichen Dienstes und den Beginn der Rekommunalisierung bzw. Wiedervergesellschaftung von privatisierten Bereichen (etwa im Bereich des Wohnungsbaus, von Schwimmbädern usw.); plädiert es für der massive Ausbau von öffentlichen und klimaschonenden Verkehrsangeboten, also von Bus und Bahn; streitet es für eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, von staatlicher Wirtschaftslenkung und eine Demokratisierung der Wirtschaft. Zum strategischen und programmatischen Kern dieses Projektes gehört insofern eine sozialistische Wohlfahrtsstaatspolitik (siehe Kap. 2.2.3), die die Re-Kommodifizierung der Waren Arbeitskraft bekämpft, versucht Gleichheit innerhalb der popularen Klassen zu fördern und auch die Macht der abhängig Beschäftigten zu stärken.

Dieses Projekt hat insofern einen parteipolitischen Schwerpunkt bei der LINKEN, findet sich allerdings auch in Teilen der SPD- und Grünenmitgliedschaft. Insofern ist schwer zu ermitteln, wie gut es gesellschaftlich verankert es ist bzw. wieviel Menschen es unterstützen, denn SPD und Grüne werden ja von anderen ebenfalls aufgrund ihrer marktsozialdemokratischen bzw. marktökologischen Ausrichtung gewählt – klar ist aber, dass die Krise der LINKEN, die seit spätestens Ende 2020 einsetzte, zugleich eine Krise dieses Projektes ausdrückt. Ökologische Fragen spielten programmatisch seit der Herausbildung dieses Projektes immer eine wichtige Rolle, wie stark es aber das tagespolitische Agendasetting und die Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit prägen sollte, war umstritten. Insbesondere unter dem Eindruck der sich auch in Deutschland ab 2018 stärker entfaltenden Klimagerechtigkeitsbewegung erstarkten Strömungen innerhalb des Projektes, die für ein stärker ökologisches Profil plädierten. Die LINKE setzt sich für einen linken Green New Deal ein – weshalb es angebracht ist heute von einem links-ökologischen Projekt bzw. von einem Projekt des Grünen Sozialismus zu sprechen. Es dominieren linkssozialdemokratische Visionen eines linken Green New Deal, die mit ökosozialistischen koexistieren (siehe Kap. 2.3.2) – durch eine Politik gegen den Markt, die auch auf dem Aus- und dem demokratischen Umbau des Wohlfahrtsstaates fußt, sollen wirksame und sozial gerechte Antworten auf die Klimakrise gegeben werden. Insofern ist es angebracht von der LINKEN als Ankerpartei eines Grünen Sozialismus in Deutschland zu sprechen, wenngleich – wie gesagt – dieses Projekt auch Anhänger*innen in anderen Parteien und Zusammenhängen hat, die sich nicht bzw. nicht überwiegend mit der LINKEN identifizieren. Das gilt z.B. für eine größere antikapitalistisch orientierte Minderheit in der Klimagerechtigkeitsbewegung, aber auch für Teile der Grünen Jugend, Teile der Jusos oder Ränder der SPD und der Partei DIE GRÜNEN.

Nicht zuletzt aufgrund interner Widersprüche – die detailliert zu analysieren hier nicht der Ort ist – geriet dieser Oppositionsblock in eine tiefe politische Krise, 2021 erreichte die LINKE nur noch 4,9 Prozent der Stimmen bei der Bundestagswahl (Kahrs/Wolf 2022, 103–104). Diese tieferen Probleme lassen sich auch als »Transformationskrise« verstehen, deren Ausgang offen ist: Der linkssozialdemokratische Oppositionsblock wirkte lange als Gegenprojekt, als in sich widersprüchliche anti-neoliberale Sammlung, die sich stark gegenüber – wie oben dargestellt – der neoliberalen, marktorientierten

Sozialstaatsumbaupolitik und der Militarisierung der Außenpolitik abgrenzte und profilierte (Kahrs 2022, 600f.).

Drei Entwicklungen, die neue politische Antworten verlangten, haben zu internen Differenzierungsprozessen geführt, die eine krisenhafte Entwicklung des Projektes in Gang setzten. Erstens: Wie ich unten noch zeigen werde, ist die heutige Gesellschaft durchaus durch weit verbreitete Prekarität und große Armutslagen gekennzeichnet. Je länger die Hochphase der Agenda-Politik allerdings zurücklag, und je mehr moderate Korrekturen durchgeführt wurden, ohne dass neue Angriffe auf die Sozialstaatsarchitektur vorgenommen wurden, desto mehr normalisierten sich auch deren Folgen in der Bevölkerung. Der Gebrauchswert des linkssozialdemokratischen Projektes wurde von vielen wichtigen Akteuren in der Entstehungsphase in der Re-Sozialdemokratisierung der SPD gesehen – ein Gebrauchswert, der sich im Zuge der Zeit abnutzte. Auch, weil das Versprechen, als Protestpartei Wut, Unmut und konkrete Interessen auch in Verbesserungen umzusetzen, i.d.R. mit der Dauer, in der dies nicht geschieht, an Anziehungskraft verliert (Schmidt 2022, 120). Die Debatte über einen eigenständigen Gebrauchswert eines demokratisch-sozialistischen Projektes führte zu neuen Konflikten, die eine Klärung zum Teil auch blockierten (Kahrs/Lederer 2022, 103–104).

Zweitens tauchten neue politische Konflikte und Fragen auf, auf die das linkssozialdemokratische Projekt reagieren musste. Dazu gehörte die Frage der Migration, die im Jahr 2015 durch den zwischenzeitlichen Riss im europäischen Migrations- und Grenzregime auf die Tagesordnung gesetzt wurde, als eine verhältnismäßig große Zahl von Geflüchteten nach Deutschland kam (»Sommer der Migration«). Dazu gehörte aber auch die Frage der Ökologie, die durch eine neu entstandene Klimagerechtigkeits- und Jugendbewegung, aber auch durch die ökologische Modernisierung in den Betrieben, wo sich Betriebsräte und Vertrauensleute damit auseinandersetzen müssen, auf die öffentliche Agenda gesetzt wurde.

Damit zum Teil verbunden war und ist die dritte Entwicklung, der politische Erfolg der Alternative für Deutschland und die Herausbildung des nationalradikalen politischen Projektes. Auch die Frage, wie dieses bekämpft werden sollte, wie und ob um deren Anhängerschaft gerungen werden sollte, führte zu Zwistigkeiten innerhalb des linken Projektes, das sich im Zuge und durch interne Konflikte hindurch in ein links-ökologisches transformierte – ohne allerdings in der Öffentlichkeit als ein Projekt mit gemeinsamer Marschrichtung zu erscheinen (Schmidt 2022, 115). Diese Streitfragen beschäftigten nicht nur DIE LINKE als eine wichtige Ankerpartei des links-ökologischen Projektes, sondern das gesamte Netzwerk, das dieses Projekt konstituiert: Gewerkschaftlich Aktive ebenso wie Aktive in verschiedenen sozialen Bewegungen, Akteure in Wohlfahrtsverbänden und Intellektuelle. Und auch Mitglieder der SPD und der Grünen, die sich für einen Grünen Sozialismus engagieren, müssen sich diese Fragen stellen.

Der antiökologische Nationalradikalismus

Das Projekt des *antiökologischen Nationalradikalismus* verfolgt eine »Politik gegen das Andere und für das Normale«, wobei sich unterscheiden kann, was eigentlich als das Andere (z.B. Migrant*innen, Klimaschützer*innen, liberale Bevölkerungsschichten) und das Normale (z.B. völkische Siedler*innen im ländlichen Raum, SUV-Fahrer*innen, Industriearbeiter*innen) gilt. Der autoritär-ausgrenzende Populismus, der im Mittelpunkt

dieses Projektes steht, baut auf Spielarten einer konformistischen Rebellion gegen »die Oben«, ohne aber die Ausbeutungs- und Ungleichheitsstrukturen, die die prekäre Zweidrittelgesellschaft konstituieren, selbst zum Problem und die von ihnen profitierende Oberklasse zum Gegner zu machen. Im Gegenteil, der autoritäre Populismus baut Brücken zwischen Oberklasse und unteren Schichten, weil er sie gegen das Andere zusammenschweißt (Hall 2014, 113).

Es gibt zwar neo-faschistische Strömungen innerhalb dieses Nationalradikalismus, die eine nationalistische Solidaritätspolitik fordern dabei aber antiegalitär bleiben, weil sie letztlich die gesellschaftlichen Hierarchien, die die Klassengesellschaft ausmachen, lediglich oberflächlich kritisieren – indem sie sich einer privaten Marktwirtschaft verpflichten, von der sie glauben, sie könne nicht-kapitalistisch sein (Kaiser 2020, 17f.). Innerhalb des Projektes des Nationalradikalismus gibt es durchaus marginale ökofaschistische Strömungen, es dominieren aber – etwa in der Alternative für Deutschland (AfD) – Kräfte, die den Klimawandel leugnen bzw. enorm relativieren und Politik gegen den Klimaschutz betreiben. In ihrem Antiökologismus deuten sie jede Form des Klimaschutzes als »ideologisches Projekt«, mit dem liberale Eliten das Volk gängeln, seine Freiheit abschaffen und den Wohlstand ruinieren wollen.« (Quent/Richter/Salheiser 2021, 18)

Der autoritäre Nationalradikalismus verspricht soziale Sicherheit durch eine Politik, die auf starke Führung und klare Hierarchien setzt. Kompromissbildung und damit demokratische Vermittlung lehnt er ab – daher die Charakterisierung als autoritär-Nationalistisch ist das Projekt, weil es Bevorzugung aufgrund von (ethnisch-kultureller) Volkszugehörigkeit verspricht, überhaupt die deutsche Überlegenheit herausstellt. Radikal ist dieser autoritäre Nationalismus, weil die liberal-demokratische Gesellschaft nicht reformiert, sondern ganz grundlänglich verändert werden soll und ein harter und zuspitzender Stil genutzt wird (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, 106).

Auch das Projekt des antiökologischen autoritären Nationalradikalismus hat eine längere Entstehungsgeschichte. Eng verbunden ist es mit dem Erfolg der Alternative für Deutschland (AfD), die den parteipolitischen Anker des Nationalradikalismus bildet. Im Verlauf der Wirtschaftskrise ab 2008 entfaltete sich, einhergehend mit Krisenturbulenzen in den Ländern Südeuropas eine Krise der Europäischen Union bzw. der Europäischen Integration. In dieser Situation entstand rechts der Unionsparteien eine neue politische Formation, die AfD als Anti-Euro und Anti-EU-Partei, die zum Kristallisationspunkt des antiökologischen Projektes des autoritären Nationalradikalismus wurde. Im Bereich der Sozialpolitik ist die AfD, ordnet man sie in ein Feld ein, das zwischen den Polen »an sozialer Gerechtigkeit orientiert« und »Marktliberalismus« aufgespannt wird, grundlegend lange marktradikal positioniert gewesen. Sie verband dies allerdings mit klar nationalkonservativen Orientierungen, die sich auf das Zusammenleben von Menschen beziehen (Niedermeyer/Hofrichter 2016, 267) (z.B. Partnerschafts- und Familienvorstellungen, Migration, soziale Hierarchien etc.).

M.E. ist es mittlerweile verkürzt, die AfD als klar neoliberale Partei und den autoritären Nationalradikalismus als grundlegend wirtschaftsliberal zu bezeichnen. Zwar knüpft die AfD als parteipolitischer Anker des Nationalradikalismus an den Neoliberalismus an, fordert Selbstverantwortung und Eigeninitiative, wendet sich gegen einen sorgenden Staat und unterstreicht die vorrangige Bedeutung von Märkten und Wettbewerb (Pühringer/Beyer/Kronberger 2021, 6); zwar will sie den Staat darauf festlegen

lediglich die Rahmenbedingungen für eine »effizientere, wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft« zu schaffen, und »[...] dabei aber keine eigenständige wirtschafts- und sozialpolitische Agenda [...] (zu) verfolgen [...]« (ebd., 57) – deshalb ist auch von einem politischen Projekt mit neoliberalen Kern die Rede. Aufgrund der Richtungsauseinandersetzungen innerhalb der AfD haben sich aber gleichzeitig sozialprotektionistische Reformforderungen im Bundestagswahlprogramm 2021 durchgesetzt, die man kaum als neoliberal bezeichnen kann. Eher handelt es sich um klar national begrenzte sozialprotektionistische Positionen.

Ein Beispiel ist der Umgang mit der Leiharbeit. Anders als die Anhänger*innen des linkssozialistisch-ökologischen Projektes fordert die AfD nicht deren Abschaffung – wohl aber bessere Bezahlung und Lohnaufschläge aufgrund der hohen Flexibilitätsanforderungen (ebd., 30). Zum Teil gehen neoliberale und sozialprotektionistische Forderungen auch Hand in Hand, so etwa im Fall der Reformvorschläge für die sozialen Sicherungssysteme. So soll etwa ALG-II überhaupt nicht mehr an Menschen gezahlt werden, die nicht in das Sicherungssystem eingezahlt haben, andererseits soll die Bezugsdauer des ALG-I verlängert werden, und zwar entsprechend der vorherigen Beschäftigungsdauer (ebd., 31). Oder: In der Rentenpolitik hat sich, zumindest was die Wahlprogrammatik angeht, ein antineoliberales Konzept durchgesetzt, in dem beispielsweise die Stärkung der staatlichen Renten gefordert wird, die private Rentenvorsorge abgelehnt und ein einheitliches Finanzierungssystem gefordert wird, in das auch Beamte und Politiker*innen einzahlen sollen (ebd., 32).

Da der autoritäre Nationalradikalismus auch dann mit diesen Forderungen in der Bevölkerung um Unterstützung wirbt, wenn die AfD in der Parlamentsarbeit praktisch häufig mit der neoliberalen FDP zusammenarbeitet, sind diese sozialprotektionistischen Positionen wichtig. Es besteht ein Spannungs- und Widerspruchsverhältnis zwischen punktuell Sozialprotektionismus und neoliberalen Kernprogramm – dieser Widerspruch scheint aber dazu zu führen, dass es der AfD bisher gelungen ist sowohl Wähler*innen zu gewinnen, die sich einen schützenden Staat wünschen, als auch solche, die nach einem neoliberalen Minimalstaat verlangen (ebd., 6). Kurz: Im Kern bleibt die AfD eine eher neoliberale Partei, punktuell setzt sie aber auf Sozialprotektionismus. Beides verbindet sie mit nationalistischen Sozialchauvinismus (»wir zahlen nicht für die Griechen«) und dem Angebot der exklusiven sozialen Solidarität auf der Basis der Volkszugehörigkeit (nicht der Staatsbürgerschaft) (Dörre 2018, 51). Die ideologische Botschaft: »Gäbe es die Ausländer nicht, könnte es hier allen gut gehen«.

Einen Durchbruch erzielte die AfD ab 2015 mit dem Bedeutungsgewinn der Flüchtlingspolitik (Niedermeyer/Hofrichter 2016, 297). Der »Sommer der Migration« stellte insofern eine politische Zäsur dar, als die politische Öffentlichkeit nun zunehmend durch Themen dominiert wurde, zu denen die AfD eine klare Botschaft hat – eine Botschaft, die auf eine beträchtliche Hörer- und so Wählerschaft traf.

3.4 Ein ökologisch-sozialliberaler Modernisierungsblock?

Seit Herbst 2021 regiert eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP die Bundesrepublik². Die *Kräfte des ökologischen Sozialliberalismus*³ verbindet eine »Politik durch den Markt« (siehe Kap. 2.3) und der Versuch, die Klimakrise durch die Förderung technologische Innovationen zu bewältigen (marktwirtschaftlicher Green New Deal). Das haben sie gemeinsam mit den Teilen des deutschen Konservatismus, die die Klimakrise nicht leugnen⁴. Denkbar sind insofern ein stärker konservativ-ökologischer oder ein eher sozialliberaler Umbau, durch den Wirtschaftswachstum und Umweltschutz verbunden werden, bei dem Umweltschutz sogar zu wirtschaftlicher Prosperität beitragen soll. Der ökologische Sozialliberalismus verspricht mit ihrer »Politik durch den Markt« moderate soziale Verbesserungen und wohlfahrtsstaatliche Reformen, darüber hinaus werden Weltoffenheit und Liberalismus stark betont. Grundsätzliche Verbesserungen, die die schleichende soziale Krise lösen könnte, die es in der prekären Zweidrittelgesellschaft gibt, verfolgt der ökologische Sozialliberalismus aber nicht. Durch die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP wurde diese Modernisierung seit Ende 2021 betrieben (mit der FDP als einer Art finanz- und klimapolitischem Bremsklotz).

Die Ampelkoalition versprach, als sie sich zusammenfand, gesellschaftspolitische Liberalisierung und eine marktwirtschaftliche Klimaschutzpolitik (marktwirtschaftlicher

- 2 Meines Erachtens ist noch fraglich, ob um dieses Parteienbündnis auch ein neues politisches Projekt entstehen kann, das in dauerhaftere Netzwerke eingebettet und von einer stabilen gesellschaftlichen Allianz getragen wird.
- 3 Der Sozialstaat wurde auch nach 2005 weiter reformiert. Aber weder bildeten sich in dieser Zeit grundsätzlich neue politische Projekte auf Bundesebene heraus, noch wurde die bisher geschilderte Richtung des Sozialstaatsumbaus verändert. Zu einer grundsätzlichen Verschärfung des neoliberalen Umbaus, der über das bisher Geschilderte qualitativ hinausgegangen ist (etwa 2007 durch den Beschluss zur Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre), kam es in den Folgejahren nicht. Das Auftauchen der LINKEN als einer auch in Westdeutschland erfolgreichen Partei links der Sozialdemokratie dürfte zumindest dazu beigetragen haben, innerhalb der SPD Vorstöße in Richtung eines noch weiter reichenden neoliberalen Umbaus des Sozialstaates Grenzen zu setzen. Denn diese hätten wahrscheinlich zu weiteren Stimmverlusten nach links geführt (Butterwegge 2018, 229). Allerdings gab es auch keinen entgegengesetzten Pfadwechsel – trotz einzelner Reformen, die die Folgen des bisher geschilderten neoliberalen Umbaus abfederten, etwa die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ab Januar 2015 (oder 2012 die Abschaffung der zwischenzeitlich eingeführten Praxisgebühren), oder echte sozialpolitische Fortschritte waren (etwa die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz im Jahr 2009 oder ein Gesetz über die Gleichbezahlung von Männern und Frauen 2014). Aus diesen Gründen werde ich die Reformpolitik dieser Jahre nicht detaillierter nachzeichnen.
- 4 Eine Alternative zum ökologischen Sozialliberalismus wäre ein konservativ-liberales Projekt, das ebenfalls eine Klimapolitik durch den Markt und gemeinsam mit den Unternehmen betreiben, in jeder Hinsicht aber kaum ambitionierte Maßnahmen ergreifen und Klimaschutzziele setzen will. In sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht wäre von einem konservativ-liberalen Projekt keine Reformen zu erwarten, die soziale Unsicherheit, Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie Armut verringern würden. Im besten Fall würde es die schleichende soziale Krise, die die prekäre Zweidrittelgesellschaft durchzieht, verwalten – erwartbar ist aber, dass weitere Schritte der Liberalisierung des Wohlfahrtsstaates angestrebt werden. Insbesondere der Konservatismus hat sich in den vergangenen Jahren gesellschaftspolitisch modernisiert, wirtschaftspolitisch bleibt er aber so unternehmensfreundlich, wie in den 1980er und 1990er Jahren.

Green New Deal) (siehe Kap. 2.3) mit sozialpolitischen Reformen zu verbinden. Dabei knüpfte sie durchaus an das Erbe des marktsozialdemokratisch-ökologischen Modernisierungsprojektes an, insbesondere mit dem Versprechen durch die Entfesselung von Wachstum adäquat auf die Klimakrise reagieren zu können, und durch Innovationen die Wirtschaft zu fördern. Mit Blick auf die ökologischen Zielsetzungen kann man sagen, dass die in Aussicht gestellten Maßnahmen zwar wahrscheinlich nicht ausreichen werden, um das Ziel zu erreichen, die Erderwärmung bis 2100 auf 1,5 Grad zu begrenzen, gleichwohl aber Forderungen aus den klimabewegten Bevölkerungsteilen aufgegriffen haben. In der Zielsetzung, Klimaneutralität bis 2045 zu schaffen, knüpfte die Ampel-Regierung an die Ziele der vorherigen Großen Koalition an. Um das zu erreichen sollte beispielsweise bis 2030 der Anteil der erneuerbaren Energien auf 80 Prozent erhöht werden (Wissen 2021). Ende 2022 attestierte die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch der Regierung eine gemischte Bilanz. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien habe sie engagierter verfolgt als jede Vorgängerregierung, ihre Verkehrspolitik, die wichtig wäre um den CO₂-Ausstoß zu senken (siehe Kap. 4.1) sei dagegen bis dahin völlig unzureichend gewesen (Germanwatch 2022). Von einer hingegen gescheiterten Klimapolitik der SPD-Grüne-FDP-Regierung sprach Mitte 2023 hingegen Albrecht von Lucke, nachdem das Bundesverfassungsgericht das Gesetzgebungsverfahren zum Gebäudeenergiegesetz gestoppt hatte (von Lucke 2023, 5).

Das ökologisch-sozialliberale Projekt stand und steht vor der Frage, ob es soziale Finanzierungslösungen gibt, die auch sicherstellen, dass die Akzeptanz des ökologischen Umbaus infolge der Abwälzung von Mehrkosten auf die Schultern der breiten Bevölkerung, nicht verloren geht. Wer soll also für die nötigen Mehrhausgaben, die zu größeren Teilen vom Bund getragen werden müssen, gegenfinanziert werden? Mit Blick auf den Koalitionsvertrag, also noch nicht auf die Regierungspraxis, heißt es etwa in einer kritischen Würdigung:

»Die eigentlichen Zumutungen in Sachen Klimagerechtigkeit stecken nicht im Kapitel Klima, Energie, Transformation. Sie liegen vor allem darin, dass eine Umverteilungsperspektive für Einkommen und Vermögen fehlt. Dies wurde von den Liberalen erzwungen und von SPD und Grünen letztlich hingenommen. Die zusätzlichen Ausgaben für den Klimaschutz werden für die nächsten zehn bis 15 Jahre auf 50 bis 60 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt. Die öffentliche Hand wird einen relevanten Teil davon übernehmen müssen. Da es keine Steuererhöhungen für Reiche und Besserverdienende geben soll, werden wohl Ausgabenkürzungen, Umlagesysteme und Verbrauchssteuern als Finanzierungsquellen einspringen müssen. Das begründet nicht nur eine neue Runde von Ungerechtigkeiten, es wird auch die Akzeptanz des Umbaus beschädigen.« (Witt 2021)

Wenn man das Staatsprojekt des Öko-Sozialliberalismus betrachtet, wäre es sicherlich falsch von einer Rückwende in Richtung Keynesianismus zu sprechen – allerdings wurde eine Sozialpolitik versprochen und partiell auf den Weg gebracht, die auf einige der schweren Verwerfungen reagiert, die durch die Politik der 1990er und 2010er Jahre verursacht wurden. Ein wichtiges sozialpolitisches Versprechen ist etwa die angekündigte Einführung eines Bundestariftreuegesetzes, das festschreibt, dass öffentliche Auftrags-

vergaben nur an Unternehmen möglich sind, die im Rahmen eines repräsentativen Tarifvertrages agieren (Sablowski/Zeise 2021). Zu den angekündigten Verbesserungen gehörten etwa auch die Erhöhung des Mindestlohnes (realisiert im Oktober 2022) und eine Reform des Hartz-4-Systems (seit Januar 2023: Bürgergeld mit einer sehr niedrigen Erhöhung der Transferzahlungen), wenngleich kritisch bemerkt wurde, dass die Sanktionen und die zu niedrigen Bedarfssätze kaum angerührt wurden. Im Grundsatz bleiben Sanktionen bestehen, es werden aber verschiedene Verbesserungen eingeführt, durch die bisherigen Härten des Hartz-4-Systems abgemildert würden (ebd.). Bisher (Sommer 2023) gescheitert am Widerstand der FDP ist hingegen die ernsthafte Bekämpfung von Kinderarmut. Zwar einigten sich die Koalitionspartner auf die Einführung einer Kindergrundsicherung, Finanzminister Christian Lindner blockiert in der Regierung allerdings die notwendige Finanzierung, um eine sozialpolitisch tatsächlich nützliche Reform auf den Weg zu bringen (von Lucke 2023, 8).

Von einer grundlegenden sozialpolitischen Tendenzwende kann insofern nicht die Rede sein, im Gegenteil, die fortschrittlichen Reformen werden auch durch rückschrittliche ergänzt. Das lässt sich am Beispiel der Rentenversicherung zeigen. Eine Rentenreform, die gegenüber der Politik der 1990er und 2010er Jahre einen Wendepunkt darstellen würde – etwa indem die Rentenbezüge deutlich angehoben oder das Renteneintrittsalter gesenkt würde –, wird es nicht geben. Sehr wohl geben soll es aber einen Einstieg in die teilweise kapitalgedeckte Rente, ein Einschnitt, der durchaus als neoliberal gelten kann. Innerhalb der Gesetzlichen Rentenversicherung soll u.a. ein finanzieller Grundstock gebildet werden, der dann auf den globalen Finanzmärkten investieren soll. Auch die Reserven der Rentenversicherung sollen zukünftig angelegt werden (Völpel 2021).

Ein anderes Beispiel eher neoliberaler Reformpolitik ist die im Koalitionsvertrag vereinbarte Öffnung der gesetzlichen Arbeitszeit. Arbeitgeberverbände streben die Aufweichung gesetzlicher Schranken – etwa durch die Festsetzung Höchstdauer des Arbeitstages oder die Bestimmung der Mindestruhezeit für Arbeitnehmer zwischen Arbeitseinsätzen – schon lange an. Die Ampelkoalition will nun eine Experimentierphase einführen, in der im Rahmen von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen längere Arbeitszeiten und kürzere Ruhezeiten möglich gemacht werden. Sicherlich werden damit Gewerkschaften und Betriebsräte in die Aushandlung der Arbeitszeitflexibilisierung einbezogen, dennoch bleibt es – zumindest aus gewerkschaftlicher Perspektive – eine Verschlechterung (Sablowski/Zeise 2021). Ebenfalls in der Tradition neoliberaler Arbeitsmarktpolitik steht die angekündigte Reform der Minijobs, mit der die Koalition ankündigt

»[...] den breiten Einsatz von Mini-Jobs mit relevanten Stundenkontingenten [...] (abzusichern). Die Verdienstgrenze für die ›geringfügig entlohnte Beschäftigung‹ wird [...] von 450 Euro auf 520 Euro angehoben und gleichzeitig an den Mindestlohn gekoppelt: Mit jeder Anhebung des Mindestlohns wird also zukünftig auch die Verdienstgrenze für Minijobs steigen.« (ebd.)

Dass die Ampelregierung durchaus in der Lage war, auch große Ausgaben ins Auge zu fassen, zeigte der haushaltspolitische Beschluss über ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro. Damit reagierte im Frühjahr 2022 die Regierung auf

den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der im Februar desselben Jahres begann. Kritiker*innen klagten – vergeblich – entsprechende Ausgaben für Sozial- und Klimapolitik ein.

Insgesamt präsentiert sich die Ampelkoalition bis Sommer 2023 zerstritten, im Vergleich zur Wahl im September 2021 hat sie deutlich an Rückhalt verloren (Bischoff/Müller 2022). Im September 2021 stimmten 52 Prozent für eine der Ampelparteien. Laut Erhebungen des Umfrageinstituts Allensbach waren es Ende Juni 2023 laut Wahlumfragen nur noch 42 Prozent, die für SPD, Grüne oder FPD gestimmt hätten – verloren hatten in der Wähler*innengunst insbesondere SPD und FDP⁵.

5 <https://www.wahlrecht.de>

4. Die prekäre Zweidrittelgesellschaft der Klimakrise

Nach dem Zweiten Weltkrieg boomte der Kapitalismus, auch in Westdeutschland. Eine neue Entwicklungsphase hatte begonnen, die auf Massenproduktion, Massenkonsum und der politischen Integration der Arbeiter*innenbewegung durch neuartige Klassenkompromisse beruhte – und auf einem beschleunigten Verbrauch fossiler Rohstoffe, »billiger Natur«, der Freisetzung klimaschädlicher Schadstoffe und der Naturzerstörung. Massenproduktion und Massenkonsum hatten auch »massenhaften Naturverbrauch zur Folge« (Altwater 2010, 134). In Westdeutschland entstand ab Anfang der 1950er Jahre im Rahmen des Siegeszuges des fossilen Kapitalismus eine integrative Klassengesellschaft. Die grundlegenden Klassenunterschiede blieben bestehen, durch den beschriebenen Ausbau des Wohlfahrtsstaates (siehe Kap. 3) und durch erfolgreiche gewerkschaftliche Tarifpolitik wurden krasse Ungleichheiten abgemildert, Wohlstands- und Sicherheitsgewinne auch für breitere Schichten der Arbeiter*innenklasse durchgesetzt (Wehler 2008, 153–156).

Ein wachsender Kuchen konnte besser verteilt werden, auch wenn um die Größe der Stücke und die Bedingungen, unter denen gebacken wurde, mitunter hart gestritten werden musste. Zwischen 1950 und 1960 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Bundesrepublik Deutschland um durchschnittlich rund 9 Prozent pro Jahr, zwischen 1960 und 1970 noch durchschnittlich um 4,4. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen wuchs von 58,8 Prozent im Jahr 1953 auf 73,2 Prozent 1980 (Statistisches Jahrbuch 2017, 326–327).

Diese Wachstums- und Verteilungskonstellation beruhte auch auf hohen Profiten, die durchschnittliche Nettoprofitrate betrug 1956 etwa 31 Prozent, 1964 waren es noch etwa 22 Prozent, 1980 dann etwa 10 Prozent, seither zirkulierte sie in den 1980er bis 2010er Jahre leicht oberhalb dieses Werts (Krüger 2015, 126–127). Ab etwa Anfang/Mitte der 1970er Jahre erlahmte (auch deshalb) die Boomphase, seither ist das Wachstum deutlich niedriger. In den 1970er Jahren und 1980er Jahren wuchs das BIP jahresdurchschnittlich noch um 2,9 bzw. 2,6 Prozent, in den 1990ern um 1,6 Prozent, zwischen 2000 und 2010 um 0,9 und zwischen 2010 und 2019 um 1,7 Prozent (BfS 2022a, 14f.).

Im politischen Feld verschwanden vor dem Hintergrund dieses Nachkriegsbooms und des Ost-Westkonfliktes radikale Parteien weitgehend aus den Parlamenten. Es war keine »Klassengesellschaft im Schmelztiegel« (Geiger 1949), wohl aber eine, in der ein immenser Wohlstandszuwachs auch das Leben einfacher Arbeiter*innen revolutionierte. Der Vater meiner Großmutter arbeitete vor dem Zweiten Weltkrieg im Hafen, nebenbei war er noch im Torfabbau beschäftigt, um die Familie zu ernähren. Mit ihren Eltern wuchs meine Großmutter mit ihren fünf Geschwistern in den 1930er und 40er Jahren ohne Elektrizität in einer Lehmhütte auf, die kaum größer als 25 Quadratmeter gewesen ist. Meine Großeltern erlebten im Laufe ihres Lebens einen Wohlstandssprung, der eng mit dem Siegeszug des fossilen Kapitalismus verbunden war: Mein Großvater arbeitete zunächst im Straßenbau, dann – wie die Brüder meiner Großmutter – in der durch die Landespolitik neu angesiedelte Automobilindustrie. Für sich und ihre vier Kinder konnten sie ein Haus mit 5 Zimmern und einem eigenen Garten bauen. Üppig war das Leben nicht, aber annehmlicher als je zuvor. Fernseher, Kühlschrank, Tiefkühltruhe, vielfältiges Konservenessen, das nur noch aufgewärmt werden musste, günstige T-Shirts, erschwingliche Schokolade für die Kinder, vielfältige Plastikprodukte, ein Supermarkt im Dorf – all das erscheint heute für uns selbstverständlich, war für die Generation meiner Großeltern, und auch die meiner Eltern, aber sehr viel. Die Fabrik gehörte anderen, den Großteil der Gewinne eigneten sich andere an, die Mühsal verschwand nicht, aber mein Großvater, meine Mutter und meine Onkel, die in der Autofabrik arbeiteten, wurden nun durch eine starke und anerkannte IG Metall vertreten, in der Gemeinde bestimmte »ihre« SPD. Und geschlafen wurde nun in einem Haus mit vielen Annehmlichkeiten, nicht mehr in einer Lehmhütte mit Strohbetten und einfachem Holzofen.

Der neoliberale Umbau des Wohlfahrtsstaates, der durch die liberalkonservativen und marktsozialdemokratisch-ökologischen Projekte betrieben wurden, hat dazu beigetragen, dass aus dieser integrativen Klassengesellschaft eine prekäre Zweidrittelgesellschaft entstanden ist (siehe Kap. 4.3). Aber auch Kapitalbesitzer*innen trugen ihren Teil dazu bei. Auf die schwierigeren Profitabilitäts- und Wettbewerbsbedingungen seit etwa Mitte der 1970er Jahre reagierten sie, indem sie in mehreren Wellen intensiv neue Technologien einsetzten (dritte industrielle Revolution), neue Produktionskonzepte in die Unternehmen eingeführt haben, mit neuen Formen der Arbeitsorganisation und neuen Beschäftigungsstrategien experimentierten (Becker 2007, 185; Kern/Schumann 1990, 42; Kuhlmann 2008, 112–113; 44; Sauer 1994, 14).

Für die Industrieunternehmen kommt noch die Internationalisierung der Produktion und die Entstehung transnational agierender Konzerne hinzu (Moody 2001, 44; Wolf 2000, 73). Im Ergebnis sind die soziale Ungleichheit und soziale Unsicherheit, aber auch die Macht der profitabhängigen Kapitalist*innen gewachsen. Die Klassen- und Ungleichheitsverhältnisse innerhalb dieser Zweidrittelgesellschaft konstituieren ein zerklüftetes und fragmentiertes Terrain, auf dem politische Projekte heute agieren müssen. Sie bilden, wie Gøsta Esping-Andersen es formulierte, das Rohmaterial für die soziale und politische (De-)Mobilisierung, für die Formierung gesellschaftlicher Allianzen (Esping-Andersen 1985, 27). Auf die Eigenschaften, auf die Klassenstruktur und auf die wichtigen Ungleichheiten innerhalb dieser Gesellschaft möchte ich im Folgenden

(siehe Kap. 4.2 bis 4.4) deshalb ausführlicher eingehen. Zunächst werde ich allerdings ihr sozial-ökologisches Fundament beschreiben.

4.1 Der fossile deutsche Kapitalismus

Mit der Entwicklung der Klimakrise ist diese Geschichte auf komplizierte Art verwickelt. Dass die Temperaturen auf der Erde steigen, ist das Ergebnis eines komplizierten biophysikalischen Vorgangs, den Klimawissenschaftler*innen erforschen. Der soziale und ökonomische Grund dagegen ist simpel: Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist gefräßig, das Kapital will mit möglichst billiger Arbeitskraft, möglichst billiger Nahrung für diese Arbeitskräfte, möglichst billigen Rohstoffen und mit möglichst billiger Natur versorgt werden (Patel/Moore 2018, 35–54). Und sie ist expansiv, Kapital soll wachsen, erwirtschaftete Gewinne werden neu investiert, aus Kapital wird mehr Kapital. Deshalb muss der Absatz von (im-)materiellen Waren gesteigert, und dafür durch eine riesige Kulturindustrie neue Bedürfnisse erzeugt werden (Engert 2010, 83f.). Und deshalb dringt Kapital – wenn es politisch ermöglicht wird – in immer weitere Bereiche ein, die noch nicht kapitalistisch wirtschaften, entweder im Ausland oder innerhalb einer Gesellschaft. Diese gefräßige und expansive Produktionsweise ist der sozialökonomische Ursachenkomplex, der dazu führt, dass wir zu viele klimaschädliche Gase freisetzen, insbesondere CO₂. Aber auch wenn die kapitalistische Produktionsweise deshalb an sich anti-ökologisch ist (Bellamy Foster 1999, 120), war die Beschleunigung der Naturzerstörung und Klimaschädigung mit der Herausbildung des fossilen Kapitalismus und einer neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung ab den 1930er/40er Jahren verbunden, in der industrielle Großkonzerne eine dominante Rolle spielen (ebd., 108; Brand/Wissen 2017, 85f.).

Es stimmt, dass bereits die industrielle Revolution für diese Entwicklung wichtig war (Malm 2016, 21f.), zu einer enormen »ökologischen Destruktivkraft« wurde menschliche Arbeit in ihrer kapitalistischen Form (Dörre 2021, 59f.) aber erst in dieser neuen Entwicklungsphase des Kapitalismus, dem technologischer Gigantismus, Energieverschwendung (Salle 2022, 195) und ein durch einen kulturindustriellen Komplex angetriebener Massen- und Wegwerfkonsum eigen ist (Baran/Sweezy 1967, 114f.). In enormen Ausmaß wird CO₂ durch den intensiven Verbrauch von Erdgas und insbesondere Kohle und Erdöl (und durch den Verbrauch von Produkten, in denen Öl enthalten ist) freigesetzt, den beiden zentralen Energieträgern des sog. fossilen Kapitalismus (Altvater 2010, 158): dem auf massivem Kohle- und Erdölverbrauch basierenden Kapitalismus mit ausgebauten Energiewirtschaften (Abbau von Kohle und Öl, Weiterverarbeitung zu Rohmaterialien und Treibstoffen, Vertrieb von Treibstoffen etc.), hochkomplexer Industrie, (flexibilisierter) Massenproduktion und davon abhängigen Dienstleistungsbranchen. Dieser fossile Kapitalismus war und ist die Basis (auch) des deutschen Wohlstandsmodells, nicht zuletzt der eingangs erwähnten langen Prosperitätsperiode (Ende der 1940er bis etwa Mitte der 1970er Jahre) und des damit verbundenen kollektiven Aufstiegs, des sog. sozialen Fahrstuhleffektes nach dem zweiten Weltkrieg, bei dem zwar die Klassenunterschiede blieben, das Wohlstandsniveau aber insgesamt höher wurde (Beck 1986,

121–122). Die Familiengeschichte meiner Großeltern, die ich oben erzählt habe, war Teil dieser kollektiven Klassengeschichte, durch die sich das Verhältnis der Menschen zur Natur schnell veränderte, und die bedrohliche Folgen (nicht nur) für das Klimasystem der Erde haben sollte (Ellis 2020, 76f.).

Ohne diese Periode der enormen wirtschaftlichen und ökologisch destruktiven Beschleunigung insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren, wäre die heutige prekäre Zweidrittelgesellschaft nicht möglich. Sie ermöglichte die Herausbildung größerer Zonen der sozialen Sicherheit und materieller Massenteilhabe, die eben auch in der Gegenwart nicht verschwunden sind. Besonders wichtig ist dabei: Es entstand eine industrielle Exportmaschinerie, die bis heute das fossil-kapitalistische Weltsystem mit Waren versorgt (wenn auch anders als in den 1960er und 1970er Jahren) und einem größeren Teil der deutschen Arbeiter*innenklasse vergleichsweise gute Löhne, Beschäftigungsbedingungen und auch Beschäftigungssicherheit verschaffte¹. Die prekäre Zweidrittelgesellschaft ist heute nicht zuletzt deshalb durch eine ungleiche und kombinierte Entwicklung von sozialer Unsicherheit, materieller Ungleichheit und interessenpolitischer Macht gekennzeichnet, in der – möglicherweise verunsicherte – große Bereiche des respektablen Wohlstandes weiterhin auch für Teile der Arbeiter*innenklasse existieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, ab Mitte der 1950er Jahre begann im fossilen boomen- den Kapitalismus jedenfalls eine Phase der Wohlstandsgewinne, von der auch weite Teile der Arbeiter*innenklasse profitierten. Der lange Nachkriegsboom wurde durch eine Symbiose zwischen dem bereits weiter entwickelten US-Kapitalismus und den sich leicht später entwickelnden Kapitalblöcken in Japan und Westeuropa, damit nicht zuletzt Westdeutschland, möglich. Die erfolgreichen Technologiesysteme und innovativen Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation des industriell-fossilen Vorreiters USA wurden in der Nachkriegsperiode kopiert. Zugleich entwickelte und vertiefte sich eine enge wirtschaftliche Verflechtung (Brenner 2006, 67). Diese Triade dominierte und dominiert die industrielle Produktion weltweit, wobei transnationale Konzerne, deren Hauptsitze in Japan, Westeuropa oder Nordamerika sind, spätestens seit 1990 verstärkt in Osteuropa und dem globalen Süden produzieren (Moody 2001, 48f.), und einzelne Staaten des globalen Südens seit den 1990er Jahren ihre »eigenen« Industriekonzerne auf dem Weltmarkt in Stellung brachten (Deppe 2021, 283). Zunächst gelang dies etwa Südkorea, zunehmend dann auch China. Das stärkte im weltweiten Herstellungssektor Überkapazitäten und auch den Verdrängungswettbewerb, die aufgrund der Produktivitätssprünge (infolge von Rationalisierungswellen) in den kapitalistisch am weitesten entwickelten Ländern bereits entstanden waren (Brenner 2002, 72–75). An der beschleunigten Naturzerstörung und am beschleunigten Ausstoß klimaschädlicher Gase hatte diese Triade einen immensen Anteil.

1 Zwischen 1961 und 1975 lag der Anteil der Exporte am westdeutschen Bruttoinlandsprodukt bei durchschnittlich 20,5 Prozent. Zwischen 1976 und 2009 waren es im Durchschnitt dann 31,4 Prozent (Busch/Land 2010, 114–115).

Das materielle Gerüst sowohl der alten integrativen Klassengesellschaft als auch der exklusiven prekären Zweidrittelgesellschaft, das fossile Wachstumsmodell, war und ist aber in hohem Maß klimaschädlich. Es beruhte auf massivem Abbau von Kohle und Öl. Bereits der lange Boom des Nachkriegskapitalismus, der in Westeuropa, Japan und Nordamerika zu beobachten war, war enorm ressourcenintensiv. 1890 wurden weltweit 10 Millionen Tonnen Kohle verbraucht, 1940 waren es 294 Millionen, in den 1970er Jahren dann rund 2,5 Milliarden (darunter auch der Verbrauch der realsozialistischen Industriegesellschaften) (Bellamy Foster 1999, 19). Ohne Kohle und Öl wären die hochproduktiven industriellen Fertigungsmethoden nicht möglich gewesen, ohne Öl wäre die Automobilwirtschaft nicht entstanden, ohne Öl gäbe es keinen Massenverkehr, ohne Öl gäbe es keine Plastikprodukte, kurz, ohne Öl wären Massenproduktion und Massenkonsum, wie er für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts typisch werden sollte, überhaupt nicht möglich gewesen. Allein zwischen 1950 und 1973 hat sich der weltweite Energieverbrauch verdreifacht (Angus 2020, 150).

Der jährliche Ausstoß von CO₂ stieg in Westdeutschland zwischen 1950 und 1960 um 56 Prozent (nicht: 1960 gab es 56 Prozent mehr CO₂ als 1950, sondern im Jahr 1960 wurde 56 Prozent mehr CO₂ freigesetzt als 1950), dann zwischen 1960 und 1970 nochmals um 20 Prozent, zwischen 1970 und 1980 um 5,6 Prozent (Gütschow/Günther/Pflüger 2019). Am Beispiel eines für den »Standort Deutschland« besonders wichtigen Produktes, dem Automobil, lässt sich auch das Produktionswachstum zeigen. 1955 wurden rund 705.000 Pkw in Westdeutschland hergestellt, 1960 bereits 1,7 Mio., 1970 3 Mio. und 1985 3,9 Mio. pro Jahr. Allein zwischen 1960 und 1970 wuchs die jährliche Automobilproduktion, die natürlich Absatzschwankungen unterworfen war, um etwa 76 Prozent (Statistisches Jahrbuch 1965, 211; dies. 1961, 236; dies. 1970, 223; dies. 1986, 193). Dieser fossile Kapitalismus bildet auch heute noch das sozial-ökologische Fundament der deutschen Klassengesellschaft, auch wenn sich die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Lohnarbeit erheblich verschoben haben und aus einer Gesellschaft, in der das gesamte Wohlstandsniveau eher gehoben wurde, eine wurde, in der soziale Unsicherheit, materielle Ungleichheit und auch die Macht von Unternehmen wieder wuchsen.

4.1.1 Der fossil-industrielle Kern des deutschen Kapitalismus

Der (deutsche) fossile Kapitalismus hat eine stoffliche Gestalt, er verfügt über einen fossilen Kernkomplex. Dieser entstand im Kreislauf der konkreten historischen Akkumulation, der nationalen (international verflochtenen) Geschichte. In dieser konkreten stofflichen Geschichte wurden besondere Branchen- und Produktionsstrukturen, Vertriebs- und Verkaufsnetze, Verflechtungen zwischen Kapitalgruppen und Werbeindustrien geschaffen, typische Produkte prägten ganze Epochen (z.B. das Auto, später der Computer), ebenso typischen Arten und Weisen wie (Produktionskonzepte) und womit produziert und gewirtschaftet wurde und wird (Leittechnologien) (Perez 1998, 7).

Besonders bedeutsame und integrative Teile des deutschen fossilen Kapitalismus sind die Unternehmen des Produzierenden Sektors. Zu ihnen gehören die Energiekonzerne, ebenso die Unternehmen der Automobilindustrie, des eng mit dieser verflochtenen

Werkzeug- und Maschinenbaus, der weiteren Metall- und Elektroindustrie, der Chemischen Industrie und der industriellen Nahrungsmittelproduktion. Dazu gehören aber auch die industrienahen Dienstleistungen (Eikelpasch 2012, 7f.), die die Produktion mit ermöglichen, insbesondere die Speditionen/Logistikunternehmen, die das Lager auf der Straße bewegen, und Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen. Und dazu gehören das Banken- und Finanzkapital, ohne die dieser fossile Kernkomplex nicht existieren könnte. Verflochten ist mit alledem ein auf automobilen Individualverkehr ausgerichtetes Verkehrssystem (Straßennetze, Parkraumbewirtschaftung, Tankstellennetze etc.), das für eine der wichtigsten Leitwaren der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts überhaupt erst die nötige Infrastruktur bietet, damit das Automobil zum Standardeigentum (statistisch entfielen 2020 auf jeden deutschen Haushalt 1,14 Pkw, in ländlichen Regionen sogar 1,64²) in Deutschland werden konnte (Engert 2010, 25).

Die klimapolitische Bedeutung des industriell-fossilen Kernkomplexes ist leicht ersichtlich. 2019 wurden durch die Industrie 23 Prozent und durch die Energiewirtschaft 40 Prozent des deutschen CO₂-Schadstoffs verursacht – und 15 Prozent durch den Verkehr (Umweltbundesamt 2022), wobei man einen Teil dieser »Verkehrsemissionen« der Industrie zurechnen muss, weil durch flexible Produktionsprozesse das Lager auf die Straße/Schiene verlagert wurde, Logistikdienstleistungen also eine zentrale Rolle für die Industriewertschöpfung spielen (aber auch für die just in time-Lieferungen für den boomenden Versandhandel)³. Von den 870 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten, die 2018 in Deutschland verursacht wurden, gingen allein 125 Mio. Tonnen auf das Konto des Energieunternehmens RWE, 82 Millionen Tonnen verantwortete der Konzern HeidelbergCement und 33 Millionen die Lufthansa (Zelik 2018, 200).

Um diesen fossil-industriellen Komplex sind weitere Schichten gelagert, ohne die der deutsche Kapitalismus nicht funktionieren würde. Besonders wichtig sind die sog. »Handelskette« und der Staat, der wesentliche Dienstleistungen erbringt, ohne die die kapitalistische Produktionsweise nicht funktionieren könnte: von Forschungsinitiativen und Arbeitskräfteausbildung bis hin zum Straßenbau und der Bearbeitung sozialer Probleme. Mit »Handelskette« meine ich die Unternehmen, die dafür sorgen – von der Produktionsstätte bis zum direkten Kundenverkauf –, dass Waren abgesetzt und so erzeugte Gewinne auch realisiert werden können. Dazu gehören natürlich die Geschäfte des Einzelhandels, aber auch die dazugehörigen Läger, die Logistikunternehmen, die die Waren bewegen, der Online- und Versandhandel, aber auch Marktforschungsunternehmen, die zur Optimierung von Marketing und Absatz beitragen wollen. So unterschiedlich diese Unternehmen sind, so eint sie, dass sie daran mitwirken, dass Waren abgesetzt werden.

Die bisher diskutierten Bereiche unterscheiden sich danach wie groß ihr direkter Beitrag zur Erzeugung von CO₂ ist und wie stark die dort beschäftigten Arbeitskräfte bzw. ihre Weiterbeschäftigung vom Verbrauch fossiler Stoffe abhängen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Wenn ich diese Unterscheidung treffe, dann bedeutet das

2 (KfW 2022).

3 Zur Verschlankung der industriellen Produktion und der Verringerung der Lagerbestände siehe Smith 1994; Parker 2017; Womack/Jones/Roos 1992.

nicht, dass ich andere Bestandteile der des deutschen Produktions- und Konsummodells vernachlässige. Es geht mir lediglich darum die unterschiedlichen ökologischen und beschäftigungspolitischen Stellenwerte sichtbar zu machen.

4.1.2 Sozial-ökologische moralische Ökonomie

Zu einem angemessenen Verständnis des fossilen Kapitalismus und der prekären Zweidrittelgesellschaft, insbesondere ihrer Konfliktpotenziale, gehört meines Erachtens, den Zusammenhang zwischen Produktions-, Konsum- und Lebensweise innerhalb einer Ausbeutungsordnung zum Thema zu machen, die jede Klassengesellschaft ist (Bellamy Foster/Magdoff 2012, 75–81). Was ökologisch zerstörerisch ist, kann Menschen in der jeweiligen Ausbeutungs- und Ungleichheitsordnung überhaupt erst die Chance bieten, am sozialen Leben einer Gesellschaft teilzunehmen, es kann aber auch Statussymbole schaffen, die zu einer respektablen Lebensweise in unterschiedlichen Klassenlagen dazugehörten. Dass das Statussymbol Superyacht (Salle 2022) oder Flugreisen in einer hypermobilen globalen Lebensweise naturzerstörerischer ist als die Anschaffung eines gebrauchten VW Polo zum achtzehnten Geburtstag eines jungen Menschen aus den mittleren Schichten der Arbeiter*innenklasse, gehört zur ökologischen Ungleichheitsstruktur der Klassengesellschaft.

Es gibt klassenlagenspezifische Lebensweisen, die auf sozial-ökologischen moralischen Ökonomien beruhen, wie man in Anlehnung an den englischen Sozialhistoriker E.P. Thompson (Thompson 1980) sagen könnte. Eine Lebensweise ist der Versuch des Menschen unter vorgefundenen Bedingungen, die er kaum frei wählen kann, die eigene (Lebens-)Geschichte zu gestalten. Dazu gehören Arbeit, Familiengestaltung; dazu gehören Geselligkeitsformen, dazu gehören Konsum- und Einkaufsverhalten. Das alles hat eine rein materielle Seite (wie komme ich zur Arbeit? Welche Nahrung kann ich wo kaufen?), die aber immer mit Sittlichkeits-, Ehr- und Gerechtigkeitsvorstellungen verbunden ist: Was ist eine angemessene und ehrbare Arbeit, was eine angemessene Art, um zur Arbeit zu kommen, was ist gutes Essen und wo ein angemessener Ort zu kaufen? Diese »Ökonomie der Notwendigkeit« und die »Ökonomie der Sittlichkeit« hängen zusammen, lassen sich aber nicht aufeinander reduzieren. In diesem Sinne ist jede Lebensweise eine Alltagspraxis, die gleichzeitig im Alltagsbewusstsein verwurzelt ist, ohne weiter hinterfragt zu werden (Brand/Wissen 2017, 45).

Mit »sozial-ökologischer moralischer Ökonomie« meine ich ein Geflecht an Legitimations- und Sittlichkeitsvorstellungen, das in verschiedenen Etagen der Klassengesellschaft verbreitet ist und sich im jeweiligen Stockwerk voneinander auch unterscheidet. Sozial sind sie, weil sich die Vorstellungen auf Arbeit, sozialstaatliche Ansprüche, aber auch auf angemessene Formen des Konsums, der materiellen und kulturellen, aber auch der politischen Teilhabe beziehen. Ökologisch sind sie, weil all das immer eine ökologische Seite hat, also mit dem jeweiligen Naturverhältnis der Menschen zusammenhängt. Das gilt für die Smartphones und Tablets, die das Leben großer Teile der Mittelschichten durchdringen, wie für das billige T-Shirt, für die SUV's, für regelmäßige Fernreisen, die sich zum Beispiel Angehörige der lohnabhängigen Mittelklasse oder des Bürgertums regelmäßig leisten. Konfliktpotenziale entstehen, wenn gegen dieses Geflecht der Gerechtigkeits- und Sittlichkeitsvorstellungen verstoßen wird (Lessenich 2007, 158).

4.1.3 Der Export ökologischer Folgekosten

Nach 1980, insbesondere seit Anfang der 1990er, bildete sich ein deutscher Kapitalismus mit vergleichsweise niedrigen Wachstumsraten heraus. Einige Beobachter schöpften den Begriff des Post-Wachstumskapitalismus (Dörre 2021, 28–29; Nachtwey 2016, 43f), um dieses Phänomen zu fassen. In dieser Zeit ist auch der absolute jährliche CO₂-Ausstoß in Deutschland zurückgegangen. Legt man Zahlen des Umweltbundesamtes zu Grunde, sank der jährliche Ausstoß in Tonnen zwischen 1990 und 2019 (Vor Corona-Jahr) um rund 33 Prozent. Weltweit stieg der CO₂-Ausstoß aber weiter an (Umweltbundesamt 2022). Kurzschlüssig ließe sich nun sagen: die deutsche Gesellschaft geht beim Klimaschutz voran, während die Probleme im Ausland liegen. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass der deutsche industriell-fossile Komplex ökologische Folgekosten externalisiert (Lessenich 2018, 77f.) bzw. exportiert. Sieben Wege sind dabei besonders wichtig.

Erstens exportiert er Produktionsgüter, Maschinen und Werkzeuge (bzw. Teile), die für die industrielle Produktion an anderen Standorten genutzt werden, etwa in China. *Zweitens* exportiert er Güter, deren Gebrauch CO₂ verursacht – nicht zuletzt Rüstungsgüter und das Automobil. Diese Exporte, darauf gehe ich in Kapitel 4.2 weiter ein, stiegen seit den 1970er Jahren kontinuierlich, seit Ende der 1990er Jahre explodierten sie aber geradezu. Hinzu kommt: Waren, die exportiert werden, müssen bewegt werden, mit Flugzeugen, LKWs, mit Zügen und vor allem mit Schiffen. Das ist, wie Ian Angus unterstrichen hat, CO₂-Produktion in Bewegung (Angus 2020, 167–168). *Drittens* muss diese Produktion von Waren (ob nun Güter oder Produktionsmittel) selbst ermöglicht werden, indem billige Produktionsmittel importiert werden – ob nun Rohstoffe (etwa Metalle) oder einfache Einzelteile, die in anderen Regionen abgebaut oder hergestellt werden (Lessenich 2018, 23–24). *Viertens* wurden insbesondere seit Beginn der 1990er Jahre transnationale Produktionsnetze herausgebildet. Wichtige Teile eines Autos, ob ein Getriebeteil oder ein Motor, werden zum Beispiel in Tschechien oder Ungarn gebaut, dann aber in Deutschland verbaut. Transnational agierende Konzerne nutzen unterschiedliche Arbeitskosten an verschiedenen Standorten aus, um Kosten zu senken und den Output zu steigern⁴. Die Transnationalisierungsstrategien waren und sind insofern Teil des Klassenkonfliktes. Zwischen Produktionsstandorten in Deutschland und ausländischen Standorten wurde Wettbewerb organisiert: die Peitsche der Produktions- oder Standortverlagerung wird vor Belegschaften, Betriebsräten und Industriegewerkschaften sichtbar geschwungen, dabei aber mit dem Zuckerbrot der vorläufigen Produktions- und Standortsicherung gelockt, sollten sich die jeweiligen Belegschaften durch eine für das Kapital lukrative Kosten- und Leistungsbilanz bewähren (Doellgast/Greer 2007; Greer/Hauptmeier 2014; Zagelmeyer 2001). Die Etablierung eines disziplinierenden transnationalen Kontroll- und Wettbewerbssystems ermöglichte profitableres Wirtschaften

4 Um dies anhand der Ware Automobil zu veranschaulichen: Automobile wurden nicht nur zunehmend exportiert, sondern deutsche Konzerne ließen nach Angaben des Verbands der deutschen Automobilhersteller (VDA) auch zunehmend im Ausland direkt fertigen. 1990 lag der Anteil der im Ausland gefertigten Pkw deutscher Hersteller bei rund 25 Prozent, im Jahr 2002 waren es bereits rund 45 Prozent (VDA 2001, 28; ders. 2003, 40; ders. 2006 36–37).

und – unintendiert – die Auslagerung der Verschmutzung. Und *fünftens* ist dieser deutsche industriell-fossile Komplex durch Investitionen im Ausland selbst international aktiv, Volkswagen beispielsweise produziert in China und den USA, beliefert den mitteleuropäischen Markt durch die Tochter Skoda, den südeuropäischen Markt durch die Tochter Seat⁵. *Sechstens* weil wir umgekehrt Waren aus dem Ausland importieren, die dort unter naturzerstörerischen Bedingungen produziert werden, ob nun zum Beispiel spottgünstige Kleidung aus Billigfabriken in Bangladesch oder günstige Elektronik aus China, einem Land, das in den vergangenen Jahren enorm viel CO₂ ausgestoßen hatte (Angus 2020, 166). Diese günstige Auslandsproduktion ist integraler Teil der prekären Zweidrittelgesellschaft, weil sie günstigen Konsum ermöglicht, ohne den gerade die unteren Einkommensschichten der Arbeiter*innenklasse sozial und kulturell noch stärker abgehängt würden als sie es heute bereits sind (Brand/Wissen 2017, 55; Dörre 2021, 88). *Siebtens* gilt dies insbesondere für die Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Deutschland, so Stephan Lessenich, hält sich »massenhaft Anbauflächen in anderen Weltregionen«, auf denen massenindustriell und naturzerstörerisch gewirtschaftet wird (Lessenich 2018, 83).

Dieser deutsche fossile Kapitalismus ist lediglich ein »Splitter des Weltmarktes« (Luxemburg 1990, 546f.), mit dem er aber durch Warenausfuhr, Kapitalexport, Kauf billiger Produkte und transnationale Lieferketten eng verflochten ist.

Aber der industriell-fossile Komplex ist eben nicht nur klima-, sondern auch beschäftigungspolitisch von zentraler Bedeutung, auch mit Blick auf die Klassen- und Ungleichheitsverhältnisse innerhalb der Zweidrittelgesellschaft. Denn trotz des Rückgangs der Beschäftigtenzahlen und trotz aller sozialen Unterschiede, die es innerhalb dieses Komplexes gibt und auf die ich noch eingehen werde: Hier werden immer noch verhältnismäßig hohe Löhne gezahlt, hier sind Gewerkschaften und Betriebsräte weiter vertreten und hier sind Vollzeitarbeitsverhältnisse vorherrschend (siehe Kap. 4.3). Und: Von relativ hohen Löhnen in diesen Sektoren profitieren auch andere Branchen, hängen weitere Arbeitsplätze ab. Arbeiter*innen bei Volkswagen in Braunschweig oder Bayer in Frankfurt lassen sich die Haare schneiden, bestellen bei Amazon, lassen sich möglicherweise Häuser bauen. Die Prekarisierung der deutschen Arbeitsgesellschaft reicht zwar bis tief in diesen Kernkomplex hinein, aber im Verhältnis zu vielen Dienstleistungsbranchen finden sich hier noch stabilere und sozial abgesicherte Verhältnisse – wenngleich diese auch unter Druck stehen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Nicht alle gesellschaftlichen Klassen und Teile dieser Klassen sind auf die gleiche Art und in gleichem Maße in den fossilen Kapitalismus verwoben. Um das zu verstehen, ist es zunächst nötig, einen genaueren Blick darauf zu werfen, in welche Gesellschaftsklassen sich die deutsche Gesellschaft teilt (siehe Kap. 4.2) und wie ungleich in ihr Einkommen und Vermögen, soziale Sicherheit und Macht verteilt sind (siehe Kap. 4.3 und 4.4). Abschließend komme ich in Kapitel 4.5. auf das unterschiedliche Maß der Verantwortung für die Klimakrise, insbesondere aber auf die unterschiedlichen Formen der Betroffenheit durch den Klimawandel und Klimaschutzpolitik zurück.

5 Zur Transnationalisierung des VW-Konzerns siehe z.B. (Hahn 2014, 140f.; Faust/Voskamp/Wittke 2004, 55–56; Jürgens/Krzywdzinski 2009, 6).

4.2 Gesellschaftsklassen

Die prekäre Zweidrittelgesellschaft teilt sich in vier Gesellschaftsklassen, die Arbeiter*innenklasse, eine lohnabhängige Mittelklasse, das traditionelle Kleinbürgertum und das Bürgertum. 2018 gehörten rund 75 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland zur Arbeiter*innenklasse, etwa 15 Prozent zur lohnabhängigen Mittelklasse (etwa 4 Prozent davon als Manager) und etwa 10 Prozent zum Kleinbürgertum im weiteren Sinne (BfA 2019d, 22; BfS 2009, 73,82; dies. 2010, 83, 74; dies. 2016, 351, 361; dies. 2019, 365). Diese Klassen existieren, weil zwischen ihnen Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen bestehen (Meiksins Wood 2010, 83; Wright 2005), die der Grund für die ungleiche Verteilung von materiellen Teilhabechancen, von sozialer (Un-)Sicherheit, aber auch von Macht sind. Keine dieser Klassen ist in sich homogen (Geiger 1967, 14). Zwischen und zum Teil auch innerhalb dieser Klassen existieren deutlich unterschiedliche Arbeits- und Lebensbedingungen, auf die ich im Folgenden eingehen werde.

Das Gesicht dieser Klassengesellschaft hat sich in den vergangenen 30 – 40 Jahren jedenfalls enorm verändert: Es gibt mehr prekäre Beschäftigung und mehr Niedriglöhne, mehr Beschäftigte mit mittleren und höheren Qualifikationen, mehr erwerbstätige Frauen und einen höheren Anteil von Dienstleistungsbeschäftigten am erwerbstätigen Teil der Arbeiter*innenklasse. Trotz einer positiven Arbeitsmarktentwicklung bleibt die Massenarbeitslosigkeit bestehen. Größere Lohnungleichheit innerhalb der lohnabhängigen Klasse sind typisch. Darüber hinaus gibt es einen Trend zur multiethnischen Zusammensetzung der unteren Klassen und einen deutlichen, aber ungleich ausfallenden Rückgang der organisationspolitischen und institutionellen Arbeiter*innenmacht. Im Folgenden werde ich kurz die Eigenschaften der vier Gesellschaftsklassen und ihr Verhältnis zueinander erörtern und dabei ihre Zusammensetzung skizzieren⁶.

Das Bürgertum: Die Gesellschaftsklasse, zu der die wenigstens Menschen in Deutschland gehören, das aber eine beherrschende wirtschaftliche und dominante politische Stellung einnimmt, ist das Bürgertum. Den Kern des Bürgertums bilden profitabhängige Kapitalist*innen, die »Fanatiker der Verwertung des Werts« (Marx 1986, 618). Sie besitzen und kontrollieren die Produktionsmittel und sind deshalb in der Lage die Arbeit der Arbeitskräfte zu organisieren und zu kommandieren (oder kommandieren zu lassen), die sie für ihre Zwecke einstellen (Poulantzas 1975, 18f.). Ergänzt wird dieser Kern durch die Spitzen der staatlichen und unternehmerischen Bürokratien, die die Verwirklichung von Kapitalinteressen besorgen (Leitendes Management von Staat und Unternehmen). Dabei ist es zweitrangig, ob sich Kapitalbesitzer*innen als produktive Kapitalist*innen unmittelbar Mehrwert aneignen, oder von Finanzmarktinvestitionen usw. leben, sich das gesellschaftliche Mehrprodukt also nachträglich aneignen. Die vier wichtigsten Fraktionen

6 Zu alternativen klassentheoretischen Konzepten, die in jüngster Zeit in der deutschen Debatte vertreten wurde, siehe beispielsweise die Beiträge von Nicole Mayer-Ahuja (2018) und Klaus Dörre (2019). Ich beziehe mich im Weiteren auf eine an Nicos Poulantzas anknüpfende Variante der Klassenanalyse, die ich ausführlicher an anderer Stelle (Goes 2019b) dargestellt habe.

dieses Bürgertums sind das Industriebürgertum, die Banken-Bourgeoisie, das Handelsbürgertum und die Finanzbourgeoisie, die im Wesentlichen von Geschäften an Aktienmärkten lebt (Hickel 1975, 150; Projekt Klassenanalyse 1973, 189; Wienold 2010, 252–254). Die Industrie- und Bankenbourgeoisie haben innerhalb des fossilen Kapitalismus eine zentrale Stellung inne. Ohne das Bankengeschäft, aber auch ohne Aktienmärkte, wären viele industrielle Unternehmungen nicht möglich. Innerhalb des Bürgertums bilden die profitabhängigen Kapitalist*innen, die ihr Kapital im Automobil-, Transport-, Energie- und Werkzeug- und Maschinenbau anlegen, sowie die mit ihnen verflochtenen Bank- und Finanzkapitalist*innen, eine Art fossile Oligarchie. Zum Bürgertum gehören Menschen, weil sie eine bestimmte Rolle in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen, die i.d.R. zu Wohlstand oder sogar enormem Reichtum führt. Die Gewinne, die sich Angehörige des Bürgertums aneignen, entstehen aus der Mehrarbeit von Arbeitskräften (Marx 1986, 328), die zur Arbeiter*innenklasse gehören – das Bürgertum existiert ausschließlich in einem Ausbeutungsverhältnis zu dieser Klasse (Engels 1990, 487). Damit das Kapital, das sie investieren, möglichst hohe Gewinne einbringt, und weil sie sich permanent in Konkurrenz miteinander befinden, suchen Angehörige des Bürgertums immer wieder neue »Anlagefelder«, rationalisieren ihre Unternehmen, verändern die Arbeitsorganisation – deshalb ist das Bürgertum eine Klasse, die die gesellschaftlichen Verhältnisse andauernd verändert, ja revolutioniert (Appleby 2011, 11f.).

Die Arbeiter*innenklasse: Menschen, die keine Unternehmen bzw. Produktionsmittel besitzen, die keine anderen Arbeitskräfte beschäftigen, sondern nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, sind Lohnabhängige. Der Großteil der Lohnabhängigen gehört zur Arbeiter*innenklasse. Es sind die unmittelbaren Produzent*innen des gesellschaftlichen Mehrproduktes, die durch Kapitalist*innen ausgebeutet werden (Draper 1978, 34; Poulantzas 1975, 18f.). Dazu zählen Beschäftigte wie Familienangehörige; und zur Arbeiter*innenklasse gehören nicht nur unmittelbar wertproduktiv Arbeitende, sondern auch diejenigen, die zur Realisation des geschöpften Mehrwerts beitragen, z.B. Bankangestellte oder Beschäftigte im Handel (Thien 2010, 40). Zur Arbeiter*innenklasse gehört man also nicht aufgrund einer bestimmten Tätigkeit, Einkommenshöhe oder bestimmter Bildungsabschlüsse (z.B. einfach qualifizierte Industriearbeiter*innen). Teil der Arbeiter*innenklasse ist man vielmehr aufgrund einer konflikthaften Beziehung zum Kapital (Poulantzas 2002, 149), mit der eine grundsätzliche sozialökonomische Verwundbarkeit, Ausbeutung und auch Disziplinierung der eigenen Arbeitskraft verbunden ist (Moody 2014, 7). Die Arbeiter*innenklasse ist der Herrschaft der profitabhängigen Kapitalist*innen unterworfen. Aber diese Herrschaft ist in erster Linie ökonomisch bzw. sozial begründet, denn in Demokratien sind Angehörige der Arbeiterklasse politisch frei.

»Die Arbeitenden sind von den Kapitalisten nicht gesetzlich abhängig. Sie sind keine Sklaven oder Leibeigene. Sie unterliegen keiner Schuldknechtschaft oder Dienstverpflichtung. Sie sind nicht gezwungen, für das Kapital zu arbeiten, weil sie von der überlegenen Macht des Kapitals dazu gezwungen werden, sondern weil sie ihre Arbeitskraft für einen Lohn verkaufen müssen, um Zugang zu den Subsistenzmitteln zu erhalten. [...]« (Meiksins Wood 2010b, 35).

Im Zuge der Herausbildung der prekären Zweidrittelgesellschaft hat sich der Anteil der Arbeiter*innenklasse, der in einem Industriebetrieb arbeitet, verkleinert, während die Zahl der Dienstleistungsbeschäftigten gewachsen ist. Allein zwischen 1970 und 1990 sind rund 19 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse innerhalb des Produzierenden Gewerbes – und damit innerhalb des industriell-fossilen Kerns des deutschen Kapitalismus – verloren gegangen (BfS 1991, 195; dies. 1973, 218). Nach 1990 setzte sich dieser Trend fort. Trotz Rückgänge ist die Industriebeschäftigung, die sich gleichzeitig enorm verändert hat, nicht verschwunden. Auf die wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen Konzerne und Regierungen seit den 1970er Jahren standen, reagierten sie u.a. mit der Steigerung der Weltmarktabhängigkeit der deutschen Wirtschaft (Mayer-Ahuja/Bartelheimer/Kädtler 2012, 19). Kontinuierlich wurde die Bundesrepublik seit den 1970er Jahren als »Exportplattform« ausgebaut, aber erst nach 1990 wurde ein wirklicher Weltmarkt durch die Eingliederung der ehemaligen Ostblockstaaten hergestellt (Moody 2017, 1).

Diese »Weltmarkterfolge« waren die materielle Basis dafür, dass Industriebeschäftigung zwar in langer Frist abnahm, aber keine Deindustrialisierung stattfand. Deshalb bleibt das industriell-fossile Kapital bis heute eine wichtige Fraktion des deutschen Bürgertums und Beschäftigte des Produzierenden Sektors ein wichtiger Teil der Arbeiter*innenklasse. Die Exportquote, die den Anteil der Exporte am gesamten Bruttoinlandsprodukt ausdrückt, ist seit Anfang der 1970er Jahre enorm gestiegen. 1970 lag sie bei 21,38 Prozent, 1985 bei 32,42, 2015 dann bei 46,92 Prozent, um im Schatten der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise leicht bis 2020 auf 43,82 Prozent zu sinken (Statistisches Bundesamt 2020a, 14; 145).

Die zunehmende Abhängigkeit von Einkommen und Beschäftigung vom Weltmarkt drückt sich auch in der Entwicklung des deutschen Außenhandelsüberschusses aus, der das Verhältnis zwischen Importen und Exporten zeigt. Seit Ende der 1990er Jahre sind die Exportüberschüsse geradezu explodiert. Nimmt man 1990 als Ausgangspunkt, dann wuchs der Exportüberschuss zwischen 1990 und 1999 um ganze 18,78 Prozent, dann zwischen 1999 und 2010 allerdings um 137,48 Prozent. Danach verlangsamte sich das Wachstum des Defizits wieder, zwischen 2010 und 2019 nahm es »nur« um 44,65 Prozent zu, um seither bis 2021 um 21,75 Prozent zurückgegangen zu sein (BfS 2022c).

Die industrielle Beschäftigung ist auf dieser Basis zwar trotzdem geschrumpft, sie blieb allerdings auf einem relativ hohen Niveau erhalten: 1970 waren im westdeutschen Produzierenden Gewerbe (zu dem neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch der Bau-sektor und der Energie- und Bergbau gehört) 12,25 Millionen Menschen tätig, im Verarbeitenden Gewerbe allein 8,54 (BfS 1973, 137; ebd., 222). 1991 waren (im nun wiedervereinigten Deutschland) im Produzierenden Gewerbe 13,26 Mio. Arbeitnehmer beschäftigt, in der Verarbeitenden Industrie waren es 9,76 Mio. 2015 waren es noch 9,75 Millionen im Produzierenden und 7,25 im Verarbeitenden Gewerbe (BfS 2016, 351) – wobei aufgrund der Weltmarkterfolge der deutschen Unternehmen diese Zahlen bis 2018 wieder leicht angestiegen sind. Der Anteil der Industriebeschäftigten (an allen abhängig Beschäftigten) ist allerdings enorm zurückgegangen. 1991 waren in Deutschland noch fast 38 Prozent im Produzierenden Gewerbe angestellt, 2015 waren es etwa 25 Prozent. Der Anteil

des Verarbeitenden Gewerbes sank im gleichen Zeitraum von rund 28 auf fast 19 Prozent (BfS 2009, 73,82; dies. 2010, 83, 74; dies. 2016, 351; dies. 2019, 361)⁷.

Der tiefere Grund für den Rückgang der Industriebeschäftigung – trotz zunehmender Exporterfolge – liegt in den wiederkehrenden Wirtschaftskrisen und den verschiedenen Rationalisierungswellen, mit deren Hilfe Unternehmen seit etwa Ende der 1970er Jahre auf den zunehmenden Wettbewerb reagiert haben. Gerade in Sektoren wie dem Maschinenbau, der Mikroelektronik, dem Luft- und Raumfahrzeugbau, in der Automobilindustrie oder in der chemischen und kunststoffverarbeitenden Industrie stieg die Kapitalintensität und wurde deutlich arbeitsplatzsparend rationalisiert (Steiner 2016, 32–33). Arbeitsplätze, die in Krisenperioden verloren gingen, konnten aufgrund von zwischenzeitlichen Produktivitätsgewinnen in den sich anschließenden Boomphasen nicht, oder nicht im notwendigen Maße, um das alte Beschäftigungsniveau zu halten, wieder aufgebaut werden (Moody 2017, 12). Zu den wichtigsten Rationalisierungsschritten gehörte etwa die forcierte Automatisierung der Produktion, die insbesondere die 1980er Jahre prägte, und die auf dieser Grundlage betriebene Verschlankung der Produktion, durch die in den 1990er und noch in den 2000er Jahren die Unternehmen umgebaut wurden. Während die Zahl der Beschäftigten in der Industrie langfristig weiter zurückgegangen ist, ist die Zahl der Dienstleistungsbeschäftigten enorm gewachsen. Ohne staatliche Angestellte lag deren Anteil an allen abhängig Beschäftigten 1991 bei 51,59 Prozent, 2015 waren es rund 67,33 Prozent (BfS 2017, 351).

Die lohnabhängige Mittelklasse: Nicht alle Lohnabhängigen gehören zur Arbeiter*innenklasse. Für die Klassenzugehörigkeit entscheidend ist ebenfalls die Stellung innerhalb des Herrschaftsverhältnisses, das zwischen Kapital und Lohnarbeit, Arbeiter*innenklasse und Bürgertum besteht. Auch die Mittelklasse wird nicht über Einkommen oder Qualifikationen definiert, sondern durch ihre gesellschaftliche Lage zwischen Arbeiter*innenklasse und Kapital. Die Herrschaft des Bürgertums über die Arbeiter*innenklasse wird auch mit Hilfe von Kontroll-Bürokratien der Unternehmen und durch den kapitalistischen Staat gesichert und so neu erzeugt. Angehörige der Mittelklasse arbeiten in diesen Apparaten (Poulantzas 1975, 157).

In Unternehmen sorgen sie dafür mit (*Unternehmensfraktion der Mittelklasse*), dass Mehrwert erzeugt und angeeignet wird. Als Staatsbeschäftigte (*Staatsfraktion der Mittelklasse*) sorgen sie dagegen für die Stabilisierung und den Zusammenhalt kapitalistischer Macht (z.B. in der staatlichen Verwaltung, Polizei- und Justizapparat oder im Militär) und die Verbreitung der vorherrschenden Ideologie, insbesondere durch das gesamte Schul- und Erziehungswesen (Milios/Economakis 2014, 410). Zur lohnabhängigen Mittelklasse gehört daher die überwiegende Mehrheit der Staatsbeschäftigten, die in mittleren und unteren Positionen der Bürokratie tätig ist. Die unteren Ränge der Staatsbeschäftigten, die weder direkt politische Macht und Repression ausüben (z.B. Justiz,

7 Natürlich gibt es statistische Artefakte, weil durch Auslagerungen (Outsourcing) von Abteilungen und Tätigkeiten aus den Industriebetrieben Beschäftigte nun in der amtlichen Statistik als Dienstleistungsbeschäftigte gezählt wurden, die zuvor noch zum Industriesektor gerechnet wurden (z.B. Entwicklungs- und Ingenieursdienstleistungen, Reinigungs- und Küchenarbeiten, zum Teil Instandhaltung).

Polizei, Armee) oder an der Verbreitung von Ideologien mitwirken (z.B. Lehrer*innen, Wissenschaftler*innen, Sozialarbeiter*innen), bilden »proletarisierte Schichten und Fraktionen der Staatsbeschäftigten« (Wright 1979, 95f): etwa das untere Verwaltungspersonal, ausführende Beschäftigte des Öffentlichen Nahverkehrs, Pflegekräfte in nicht-privatisierten Krankenhäusern, früher Postbeamte oder SekretärInnen und technisches Personal in den Universitäten. Sie sind lediglich ausführend tätig und gerade deshalb der Arbeiter*innenklasse sozial relativ nahe – zum Teil hinsichtlich der Einkommenshöhe, zum Teil aber auch hinsichtlich der Lebensweise.

Da sowohl der Staat als auch Unternehmensbürokratien während des 20. Jahrhunderts ausgeweitet wurden, ist auch – im langen Blick zurück – die Mittelklasse gewachsen. Im Zeitraum von 1950 bis zur deutschen Wiedervereinigung verdoppelte sich die Zahl der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten von etwa 2,26 Mio. im Jahr 1950 auf rund 4,63 Mio. 1988. Mit der Einheit wuchs zunächst auch der Anteil der Staatsbeschäftigten auf mehr als 6 Mio. an. Ende Juni 2018 arbeiten rund 4,80 Mio. für den Staat, nun aber im wiedervereinigten Deutschland (BfS 2019, 372; dies. 2012, 358; dies. 2001, 541; dies. 1989, 443). Zur Unternehmensfraktion der Mittelklasse gehörten, legt man Daten der Bundesagentur für Arbeit zugrunde, im Jahr 2017 insgesamt 1.88 Mio. Beschäftigte, die in Unternehmen Leitungsfunktionen (Führungs- wie Aufsichtspositionen) ausübten (BfA 2019d, 6–8). Führungspositionen sind etwa Geschäftsführungen oder Abteilungsleitungen, Aufsichtsfunktionen werden von Team- oder Projektleiter*innen oder Meister*innen ausgefüllt (dies. 24–26). Zusammengenommen dürfte dies annäherungsweise den oberen bis unteren Managementebenen entsprechen, wenngleich auch im Bereich der Team- oder Projektleitungen der Übergang zu normaler Beschäftigung fließend sein dürfte. Im Dezember 2015 gab es insgesamt 1.832.218 Leitungskräfte, 60,22 Prozent im Bereich der Führung, 39,78 Prozent im Bereich der Aufsicht (dies. 22).

Traditionelles Kleinbürgertum: Eine eigene Klasse bildet darüber hinaus das sog. traditionelle Kleinbürgertum, Handwerker*innen, Soloselbständige oder kleine Gewerbetreibende, die selbst keine Beschäftigten ausbeuten, sondern höchstens auf mithelfende Familienangehörige zurückgreifen. Angehörige des Kleinbürgertums sind »einfache Warenproduzent*innen«, ob die Waren jetzt materiell oder immateriell (Dienstleistungen) sind (Mauke 1977, 61–68). Das Kleinbürgertum ist deshalb von Kleinkapitalist*innen zu unterscheiden, die eine Schicht der herrschenden Klasse sind – und sozusagen den untersten Pol gegenüber dem Großbürgertum innerhalb dieser Klasse bilden. Der Übergang zwischen Kleinbürgertum und Kleinkapitalist*innen, der fließend ist (Milios/Economakis 2011, 14f.), verändert vor allem die Reproduktionslogik. Das Kleinbürgertum wirtschaftet natürlich auch, um Gewinn zu erzielen, aber es dominiert die Gebrauchswertlogik: gearbeitet wird, um davon leben zu können (Engels 1990, 188). Anders als die lohnabhängige Mittelklasse hat das Kleinbürgertum im langen Blick zurück klar an Bedeutung verloren. Auf der Grundlage der amtlichen Statistik differenziere ich in Anlehnung an Jannis Milios und George Economakis zwischen einem »Kleinbürgertum im engeren« und »im weiteren Sinne«. Im weiteren Sinne gehören dazu Selbständige, die über wenige Beschäftigte verfügen, und den Übergangsbereich zum Kleinkapital markieren. Im engeren Sinne gehören dazu Selbständige ohne Beschäftigte. Im Jahr 2018 gab es 4,09 Mio. Selbständige, rund 2,23 Mio. gehörten zum Kleinbürger-

tum im engeren Sinne (BfS 2019, 365). Langfristig betrachtet hat die Bedeutung des Kleinbürgertums in Deutschland abgenommen. 1950 waren etwas mehr als 30 Prozent aller Erwerbstätigen Angehörige des traditionellen Kleinbürgertums, seit Anfang der 1980er Jahre zirkuliert ihr Anteil um 11 Prozent (BfS 2009, 81).

Gebildeter, weiblicher, migrantischer

Die Angehörigen der drei popularen Klassen, also der Arbeiter*innenklasse, der lohnabhängigen Mittelklasse und des Kleinbürgertums, sind heute im Durchschnitt besser qualifiziert (Baethge-Kinsky 2012, 210; Drosodowski 2019, 106), haben häufiger einen Migrationshintergrund und sind – betrachtet man den erwerbstätigen Teil der Klassen – heute häufiger Frauen, als dies noch vor 30 oder gar 40 Jahren der Fall gewesen ist. Das sind drei wichtige Veränderungen, die das Klassenterrain der prekären Zweidrittelgesellschaft prägen.

Der *Trend zur wachsenden Frauenerwerbsbeteiligung* springt bereits bei einem kurzen Blick in die Statistik ins Auge: 1980 waren 38,88 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Frauen, 2018 waren es immerhin 48,12 Prozent aller abhängig Beschäftigten (inklusive Minijobberinnen). Von allen Teilzeitbeschäftigten waren im selben Jahr 85 Prozent Frauen. Zu den Hochburgen der Frauenbeschäftigung gehört traditionell der (Einzel-)Handel – 1980 waren hier knapp 46 Prozent aller Beschäftigten Frauen, während es im Produzierenden Gewerbe 24,82 Prozent waren (BfS 2021).

Auch der *Trend zur multiethnischen Zusammensetzung der popularen Klassen* ist klar ersichtlich. Angehörige der drei unteren Klassen können heute häufiger auf eine eigene Einwanderungsgeschichte (auch der Eltern) blicken, als dies noch vor 50 Jahren der Fall gewesen ist. Sie machen gegenwärtig rund ein Viertel der Bevölkerung aus – und in einzelnen Regionen deutlich mehr – in Mannheim etwa haben rund 45 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund (Alexopoulou 2020, 8). Bereits der Blick auf abhängig Beschäftigte, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, zeigt den Trend zur multiethnischen Zusammensetzung der beiden lohnabhängigen Klassen, insbesondere vermutlich der Arbeiter*innenklasse. Im Jahr 2000 gab es 1,96 Mio. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (im Weiteren: Ausländer), die in Deutschland sozialversichert arbeiteten, der Ausländeranteil an allen Sozialversicherten lag damals bei 7,06 Prozent, 2018 waren es 3,85 Mio. bzw. 11,71 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (es fehlen also geringfügig Beschäftigte) (BfS 2019, 376). 1970 lag der Anteil von Ausländer*innen an der Gesamtbevölkerung (also nicht nur an den abhängig Beschäftigten) bei 4,3 Prozent (2,74 Mio.), im Jahr 2000 bei 8,87 % (7,29 Mio.) und 2018 bei 12,17 Prozent (10,12 Mio.) (BfS 2019, 74; ebd., 76; dies. 1998, 120; dies. 1996, 120; 1993, 126).

Eine weitere wichtige Entwicklung ist der ausgeprägte *Trend zur weiteren Massenintellektualisierung* der prekären Zweidrittelgesellschaft. Die Gründe dafür finden sich insbesondere in den gewachsenen Qualifikationsansprüchen, die heute gestellt werden, aber auch im Wettlauf um Ein- und Aufstiegswege im Berufsleben. Oben habe ich auf die Rationalisierungswellen seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre hingewiesen, insbesondere auf die Automatisierung der Produktion, deren Computerisierung und – stärker ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre – dem Kampf um das »Gold in den Köpfen« der Lohnabhängigen, das durch beteiligende Management- und Arbeitsformen (u.a. Team- und Gruppenarbeit) erschlossen werden sollte (Moody 2007, 23f.). Das bewirkte auch

eine Requalifizierung der Industriearbeit, neue Fähigkeiten, etwa Beobachten und Bewerten, Programmieren können, komplexere Maschinen steuern, wurden nun wichtiger (Raphael 2019, 247), während einfache und schnell erlernbare Tätigkeiten insbesondere nach 1990 häufiger ins Ausland verlagert wurden. Veränderte die Rationalisierung die Qualifikationsanforderungen an die Industriebeschäftigten, führte auch das Wachstum qualifizierter Dienstleistungstätigkeiten dazu, dass Anforderungen an Bildungsabschlüsse wuchsen. Michael Vester u.a. sprechen in diesem Zusammenhang von einer »Kompetenzrevolution«. Die Hauptschule fungiert demnach nurmehr als sog. »Restschule« (Vester/Teiwes-Kügler/Lange-Vester 2007, 23–24). Vor etwas mehr als 30 Jahren hatten 61,5 Prozent der Bevölkerung (über 15 Jahren) einen Hauptschulabschluss, nur 14,64 Prozent dagegen ein (Fach-)Abitur. Rund 19 Prozent hatten einen mittleren Schulabschluss erreicht. 2018 hatte sich die Situation völlig verändert, ungefähr gleich groß waren nun die Anteile der Schulabsolvent*innen. Immerhin 32,5 Prozent der Bevölkerung hatte im Jahr 2018 ein (Fach-)Abitur in der Tasche – von den 25–35-Jährigen waren es sogar 50,7 Prozent. 1989 hatte noch über ein Drittel der 15–25-Jährigen einen Hauptschulabschluss, 2018 waren es nur noch 10,5 Prozent (BfS 1991, 383; dies. 2001, 377; dies. 2019, 88). Auch der Anteil der Über-15-Jährigen, der eine Fachschule besuchte oder ein (Fach-)Hochschulstudium absolviert hat, ist deutlich gewachsen. Eine Fachschule besuchten 1989 5,65 Prozent, 2018 waren es 8,8 Prozent. Ein (Fach-)Hochschulstudium machten 1989 noch 2,5 Prozent, 2018 waren es 16,8 (BfS 1991, 383; BfS 2019, 90).

4.3 Ungleiche Zweidrittelgesellschaft

Unsichere und schlecht entlohnte Arbeit hat es immer gegeben, auch in der sog. goldenen Blüte des westdeutschen Nachkriegskapitalismus. Es blieben wichtige Probleme, aber solche, die quer zum generellen Nachkriegstrend lagen, der als Entproletarisierung der Arbeiterklassenlage beschrieben werden kann. Beispielsweise waren »[...] Niedriglöhne, von denen man selbst bei Vollzeiterwerbstätigkeit nicht leben konnte, außer für Beschäftigte auf ›typischen Frauenarbeitsplätzen‹ und die sog. Gastarbeiter eher die Ausnahme.« (Butterwegge 2021, 91)

Dieser generelle Entwicklungstrend ist abgebrochen und wurde seit den 1980er Jahren durch einen anderen ersetzt – durch die Prekarisierung von Arbeit und damit Lebenslagen (Ingrao/Rossanda 1995, 30f.). Sie ist Teil eines Bruchs mit dem wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmodell, das die westdeutsche Gesellschaftsgeschichte bis in die 1980er Jahre prägte (Sauer 2005, 179). In Deutschland ist das Ergebnis eine prekäre Zweidrittelgesellschaft.

Den Ausdruck »*prekäre Zweidrittelgesellschaft*« habe ich in Anlehnung an den Wissenschaftler Klaus Dörre (prekäre Vollerwerbsgesellschaft) und den sozialdemokratischen Parteiintellektuellen Peter Glotz (Zweidrittelgesellschaft) geschöpft. Während Klaus Dörre mit dem Begriff der prekären Vollerwerbsgesellschaft (Dörre/Haubner 2012, 91) darauf hingewiesen hat, dass die (bis 2020) sinkende Arbeitslosigkeit in Deutschland mit der Normalisierung prekärer Arbeitsverhältnisse Hand in Hand gegangen ist, nutzte Peter Glotz den Ausdruck »Zweidrittelgesellschaft« in den 1980er Jahren, um auf die ungleiche und kombinierte Entwicklung der sozialen Ungleichheiten hinzuweisen, die

dazu führen würde, dass der Kern der Lohnabhängigen zwar weiterhin sicher beschäftigt würde, an den Rändern aber neue Armutslagen entstanden seien (Glotz 1984, 109f.). Diese starre Gegenüberstellung von gesichertem Kern und Rest-Rand ist sicherlich überholt, denn prekäre Beschäftigungsverhältnisse und permanente Infragestellung der Weiterbeschäftigung (in Form von Standort- und Wettbewerbspakten) (Rehder 2016) sind längst in den gewerkschaftlich gut organisierten Industriesektoren angekommen.

Unter Prekarisierung verstehe ich einen Vorgang, der einerseits zur Verunsicherung und Verschlechterung der materiellen, sozialen, kulturellen und politischen Teilhabemöglichkeiten, der sozialen Reproduktion andererseits beiträgt (Hauer 2007a, 33; Lorey 2012, 24; Mayer-Ahuja 2003, 14–16; Pelizzari 2009, 33f.). Risiken der Lohnarbeiterexistenz, die in der Vergangenheit durch gewerkschaftliche Politik und sozialstaatliche Reformen bereits beseitigt oder doch stark abgemildert wurden (Castel 2007, 15), werden durch Prekarisierungsprozesse wieder verstärkt (Pelizzari 2009, 49). Auf Betroffene kann sich das auf verschiedene Weisen auswirken, gegenüberstellen lässt sich – vereinfacht – die Disziplinierung und die hoffnungsstiftende Mobilisierung – beides hängt miteinander zusammen⁸. Das Versprechen, durch die Ausübung prekärer Arbeitsverhältnisse könne der Sprung in bessere und sicherere Arbeit gelingen, verweist auf die Integrationspotenziale der und auf die hoffnungsstiftende Mobilisierung durch prekäre(n) Arbeit (ebd., 47f.). Zugleich kann prekäre Arbeit unter den richtigen Bedingungen gefügsam machen. Wer hofft, durch gute Leistung als Leiharbeiter in die Stammbelagschaft übernommen zu werden, wird eben versuchen gute Leistung zu bringen und nicht negativ aufzufallen. Gerade deshalb wirkt die Prekarisierung wie eine Art Regime der Angst, von dem nicht nur die Prekären betroffen wurden, sondern gerade jene, die nicht in dieselbe Lage kommen wollten (Bourdieu 1998, 97–101; Dörre 2009, 62–63).

Und dennoch ist an der Diagnose einer Zweidrittelgesellschaft etwas dran, denn zum Standard ist die Prekarität nicht geworden. Es ist gerade nicht zur neuen Normalität geworden, ein prekäres Leben zu leben – auch wenn sich die »Prekarität als Lebensphase« weiter ausgebreitet hat. Und neben größeren Armutszonen existieren – auch innerhalb der Arbeiter*innenklasse – Zonen des respektablen, wenngleich möglicherweise brüchigen Wohlstands. Dazu gehören, wie ich unten zeigen werde, nicht zuletzt Beschäftigte aus dem industriell-fossilen Kern der deutschen Wirtschaft. Zu dieser Zweidrittelgesellschaft gehört aber auch, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen auch dieser Schichten der Arbeiter*innen- und Mittelklasse fortwährend in der Arbeitswelt unter Druck gesetzt werden: Durch Verschlankungs- und Optimierungsmaßnahmen, durch Einsparungen, durch die Intensivierung von Arbeitsabläufen, durch die Simulation von Marktwettbewerb in Unternehmen, durch die strategische Konfrontation von Belegschaften

8 Wie Beschäftigte prekäre Arbeits- und Lebenssituationen bzw. Prekarisierungsprozesse subjektiv verarbeiten, wurde empirisch vielfach untersucht (z.B. Brinkmann/Dörre/Röbenack 2006; Goes 2015; Grimm 2016; Hense 2018). Eine differenzierte empirisch gesättigte Typologie bietet Alessandro Pelizzari, der sowohl die verschiedenen Formen der Prekarisierung in unterschiedlichen Teilarbeitsmärkten als auch die Voraussetzungen (Habitus und Ausstattung mit sozialem, ökonomischem und kulturellem Kapital) berücksichtigt, die Betroffene mitbringen (Pelizzari 2009, 166f.).

mit der Konkurrenz gegenüber anderen Unternehmen (die Peitsche des Marktes), durch ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die Stress und Druck erzeugen (Greer/Hauptmeier 2014, 3–4; Parker 2017, 9–12). *Ist die Ausweitung von unsicheren und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen die eine Seite des flexiblen Arbeitsregimes der prekären Zweidrittelgesellschaft, so das permanente unter Stress setzen der Arbeitsprozesse und Beschäftigten sowie das Ausschöpfen der subjektiven Arbeitspotenziale die andere (siehe auch: Sauer 2005, 180–181).*

Diese Erfahrungen sind Teil von Klassengeschichten, vor deren Hintergrund Klimakrise und Klimaschutzpolitik heute erlebt werden. In dieser Gesellschaft ist die Bewahrung von Erreichtem ebenso wie angestrebter Aufstieg von verallgemeinerten Bewährungsproben abhängig. Vereinfacht gesagt: der Zugang zu festen Arbeitsverträgen und Jobs, die gut bezahlt sind, wird davon abhängig gemacht, dass sich Beschäftigte im Wettbewerb oder in Auswahlprozessen bewähren (Dörre 2011, 395). Dabei kann es um ganze Belegschaften gehen, etwa dann, wenn das Management mit Standortverlagerung droht, sollten Betriebsräte und Belegschaft nicht daran mitwirken, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu verbessern (Stichwort Wettbewerbsbündnisse). Bewährungsproben sind aufgrund der Erleichterung von Leiharbeit und Befristungen aber auch einzelne Beschäftigte ausgesetzt, die nur darauf hoffen können, aufgrund der eigenen Leistung (oder sozialer Kontakte) in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Ob sich dies aufgrund des Fachkräftemangels, den es in einigen Branchen gibt, ändert, ob ein neuer grundsätzlicher Rückenwind für die Beschäftigten einsetzt (Goes/Dörre/Schmalz/Thiel 2015, 34f.), ist m.E. noch offen. Sollte sich dies bewahrheiten, wären Entprekarisierungsschübe möglich.

Die Liberalisierung der Arbeitsmärkte, die durch verschiedene politische Projekte seit Anfang der 1980er Jahre vorangetrieben worden ist (siehe Kap. 3.1 und 3.2), hat den Rahmen dafür gesetzt, dass Unternehmen zunehmend auf atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse setzen konnten. Insgesamt ist die Zahl atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse seit den 1990er Jahren stark gewachsen, um sich auf einem hohen Niveau einzupendeln (Sparnagel 2015, 5). Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik hat insbesondere zur Verbreitung von Jobs mit geringer Beschäftigungsstabilität und mit geringer Bezahlung beigetragen (Fromm/Bartelheimer 2012, 355). 2019 arbeiteten immerhin fast 40 Prozent aller abhängig Beschäftigten nicht mehr in einem sozialversicherten Vollzeitjob, wie sich aus statistischen Daten ergibt, auf die ich im Folgenden weiter eingehen werde.

Tabelle 6: Atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse 2019

	Sozialversich. Teilzeit	Geringfügige Beschäftigung	Zeitarbeit
Anteil an Beschäftigung in Prozent	25	12,5	2,3
Absolut in Mio.	9,55	4,23	1,03

Quelle: (BfA 2016, 24; dies. 2019b; dies 2021c)

Langfristig haben alle diese Beschäftigungsverhältnisse zugenommen, in jüngster Zeit aber insbesondere die sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit. Zwischen 2009 und 2019 gab es hier ein Plus von über 4 Millionen Beschäftigten (BfA 2016, 24; dies. 2021c). Ein im Kern prekäres Arbeitsverhältnis ist die Leiharbeit, die aber statistisch gesehen einen geringen Stellenwert hat. Im Jahr 2019 waren lediglich 2,3 Prozent aller Beschäftigten (hier ist der Jahresdurchschnitt gemeint) als Leiharbeitskräfte tätig (BfA 2014; dies. 2019c, dies. 2021d). Aber sie findet sich verdichtet in bestimmten Branchen, wo sie dann eine größere Rolle spielen. Vorne weg in der Lagerwirtschaft, bei den Postdienstleistungen und dem Güterumschlag, sowie im Bereich des Produzierenden Gewerbes. 2020 (Stichtag 30. Juni) gab es insgesamt 747.623 Zeitarbeitskräfte (BfA 2021d). Davon waren rund 23,5 Prozent in einem Bereich des Produzierenden Gewerbes beschäftigt. Im Bereich Lagerwirtschaft, Post, Zustellungen und Güterumschlag waren es 27,7 Prozent (BfA 2020).

Nicht dargestellt ist in der obigen Tabelle, die den Anteil atypischer und prekärer Arbeitsverhältnisse zeigt, die Zahl der befristet Beschäftigten. Denn ebenso wie im Fall der Niedriglohnbeschäftigten sind Überschneidungen möglich sind, z.B. können Teilzeitbeschäftigte auch befristete Arbeitsverträge haben und zu Niedriglöhnen arbeiten. 2017 waren 8,3 Prozent aller Beschäftigten befristet, 2001 waren es 5,3 Prozent (Jahrbuch Gute Arbeit 2019). Auch für Befristungen gibt es Hochburgen. Besonders verbreitet sind sie innerhalb des Staates. 2004 waren 4,8 Prozent der Beschäftigten der Privatwirtschaft befristet beschäftigt, im Öffentlichen Dienst (ohne den Wissenschaftsbereich) waren es im selben Jahr 6,5 Prozent. Nimmt man den (Fach-)Hochschul- und Forschungssektor dazu, dann waren im Jahr 2004 sogar 8,7 Prozent aller ÖD-ler*innen befristet. In der Privatwirtschaft wuchs der Anteil auf 6,7 Prozent im Jahr 2014, im Öffentlichen Dienst sogar auf 10,4 Prozent (ebd.). Die Befristung ist insofern eine Form der prekären Arbeit, von der auch Angehörige der lohnabhängigen Mittelklasse stark betroffen sind.

Nicht jedes atypische Arbeitsverhältnis ist prekär, aber ein prekäres Potenzial wohnt allen inne (Dörre/Kraemer/Speidel 2004, 379–380; Mayer-Ahuja 2003, 15). Entweder aufgrund der Beschäftigungsunsicherheit, die bei Befristungen und Leiharbeit offensichtlich ist; und/oder aufgrund der niedrigen Einkommen, die mit ihnen verbunden sind – das gilt möglicherweise selbst dann für Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung, wenn sie nicht schlecht bezahlt werden, sondern nur unfreiwillig auf Teilzeitbasis gearbeitet wird. Kurz: Wenn Beschäftigte eigentlich mehr arbeiten wollen, um ein höheres Einkommen zu bekommen, Vollzeitstellen aber nicht angeboten werden. Die Ausbreitung prekärer Arbeit trägt u.a. dazu bei, dass ein dichtmaschiges Netz von Bewährungsproben sich ausbreitet, in denen »[...] die Festanstellung stets auf Neue verdient werden muss« (Dörre/Schmalz 2013, 32) oder überhaupt erst zu erobern ist. Diese prekären Arbeitsverhältnisse bzw. Soziallagen, so meine Diagnose, finden sich in der Arbeiter*innenklasse, in der lohnabhängigen Mittelklasse und innerhalb des traditionellen Kleinbürgertums. Das trägt zur grundlegenden Verunsicherung bei, facht Bewährungskämpfe an. »Jeder einzelne muß [...] seine Differenz in den Vordergrund stellen, um seine eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen zu sichern beziehungsweise zu verbessern.« (Castel 2005, 59)

Ohne behaupten zu wollen, dass Zusammengehörigkeitsgefühle und Kollektivität verschwinden, lässt sich doch festhalten, dass die Ausbreitung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse eine »Entkollektivierungs- oder Reindividualisierungs-Tendenz« (ders. 2011, 18) nährt. Gestärkt wird diese Tendenz zur Individualisierung im Rahmen von Bewährungsproben durch den liberalen Aktivierungsstaat, der unter Androhung der Bestrafung dazu auffordert für staatliche Unterstützung eine Gegenleistung zu erbringen (ebd., 23). Diese Arbeitsmarktpolitik erhöht den Zwang zur Lohnarbeit, weil Jobangebote auch zu schlechten Bedingungen angenommen werden sollen. Auf diese Weise werden zugleich Beschäftigte unter Druck gesetzt, die noch Arbeit haben (Gruppe Blauer Montag 2008, 24–25), weil mehr Lohnabhängige um zu wenige Arbeitsstellen buhlen. All das stärkt eine »[...] Konkurrenz zwischen Gleichen [...]«. Sie sollen ihre Unterschiedlichkeit ausspielen, statt sich auf das zu stützen, was ihnen gemeinsam ist.« (Castel 2011, 303)

Für die Ausbreitung dieser sozialen Unsicherheit und Verwundbarkeit und für die Neustrukturierung der Klassengesellschaft ist der langanhaltende Trend der Massenarbeitslosigkeit von großer Bedeutung. Erwerbslosigkeit ist für Lohnabhängige eine Bedrohung, weil sie – je nachdem, wie hoch die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung sind, wie lange sie gezahlt werden und an welche Bedingungen sie geknüpft werden – zu soziale Einbußen und sozialem Abstieg führen kann. Heute haben wir es mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit zu tun, die in den vergangenen Jahren zwar deutlich abgenommen hat, gleichwohl nicht verschwunden ist, im Gegenteil. 1970 lag die Arbeitslosigkeit bei 0,7 Prozent. Mit dem Ende des langen Nachkriegsbooms stieg auch die Erwerbslosenquote, 1975 war sie im Westen bei 4,7 und 1985 bei 9,3 Prozent angekommen. Nach der Wiedervereinigung bewegte sie sich in Westdeutschland zunächst auf diesem Niveau, um bis 2005 auf 11 Prozent zu steigen, im Osten explodierte die Erwerbslosigkeit infolge der kapitalistischen Landnahme geradezu. 2005 lag sie bei über 20 Prozent. Seither ist sie in Ost- wie Westdeutschland zurückgegangen (Drosowski/Mönnig/Stöver/Ulrich/Wolter/Kalinowski/Hänisch 2019, 97; Fromm/Bartelheimer 2012, 330; Spannagel 2015, 5). 2021 waren im Osten 7,9 und im Westen 6,3 Prozent erwerbslos (BfA 2022). Die verunsichernde Wirkung der Massenarbeitslosigkeit bleibt, die »Reservearmee« ist bis zum Krisenausbruch 2020 aber deutlich kleiner geworden. Diese strukturelle Erwerbslosigkeit bildet das Fundament der prekären Arbeitsgesellschaft, erst vor ihrem Hintergrund wirken prekäre Arbeitsverhältnisse verunsichernd und auch disziplinierend.

Prekarisierung ist insofern nicht schlicht auf ein Mehr oder Weniger an Befristungen, Leiharbeits- oder sog. Normalarbeitsverhältnissen zurückzuführen, sondern auf die systematische Ausweitung von Kapitalmacht. Dafür waren der Umbau von Unternehmen und ein neuer Zugriff auf Arbeitskraft durch schlanke Produktion, Lean Management und flexible Arbeitsorganisation ebenso wichtig, wie die Einführung strafender und aktivierender Sozialpolitik (Fördern und Fordern), die zugleich einem sozialpolitischen Erziehungsprogramm gleichkamen (Hauer 2007a, 33; Serrano Pascual 2007, 17). Diese zielte darauf ab, Ansprüche und Erwartungshaltungen von Angehörigen der populären Klassen an Unternehmen und Staat so zu delegitimieren, dass sie den

Verwertungsansprüchen des Kapitals besser genügten (mehr Flexibilitäts- und Leistungsbereitschaft, weniger Sicherheits- und Einkommensansprüche, eine Stärkung individualistischer Orientierungen und selbstunternehmerischen Denkens) (Wacquant 2009, 309f). Prekarisierung ist daher am besten als ein umfassender Vorgang zu verstehen. Dessen Fluchtpunkt ist »[...] eine umfassende Neudefinition dessen [...], was heute als ›normale‹ proletarische Arbeits- und Reproduktionsbedingungen zu gelten hat.« (Hauer 2007b, 207) Dazu gehört auch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen, zwischen Kapital und Arbeiter*innen-sowie Mittelklasse. Laut Pierre Bourdieu wird durch Prekarisierungsprozesse ein starker Druck auf die Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen ausgeübt (Bourdieu 1998, 110–111). Klaus Dörre spricht daher davon, Prekarisierung sei ein neuartiges Macht- und Kontrollsystem, das die Beschäftigten diszipliniere (Dörre 2011, 286). Weil sich die Ausweitung von unsicheren Arbeitsverhältnissen in fast allen Etagen unserer Arbeitsgesellschaft findet, und weil auch Konkurrenz fast überall verschärft wurde, spreche ich von einer »prekären« Gesellschaft.

4.4 Das Zweidrittel in der prekarierten Gesellschaft

Aber diese soziale Verwundbarkeit, die Armutsrisiken oder Einkommensverluste treffen eben nicht alle in gleichem Maße. Nicht in allen Klassen finden sich dieselben prekären Arbeitsverhältnisse und schon gar nicht sind sie überall gleich weit verbreitet. Robert Castel sprach von der Prekarisierung als einer Druckwelle, die die gesamte Gesellschaft erfasst, sich aber in den einzelnen Schichten ganz unterschiedlich auswirkt (Castel 2007, 17). Es gibt beispielsweise auch Ingenieure bzw. hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die einer Leiharbeit nachgehen. Häufiger sind es aber Arbeiter*innen und Angestellte in der Industrie oder im Bereich einfacher Dienstleistungstätigkeiten. Dafür, für diese ungleiche Verteilung der Prekarität und die ungleiche Betroffenheit von Prekarität und Armut, steht das »Zweidrittel« der prekären Zweidrittelgesellschaft. Damit ist keine exakte Angabe von Größenordnungen gemeint, sondern eine Tendenz. Sie gilt nicht nur für das Verhältnis von atypischer und prekärer Beschäftigung, sondern auch für die Lohn- bzw. Einkommensverteilung. Die materielle Ungleichheit ist groß in unserer Gesellschaft, generell hat sie zugenommen – aber, wie ich im Weiteren zeigen werde, gerade mittlere Schichten der beiden lohnabhängigen Klassen konnten einen respektablen, wenn auch prekären Wohlstand bewahren.

Betrachtet man die Entwicklung der Zweidrittelgesellschaft in einem längeren Zeitraum, wird klar: Sowohl die Vermögens- als auch die Einkommensungleichheit hat zugenommen (Butterwegge 2021, 125f.). Die oberen 30 Prozent der Haushalte besaßen im Jahr 1998 81,4 Prozent der Nettohaushaltsvermögen, 2018 verfügten sie über 85,8 Prozent. Die mittleren 40 Prozent besaßen 1998 noch 18,5 Prozent, 2018 waren es 14,7. Auf die unteren 30 Prozent der Haushalte entfielen 1998 gerade einmal 0,2 Prozent der Nettovermögen – 2018 waren sie mit -0,4 Prozent verschuldet (Bundesregierung 2019). Auch die Einkommensungleichheit hat eher zugenommen, 1983 gehörten noch 65 Prozent der Menschen in Deutschland, die über ein eigenes Einkommen verfügten

(Löhne und Gehälter, aber auch staatliche Transferzahlungen und Einkommen aus Unternehmen/Besitz), zur mittleren Einkommensgruppe⁹. 2016 waren es noch 56 Prozent, immerhin ein Minus von 9 Prozentpunkten. Die obere Einkommensgruppe wuchs in diesem Zeitraum mit einem Plus von 4 Prozentpunkten fast ebenso stark wie die untere (plus 4,9 Prozent) (BpB 2020). Insbesondere seit der Wiedervereinigung ist die Einkommensungleichheit (Nettohaushaltseinkommen) gewachsen und hat sich seit etwa 2005 auch auf einem deutlich höheren Niveau stabilisiert als noch in den 1990ern (Zucco/Özerdogan 2021, 8). 2019 war die Einkommensungleichheit laut Verteilungsbericht des WSI so hoch wie seit Beginn der 2000er Jahre nicht (Spannagel/Zucco 2022, 7)¹⁰.

Verteilungsungleichheit zwischen den Klassen

Die Zeiten hoher Lohnzugewinne, wie sie in der Nachkriegszeit nach 1949 typisch waren, sind jedenfalls schon länger vorbei (Busch/Land 2010, 111). Von 1970 bis 1975 sind die Bruttostundenlöhne beispielsweise noch insgesamt um rund 72 Prozent gestiegen, von 1975 bis 1980 noch um 38 Prozent. Bereits die 1980er Jahre waren eher magere Jahre, aber von einer lohnpolitischen Ebbe kann eigentlich seit Mitte der 1990er gesprochen werden. Zwischen 1995 und 2000 wuchsen die Bruttostundenlöhne um etwa 10 Prozent, 2000 bis 2005 um 8,7. Etwas höhere Wachstumsraten gab es wieder ab 2010, im Zeitraum 2010–2015 wuchsen die Löhne um rund 16 und 2015 bis 2019 um insgesamt rund 12 Prozent (BfS 2021b, 107). Laut der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik war in den vergangenen Jahren eine »erschütternde funktionale Umverteilung« von unten nach oben zu beobachten (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2018, 89; Schäfer 2012, 590)¹¹. Die Lohnquote gibt den Anteil der Einkommen aus abhängiger Arbeit (Arbeitnehmerentgelte) am gesamten Nationaleinkommen an. In den 1970er Jahren wuchs dieser Anteil in Folge einiger harter Arbeitskämpfe von 1970 = 65,59 Prozent auf 1980 = 73,18 Prozent. Ein besseres Verteilungsverhältnis für die abhängig Beschäftigten gab es weder vorher, noch nachher. 1995 lag die Lohnquote bei 70,90 Prozent, bis 2005 war sie bis auf 67,51 Prozent abgesunken. Erst im Jahr 2020 ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ungefähr wieder auf dem Niveau angekommen, das vor fast 40 Jahren bereits einmal erreicht worden war (1980 = 73,18 Prozent; 2020 = 72,09 Prozent) (BfS 2022a, 18) – um dann im Schatten der wirtschaftlichen Seiten der Corona-Krise erneut auf 69,91 Prozent abzusinken.

-
- 9 Bezugspunkt der Einteilung ist hier der sog. Median (50 Prozent der Menschen haben mehr Einkommen, 50 Prozent der Menschen haben weniger Einkommen als der Medianwert beträgt). Angehörige der oberen Einkommensschicht verfügen über mehr als 150 Prozent des Medians. Zur unteren Einkommensschicht gehört, wer weniger als 70 Prozent des Medians hat, zur mittleren Gruppe zählt, wer über ein Einkommen zwischen 70 und 150 Prozent verfügt.
 - 10 Zwischen 2016 und 2018 ging diese Einkommensungleichheit allerdings leicht zurück, weil die Einkommen der unteren 40 Prozent der Haushalte stärker wuchsen als die der oberen 10 Prozent (Zucco/Özerdogan 2021, 8).
 - 11 Wichtig ist die Entwicklung der Reallöhne nach 2020. Zwischen 2013 und 2019 waren sie moderat gestiegen, seither hat sich dieser Trend aber umgekehrt. Von 2019 auf 2020 sanken die Reallöhne u.a. aufgrund starker Teuerung um Minus 1,1 Prozent, von 2020 auf 2021 um -0,1 Prozent und schließlich von 2021–2022 um Minus 4 Prozent (BfS 2023). Insbesondere Beschäftigte aus unteren Einkommensschichten und dem Niedriglohnssektor dürften von der Inflation stark betroffen sein.

Machtungleichheit

Aber nicht nur das Verteilungsverhältnis hat sich ungünstig für die – ganz generell betrachtet – abhängig Beschäftigten entwickelt. Auch die Kapitalmacht ist gewachsen. Die institutionelle (Verbreitung z.B. von Tarifverträgen) (Brinkmann/Choie/Detje/Dörre/Holst/Karakayli/Schmalstieg 2008, 25) und organisationspolitische Macht (gewerkschaftlicher Organisationsgrad) (Silver 2005, 30; Wright 2000, 962) der beiden lohnabhängigen Klassen sind langfristig zurückgegangen (Dribbusch/Birke 2019, 11). Im Jahr 2020 waren in Gesamtdeutschland, in absoluten Zahlen betrachtet, mit 5,85 Millionen Mitgliedern so wenige Menschen in einer DGB-Gewerkschaft organisiert, wie zuletzt in der ersten Hälfte der 1950er Jahre allein in Westdeutschland. Lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad 1985 noch bei etwas mehr als 31 Prozent, waren es im Jahr 2000 nur noch knapp über 14 (Greef 2021). Diese Entwicklung hat sich allerdings nicht gleichmäßig und gleichförmig in den einzelnen Organisationsbereichen vollzogen. In den verschiedenen Branchen sind Mitbestimmung und Gewerkschaften sehr unterschiedlich stark verbreitet – mit Folgen für die Lohn- und Beschäftigungsstandards. Insbesondere in Branchen, die zum industriell-fossilen Kern des deutschen Kapitalismus gehören, sind Belegschaften besonders gut gewerkschaftlich organisiert – sowie Tarifverträge und Betriebsräte verbreitet. Neben Bereichen wie der Automobilindustrie, in der Beschäftigte sehr häufig Mitglieder der IG Metall sind, stehen Bereiche der Gesundheitsindustrie bzw. des Handels, in denen die gewerkschaftlichen Organisationsgrade weitaus niedriger sind. In jedem Fall haben die einzelnen Gewerkschaften sehr unterschiedlich unter Mitgliederverlusten gelitten. Die Gewerkschaft der Polizei und die GEW, die (fast) ausschließlich Angehörige der lohnabhängigen Mittelklasse organisieren, haben seit 2015 sogar leicht hinzugewonnen. Besonders stark betroffen vom Mitgliederverlust ist die IG BAU, die im Kern Beschäftigte des Baugewerbes vertritt – einem traditionell wichtigen Teil der Arbeiter*innenklasse.

Tabelle 7: Mitgliederentwicklung der DGB-Einzelgewerkschaften (Prozentual)

	IG BAU	IG BCE	Ver.di	IGM	GEW	Trans-net	NGG	GdP
2000	100	100	100	100	100	100	100	100
2005	72,54	83,99	92,95	85,99	93,09	81,17	82,89	92,82
2010	58,28	73,76	82,51	81,96	96,31	72,59	78,86	90,64
2015	50,65	73,04	80,31	82,28	103,85	61,54	78,17	94
2020	42,92	68,01	76,47	80,14	103,77	57,48	74,45	105,05

Quelle: (DGB 2021)

Langfristig, insbesondere seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, ist es Gewerkschaften (auch deshalb) in geringerem Maße gelungen Tarifverträge durchzusetzen (Dribbusch/Birke 2019, 15). 1996 verfügten in Westdeutschland noch 70 Prozent aller Beschäftigten über einen Flächentarifvertrag, im Osten waren es damals 66 Prozent.

2020 waren es im Westen noch 45 Prozent, in Ostdeutschland 32 Prozent aller Beschäftigten (Ellguth/Kohaut 2021, 307). Auch das ist kein Trend, der in allen Branchen in gleichem Maße zu Buche schlägt. Im Jahr 2020 verfügten zum Beispiel 77 Prozent der Beschäftigten im Bereich Bergbau, Energie-, Wasser und Abfallwirtschaft über einen Flächen- oder Haustarifvertrag, im Öffentlichen Dienst waren es 98 Prozent, im Baugewerbe 58 Prozent, im Verarbeitenden Gewerbe 55 Prozent. Aber im Einzelhandel wurden nur für 29 Prozent der Beschäftigten die Arbeit- und Lohnbedingungen durch einen Tarifvertrag geregelt, im Großhandel waren es 30 Prozent im Gastgewerbe 37 Prozent (ebd., 309).

Das führt zu einer Heterogenisierung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Tarifverträge gleichen Löhne zwischen Beschäftigten an, betriebliche Interessenvertreter werden für gewöhnlich als Tarifwächter tätig. Sie sorgen dafür, dass Tarifverträge auch wirklich angewandt werden. Auch die Verbreitung von Betriebsräten, die eine eigene Art der institutionellen Beschäftigtenmacht darstellen, ist zurückgegangen. Im Jahr 2020 waren noch 40 Prozent aller Beschäftigten in einem Betrieb beschäftigt, der einen Betriebsrat hatte (ebd., 311). 1996 waren es in Westdeutschland 51 Prozent, im Osten 43. 2015 arbeiteten im Westen noch 42 Prozent in einem Unternehmen mit Betriebsrat, im Osten 33 (Ellguth/Kohaut 2016, 288). Der Angleichung der Arbeits- und Lohnbedingungen wirken diese Trends entgegen. Hinzu kommt die Möglichkeit für Unternehmen aufgrund von sog. Öffnungsklauseln in Tarifverträgen bedingungsgebunden von geschlossenen Vereinbarungen abzuweichen. Besonders weit verbreitet ist dies in der Metall- und Elektroindustrie, insbesondere in der Automobilindustrie (Owetschkin 2016, 291–300; Rehder 2003, 229–230).

Verteilungsungleichheit innerhalb der lohnabhängigen Klassen

Nicht nur die institutionelle und organisationspolitische Macht ist ungleich verteilt, auch der Blick auf die Lohn- und Einkommensverteilung zeigt: Es gibt eine starke Tendenz zu schlechter Bezahlung, aber eine, die bei weitem nicht alle gleich trifft. Von herausragender Bedeutung ist, dass sich in den vergangenen rund 25 Jahre ein Niedriglohnsektor herausgebildet hat, der seit Anfang der 2000er Jahre stabil bei über 20 Prozent aller abhängig Beschäftigten lag. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung waren im Jahr 2018 rund 7,7 Millionen abhängig Beschäftigte zu weniger als 11,40 Euro und damit zu einem Niedriglohn tätig (1998 waren es noch etwa 5,02 Millionen) (Grabka/Köhler 2020, 20). Das waren 21,7 Prozent aller Beschäftigten. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre sei der Niedriglohnsektor in Deutschland damit um rund 60 Prozent gewachsen (ebd., 6). Innerhalb der Arbeiter*innenklasse gibt es insofern eine erhebliche soziale Ungleichheit. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Niedriglohnbeschäftigung ist kein Schicksal allein von Geringqualifizierten. »70 Prozent aller Niedriglohnbeschäftigten verfügen über mindestens einen beruflichen Bildungsabschluss.« (Ebd.)

Der Blick auf die Einkommensschichtung zeigt deutliche Unterschiede innerhalb der Arbeiter*innen- und Mittelklasse. Immerhin knapp ein Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben im Jahr 2019 zwischen 3000 und 4900 Euro verdient, 20 Prozent zwischen 2000 und 3000 aber knapp 35 Prozent bis 2200 Euro.

Tabelle 8: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Bruttoentgeltschichten (in Euro und Prozent)

Entgelt-schichten	Bis 1400	1400–2200	2201–3000	3001–3800	3801–4900	4901–6100	Über 6100
Prozent	17	18,1	20	16,1	12,9	7,2	8,3

Quelle: (BfA 2019)

Besonders deutlich wird das Lohngefälle, wenn man gegenüberstellt, ein wie großer Teil der Beschäftigten einer Wirtschaftsbranche unter 2000 Euro (ohne geringfügige Beschäftigung) Bruttomonatsentgelt erhält und ein wie großer Teil über 4000 Euro verdient. Unter den fünf Sektoren, in denen besonders viele Beschäftigte über 4000 Euro brutto verdienen, gehörten vier zum industriell-fossilen Kern des deutschen Systems. Energiewirtschaft, Automobilindustrie, Maschinenbau und Bergbau – die Beschäftigten in diesen Sektoren verfügen über ein relativ hohes Lohnniveau, sind relativ gut gewerkschaftlich organisiert und im besonderen Maße durch den ökologischen Umbau der Wirtschaft betroffen.

Tabelle 9: Anteil sozialversich. Beschäftigter Bruttoentgelt unter 2000 und über 4000 Euro (nach Branche)

Branchen	Über 4000	Bis 2000
Energie	77,1	1,1
Automobilindustrie	76,5	1,6
Finanzen	72,1	2,9
Maschinenbau	60,2	1,9
Bergbau	52,6	1,8
Erziehung und Unterricht	44,8	4,5
Öffentliche Verteidigung/Verteidigung/Sozialversicherung	43,2	1,9
Großhandel	35,6	8,2
Gesundheit	33	11,6
Lager und Verkehr	19,8	12,2
Bau	17,7	8,4
Einzelhandel	14,3	23,8
Post- und Kurrierdienste	10	24,3
Gastgewerbe	4,5	47,6

Quelle: (BfA 2019)

Wie man sieht, arbeiten große Mehrheiten der Belegschaften des Maschinenbaus, der Automobilindustrie und des Energiesektors zu Löhnen von mehr als 4000 Euro brutto im Monat, jeweils unter 2 Prozent für weniger als 2000 Euro. Dasselbe gilt für den Finanz- und Versicherungssektor. Ausgewiesene Hochburgen niedriger Bruttomonatslöhne sind hingegen das Gastgewerbe, der Einzelhandel sowie der Bereich der Post- und Kurrierdienste – gefolgt vom Bereich Lager und Verkehr und dem Gesundheitswesen.

Mit Blick auf die materielle Ungleichheit innerhalb der Arbeiter*innenklasse ist die Entwicklung der Einkommensarmut relevant, von der Angehörige der lohnabhängigen Mittelklasse mit größter Wahrscheinlichkeit nicht betroffen sein dürften. Die Einkommensarmut (als Einkommen gelten neben Löhnen und Gehältern auch sozialstaatliche Zahlungen und Vermögens- und Unternehmenseinkommen) ist seit Ende der 1990er Jahre deutlich gewachsen (Spannagel/Zucco 2022, 8). Als einkommensarm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügt. Fast 16 Prozent der Menschen waren im Jahr 2019 arm, 11,1 Prozent waren sehr arm (ebd.). 1998 waren es insgesamt 10,37 Prozent, davon 5,44 Prozent sehr arm (Spannagel 2015, 9). Zu unterstreichen ist: Armut erwächst zum Teil auch aus Erwerbsarbeit, immerhin 23,4 Prozent derjenigen, die einkommensarm sind, gehen einer abhängigen Arbeit nach, 2,7 Prozent sind als Selbständige tätig. Das Gros der Armen arbeitet aber nicht, ein kleiner Teil ist erwerbslos gemeldet, weitaus größere Teile sind von Rentenarmut betroffen. Das Gros der Armen ist es aufgrund bzw. trotz sozialstaatlicher Leistungen, Kinder- und Jugendarmut nimmt einen großen Stellenwert ein (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 2020, 21).

Der Beitrag der Wohlfahrtsstaatspolitik zur prekären Zweidrittelgesellschaft

Eine der Ursachen für die Herausbildung der prekären Zweidrittelgesellschaft war der neoliberale Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaates (siehe Kap. 3.1 und 3.2). Im vorherigen Abschnitt habe ich argumentiert, dass Prekarisierung als ein grundlegender Prozess zu begreifen ist, in dem neu bestimmt wird, was eigentlich normale bzw. typische Arbeits- und Reproduktionsbedingungen für Lohnabhängige sind. Der neoliberale Wettbewerbsstaat hat dabei eine wichtige Rolle gespielt.

Erstens aufgrund der sozial verunsichernden und aktivierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die insbesondere zu Beginn der 2000er Jahre durchgesetzt wurde. Auf diese Weise wurden Zonen der sozialen Unsicherheit und ein großer Niedriglohnsektor geschaffen.

Zweitens aufgrund der wirtschafts- und haushaltspolitischen Austeritätspolitik. Soziale Infrastrukturleistungen wurden teilweise eingespart, der staatliche Beschäftigungssektor wurde nicht weiter ausgebaut, im Gegenteil, teilweise wurde privatisiert (einer der Sektoren, die privatisiert wurden, gehört heute zu den Hochburgen prekärer Arbeit und prekärer Mitbestimmung, der Bereich der Paket- und Postdienstleistungen, zum Teil auch die Telekommunikationsindustrie) und zunehmend im Öffentlichen Dienst selbst unsicher beschäftigt (z.B. Befristungen, Projektverträge).

Drittens ist die korporatistische Einbindung insbesondere der Gewerkschaften brüchiger geworden (Candeias/Röttger 2009, 897; Haug 2009, 883; Müller-Jentsch 2006). Zurückgegangen ist nicht zuletzt die Fähigkeit der Gewerkschaften auf zentrale Felder der Sozialpolitik stärker einzuwirken, etwa die Renten- oder Arbeitsmarktpolitik (Dörre

2011, 279). Wenngleich heute der Einfluss zumindest der großen DGB-Gewerkschaften IG Metall, IG BCE und Ver.di auf die Bundes- und Landesregierung wieder stärker geworden ist, kann von einer Durchsetzungsfähigkeit, wie es sie in den 1970er Jahren gegeben hat, kaum die Rede sein. Mithin scheint sich eine Tendenz verschärft zu haben, die bereits in den 1970er Jahren zu beobachten war: Es sind zuvörderst die stärksten Teile der Gewerkschaftsbewegung und auf diese Weise auch lediglich Teile der beiden lohnabhängigen Klassen, die in korporatistische Aushandlungen eingebunden werden. Es ist deshalb angebracht von einem prekären »selektiven Korporatismus« (Esser 1982, 252) zu sprechen. Eingebunden werden heute – und auch das ist für den Charakter der prekären Zweidrittelgesellschaft wichtig – eher Lohnabhängige, die im Kernbereich des Öffentlichen Dienstes und den Großbetrieben der Exportindustrie arbeiten. Allerdings stehen auch diese Belegschaften unter einer Art permanentem Bewährungsdruck, denn der selektive Korporatismus ist auf Branchen- und Betriebsebene zugleich eine Art Wettbewerbskorporatismus, in dem die Zusage von Unternehmen, auch weiterhin vor Ort oder im Land zu produzieren und so Arbeitsplätze anzubieten, gegen Beiträge der Belegschaften (bzw. ihrer Interessenvertretungen) dazu getauscht wird, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu steigern – ob nun durch eigene Beiträge zur Rationalisierung, oder durch Beiträge zur Kostensenkung (Behruzi 2015, 61–62; Dörre/Schmalz 2013, 22; Rehder 2003, 229–230). Diese selektive Einbindung in das staatliche Politikmanagement und die nur partielle Durchsetzungsfähigkeit in der Tarifpolitik hat die soziale Ungleichheit und Unsicherheit verfestigt, vielleicht sogar gestärkt.

4.5 Ungleiche Verantwortung und Betroffenheit im fossilen Kapitalismus

Nachdem ich die Klassenstrukturen (Kap. 4.2) und wichtige Ungleichheiten innerhalb der Zweidrittelgesellschaft (Kap. 4.3 und 4.4) dargelegt habe, komme ich jetzt auf die Frage zurück, wer in welchem Maße für den Klimawandel verantwortlich und wie und in welchem Maße von Klimakrise und ökologischen Reformpolitiken betroffen ist. Um Missverständnisse zu vermeiden: Hier geht es lediglich um eine systematisierende Heuristik, nicht darum, die tatsächliche Betroffenheit oder Verantwortung empirisch darzulegen. Als Klassensubjekte sind wir alle auf vierfache Weise in den fossilen Kapitalismus verstrickt (ähnlich Dörre 2022, 54f.): (1) als Konsument*innen, (2) als Beschäftigte/profitabhängige Kapitalist*innen, aufgrund dieser Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (3) als Subjekte/Objekte von Ausbeutung und Klassenherrschaft und als (4) Betroffene/mögliche Oper der Klimakrise.

(1) Als *Konsument*innen* tragen wir alle dazu bei, dass CO₂ und andere Klimagase freigesetzt werden, als Vater, der sein Kind mit dem Auto in die Kita fährt, um Zeit für den vollen Arbeitstag zu sparen, als Griechenlandurlauberin, als Supermarktkunde, der Avocado und Bananen kauft, als Klimaaktivistin, die zur Entspannung abends Streamingdienste nutzt. Unser ökologischer Fußabdruck ist aber unterschiedlich groß, er ist durchschnittlich umso größer, je höher die Einkommen sind. Klassen- und Einkommensungleichheiten spielen insofern eine entscheidende Rolle (Rackwitz 2022, 104). Laut einer Untersuchung des Umweltbundesamtes liegt beispielsweise der Energiever-

brauch von Menschen, die über mehr als 3000 Euro Einkommen monatlich verfügen, durchschnittlich doppelt so hoch wie der von Geringverdiener*innen mit weniger als 1000 Euro (Zelik 2020, 58). Und: 2015 verursachten die einkommensstärksten (Haushaltseinkommen) zehn Prozent der Deutschen 26 Prozent der Emissionslasten und die gesamte untere Hälfte war dagegen für »nur« 29 Prozent verantwortlich (Dörre 2021, 80). Die Einkommen und Vermögen sind in der prekären Zweidrittelgesellschaft aber sehr ungleich verteilt. Einen relativ niedrigen Beitrag zur CO₂-Freisetzung dürften insofern die rund 20 Prozent Niedriglohnbeschäftigten und die (2019) etwa 16 Prozent Menschen geleistet haben, die einkommensarm waren (siehe Kap. 4.3). Die untersten Schichten der Arbeiter*innenklasse sind sogar verschuldet – ihr Beitrag zur Klimakrise dürfte noch geringer ausfallen. Laut Sighard Neckel, der sich auf Zahlen des Global Inequality Report bezieht, haben

»[...] die unteren Schichten von EU-Staaten wie Deutschland und selbst der USA die Reduktionsziele des Pariser Klimaabkommens bis 2030, in Pro Kopf-Emissionen gerechnet, bereits heute fast und mitunter sogar vollständig erreicht [...].« (Neckel 2023, 55)

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll zwischen Subsistenzemissionen und Luxusmissionen zu unterscheiden (Salle 2022, 15). Subsistenzemissionen werden durch die alltägliche Lebensführung verursacht, die nötig ist, um zu überleben und sich auf einem gesellschaftlich angemessenen Niveau zu reproduzieren. Luxusmissionen entstehen aus Verschwendung, die auch demonstrativ aus Gründen des Statuserhalts erfolgt. Verursacht werden sie insbesondere von den obersten Vermögens- und Einkommensschichten, die ganz überwiegend zum Bürgertum gehören. 2018 soll der CO₂-Verbrauch pro Kopf eines Milliardärs bei 8190 Tonnen gelegen haben. Im weltweiten Durchschnitt lag der Verbrauch damals bei 5 Tonnen (Salle 2022, 146). Bezieht man die durchschnittlichen Verbrauchswerte im Deutschland des Jahres 2022 (10,8 Tonnen pro Kopf) hierauf, dann erzeugten allein die 134 deutschen Milliardäre so viel CO₂ wie 101 600 deutsche Durchschnittsbürger. Laut Beatriz Barros und Richard Wilks verursachten im Jahr 2018 allein 20 Milliardäre 163.886 Tonnen CO₂-Äquivalente (Barros/Wilk 2021, 318).

(2) Hauptprofiteur des fossilen Kapitalismus ist das *profitabhängige Bürgertum*, und hier die Kommandierenden des industriell-fossilen Komplexes. Es sind die Eigentümer*innen und Großaktionäre von Konzernen wie RWE und E.on (Energiesektor), BASF, Henkel, Fresenius und Bayer (Chemische Industrie), Siemens, Bosch, ThyssenKrupp (Maschinenbau) Kraus-Maffei Wegmann, Rheinmetall und ThyssenKrupp (Rüstung) oder Volkswagen, BMW, Mercedes-Benz und Continental (Automobilindustrie) – oftmals transnational agierende Konzerne, die auf globalisierte Lieferketten zurückgreifen und ein internationales Netz von Produktionsstandorten unterhalten.

Und für uns als *Beschäftigte* sind unsere Arbeitsplätze und damit unsere Existenzbasis mehr oder weniger direkt vom fossilen Kapital und vom industriell-fossilen Komplex abhängig, größere Teile der Arbeiter*innenklasse, die im Produzierenden Gewerbe arbeiten, sind stärker daran gebunden als Angehörige der lohnabhängigen Mittelklasse, die

als Lehrer*innen, Krankenpfleger*innen oder Verwaltungsangestellte im Öffentlichen Dienst arbeiten. Umgekehrt gilt das auch für die Klasse der profitabhängigen Kapitalist*innen, die sich in Klassenfraktionen teilt – das Industrie- und das eng mit diesem verflochtene Bankenkaptal sind besonders betroffen, Unternehmer*innen der Windenergie- oder Solarindustrie dagegen sind direkte Nutznießer der ökologischen Modernisierung. Von allen Erwerbstätigen waren 2021 mindestens 22,25 Prozent der abhängig Beschäftigten im industriell-fossilen Kern (Produzierendes Gewerbe inklusive Baugewerbe), mindestens 20,21 Prozent in der Handelskette¹² und 11,33 Prozent im Staat beschäftigt (Bundesamt für Statistik 2022d, 2022e). Die Beschäftigten in diesen Bereichen arbeiten und leben unter tendenziell sehr unterschiedlichen Bedingungen, und ihre Arbeitsplätze sind unterschiedlich stark mit der fossilen Basis des deutschen Kapitalismus verbunden, sind deshalb auch in unterschiedlichem Maße vom ökologischen Umbau betroffen.

Tabelle 10: Vergleich Untersuchungssektoren Deutungsmusteranalyse

Produzierendes Gewerbe	Handelskette	Staat
Direkt Abhängigkeit von fossiler Basis	Indirekte Abhängigkeit von fossiler Basis	Vermittelte Abhängigkeit von fossiler Basis
Mittlere bis hohe Löhne	Niedrige bis mittlere Löhne	Mittlere bis sehr hohe Löhne
Mehrheitlich Arbeiterklasse	Mehrheitlich Arbeiterklasse	Lohnabhängige Mittelklasse
Anerkannte Mitbestimmung	Umkämpfte Mitbestimmung	Anerkannte Mitbestimmung
Leiharbeit und Befristungen	Leiharbeit, Befristungen, Niedriglöhne, prekäre Teilzeit	Befristungen
Häufig Warnstreiks mit hoher Teilnehmerzahl, seltener Erzwingungsstreiks	Intensive gewerkschaftliche Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund gewerkschaftlicher Defensive	Teilweise intensive gewerkschaftliche Auseinandersetzungen (nicht repräsentativ), etwa bei der Bahn, in einzelnen Krankenhäusern, in den Sozial- und Erziehungsdiensten

Quelle: Eigene Darstellung

Allerdings: Dieses Kern-Peripherie-Bild sollte nicht missverstanden werden. Beschäftigte der Handelskette etwa, ob nun im Einzel- oder Online- und Versandhandel, mögen in indirekterer Weise vom fossilen Kapital abhängen, aber ohne materielle Warenproduktion und automobiler Lieferwege gäbe es auch keinen Handel – und ohne Handelskette gibt es keinen Warenabsatz.

12 Ich schreibe von mindestens 22,25 Prozent und von mindestens 20,21 Prozent, weil es die amtliche Statistik nicht möglich macht, die Anzahl von Beschäftigten in Unternehmen genauer zu bestimmen, die zum industriell-fossilen Kern oder zur Handelskette gehören. Beim industriell-fossilen Kern gilt das zum Beispiel für Unternehmensdienstleistungen wie Reinigung oder Entwicklungsdienstleistungen, für die Handelskette für Bereiche wie die Marktforschung.

(3) Und als *Subjekte/Objekte von Ausbeutung/Herrschaft* wirken wir alle in unterschiedlichem Maße daran mit, diese Ordnung zu sichern, aber auch zu beeinflussen was geschieht – mit einer Machtballung an der Spitze der Klassenpyramide, der nur durch organisierte Gegenmacht entgegengewirkt werden kann. Auch Lohnabhängigenmacht, aus der heraus Gegenmacht entstehen kann, ist in der Zweidrittelgesellschaft sehr ungleich verteilt. Was in welchem Umfang wie produziert wird, wie es in die Absatzmärkte kommt, wie langlebig die Produkte sind, all das ist – im Rahmen gesetzlicher Vorschriften und Leitplanken – von privaten wirtschaftlichen Entscheidungen des Bürgertums abhängig. Und auch der politische Einfluss der Familie Piëch, maßgeblichen Aktionären des Volkswagenkonzerns, ist größer als der von Familie Meyer, deren Einkommen von der Arbeit in den Fabriken des VW-Konzerns abhängt: aufgrund der ökonomischen Verhandlungsmacht (Drohung mit Investitions- und Arbeitsplatzverlagerung) und aufgrund der Lobbymacht.

(4) Aber auch als *Betroffene* des Klimawandels sind wir nicht alle gleich (Dörre 2021, 84). Der Anstieg der Temperaturen wird vielfältige Folgen für unser Alltagsleben haben, und das bereits im Laufe der nächsten 30 Jahre, wie die Journalisten Nick Reimer und Toralf Staud in ihrem lesenswerten Buch »Deutschland 2050« schildern (Reimer/Staud 2021). Ob nun, wie oben bereits erwähnt, Wirtschaftssektoren umgebaut werden, ob nun Wohnungen umgerüstet werden müssen, damit sie in Hitzesommern bewohnbar bleiben oder auch heimische Regionen in Zukunft von bisher hier seltenen oder unbekannten Naturkatastrophen wie der Sturzflut 2021 im Ahrtal (Rheinland-Pfalz) heimgesucht werden, bei der allein in Deutschland 184 Menschen starben und ein Schaden in Höhe von 33 Milliarden Euro entstanden ist (Wenz/Kuik 2022, 95): Die Menschen an der Spitze der Klassengesellschaft werden es leichter haben damit umzugehen, die im Erdgeschoss schwerer (Ekardt 2010, 10; Rackwitz 2022, 98).

Unsere elementaren Lebensgrundlagen werden betroffen sein, sind es zum Teil heute schon, etwa die Lebensmittelversorgung. Schätzungen gehen davon aus, dass bei jedem Grad Temperaturanstieg die Ernteerträge von Mais, Weizen und Soja um rund 7 Prozent sinken werden. Bei einer wachsenden Weltbevölkerung wird das zu Nahrungsmittelkrisen und Preisanstiegen führen (Zelik 2020, 172–173). Für Menschen im globalen Süden kann dies zu Hungerkatastrophen führen, für die im globalen Norden zu Minderversorgung. Wer in der Bundesrepublik über hohe Einkommen verfügt, wird sich weiterhin gut versorgen können, wer wenig hat (z.B. die 16 Prozent einkommensarmen Menschen [2019] bzw. die fast 22 Prozent der Beschäftigten, die 2018 zu einem Niedriglohn gearbeitet haben, wie ich in Kapitel 4.3 gezeigt habe) wird den Gürtel im wahrsten Sinne des Wortes noch enger schnallen müssen. Aus all diesen Gründen werden Ressourcen, die in der prekären Zweidrittelgesellschaft bereits ausgesprochen ungleich verteilt sind, zukünftig noch schärfer umkämpft sein zwischen den verschiedenen Teilen dieser Klassen (Spehr 2012, 53). Und aus all diesen Gründen sind wir als Klassensubjekte auch in unterschiedlichem Maße von der sozial-ökologischen Transformation betroffen, ob nun in Form eines marktorientierten oder eines linkssozialdemokratischen oder sozialistischen Green New Deal.

Man kann sich die prekäre Zweidrittelgesellschaft der Klimakrise auch als einen hochmodernen Schnellzug vorstellen, der durch fossile Brennstoffe angetrieben wird, und auf einen ökologischen Abgrund zurast. Wir sitzen alle im selben Zug, aber sehr wenige sitzen im Fahrstand und bestimmen Geschwindigkeit, Route und die Reisebedingungen des Rests. Einige reisen in der ersten, etliche in der zweiten und viele in der dritten Klasse – im Führerstand sitzt das Bürgertum, im Zug selbst ringen die Passagiere in den verschiedenen Klassen darum ihre Bedingungen zu verbessern, möglicherweise auch darum in eine bessere Reiseklasse aufzusteigen. Ob der Zug zum Stillstand gebracht werden kann, ob alle bequemer reisen können und ob die Reiseklassen vielleicht sogar abgeschafft werden, hängt davon ab, ob die Reisenden sich zusammentun.

5. Populare Anschauungen

Die prekäre Zweidrittelgesellschaft bietet ein zerklüftetes Terrain, auf dem die Projekte des ökologischen Sozialliberalismus, des Grünen Sozialismus und des antiökologischen autoritären Nationalradikalismus miteinander konkurrieren. Wie ich in Kapitel 2.4 erläutert habe greifen politische Projekte i.d.R. verschiedene soziale Interessen und politische Orientierungen auf, um tragfähige gesellschaftliche Allianzen zu schmieden – ihre Vorschläge, die ich Entwicklungsmodell nenne, sind daher auch selten widerspruchsfrei. Dasselbe gilt für die gesellschaftlichen Allianzen, die sich mit schmieden und auf die sie sich stützen.

In meiner Skizze habe ich Ungleichheitsverhältnisse und Desintegrationspotenziale dargestellt, zu denen sich m.E. jedes Projekt verhalten muss. In den verschiedenen sozialen Lagen werden sehr unterschiedliche Arbeits- und Lebenserfahrungen gemacht, die ein links-ökologisches Projekt u.a. durch Sozialstaatspolitik aufgreifen muss: Von prekarierten und noch gesichert lebenden Teilen der drei populären Klassen; von hoch- und geringer qualifizierten Gruppen, von Niedriglohnbeschäftigten etwa im Dienstleistungssektor ebenso wie von Industriearbeiter*innen, die über mittlere und höhere Einkommen verfügen; von Teilen, die auf eigene und familiäre Migrationsgeschichten zurückblicken und von einer Mehrheit, die ihre heutigen Erfahrungen vor dem Hintergrund einer nationalen Klassengeschichte und damit verbundenen Erinnerungskultur verarbeiten. Eine zentrale Herausforderung für das links-ökologische Projekt: Gewerkschaftlich abgesicherte und relativ gut bezahlte Lohnarbeit gibt es nicht nur, aber in besonderem Maße in der Automobilindustrie, in der (mit ihr eng verflochtenen) Metall- und Elektroindustrie und in der Energiewirtschaft, wichtigen Bestandteilen des industriell-fossilen Komplexes des deutschen Kapitalismus, während in Teilen des expandierten privaten Dienstleistungssektors niedrigere Löhne gezahlt werden und viele prekäre Jobs verbreitet sind. Der Staat bzw. Öffentliche Dienst hat dagegen als Beschäftigungssektor mit tariflicher Bezahlung und Beschäftigungssicherheit, der gemeinwohlorientiert wirtschaftet, langfristig an Bedeutung verloren. Soll der ökologisch notwendige Um- und Rückbau der industriellen Produktion durch die Schaffung attraktiver Beschäftigungsalternativen in Dienstleistungsbereichen begleitet

werden, müsste Arbeit dort entprekariert und aufgewertet werden. Außerdem müsste der gemeinwohlorientierte Beschäftigungssektor deutlich ausgeweitet werden.

Ob und wie sich auf diesem zerklüfteten Klassenterrain tragfähige gesellschaftliche Allianzen knüpfen lassen, ist auch von Entwicklungen auf dem strategischen Terrain der populären Ideologien und Anschauungen abhängig. Welche Potenziale finden sich in den populären Anschauungen für die verschiedenen populären Anschauungen, insbesondere für den Grünen Sozialismus? Welche Anknüpfungspunkte bieten sich für Sozialstaatsprojekte, die soziale Sicherheit stärken (Dekommodifizierung), soziale Ungleichheiten abbauen und auch die Wirtschaft demokratisieren und gleichzeitig effizienten Klimaschutz betreiben wollen? Um diese Fragen zu beantworten, werde ich mich in diesem Kapitel mit unterschiedlichen Informationsquellen auseinandersetzen.

Ich werde zunächst mit Hilfe vorliegender Sekundärliteratur zu politischen Einstellungen und Gesellschaftsdeutungen einführend wichtige Trends auf dem Feld der populären Anschauungen nachzeichnen (Kap. 5.1). Danach stelle ich die Ergebnisse einer qualitativen Kurzbefragung zur Arbeit, Gesellschaftsdeutungen und Sozialstaatsorientierungen vor. Diese »Deutungstendenzen« wurden aus 34 Interviews mit Beschäftigten eines Endherstellers der Automobilindustrie, des ÖPNV und aus Krankenhäusern herausgearbeitet, die Studierende im Rahmen einer Lehrforschung erhoben haben, die ich 2020/21 an der Universität Göttingen durchgeführt habe (Kap. 5.2). Die Darstellung sozialer Deutungsmuster (Kap. 5.3) wird schließlich den empirischen Hauptteil dieses Kapitels bilden. In diesem Zusammenhang werde ich auch Meinungen zu wirtschaftsdemokratischen Forderungen darstellen, zu denen ich einen Teil meiner Interviewpartner*innen befragen konnte (Kap. 5.4). Abschließend werde ich meine eigenen Befunde in einen breiteren Zusammenhang einbetten, indem ich mich mit politischen Einstellungstypen, politischen Lagern und Wahlorientierungen auseinandersetze (Kap. 5.5).

Durch diesen Rückgriff auf einen Mix an sekundären und primären empirischen Quellen versuche ich ein (unvollständiges) Mosaikbild über das gesellschaftlich verbreitete Alltagsbewusstsein zusammenzusetzen. Dabei werde ich möglichst auf klassenspezifische Einstellungen bzw. Deutungen eingehen. Meine eigene empirische Analyse ist dabei ein wichtiger Mosaikstein, auch wenn qualitative Befunde (natürlich) nicht repräsentativ sind.

5.1 Wichtige Trends auf dem Terrain der populären Anschauungen

M.E. gibt es fünf wichtige Trends, die das Terrain der populären Ideologien prägen: Die Wertschätzung des Wohlfahrtsstaates und das Interesse am sorgenden, befähigen, aber auch schützenden Sozialstaat; die Wahrnehmung tiefer sozialer Ungleichheit; ein verbreitetes ökologisches Dringlichkeitsgefühl; ein tiefes Unbehagen an »der« Politik; die Virulenz von Fremdenfeindlichkeit.

5.1.1 Wertschätzung des Wohlfahrtsstaates

Zieht man quantitative Befragungen zu Rate, die sich mit Haltungen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat und Ansprüchen an Sozialstaatspolitik beschäftigen, drängt sich der Eindruck auf, die Bedingungen für soziale Reformpolitik, aber auch für eine konflikt-haftere sozial-ökologische Transformationspolitik seien gut. Ein erster wichtiger Trend auf dem Terrain der populären Anschauungen, den es festzuhalten gilt, lautet: Der Sozialstaat ist ausgesprochen beliebt und die Deutschen scheinen ihn stärker durch höhere Steuern für Vermögende und – deutlich umstrittener – auch Unternehmen finanzieren zu wollen. Das ist nach einer langen Phase der Delegitimierung des Sozialstaates durch neoliberale Politik alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die 2018 veröffentlicht wurde, wünschen sich rund 70 Prozent der Befragten einen Staat, der eine umfassende soziale Absicherung garantieren soll. Immerhin 36 Prozent stimmten zu, dass der Sozialstaat einen umfassenden sozialen Ausgleich schaffen soll. In einer Vorgängerstudie, die 11 Jahre früher veröffentlicht wurde, lagen diese Werte noch deutlich niedriger. Für eine umfassende Absicherung sprachen sie damals ganze 8 Prozent, für einen umfassenden Ausgleich ganze 11 Prozent weniger aus. Dass der Staat den Unternehmen starke Vorgaben machen sollte, meinten 37 Prozent – in diesem Fall waren es in der Vorgängerstudie noch 48 Prozent gewesen. Umfassender Ausgleich und starke politische Vorgaben für die Wirtschaft sind sozialpolitische Leitideen des links-ökologischen Projektes. Beides wird von mehr als einem Drittel der Befragten unterstützt, aber beides trifft auch auf deutlichen Gegenwind. Gegen eine sozial ausgleichende Politik sprachen sich ganze 40 Prozent, gegen mehr Vorgaben für die Unternehmen ganze 32 Prozent aus. Insofern deuten sich hier auch klare Konfliktlinien an (Müller-Hilmer/Gagné 2018, 9).

Grund für den Wunsch nach einem stärker absichernden Wohlfahrtsstaat könnten brisante Problemwahrnehmungen sein:

»Die derzeitige Gültigkeit des Leistungsversprechens ist stark umstritten, sozialer Zusammenhalt und sozialer Ausgleich gelten einer deutlichen Mehrheit der Deutschen als gefährdet. Hieraus entspringt der klare Handlungsauftrag an Staat und Politik, gleiche Chancen und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, den Bürgern ein Grundgefühl der Geborgenheit zu vermitteln.« (Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné 2017, 11)

60 Prozent der Befragten empfanden, dass es in Deutschland nur noch ein Oben und Unten gibt, während nur 19 Prozent meinten, es gäbe eine breite Mittelschicht. 53 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderreibe – der Eindruck einer sozialen Polarisierung in Unten und Oben ist also weit verbreitet. Der Ansicht, dass in Deutschland der soziale Zusammenhalt groß ist, waren dagegen lediglich 23 Prozent (ebd., 18). In einer anderen quantitativen Untersuchung, deren Daten 2016 erhoben wurden, stimmten 82 Prozent der Befragten zu, die Ungleichheit in Deutschland sei zu groß. 49 Prozent meinten das voll und ganz, 33 Prozent stimmten eher zu (Heinrich/Jochem/Siegel 2017, 19). Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie

sich diese Einschätzung je nach selbstgewählter Schichteinstufung¹ unterscheiden. Man kann zwar feststellen, dass das »Ungleichheitsproblem« von Menschen, die sich eher oben verorten, in geringerem Maße gesehen wird – aber immer noch von einer deutlichen Mehrheit:

Tabelle 11: Zustimmung Aussage: Die Ungleichheit ist zu groß in Deutschland

	Unterschicht	Arbeiter-schicht	Mittelschicht	Obere Mittel-schicht	Oberschicht
Voll und ganz	79	59	45	38	38
Eher ja	7	28	36	36	36
Gesamt	86	87	81	74	74

Quelle: (ebd., 17).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, wie die eigene wirtschaftliche Situation von den Befragten eingeschätzt wurde. Je niedriger die Einkommensschicht (hier auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens), als desto schwieriger wurde die eigene soziale Lage beurteilt.

Tabelle 12: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (in Euro) in Prozent (nach Einkommensschichten)

	Bis 1000	1001–2000	2001–3000	3001–4000	4000 und mehr
Sehr gut	2	2	8	7	19
gut	37	47	56	70	69
Teils/teils	37	38	33	20	10
schlecht	17	7	3	2	2
Sehr schlecht	7	6	0	1	0

Quelle: (Heinrich/Jochem/Siegel 2017, 18).

1 Objektive und subjektive Lage sind nicht identisch. Von denen, die als höchsten Bildungsabschluss den Hauptschulabschluss angaben, ordneten sich z.B. 6 Prozent in die Unterschicht ein, 38 Prozent sahen sich als Teil der Arbeiterschicht, 52 Prozent verstanden sich als Angehörige der Mittelschicht und 3 Prozent als Teil der oberen Mittelschicht. 3 Prozent derjenigen, die über die Mittlere Reife verfügten, betrachteten sich als Teil der Unterschicht, 30 Prozent als Teil der Arbeiterschicht und 57 Prozent als Teil der Mittelschicht. 8 Prozent meinten, sie gehörten zur oberen Mittelschicht (Heinrich/Jochem/Siegel 2017, 15).

Wohlfahrtsstaatspolitik wird vor diesem Hintergrund gewertschätzt, besonders beliebt sind Reformen, die zum Abbau der Ungleichheit beitragen würden. Für die steuerliche Entlastung mittlerer und unterer Einkommen sprachen sich 83 Prozent der Befragten aus. 76 Prozent meinten, es sollten höhere Steuern auf höhere Einkommen und große Vermögen erhoben werden. Für die stärkere Anhebung von Löhnen und Gehältern sprachen sich 72 Prozent der Befragten aus und eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns befürworteten 71 Prozent (ebd., 19).

Aber auch wohlfahrtsstaatliche Aufgaben im engeren Sinne werden von breiten Mehrheiten der Befragten für wichtig erachtet. Allerdings gehen hier die Meinungen stärker auseinander, welche bevorzugt werden. Vereinfacht gesagt: Besonders beliebt sind (auch über die Schicht- oder Berufsklasseneinteilungen hinweg) Ausgaben für Renten, die Krankenversorgung und Bildung – deutlich umstrittener sind Ausgaben für Erwerbslose, insbesondere für Menschen, die von (zum damaligen Zeitpunkt) Hartz 4 lebten. Danach gefragt, für welche Aufgaben der Staat auf jeden Fall verantwortlich sein soll, ergab sich laut der zuletzt zitierten Studie die folgende Verteilung. Deutlich wird: Insbesondere im eigentlichen Sinne umverteilende und auch dekommodifizierende Politik (»angemessener Lebensstandard für Erwerbslose bieten«) ist durchaus mehrheitsfähig. Aber sowohl das Ausmaß der Unterstützung als auch der Anteil der entschiedenen Unterstützer*innen ist deutlich geringer als bei anderen Reformen.

Tabelle 13: Meinungen: Wofür der Staat verantwortlich sein sollte

	Auf jeden Fall	Eher verantwortlich	Gesamt
<i>Gesundheitsversorgung sicherstellen</i>	64	31	95
<i>Im Alter angemessenen Lebensstandard bieten</i>	58	36	94
<i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf</i>	47	39	86
<i>Arbeitslosen gute Berufsperspektive bieten</i>	42	43	85
<i>Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abbauen</i>	41	31	72
<i>Erwerbslosen einen angemessenen Lebensstandard bieten</i>	24	43	67

Quelle: (dies., 22).

Dass Sozialstaatsreformen in unterschiedlichem Maße unterstützt werden, wird klar, wenn man betrachtet, für welche Aufgaben Befragte mehr Geld ausgeben würden. Ganz vorne lagen hier Schulen (91 %), Pflegeeinrichtungen (87 %) und KiTas (80 %). Deutlich befürwortet werden auch mehr Investitionen in das Hochschulwesen (73 %) und in den kommunalen und sozialen Wohnungsbau (71 %). Drei der fünf beliebtesten Reformideen würden den Bildungs- und Erziehungssektor stärken, die anderen beiden die soziale Infrastruktur bzw. den Öffentlichen Dienst. Für mehr Geld für ALG-II- bzw.

ALG-I-Empfänger sprachen sich dagegen jeweils nur 33 Prozent der Befragten aus – bei den ALG-II-Empfängern wollten sogar 15 Prozent das Geld kürzen (ebd., 24).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, welche Sozialstaatsreformen welche Teile der Bevölkerung in der Vergangenheit unterstützt haben. Lea Elsässer hat auf der Grundlage einer bis in die 1980er Jahre zurückreichenden Datenbasis, die die Hochphase des marktsozialdemokratischen Umbaus des Sozialstaates bis 2004/05 umfasst, nachgezeichnet, welche größeren Umbauprojekte von welchen Berufsklassen (angelernte Arbeiter*innen, Facharbeiter*innen, einfache Angestellte, höhere Angestellte, Beamte und Selbständige) unterstützt wurden. Ihr Ergebnis: Sog. sozialinvestive Maßnahmen, etwa in Bildung oder eine aktive Arbeitsmarktpolitik (nicht: aktivierende) waren demnach über alle Berufsklassen hinweg beliebt und wurden von deutlichen Mehrheiten befürwortet – eine übergreifend hohe Zustimmung fand etwa der Ausbau der Kita-Plätze für U-Dreijährige (Elsässer 2018, 543–544).

Klassische umverteilende Programme der sozialen Sicherung fanden am wenigsten Unterstützung in den oberen, am meisten aber in den unteren Berufsklassen (ebd., 545). Gerade die Kürzungsmaßnahmen im Bereich der absichernden Sozialpolitik sei gegen den Willen der einfachen Arbeiter*innen durchgesetzt worden. Klar unterstützt wurden sie von Beamt*innen und Selbständigen. Die unteren Berufsgruppen waren auch dann gegen diese Änderung, wenn als Option in der Befragung angeboten wurde, dass dafür niedrigere Beitragssätze der Sozialversicherung eingeführt würden (ebd., 548). Der Umbau zu einem weniger absichernden, stärker aktivierenden Sozialstaat wurde demnach stärker von den mittleren und stark von den oberen Berufsklassen unterstützt. Aber: Auch Reformen, die Sanktionen für Erwerbslose einführten oder stärkten, wurden von einer Mehrheit der unteren Berufsklassen unterstützt. Allerdings fiel die Zustimmung dafür deutlich niedriger aus als in den oberen Berufsklassen. Beispielsweise unterstützten rund 55 Prozent der Facharbeiter*innen und 49 Prozent der Arbeiter*innen die Idee, jungen Erwerbslosen Leistungen zu kürzen, wenn diese nicht bereit wären für eine Job umzuziehen – unter den Selbstständigen unterstützten das 73 Prozent (ebd., 551).

Aber wie finanzieren, was gewünscht wird? Für alle politischen Projekte ist dies eine entscheidende Frage, weil damit Verteilungsfragen verbunden sind – entweder der Neuverteilung bisher anders verteilter Mittel (Umschichtung in öffentlichen Haushalten) oder weil mehr Steuern durch die höhere Belastung bestimmter Einkommensschichten bzw. gesellschaftlicher Klassen nötig werden. Deshalb birgt die Finanzierungsfrage auch immer Konfliktpotenziale. Eine Mehrheit der Menschen im Land möchte laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung weitere Ausgaben durch die höhere finanzielle Belastung von hohen Vermögen finanzieren – 68, 2 Prozent der Befragten stimmten dem zu, 34,5 Prozent sogar voll und ganz. Dagegen sprachen sich entscheiden rund 10 Prozent aus, etwa 20 Prozent stimmte eher nicht zu (Bandau/Lübker/Rixen 2017, 8). Klar abgelehnt wird die Idee, der Staat sollte weitere Ausgaben durch weitere Staatsverschuldung zahlen, nur 19,6 Prozent der Befragten sprach sich dafür aus – rund 30 Prozent waren dagegen entschieden anderer Meinung, etwa 47 Prozent stimmten diesem Vorschlag eher nicht zu. Ebenso klar ist: Eine sehr große Mehrheit der Deutschen spricht sich gegen weitere Kürzungen von Leistungen aus, auch als Mittel, um wiederum andere Leistun-

gen zu finanzieren. Rund 32 Prozent stimmten gar nicht zu, 48 Prozent eher nicht. Etwas polarisierter fallen die Meinungen zu anderen Finanzierungsmöglichkeiten aus.

Tabelle 14: Meinungen: Sozialstaatsausgaben sollten durch folgende Steuern finanziert werden

	Voll und ganz	Stimme zu	Eher nicht zu	Gar nicht zu
Höhere Unternehmenssteuern	21,9	31,8	31,5	11,1
Höhere Beiträge Sozialversich.	4,9	25,6	45,7	22,2
Höhere Erbschaftssteuer	19,0	28,1	29,6	20,2
Höhere Einkommenssteuer	5,7	19,4	46,2	27,2

Quelle: (ebd., 8)

Man kann diese Zahlen so interpretieren: Hohe Vermögen haben nur wenige, dagegen sie zu besteuern ist deshalb nur eine relevante Minderheit. Größere Skrupel besteht gegenüber Unternehmenssteuern – möglicherweise, weil die Sorge besteht, dies könnte Arbeitsplätze gefährden. Dennoch ist es die höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen mehrheitsfähig. Schluss mit Mehrheiten ist bei Einkommens- und Erbschaftssteuern, von deren Erhöhung sich auch etliche Angehörige mittlerer und oberer Einkommensgruppen betroffen fühlen könnten.

5.1.2 Die ungerechte Gesellschaft

Grundsätzlich kann man sagen: Je weiter oben Menschen in der Klassengesellschaft wandeln, desto weniger stören sie sich an materieller sozialer Ungleichheit – auch wenn größere Teile der oberen Einkommenssichten, wie gesehen, meinen, die Ungleichheit sei zu groß im Land. Anders gesagt: Kritisch zur Oben-Unten-Ungleichheit verhalten sich Mehrheiten aus tendenziell allen Statuslagen, am kritischsten sind aber die mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen und Einkommen (Mau/Lux/Gülzau 2020, 334).

Auch qualitative Untersuchungen haben immer wieder das verletzte Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung zum Thema gemacht, nicht zuletzt in der Industriearbeiterschaft. Dabei handelt es sich um eine bereits länger verbreitete Auffassung, wie auch der Blick in Studien aus den letzten zehn Jahren zeigt – Patrick Sachweh etwa stellt dar, dass bereits in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren zwar die Regeln des Marktes (also die Orientierung an der sog. Leistungsgerechtigkeit) breit in der Bevölkerung akzeptiert wurden, zugleich aber »[...] wurden die realen Verhältnisse im Großen und Kleinen immer weniger als gerecht beurteilt.« (Sachweh 2010, 20).

Laut einer Untersuchung einer Forschergruppe aus Jena, die im Jahr 2013 veröffentlicht wurde, waren insbesondere unter Industriearbeiter*innen, deren wirtschaftliche Existenzgrundlage in den kommenden Jahren besonders stark durch die ökologische Modernisierung betroffen sein wird, Ungerechtigkeitsempfindungen weit verbreitet. Während das Unternehmen, in dem die Befragten arbeiteten, trotz durchaus vorhandener Kritik, eher positiv bewertet wurde, formulierten die befragten Arbeiter*innen eine

deutliche Gesellschaftskritik (Dörre u.a. 2013, 13). Die Gesellschaftskritik war geprägt durch die Wahrnehmung, die soziale Ungleichheit würde zunehmen (Dörre/Matuschek 2013, 43). Den gesellschaftlichen Reichtum sahen drei Viertel bis vier Fünftel der befragten produktionsnahen Arbeiter*innen als ungerecht verteilt an (ebd., 44). Das untergrub auch die Legitimität des Kapitalismus:

»Die Aussage ›Das heutige Wirtschaftssystem ist auf Dauer nicht überlebensfähig‹ halten zumindest relative Mehrheiten in West (54 %) und Ost (41 %) für unzutreffend. Auffällig ist der hohe Anteil der Befragten, die unentschieden sind (34 % West, 33 % Ost). Rechnet man diese Befragten hinzu, so summieren sich die Antworten, die keine eindeutige Positividentifikation mit dem kapitalistischen System beinhaltet, auf 88 % West und 74 % Ost.« (ebd.)

Zu ähnlichen Einschätzungen kamen auch Barbara Heil und Martin Kuhlmann aus Göttingen, die sich ebenfalls mit der Situation von Industriearbeiter*innen in eher großen Betrieben auseinandersetzten. In den untersuchten Belegschaften löse sich die Vorstellung, die sich zumindest in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft verbreitet hatte, der gesellschaftliche Wohlstand würde wachsen und auch für Arbeiter*innen würde es mehr Sicherheit und mehr Aufstiegschancen geben, eher auf. Die Wahrnehmung gestiegener Unsicherheit, einer ungleichen Einkommensverteilung und auch ungleicher Arbeitsbedingungen verbreite sich demnach – mit der Folge, dass Beschäftigte gleichermaßen verunsichert werden, als sich auch ihrer (relativ) privilegierten Situation bewusst sind (Heil/Kuhlmann 2016, 528)².

Aber sind diese Eindrücke nicht bereits veraltet? Eine jüngere Studie einer Forscher*innengruppe um den Soziologen Ulrich Brinkmann, die sich mit dem Gesellschaftsbewusstsein von Arbeiter*innen auseinandersetzte, die in der IG Metall organisiert sind, legt etwas anderes nahe. 90,4 Prozent der von ihnen befragten 255 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen stimmten demnach voll und ganz oder eher der Aussage zu »Die Reichen profitieren davon, dass die Armen ärmer werden.« 61,5 Prozent stimmten voll und ganz oder eher zu Angst davor zu haben, dass es kommenden Generationen schlechter gehen werde. Sorge, dass es ihnen selbst in Zukunft schlechter gehen könnte, hatten dagegen »nur« 46 Prozent der befragten IG Metall-Mitglieder (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 98). Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Unzufrieden waren die befragten Beschäftigten nicht nur mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Gerade in den qualitativen Interviews trat beträchtliches Arbeitsleid hervor, insbesondere Klagen über gestiegene Arbeitsbelastungen und Intensivierung von Arbeit (ebd., 163). Laut Autor*innengruppe verdichten sich die Kritiken. Es geht nicht lediglich um Unzufriedenheiten mit diesem oder jenem Problem, sondern die dargestellten Zustimmungswerte und Interviews stehen für »[...] ein erhebliches Unbehagen mit dem Kapitalismus« (ebd., 101), einem wesentlichen Teil der interviewten Beschäftigten

2 Bezüglich der Selbsteinschätzung als relativ privilegiert kamen Stefanie Hürtgen und Stephan Vosswinkel (Hürtgen/Vosswinkel 2014, 345) zu ähnlichen Ergebnissen.

seien Zweifel an der Legitimität des Kapitalismus und dessen Wohlstandsversprechen gekommen (ebd., 102).

Wohlgemerkt, im Mittelpunkt dieser qualitativen Studien standen eher mittlere Schichten der Arbeiter*innenklasse, jedenfalls überwiegend nicht die unteren Einkommensschichten. Für beide gilt: Die Wahrnehmung härterer Zeiten und auch großer Ungleichheiten, selbst die Vorstellung, der kommenden Generation könnte es schlechter gehen, bedeutet nicht, dass sich Befragte unisono selbst zu den Verlierern der Entwicklung zählen – das gilt gerade auch für die untersten Schichten (Mau 2022, 15).

5.1.3 Ein Unbehagen an der Politik

Zwischen den politisch Vertretenen und ihren Repräsentant*innen ist ein deutlicher Riss entstanden. Das ist ein weiterer wichtiger Trend auf dem Terrain der populären Anschauungen, dem es nachzugehen gilt. Das Vertrauen in die Zukunft, das legen zumindest die qualitativen Untersuchungen nahe, die sich mit Industriearbeiter*innen beschäftigen, ist erschüttert. Diese Erschütterungen wurzeln z. B. in dem so wahrgenommenen Wachstum der Ungleichheit und sozialer Unsicherheit, aber auch in Erfahrungen mit Verschlechterungen der eigenen betrieblichen Arbeitsbedingungen. Eine ökologische Transformation unserer Gesellschaft, insbesondere ihrer industriellen Basis, ist ein weiterer verunsichernder Umbruch, in dem diejenigen, die politische Verantwortung tragen, eine zentrale Rolle spielen. Wie nehmen Menschen in Deutschland also Politiker*innen, Parteien und den Staat wahr? Interessante Eindrücke bietet hier die oben bereits zitierte Studie »Einstellung und soziale Lage«. Sie deuten auf massive Legitimationsprobleme der Parteien hin:

»Die Politik gilt als nicht ausreichend responsiv und die Demokratie teils von Partikularinteressen untergraben. Den politischen Institutionen, allen voran den Parteien, wird wenig Vertrauen entgegengebracht und auch den Medien wird mit ausgeprägtem Misstrauen begegnet. Viele Bürger fühlen ihre Interessen zu wenig berücksichtigt, zudem beklagen sie, dass Arbeitnehmer zu wenig Mitsprache am Arbeitsplatz haben (Hilmer/Kohlrusch/Hilmer-Müller/Gagne 2017, 11).

In die politischen Parteien hatten 2017 nur 17 Prozent eher großes, aber 57 Prozent lediglich geringes Vertrauen. In die Medien hatten sogar nur 23 Prozent der Befragten eher großes Vertrauen, 53 Prozent gaben dagegen nur geringes. Diese Zahlen sprechen für ein enormes Unbehagen an der Politik und für ein ausgeprägtes Misstrauen denen gegenüber, die in der politischen Öffentlichkeit den Ton angeben (ebd., 21).

Die Befunde der Studie deuten auf einen Riss zwischen Vertretenden und Vertreter*innen hin, zumindest scheinen erhebliche Teile der Befragten das Vertrauen in Politiker*innen und Parteien verloren zu haben:

*Tabelle 15: Einschätzung zu Politiker*innen, Parteien und Politik*

Aussage	Zustimmung in Prozent
<i>Führende Politiker leben in ihrer eigenen Welt</i>	69
<i>Es ist egal, welche Partei man wählt</i>	56
<i>Die Wirtschaft hat zu großen Einfluss auf politische Entscheidungen</i>	60
<i>Parteienpolitik ist eine Fassade, hinter der andere Interessengruppen agieren</i>	57
<i>Die Bürger müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen</i>	68

Quelle: (ebd., 19)

Möglicherweise erklärt sich das starke »Unbehagen an der Politik« auch aus dem verbreiteten Eindruck, mächtige Interessengruppen würden eigentlich den Ton in der Politik angeben – die 60 Prozent, die meinen, die Wirtschaft habe einen zu großen Einfluss auf politischen Entscheidungen, legen das nahe. Das Gefühl, die Wirtschaft würde letztlich die Macht ausüben, der Eindruck eigener Machtlosigkeit, aber auch der Anspruch auf mehr Beteiligung, sind jedenfalls nicht erst seit kurzer Zeit weit verbreitet. Laut Wilhelm Heitmeyer stimmten bereits im Jahr 2003 47 Prozent der in einer Untersuchung Befragten voll und ganz, und 35,5 Prozent eher der Aussage zu, letztendlich entscheide »die Wirtschaft in unserem Land, nicht die Politik.«

Dass »Wähler mehr Einspruchsrechte haben sollten, damit Großkonzerne nicht alles machen können«, meinten damals »voll und ganz« rund 57 Prozent, »eher« rund 28 Prozent der Befragten (Heitmeyer 2020, 183–184). Auch dieses Unbehagen an der Politik bzw. dieser Riss zwischen politischen Vertreter*innen und den von ihnen Vertretenen wurde in qualitativen Studien zum Beschäftigtenbewusstsein rekonstruiert. In der Studie »Rechtspopulismus und Gewerkschaften«, in der vorwiegend mit Gewerkschafter*innen gesprochen wurde (ähnliche Befunde präsentieren Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 103f.), heißt es beispielsweise, dass sich in den Industriebelegschaften ein teils kritisch-oppositioneller, ein zum Teil resignativer Blick auf die politischen Eliten feststellen lässt. Demnach sahen wachende Teile der Befragten ihre Interessen durch die etablierten Parteien nicht vertreten. Sogar Staats- und nicht nur Politiker*innenkritik sei zu finden. Der Staat werde

»[...] nach einer drei Jahrzehnte umfassenden neokonservativneoliberalen Epoche als nicht mehr nur enteignete oder entfremdete, sondern vielfach feindliche Institution wahrgenommen: als der Staat ›der anderen‹.« (Sauer u.a. 2018, 196)

Der Staat als der Staat der anderen – an anderer Stelle der Studie heißt es dazu:

»Aus der Distanz zur Politik entwickelt sich eine Anti-Establishment-Haltung. Misstrauen in die überkommenen Strukturen demokratischer Willensbildung und ihrer Institutionen ist der Resonanzboden für diese Haltung. Sie findet ihren Ausdruck in ›einem wir hier unten‹ – der einfache, hart arbeitende Mann – gegen ›die da oben‹ – die

Eliten, die Politiker, die Medien (»Lügenpresse«) oder schlicht »das System«. In dieser Perspektive hat die Politik jeden Gestaltungsanspruch für die gesellschaftlichen Verhältnisse aufgegeben.« (ebd., 154f.)

Wie typisch solche zugespitzten Dagegen-Haltungen sind, muss offenbleiben. In der oben bereits zitierten Untersuchung »Solidarität und Skepsis« kommen Ulrich Brinkmann u.a. zu ähnlichen Befunden.

Anders lauten dagegen die Ergebnisse einer Studie zu Gesellschaftsbildern bei Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall, die am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen durchgeführt wurde. Martin Kuhlmann u.a. unterstreichen, dass dichotomische Gesellschaftsvorstellungen, denen zur Folge ein Oben gegen ein Unten kämpft, an Bedeutung verloren haben. Zwar stimmen 64 Prozent der von ihnen telefonisch Befragten zu, der zukünftigen Generation werde es schlechter gehen; 75 Prozent meinten, in unserer Gesellschaft zählten nur noch Zahlen, nicht Menschen; und 68 Prozent fanden, große Unternehmen seien so mächtig, dass ihnen mit demokratischen Mitteln nicht mehr beizukommen sei. Aber das dominierende Gesellschaftsbild sei eher »equilibrisch« (es kombiniert sich aber mit anderen, unter anderem auch dichotomischen Bildern), die Gesellschaft erscheint darin eher als ständig ausgehandeltes Miteinander – und damit logisch als gestaltbar, abhängig von der Durchsetzungsfähigkeit verschiedener Gruppen. Auch wenn sich in der Gruppe der befragten Ehrenamtlichen mitunter durchaus ausgeprägte dichotomische Gesellschaftsbilder mit klar erkennbarer Gegnerschaft finden (Kuhlmann/Prekodravac/Rüb/Vogel 2022b), sehen sie sich in diesem Zusammenhang weniger als Teil eines gegen das Oben kämpfenden Unten, sondern einer »integrierten Mitte« (dies. 2022, 8).

Einen politisch interessanten Widerspruch scheint es hinsichtlich der Einschätzung der Sinnhaftigkeit politischen Engagements und der eigenen Handlungsmacht zu geben. Oben habe ich erwähnt, dass im Jahr 2017 68 Prozent der in einer Studie Befragten der Aussage zugestimmt haben, die »Bürger*innen müssten die Dinge selber in die Hand« nehmen. Gleichzeitig wurde in anderen Studien aber auf ein ausgeprägtes Ohnmachts- und Resignationsgefühl hingewiesen. In der Leipziger Autoritarismusstudie stimmten immerhin 74,5 Prozent der Befragten der Aussage zu »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut«: Im Osten meinten das rund 81 Prozent, in Westdeutschland etwa 73 Prozent. Ließe sich das noch als Grund dafür interpretieren, weshalb eine Mehrheit meint, die Bürger*innen müssten »die Dinge selbst in die Hand nehmen«, widerspricht dem, dass immerhin 66 Prozent der Befragten glaubten, politisches Engagement sei sinnlos. In Ostdeutschland waren es fast Dreiviertel der Befragten, die das im Jahr 2022 so sahen (Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler 2022, 66–67).

Eine Abwendung von »der Politik« hat insbesondere für linke und mittelinke Parteien schwerwiegende Folgen. Die Unterstützung ihrer sozial- und verteilungspolitischen Agenda ist in den unteren sozialen Schichten am größten. Gerade aber in den unteren Einkommensschichten ist die Wahrscheinlichkeit an einer Wahl teilzunehmen in den vergangenen Jahrzehnten gesunken. Anfang der 1980er Jahre lag diese »Wahlwahrscheinlichkeit« noch in allen Einkommensgruppen bei rund 90 Prozent. Im obersten Einkommensdrittel ist diese Wahrscheinlichkeit lediglich geringfügig bis 2013 gesunken, in der

mittleren sank sie in knapp 30 Jahren um über 10 Prozentpunkte – im unteren Drittel stürzte sie zwischen 1983 und 2013 geradezu um 20 Prozentpunkte ab (Elsässer/Schäfer 2017). Mit Blick auf die westdeutsche Großstadt Frankfurt haben Armin Schäfer und Sigrid Roßteutscher dies auch mit Blick auf verschiedene Stadtteile herausgearbeitet. Bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 war die Beteiligung gerade in den Vierteln am geringsten, in denen Armut und Arbeitslosigkeit am höchsten gewesen sind (Roßteutscher/Schäfer 2016, 474). Die nach sozialen Schichten ungleiche Wahlbeteiligung zeigte sich auch bei der Bundestagswahl 2017. Damals, so Floris Biskamp, haben fast 40 Prozent der Dienstleistungsbeschäftigten (gemeint sind Berufe wie Hilfspfleger*innen, Verkäufer*innen etc.) nicht gewählt, etwas mehr als 40 Prozent der Produktionsarbeiter nahmen nicht an der Wahl teil. Zum Vergleich: Nur 10–15 Prozent der sog. sozio-kulturellen und technischen Expert*innen (z.B. Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen oder Ingenieure) gingen nicht wählen (Biskamp 2020, 3).

Dass aus dem Unbehagen an der Demokratie, aus dem Riss zwischen politischen Repräsentant*innen und Repräsentierten keine Demokratiefeindlichkeit folgen muss, ist richtig. Eine autoritäre und demokratiefeindliche Unterströmung unter denen, die mit dem politischen Establishment unzufrieden sind, scheint es aber zu geben. Laut Leipziger Autoritarismusstudie, die ich oben bereits zitiert habe, stimmten 2022 tatsächlich lediglich 4,9 Prozent der Befragten zu, unter »Umständen könnte eine Diktatur die bessere Staatsform« sein – allerdings antworteten ganze 11,4 Prozent mit »teils/teils. Dass Deutschland einen starken Führer haben sollte, der »zum Wohle aller« das Land mit »harter Hand regiert«, fanden etwa 7 Prozent – fast 15 Prozent konnten mit dieser Aussage aber teilweise etwas anfangen (Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler 2022, 38). Diese antidemokratischen Potenziale jedenfalls sollten nicht unterschätzt werden. Sie sind ein wichtiges Reservoir für das antiökologische Projekt des autoritären Nationalradikalismus.

5.1.4 Zwischen (sozialen) Sorgen und Fremdenfeindlichkeit

Ein wichtiger Trend auf dem Feld der populären Anschauungen ist die Neigung zur exklusiven Solidarität. Exklusive Solidarität ist eine (interessen-)politische Orientierung, bei der sich Solidarempfindungen ausschließlich auf einen Ausschnitt der Bevölkerung beziehen, während andere ausgeschlossen und abgewertet werden (Zeuner/Gester/Fichter/Kreis/Stöss 2007, 94f.; Meier 2010, 196–198). Besonders wichtig ist die Abneigung gegen Fremde (Fremde verstehe ich hier als Catch-it-all-Begriff für Menschen, die von Rechten oder Rechtsaffinen als ausländisch betrachtet werden). Relevant ist sie, weil sie erstens die Potenziale gesellschaftlicher Sozialstaatsallianzen direkt beeinflussen, also eine wichtige politisierte Spaltungslinie darstellt. Und sie ist zweitens von Bedeutung, weil sie die Umrisse der Solidargemeinschaft markiert, die von Menschen, die sich von »Fremden« abgrenzen und diese möglicherweise abwerten, für den legitimen Bezugs- und Ausgangspunkt der Wohlfahrtsstaatspolitik gehalten wird.

Quantitative Befunde zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit in Deutschland weit verbreitet ist. Laut Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit und Peter Sitzler stimmten im Jahr

2018/19 rund 19 Prozent der Deutschen fremdenfeindlichen Aussagen zu, in rechtsextremer Ausprägung waren es »nur« 8,9 Prozent (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, 92). Fremdenfeindlichkeit (und Rassismus) ist ein wichtiger Bestandteil rechter und rechtsextremer Einstellungen bzw. Weltbilder. Sie bietet rechten politischen Projekte wichtige Anknüpfungspunkte. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Geschlossene rechtsextreme Weltbilder, so Matthias Quent, haben auch in den letzten knapp 20 Jahren in der Gesamtbevölkerung an Bedeutung verloren, zwischen 2002 bis z.B. 2012 halbierte sich der Anteil fast von etwas mehr als 11 auf 6 Prozent der Bevölkerung (Quent 2019, 168).

Aber nicht alle Fremdenfeinde sind auch Rechtsextreme. Manchmal wird argumentiert, hinter Fremdenfeindlichkeit oder »Geflüchtetenablehnung« stünde nicht eigentlich eine Abneigung gegen Ausländer*innen, sondern die Angst vor der Konkurrenz um knappe staatliche Gelder/Dienstleistungen und verschärften Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Diese Interpretation kann sich auf entsprechende Sorgen stützen, die Befragte regelmäßig äußern. 2013, also vor dem »Sommer der Migration« 2015, der Asyl- und Migrationspolitik für einige Jahre zu einem der dominanten bundespolitischen Themen machen sollte, meinten 20 Prozent der in einer Studie Befragten, Einwanderer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen – und 35 Prozent waren überzeugt, dass Zuwanderung die Löhne der Einheimischen senken würde (Kraus/Preisendörfer 2013, 62). In der oben bereits zitierten Studie »Einstellung und soziale Lebenslage«, deren Daten Anfang 2017 und damit mitten in der hitzigen politischen Auseinandersetzung über Flucht und Integration erhoben wurden, wünschten sich 54 Prozent der Befragten eine Beschränkung der Zuwanderung. Ebenfalls 54 Prozent waren der Ansicht, das müsse sein, um die Sozialsysteme zu schützen (Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné 2017, 22–23) – 44 Prozent glaubten, Ausländer würden gegenüber Deutschen bevorzugt (ebd., 25).

Unterstreichen will ich: Das Plädoyer für eine Beschränkung der Zuwanderung kann, muss aber nicht mit einer feindseligen oder abwertenden Haltung Migrant*innen gegenüber verbunden sein. Hinsichtlich der Haltung gegenüber Innen-Außen-Ungleichheiten unterscheiden sich die Haltungen innerhalb der verschiedenen Bildungs- und Einkommensschichten relativ deutlich. Eine ungleiche Behandlung von Deutschen und Nicht-Deutschen befürworten laut Stefan Mau, Thomas Lux und Fabian Gülzau, die SOEP-Daten aus dem Jahr 2017 analysiert haben, eher Haupt- und Realschüler sowie Menschen aus dem untersten Einkommensdrittel, während (Fach-)Abiturient*innen und Angehörige des oberen Einkommensdrittel dem eher kritisch gegenüberstehen – Angehörige der mittleren Einkommensgruppe bewegen sich gewissermaßen dazwischen. Auf einer Skala, auf der 0–3,9 affirmativ und 4,1 bis 7 kritisch bedeuten, ist diese Gruppe im Mittelwert bei 4 positioniert – Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss allerdings auch eher nahe an dieser Mitte und nicht am Pol 0 oder 1 (Mau/Lux/Gülzau 2020, 334)³.

3 Von einer affirmativen oder kritischen Haltung gegenüber der Innen-Außen-Ungleichheit wurde in Abhängigkeit davon gesprochen, ob den Aussagen »Heutzutage gibt es in Deutschland zu viele Ausländer« und »Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die legal nach Deutschland

Auch kulturelle bzw. identitäre Vorbehalte und Abneigungen gegenüber Migrant*innen sind in der deutschen Bevölkerung stark verbreitet. Laut dem bereits zitierten Beitrag von Kraus und Preisendörfer stimmten 44 Prozent der Befragten der Aussage zu, aufgrund der Zuwanderung fühle man sich fremd im eigenen Land (ebd., 25), 27 Prozent fanden es besser, verschiedene Völker der Erde würden sich nicht vermischen, 31 Prozent lehnten es ab, dass Zugewanderte dieselben Rechte haben sollten wie die Einheimischen (ebd., 24–25). Ähnliche Trends zeichnet auch die Leipziger Autoritarismusstudie aus dem Jahr 2022 nach. Der Aussage, »Ausländer kommen nur her, um unseren Sozialstaat auszunutzen« stimmten insgesamt 27,4 Prozent zu, in Westdeutschland waren es 21,5 Prozent, in Ostdeutschland sogar mit 49 Prozent fast die Hälfte der Befragten. Dass die Bundesrepublik durch »die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet« sei fanden 20,7 Prozent der Befragten, 37,9 Prozent im Osten und 16 Prozent im Westen (Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler 2022, 38–39). 2018 meinten fast 56 Prozent der Befragten, sie würden sich aufgrund zu vieler Muslime in Deutschland fremd fühlen (Decker/Kiess/Schuler/Handke/Brähler 2018, 65). In der folgenden Tabelle habe ich die bisherigen Eindrücke unter den beiden Kategorien »soziale Bedrohung« und »identitäre Bedrohung« zusammengefasst:

Tabelle 16: Fremdenfeindliche Haltungen (in Prozent)

Datenerhebung	Soziale Bedrohung	Identitäre Bedrohung
2013	20 + 25	30
2017	54	44 + 27
2022	27	20

Quelle: (Kraus/Preisendörfer 2013; Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné 2017; Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler 2022)

Matthias Quent hat darauf hingewiesen, dass rechte und rechtsextreme Einstellungen (von denen Fremdenfeindlichkeit lediglich ein Bestandteil ist) mitnichten vor allem ein Problem von Menschen ist, die sozial abgehängt wurden:

»Die Annahme ignoriert die Lebenswirklichkeit der vielen relativ armen Menschen, die nicht rechtsradikal sind. Und sie ignoriert das rechtsradikale Potenzial in höheren Statuslagen. Auch Professoren und Unternehmer können nach rechts driften.« (Quent 2019, 158)

Auch Wilhelm Heitmeyer schlussfolgert auf der Grundlage mehrjähriger umfangreicher quantitativer Umfragen, dass sich derartige gruppenbezogen-menschenfeindliche Einstellungen über alle sozialen Schichten und Milieus hinweg finden.

gekommen sind, sollten die gleichen Sozialleistungen erhalten wie deutsche Staatsangehörige« eher zugestimmt wurde oder nicht (Mau/Lux/Gülzau 2020, 342).

»Ohne Probleme lassen sich sozialpolitisch linke Vorstellungen mit gesellschafts- und ordnungspolitisch illiberalen, also rechten Einstellungen kombinieren, auch Gewerkschaftsmilieus etwa sind keineswegs gegen den neuen Autoritarismus gefeit.« (Heitmeyer 2020, 165)

Wenngleich also eine Ableitung aus der sozialen Lage unmöglich ist, lässt sich doch festhalten: Desintegrationsprozesse, etwa Prekarisierung oder Arbeitslosigkeit, können fremdenfeindliche Neigungen nähren. Derartige Erfahrungen können Orientierungslosigkeit stärken. Damit ist zum einen eine tiefere Verunsicherung gemeint, zum anderen aber auch die Hoffnungslosigkeit, man selbst könne politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen nicht beeinflussen (ebd., 167), neben Verunsicherung also Ohnmacht. Menschen, die in diesem Sinne orientierungslos sind, neigen stärker zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (ebd., 168). Auf derartige Zusammenhänge wurde auch in der Prekarisierungsforschung mehrfach hingewiesen (Mansel/Spaisel 2010, 67).

Eine lineare Herleitung von ausgrenzend-fremdenfeindlichen Haltungen aus sozialen Erfahrungen ist nicht möglich, so ein breiter Konsens in diesem Forschungsbereich. Und auch, wie Heitmeyer bereits andeutet, eine sozialdemokratische oder gewerkschaftliche verteilungspolitische Haltung schützt nicht. Ulrich Brinkmann u.a. haben – bereits 2007 – darauf hingewiesen, dass gerade aus dem Zusammenstoß eines derartigen »Sozialstaatsbewusstseins« mit den Anforderungen und Zumutungen des flexiblen Kapitalismus eine Art reaktiven Nationalismus befördern könnte (Brinkmann/Dörre/Röbenack 2006, 76).

5.1.5 Klimapolitische Dringlichkeit und Skepsis

Und die Ökologie? Ein weiterer wichtiger Trend auf dem Terrain der populären Anschauungen ist die Herausbildung eines »Klimabewusstseins«. Sorgen um Umwelt und Klima treiben – schichtübergreifend – die deutliche Mehrheit der Menschen im Land an (Mau 2022, 14–15). Hierzu einige Umfrageergebnisse: Jörg Hartmann und Peter Preisendörfer haben Daten verglichen, die zwischen 1984 und 2019 erhoben wurden. Die Frage, die über die Jahre hinweg immer wieder beantwortet wurde, lautete »Machen Sie sich Sorgen um den Schutz der Umwelt?« Bejahten Befragte das, wurde ihnen ein hohes Umweltbewusstsein zugeschrieben. Ihr erster Befund lautet, dass das Umweltbewusstsein – vermutlich vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 – 1989 besonders ausgeprägt war, 62 Prozent der Befragten machten sich Sorgen. In den 1990er Jahren verlor die Umweltproblematik demnach an Bedeutung, um dann in den Jahren nach 2000 wieder zuzunehmen. Zwischen 2010 und 2018 machten sich demnach 26 und 34 Prozent, im Jahr 2019 dann 46 Prozent der Befragten Sorgen um die Umwelt (Hartmann/Preisendörfer 2021, 325–326).

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man die Frage stellt, ob Menschen sich Sorgen um den Klimawandel machen. Laut einer Studie, in der u.a. repräsentative Daten aus dem Dezember 2018 und Januar 2019 ausgewertet wurden, machten sich rund zwei Dritte der Wahlbevölkerung große oder sehr große Sorgen um den Klimawandel (Fulda/

Hövermann 2020, 10)⁴. Umweltbewusst sind heute nicht mehr nur in erster Linie Besserverdienende und Höherqualifizierte. 1984, so Hartmann und Preisendörfer, konnte man noch sagen, dass Abiturient*innen ein deutlich höheres Umweltbewusstsein besaßen als Menschen, die einen niedrigen oder mittleren Bildungsabschluss hatten. Heute stimmt das so nicht mehr. Noch 1996 hatten Menschen mit höheren Einkommen auch noch ein etwas höheres Umweltbewusstsein als Angehörige der mittleren und unteren Einkommensgruppe – 2016 dagegen machten sich sogar mehr Angehörige des unteren Einkommensdrittels Sorgen um die Umwelt als Angehörige aus dem oberen oder mittleren Drittel (Hartmann/Preisendörfer 2021, 229). Auch hier ergibt sich ein ähnliches, aber doch etwas abweichendes Bild, wenn man nach Sorgen um den Klimawandel fragt:

Tabelle 17: Klimasorgen: Prozentuale Anteile nach Einkommensschichten

	Bis 1000	1000–1999	2000–2999	3000–3999	4000–4999	5000–5999
(Sehr) Große Sorgen	53	61	61	65	61	72

Quelle: (Fulda/Hövermann 2020, 21)

Wenn man betrachtet, wie die Frage von unterschiedlichen Bildungsschichten beantwortet wurde, zeigt sich eine ähnliche Tendenz. Rund 50 Prozent der befragten An- und Ungelernten machten sich große oder sehr große Sorgen – bei denen mit Hochschulausbildung bzw. mit einem akademischen Beruf waren es etwa 69 Prozent. Unter den Befragten, die eine höhere Fachausbildung hatten, machten sich rund 58 Prozent, unter denen mit einer Fachausbildung etwa 60 Prozent große oder sehr große Sorgen um den Klimawandel – unter den Selbständigen waren es knapp 61 Prozent (Fulda/Hövermann 2020, 30). Die Autor*innen der Untersuchung haben auch Einstellungen zu anderen politischen Ereignissen bzw. Entwicklungen betrachtet und sind dabei auf einen interessanten Zusammenhang gestoßen: Wer sich um den Klimawandel sorgt, sorgt sich auch am ehesten um die Entwicklung der sozialen Ungleichheit, um das Wohlergehen von Geflüchteten und die Rechte von Minderheiten (dies., 25). Kritische bzw. sorgend-emphatische Haltungen zu zentralen politischen Fragen unserer Zeit scheinen also miteinander zusammenzuhängen.

Über die Wahrnehmung von Klima- und Umweltproblemen, die Bedeutung einer intakten Natur für die Menschen, aber auch über Ursachenbeschreibungen, die in der Bevölkerung verbreitet sind, informiert die Studienreihe Naturbewusstsein, deren Ergebnisse alle zwei Jahre veröffentlicht werden (BMVU 2023)⁵. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Meinung darüber was sich wie verändern müsste, um Klima und

4 Die Datenbasis der Befunde, auf die ich hier eingehe, besteht aus 2680 Telefoninterviews, die im Dezember 2018 und im Januar 2019 geführt wurden. Befragt wurden wahlberechtigte Personen ab 18 Jahren (Fulda/Hövermann 2020, 10).

5 Befragt wurden zwischen Oktober und November 2021 2410 Personen (BMVU 2023, 21).

Umwelt zu schützen. Immerhin 60 Prozent der Befragten stimmten der Aussage völlig (27 Prozent) oder eher zu (33 Prozent), dass es einen umfassenden Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweise in Deutschland bräuchte. Lediglich 10 Prozent widersprachen dem (ebd., 67). Diese Zustimmungswerte passen zu den weiteren Meinungen zum Zustand »der« Natur und der Bedeutung des Klima- und Naturschutzes. Den Teilnehmer*innen wurde beispielsweise die Frage gestellt für wie stabil bzw. instabil sie die Lage in wichtigen ökologischen Bereichen einschätzen. 33 Prozent der Befragten meinten, die Situation des Klimasystems sei sehr bedenklich und instabil, 34 Prozent hielten die Lage für eher bedenklich (zusammen: 67 Prozent). Den Zustand der Meere schätzten 36 Prozent als sehr und 35 Prozent als eher bedenklich ein, hinsichtlich der Entwicklung der Lebensräume und der Artenvielfalt waren es 26 Prozent (sehr instabil und bedenklich) bzw. 35 Prozent (ebd., 29). Die Zustimmungswerte unterschieden sich allerdings je nach Höhe der Bildungsabschlüsse und des verfügbaren Einkommens – wenngleich diese Unterschiede m.E. nicht gravierend ausfallen:

Tabelle 18: Umweltsorgen: Sehr/eher bedenklich ist die Situation der/des... (in Prozent)

	Bildung			Haushaltsnettoeinkommens			
	Niedrig	Mittel	Hoch	Bis 999	1000–1999	2000–3499	3500+
Meere	65	75	75	69	71	69	76
Klima	64	69	70	65	65	66	71
Lebensräume	69	69	67	63	63	65	69

Quelle: (ebd., 30–31)

Interessant ist vor diesem Hintergrund auch, welche Politikfelder die Befragten am wichtigsten fanden. Jede/r Befragte konnten drei Bereiche aus einer Reihe von Vorschlägen auswählen. Die beiden wichtigsten Probleme, die genannt wurden, lauteten über alle Einkommensschichten hinweg »Natur-, Umwelt- und Klimaschutz« sowie »Armut und soziale Gerechtigkeit«. Allerdings unterschieden sich die Anteile der Einkommensschichten, die diese Probleme wahrnahmen, teilweise beträchtlich.

Die erfasste Einkommensschichtung ist leider nach oben nicht sehr detailliert. In den beiden untersten Einkommensschichten halten mit 52 Prozent (bis 999 Euro Einkommen) und 54 Prozent (1000–1999 Euro) aber immer noch eine knappe Mehrheit Klima-, Umwelt- und Naturschutz für das wichtigste Handlungsfeld. Je höher das Einkommen, desto höher die Zustimmung. Nimmt man die Bildungsschichtung in den Blick, dann sind die Unterschiede zwischen oben und unten deutlich ausgeprägter. Aber auch bei denen, die einen niedrigen Bildungsabschluss haben, landet der Klima-, Umwelt- und Naturschutz auf Platz 1 – mit 49 Prozent, knapp gefolgt von Armut und Gerechtigkeit (46 Prozent) und Rente (43 Prozent).

Tabelle 19: Rangfolge wichtiger Politikfelder nach Bildungsabschlüssen und Einkommen (in Klammern: Prozentangaben)

Bildung		Haushaltsnettoeinkommen					
		Mittel	Hoch	bis 999	1000–1999	2000–3499	3500+
	Niedrig	Klima und Natur (60 %)	Klima und Natur (62 %)	Armut und Gerechtigkeit (57 %)	Klima und Natur (54 %)	Klima und Natur (57 %)	Klima und Natur (63 %)
1	Klima und Natur (49 %)	Klima und Natur (60 %)	Klima und Natur (62 %)	Armut und Gerechtigkeit (57 %)	Klima und Natur (54 %)	Klima und Natur (57 %)	Klima und Natur (63 %)
2	Armut und Gerechtigkeit (46 %)	Armut und Gerechtigkeit (41 %)	Armut und Gerechtigkeit (41 %)	Klima und Natur (52 %)	Armut und Gerechtigkeit (46 %)	Armut und Gerechtigkeit (42 %)	Armut und Gerechtigkeit (36 %)
3	Rente (43 %)	Gesundheit (39 %)	Gesundheit (33 %)	Gesundheit (36 %)	Gesundheit (39 %)	Gesundheit (37 %)	Gesundheit (34 %)
4	Gesundheit (39 %)	Rente (29 %)	Bildung (33 %)	Rente (35 %)	Rente (37 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (30 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (31 %)
5	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (31 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (28 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (28 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (21 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (27 %)	Rente (28 %)	Bildung (31 %)
6	Kriminalität (25 %)	Kriminalität (24 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (25 %)	Bildung (20 %)	Kriminalität und innere Sicherheit (25 %)	Bildung (25 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (25 %)
7	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (21 %)	Bildung (23 %)	Kriminalität (22 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (20 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (21 %)	Kriminalität und innere Sicherheit (24 %)	Kriminalität und innere Sicherheit (23 %)
8	Bildung (18 %)	Wirtschaft (23 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (21 %)	Kriminalität und innere Sicherheit (18 %)	Bildung (20 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (24 %)	Rente (22 %)
9	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (13 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (17 %)	Rente (18 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (13 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (16 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (17 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (19 %)
10	Geschlechtergleichstellung (5 %)	Geschlechtergleichstellung (7 %)	Geschlechtergleichstellung (8 %)	Geschlechtergleichstellung (7 %)	Geschlechtergleichstellung (5 %)	Geschlechtergleichstellung (7 %)	Geschlechtergleichstellung (8 %)

Quelle: (ebd., 60)

Innerhalb der gesellschaftspolitischen Diskussion über den notwendigen Klimaschutz wird für gewöhnlich auf ein mögliches Spannungs- und Widerspruchsverhältnis zwischen dem Wunsch nach Klimaschutz und einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen, also dem Interesse an möglichst hohem Wachstum. Auch diesbezüglich sind die Befunde aus dem Bundesumweltministerium aufschlussreich. Der Aussage »Die Natur darf der wirtschaftlichen Entwicklung nicht im Weg stehen« stimmten nur 7 Prozent voll und ganz sowie 26 Prozent eher zu. 35 Prozent meinten hingegen, dies stimme eher nicht, 26 Prozent fanden, es stimme überhaupt nicht (ebd., 66). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Zustimmung zu dieser Aussage bei Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss deutlich höher war als bei den anderen. Dass die Natur kein Hindernis sein dürfte fanden immerhin 41 Prozent derjenigen mit niedrigem Bildungsabschluss, aber nur 33 Prozent derjenigen mit mittleren und 27 derjenigen mit einem hohen Abschluss (ebd., 65).

Interessante Eindrücke von Klimabewusstsein bietet auch eine repräsentative Studie aus der Hans-Böckler-Stiftung, in der zwischen November 2020 und Januar 2021 2956 Erwerbstätige (ohne Erwerbslose also) nach ihrer Meinung zu Klimawandel und Klimaschutzpolitik befragt wurden (Hövermann/Kohlrausch/Voss 2021). 65 Prozent der Befragten machten sich demnach große, 35 Prozent dagegen geringe Sorgen um den Klimawandel. Der Aussage, dass diejenigen, die viel haben, auch am meisten zur Bewältigung der Klimakrise beitragen sollten, stimmten 59 Prozent zu, während 16 Prozent dem widersprachen – ein wichtiger Befund, denn die Frage, wer eigentlich die Kosten des gesellschaftlichen Umbaus tragen sollte, gehört zu den zentralen der politischen Auseinandersetzung, und dürfte schon aufgrund der verbreiteten Ungerechtigkeitswahrnehmungen, von denen oben die Rede war, einige Brisanz haben. Eine Verbindung zwischen Klimakrise und dem zukünftigen Miteinander in Deutschland sah ebenfalls eine Mehrheit der Befragten. Immerhin 61 Prozent glaubten, dass der Zusammenhalt in Deutschland bedroht wird, wenn nicht mehr Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden, lediglich 20 Prozent widersprachen – teils/teils antworteten 19 Prozent. Und immerhin 77 Prozent waren der Meinung, es müsse deutlich mehr gegen den Klimawandel getan werden.

Auch in dieser Studie wurde der potenzielle Widerspruch thematisiert, der zwischen dem Interesse an wirksamen Klimaschutz und dem Interesse an einer prosperierenden Wirtschaft bestehen könnte, die immerhin den eigenen Lebensunterhalt sichert. Hierzu finden sich zwei interessante Schlaglichter, wenngleich in diesem Zusammenhang nicht die eigene Bereitschaft zum Verzicht abgefragt wurde. Dass man den wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland riskiere, wenn man »jetzt alles wegen des Klimawandels auf den Prüfstand« stellt, sahen immerhin 31 Prozent der befragten Erwerbstätigen so, 43 Prozent glaubten das hingegen nicht. Hierzu sind die Meinungen deutlich polarisierter – ein Viertel der Befragten ist unentschieden. Und: Der Aussage, der Umweltschutz sollte für Deutschland auch dann Vorrang haben, wenn er das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt, fanden immerhin 58 Prozent – nur 17 Prozent widersprachen (ebd., 13). Die bis hierhin diskutierten Befunde zeigen: Der Klimawandel wird von einer Mehrheit als wichtiges Problem betrachtet und – zumindest so lange kein direkter Bezug zur eigenen wirtschaftlichen Situation hergestellt wird – wirtschaftliche Prosperität wird auch

nicht als per se wichtiger betrachtet als die Bearbeitung der Klimakrise. Dass sich eine Mehrheit der Befragten mehr Klimaschutzmaßnahmen wünscht und Menschen, die wohlhabender sind, dafür stärker aufkommen sollen, wird ebenfalls deutlich.

Allerdings verraten uns diese Befunde nicht, welche Art der Klimaschutzpolitik gewünscht wird, wenn sie denn gewünscht wird, oder nichts darüber, warum Skeptiker*innen skeptisch sind. Mit Blick auf den letzten Punkt ist besonders interessant, wie Beschäftigte auf die bereits laufenden ökologischen Umbaumaßnahmen reagierten, deren Existenz direkt vom industriell-fossilen Komplex abhängen. Einen ersten Einblick bieten Befunde des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen aus einer Telefonbefragung von Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Industriebetrieben.

Tabelle 20: Meinungen zu Klimaschutzpolitik bei Ehrenamtlichen der IGM

	Ja	Teils/ Teils	Nein
Ökologie sollte ein wichtiges Thema für Gewerkschaften sein	67	23	10
Den Klimawandel zu stoppen, hat oberste Priorität	64	26	10
Zukünftigen Generationen wird es schlechter gehen als meiner	65	23	12

Quelle: (Kuhlmann/Prekodravac//Rüb/Vogel 2022c, 22)

Mehrheitlich sehen auch ehrenamtlich aktive Gewerkschafter*innen aus dem Kernbereich des industriell-fossilen Kapitalismus die Notwendigkeit der Klimapolitik. Allerdings bewegen sie gleichzeitig Sorgen vor dem Wohlstandsverlust zukünftiger Generationen (ebd., 22). Ähnlich fallen auch die qualitativen Befunde eines anderen Göttinger Forscherteams aus. Auf der Grundlage von 9 intensiven Interviews und einer Gruppendiskussion mit Beschäftigten der Automobilindustrie sind Knut Tullius und Harald Wolf auf ausgeprägte Transformationssorgen gestoßen. Genährt wurden sie auch aus schlechten Assoziationen mit Restrukturierungen, an denen es der Branche in den vergangenen Jahrzehnten wirklich nicht mangelte (Tullius/Wolf 2022, 82). Zwar halten auch die interviewten Autobeschäftigten eine »grüne Wende« der Industrie für unvermeidlich, gerade auch angesichts des Klimawandels (ebd., 83). Dennoch stößt der laufende Umbau auf Skepsis. Dafür ist die Angst vor zukünftiger Arbeitslosigkeit sicherlich ein wichtiger Grund – nicht weniger wichtig sind aber bereits gemachte Erfahrungen mit der Undurchschaubarkeit früherer Transformationen in der Branche und in den eigenen Unternehmen. Diese wurden von anderen gemacht, andere waren Subjekt der Geschichte, sie selbst nahmen sich eher als Objekte wahr, blieben passiv. Deshalb waren diese Erfahrungen von Gefühlen der Ohnmacht und Einflusslosigkeit geprägt (ebd., 82). Die laufenden Umbauprozesse in der Branche, etwa die Wende zur E-Mobilität, lassen diese Erfahrungen wach werden. Das macht die Befragten zwar nicht zu Gegnern der ökologischen Transformation, man kann sich gut vorstellen, dass sie in den oben zitier-

ten Umfragen für Klimaschutz plädiert hätten. Der konkreten Transformation, wie sie erleben, begegnen sie aber mit deutlicher Skepsis.

Auf ähnliche Reaktionen sind auch Jörn Boewe und Johannes Schulten (Boewe/Schulten 2021) gestoßen. Zugespitzt: Die etwa 40 von ihnen interviewten aktiven Gewerkschafter*innen aus der Automobilindustrie identifizierten sich in geringerem Maße mit »ihrem« Unternehmen als in der Vergangenheit – etwas, was nach eigenem Bekunden auch für das eigene Umfeld zutreffe. Auch Boewe und Schulten weisen auf eine grundsätzliche Offenheit für ökologische Branchenpolitik hin. Aber weder wird dem Management zugetraut gute Entscheidungen für die Belegschaften zu treffen, noch Parteien eine gute Verkehrswendepolitik zu machen, die den ökologischen Umbau der Automobilindustrie aber begleiten müsste. Die Offenheit für eine ökologische Wende trifft unter anderem deshalb auf erhebliche Vorbehalte gegenüber dem, was tatsächlich passiert (ebd., 15f.; ebd., 67–74).

Ähnliche Eindrücke vermittelt eine Studie, die sich mit den Stimmungen in vier strukturschwachen Regionen (im Osten, Nordosten, Westen und Südwesten der Bundesrepublik) widmet (Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022, 10). 217 Menschen wurden im Frühsommer 2021 mit Hilfe von Kurzinterviews um ihre Meinung gefragt, etwa danach, was die größten Probleme im Land seien. 28,6 Prozent der Befragten meinten, dass soziale Probleme die größten Herausforderungen der Zukunft seien, 27,6 Prozent nannten den Umwelt- und Klimaschutz, 22,1 Prozent die wirtschaftliche Zukunft des Landes (ebd., 13). M.E. ist das ein bemerkenswertes Ergebnis für eine Befragung in einer strukturschwachen Region. Wie die Autor*innen hervorheben, dominieren im Alltag der Menschen aber nicht Klimasorgen, sondern – m.E. naheliegend – die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Probleme, die aus schwierigen Strukturwandelhistorien entstanden sind, etwa sterbende Innenstädte oder ein Mangel an guten Jobs. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Blick auf die ökologische Transformation sorgenvoll war, weil er von eher negativen Erfahrungen mit den Umbrüchen in den eigenen Regionen geprägt ist. Von einer manifesten Angst vor den materiellen Folgekosten der Klimaschutzpolitik ist die Rede (ebd., 14). Und auch diese Studie macht den Vertrauensverlust in die Politik deutlich. Rund die Hälfte der Befragten sieht sich nicht vertreten, die Autor*innen spitzen eine verbreitete Stimmung mit »die da oben sind unfähig« zu (ebd., 18f.).

5.2 Die Sicht von Automobilbeschäftigten, Krankenpfleger*innen und Busfahrer*innen

Das Terrain der populären Anschauungen ist durch eine Reihe von Trends gekennzeichnet, die auf Veränderungsansprüche hinweisen könnten (siehe Kap. 5.1): Die soziale Ungleichheit wird kritisch betrachtet, die Gesellschaft von größeren Teilen der Bevölkerung als ungerecht wahrgenommen – tendenziell von den unteren Einkommensschichten mehr als von den oberen. Der Wohlfahrtsstaat wird auch vor diesem Hintergrund gewertschätzt, aber unterschiedliche Reformvorschläge werden in unterschiedlichem Maße unterstützt: Investitionen in Bildung und Kinderbetreuungsplätze sind schichtübergreifend beliebt, mehr Unterstützung für Erwerbslose ist dahingegen zwar mehrheits-

fähig, zugleich aber auch am umstrittensten – gerade für das links-ökologische Projekt ist das relevant, das auf dekommodifizierende Politik setzt. Enttäuscht von »der Politik« sind viele, ein Riss zwischen Repräsentierten und Repräsentanten wird deutlich. Ein »Unbehagen an der Politik« zeichnet sich ab, das auch in Klassenerfahrungen wurzelt, wie qualitative Studien zum Gesellschaftsbewusstsein von Industriearbeiter*innen zeigen.

Gleichzeitig ist die politische Resignation gerade in den unteren Schichten der Arbeiter*innenklasse stark verbreitet, ähnlich die Wahlenthaltung. Das »Klimabewusstsein« ist deutlich entwickelt, wobei gilt: je größer die soziale Benachteiligung, desto weniger sind die Menschen durch die Klimakrise getrieben – die Alltagsprobleme überschatten sie, was nicht heißt, dass sie irrelevant für sie ist. Aber wenn der Schuh schmerzhaft drückt, sind Löcher im Hemd vielleicht das geringere Problem.

Bemerkenswert sind in meinen Augen dabei zwei weitere Punkte. Sorgen und Skepsis gibt es auch bei Befürworter*innen von Klimaschutzmaßnahmen – nicht selten, so scheint es, aufgrund negativer Erfahrungen, die mit bisherigen »Transformationen« in Betrieb, Branche oder Region gemacht wurden. Außerdem wirkt sich der Vertrauensverlust in »die Politik« auch auf das »Klimabewusstsein« aus: Wer vertraut schon Politikern, die man für abgehoben und/oder unfähig hält, zu, dass sie eine Mammutaufgabe wie den ökologischen Umbau u. a. der Wirtschaft zu bewerkstelligen wissen?

Und schließlich: Ein relevanter Teil der Deutschen, außerhalb der Hochzeit der Migrationsdebatte 2015–2017 etwa zwischen einem Viertel und einem Drittel der in Studien Befragten, sieht sich durch Zuwanderung sozial bedroht, zwischen 20–30 Prozent empfindet ein »Unbehagen an kultureller Überfremdung«. Soweit die wichtigen Trends auf dem Terrain der populären Ideologien. Nun möchte ich – überwiegend beschreibend – auf eigene empirische Untersuchungen eingehen. Sie bieten einen ersten tieferen Einblick in das Alltagsbewusstsein von abhängig Beschäftigten, die in unterschiedlichen Klassenlagen leben.

Bevor ich auf komplexeren Deutungsmuster eingehe, möchte ich im folgenden Unterkapitel in einer vergleichenden Perspektive schildern wie Beschäftigte, die in der Automobilindustrie, dem ÖPNV und Krankenhäusern arbeiten, auf die Gesellschaft, ihre Probleme, auf den Sozialstaat und das politische Feld blicken. In einer Lehrforschung, die ich an der Universität Göttingen geleitet haben, wurden 34 Kurzinterviews mit Beschäftigten geführt, die zum gewerkschaftlichen Milieu im Betrieb gehörten (Dorfschmidt/Kuhlmann/Reber/Wichern 2022). Zum Teil wurde auch mit Betriebsräten gesprochen. Die Interviews waren zwischen 20 und 40 Minuten lang und stark strukturiert, geführt wurden sie zwischen Oktober 2020 und Februar 2021. Befragt wurden elf Kolleg*innen aus Krankenhäusern, zwölf Beschäftigte eines großen Endherstellers der Automobilindustrie und elf Busfahrer*innen der Göttinger Verkehrsbetriebe⁶.

Im Laufe des Interviews wurde u. a. die offene Frage gestellt, was zentrale Probleme bzw. Herausforderungen für die Gesellschaft seien. Abschließend wurden die Gesprächspartner*innen gebeten zu erläutern, was sie in Deutschland sofort verändern würden, wenn

6 66 Prozent der Befragten waren Männer. Das Durchschnittsalter lag bei 42 Jahren.

sie Bundeskanzler*in wären. So sollte die Relevanzsetzung der Befragten selbst zur Geltung kommen. Soweit es ohne starke Vereinfachungen möglich ist, werde ich im Folgenden Deutungstendenzen nachzeichnen, also ähnliche Deutungsweisen bündeln. Im Mittelpunkt der nachfolgenden Schilderungen stehen also nicht die einzelnen Beschäftigten, sondern ähnliche Deutungstendenzen, die sich bei mehreren Befragten finden und sich klar voneinander unterscheiden. Es geht insofern um einen ersten empirischen Schritt auf dem Feld der populären Ideologien, durch den politische Problemrohstoffe und grundlegende politische Unzufriedenheiten sichtbar gemacht werden können.

Ein guter Ausgangspunkt sind die Parteipräferenzen der Interviewpartner*innen. Der Großteil der Befragten gab an, bei der nächsten Bundestagswahl (die Interviews wurden vor der Bundestagswahl 2021 geführt) eine Partei aus dem Mittellinksspektrum wählen zu wollen, fast ein Viertel wollte aber auch für die CDU stimmen, und rund 15 Prozent erklärten gar nicht wählen zu gehen oder schlicht nicht zu wissen, wen sie wählen sollten. Möglicherweise sind unter denen, die keine Angaben machten, die angaben, nicht zu wissen wen sie wählen sollten oder sich als Nichtwähler*innen zu erkennen gaben, auch Anhänger*innen der Alternative für Deutschland (AfD), die sich nicht zur Partei bekennen wollten (sozial erwünschtes Antwortverhalten)⁷.

Tabelle 21: Wahlabsichten Bundestagswahl 2021 (absolute Zahl der Beschäftigten)

	Automobil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
Weiß nicht	1	1	1	3
Keine Angabe	1	0	2	3
Nichtwahl	2	0	0	2
Team Todenhöfer	0	1	0	1
AfD	0	1	0	1
SPD o. Grüne	0	1	1	2
Grüne	1	2		3
LINKE	1	1	1	3
SPD o. LINKE	0	0	3	3
SPD	3	1	1	5
CDU	3	2	3	8

Quelle: Eigene Darstellung

7 Im Folgenden werde ich in den Grafiken jeweils angeben, ein wie großer Teil (und davon: aus welcher Branche) der Befragten wie auf Fragen antwortete. Nicht auf alle Fragen antworteten immer alle Befragten.

5.2.1 Der Blick auf den Betrieb: Arbeits- und Lohnzufriedenheit

Beginnen möchte ich mit der Frage, wie die Interviewten ihre eigene soziale Lage im Betrieb wahrnahmen. Festzuhalten ist: Ihre betriebliche Arbeitssituation haben Beschäftigte aus der Automobilindustrie, dem Krankenhaussektor und ÖPNV deutlich unterschiedlich bewertet. Das zeigt auch die Selbsteinstufung. Alle Befragten wurden gebeten auf einer Skala 1 bis 10 (1=überhaupt nicht zufrieden) die Zufriedenheit mit eigener Arbeitssituation anzugeben. Das Gros der im ÖPNV beschäftigten Interviewpartner gab einen Wert von 8 oder 9 an, ebenso die Hälfte der in der Automobilindustrie Beschäftigten, aber nur eine Pflegekraft war sehr zufrieden mit ihrer Arbeitssituation. Wirklich schlechte Zufriedenheitswerte (1–4) nannte keine der interviewten Personen, das Gros der Pflegekräfte nannte mittlere Werte zwischen 5 und 7.

Tabelle 22: Verteilung (absolute Werte) der Beschäftigten nach Arbeitszufriedenheit (Skalenwerte 1–10)

Zufriedenheitswerte	Automobil	Krankenhaus	ÖPNV	Gesamt
5	1	3	0	4
6	2	2	0	4
7	3	4	2	9
8	5	1	3	9
9	1	0	6	7
10	0	1	0	1

Quelle: Eigene Darstellung

Kritik an bzw. Unzufriedenheit mit der Arbeit bzw. der betrieblichen Situation wurde dennoch formuliert. Zwischen den drei Beschäftigtengruppen zeichneten sich dabei einige wichtige Unterschiede ab. Automobilbeschäftigte neigten tendenziell zur Kritik an monotoner Arbeit, an belastender Schichtarbeit und gelegentlich an gestiegener Leistungserwartung. Punktuell wurde auch kritisch auf hohe Leistungserwartungen verwiesen, wie ein Beschäftigter unterstreicht, der mittlerweile an einem Schonarbeitsplatz eingesetzt wird:

»Allgemein kann ich sagen, dass es auch bei uns im Konzern ganz schön anstrengend geworden ist, die da arbeiten müssen, das ist eine ganz schöne Knüppelei da. [...]. Das ist wesentlich angestiegen, die müssen viel mehr einbauen und viel mehr Sachen machen. Und die Zeiten sind jetzt Ein-Minuten-Takt und so, und das ist natürlich schon mächtig anstrengend. Bin froh, dass ich da nicht mehr arbeite.« (A4)

Ein anderer Kollege unterstreicht:

»Man verlangt ja immer mehr, immer mehr, immer mehr und dann wir es nicht gewertschätzt, auch wenn du mehr machst als alle anderen, gibt es kein Dankeschön am Ende. Dabei wird die Arbeit stetig mehr.« (A7)

Trotzdem erklärte das Gros der Befragten eher zufrieden mit der eigenen Arbeitssituation zu sein. Dazu trug auch bei, dass – siehe unten – die gezahlten Löhne überwiegend als sehr gut eingeschätzt wurden. Oder wie es ein Automobilbeschäftigter formulierte: »Und was mir nicht so gut gefällt ist halt tatsächlich die monotone Arbeit. Aber dafür gib'r's gutes Geld und von daher nimmt man das auch gerne in Kauf.« (A11)

Punktuell wurde auch darauf verwiesen, dass es außerhalb des eigenen Unternehmens eher schlechtere Beschäftigungsbedingungen gebe. Die Haltung, die sich in den Kurzinterviews zur eigenen betrieblichen Situation abzeichnete war nicht unkritisch, sie entsprach am ehesten dem Bild eines sicheren Hafens, den der eigene Betrieb in einer ansonsten stürmischen gesellschaftlichen See bietet, auf das auch Klaus Dörre u.a. in ihrer Forschung in Industriebetrieben gestoßen sind (Dörre/Hänel/Holst/Matuschek 2011, 22).

Wohlgemerkt, interviewt wurden Kolleg*innen, die in einem gewerkschaftlich hochorganisierten Betrieb arbeiteten, in dem – trotz des Wettbewerbs- und permanentem Rationalisierungsdrucks (Goes 2019) – nicht nur hohe betriebliche Lohn- und Sozialstandards vorherrschen, sondern eine ausgeprägte Mitbestimmungskultur etabliert wurde (Cattero 1998, 193f.; Haipeter 2013, 334–335).

Eine deutlich andere Haltung zur betrieblichen Arbeitssituation zeichnete sich dagegen bei den Beschäftigten aus den Krankenhäusern ab: Von einer Kritik an monotoner Arbeit kann nicht die Rede sein. Grundsätzlich identifizierten sich die Befragten mit ihrer Arbeit, in den (typischen) Worten einer Interviewpartnerin:

»Also was mir gut gefällt an meiner Arbeit ist dieser soziale Umgang mit den Menschen, dass man halt Menschen helfen kann in verschiedenen Situationen. [...] Man sieht das eben, dass es den Leuten dann auch wieder gut geht oder eben auch nicht gut, aber dass man denen trotzdem halt helfen kann.« (P1)

Bei einer anderen Kollegin heißt es:

»Mir gefällt gut, dass es so ein sozialer Beruf ist, man mit vielen verschiedenen Berufsgruppen in Kontakt kommt, die eigentlich so dasselbe Erstreben haben, wie man selbst. Also einfach die Leute, denen es nicht so gut geht, wenn man die einfach wieder auf den Dam bringen will. [...]. Das finde ich halt superschön und das ist auch irgendwie der Reiz an dem Beruf.« (P11)

Dementgegen stehen in den Augen eines größeren Teils der der Befragten die Arbeitsbedingungen, die »gute Arbeit« verhindern. Allerdings sprachen dies längst nicht alle Befragten an. Für den unzufriedenen Teil gilt: Der Gebrauchswert der eigenen Arbeit wird

in ihren Augen durch die Rahmenbedingungen zerstört, die Leistungsbedingungen als tendenziell drückend empfunden.

»Also man kann in den 8 Stunden nicht komplett eine Stunde abschalten, das funktioniert nicht. Man soll zwar wechselnd essen, dass immer einer arbeitet und einer Pause macht, funktioniert aber nicht, weil der Arbeitsaufwand so ist, dass einer alleine dann diese halbe Stunde Pause durchaus nicht überbrücken kann.« (P3)

Der Druck spiegelt sich auch in Wünschen, wie sich die Arbeitsbedingungen verändern sollten. Dieselbe Krankenpflegerin erzählt weiter: »Ich würde mehr Personal möglich machen, um Krankenpflege wieder dahin zu bringen, wie sie sein soll. Also ausreichend Zeit für den Patienten.« (P3) Eine weitere Pflegekraft fordert, »[...] dass man wirklich auf jeden Patienten oder Bewohner halt individuell sich einstellen kann und gut da mit der Zeit hinkommt.« (P1) Eine andere Kollegin wünscht sich »[...] einfach mehr Kollegen [...], um einfach bessere Arbeit abliefern zu können, also nicht immer von einem zum anderen zu hetzen.« (P4) Und: »Dass man verpflichtend immer eine gewisse Anzahl an Pflegekräften für Patienten hat. [...]. Einfach um die Qualität der Pflege zu gewährleisten.« (P11)

Deutlich anders fallen die Bewertungen durch die befragten Busfahrer aus. Sie wertschätzten fast ausnahmslos sowohl ihre Arbeitstätigkeit mit vielen wechselnden menschlichen Kontakten, als auch die guten Rahmenbedingungen innerhalb des Öffentlichen Dienstes. »Die pünktliche Gehaltszahlung«, so fasst ein Interviewpartner zusammen, und »[...] der geregelte Arbeitsablauf. Ich weiß [...] wann ich Feierabend habe und wann ich nach Hause komme, es ist alles geregelt.« Und er fügt hinzu: »Also Urlaub, alles. Im Grunde [...] stimmt das Gesamtpaket.« (B10) Bei einem anderen Kollegen heißt es über die guten Rahmenbedingungen:

»Ich arbeite hier in einem Betrieb, der sehr sozial ist. Erstmal wird hier drauf geachtet, dass die gesetzlichen Regeln sowieso eingehalten werden. Dann kommt hinzu, wir haben sozial viel, kriegen Fitnessstudio bezahlt, wir haben Obstkorb hier, wir haben einen Getränkespender hier und haben mittlerweile an fast jeder Endhaltestelle eine Toilette. Der Betriebsrat setzt sich viel ein und hat auch schon viel möglich gemacht.« (B9)

Nicht zuletzt werden diese Bedingungen gewertschätzt, weil vielen Kolleg*innen die deutlich schlechtere Situation von Busfahrer*innen bewusst ist, die in outgesourceten bzw. privaten Busunternehmen beschäftigt sind. Solche Vergleiche bringen Vorteile der aktuellen Beschäftigungssituation deutlich zur Geltung. Aber es sind nicht nur die Rahmenbedingungen, die zufrieden stellen. Es ist auch die Arbeitssituation bzw. die Arbeitstätigkeit. Den Wert der eigentlichen Arbeit verdeutlicht ein anderer Busfahrer so:

»Gut oder am besten gefällt mir halt, dass es quasi eine Kombination ist Fahren eines enorm großen Fahrzeugs und mit Menschen arbeiten. [...]. Einfach diese Kombination, jeden Tag verschiedene Gesichter zu sehen, verschiedene Typen.« (B3)

Ähnlich antwortet ein weiterer Kollege, der allerdings zusätzlich den Dienst unterstreicht, den er den Fahrkund*innen gerne leistet:

»Mir gefällt an meiner Arbeit gut: Der Umgang mit der Technik, der Umgang mit den Menschen, für andere da zu sein. Dass ich Leuten helfen kann, indem ich ihnen Mobilität gebe. Ich weiß selber aus meiner Erfahrung wie das ist, wenn man kein Fahrrad hat, wenn man kein Auto hat.« (B2)

Sofern sie unzufrieden mit ihrer Arbeitssituation waren, wiesen Busfahrer oft auf herausfordernde Arbeitszeiten (Fahrzeiten am Wochenende und an Feiertagen) und auf die mangelnde Wertschätzung durch Fahrkunden hin. »Also 1995, da war man vorne noch der König, sag ich mal, der Landstraße oder der Stadt«, spitzt einer der befragten Fahrer zu. »Mittlerweile ist man so, »na ja, der ist halt da«, sagen wir mal so.« (B4) Teilweise wurde aber auch kritisch auf die geringe soziale Anerkennung in der Gesellschaft verwiesen.

Lohn(un-)zufriedenheit

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man nicht nach der Arbeitssituation, sondern nach der Zufriedenheit mit der eigenen Bezahlung fragt. Erneut wurden die Interviewpartner*innen zunächst gebeten, auf einer Skala von 1 (= sehr unzufrieden) bis 10 (= sehr zufrieden) eine Selbsteinstufung dazu vorzunehmen, wie (un-)zufrieden sie mit ihrer Bezahlung waren. Das Gros der Automobilbeschäftigten gibt die höchsten drei Werte für ihre Lohnzufriedenheit an, während das Gros der Beschäftigten aus Krankenhäusern oder des ÖPNV mittlere oder untere Zufriedenheitswerte nannte.

Tabelle 23: Verteilung (absolute Werte) Beschäftigte nach Lohnzufriedenheit (Skalenwerte 1–10)

Zufriedenheitswerte	Automobil	Krankenhaus	ÖPNV	Gesamt
3	0	1	1	2
4	0	1	1	2
5	1	1	1	3
6	1	2	1	4
7	1	3	4	8
8	3	0	3	6
9	4	2	0	6
10	2	0	1	3

Quelle: Eigene Darstellung

Wie bereits erwähnt: Die befragten Automobilbeschäftigten wissen um ihre relativ privilegierte Lage. Ein Kollege spitzt bewusst zu »die Entlohnung, das ist teilweise schon echt viel für das, was wir machen.« (A3) Auch ein anderer Beschäftigter meint: »Ehrlich gesagt denke ich, wir bekommen zu viel.« (A1) Bei einem weiteren Kollegen heißt es:

»Also der Lohn ist schon die Granate. [...] Weil die Arbeit, die ich da mache, das ist ein Witz. Und was ich da verdiene ist halt dementsprechend auch ein Witz, also viel zu viel.« (A2)

Das sehen durchaus nicht alle Befragten so, aber selbst die, die gerne einen noch höheren Lohn hätten, wissen um die schlechteren Einkommenschancen in anderen Bereichen: »Also woanders ist es natürlich schlechter, aber der Lohn könnte auch ein bisschen mehr sein.« (A7)

Umgekehrt verhält es sich bei den Beschäftigten des ÖPNV. Von einer Überbezahlung sprach hier niemand. Sofern die Befragten mit ihrem Einkommen unzufrieden sind, begründen sie es überwiegend mit dem Verweis auf ein Missverhältnis zwischen hoher Verantwortung und relativ ungenügendem Entgelt:

»Ich weiß, dass es branchenmäßig wesentlich schlechter sein kann. Also allein bei uns in der Branche. Aber trotzdem, für die Verantwortung, die man jeden Tag trägt halt für teilweise über 150 Menschen, die alleine im Fahrzeug sind, plus alles, was noch außen rum ist, ist es dann doch irgendwie ein bisschen wenig Gegenwert in Geld. Klar, kann man auch sagen, wenn jetzt jeden Tag einer ankommt und sagt ›Das hast du ganz toll gemacht‹, dann ist das ja auch irgendwo eine Wertschätzung, aber [...] da kann man sich halt, auf Deutsch gesagt, nichts von kaufen.« (B3)

Ähnlich formuliert dies ein anderer Fahrer, verweist allerdings zusätzlich, wie auch andere Befragte, auf die besonderen Arbeitszeiten:

»Weil die Verantwortung, die wir haben, wir fahren zig Tausend Menschen und nicht nur Stückgut durch die Gegend, auch Feiertags und am Wochenende, immer unterwegs. Dafür, das liegt aber an der Politik [...], werden solche Dienste wesentlich zu wenig entlohnt. Ich meine, wir haben immer noch das Glück, dass wir etwas besser entlohnt werden als die Pflegekräfte. Aber ich finde, es muss sich in Deutschland massiv was tun, [...] weil wir sind ja auch immer Viren und Bakterien und allem ausgesetzt. Und wie gesagt, für die Verantwortung, die wir haben, und Wochenende und Feiertagsarbeit, müsste es eigentlich besser entlohnt werden.« (B9)

Deutlich unzufriedener mit der eigenen Bezahlung als die Automobilbeschäftigten waren auch die Krankenpflegekräfte, die interviewt wurden. Ein großer Teil von ihnen gab mittlere und untere Skalenwerte an, als sie danach gefragt wurden, wie zufrieden sie mit ihrem Lohn sind. Nicht ungewöhnlich sind in diesem Zusammenhang selbstgenügsame Statements, »[...] weil es ist schon ne Menge Geld, die man da bekommt und natürlich kann es immer mehr sein.« (P6) Oder:

»Ich verdiene 1900 netto. Damit komme ich gut über die Runden. Meine Frau verdient fast 2000. Sie ist auch im Öffentlichen Dienst beschäftigt, auch hier im Haus. [...] Wir haben ein Kind, wir kommen gut über die Runden, absolut. Also ich bin zufrieden.« (P5)

Ein Grund, der von Beschäftigten genannt wurde, die mit den gezahlten Löhnen unzufrieden sind, sind

»einfach die Dienste zu ungünstigen Zeiten, Wochenende, Nachtschicht, die Nachtschicht wird ja bei uns wirklich ganz schlecht bezahlt. Da lachen andere drüber. Und das ist ja wirklich einfach so ein immenser Lebenschnitt, sag ich mal [...]. Das wird einfach zu schlecht bezahlt. Sonn- und Feiertage, da ist einfach nicht genug Wertschätzung da.« (P4)

Ein anderer Grund, auf den unzufriedene Pflegekräfte verweisen, ist die Diskrepanz zwischen Lohnhöhe einerseits, der Arbeitsbelastung und auch der zu tragenden Verantwortung im Job andererseits. »Wenn man sich im Vergleich mit anderen Berufen so mit seiner Verantwortung sieht, oder es mit der Verantwortung in anderen Berufen vergleicht«, so fasst es eine Pflegekraft zusammen, »die halt weniger Verantwortung haben und mehr verdienen, ist es schon irgendwie nicht zufriedenstellend.« (P11)

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Deutungen der eigenen betrieblichen Lage unterscheiden sich deutlich zwischen den drei Beschäftigtengruppen – als drückende Ausbeutungsordnungen deutet keine der drei Gruppen den »eigenen« Betrieb. Vielmehr werden verschiedene Konsensmomente sichtbar, die zur Integration in den Betriebszusammenhang beitragen mögen: Bei den Autoarbeiter*innen der hohe Lohn, bei den Pflegekräften die Identifikation mit der Pflegetätigkeit, bei den Busfahrer*innen die Wertschätzung der Rahmenbedingungen im Öffentlichen Dienst und das Interesse an der Arbeitstätigkeit. Arbeitsweltliche Problemrohstoffe gibt es gleichwohl, wie ich oben dargelegt habe. Sie verdichten sich in den Kurzinterviews aber nicht zu scharfen Ungerechtigkeitsdiagnosen.

5.2.2 Die Gesellschaft: Jenseits von Katastrophismus und Harmonie

Der Blick auf die Gesellschaft, auf den wir in den Kurzinterviews stoßen, ist weit von Katastrophismus entfernt. Umgekehrt wäre es völlig falsch von »harmonischen Gesellschaftsdeutungen« zu sprechen. Die Gesellschaft wurde von den interviewten Beschäftigten durchaus als ungerecht und reformbedürftig gedeutet: Erneut wurden die Befragten gebeten, auf einer Skala von 1 (sehr ungerecht) und 10 (sehr gerecht) zu schätzen, wie gerecht die deutsche Gesellschaft ist.

Von starken Ungerechtigkeiten sprach rund ein Viertel der Befragten, die auf diese Frage antworteten. Eine Mehrheit wertschätzte gesellschaftliche Errungenschaften, gerade im Vergleich zu den Verhältnissen, die in anderen Ländern beobachtet werden. Die deutsche Gesellschaft bzw. der deutsche Sozialstaat wird dabei von vielen Interviewten als eine Art Spitzenreiter gesehen, insbesondere wenn es um die soziale Absicherung vor Not und Krankheit geht. Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine Kritik gibt. Die gibt es. Sie wird aber vor diesem Hintergrund der grundsätzlichen Wertschätzung formuliert.

Wirklich als gerecht betrachteten allerdings nur drei der Befragten die deutsche Gesellschaft, mehr als die Hälfte wählte einen Skalenwert von 5 oder 6. Und: 18 der 33 Be-

fragten, die hierzu antworteten, nannten einen Skalenwert von 2 bis 5. Nur ein einzelner Gesprächspartner nahm die Gesellschaft als eine Art Schlachtfeld wahr, auf dem es Opfer übermächtiger Konzerne und ungerechter Politiker gibt, die das Volk unterdrücken, Ausländer bevorzugen und von Bill Gates oder anderen gesteuert werden.

Tabelle 24: Gerechtigkeit der Gesellschaft auf Skala von 1 bis 10 (absolute Zahlen Beschäftigte)

Zustimmungswerte	Automobil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
2	0	1	0	1
3	0	2	1	3
4	4	0	0	4
5	2	3	6	11
6	2	3	2	7
7	1	2	2	5
8	2	0	0	2
9	0	0	0	0
10	0	1	0	1

Quelle: Eigene Darstellung

Allerdings: Kritisch fanden die Befragten sehr unterschiedliche Sachverhalte und Entwicklungen im Land. Einen ersten Eindruck davon vermittelt der Blick auf häufige Nennungen gesellschaftlicher Probleme. Gefragt wurden die Interviewpartner*innen vor welchen Problemen die deutsche Gesellschaft stehe bzw. welche es im Land gebe. Die Befragten gaben sehr unterschiedliche Rückmeldungen, und nicht alle Kritiken, die sie im Laufe der Kurzgespräche äußerten, tauchten in diesen ersten Reaktionen auf.

Im Folgenden finden sich alle Antworten, die häufiger als einmal gegeben wurden. An der Spitze der Entwicklungen, die die Befragten aus dem Gewerkschaftsmilieu sorgten, standen der politische Rechtsruck, der mit den Wahlerfolgen der AfD, teilweise aber auch mit der Wahrnehmung von Alltagsrassismus verbunden wurde – gleich gefolgt von kritischen Einschätzungen der Einkommensungleichheit, der Unterfinanzierung des Gesundheitssystems und der Rentenarmut. Eine relevante Minderheit der Gesprächspartner*innen verwies allerdings auch auf die Bevorzugung von Migrant*innen, die sie wahrnahmen und die sie empörte. Den Klimawandel nannten, gefragt nach den größten Problemen in der Gesellschaft, dagegen »nur« drei Gesprächspartner*innen.

Tabelle 25: Häufig genannte gesellschaftliche Probleme (absolute Zahlen Beschäftigte)

Genannte Probleme	Automobil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
Keine Probleme	2	0	0	2
Privatisierungen	1	1	0	2
Pol. Extremismus	2	1	0	3
Klimawandel	1	1	1	3
Egoismus		1	3	4
Rentenarmut	1	1	2	4
Bevorzugung Migranten	0	2	2	4
Unterfinanzierung Gesundheitssystem	1	3	0	4
Einkommensungleichheit	2	2	2	6
Rechtsruck	4	0	3	7

Quelle: Eigene Darstellung

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, was die befragten Beschäftigten sofort verändern würden, wenn sie es könnten. Um das herauszufinden wurden sie gebeten zu sagen, welche Reform sie als Bundeskanzler*in sofort auf den Weg bringen würden, wenn sie es könnten. Anders als auf die Frage nach den zentralen oder größten Problemen fielen die Antworten darauf viel detaillierter aus. Die Einzelantworten reichten von »Den Einfluss der Wirtschaft auf die Politik verringern« und »Bürokratie abbauen« über »Zeitarbeit abschaffen« bis hin zu »Härtere Strafen für Sexualstraftäter einführen« und »Nicht-arbeitende Ausländer abschieben«. Ich habe, wo es möglich war, thematisch geclustert. Im Folgenden sind alle Reformwünsche aufgeführt, die mindestens zweimal genannt wurden:

Tabelle 26: Häufig genannte Reformwünsche (absolute Zahlen Beschäftigte)

	Automobil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
Bedingungsloses Grundeinkommen schaffen	2	0	0	2
Mehr Geld für den Öffentlichen Dienst	0	0	2	2
Verstaatlichung (weiterer Teile) Pflegesektor	0	1	1	2
Arbeitslosigkeit senken	1	1	0	2
Rentenarmut senken	0	2	1	3
Verbesserung Bereich Sozialversicherung	1	2	0	3

Mehr für Klimaschutz tun	1	1	1	3
Verbesserung (Aus-)Bildung	1	1	1	3
Einkommensungleichheit verringern	2	0	2	4

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der bevorzugten Reformpolitik dominieren Wünsche, die eine andere Wohlfahrtsstaatspolitik (zumindest zu Teil) möglich machen würden: Durch höhere Mindestlöhne und eine Steuerpolitik, die untere Einkommen entlastet, höhere hingegen stärker belasten würde, könnte ein umverteilender Sozialstaat beispielsweise Einkommensunterschiede verkleinern – durch eine Reform der Rentenversicherung, die Beitragssätze der Unternehmen erhöht und auch Beamte in das Rentensystem einzahlen ließe, die Rentenarmut bekämpft werden. Kurz: Als Bundeskanzler*innen würden sich die Befragten in erster Linie für eine Veränderung der Sozialstaatspolitik einsetzen.

Die erodierende Mitte

In Kapitel 5.1.1 und 5.1.2 habe ich skizziert, dass Wahrnehmungen einer wachsenden Ungleichheit bzw. kritische Einschätzungen zum Ausmaß der materiellen Ungleichheit weit verbreitet sind. Ähnliche Haltungen zeichnen sich auch in den Kurzinterviews ab. Eine weithin geteilte Deutung ist unter den Befragten, dass die Mittelschicht an Bedeutung verliert und die Schere zwischen Arm und Reich zunimmt. In der Kurzbefragung wurde dieses Statement mit der Bitte vorgestellt, es zu kommentieren. Widersprochen wurde ihm immerhin von etwa einem Viertel der Interviewpartner*innen. Von den befragten Beschäftigten aus der Automobilindustrie, die – siehe oben – am zufriedensten mit ihren Löhnen waren, stimmte nur eine Person (von 12) dieser Deutung nicht zu, von den Pflegekräften waren es drei (von 11), von den Busfahrern 4 (von 10).

Zu unterstreichen ist dabei, dass die Aufteilung in Ober-, Mittel- und Unterschicht ganz überwiegend durch Verweise auf das verfügbare Einkommen und damit mögliche gesellschaftliche Teilhabe aufgegriffen wurde. Die Mittelschicht sind alle, zugespitzt formuliert, die von ihrer Lohnarbeit sorgenfrei leben können, weder zu viel haben, noch Not leiden müssen. Es ist ein Dazwischen, dem eine Ökonomie der Not ebenso fremd ist wie ein Leben in Überfluss. Fast alle, die der Deutung, die Mittelschicht verliere an Bedeutung, zustimmten, verorteten sich gleichwohl in ihr. Nicht-Mittelschicht, das sind in der Regel die anderen. Eine Krankenpflegerin meinte:

»Ich würde das schon so unterschreiben. Obwohl ich würde sagen, wir alle sind noch die Mittelschicht. Aber die Unterschiede werden immer größer. Also es gibt [...] oft nur noch das eine oder das andere Extrem. Und die Mittelschicht wird halt total ausgedünnt und das sieht man jetzt zum Beispiel auch in den Großstädten, dass man sich als normalarbeitender Mensch zum Beispiel hier kaum noch Wohnungen leisten kann, weil alles entweder darauf ausgelegt ist, dass es Sozialwohnungen sind, wo du selber nicht rankommst, oder dass es extrem teure Neubauten sind, die wir uns als normale Mittelschicht auch einfach nicht mehr leisten können.« (P11)

Starke Diagnosen, die die Erosion der Mitte z.B. auf größere ökonomische Veränderungen (z.B. Globalisierung) oder strukturell auf den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zurückführen, tauchten in den kurzen Interviews nicht auf. Allerdings wurden durchaus Zusammenhänge zum Unternehmer*innenhandeln hergestellt. Teilweise wurde die Erosion der Mitte z.B. mit der Ausbreitung von prekären Arbeitsverhältnissen in Zusammenhang gebracht. Bei einem Automobilarbeiter heißt es etwa:

»Das geht auf jeden Fall dahin würde ich sagen. Also ich sag mal so, mit meinem Gehalt fühle ich mich schon noch so als Mittelschicht. Aber langsam geht es schon dahin, dass das Geld dir entzogen wird. Also es [...] wandert immer nur noch zu den Reichen. Alles wird teurer. Man sieht ja auch, wenn man jetzt draußen arbeitet, nicht in unserem Konzern, da findest du gar nichts mehr. Ich hatte ja auch nur das Glück gehabt hier anzufangen. Weil ich auch damals, als ich meine Ausbildung abgeschlossen hab, einzig wo meine Möglichkeiten waren, waren nur Zeitarbeitsfirmen. Ich hatte gar keine Chance in einer normalen Firma einzusteigen. Weil da kamen nur noch Absagen. Und was haben die mir geboten? Dann 12, 13 Euro. Ich habe mich überall beworben: Berling, Hamburg, aber selbst da 10 Euro, 11 Euro. Da kannst du dir nicht mal eine Wohnung leisten, kannst nicht mal deinen Kühlschrank vollmachen. Und da hatte ich Glück gehabt, dass ich über die Zeitarbeit hier reingekommen bin und da die fünf Jahre ausgehalten hab, Gott sei Dank, gabs einen Festvertrag.« (A12)

Die zustimmend aufgegriffene Deutung »Erosion der Mittelschicht« wird hier mit Veränderungen in der Industrie bzw. mit den Beschäftigungsstrategien in Unternehmen in Verbindung gebracht – nur mit Glück schaffte der Befragte den Einstieg in den konzern-internen Arbeitsmarkt, der Sicherheit und ein relativ hohes Lohnniveau bietet. Dass es in vielen anderen Bereichen anders aussieht, unterstreicht auch ein anderer Beschäftigter, der im selben Automobilkonzern arbeitet:

»Ja, also die Mittelschicht stirbt langsam aus. Also gut, ganz zur Unterschicht würde ich uns nicht zählen, wir gehen ja noch arbeiten und werden einigermaßen bezahlt. Aber es gibt ja auch, teilweise wenn du hörst bei anderen Unternehmen oder so, dann arbeiten die den ganzen Tag und müssen auch noch zum Sozialamt gehen. Das ist nicht in Ordnung.« (A7)

Und ein weiterer Kollege lässt wissen:

»Da ist was dran, also die Schere wird immer größer. [...] Ich würde mich jetzt nicht als arm bezeichnen, dafür hab ich einen zu gut bezahlten Job. Aber wenn ich jetzt gucke, was ein Handwerker verdient im Jahr. Der muss schon echt reinklotzen, um so viel Kohle zu verdienen. Und was zum Beispiel eine Krankenschwester verdient, weil meine Mutter ist Krankenschwester, meine Tante ist Krankenschwester, mein Onkel ist gelernter Krankenpfleger und meine Schwester arbeitet auch beim Roten Kreuz. Ja, das ist lächerlich für das, was die leisten. Es gibt nur noch Oben und Unten, es gibt keinen Dazwischen mehr [...]. Um dazwischen zu kommen, musst du dich echt anstrengen.« (A3)

Dass die Erosion der Mitte insbesondere an der sozialen Lage anderer Menschen festgemacht wird, ist kein Alleinstellungsmerkmal der interviewten Automobilbeschäftigten. So unterstreicht etwa ein Busfahrer, der eine deutliche soziale Polarisierung wahrnimmt, insbesondere die klar sichtbaren Unterschiede zwischen den Arbeitsmarkt- und Lebenschancen oberer Lohnabhängigengruppen und der Situation von arbeitenden Armen, die mehrere Beschäftigungsverhältnisse eingehen müssen.

»Ja, wobei ich, ich sage mal die wirkliche Mittelschicht, die gibt es noch gering. Die nimmt ab. Weil ja es gibt nur noch die Oberen. Die werden gut bezahlt sind in gut bezahlten Stellen, haben auch andere Posten, haben auch andere Möglichkeiten weiter zu kommen. Und wenn ich mir dann viele jüngere Menschen ansehe, ansehen muss, die manchmal zwei drei Jobs haben müssen, um über die Runden zu kommen, ist das nicht das, was unsere Väter mal im Grundgesetz vorgesehen haben. Also diese Mittelschicht selber, die von ihrem Einkommen auch leben kann und damit noch ein bisschen was noch überhat, ist weniger geworden, oder wird weniger. Die Masse lebt nur noch von der Hand in den Mund. Und die anderen haben einen Überfluss und wissen nicht wohin damit.« (B10)

Die Befragten sehen, kurz gesagt, eine Gesellschaft der sozialen Polarisierung – von der sie selbst (bisher) nicht betroffen sind.

Zum Teil wurden solche Deutungen durch national-solidarische Erzählungen ergänzt. In diesen Fällen wurde in den Kommentaren (bzw. daran anknüpfenden Reflexionen) zur angebotenen Deutung »Erodierende Mittelschicht) auch kritisch auf die Bevorzugung von »Ausländer*innen« hingewiesen oder unterstrichen, dass zunächst einmal Sorge für die Menschen im eigenen Land getragen werden müsse. So heißt es etwa bei einem betrieblichen Interessenvertreter aus dem ÖPNV:

»Also so eine Mittelschicht, so wie es früher mal war, finde ich, gibts auch nicht mehr. Und das ist auch wieder das, was ich meine. Es muss auch mehr im eigenen Land geguckt werden das da jeder vernünftig leben kann. Also wenn ich sehe, meine Eltern oder auch die Generation davor, die sind mit einem Gehalt klargekommen. Da ist der Vater meinetwegen Arbeiten gegangen und die Mutter war zu Hause und hat auf die Kinder aufgepasst. Das funktioniert heute gar nicht mehr. Wenn heute nicht beide Elternteile arbeiten, wird es sehr schwierig und zum Teil reicht noch nicht einmal das aus. Und das finde ich sehr schade. Also das dürfte so nicht sein.« (B9)

Im Blick zurück wird eine Verschlechterung sichtbar, früher konnte eine Familie von einem Einkommen leben, heute nicht mehr. Innerhalb des Gesamtgesprächs wird diese Feststellung in einen Zusammenhang mit der so wahrgenommenen Bevorzugung von Migrant*innen gebracht. Hier zeichnet sich eine national ausgrenzende Solidarhaltung ab, für die die Unterstützung von Zugewanderten eine Art Provokation darstellt (Altreiter/Flecker/Papouschek 2022, 340) angesichts der Nöte Einheimischer:

»Ich finde es läuft in dem Sinne schief, dass mehr für Drittländer, Asylanten und so... ich bin nicht rassistisch, nicht falsch verstehen. Aber dass da sich mehr für die Leute

eingesetzt wird als für die eigenen Leute hier im Land. Wir haben also im Land selber viele Leute, die dringend Hilfe bräuchten. Allein wenn man in der Schule sieht Kinder, die noch nicht mal die Möglichkeit haben Brot von zu Hause mitzunehmen, weil das Geld nicht da ist und auch die Altersarmut. Ich finde da müsste man im eigenen Land erstmal gucken und da mehr Hilfe reinstecken als alles nach außen zu stecken.« (B9)

Eine kritische Sicht auf den Umgang mit Migrant*innen findet sich aber auch bei Befragten, die keineswegs von einer wachsenden sozialen Ungleichheit ausgehen. Neben eine ethnische Sozialkritik (Dörre 2018, 51), die mit Sozialleid- und Verschlechterungserzählungen verbunden ist (Bose/Köster/Lütten 2018, 215), tritt eine eher prinzipielle Benachteiligungs- bzw. Bevorzugungskritik. Eine Krankenpflegerin etwa unterstreicht, dass die sozialen Ungleichheiten in Deutschland nicht mit denen in den USA verglichen werden könnten. In Deutschland gebe es die Mittelschicht. Ungerecht gehe es dennoch zu im Land: »Also ich finde, unseren ausländischen Mitbürgern wird es hier doch sehr leicht gemacht. Und das macht mich unzufrieden.« (P2) Ihr selbst gehe es sozial gut. Und: »Ich werde mit Sicherheit nicht arbeitslos werden. Aber ich denke, die Migranten, die bekommen hier wirklich alles zugestanden und sind sehr fordernd.«

5.2.3 Rechtsruck und Klimaschutz

Solche national-solidarischen Abgrenzungen, die sich bei einem Teil der Befragten finden, stehen deutliche Grenzziehungen⁸ nach rechts bei anderen gegenüber. Fremdenfeindlichkeit ist insofern nicht die einzige Form der Distanzierung, die von Interviewten vorgenommen wird. Ein wichtiges gesellschaftliches Problem, das von einer großen Minderheit der Befragten (siehe oben) benannt wurde, ist der Rechtsruck, der insbesondere mit Wahlerfolgen der AfD, teilweise aber auch mit Beobachtungen von Alltagsrassismus in Verbindung gebracht wurde. Gleichzeitig heißt dies: Die Abgrenzung gegen die extreme Rechte spielt für einen nennenswerten Teil der Interviewpartner*innen eine zentrale Rolle, erscheint in den Interviews als durchaus prägend. Die Sorge vor der Rechtsentwicklung treibt sie um, wie es etwa ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie zum Ausdruck bringt:

»Ich finde, es gibt kein größeres Übel im Augenblick als die scheiß Nazis. Vor allem diese Nazi-Partei im Bundestag. Also es kann doch nicht sein, dass wir bis 45 Nazis in der Regierung hatten, und jetzt kommen die Dreckssäcke wieder. Ich möchte keinen Krieg erleben und wie es aussieht, versuchen die da echt einen Bürgerkrieg vom Zaun zu brechen. Und das ist ganz furchtbar.« (A3)

8 Ich werde im Folgenden an verschiedenen Stellen den Begriff der »(symbolischen) Grenzziehung« nutzen. Mit Grenzziehung meine ich begriffliche Unterscheidungen, mit deren Hilfe Menschen bestimmte Personen, Objekte oder auch Praktiken voneinander abgrenzen. Es geht dabei um Abgrenzung und Distanzierung und damit zugleich – umgekehrt – um die Herstellung eines Wir. Bei Grenzziehungen geht es um »uns« und »die« – und darum, was »uns« von »denen« unterscheidet (Sachweh 2010, 164).

Ein ÖPNV-Betriebsratsvorsitzender drückt seine Sorge wie folgt aus:

»[...] ich muss sagen, wenn ich so sehe unsere Entwicklung hier mit diesen rechten, AfD zum Beispiel, da wird mir übel, wenn ich das sehe und da ist auch bald keiner mehr, der Bezug zur Vergangenheit hat. Ich bin eigentlich immer dafür nach vorn zu gucken aber manchmal ist es auch mal gut in die Geschichte zu gucken. Und wenn man in der eigenen Familie Familienmitglieder hat, die das alles erlebt haben, also den zweiten Weltkrieg oder auch ihre Heimat verlassen mussten, ich glaube da hat man dann ganz andere Denkweisen, als wenn man da überhaupt nichts mit zu tun hat und da sehe ich auch eine gewisse Gefahr für unsere Gesellschaft. Dass das völlig ignoriert wird. Ich finde es schlimm, wenn einer ruft und tausend Leute rennen hinterher, also da ist doch irgendwas faul. Also ich dachte aus diesem Zeitalter wären wir raus. Aber das ist immer noch so komischerweise.« (B7)

Festgemacht wird die Abgrenzung von der extremen Rechten an ganz unterschiedlichen Beobachtungen, etwa an Coronaprotesten von Querdenker*innen oder an eskalativem Diskussionsverhalten von AfD-Politikern im Bundestag, wie es ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie tut:

»Na ja, ich sage mal, der Rechtsruck ist ja zu erkennen durch die Demonstrationen und so weiter, die zur Zeit stattfinden. Also wenn man jetzt die Rede der Bundeskanzlerin von heute Morgen nimmt, die ich mir angucken konnte, dann war das ja auch sehr bezeichnend. Diese Zwischenrufe, man hat ja genau gesehen, wer hat gesprochen und wo wurde zwischen gerufen. Man hat eigentlich alle aussprechen lassen und nur bei ihr gab es die extremen Zwischenrufe und wo dann ja auch im Grunde genommen der Bundestagspräsident einschreiten musste und also das ist schon bezeichnend und die kamen ja auch nur aus der AfD Ecke.« (A5)

Klima- und Umweltschutz

Der Klimawandel wird ebenfalls von einer relevanten Minderheit der Befragten für ein wichtiges gesellschaftliches Problem bzw. eine zentrale Herausforderung gehalten. Sechs der 34 Interviewpartner*innen gingen auf dieses Thema entweder anlässlich der Frage nach zentralen gesellschaftlichen Problemen oder den dringendsten Reformen ein, die sie als Bundeskanzler*innen sofort auf den Weg bringen würden. Ein Automobilarbeiter antwortete auf die Frage danach, was eigentlich schief laufe im Land:

»Schief läuft auch das mit den Waldabholzungen. Da zum Beispiel diese Fridays-For-Future-Kids, die sich da in ihren Baumhäusern verbarrikadiert haben im Dannenröder Forst. Habe ich alle Achtung vor. Ich habe mich auch mal mit einem von denen unterhalten, die haben schon recht. Das Wetter wird immer extremer und irgendwann muss man anfangen was zu ändern. [...]. Das ist halt schon ein großes Problem, die Umwelt macht mir echt Sorgen.« (A3)

Ein anderer Beschäftigter der Automobilindustrie lässt wissen:

»Klimathemen würde ich definitiv voranstellen, weil wenn das jetzt nicht in den nächsten 20,30 Jahren sich nicht verändern, dann brauchen wir uns sowieso keine Gedanken mehr machen, weil dann sind wir bald weg.« (A2)

Und bei einem Beschäftigten des ÖPNV hieß es:

»Also diese Klimaproblematik fällt uns richtig auf die Füße. Und da bin ich der Meinung, da muss was passieren. Und da sind wir dann auch wieder bei Entscheidungen und unpopulären Entscheidungen: Da geht es nicht darum, ob das populär ist oder so, da gehts um die Notwendigkeit. Und das kann man nicht mehr wegdiskutieren oder auf die lange Bank schieben, da bin ich fest von überzeugt. Ein Beispiel, ich sammel sehr, sehr gern Pilze und 1989 hat es mal so ein riesen Aufregen gegeben übers Wäldersterben, da ging es dem Wald nicht so gut durch den sauren Regen. Und die Wälder, wo ich die Pilze gesammelt hab, die waren dieses Jahr nicht mehr da. Also das fand ich so erschreckend und das ist ja erst der Anfang. Und das wird uns alle sehr, sehr viel Geld kosten und da muss man dran. Also da bin ich der Meinung das wird auch für viel Elend sorgen, dass wir nicht nur ein paar Sommertage mehr kriegen, da hängt ganz, ganz viel dran, also da bin ich fest von überzeugt.« (B11)

Dass das Gros der Befragten das Thema Klimawandel nicht als wichtiges Thema ansprach, heißt natürlich nicht, dass es keine Bedeutung für sie hat. Aber auch unter den Kurzbefragten gab es skeptische und ablehnende Stimmen, wenngleich es nur wenige waren, die von sich aus kritisch auf den Klima- und Umweltschutz zu sprechen kamen. Ein Automobilarbeiter erklärt, weshalb er die CDU wählen möchte:

»Die Grünen würde ich nicht wählen, weil ich mir das nicht leisten kann später für einen Liter Benzin 5 Euro zu zahlen oder mir in meiner Bude den Arsch abzufrieren, weil ich kein Heizöl habe. Du kannst nicht immer nur schreien »Umweltschutz, Umweltschutz«, das ist ja alles gut und schön, das ist genauso mit den Elektroautos. Das ist ja wunderbar und die Elektroautos sind die größten Drecksschleudern.« (A4)

5.2.4 Der gute Sozialstaat?

Der Sozialstaat ist in der deutschen Bevölkerung ebenso beliebt, wie gegenüber Politiker*innen und Parteien großes Misstrauen besteht. Das haben zumindest quantitative Befragungen gezeigt (siehe Kap. 5.1). Auch in der qualitativen Kurzbefragung wurden diese Problemkomplexe deshalb zum Thema gemacht. Die Untersuchung der betriebs- und gesellschaftsbezogenen Deutungen wurden durch einen Blick darauf ergänzt, wie die interviewten Beschäftigten das politische Feld wahrnahmen. Welche Sozialstaatsorientierungen finden sich bei ihnen und wie deuten sie das Verhältnis zwischen Politiker*innen und Wähler*innen, wie urteilen sie über »die« Demokratie? Wie beurteilten die befragten Beschäftigten also vor dem Hintergrund der oben dargestellten Deutungen der eigenen betrieblichen Situation und der gesellschaftlichen Entwicklung den

deutschen Sozialstaat? Welche Aufgaben soll er ihres Erachtens erfüllen, was sollte er leisten?

Zunächst ist festzuhalten: Die Befragten hatten überwiegend eine positive Meinung vom deutschen Sozialstaat, nicht selten wurde dessen Wert und Qualität unterstrichen, indem auch in diesem Zusammenhang auf die Verhältnisse in anderen Ländern hingewiesen wurde (ähnlich: Sachweh 2010, 45). Allerdings führt diese positive Grundhaltung nicht umstandslos zu hoher Zufriedenheit bzw. Kritiklosigkeit. Die Interviewpartner*innen wurden gebeten die Frage zu beantworten, wie zufrieden sie auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 10 (sehr) mit dem deutschen Sozialstaat sind. Von denen, die diese Frage beantworteten, gab etwa ein Fünftel an zufrieden zu sein (Werte 8 und 9), etwa Zweidrittel gaben dagegen mittlere Zufriedenheitswerte (5–7) an.

Tabelle 27: Zufriedenheit mit dem Sozialstaat (absolute Zahl Beschäftigte)

Zufriedenheitswerte	Automobil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
2	0	1	0	1
3	0	1	1	2
4	0	1	0	1
5	2	2	2	6
6	2	2	0	4
7	5	2	4	11
8	2	0	1	3
9	1	2	0	3

Quelle: Eigene Darstellung

»Wir Deutschen meckern ja grundsätzlich immer. Aber wenn ich das zu anderen Ländern vergleiche, da schießen wir schon über die Skala hinaus«, mit diesen Worten begründet ein Automobilarbeiter seine Selbsteinstufung mit 7 auf der Skala der Sozialstaatszufriedenheit. Allerdings wäre es falsch, würde man – wie gesagt – mittlere Einstufungen mit Kritiklosigkeit oder grundsätzlicher Zufriedenheit verwechseln. Ein Busfahrer, der ebenfalls einen Skalenwert von 7 wählte, verweist in seiner Begründung beispielsweise auf vielfältige Probleme. So meint er etwa, dass von staatlichen Unterstützungsleistungen »das meiste noch zu wenig bei den wirklich Bedürftigen ankommt.« (B4)

Überhaupt ist die Frage, weshalb eigentlich die Befragten mit dem Sozialstaat unzufrieden waren. Ich werde darauf unten ausführlicher eingehen. An dieser Stelle soll der Hinweis genügen, dass hier völlig unterschiedliche Kritiken sichtbar wurden. Sie reichten von spezifischen Kritiken an einzelnen Sozialstaatsleistungen (z.B. der Schule) bis hin

zu enttäuschten Erwartungen an eine Erwerbslose strafende oder – im Gegenteil – stärker absichernde Sozialpolitik.

Gefragt wurde ebenfalls, welche Aufgaben der Sozialstaat auf jeden Fall erfüllen müsste, was also die wichtigsten sozialpolitischen Leistungen in den Augen der Befragten sind, die der Staat erfüllen muss. Auch hier wurde eine breite Palette von Antworten gegeben, die von »Gemeinwohl schaffen« über »Arme unterstützen« bis hin zur Forderung reichte Lebensmittel bezahlbar zu halten. Ich habe diese Antworten erneut thematisch geclustert, wo dies möglich war. Im Folgenden findet sich erneut ein Ranking der häufigsten Antworten. Dabei überschneiden sich bestimmte Antworten (z.B. soziale Absicherung als Überbegriff, der genannt wurde, und konkret Arbeitslosenversicherung).

Tabelle 28: Aufgaben, die der Sozialstaat erfüllen sollte (absolute Zahlen Beschäftigte)

Genannte Sozialstaatsaufgaben	Automo- bil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
Würdiges Leben bieten	2	0	1	3
Bestrafung »fauler« Erwerbsloser	0	0	3	3
Arbeitslosenversicherung	2	1	0	3
Rentenversicherung	1	2	1	4
(Aus) Bildung	1	2	1	4
Krankenversicherung	2	2	1	5
Soziale Gerechtigkeit schaffen	2	1	2	5
Gesundheitssystem	1	1	3	5
Einkommensungleichheit senken	2	1	2	5
Soziale Absicherung	3	2	2	7

Quelle: Eigene Darstellung

Diese Antworten lassen sich, nimmt man Bezug auf die in Kapitel 2.2 herausgearbeiteten Formen der Sozialstaatspolitik als starkes Plädoyer für einen grundsätzlich absichernden Sozialstaat lesen, wenngleich – wie ich unten noch zeigen werde – das Gros der Befragten keine bedingungslose Sicherung und weitreichende Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft wünscht. Nur eine relevante Minderheit (siehe unten) spricht sich für eine Art bedingungsloses Grundeinkommen aus. Auch eine umverteilende Wohlfahrtsstaatspolitik könnte auf breite Unterstützung unter den Beschäftigten zählen. Die Forderung nach dem Abbau von Einkommensungleichheiten zeigen das nur ansatzweise.

Alle Interviewten wurde darüber hinaus gefragt, ob sie höhere Reichensteuern und die Erhöhung von Unternehmenssteuern befürworten würden, um bessere Sozialpolitik zu finanzieren. Nur zwei der Befragten sprachen sich dagegen aus. In den Begründungen, die für die Zustimmung zu Reichen- und/oder höheren Unternehmenssteuern erbeten

wurden, kommen spezifische Urteile über Vorteile der Vermögenden und teilweise auch über die Vermögens- und Reichtumsverteilung in Deutschland zum Ausdruck. Deshalb möchte ich hier einige Ö-Töne ausführlicher wiedergeben. Ein Busfahrer etwa sagt »da hätte ich kein Problem mit [...]. Weil da sind wir wieder bei dem Punkt: Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer.« (B4) Ein anderer Beschäftigter des ÖPNV meint:

»Wenn ich bedenke, dass drei oder fünf Prozent unserer Bevölkerung [...] die Hälfte des Geldvermögens besitzen aber nicht Steuern zahlen, was die anderen 90 oder 95 Prozent zahlen, dann ist das so, dass [...] die Vermögen auch besteuert werden müssten.« (B10)

Ein Beschäftigter der Automobilindustrie weiß: »Klar muss man das mit Augenmerk machen. Aber die Reichen kommen eigentlich immer besser davon. Das geht so nicht.« (A10) Ein Busfahrer erläutert seine Zustimmung wie folgt:

»Weil man hört ja leider, je mehr man verdient, desto weniger Steuern muss man zahlen. Und das ist der verkehrte Weg, weil die kleinen Leute, die eh schon wenig haben, die werden zur Kasse gebeten und müssen blechen. Und die Großen, die werden immer fetter. Und deswegen wird ja auch die Schere immer größer.« (B9)

Auch eine Krankenpflegkraft thematisiert eine Ungleichheit hinsichtlich der steuerlichen Belastung der Reichen und des Volkes:

»Weil die Reichen, die sind ja so clever, die haben ja auch Möglichkeiten ihre Schäflein irgendwie so zu verteilen, dass sie keine Steuern mehr zahlen und wir mit unserem bisschen Krankenschwesterngehalt, wir haben keine Möglichkeit irgendwas an der Steuer vorbei zu schleusen. Erstens haben wir überhaupt nicht das Wissen dazu wie das geht. Zweitens kann das arbeitende Volk in meinen Augen gar nicht so schlecht denken wie die Reichen.« (P8)

Vermögende und Reiche haben nicht nur Vorteile, für die Befragte handeln sie auch unmoralisch – so schlecht wie die Reichen könnte das arbeitende Volk nie denken. Ein Automobilbeschäftigter unterstreicht hingegen das Verhältnis zwischen hohen Gewinnen (»starke Schultern«) und zu niedrigen Steuerzahlungen. Dabei thematisiert er auch das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit:

»Ich finde, wer viel Geld hat, kann auch ein bisschen was abgeben. Und ich finde auch, so Firmen, so hier jetzt mit Apple oder Amazon, die bezahlen hier in Deutschland ganz wenig Steuern [...]. Und die verdienen Milliarden, bezahlen ihre Arbeiter nun wirklich nicht gut. Da sollte der Staat auch mal zulangen [...]. Das würde ich schon ganz gut finden, wenn so große Firmen ihre Leute nicht gut bezahlen, denn eben halt auch mehr Steuern bezahlen. Das siehst du auch hier mit den Schlachthöfen oder so. Da holen sie sich dann von draußen da Leute rein, die kriegen da einen Hungerlohn, pennen da mit zig Leuten in einem Zimmer, [...] werden voll ausgenutzt. Und die schaufeln sich da

voll mit Milliarden. Da sollte der Staat mal wirklich die Steuern hochsetzen. Und dann kann man auch alles finanzieren damit.« (A4)

Für staatliche Regulierung

Wie ich in Kapitel 2.2 gezeigt habe, ist der Sozialstaat nicht nur ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen gesellschaftlichen Klassen, er wirkt auch auf das Kräfteverhältnis und die grundsätzliche Machtungleichheit zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten ein. Sozialistische Sozialstaatspolitik versucht die Macht der Lohnabhängigen zu stärken und die der Unternehmen einzugrenzen, (neo-)liberale Wohlfahrtsstaatspolitik versucht das genaue Gegenteil. Von Interesse war in der Kurzbefragung deshalb auch, ob der Sozialstaat auch die Macht der Unternehmen begrenzen sollte, oder ob sich die Befragten eher weniger staatliche Eingriffe in den Marktprozess wünschten. Um das herauszufinden wurden sie gebeten ihre Meinung zu zwei Statements abzugeben. Das erste Statement sagte aus, der Sozialstaat solle die Macht von Unternehmen einschränken und der Wirtschaft klare Vorschriften machen. Das zweite Statement besagte, der Staat solle sich aus der freien Wirtschaft möglichst heraushalten. Mehr als Zweidrittel der Befragten entschied sich für das erste Statement, nur fünf meinten, der Staat sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten.

Tabelle 29: Der Staat soll die Macht von Unternehmen einschränken (absolute Zahl der Beschäftigten)

	Automobil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
Raushalten	1	3	1	5
Teils/Teils			4	4
Macht einschränken	11	7	5	23

Quelle: Eigene Darstellung

Für ihre Entscheidung für eine Einschränkung unternehmerischer Macht durch den Staat gaben die Gesprächspartner*innen sehr unterschiedliche Begründungen. Sie lassen sich zu drei Tendenzen bündeln. Erste Deutungstendenz: Ein Teil der Befragten assoziierte mit der Einschränkung der Unternehmensmacht den Status Quo, also das System der sozialen Marktwirtschaft, das es zu bewahren gelte. Ein Beschäftigter der Automobilindustrie etwa lässt wissen »Ist ja eine soziale Marktwirtschaft. Wir hatten früher eine Milchpreisbindung, eine Zuckerpreisbindung, das gibt's alles nicht mehr.« (A6) Und bei einem Krankenpfleger heißt es in seiner Begründung:

»Weil ich sehr zufrieden bin mit der sozialen Marktwirtschaft, die wir hier in Deutschland leben. Das ist ja auch das Gute mit den Betriebsräten oder Aufsichtsräten oder so, dass eben eine Firma keine Ausbeutung macht. [...]. Das heißt eben wirklich soziale Marktwirtschaft, das heißt eben Kooperation mit dem Arbeitnehmer, dass der Mitspracherecht hat [...].« (P5)

Zweite Deutungstendenz: Ein anderer Teil der Befragten reagierte positiv auf das Statement »Einschränkung der Macht von Unternehmen«, indem dies als Gegenmittel zum starken Einfluss interpretiert wurde, den »die« Wirtschaft auf die politische Entscheidungsfindung hat. Ein Busfahrer führt beispielsweise aus:

»Da bin ich dafür, dass die Macht der Unternehmen mehr eingeschränkt werden soll. Ganz einfach, weil die Lobbyisten unseren Staat regieren. Da wo das Geld ist, die haben die Macht und die haben auch die Macht auf die Politik. Warum machen wir denn so spät unseren Lockdown? Die haben Angst, die Kohle muss immer stimmen, das ist das Wichtigste. Ich glaube schon, wenn man die Unternehmen mal so ein bisschen deckeln würde, das würde nicht schaden. Ich meine, wenn ich schon sehe, was die Autoindustrie für einen Einfluss auf die Politik hat. Wir reden ja alle von Klimawandel, also wenn wir nicht bereit sind grundsätzlich was zu ändern, auch wirtschaftlich, werden wir kein Klima verändern. Es geht nur um Gewinn, Gewinn. Ich denke, da sollte man den Unternehmen wirklich mal etwas auf die Finger gucken. Bestes Beispiel: Die Lufthansa kriegt was weiß ich zick Milliarden vom Staat und vierzigtausend Leute werden entlassen. Also ich kann doch nicht jemandem Geld geben ohne Bedingungen. Und da finde ich ist die Politik auch gefordert mehr Druck auf die Unternehmen auszuüben.« (B7)

Zuspitzend könnte man diese Ausführungen als ein Plädoyer für die demokratische Notwehr des Staates gegenüber der enormen Einflussmacht – »Lobbyisten regieren unseren Staat« – der Unternehmen interpretieren. Statt Lobbymacht Deckelung der Unternehmensmacht durch den Staat. Ein anderer Kollege, der auch im ÖPNV arbeitet, erklärt mit ähnlicher Stoßrichtung:

»Unsere Wirtschaft diktiert unserer Politik wo es lang geht. Und wenn die Politik nicht springt, werden zigtausende Arbeitsplätze abgebaut und werden in Billiglohnländer verlegt. Oder auch wenn es um Abgaben, Steuern geht, also unsere Wirtschaft versucht es seit der Kohl Ära und Schröder hat es dann erfolgreich weiter gemacht. Die Wirtschaft versucht dem Staat zu diktieren wo es lang geht. Also eigentlich denke ich schon, dass unser Sozialstaat mehr durch die Politik geführt werden muss und die Wirtschaft mehr durch den Sozialstaat. Es kann nicht sein, dass Manager mit dem goldenen Handschlag verabschiedet werden und der kleine Arbeiter einen Tritt kriegt. Ist ja jetzt auch grade wieder, Unternehmen kassieren tausende Milliarden oder Millionen von Unterstützung für die Coronahilfe und setzen trotzdem den kleinen Mann auf die Straße, bauen trotzdem noch Arbeitsplätze ab. [...] Die denken nur an Gewinnmaximierung. Und wenn es nicht läuft, wer geht dann? Der Malocher. Also ich denke schon das da noch der Sozialstaat der Wirtschaft etwas sagen muss.« (B10)

Wird in der ersten Tendenz die Errungenschaft unterstrichen, die die soziale Marktwirtschaft bereithält, etwa Sicherungsleistungen und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten, um das eigene Plädoyer für staatliche Regulierung zu begründen, ist es in der zweiten Tendenz fast umgekehrt. Hier stehen die Defizite im Vordergrund – die politische Dominanz der Unternehmen und deren wirtschaftlicher Egoismus (»der Malocher muss gehen«).

Die dritte Deutungstendenz: Hier gibt es Überschneidungen mit der dritten Tendenz. In ihr wird die Begrenzung unternehmerischer Macht begrüßt, weil die nicht-regulierte Marktwirtschaft zu sozialen Verwerfungen und Dysfunktionalitäten führt. So heißt es etwa bei einem Automobilarbeiter: »Er muss sich einmischen, weil sonst geht das nur für einige gut und die Masse geht unter.« (A10) Ohne staatliche Eingriffe wird es demnach keine soziale Teilhabe für die Mehrheit der Menschen geben. Ein anderer Beschäftigter aus der Automobilindustrie hebt die Dysfunktionalitäten der Marktwirtschaft hervor, kritisch beziehend auf neoliberale Deutungsangebote.

»Absolut einschränken. Irgendwer hat mal gesagt, der Markt reguliert alles, oder Markt regelt sich selbst: Einen Scheißdreck tut der Markt. Der Markt denkt nur an sich selber. Mehr Produkte, kürzere Laufzeiten (der Maschinen, Verf.), alles schneller, höher, weiter. Das geht nicht, irgendwann ist Ende der Fahnenstange. Irgendwann heißt es auch mal zurück auf den Boden, back to the roots. Und wir müssen auch was für unsere Leute tun.« (A3)

Ohne staatliche Regulation, so die Implikation, bleiben die sozialen Interessen der Beschäftigten auf der Strecke. Ein anderer Kollege verweist direkt auf die Krisenhaftigkeit des nicht-regulierten Kapitalismus, indem er auf die große Wirtschaftskrise 2008/09 Bezug nimmt:

»Das ist ja der Kapitalismus an sich, das ist ja der Liberalismus, funktioniert aber nicht. Hat 2008/2009 nicht funktioniert. Da hat man die ganze Zeit gesagt, lieber Staat, bleib mal außen vor. Als die Banken dann aber pleite gegangen sind, als die in die Krise geraten sind, da haben die Banken dann nach Staatsgeldern geschrien. Das ist ja nicht freie Marktwirtschaft, das ist ja nicht das Laissez-faire, was sie vorher verlangt haben vom Staat. Da hat dann der Staat eingegriffen. Zwar nicht eingegriffen, um zu reglementieren, sondern um Geld hinein zu pumpen, in ein System was ja gescheitert war.« (A8)

Unzufriedenheiten mit sozialstaatlichen Leistungen

Wie ich einleitend bemerkt habe würdigt das Gros der Interviewten sozialstaatliche Leistungen in Deutschland, schätzt sie gerade im Vergleich zu den Verhältnissen in anderen Gesellschaften positiv ein. Dennoch wurden auch etliche Unzufriedenheiten sichtbar.

Kritiken an sozialstaatlichen Leistungen wurden aus drei Perspektiven entwickelt. *Erstens* wurden Kritiken vor dem Hintergrund der erwähnten grundsätzlichen Zufriedenheit mit dem deutschen Sozialstaat an einzelnen Defiziten formuliert. Entsprechend vielfältig ist das Spektrum der Probleme, die angesprochen wurden. Es reicht von Wünschen nach mehr Kitaplätzen über der Bemängelung von Armutsrenten bis hin zur Kritik an zu geringen Löhnen, die im Gesundheitswesen gezahlt werden.

Zweitens wurden deutlichere Unzufriedenheiten mit dem Sozialstaat – durchaus an ähnlichen Beispielen (z.B. Rente oder niedrige Löhne) – stärker im Lichte der Ungleichheitskritik formuliert. Kurz gesagt: Unzufrieden sind diese Beschäftigten mit sozialstaatlichen Leistungen, weil sie soziale Probleme verursachen, soziale Ungleichheiten festschreiben oder nicht abbauen. So heißt es exemplarisch bei einem Beschäftigten der Automobilindustrie »Hartz 4« sei »ein absoluter Witz«, denn »das geht gar nicht, das

muss definitiv erhöht werden, um mindestens nochmal den Betrag, den es gerade gibt.« (A3) Ein weiteres Problem sind für ihn Armutsrenten, die er auch aus der eigenen Familie kennt. »Meine Oma ist letztes Jahr gestorben. Die hat 40 Jahre auf Conti gebuckelt. [...] Die hat 1000 Euro Rente gehabt.« (A3) Oder: Eine Krankenpflegerin begründet ihren kritischen Blick auf den deutschen Sozialstaat, indem sie auf die ihres Erachtens sozial unfaire Coronahilfspolitik verweist, die exemplarisch Ungleichheiten deutlich machte und verstärkte (P11). Eine andere Krankenpflegerin verweist vor dem Hintergrund der sozialen Überlastung des Pflegepersonals in den Krankenhäusern, auf die falsche Regulierung des Krankenhaussektors: »Das müsste eigentlich alles in staatlicher Hand sein. Man dürfte damit keinen Profit machen. Und das ist das größte Problem, das ich eigentlich sehe.« (P1)

Drittens ist eine relevante Minderheit der Befragten mit der deutschen Sozialpolitik unzufrieden, weil der Staat in ihren Augen entweder Migrant*innen bevorteile bzw. Hilfe für Menschen in anderen Ländern leistet oder Erwerbslose, die angeblich nicht arbeitswillig sind, ohne Druck finanziert. Hier zeichnen sich deutliche Konturen einer exklusiven Solidargemeinschaft ab, entweder national oder leistungspolitisch begründet. Hier scheint eine Art Anti-Universalismus auf, der in der Politischen Soziologie als wichtige Ursache für die Wahl rechtspopulistischer und -extremer Parteien betrachtet wird (Bornscher/Kriesi 2013, 26f.), auch wenn das nicht heißt, dass die hier gemeinten Beschäftigten notwendigerweise die AfD oder Parteien rechts davon wählen. Die Grenzbeziehungen gegenüber Migrant*innen bzw. »zu viel Zuwanderung« werden unterschiedlich begründet. Ein Busfahrer etwa unterstreicht, dass die Einwanderung von zu vielen Menschen, die nicht in die Sozialsysteme eingezahlt haben, nicht funktioniere. »Wenn ich hier auf der einen Seite die habe, die immer nehmen, weil sie halt nie in das System eingezahlt haben [...], habe ich ein Problem damit.« Nicht zuletzt fehlt dann das Geld für andere Ausgaben, z.B. im Gesundheitssektor:

»Wenn das zu viele sind, dann fehlt irgendwo Geld für die Bereiche, wo ich aufstocken muss im Endeffekt. Und dann kommen wir irgendwann in den Bereich, wo wir jetzt sind, wo die Ärzte warnen, wir kommen jetzt langsam an unsere Kapazitätsgrenzen, an die Belastungsgrenzen.« (B2)

Zum Teil wird ein Unbehagen an einer Bevorzugung von Migrant*innen ausgedrückt, etwa von einem weiteren Busfahrer. »Ich empfinde es auch ein bisschen als Nachteil, dass Menschen mit Migrationshintergrund unter Umständen besser behandelt werden wie die Menschen im eigenen Land.« (B10). Ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie hingegen unterstreicht:

»Wir geben viel für alle anderen Bereiche aus, sei es die Unterstützung von Kriegsflüchtlingen, weil da irgendwas ist und nehmen die alle auf. Aber davon wird es ja auch nicht besser. [...] Zumal ja auch in unserer Schicht in Deutschland viele eigene Probleme haben. Welche Rentner leben denn am Existenzminimum oder leben auf der Straße? Die haben ja auch ihr Leben lang für Deutschland gearbeitet und bezahlt. Was ist mit denen? Die bleiben auf der Strecke!« (A9)

Andere, wie etwa eine Krankenpflegerin, betonen schlicht »trotzdem sollte das eigene Volk immer im Vordergrund stehen und man sollte sich vorrangig um die eigenen Bürger kümmern und nicht direkt um andere Länder.« (P6) Teilweise vermischen sich auch Grenzziehungen gegenüber Migrant*innen mit Abgrenzungen von imaginierten »faulen Erwerbslosen«. Eine andere Krankenpflegerin etwa meint: »Alle, die dem Staat auf der Tasche liegen und keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, nach Hause abschieben.« (P8). Etwas früher im Interview meinte sie über Hartz-Vier-Empfänger*innen, »viele von denen [...], die ruhen sich auf ihren Lorbeeren aus und ich sehe keinen Grund, warum die nicht arbeiten gehen.« (P8)

Oder: Ein Busfahrer begründet seine Unzufriedenheit mit dem deutschen Sozialstaat damit, »dass wir hier alle Bürger mitfinanzieren, die quasi nichts oder wenig dafür tun, dass der Staat aufrechterhalten wird.« (P6) Gemeint sind ALG II-Empfänger*innen. Und ein Busfahrer erklärt empört: »Auf jeden Fall würde ich ändern, dass Leute, die nicht arbeiten gehen, so viel Geld bekommen. [...]. Ich kann mich mit solchen Leuten auch nicht unterhalten. [...] Ich habe richtig Hass auf solche Menschen.« (B6) Beschäftigte, die diese Kritiken und Bedenken formulieren, müssen nicht notwendigerweise rechts sein – aber die Kritik an der (angeblichen) Bevorteilung von Migrant*innen ist ebenso ein fester Teil rechtspopulistischer und faschistischer Deutungsangebote wie die Abwertung von Erwerbslosen, die als faul und Sozialschmarotzer dargestellt werden (Dörre 2018, 54; Dörre/Kraemer/Speidel 2004, 111). Insofern finden sich hier zumindest Brücken nach rechts. Wie breit und stabil sie sind kann auf der Grundlage der geführten Kurzinterviews allerdings nicht beurteilt werden.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Plädoyers für strafende Sozialpolitik, die Erwerbslose in Arbeit drängen und gegebenenfalls sanktionieren soll, sind allerdings selten geblieben in der Kurzbefragung. Weit verbreitet ist dagegen das Ideal der Leistungsgerechtigkeit. Damit ist in diesem Zusammenhang nicht unbedingt gemeint, dass Befragte sich eine Leistungsbemessung der Arbeitslosenversicherung in Abhängigkeit von zuvor erbrachten Arbeitsleistungen wünschen – abgefragt wurde diese nicht, und zum ausdrücklichen Thema wurde es von niemandem gemacht. Erwartet wird aber, dass ein Beitrag geleistet wird und sich niemand, vereinfacht ausgedrückt, auf den erbrachten Leistungen anderer ausruht, durch die die Arbeitslosenversicherung finanziert wird⁹.

Dass Erwerbslose arbeitsbereit sein sollten, fand daher das Gros der Befragten. Dementsprechend lehnte die Mehrheit der Interviewpartner*innen auch den Vorschlag des bedingungslosen Grundeinkommens ab. Aber immerhin rund 28 Prozent der Befragten griffen die Idee positiv auf – in diesem Fall ausschließlich Beschäftigte aus der

9 Grundsätzlich lassen sich die Prinzipien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit voneinander abgrenzen. Wenn Menschen sich an dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit orientieren, dann wollen sie, dass Ressourcen, Güter oder Positionen auf der Grundlage der individuell erbrachten Leistung verteilt werden (Sachweh 2010, 95). Wenn Menschen sich am Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit orientieren, dann sollen Güter und Ressourcen nicht auf der Basis dessen verteilt werden, was jemand vorher geleistet hat, sondern anhand des Bedarfs (ebd., 96) – jeder/m nach ihren/seinen Bedürfnissen, nicht nach der Vorleistung.

Automobilindustrie und dem Pflegesektor. Da eine weitreichende Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft ein Eckpfeiler sozialistischer Sozialstaatspolitik ist, die die Marktmacht abhängig Beschäftigter stören soll (siehe Kap. 2.2), sind diese Meinungen und Bewertungen von besonderem Interesse. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Genannt wurde den Befragten lediglich der Begriff des Grundeinkommens, vorgestellt die allgemeine Idee, dass Menschen ohne Gegenleistung Geld vom Staat bekommen. Es wurde kein konkretes Konzept vorgelegt, zu dem die Interviewpersonen um ihre Meinung gefragt wurden.

Tabelle 30: Haltung zum Bedingungslosen Grundeinkommen (absolute Zahlen Beschäftigte)

	Automobil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
Contra BGE	6	7	9	22
Unentschieden	1	0	0	1
Pro BGE	5	4	0	9

Quelle: Eigene Darstellung

Die Motive der Befürworter des Grundeinkommens waren allerdings sehr unterschiedlich. Sie reichten von der Behauptung, der Staat könne so aufgrund von Bürokratieabbau Ausgaben sparen (A4) bis hin zur Überlegung, ein bedingungsloses Grundeinkommen sei schlicht menschenwürdiger als das ALG II-System (A10). Eine Krankenpflegerin etwa meinte:

»Also das würde die Menschen viel mehr motivieren was anderes zu machen, [...] anstatt sich dann immer rechtfertigen zu müssen und immer hinterherlaufen zu müssen. [...]. Oder irgendwas immer beantragen zu müssen [...]. Also ich glaube auch, dass der Umgang mit dem Geld einfacher ist, wenn ich weiß, dass ich es einfach habe und nicht, dass ich dafür ständig kämpfen muss und nicht ewig Zeit und Energie dann auch noch dafür aufbringen muss.« (P4)

Andere Befragte unterstrichen, dass die Autonomie der abhängig Beschäftigten durch ein BGE vergrößert würde. So hieß es etwa bei einem Arbeiter aus der Automobilindustrie:

»Würde auch die Marktmacht der Industrie ein bisschen nehmen. Das man auch sagen kann ›Arbeitgeber, du förderst mich nicht richtig, ich haue in den Sack.« Also die Abhängigkeit der Bürger würde ein bisschen sinken im Verhältnis zur Industrie. Komplett dafür.« (A6)

Gegen das BGE sprach sich hingegen das Gros der Befragten aus. In der Regel wurde dabei auf den Anspruch verwiesen, dass Solidarität auch Gegenleistungen bzw. Leistungsbereitschaft voraussetze oder Nicht-Lohnarbeiten nicht staatlich gefördert werden sollte. Eine Pflegefachkraft etwa meinte: »Also da bin ich absolut dagegen. Ich finde schon,

dass Arbeit gewertschätzt und bezahlt werden sollte und Nichtstun halt auch nicht honoriert werden sollte.« (P2) Auch Verweise auf fehlende Leistungsgerechtigkeit fehlten nicht. So ließ eine andere Pflegekraft wissen:

»Ich stimme überhaupt nicht zu. [...]. Es kann nicht sein, dass der eine sich krumm macht und arbeitet und arbeitet und das Gleiche bekommt wie jemand, der Zuhause auf seiner Couch sitzt und nicht arbeitet. Das wäre einfach wirklich unfair.« (P11)

Und ein Arbeiter aus der Automobilindustrie meinte: »Also ich bin keiner, der nur auf Leistung trimmt. Aber ich bin schon der Meinung, dass Leistung, also Arbeit, die Grundvoraussetzung ist, um Lohn zu bekommen.« (A8) Gelegentlich wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass niemand mehr einer Lohnarbeit nachgehen würde, wenn es ein BGE gäbe – unter anderem könne das System der Arbeitslosenversicherung dann nicht mehr finanziert werden. »Also wenn wir nur Geld ausschütten, ohne irgendwelche Gegenleistungen [...], wird sich der Staat irgendwann nicht mehr finanzieren können.« (A9) Normative (»soll nicht sein«) und funktionale (»geht nicht«) Einwände überschritten sich dabei durchaus.

5.2.5 Politiker*innen und Parteien: Entfremdet und gekauft?

Soziale Zufriedenheit muss nicht notwendigerweise dazu führen, dass Bürger*innen sich durch politische Parteien und Politiker*innen gut vertreten fühlen. Umgekehrt wurde insbesondere in der Rechtspopulismusforschung darauf hingewiesen, dass soziale Leiderfahrungen zum Empfinden führen können, politisch nicht angemessen repräsentiert zu werden. Von einer populistischen Lücke ist in diesem Zusammenhang dann die Rede: Weder bieten Mainstreamparteien in diesen Fällen angemessene Lösungen für die Probleme der Menschen, noch machen sie Deutungsangebote, die Betroffenen helfen ihre Situation zu verstehen (Flecker/Kirschenhofer 2007, 19). Rechtspopulismus setzt Kritik an und Unbehagen mit politischen Mächtigen voraus.

»Rechter Populismus führt Gegnerschaften in die politischen Auseinandersetzungen ein, er greift die Regierenden mit dem Argument an, dass sie schlecht und unrecht regieren würden. Im gleichen Atemzug wendet er sich gegen Migration, gegen die sichtbare Präsenz von Fremden sowie von Menschen, die einer von ihm gesetzten Norm nicht entsprächen.« (Reinfeldt 2013, 40)

Denkbar ist aber auch, dass linke Kritikpotenziale an Parteien und Akteuren entstehen. Die in Kapitel 5.1.3 herausgearbeitete Diagnose eines »Unbehagens an der Politik« wurde in der Kurzbefragung deshalb aufgegriffen, die Interviewten wurden um ihre Meinung zu zwei Statements gefragt. Das erste Statement sagte aus, dass sich Politiker*innen immer stärker von den Interessen der Wähler*innen entfernten und deshalb kaum noch für die Interessen des Volkes einsetzen. Das zweite Statement besagte, dass die Demokratie in Deutschland grundsätzlich funktioniere, es aber nicht möglich sei alle Interessen und Anliegen der Wähler*innen zu verwirklichen. Mit Hilfe dieser Entscheidungsfrage soll-

te das Maß an Unzufriedenheit der Befragten mit Politiker*innen und Parteien erfasst werden.

Tabelle 31: Meinungen zu Politiker*innen und Demokratie (absolute Zahlen Beschäftigte)

	Automobil	Krankenhäuser	ÖPNV	Gesamt
Umdeutung der Frage	4	1	1	6
Demokratie funktioniert	2	5	4	11
Teils/Teils	1	0	4	5
Entfremdung	4	4	3	11

Quelle: Eigene Darstellung

Die Befragten¹⁰, die von einer Entfremdung zwischen Politiker*innen und Wähler*innen ausgingen, begründeten dies durch Hinweise auf zwei unterschiedliche Entwicklungen: *Die erste* Deutung besagte, dass Politiker*innen Egoist*innen sind, die in erster Linie ihr Eigeninteresse verfolgen oder sich aufgrund ihres Eigeninteresses vom Wahlvolk entkoppeln. Bei einer Krankenpflegekraft heißt es lapidar »Unsere Politik handelt nicht im Interesse des Volkes. Die verfolgen ihre eigenen Ziele [...]« (P8) Ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie unterstrich: »Wir brauchen andere Politiker, die nicht nur in ihre Geldbörse gucken, sondern eben dem Volk wieder zuhören.« (A4) Und sehr zuspitzend meinte ein anderer Automobilarbeiter:

»Politiker sind schon immer Lügner, auf der ganzen Welt, ganz einfach. Die versprechen Dir irgendwas vor der Wahl und dann kann man sich nicht mehr dran erinnern. Und stecken immer in die eigene Tasche.« (A7)

Die zweite Deutung, die häufiger vorgetragen wurde als die erste, bestand in der Tendenz auf die grundsätzliche soziale Entfremdung von Politiker*innen und Wahlvolk zu verweisen, die durch die Akademisierung des Parlaments verursacht würde. Politiker*innen werden hier zwar nicht unisono zur Oberklasse gerechnet (siehe hierzu Beck/Westheuser 2022, 302), Vertreter*innen aus den unteren Klassen sind sie aber überwiegend auch nicht. So argumentiert etwa ein Busfahrer,

»früher waren noch mehr normale Arbeitnehmer politisch aktiv. Heute habe ich immer das Gefühl, es gibt immer nur noch Rechtsanwälte und Lehrer, die in die Politik gehen. [...] Also ich habe das Gefühl, wenn ich Politiker manchmal reden höre, dass denen so dieser richtige Draht zu den normalen Menschen schon fehlt.« (B7).

10 Ein Teil der – durchaus auch der sozialkritischen – Befragten deutete die Frage um und sprach über andere sie interessierende politische Fragen. Ein Automobilarbeiter etwa nahm sie zum Anlass, um die Stimmungsmache gegen Geflüchtete zu kritisieren, die er in den Medien wahrnahm (A3), eine Pflegerin, um über die Komplexität politischer Meinungsbildung zu reflektieren (P1). Diese Umdeutungen bleiben im Weiteren außen vor.

Hier wird eine Art »klassenpolitischer Bruch« festgestellt. Im Bundestag sitzen überwiegend Angehörige des Kleinbürgertums oder der lohnabhängigen Mittelklasse (siehe Kap. 4.2), auch wenn die Befragten diese Begriffe selbst nicht nutzen. Ein Spiegel der Gesellschaft ist das Parlament in den Augen dieser Interviewten jedenfalls nicht. Ähnlich heißt es bei einer Pflegefachkraft:

»Jetzt etwas polemisch gesagt, jemand vertritt nur Leute, die zu seiner eigenen Klientel gehören, das heißt eben die Arbeiter im deutschen Bundestag sind, glaube ich, nach der letzten Rechnung so unter fünf Prozent oder so. Das andere sind Akademiker oder eben Rechtsanwälte [...] oder sonst irgendwas gebildete Leute. Das ist das Problem.« (P5)

Auf die Macht von Lobbys oder den direkten Einfluss auf Politiker*innen, den Unternehmen nehmen könnten, hat im Zusammenhang mit der oben umrissenen Entscheidungsfrage zwischen den genannten Statements keine Interviewperson verwiesen, die von einer Entfremdung zwischen Politiker*innen und Wähler*innen ausgegangen ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft nicht kritisch betrachtet würde.

Die Frage etwa, ob wirtschaftliche Nebentätigkeiten von Politiker*innen generell verboten werden sollten, beantworteten fast alle Interviewpartner*innen mit Ja. Überwiegend wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Nebentätigkeiten entweder nicht mehr ausreichend Zeit ließen, um den Beruf des Abgeordneten angemessen auszuüben, oder zu Parteilichkeit für den Geldgeber führen müsse. Ein kleinerer Teil der Befragten wies vor diesem Hintergrund auf »das Lobbyproblem« hin. Ein Automobilbeschäftigter etwa meinte, Politiker sollten sich mehr dem Volk zuwenden als den Interessen der Lobbyisten (A12). Eine Krankenpflegerin führt aus:

»Aber diesem Vorwurf des Lobbyismus, dem kann sich ja keiner entziehen und das passiert ja auch eigentlich immer wieder. Man sieht es ja. Also da muss man gar nicht großartig recherchieren, das bekommt man ja immer wieder mit. Gefälligkeiten [...]. Das fängt auf kleiner Ebene an und hört auf großer Ebene auf.« (P4)

Ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie erläutert, weshalb er für ein Verbot von Nebentätigkeiten ist, folgendermaßen:

»Weil einfach so viel Lobbyarbeit betrieben wird. Und weil einem da eben früher oder später, wenn man da einzelne Personen anguckt, die dann extrem viele solcher Stellen haben, auch die Vermutung kommen könnte: wer schmiert, der regiert!« (A5)

Ein ebenso großer Teil, wie der, der von einer Entfremdung zwischen Wähler*innen und Politiker*innen ausging, entschied sich allerdings für das Statement, die Demokratie funktioniere gut, aber nicht alle Interessen ließen sich gleichermaßen verwirklichen – ein Statement, das gewissermaßen in der Enttäuschung von Wähler*inneninteressen nicht einen Beleg für ein gestörtes Verhältnis zwischen Repräsentierten und Repräsen-

tanten sieht, sondern als Merkmal einer Demokratie. Dafür wurden durchaus unterschiedliche Gründe angeführt. Eine Krankenpflegerin etwa argumentierte:

»Die Demokratie funktioniert, da wir freie Wahlen haben, die auch gerecht sind [...]. Das Problem ist [...] nur, dass von dem Beschluss bis zur Durchführung so viele Instanzen politisch durchgegangen werden müssen, dass schlussendlich am Ende nur noch ein Bodensatz von den Entscheidungen übrigbleibt [...]. Da spielen so viele Interessen eine Rolle, auch wirtschaftliche Interessen, so dass am Ende was rauskommt, was dann dem nicht mehr entspricht, was am Anfang gewollt war.« (P3)

Eine andere Pflegekraft meinte:

»Ich würde schon sehen, dass das eine gute Demokratie ist, aber nicht jeder kann mit seinen Themen gerade punkten. Man kann ja nicht auf alle Rücksicht nehmen. Man muss so einen Mittelweg finden, aber es ist klar, dass jemand zu kurz kommt.« (P6)

5.2.6 Fazit

Weder Betrieb, noch Gesellschaft wurden in den Kurzinterviews als zutiefst ungerechte Ordnungen gedeutet. Gleichwohl wurden in den Gesprächen verschiedene betriebliche und gesellschaftliche Problemrohstoffe sichtbar. Überwiegend wurde die Gesellschaft als zu ungleich gedeutet. Zwar drückte sich dies nicht unbedingt in den abgefragten Gerechtigkeitsbewertungen aus, wohl aber in der Zustimmung zur Diagnose einer erodierenden sozialen Mitte. Das Gros der Befragten geht von einer Art sozialen Polarisierung aus, von der die Befragten sich aber überwiegend selbst ausgenommen sehen (siehe ähnlich auch: Kuhlmann/Prekodravac/Rüb/Vogel 2022, 8). In diesen Deutungen verbinden sich m.E. zwei gleichzeitig wirkende Tendenzen, die seit den 1990er Jahren innerhalb der Bevölkerung wachsende Wahrnehmung sozialer Polarisierung einerseits, die in Westdeutschland weiterhin große Identifikation mit der sozialen Mitte andererseits (Neckel 2008, 191).

Die dargestellten empirischen Schlaglichter bestätigen auch Befunde der jüngeren Lohnabhängigenbewusstseinsforschung, die sich u.a. mit der subjektiven Verarbeitung von Leistungsansprüchen und Krisenprozessen auseinandergesetzt haben: Verglichen sich befragte Beschäftigte mit der Lage von abhängig Beschäftigten, die in Weltregionen leben, die keine Spitzenplätze im kapitalistischen Weltmarkt einnehmen, oder mit Menschen im eigenen Land, die in der Klassenstruktur deutlich weiter unten stehen, erscheint die eigene Lage in einem eher guten Licht. Aber:

»Zieht man Vergleiche nicht ›nach unten‹ oder in Bezug auf ›den Süden‹, sondern vielmehr ›nach oben‹, dann kann der Vergleich zu Kritik und Empörung, zur Verstärkung des Ungerechtigkeitsempfindens führen.« (Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015, 402)

Mit Blick auf die Potenziale einer gesellschaftlichen Allianz sind fünf weitere Befunde wichtig. *Erstens*: Rund 1/5 der Befragten brachte in Reaktion auf offene Fragen den Klima-

schutz als wichtiges Thema auf. *Zweitens*: Bei einem etwa gleich großen Teil der Befragten spielten Abgrenzungen von Migrant*innen und »imaginierten faulen Erwerbslosen« eine wichtige Rolle. *Drittens*: Für fast ein Drittel der Interviewten ist die politische Rechtsentwicklung eine akute Sorge, lässt sich eine deutliche Abgrenzung von der AfD beobachten. *Viertens*: Das Gros der Befragten wünscht sich einen absichernden Sozialstaat, aber auch umverteilende Wohlfahrtsstaatspolitik wird unterstützt. Bei einem Fünftel bis Viertel der Befragten finden sich in diesem Zusammenhang mehr oder weniger deutlich ausgeprägte »exklusive Solidaritätsorientierungen«, die durch Abgrenzungen von Migrant*innen oder Erwerbslosen gekennzeichnet ist. *Fünftens*: Zuspitzende Deutungen des politischen Feldes, wonach die Politiker*innen in erster Linie den oberen Zehntausend dienen (Sauer/Stöger/Bischoff/Detje/Müller 2018, 196), tauchten in den Kurzinterviews so nicht (oder höchstens ansatzweise) auf – wohl aber eine starke Deutungstendenz, die von einer Entfremdung zwischen Politik und Wähler*innen ausgeht. Auch für etliche Interviewpartner*innen erscheint das politische Feld als »[...] lebensferne Blase, die um sich selbst (kreist) und in der das gesellschaftliche Unten kein Gehör mehr findet.« (Bose/Köster/Lütten 2018, 219). Die Gegentendenz besteht in der Wahrnehmung, die Demokratie funktioniere und führe notwendig zu Enttäuschungen.

Die ersten eigenen empirischen Einblicke in das Feld der populären Anschauungen haben Ähnlichkeiten/grundlegende Unterschiede von Deutungen gezeigt, die sich auf einzelne Aspekte bezogen haben – die betriebliche Beschäftigungssituation, gesellschaftliche Probleme, sozialstaatliche Orientierungen usw. Wie diese Deutungen (etwa der sozialen Ungleichheit, des politischen Feldes oder anderer gesellschaftlicher Probleme) zusammenhängen und ob es kollektiv geteilte kollektive Verarbeitungsweisen gibt, wurde nicht untersucht. Damit setze ich mich im nächsten Kapitel auseinander, in dem ich soziale Deutungsmuster rekonstruiere, die sich bei Beschäftigten des Handels, aus Krankenhäusern und der Industrie fanden.

5.3 Populäre Deutungen in gewerkschaftlichen Milieus

Nun möchte ich mich den sozialen Deutungsmustern zuwenden, auf die ich in drei Teilen der Arbeiter*innenklasse bzw. der Mittelklasse gestoßen bin: Bei Beschäftigten des Werkzeug- und Maschinenbaus sowie der Automobilindustrie, also Lohnabhängigen, die direkt vom industriell-fossilen Kapital abhängen; bei Beschäftigten aus der Handelskette, insbesondere denen, die in Lägern und im Online- und Versandhandel, tätig sind; und bei Pflegepersonal aus Krankenhäusern.

Die Branchen, in denen sie arbeiten, unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht voneinander. Die befragten *Beschäftigte der Industrie* arbeiten i.d.R. in Betrieben mit einer längeren Tradition der Mitbestimmung, sie sind qualifiziert und ihre Jobs sind häufig vom Erfolg des Exportgeschäftes abhängig. Sie verfügen über einen respektablen Wohlstand, werden also deutlich besser bezahlt und sind häufiger tariflich abgesichert als es andere Beschäftigtengruppen. Nach 2008 war der mit der Coronapandemie verbundene Auftragsrückgang bereits die zweite wirtschaftliche Krise, die »ihre« Industrie traf.

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind sowohl im Werkzeug- und Maschinenbau als auch in der Automobilindustrie verbreitet, insbesondere in Form von Leiharbeit und Befristungen. Leiharbeiter*innen-Randbelegschaften können den Angehörigen des Stamms zwar durchaus ihre eigene Ersetzbarkeit vor Augen führen; gleichzeitig aber wirken sie auch wie ein flexibler Schutzpuffer. Denn zuerst wird auf die Zeitarbeiter*innen verzichtet, wenn die Nachfrage nicht mehr stimmt. Der aktivierende Sozialstaat wirkt in diesem Bereich einerseits verunsichernd, weil er Leiharbeit und Befristungen gefördert hat, andererseits stabilisierend, weil in den vergangenen Krisen durch Kurzarbeitergeld u.Ä. Beschäftigung gesichert wurde. Insbesondere in großen Industrieunternehmen ist die gewerkschaftliche Organisationsmacht ausgebaut und akzeptiert. Der ökologische Umbau der Wirtschaft betrifft die Beschäftigten beider Sektoren u.a. aufgrund neuer Produkte wie dem E-Auto, aber auch aufgrund der Umstellung der Energieversorgung und Anreizen, energieeffizientere Technologien einzusetzen. Für beide Branchen gilt, dass bereits in den vergangenen drei Jahrzehnten viel »transformiert« wurde, um flexibler, schneller und gewinnträchtiger im internationalen Wettbewerb zu wirtschaften (Boewe/Schulten 2021; Dispan 2017; Dispan/Schwarz-Kocher 2014; Haipeter 2013).

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern arbeiten in einem eher wirtschaftlich krisenresistenten Sektor, »Kranke wird es immer geben«, wie es ein Interviewpartner zusammenfasste. Zumindest im Pflegebereich verfügen die Beschäftigten über mittlere und höhere Qualifikationen und einen respektablen, zuweilen bescheidenen Wohlstand. Die letzten beiden Wirtschaftskrisen wirkten sich jedenfalls ökonomisch in keiner Form direkt nachteilig auf den Krankenhaussektor aus. Während die Beschäftigten aus der Industrie i.d.R. in den internationalen Wettbewerb eingebunden sind, arbeiten die Pflegekräfte in einem hochgradig sozialstaatlich regulierten Sektor, der für Regionen Gesundheitsdienstleistungen zur Verfügung stellt (Bündnis Krankenhaus statt Fabrik 2020, 17f.). Aber auch Beschäftigte in den Krankenhäusern können häufig auf Verschlechterungsgeschichten zurückblicken, die eng mit der Ökonomisierung des Krankenhaussektors verbunden ist (Nachtwey/Wolf 2013, 182–183). Durch eine neuartige Art der Krankenhausfinanzierung, die sowohl für die öffentlichen, die kirchlichen wie für die privaten Krankenhäuser gilt, wurde die Arbeitsbelastung erhöht, weil – vereinfacht gesagt – mehr Patient*innen bzw. mehr »Krankenhausleistungen« (wie Kaiserschnitte oder Hüftoperationen) in weniger Zeit bewältigt werden müssen (Bündnis Krankenhaus statt Fabrik 2020, 23f.). Das Ärzteblatt fasste die neue Logik wie folgt zusammen:

»Seit 2004 rechnen die Krankenhäuser nicht mehr nach Tagessätzen ab, sondern auf der Basis diagnosebezogener Fallpauschalen (DRG = Diagnosis Related Groups). Im Vergleich zum alten System der Tagessätze werden unter DRG-Bedingungen stärkere Anreize für ein wirtschaftliches Verhalten gesetzt: Gestaltet sich die Behandlung eines Patienten aufwendiger, als durch die pauschale Vergütung gedeckt, macht das Krankenhaus Verlust. Gelingt es aber, wirtschaftlicher zu arbeiten, als bei der Kalkulation der DRG-Pauschale berechnet, lässt sich ein Gewinn erzielen.« (Flintrop 2006)

Aus u.a. diesem Grund kam es in Deutschland in den vergangenen Jahren vermehrt zu Tarifaueinandersetzungen (etwa an der prestigeträchtigen Berliner Charité), in denen es nicht nur um bessere Löhne, sondern insbesondere um die Entlastung des Personals ging. Die Beschäftigten, die ich interviewt habe, arbeiteten zum Teil in privaten und zum Teil in öffentlichen Krankenhäusern. Prekäre Arbeitsverhältnisse finden sich insbesondere in den i.d.R. ausgelagerten Bereichen, also etwa in der Gastronomie oder im Reinigungsbereich, die nun häufig in eigständigen Unternehmen organisiert werden. Vom ökologischen Umbau der Wirtschaft ist der Krankenhaussektor insbesondere energiepolitisch betroffen, die Nachfrage nach Personal und auch der Arbeitsalltag dürfte dadurch nicht betroffen sein – egal, welche Art von Klimaschutzpolitik (siehe Kap. 2.3) sich in Zukunft durchsetzen wird.

Die *Beschäftigten der Handelskette*, also aus den Lägern des Einzelhandels oder aus dem Online- und Versandhandel, arbeiten in einer Branche, in der das Management auf viele prekäre Arbeitsverhältnisse zurückgreift (Goes 2015, 156f.): Leiharbeit, Befristungen, niedrige Löhne, sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit. Mit »Handelskette« meine ich die verschiedenen Stufen, die Waren durchlaufen, nachdem sie vom Herstellerunternehmen verkauft und bis sie vom Konsumenten gekauft werden (Warenzirkulation). Dazu gehört der Großhandel ebenso wie der Einzelhandel. Großhändler kaufen und verkaufen Waren von und an andere Unternehmen – in der Regel wird mit Produktionsmitteln gehandelt, ob das nun Dönerfleisch, Rohre oder chemische Substanzen für die Reifenproduktion sind. Zur Handelskette gehören aber natürlich auch die Teile, die uns besonders präsent sind, der Online- und Versandhandel und die verschiedenen »stationären« Outlets, in denen wir kaufen können: ob nun ein SB-Warenhaus wie Kaufland, oder Lebensmitteldiscounter wie Aldi.

Wenn wir an diesen Handel denken, dann haben wir häufig die unmittelbaren Verkaufstätigkeiten vor Augen. Aber Waren müssen auch bewegt und verstaut werden, und auch das möglichst kostenarm und schnell. Eigentlich gehören deshalb auch wichtige Teile der sog. Logistik zur Handelskette, etwa Speditionsfirmen, die die Waren von A nach B bewegen, oder auch Unternehmen, die die Lagerhaltung möglicherweise extern für Händler übernehmen. In den Lägern des Einzelhandels und des Online- und Versandhandels wird sortiert, bewegt, verstaut und schleunigst auf den Weg zum Kunden gebracht, hier wird die Warenzirkulation ganz praktisch, ganz industriell und großbetrieblich organisiert. Im Unterschied zu den »stationären Outlets«, in denen wir einkaufen gehen, sind solche Lager große Betriebe, oft mit mehreren hundert oder auch tausend Beschäftigten (Glaubitz 2011; Holst/Scheier 2019; Zanker 2018).

Folgt man Kim Moody, dann handelt es sich bei diesen Lägern um zentrale Bereiche des heutigen Kapitalismus, um Knotenpunkten neo-industrieller Arbeit, und um eine an Bedeutung gewinnende Fraktion der Arbeiter*innenklasse (Moody 2017, 59f.). Die Mitbestimmung ist in diesen Unternehmen durchaus umkämpft, weder Betriebsräte, noch die gewerkschaftliche Vertretung der Belegschaften kann man in der Handelskette einfach als anerkannt betrachten. Die Beschäftigten haben in der Regel eine Ausbildung, auch Studienabbrecher findet man hier. Die Arbeit selbst verlangt aber nicht nach »qualifizierter Arbeitskraft«, die Arbeitstätigkeiten können relativ schnell erlernt werden.

Der aktivierende Sozialstaat (siehe Kap. 3.2) wirkt in diesem Bereich nicht nur prekarisierend, weil er Befristungen und Leiharbeit gefördert hat, sondern weil im Rahmen der ALG-II-Gesetzgebung Erwerbslose dazu gedrängt werden, auch Jobs in diesem Bereich anzunehmen – auch, wenn sie deutlich unter ihrer Qualifikation und ihrer vorherigen Bezahlung liegen. Vom ökologischen Umbau der Wirtschaft sind die Beschäftigten aus den Lägern eher indirekt betroffen. Diese Teile der Handelskette sind mit dem fossilen Kapital indirekt verbunden, weil die Handelskette dafür sorgt, dass das, was erzeugt wurde, teilweise »just on demand« beim Verbraucher landet – deshalb ist sie auch energieintensiv, denn die Lieferketten umspannen den gesamten Globus. Die Lager, in denen die von mir Befragten arbeiten, gehören aber zu den Endpunkten dieser Lieferketten. Allenfalls eine Klimaschutzpolitik, die diesen global flexiblen Warenstrom einschränken und somit den heutigen Geschäftsmodellen Grenzen setzen würde, hätte Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Beschäftigten.

Tabelle 32: Bedingungen in den berücksichtigten Klassenfraktionen und Interviewsample

	Automobilkette/ Werkzeugbau	Handelskette	Krankenhäuser
Einkommen	Respektabler Wohlstand	Niedrige Löhne	Respektabler Wohlstand
Prekäre Beschäftigung	Rand-Stamm-Dynamik	Normalität von prekärer Arbeit	Geringe Prekarität
Qualifikationsanforderungen	Geringe Anforderungen bis vorausgesetzt Fachberufsausbildung	Geringe Anforderungen	Vorausgesetzte Fachberufsausbildung
Arbeitsmarktmacht	Mittlere Arbeitsmarktmacht	Niedrige Arbeitsmarktmacht	Hohe Arbeitsmarktmacht
Organisationsmacht	Befestigte Organisationsmacht	Fragile Organisationsmacht	Geringe Organisationsmacht
Ökologischer Umbau	Direkt wirtschaftlich betroffen	Indirekt wirtschaftlich betroffen	Kaum wirtschaftlich betroffen
Interviews	14 Problemzentrierte Interviews	10 Problemzentrierte Interviews	16 Problemzentrierte Interviews

Quelle: Eigene Darstellung

Repräsentant*innen des gewerkschaftlichen Milieus

Interviewt habe ich einen besonderen Teil der jeweiligen Belegschaften: Betriebsräte, Vertrauensleute, aktive Streikende oder Beschäftigte aus deren Umfeld. Auf diese Weise wollte ich einen Einblick in das betrieblich verankerte gewerkschaftliche Milieu erlangen, dem ich für die Entwicklung und Unterstützung eines sozial-ökologischen Sozialstaatsprojektes eine besondere Bedeutung zuschreibe. Außerdem handelt es sich i.d.R. um Scharnierpersonen zwischen Gewerkschaften als überbetrieblichem Sozialzusam-

menhang, Apparat und Bewegung einerseits und betrieblicher Basis andererseits, um Multiplikator*innen, die im stetigen Austausch mit weniger engagierten Kolleg*innen stehen (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 14).

Für die Untersuchung von Deutungsmustern innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus der drei Klassenteile spricht eine weitere machtpolitische Überlegung: Die größte soziale Bewegung der Bundesrepublik ist immer noch die Gewerkschaftsbewegung mit ihren Betriebs- und Personalräten, Jugendauszubildendenvertreter*innen und Vertrauensleuten, Frauen- und Solidaritätsgruppen, Bildungsstätten und Ortsgruppen. Wie demokratische Klassenpolitik in Zukunft verlaufen wird, ist insbesondere – wenn auch nicht ausschließlich – davon abhängig, was und wie hier gedacht wird. Grund genug also, sich intensiv mit dem Alltagsbewusstsein auseinanderzusetzen, das in diesem gewerkschaftlichen Milieu zu finden ist.

Um mich diesem Trägermilieu zu nähern, habe ich Interviewpartner*innen in Betrieben gesucht, in denen es in den vergangenen 2 Jahren Konflikte gab. Die Konflikte unterschieden sich deutlich voneinander in Anlass, Inhalt und Intensität. Sie reichten von Tarifauseinandersetzungen, in denen auch die Personalbemessung zum Gegenstand wurde (in zwei Fällen Tarif Entlastung) bis hin zu Tarifverhandlungen, in denen der Schwerpunkt auf Lohnforderungen lag. In einem Fall wurde eine Auseinandersetzung darum geführt, um Haustarifverträge (wieder) an das Niveau der Flächenvereinbarungen heranzuführen, in drei Fällen ging es um die Durchsetzung von Tarifverträgen (in einem Fall erfolgreich). In drei Fällen aus dem Werkzeug- und Maschinenbau wurde zusätzlich zu Lohnverhandlungen auch betrieblich der Abbau von Beschäftigung ausgehandelt, in den Fällen aus dem Handel ging es auch darum, Betriebsräten Anerkennung auf der Seite der Geschäftsleitungen zu verschaffen.

Tabelle 33: Übersicht der Interviews Deutungsmusteranalyse nach Betrieben und Engagementform

Betrieb	Art des Konfliktes	Engagement
Klinikum Land	Tarif Entlastung	2 Personalräte 14 Streikaktive
Klinikum Land	Tarif Entlastung	
Privates Krankenhaus	Tarifverhandlungen Lohn	
Lager Einzelhandel	Tarifbindung/Anerkennung BR	6 Betriebsräte 4 Streikaktive
Lager Einzelhandel	Tarifverhandlungen	
Lager Onlinehandel	Durchsetzung Tarifvertrag	
Lager Onlinehandel	Durchsetzung Tarifvertrag	

Endhersteller Automobil	Haustarifvertrag Angleichung Fläche	5 Betriebsräte 3 Vertrauensleute 6 Streikaktive
Werkzeug-/Maschinenbau Autokette	Tarifverhandlungen plus Hintergrund Beschäftigungsabbau	
Werkzeug-/Maschinenbau Autokette	Tarifverhandlungen plus Hintergrund Beschäftigungsabbau	
Werkzeug-/Maschinenbau Autokette	Tarifverhandlungen plus Hintergrund Beschäftigungsabbau	
Werkzeug-/Maschinenbau Luftfahrt	Tarifverhandlungen	

Quelle: Eigene Darstellung

Etwa ein Drittel meiner Gesprächspartner*innen waren Betriebs- oder Personalräte, unter den 40 Interviewten waren außerdem 3 Vertrauensleute. 12,5 Prozent aller Beschäftigten lebten in Ostdeutschland¹¹ (überwiegend waren das Krankenpflegekräfte). Während knapp 51 Prozent der Gesamtbevölkerung 2021 Frauen waren, waren es »nur« 27,5 Prozent meiner Untersuchungsgruppe. Einen Migrationshintergrund hatten lediglich 3 meiner Gesprächspartner*innen, also 7,5 Prozent des Untersuchungssamples – während diese Gruppe fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Das Gros meiner Interviewpartner*innen war zwischen 35 und 60 Jahre alt (etwa die Hälfte war zwischen 35 und 50 Jahre alt, der Rest zwischen 50 und Anfang 60), Beschäftigte, die unter 30 waren, habe ich nicht interviewt.

5.3.1 Deutungsmusteranalyse

Insgesamt habe ich 40 Gespräche geführt, die zwischen 2 und 6 Stunden lang waren. Diesen Interviews lag ein Leitfaden zugrunde, der sich grob in zwei Abschnitte teilte. Zunächst habe ich Erfahrungen in der Arbeitswelt, anschließend dann Meinungen zur Gesellschaft und Politik in Deutschland erfragt. Ich habe offene Fragen gestellt, damit meine Interviewpartner*innen die inhaltlichen Schwerpunkte so setzen konnten, wie sie ihnen wichtig waren.

In die Interviewphase, in der es um den Blick auf die Gesellschaft, auf das politische Feld und auch um Ansprüche an Sozialpolitik gehen sollte, bin ich i.d.R. eingestiegen, indem ich danach gefragt habe, was eigentlich nach Dafürhalten meines jeweiligen Gegenübers die wichtigsten sozialen oder politischen Herausforderungen sind, vor denen die deutsche Gesellschaft steht. Ich wollte wissen: Was beschäftigt die Menschen selbst, worüber reden sie, worüber regen sie sich auf, was wertschätzen sie, wenn man sie bitet, ihre Sicht der Dinge dazulegen – wobei sie zunächst einmal selbst entschieden, was »die Dinge« denn waren.

Die Ausführungen auf die erste offene Frage nach den größten Problemen, vor denen die deutsche Gesellschaft steht, habe ich dann aufgegriffen, habe nachgefragt (verstehend und vertiefend) und gegebenenfalls andere Themen aufgeworfen, sollten diese

11 2021 lebten knapp 15 Prozent aller Deutschen in den sog. »neuen« Bundesländern.

noch nicht zur Sprache gekommen sein. Dazu gehörte i.d.R. die Wahrnehmung der materiellen Ungleichheit, die Klimakrise, die Wahrnehmung von Politiker*innen und Parteien und – etwas ausführlicher – eigene Reformwünsche, insbesondere Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat. Ich wollte diese »Sozialstaatsorientierungen« innerhalb ihrer weiteren politischen und sozialen Bezüge zur Sprache bringen. Denn von diesen hängt ihre Bedeutung ab.

Heuristik der Deutungsmusterrekonstruktion

Bei der Auswertung der Beschäftigteninterviews und bei der Analyse der Deutungsmuster habe ich auf eine einfache Überlegung des Philosophen Norberto Bobbio zurückgegriffen (Bobbio 2021, 72–81). Die gesellschaftliche Linke, so Bobbio, vertrete ein Programm der Gleichheit, die gesellschaftlichen Rechtskräfte ein Programm der Hierarchisierung. Deutungen, die für ein links-ökologisches Projekt offen sind, wären demnach solche, in denen mehr Gleichheit gefordert wird (oder Ungleichheit kritisiert wird) – ob nun Gleichheit der Verteilung (z.B. möglichst gleiche Einkommen), der Macht (z.B. des möglichst gleichen politischen Einflusses aller Gesellschaftsmitglieder) oder des Rechts (z.B. möglichst gleiche soziale und politische Rechte der Menschen in einem Land, inklusive derjenigen, die keine Staatsbürgerschaft haben). Links ist aus dieser Perspektive die Kritik an Ungleichheit, sowohl der Verteilungsungleichheit, der Machtungleichheit oder der Innen-Außen-Spaltung zwischen Hier-Lebenden und Hier-Herkommenden.

Für die Rechte, auch für den demokratischen Konservatismus, ist dagegen ein Programm der Ungleichheit typisch. Ungleichheit ist aus dieser Perspektive für Gesellschaften nicht nur konstitutiv, sondern auch wichtig. »Klare Hierarchien sichern die soziale Ordnung. [...]« (Strobl 2021, 11) Natascha Strobl spricht daher von einem konservativen Antiegalitarismus (ebd.). Der Faschismus radikalisiert diesen Antiegalitarismus, unterfüttert ihn durch biologische oder kulturalistische Rassentheorien, und verbindet ihn mit Theorien der Ungleichwürdigkeit von Leben. Innerhalb der gesellschaftlichen Linken ebenso wie der gesellschaftlichen Rechten gibt es außerdem Kräfte, die ein Freiheitsprogramm vertreten und Kräfte, die eher autoritär sind. Diese Unterscheidung bezieht sich auf die Art und Weise, wie Ziele erreicht werden sollen – eher durch demokratische Mittel (z.B. Wahlen, die weitere Demokratisierung der Gesellschaft) oder durch Zwang (z.B. der starke Mann, Gewalt gegen andere etc.). Der Faschist als Beispiel der antidemokratischen Rechten, verzichtet auf die Freiheit, der demokratische Sozialist, als Beispiele der demokratischen Linken, nimmt die Freiheit in Anspruch (Polanyi 1978, 343–344).

Die erste Dimension, die der Gleichheit-Hierarchie, habe ich in die Untersuchung einbezogen, indem ich in den Interviews betriebliche Konflikte, damit verbundene Unzufriedenheiten meiner Gesprächspartner*innen, ihren Blick auf soziale und politische Probleme im Land, auf materielle Ungleichheit und auf Sozialpolitik zum Thema gemacht habe. Von der Thematisierung der Wohlfahrtsstaatspolitik habe ich mir Informationen über Ansprüche (z.B. konkrete Reformen), wahrgenommene sozialpolitische Probleme, aber auch über die gewünschte Form der Sozialstaatspolitik versprochen, ob sie beispielsweise stärker Verteilungsgleichheit schaffen sollte, vor sozialer Unsicherheit schützen oder zur Teilnahme am Arbeitsmarkt befähigen sollte. Die zweite Dimension habe ich in der Studie berücksichtigt, indem ich Meinungen zur deutschen Demokratie,

insbesondere zum Verhältnis zwischen Wahlvolk, Parteien/Politiker*innen und Wirtschaftsunternehmen erfragt habe. Falls es im Rahmen der Interviews möglich war habe ich – am Ende – außerdem Meinungen zur Idee der Wirtschaftsdemokratie abgefragt (siehe Kap. 5.3.8). Vereinfacht gesagt habe ich Gespräche, in denen mehr Gleichheit und mehr Demokratie (oder eine Demokratie, in der alle Interessen gleiche Chancen haben sich durchzusetzen) gefordert wurden, als »eher linke Deutungen« gewertet.

Bei der Analyse der Deutungsmuster habe ich zwischen Betriebsdeutungen, Gesellschaftsdeutungen und (Sozial-)Politikdeutungen unterschieden. Bei den Deutungen, die sich auf Betrieb und Gesellschaft bezogen haben, habe ich unterschieden was tatsächlich als Probleme von meinen Gesprächspartnern thematisiert wurde (Problemdeutungen) und wie – damit verbunden – Beziehungen im Betrieb bzw. die Ungleichheiten in der Gesellschaft gedeutet wurden (Beziehungsdeutungen).

Mit »Beziehungsdeutungen im Betrieb« meine ich z.B. die Wahrnehmung des Miteinanders zwischen Management und Belegschaft. Dominieren zum Beispiel betriebsgemeinschaftliche Sichtweisen oder wird der Betrieb als Ort von Missachtungen (Missachtungsregime) gesehen? Bei der Darstellung der Deutungsmuster habe ich den Schwerpunkt auf die »außerbetrieblichen« Deutungen gelegt, betriebsbezogene Deutungen habe ich lediglich am Einzelfall dargestellt, während ich gesellschaftsbezogene Deutungen anhand von Interviewaussagen aus verschiedenen Gesprächen nachgezeichnet habe.

Bei den Gesellschaftsdeutungen habe ich zwischen Problem Diagnosen und Ungleichheitsdeutungen unterschieden, die in der Regel miteinander verbunden sind. Die konkreten Problemdeutungen beziehen sich auf das, was meine Gesprächspartner*innen als störend, gefährlich oder herausfordernd in der Bundesrepublik (und teilweise auch: der Welt) wahrgenommen haben (z.B. wachsende Einkommensungleichheit, die Klimakrise, erstarkender Rechtsextremismus, zu viel Zuwanderung). Relevant war für mich nicht nur was wahrgenommen wurde, sondern auch, ob dabei eher einzelne Probleme im Vordergrund standen und alles andere überstrahlten, oder ob sich in den Interviews eher Problemketten abzeichneten, also mehrere Probleme als wichtig wahrgenommen wurden und gleichberechtigt nebeneinanderstanden oder hierarchisiert in ihrer Bedeutung miteinander verbunden wurden.

In fast allen Deutungsmustern, die ich im Folgenden darstellen werde, fanden sich Problemketten wieder. Sie unterschieden sich aber danach, welche Probleme besonders wichtig erscheinen. Die materielle soziale Ungleichheit spielte in fast allen eine Rolle, aber absteigend von dominant bis zweitrangig. Weit verbreitet sind darüber hinaus Sorgen um die Rechtsentwicklung im Land, den Klimawandel und die Lobbymacht. Typische Probleme lassen sich insofern nicht unbedingt für einzelne Deutungsmuster ausmachen, wohl aber typische Arten, wie sie arrangiert und miteinander verbunden werden. Die Ungleichheitsdeutungen waren in den Interviews in der Regel mit diesen Problem Diagnosen verbunden – aber als zentrale Probleme konnte auch der Klimawandel oder der Rechtsextremismus genannt werden, beides Probleme, die nicht unmittelbar mit Ungleichheitsdeutungen verbunden sind. Hier interessierte mich insbesondere welche Ungleichheiten überhaupt als relevant wahrgenommen wurden, wie sie erklärt bzw. worauf sie zurückgeführt wurden (z.B. im Fall von politischer

Machtungleichheit). In den Deutungsmustern, die ich herausgearbeitet habe, wurden Ungleichheiten hinsichtlich des politischen Einflusses, der Einkommen, der Bildungschancen und zwischen Deutschen und Immigrant*innen (Innen-Außen) thematisiert.

Wichtig war für mich ob und wie die materielle Ungleichheit wahrgenommen wurde. Besonders interessiert hat mich die Sicht meiner Interviewpartner*innen auf deren Entwicklungsrichtung (z.B. Wachstum der Armut) und ihre topologische Deutung (z.B. Polarisierung in Unten-Oben). In den Deutungsmustern, auf die ich gestoßen bin, fanden sich drei entsprechende Diagnosen wieder: Die erste dreht sich um die Wahrnehmung, die Ungleichheit im Land nehme zu, diese Diagnose ist aber nicht mit einem topologischen Bild der Ungleichheit (z.B. einer Pyramide, an deren Spitze besonders Wohlhabende stehen) verbunden. In der zweiten Deutung wird die Gesellschaft, abhängig von verfügbaren Einkommen bzw. der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen in ein Oben – Mitte – Unten unterteilt. Es ist dabei durchaus möglich, dass ein Wachstum etwa von Armut festgestellt wird, die Betonung liegt aber darauf, dass es immer noch eine große Mitte gibt. Die dritte Deutung geht ebenfalls von einer Dreiteilung in Oben – Mitte – Unten aus, sieht die Mitte aber kleiner werden und dreht sich um die Wahrnehmung einer sozialen Polarisierung.

Bei den (Sozial-)Politikdeutungen habe ich zunächst zwischen der Sicht auf das politische Feld an sich und Deutungen unterschieden, die sich auf die Wohlfahrtsstaatspolitik bezogen haben. An den politikfeldbezogenen Deutungen hat mich – wie bereits erwähnt – insbesondere interessiert, wie das Repräsentationsverhältnis zwischen Wahlvolk bzw. dem Volk als demokratischem Souverän und den Repräsentant*innen wahrgenommen wurde: den einzelnen Politiker*innen als Akteuren und den Parteien.

Ich bin auf vier unterschiedliche Deutungen des politischen Feldes gestoßen, die ich unten anhand der rekonstruierten Deutungsmuster darstellen möchte. Jede umfasst erstens spezifische Sichtweisen von Parteien, Politiker*innen, zum Teil des Staates, bezieht sich zweitens auf soziale und politische Anliegen bzw. Interessen, die erfüllt werden sollten, aber unerfüllt bleiben, und steht drittens in Verbindung mit Ansprüchen auf demokratische Teilhabe. Es handelt sich um liberal-demokratische, popular-demokratische, populistische und autoritäre ausgrenzend-populistische Deutungen.

Liberal-demokratische Deutungen zeichnen sich durch positive Bezüge auf die Parteiendemokratie aus, darüber hinaus eine Orientierung an seriöser und eher etablierter Politik. Die Abgrenzung insbesondere von Antidemokratischem, das mit der AfD identifiziert wird, spielt dabei eine wichtige Rolle. Unzufriedenheiten und zum Teil scharfe Kritik an Politiker*innen und Parteien treten gerade deshalb hervor, weil diese Erwartungen nicht erfüllt werden. In Anlehnung an Stuart Hall unterscheide ich davon eine popular-demokratische, eine populistische und eine ausgrenzend-populistische Deutung.

Popular-demokratische Deutungen zeichnen sich dadurch aus, dass Sozialkritik und Kritik an den Parteien auf eine Art und Weise zusammenwirken, dass eine Unten-Oben-Spaltung auch im Politischen sichtbar wird. Typisch sind deutliche Kritiken an Politikern und Parteien, die aber deutlich demokratisch motiviert sind. Zwischen liberal-demokratischen und popular-demokratischen Deutungen besteht insbesondere bezüglich der Abgrenzung von rechts eine klare Übereinstimmung, antagonistische

bzw. rebellische Momente, wie sie für popular-demokratische Deutungen typisch sind, fehlen aber in liberal-demokratischen.

Während popular-demokratische Deutungen den Gegensatz zwischen Volk und Eliten vertiefen, wirken *populistische Deutungen* nur vordergründig so (Hall 2014, 112f.). Im Hintergrund steht immer die Erwartung einer guten, gerechten, sauberen und rechtschaffenden Elite, die sich der Sache der einfachen Leute annimmt. So bauen populistische Deutungen Brücken zwischen Unten und Oben, wenn auch ein Teil des »Obens« scharf oder gar feindselig kritisiert wird. Populistische Deutungen müssen sich aber nicht gegen andere Menschen- und Lohnabhängigengruppen wenden, sie müssen auch nicht im engeren (liberalen) Sinne antidemokratische Potenziale bergen.

Wenn beides der Fall ist, spreche ich von *autoritären ausgrenzend-populistischen Deutungen*. Antidemokratisch ist der ausgrenzende Populismus insbesondere, weil er für sich allein beansprucht »das« Volk zu vertreten (Müller 2016, 26) – ausgrenzend-populistische Deutungen sehen im Parteienstreit keine Bereicherung, sondern in der Tendenz ein Theaterspiel und/oder ein Problem, weil nicht geschlossen »das« Volksinteresse vertreten wird.

Von diesen Politikfelddeutungen unterschieden habe ich erstens die Ansprüche an Wohlfahrtsstaatspolitik, die in der Regel (aber durchaus nicht immer) mit den wahrgenommenen Problem- und Ungleichheitsdeutungen verbunden waren, und zweitens die diesen unterliegenden Ansprüche an Sozialstaatsinterventionen. In Rückkopplung mit den in Kapitel 2.2 entwickelten Formen der Sozialstaatsintervention habe ich fünf Varianten des gewünschten Sozialstaatshandelns nachgezeichnet, die sich bei meinen Gesprächspartner*innen gefunden haben: Der umverteilende, befähigende, schützende und strafende Sozialstaat und die Sozialstaatspolitik des Öffentlichen. Der *befähigende Sozialstaat* bildet (weiter), sorgt sich um die Kindererziehung, Schulen, gute Qualifizierung der Arbeitskräfte. Er soll gleiche Chancen bieten. Der *umverteilende Sozialstaat* soll dafür sorgen, dass Armut reduziert wird, abhängig Beschäftigte mehr Einkommen bekommen. Der *schützende Sozialstaat* soll soziale Unsicherheit und sozialen Abstieg mildern oder verhindern. Der *strafende Sozialstaat* soll Erwerbslose bestrafen, damit sie wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen. Die *Sozialstaatspolitik des Öffentlichen* sorgt durch das Angebot nicht-marktförmiger Dienstleistungen und Infrastrukturen für mehr und qualitativ hochwertige soziale Teilhabemöglichkeiten.

Insgesamt ist es sinnvoll mit Blick auf die geführten Gespräche zwischen konkreten Reformwünschen und gewünschten Formen des Sozialstaatshandelns zu unterscheiden. Das Spektrum von Forderungen konnte breit sein kann, sich aber deutlich um eine oder zwei »Interventionsformen« gruppieren. In einem Gespräch konnte beispielsweise mehr Geld für Kinderbetreuung, Schulen, Erwerbslose oder Renten gefordert werden, während der Wunsch nach einer »befähigenden Sozialstaatspolitik« aber dominierte, also nach guter Ausbildung von Kindern und Qualifizierung von Erwerbslosen.

Das heuristische Schema, mit dessen Hilfe ich die im Folgenden dargestellten Deutungsmuster rekonstruiert habe, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen.

Tabelle 34: Ebenen und inhaltliche Struktur der empirischen Deutungsmusteranalyse

Betriebsbezogene Deutungen	Problemdeutungen: Was stört konkret im Betrieb?
	Beziehungsdeutungen: Wie wird das Miteinander gedeutet?
Gesellschaftsdeutungen	Problemdeutungen Was wird als soziales/politisches Problem in der Gesellschaft wahrgenommen? Gibt es einzelne »Motive«, die dominieren, oder mehrere gleichberechtigte/hierarchisierte Probleme?
	Ungleichheitsdeutungen Welche Ungleichheiten werden als relevant wahrgenommen? (Wie) Werden sie erklärt/worauf zurückgeführt Wie wird materielle Ungleichheit wahrgenommen/gedeutet?
(Sozial-)Politikdeutungen	Ordnung des politischen Feldes Blick auf Parteien und Staat Bewertungen der Beziehungen zwischen Volk als demokratischem Souverän und Parteien/Politiker*innen/Regierung
	Sozialpolitische Orientierungen Konkrete sozialpolitische Forderungen Gewünschte Formen der Wohlfahrtsstaatspolitik

Quelle: Eigene Darstellung

Ich bin in den Gesprächen, die ich geführt habe, und in den Kurzinterviews auf sechs Deutungsmuster gestoßen, die ich nun vorstellen möchte. Jedes einzelne werde ich anhand eines Sozialporträts nachzeichnen, und ggf. punktuelle Eindrücke aus weiteren Gesprächen einfließen lassen. Vier dieser sechs Deutungsmuster werden von einer größeren Zahl von Interviewten artikuliert: »Die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen«, »Die (Enttäuschten) Sozialliberalen«, »Die Leistungsorientierten Sozialkonservativen« und die »Ökologie-Zuerst-Bewegten«. Im eigentlichen Sinne kann von einem Deutungsmuster nur die Rede sein, wenn sich typische Deutungen bei mehr als einer Person finden.

In zwei der ausführlichen Gespräche, die ich führen konnte, traten Verarbeitungs- und Deutungsweisen hervor, die innerhalb des Interviewsamples einzigartig blieben, die ich aber aufgrund ihrer politischen Bedeutung als sehr relevant bewerte. Dabei handelt es sich um den »Sozialrebellischen Nationalisten« und den »Exklusiven Sozialpopulisten«. Beide Deutungsweisen fasse ich – auch aufgrund älterer eigener Forschung, bei der ich auf ähnliche Deutungen gestoßen bin (Goes 2015, 241f.) – als hypothetische Deutungsmuster auf. Ob sie sich, wovon ich aufgrund anderer Forschungsergebnisse (siehe Kap. 5.1.3 und 5.1.4) ausgehe, tatsächlich bei einer größeren Zahl anderer Menschen finden, wäre durch weitere Interviews zu prüfen.

5.3.2 Der Sozialrebellische Nationalist

Im Folgenden will ich eine rechtsaffine Tiefengeschichte (Hochschild 2017, 187) beispielhaft vorstellen, die Ansichten von Karl¹². Karl, in den Mittfünfzigern, katholisches und obrigkeitshöriges Elternhaus (wie Karl es selbst ausdrückt), war in einer langanhaltenden Tarifauseinandersetzung aktiv. Er gehörte zum Teil des gewerkschaftlichen Rückgrats innerhalb des Betriebes. Mich interessiert die Art und Weise, wie er als Alltagsphilosoph »seine Welt« deutet. Was denkt er über seine Arbeit, über den Betrieb? Was läuft nach seinem Dafürhalten falsch und richtig, im Betrieb, im Land? Was empfinden er wirklich als ungerecht, und was sollte anders sein? Das sind einige der Fragen, über die ich mit Karl gesprochen habe.

Karls Anschauungen lassen sich als »sozialrebellischen Nationalismus« bezeichnen (ähnlich: Dörre 2008, 248). Im Mittelpunkt stehen Arbeitsleiderfahrungen und das Gefühl, in der Gesellschaft gegenüber Migrant*innen benachteiligt zu werden. Im Sozialrebellischen Nationalismus werden Oben-Unten-Unterschiede durchaus zum Thema gemacht, materielle Ungleichheit kann sogar als krass wahrgenommen werden, aber in ihrer Brisanz bzw. Zentralität wird sie durch die Innen-Außen-Spaltung überlagert – eine Spaltung, in der sich Sozialrebellische Nationalist*innen als Benachteiligte und Bedrängte sehen: Das Innen ist im Nachteil, die von Außen werden bevorzugt (Altreiter/Flecker/Papouschek 2022, 340–341).

Das Rebellische ist nicht nur Geste, es handelt sich um eine Art diffuse Revolte »[...] die zumeist in den Bahnen verbleibt, die [...] das System aufzwingt.« (Dörre 2020, 99) Die Abneigung richtet sich durchaus auch nach Oben, aber zuallererst gegen Fremde. Auch andere soziale und politische Probleme, die durchaus aufgeworfen werden können, werden innerhalb dieses Deutungsmusters durch die nationalidentitäre Opfererzählung überstrahlt. Das dürfte auch der Grund dafür sein, dass starke Sozialstaatsansprüche im Rahmen dieses Deutungsmusters kaum aufgeworfen werden; allenfalls wird der Wunsch nach einer strafenden Sozialpolitik Erwerbslosen gegenüber formuliert, die sich den Lasten des Arbeitslebens (angeblich) absichtlich entziehen.

Sozialporträt Karl – Der sozialrebellische Nationalist

»Ich bin jetzt seit 11 Jahren im Betrieb und ich bin einer von denen, die das nicht vom Arbeitsamt aufgedrückt bekommen haben. Das ist selten.« (I 5) Karl kommt direkt zum Punkt, zu einem wichtigen Moment seines Unbehagens. Einem Wunschjob geht er nicht nach, noch weniger das Gros seiner Kolleg*innen, die – so seine Wahrnehmung – durch die Arbeitsagentur i.d.R. dazu gezwungen werden, dort zu arbeiten. Arbeit wird hier ansatzweise als Zwangsverhältnis angesprochen, oder doch zumindest im eigenen Fall als Verlegenheitslösung:

»Ich hatte vorher eine Firma, die Pleite gegangen ist, und habe dann was gesucht zum Parken. Und man staune, schon sind es elfeinhalb Jahre. Habe mich da beworben. Das Lustige war schon die Bewerbungsgeschichte am Anfang. Die haben mich gefragt, was ich gerne machen möchte, Früh- oder Spätschicht. Sagte ich, ich habe gehört, dass es

12 Siehe eine erste kürzere Variante dieses Porträts (Goes 2021a).

Nachtschicht gibt. Sagt sie ›gut‹, geht weg, kommt zwei Minuten später wieder und sagt ›Du gehst in die Frühschicht‹. So ging das schon los.«

Wenn auch selbstgewählt, die Übergangslösung war von Anfang an auch ein Verhältnis, in dem eigene Anliegen nicht berücksichtigt werden konnten – zumindest im Rückblick nach 11 Jahren. Schon ein kleiner Wunsch (Nachtschicht) wird nicht erfüllt, zwar werden Vorlieben erfragt, die Antwort ist aber eigentlich egal.

»Dann habe ich zwei Monate die Karren von A nach B geschoben, also zu den Leuten, die das bearbeiten, da war ich schon sehr begeistert, weil ich war ja vorher selbstständig und dann fängst Du an irgendwelche Karren von A nach B zu schieben. Dann bin ich denen so auf den Senkel gegangen, dass ich dann in die Spätschicht gegangen bin als Bearbeiter. Damals war das ja noch so, man hat sich die Sachen selber beigeht, selber bearbeitet, selber in die Tools gucken, war noch etwas, wo das Brain noch etwas betätigt wird. Mittlerweile ist ja so weit, dass das jeder Affe könnte mit rot-gelb-grün Knopf drücken.«

Befriedigend ist die Arbeitstätigkeit im Betrieb nicht, Knöpfedrücken heißt: Vereinfachung, Arbeitsteilung, Wiederholung. Sein eigener Anspruch nach einer kreativeren und verantwortlicheren Arbeit (»das Brain noch etwas« betätigen), wird nicht erfüllt. Das war nicht immer so, wie er im weiteren Gespräch verrät. In seiner Anfangszeit im Betrieb hat er sich eingebracht, es ist ihm gelungen eine anspruchsvollere Position im Betrieb zu finden. Aber dann kam es zu einer Wende.

»Das Unternehmen hat mich dann also sehr gefickt, hat mir irgendwelche Tools genommen, die ich früher hatte. Ich habe so viele Sonderaufgaben gemacht, auch mal früher gekommen, ohne Bezahlung. Mittlerweile bin ich normaler Bearbeiter und bin ganz glücklich drum. Weil wenn du normaler Bearbeiter bist, dann... wenn du streikst, dann streikst du. Und wenn du krank bist, bist du krank. [...]. Wo ich Sonderaufgaben gemacht habe, hieß es alle können, nur der Kollege und ich können nicht. Und jetzt funktioniere ich noch bei dem Job, sagen wir es mal so. Also ich gehe nicht mehr mit Freude hin, ich gehe mit Widerwillen hin, sonntags nervts mich schon abends, wenn ich an Montag denke. [...]. Und funktioniere nur noch wie so ein Zombie, der da hingehet, sein Gehirn bei der Security abgibt und nach Feierabend wieder abholt.«

Und etwas später:

»Ich bin jetzt normal am Band. Und da schnüffel ich quasi an Schlüpfern, ob die noch frisch sind, oder Jacken, leg die wieder zusammen. Ich nehme die Sachen zurück, die die Leute zurückschicken. Ich gucke, ob das in Ordnung ist, ob das weiterverkauft werden kann und ich bewerte das.«

Freiwillig hat er nicht auf sein »Privileg« verzichtet, die Degradierung führt ihn in ein inneres Exil, seine Frustration ist gleichzeitig auch ein Grund für sein betriebs- bzw. gewerkschaftspolitisches Engagement.

»Also viele sagen ja beim Streiken, also warum sie streiken, wegen Tarifvertrag, wegen Geld und allem Drum und Dran. Das mit dem Geld ist sogar irgendwie noch in Ordnung, wir sind sowieso alle so an der Armutsgrenze quasi. Das ist für mich alles noch irgendwie hinnehmbar. Was für mich nicht hinnehmbar ist... die Verarschung und die Comedy. Die erzählen uns Sachen... So in der Art »Das Wasser fließt bergauf.« Und jeder weiß, es ist nicht so. [...] Die erzählen uns irgendeinen Firlefanz, jeder weiß, das stimmt gar nicht oder das dürfen wir gar nicht so machen. Weil sie auch immer wieder neue Manager haben. Die geben Sachen von sich, die wir besser wissen. Und dann sagen die »wir nehmen es mit.« Aber sie bringen es nie wieder. Also das Thema kommt nie wieder auf den Tisch.«

Verarschung und Comedy – die Geschäftsführung nimmt die Belegschaft nicht ernst. Expertise wird, wo sie vorhanden ist, vom ständig wechselnden Management nicht anerkannt. Und Karl fühlt sich, wie es im Volksmund heißt, »für dumm verkauft«, im schlechteren Fall sogar belogen. Die Beziehung zwischen Führung und Belegschaft deutet Karl als eine Art Missachtungsverhältnis, das ihn wütend macht. Ganz grundlegende (implizite) Beteiligungsansprüche (siehe auch: Wolf 2018, 161) finden kein Gehör.

Das bedeutet nicht, dass er keine Geldsorgen hätte. Im Gegenteil, er hat hohe Schulden. Gerade deshalb würde ihm eine Lohnerhöhung allerdings auch nicht helfen, sollte die im Tarifstreit durchgesetzt werden. Gepfändet würde das zusätzliche Einkommen, meint er. Die Lohnfrage ist dennoch für ihn eine der prinzipiellen Gerechtigkeit:

»Ganz klar, ich bin einer, der finanziell am Arsch ist, eine Pfändung hat. Also im Prinzip noch nicht mal was davon hätte, wenn wir einen Tarifvertrag hätten, als ich bei 5 Tagen Arbeit war zum Beispiel, mir würden sie das sogar wegnehmen. Mir geht es um die Gerechtigkeit. Weil es teilweise ist, das Umgehen mit den Kollegen, das ist so eine kleine Che Guevara-Denke. Irgendwie habe ich das gemacht wegen der Kollegen und der Gerechtigkeit. Dieser Gerechtigkeitswahn ist sehr stark ausgeprägt bei mir. Ich bin sogar zum Streiken hin, wenn ich krank war oder wenn irgendwas war. Ich bin sogar da dann hingegangen. Ich habe das gemacht, obwohl ich selber nix davon gehabt hätte, wenn wir den Tarifvertrag bekommen hätten. Ich finde, dass eine Firma, die... die machen ja nicht nur 1000 Mark, die machen richtig Geld, dann könnten die uns auch mehr Lohnerhöhung geben.«

Karls Sozialleid und Gesellschaftskritik

Das Arbeitsleben im Betrieb ist mit Anerkennungsmangel verbunden, Karl geht es um Respekt, von den Vorgesetzten fühlt er sich missachtet – es geht aber auch um Ansprüche an Arbeitsinhalte. Dieses Sozialleid steht nicht für sich allein, er fühlt sich auch sozial benachteiligt. Die zentrale Ungleichheit, die Karls Geschichte strukturiert, ist die zwischen Innen und Außen. Das Gefühl der sozialen Benachteiligung ist zugleich das Gefühl der Benachteiligung gegenüber Fremden. Es wird nicht verbunden (hier ein soziales Benachteiligungsgefühl, dort eine kulturelle Distanz), sondern gehört unmittelbar zusammen. Karl formuliert eine Art ethnisierte Sozialkritik (Bose/Köster/Lütten 2018, 215).

»Teilweise sind es Ungerechtigkeiten, die ich selber erlebt habe. Beispiel, ich bin auf der Krankenkasse, weil meine Frau arbeitslos wurde musste ich zur AOK gehen, weil

meine Krankenversicherung wollte sie nicht mit übernehmen. Hab das fertig, will mich beraten lassen. Da sagt die Frau auf der Krankenkasse zu mir, warum wir da überhaupt groß die Beratung bräuchten, ob wir das nicht selber schon wüssten wie was funktioniert. Und dann sitzt da gegenüber einer aus irgendeinem Land, der hat einen Rechtsberater und der hat einen Übersetzer. Bei dem ist das normal, dass der da die Unterstützung kriegt. Und wo ich da normal gefragt habe mit meiner Frau, wie sieht es aus, was können wir da... »Sie wissen da ja gar nichts«, sagt die Frau zu mir. Da denke ich »hallo?«. Und solche Sachen habe ich sehr oft erlebt, wo ich mir gedacht »Gastfreundschaft in allen Ehren«... ist ja wie bei mir Zuhause, ich muss ja auch, wenn ich Gäste kriege, bin ich Gastgeber und habe einen Gast. Aber es kann ja nicht so sein, dass ich meine Frau, wenn ich Gäste habe, da scheiße behandle und die dumm hinstelle, aber meinen Gästen in den Arsch krieche. Wenn, dann müsste sich das irgendwie die Waage halten. Und ich habe es so oft erlebt, dass unsere ganzen neuen Mitbürger, wenn irgendwas war, die kriegten einen Support ganz selbstverständlich... was ich ja auch gut finde, ich meine, die haben keinen Plan, die brauchen ja auch Unterstützung, das ist ja nicht das Ding. [...] Aber wenn man als normaler Deutscher was will, dann kriegt man suggeriert, so nach dem Motto »Wir sind schon so überlastet mit den Leuten, dass wir denen helfen müssen, da haben wir eigentlich für euch gar keine Zeit. Und das ist so mit das größte Problem, was ich immer wieder in ganz vielen Situationen erlebe.«

Das Bild der Warteschlange kommt mir in den Sinn, wenn ich diese Zeilen lese. Die Soziologin Arlie Hochschild hat es genutzt, um uns die Vorbehalte von Tea-Party-Anhänger*innen in den USA gegenüber Zuwanderern und amerikanischer Bundesregierung zu veranschaulichen (Hochschild 2017, 188–194): Hier stehe ich, habe ausgehalten, geleistet, entbehrt und warte geduldig, stelle mich hinten an – und dann kommt jemand Neues und wird am Schalter bevorzugt, sogar an den anderen Wartenden vorbei gewunken. Karl empfindet etwas Ähnliches – ihm wird nicht nur Hilfe verwehrt, er wird auch noch dafür kritisiert, Hilfe zu benötigen. Wird er gedemütigt (»Sie wissen da ja gar nichts!«)? Das besondere Benachteiligungsgefühl lebt vom Fremden, ob es ihn ebenso empören würde, wäre ein »normaler Deutscher« bevorzugt behandelt worden? Gewiss ist nur, dass Karl seine Benachteiligungserfahrung im weiteren Gesprächsverlauf direkt in Verbindung bringt mit einem Unbehagen an politischer Korrektheit.

»Sobald ich irgendwas Negatives sage, ich darf das über dich sagen, oder über jeden. Aber ich darf nichts Negatives sagen, wenn das ein Zuwanderer ist. Das finde ich auch ein Ding. Ich kann nicht jeden als rechtsradikal hinstellen, wenn ich da gerade eine Situation erlebt habe, und dann muss alles geändert werden. Es darf nicht mehr Negerkuss heißen, das muss jetzt Schokokuss heißen. Das darf nicht mehr Weihnachtsmarkt heißen, das muss jetzt... diese ganzen Änderungen, die wir machen. Wie gesagt, da können die Leute nichts dafür, das sind die Politiker. Diese ganzen Änderungen, die gemacht werden, seit wir so viel Zuwanderung haben. Wieso müssen wir Deutschland komplett ändern, in gewissen Worten, in gewissen Sachen, die wir machen, in kulturellen Geschichten. Warum muss das alles geändert werden? Ich war in der Türkei, habe mich an einen Tisch gesetzt, da saß eine Frau, hat der Typ auf Türkisch was gesagt, habe ich gesagt »please speak english«, sagt er mir dann auf Englisch »bei uns ist es nicht erlaubt, dass ich neben einer alleinstehenden Frau sitze. Bin ich aufgestanden und ha-

be mich woanders hingesetzt, wegen deren Regeln. Und das ist hier nicht. Also ich bin mit unseren Politikern sehr, sehr unzufrieden.«

Karl drückt eine Art Entfremdung aus, er kann nicht mehr sprechen wie er möchte, aber auch die eigene Kultur wird ihm genommen (der Weihnachtsmarkt darf nicht mehr Weihnachtsmarkt heißen). Die großen Probleme, von denen er mir erzählt, sind kulturelle. Das unterscheidet den sozialrebellischen Nationalisten deutlich von Beschäftigten mit anderen Deutungsmustern, etwa von Leistungsorientierten Sozialkonservativen, auf die ich weiter unten eingehen werde (siehe Kap. 5.3.5). Auch für dieses Deutungsmuster sind Grenzziehungen gegenüber Migrant*innen teilweise typisch. Allerdings dominiert sie in den Gesprächen nicht, deren Analyse dem Deutungsmuster zugrunde lagen. Anders als bei Karl, der von diesen Identitätsfragen umgetrieben wird. Beim Reden über diese Entfremdung wirft er einen besonderen Blick auf Zuwanderer. Erneut ist Karl im Nachteil. Diese halten sich nicht an unsere Regeln, wie die Türkeierzählung nahelegt, Deutschland wird für sie sogar noch völlig geändert. Karl wird genommen was in seinen Augen seins war.

Eine scharf polarisierte Gesellschaft

Über soziale Kälte, über soziale Ungerechtigkeit redet Karl zwar, in der Regel aber in Verbindung mit Nachteilen gegenüber Fremden oder Menschen, die in seinen Augen nicht arbeiten wollen. Für ihn gibt es Wohlsituierte und eine Mehrheit von Menschen, denen es schlechter geht. Die Wohlsituierten werden sogar politische bevorzugt, Karl meint, dass Deutschland von der Wirtschaft und nicht von der Politik gesteuert wird. Wie ich in Kapitel 5.1.3 gezeigt habe, ist er mit dieser Deutung nicht allein. Die Gesellschaft ist in Karls Augen enorm ungleich, »Zehn Prozent oben, zwanzig Prozent Mitte, der Rest alles unten.« Diese scharfe Polarisierungsdeutung ist außergewöhnlich, wenn man sie mit den Oben-Unten-Deutungen vergleicht, die sich in den weiteren 40 Problemzentrierten Interviews, aber auch in den 34 Kurzgesprächen (siehe Kap. 5.2) abzeichneten. Sich selbst zählt er zur sozialen Mitte, aber dort bewegt er sich im unteren Bereich.

»Die Mitte sind die, die sich, wie ich bis vor zwei, drei Monaten über Wasser halten können, die so irgendwie noch so... also ich bin in den zwanzig Prozent ganz unten. [...]. Aber die sich gerade noch... dadurch, dass sie noch einen Zweitjob haben, oder nebenbei selbständig sind, oder so. Die sich da gerade noch retten können.«

Die relativ schmale Mitte hat eines gemeinsam: Sie ist noch nicht untergegangen, nicht arm. Die Mehrheit im Land ist dagegen schon unter Wasser, Altersarmut und niedrige Löhne sind Stichpunkte, die er in diesem Zusammenhang nennt. Der schmalen Mitte und der großen Mehrheit derjenigen, die laut Karl unten sind, stehen die richtig Wohlhabenden und Reichen, die Millionäre und Milliardäre gegenüber – »Die Albrecht-Brüder von Aldi, der Riemermann, ja diese ganzen großen Industriellen, die Reichgeerbten.«

Wie das Gros der Menschen, die ich interviewt habe, teilt Karl die Gesellschaft in drei Teile. Mit dem Unterschied, dass in seiner Wahrnehmung die soziale Polarisierung ausgesprochen groß ist, größer als sie von fast allen anderen Gesprächspartner*innen gedeutet wurde. Aber die oben, die Wohlsituierten, sind für Karl nicht nur reich, sie ha-

ben auch die eigentliche Macht in Deutschland, Geld regiert die Welt, lässt er wissen, und die »[...] Politik ist ja nicht die Steuerung von Deutschland, sondern die Wirtschaft ist die Steuerung von Deutschland.« Diese Deutung teilt er mit vielen anderen, die ich interviewt habe. Und weiter:

»Also auch Politik ist für mich nicht mehr wirklich Politik, wie ich mir das vorstelle. Sondern immer mehr eine wirtschaftliche Geschichte, gesteuert durch den, der dadurch Vorteile [...] hat.«

Die Wirtschaft hat die eigentliche Macht, sie steuert die Politik, deren Opfer er selbst wird – aber nicht in erster Linie aufgrund wirtschaftsfreundlicher oder sozial ungerechter Politik, sondern weil zu viele Fremde ins Land kommen, die bevorzugt werden. Hier findet sich ein markanter Unterschied zu anderen Deutungsmustern, die ich im Weiteren rekonstruieren werde. Auch im Muster Soziale Gemeinwohldemokratie etwa wird die politische Macht des großen Geldes kritisiert, soziale Ungleichheit und politische Ungleichheit werden zusammengedacht. Allerdings werden Politiker*innen und Parteien nicht als eigene Kräfte »aufgelöst«, zu Stellvertreter*innen oder Handpuppen einer eigentlichen Macht gemacht (siehe Kap. 5.3.3).

Die Deutungen des politischen Feldes sind im Sozialrebellischen Nationalismus autoritär populistisch. Unterschiede zwischen Parteien verschwinden, »die« schlechten Politiker*innen stehen auf der anderen Seite. In gewissem Sinne überlagert die Innen-Außenspaltung den Oben-Unten-Konflikt, werden Karls Deutungen der Politik und der Entwicklung der Gesellschaft ausgrenzend-populistisch, wie man in Anlehnung an den Begriff des »autoritären Populismus« von Stuart Hall sagen kann (Hall 2014, 112f.). In autoritären ausgrenzend-populistischen Deutungen spielt der Wunsch nach der guten, sich sorgenden politischen Elite eine wichtige Rolle, sie verbinden sich allerdings – daher das Adjektiv ausgrenzend – mit dominanten Abgrenzungen und Stigmatisierungen anderen Bevölkerungsgruppen gegenüber, seien es Migrant*innen oder beispielsweise Erwerbslosen.

Ambivalente Klimadeutungen

Karl gehört insofern zu denen die nicht nur die Ungleichheit in Deutschland als zu hoch betrachten (siehe Kap. 5.1.2), er empfindet auch ein tiefes Unbehagen an der Politik. Nur: Lohnungerechtigkeit, Rentenarmut oder Ähnliches machen Karl nicht »heiß«, sie brennen ihm nicht unter den Nägeln. Auch der Klimawandel gehört zu diesen Themen. Der ginge uns zwar alle an, die Art und Weise, wie über Klimaschutz und Klimawandel öffentlich und politisch diskutiert wird, findet er allerdings problematisch. Dass zum Beispiel E-Autos besser sind als Pkw mit Verbrennermotoren bezweifelt er, hält entsprechende Statistiken von Politiker*innen und Konzernen für geschönt, wenn nicht für manipuliert:

»Es geht darum, dass da gesagt wurde mit dem CO₂-Ausstoß und so weiter, dass da teilweise die Berechnungen so strukturiert werden wie bei uns im Unternehmen die Zahlen. Die kann ich so drehen, dass ich meinen Leuten das so suggeriere, dass das besser wäre. Und meiner Meinung nach sind die ganzen Statistiken, die da erhoben

werden... Wenn das gemacht werden soll, sind die Statistiken so, und wenn was anderes gemacht werden soll, sind die Statistiken dann so wieder, dass sich das so wieder schön anhört.«

Das bedeutet nicht, dass Karl »Klimaleugner« wäre, es gibt überhaupt keinen Anhaltspunkt für diese Annahme im gesamten Gespräch. Politik und Unternehmen begegnet er gleichwohl mit enormem Argwohn. Auch der Klimawandel werde gesteuert, und zwar »von den ganzen Obersten, die irgendwelche Vorteile daraus ziehen.« Diese Deutung jedenfalls ist anschlussfähig an extrem rechte antiökologische Deutungsangebote, die in Klimaschutzpolitik selbst eine Art ideologisches Unternehmen sehen, »mit dem liberale Eliten das Volk gängeln, seine Freiheit abschaffen und den Wohlstand ruinieren wollen.« (Quent/Richter/Salheiser 2022, 18). Ich möchte aber unterstreichen: Anschlussfähigkeit bedeutet, dass es einen Unterschied gibt, zwei verschiedene Positionen, die verbunden werden können. Karls Deutung ist aber selbst nicht anti-ökologisch. Zumindest ist seine Elitenkritik mehrdeutig. Nur kurze Zeit später spricht er im Interview über die Oben als Verhinderer wirksamer Klimaschutzpolitik. Auch in diesem Zusammenhang weist er auf die große Macht der Vermögenden hin.

»Wenn die Macht der Geldleute wegfallen würde, glaube ich, hätten wir schon längst ein Wasserstoffauto, hätten wir schon längst irgendwelche anderen Regelungen, und Sachen, die viel besser für die Gesellschaft wären.«

Aber auch hier gilt, dieses Problem treibt ihn nicht an, Karls Gedanken kreisen nicht darum. Auch auf direkte Nachfrage nach weiteren sozialen und politischen Problemen, ergänzend zur Zuwanderung, pendelt sich das Gespräch wieder bei diesem Themenkomplex ein. So ist es auch als ich ihn ausdrücklich danach frage, welche sozialen Reformen ihm wichtig wären. Zunächst spricht er zwar über die Notwendigkeit, auch bei jüngeren Erwerbslosen Druck anzuwenden, wünscht sich also einen strafenden Sozialstaat, da etliche junge Menschen versuchen sich den Lasten des Arbeitslebens zu entziehen; aber schnell verbindet er auch diesen Gesprächsfaden mit dem Thema Migration. Wenn schon, so Karl, Menschen hier Asyl bekommen, dann sollten sie hier auch arbeiten müssen, ihren Beitrag leisten. Migration ist ein Anziehungspunkt, zu dem Karl immer wieder zurückkommt. Der Sozialstaat, so Karl an einer anderen Stelle, sorgt sich um die Menschen – und ist der Grund, weshalb Menschen einwandern wollen.

»Es ist ein Sozialstaat, der sich um dich kümmert. Und bist eigentlich, wie hat letzts der eine Asylant zu mir gesagt? Er kommt hier her wie in Abrahams Schoß. Das war seine Aussage. [...]. Das ist das, warum die Leute hierherkommen. [...]. Und die kommen in Abrahams Schoß, die kommen ins Paradies, die kommen.«

Sofern im Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus Sozialpolitik ausführlich thematisiert wird, so als Problem (Magnet für Einwander*innen) und Instrument zur strafenden Integration von Erwerbslosen und Migrant*innen in den Arbeitsmarkt.

Echter Nonkonformismus

Um das Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus richtig zu verstehen, ist es wichtig das Nonkonformistische darin ernst zu nehmen. Karl sieht sich, berücksichtigt man die verschiedenen zusammengehörigen Deutungen, einem Machtkomplex aus Wirtschaft, Politik und Medien gegenüber, dem es zu misstrauen gilt – ein Komplex, der, wie gesagt, durch die Wirtschaft gesteuert wird. Rebellisch ist Karl, weil er sich von diesem Komplex abgrenzt, weil er von einer permanenten Desinformation und von fehlender Transparenz ausgeht.

Allerdings: Politischer Fluchtpunkt dieser Rebellion bleibt die »nationalidentitäre Frustration«, auch wenn diese mit eigener sozialer Bedürftigkeit verbunden sein mag. Popular-demokratische Verarbeitungsweisen ziehen die politische Trennungslinie dementgegen dominant zwischen reichen Eliten und einem sozial-plebejisch verstandenen Volk, »der Mehrheit«, »den Leuten« oder Ähnlichem. Für das Deutungsmuster »Soziale Gemeinwohldemokratie«, auf das ich im nächsten Abschnitt eingehen werden, sind solche Deutungen beispielsweise zentral – bei Karl entstehen sie so nicht, oder Ansätze einer solchen Grenzziehung werden durch die Innen-Außen-Spaltung überformt. Oben und Unten verschwinden dabei nicht, aber sie erscheinen in einem ausgrenzend-populistischen Licht, das es auch ermöglicht, Oben und Unten auf nationaler Grundlage zu verbinden, wenn auch nicht zu versöhnen.

Im Gesprächsverlauf bezieht er sich zustimmend auf die AfD, an der er allenfalls ihre Zerstrittenheit und ihre unanständigen Ausfälle (Gaulands »Wir werden sie jagen«) kritisiert. Nebenbei erwähnt er kritisch die LINKE. Auf Nachfrage führt er seine LINKEN-Kritik aus.

»Die LINKE, das muss man aber ehrlicherweise sagen, ich bin ja eher halbrechts, war die einzige Partei, die uns hier beim Streik unterstützt hat. Das muss ich ihr lassen. Von der gewerkschaftlichen Seite sind die LINKEN, es waren ja schon auch SPD und CDU da, waren die einzigen, die uns von da bis dort begleitet haben und zumindest suggeriert haben, als würden sie uns helfen. Die anderen haben uns mehr oder minder suggeriert ›wir schauen mal‹. Da war immer der Manfred von der Partei hier, der war auch zwei oder dreimal bei den Treffen dabei. Ich muss sagen, auch wenn ich mit ihm nicht einer Meinung bin, aber ich finde es toll, dass bei denen wenigstens einer das auf die Reihe kriegt, wenigstens zu versuchen da am Ball zu bleiben. [...] Das rechne ich dem hoch an, dass er da immer wieder anrollt. Immer wieder irgendwie seinen Senf dazu gibt. Und zumindest suggeriert, auch wenn sie wahrscheinlich selbst nichts Großes reißen können, aber dran sind, zu der Gewerkschaft stehen, zu der Belegschaft stehen. Allein dieser Ansatz vom Willen, den rechne ich hoch an. Und das vermisse ich bei den ganzen anderen komplett.«

Die Solidarität der LINKEN mit der kämpfenden Belegschaft muss er anerkennen, er muss sie »ehrlicherweise« eingestehen. Nicht unbedingt widerwillig, aber die Distanzierung schwingt schon mit. Trotz einer einzigartigen Solidaritätserfahrung, trotz einer Unterstützung, zu der andere Parteien entweder nicht in der Lage oder willens waren. Wählen wird er die LINKE trotzdem nicht. Wegen der Flüchtlinge bzw. aufgrund der Migrationspolitik. Zu blauäugig sei sie da, es könnten ja nicht alle herkommen.

»Da kriege ich zu oft das Ding gemacht ›alles rein, alles rein, alles rein. Und das ist mir zu global, zu viel ›alles rein«. Geht in ein Glas nicht, wenn man Kaffee reinkippt, geht in eine Wohnung nicht, ich habe hier eine Wohnung, da kann ich auch nicht sagen ›alles rein, alles rein«. Da muss ich wissen, wen ich reinkriege. Also ist mir zu viel zu sagen ›wir brauchen da gar nicht groß berechnen, sondern einfach alle mit ihren Problemen kommen alles rein. Und das ist mir, ich bin so ein kleiner Denker, Planer und so, das ist für mich nicht nachzuvollziehen, wie ich solche Aussagen tätigen kann.«

Die Liebe zur Heimat

Etwas vorschnell könnte man Karls Ablehnung darauf reduzieren, dass er lediglich Angst vor einer Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen oder Ähnliches hat. Die Analogie zur Wohnung, in der es eben nur einen begrenzten Platz gibt, legt das nahe. Aber da ist mehr, es gibt eine »positive Haltung zur Welt«, in die sein Widerwille gegen zu große Aufnahmebereitschaft eingebettet ist. Karl empfindet ein Bedürfnis danach sich als Teil einer nationalen Volksgemeinschaft zu sehen – das Bild, das er sich von der Gesellschaft macht, ist stark durch völkisch-nationalistische Unterscheidungen zwischen Die und Wir geprägt (Bose/Köster/Lütten 2018, 214). Auf die Frage, was es bedeutet »halb-rechts« zu sein, antwortet er:

»Ja, so werde ich hingestellt. Ich bin zum Beispiel stolz ein Deutscher zu sein. Durch die ganzen Geschichten, wie die waren. Was Deutschland gemacht hat, aus dem ganzen Mist nach dem Krieg was aufgebaut haben. Ich darf aber diese Aussage, also stolz ein Deutscher zu sein, also bis jetzt durfte ich das zu einer Zeit sagen, da als die Weltmeisterschaft war. Da war es meiner Meinung nach fast angesagt zu sagen ›ich bin stolz ein Deutscher zu sein«, weil wir dieses fucking Fußball da gewonnen haben. Was mir eigentlich scheißegal ist. Aber die Amerikaner zum Beispiel, wenn die das loslassen, dann sind das Patrioten. Aber diesen Patriotismus dürfen wir in Deutschland nicht ausleben. Und dann wird sich gewundert, warum die Deutschen zum Beispiel nicht so diesen Zusammenhalt haben wie die anderen Länder den haben. Aber wenn ich diesen Patriotismus nicht ausleben kann... und Patriotismus ist für mich keine politische Geschichte, das hat nichts mit links und rechts zu tun. Sondern Patriotismus ist wie die Solidarität bei der Gewerkschaft, das ist wie die Liebe zu meiner Familie, in meinem Zuhause, dieses Zusammen, das macht mich stolz, dass es so funktioniert. Das ist für mich Patriotismus. Aber teilweise werden Leute, die patriotische Sachen loslassen, wird das alles in die rechte Schiene reingemacht. Und das Schlimme an der Sache ist, dass man da ständig drauf rumhackt, wird diese Sache immer mehr rechts, immer mehr Nazi. Aber wenn das immer wieder suggeriert wird, dass das alles schlecht ist, nehme ich mir meinen eigenen Stolz. Und das finde ich schade. Ich kann ja stolz sein, dass meine Großeltern Deutschland mit aufgebaut haben. Oder damals, wo das Wirtschaftswunder kam. Die Deutschen haben ja nun wirklich [...] über Jahrzehnte Deutschland aufgebaut. Nur warum darf ich darauf nicht stolz sein, dass einige Deutsche richtig fleißig und richtig toll waren und bin dann gleich, komm dann gleich in die rechte Schiene? I: Warum ist das für Dich ein Grund stolz Deutscher zu sein?

K: Weil ich finde, dass jeder, von jedem Land, sollte auf die Sachen, egal was negativ gelaufen ist, stolz sein auf das, was das Land geleistet hat. Das ist meine Meinung. Ich bin ein Positivenkenner, man sollte nicht immer negativ denken, man sollte auf die Sachen, die positiv laufen, stolz sein dürfen. Man sollte da drauf stolz sein dürfen, was

man geschafft hat. Selbst jetzt, wo bei mir alles scheisse läuft, bin ich stolz auf die paar Sachen, die gut laufen. Um mich zu motivieren, um mein Selbstbewusstsein zu stärken, das ist eine ganz normale psychologische Geschichte. Und das meine ich mit dem Stolzsein. Klar, ich hätte keine Juden vergast. Ich hätte zum Beispiel, wenn ich sehe, dass die Asylantenheime anzünden... ey, das geht gar nicht. Das ist eine ganz andere Nummer. Solche Sachen ärgern mich auch. Ich muss aber stolz sein dürfen. Aber sobald man sowas kundtut, kommt immer so eine Aussage ›boah, wird schlecht geredet.«

Ein Patriot liebt seine Heimat, das ist der engere Wortsinn. Dieser Patriotismus ist für Karl zugleich lebenswichtig und tabuisiert. Lebenswichtig ist er für ihn, weil der Patriotismus gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität für ihn bedeutet. Aber auch, weil er ihm einen Stolz und Selbstbewusstsein gibt. Immerhin erlaubt es ihm die Zugehörigkeit zu einem über Herkunft bestimmten Volk, zugespitzt formuliert, sich in eine lange Reihe leistender und erfolgreicher Menschen zu stellen. Ihr Erfolg wird sein Erfolg, ihre Leistung seine. Das stiftet Identität, wer Karl ist, hängt von dieser Reihe ab. Das stärkt auch sein eigenes Selbstwertgefühl, motiviert ihn, wie er etwas später im Gespräch wissen lässt. Seine Volkszugehörigkeit gibt ihm Kraft, verleiht ihm Antrieb – Volk und Vaterland werden zu einer höheren Instanz, die von der »wirklichen« Geschichte abgeschnitten werden (Trotzki 1981, 207). In Karls Fall, weil vor allem über das Positive zu reden ist.

Die Bedeutung der Heimatliebe hängt allerdings, das wird auch bei Karl deutlich, davon ab, was als Heimat verstanden wird, auf welche »gemeinsame Geschichte« Menschen sich beziehen, was also die Identitätsanker sind, und von wem oder was sie sich abgrenzen. Möglich ist zum Beispiel ein linker Patriotismus, der in der Idee der Republik verankert ist: die Republik als Bollwerk der Demokratie, mit einer Geschichte der Kämpfe des einfachen Volkes um Gleichheit und Selbstbestimmung.

Ein solcher linker Patriotismus blitzte beispielsweise in der griechischen Anti-Memorandumbewegung auf, die von der radikal linken Partei Syriza angeführt wurde. Oder in der Bewegung »Widerspenstiges Frankreich« von Jean-Luc Mélenchon. Im rechten Patriotismus ist die Heimat und dessen Volk eine der Ahnenfolge, der Abstammung und Herkunft – in modernen Versionen nicht unbedingt über das Blut vermittelt, sondern über Kultur, über das Eigene¹³. Es ist dennoch ein ethnisches Volk, wie Michael Wildt es formuliert hat (Wildt 2017, 10). Für Karl jedenfalls ist das kulturell Eigene sehr wichtig, »unsere Regeln« stehen mindestens für eine Lebensweise. Aber das Lebenswichtige wird ihm verwehrt – als Patriot wird er in eine rechte Ecke gedrängt. Man könnte auch sagen, dass Karl zwar die soziale Politik der LINKEN vor Ort (Solidaritätsarbeit) würdigt, sie sein Bedürfnis nach nationaler Identitätspolitik aber nicht nur nicht befriedigen will (oder kann); Linke stören ihn dabei auch. Sein positiver Bezug auf das eigene Volk, das zunächst mit einer »leistenden Generationenabfolge« zusammengedacht wird, ver-

13 Siehe hierzu die Argumentation des neofaschistischen Intellektuellen Alain de Benoist (de Benoist 2017, S. 83f.).

bindet Karl im weiteren Gesprächsverlauf mit einer doppelten Abgrenzung. Wiederholt finden sich im Interview schillernde Verfremdungen gegenüber Migrant*innen.

Abgrenzungen von Migrant*innen

Diesen schreibt er Eigenschaften und Verhaltensweisen zu, die schlecht oder falsch sind. Es sind nicht einzelne Menschen, die sich so benehmen, sondern Einzelne stellvertretend für die Gruppe der Migrant*innen:

»Und das meine ich mit dem halb rechts. Wenn das so ist, dass das, wie ich denke, dass meine Regeln... wenn bei mir Zuhause wird nicht geraucht, musst Du auf die Terrasse gehen, und das wird schon als... keine Ahnung was bewertet. Oder wenn ich sage, in der Stadt da hat ein Schwarzer zwischen zwei Geschäfte geschissen, da gibt es ein Video von, wenn ich sage, das gefällt mir aber nicht... da sagt einer von den Linken, ja, der hat aber nur gepinkelt. Sage ich aber »ganz ehrlich, bei mir pinkelt auch keiner zwischen zwei Geschäfte«. Das macht man nicht. Und jetzt kommt es. Da sagt er, dass liegt da dran, wir hätten dem das sagen müssen. Da sage ich, stell Dir mal vor, da kommt einer und sagt »pinkel nicht zwischen Geschäfte«, da würdest Du Dir verarscht vorkommen. Das meine ich mit halbrechts. Ich möchte meinen Stolz, meinen Patriotismus behalten, der mir... wo ich entmündigt werde.«

Verfremdung, so der Psychoanalytiker Helmut Dahmer, »[...] ist ein primitiver Modus von Selbsterhaltung.« (Dahmer 2009, 125). Dem so hergestellten Anderen gegenüber kann man gelassener und nachsichtiger, sogar neugierig und verständnisvoll gegenüberstehen.

»In jeder Krisensituation (aber) schrumpft unsere Toleranz gegenüber dem, was anders ist als wir selbst, zieht sich der Identitätszirkel enger um uns zusammen. Was in besseren Tagen toleriert werden konnte, gar Neugier und Sympathie weckte, verfällt dann fortschreitend panischer Verfremdung.« (ebd.)

Panische Verfremdung führt zur Abwehr, manchmal auch zur gewaltbereiten, wenngleich sich im Gespräch, das ich mit Karl geführt habe, keine Spur derartiger Gewaltbereitschaft findet. Im Gegenteil, derartigen exzessiven Extremismus kritisiert er. Zum Abgrenzungsobjekt wird im Gespräch zunächst der »regelbrechende Migrant«, der grundlegende Kulturtechniken, die »uns« als gewöhnlich erscheinen, nicht beherrscht; zugleich aber auch der Linke, der sich nicht ebenso über den Regelbruch empört, sondern Verständnis aufbringt. Zu einem Problem wird das »Störfeuer von links« möglicherweise auch, weil Patriotismus für Karl kein abstraktes Ideal ist. Wenn er von Patriotismus redet, dann benutzt er ihn fast als Synonym für Tugenden und Verhaltensweisen, die ihm – in seinem Selbstverständnis wurzelnd – enorm wichtig sind.

»I: Du hattest gesagt, zu Patriotismus gehört auch Loyalität und so. Was meinst du damit?

K: Loyalität geht los, allein schon, wenn wir bei unserem Betrieb bleiben. Bei uns gibt es viele Leute, da wir keinen Akkord haben, die meinen, sie werden bezahlt für ihre An-

wesenheit. Und ich bin einer, der wirklich streikt, und macht und meckert und der sich auch bei Meetings meldet, irgendwie was sagt, wenn irgendwas ist. Aber mein Ding ist: Ich bin loyal zu meinem Chef, was Arbeit betrifft, weil ich, wenn ich da bin, die Leistung bringen möchte, eine Qualität bringen möchte, für meinen eigenen Stolz, für meine eigene Ehre. Wenn ich schon einen Idiotenjob mache, wenigstens so viel wie möglich, so gut wie möglich zu machen. Da bin ich loyal zu meinem Chef. Dann: Meine Frau ist chaotisch, ich bin eher der Planer. Heißt: Ich bin da loyal zu meiner Frau, weil man will die Frau nicht denunzieren. Oder ich bin in einem Club, wenn da was ist, heißt es, dass ich da bin für die Leute, wenn nicht gerade einer was Schlimmes gemacht hat. Loyalität heißt, die Gruppierungen, in denen ich bin, zu denen bin ich loyal. Oder auch eine gewisse Treue habe ich zu denen. [...] Ich habe das auch hier tätowiert, Honour, Trust, Loyalty. Also diese Treue, Stolz, Ehre, diese ganzen Geschichten, wie das früher war... zum Beispiel, dass man absagt, wenn man nicht kann. Hätte ich jetzt den Termin mit Dir nicht geschafft, ist es für mich einfach eine Pflicht Dir das zu sagen, weil Du Dir ja Zeit genommen hast. Also diese alten Werte, die es früher gab, die im Moment total zerfallen, die sind für mich ganz wichtig.

I: Und wie hängt das mit dem Patriotismus zusammen?

K: [...] Patriotismus heißt zu dem stehen, zu dieser Gruppierung, ob zu Deutschland, zu meinem Club, zu meiner Frau, zu meiner Familie, zu meinen Gewerkschaftskollegen. Patriotismus ist für mich ein Stück weit, dass man sich auf mich verlassen kann, dass ich versuche für Gerechtigkeit zu sorgen. Dass ich stolz darauf bin, was wir erreicht haben. Ich bin sehr stolz darauf, was wir in der Gewerkschaft erreicht haben. Auch wenn viele sagen, wir haben nichts erreicht. Aber das fängt bei kleinen Sachen an, wie Umsonstkafee, das gab es früher nicht. Wir haben nach 5 Jahren plötzlich eine Lohnerhöhung gekriegt, die hätten wir sonst nie gekriegt. [...]. Also dieser Stolz und Ehre und Treue und diese ganze Geschichte, die greifen bei mir teilweise in den Patriotismus mit rein.«

Patriotismus wird für Karl geradezu zu einem Synonym für Solidarität und Respekt, wobei die Abgrenzung von denen, die nicht solidarisch sind, zumindest anklingt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Solidarität gegenüber der Familie, gegenüber dem Arbeitgeber, den gewerkschaftlich aktiven Kollegen, Freunden (dem Club) und der Nation gegenüber als Beispiele Desselben aufgezählt werden. Was ist dieses Dasselbe? In elementarster Form (Stichwort Treue) sich einbringen, zu unterstützen, für Gerechtigkeit zu sorgen.

Patriotismus und Solidaritätsbedürfnis hängen insofern eng zusammen, und bereits der historische Faschismus konnte von derartigen Solidaritätssehnsüchten profitieren. Den Faschisten gelang es, so Oskar Negt, »[...] Solidaritätsbedürfnisse in Kameradschaftsbedürfnisse um(zu)organisieren, und zwar stabil [...]«. (Negt 1987, 69) Das sollte eine Warnung vor der Annahme sein, es gäbe so etwas wie genuin linke Solidaritätsorientierungen oder stabile antikapitalistische Bedürfnisse, die für die radikale Rechte keine Anknüpfungspunkte bieten. Vielmehr seien Solidaritätsbedürfnisse häufig ambivalent und doppelwertig – für Negt sogar »jederzeit umorganisierbar, wenn man sie liegen lässt und so tut, als ob sie unwichtig wären.« (Ebd.).

Ob auch Karls Bedürfnisse »umorganisierbar« wäre? Das ließe sich nur beantworten, nachdem man es versucht hätte. Allerdings legen seine Ausführungen doch begründete

Zweifel nahe. Das Bedürfnis nach Solidarität und Patriotismus reibt sich immer wieder am Fremden, an denen, die sich nicht an »unsere Regeln« halten, obwohl sie nicht mehr als Gäste sind. Karl verfremdet Migrant*innen nicht nur, indem er sie mit schlechten Eigenschaften oder Verhaltensweisen in Verbindung bringt, er stellt auch einen direkten Zusammenhang zum eigenen Verlust von Einfluss her. Die eigene Macht über andere wird nicht anerkannt, von der Karl aber eigentlich ausgeht – denn ein Gastgeber hat ja das Recht dazu, andere jederzeit seines Besitzes zu verweisen, wenn der Gast sich anders benimmt als erwünscht. »Zuhause«, sagt der Volksmund, »bin ich König«. Aber eben nicht in Deutschland.

»I: Und wenn jetzt Leute zuwandern und die würden sich an Regeln halten, wie Du Dir das vorstellst – könnte dann kommen wer möchte?

K: Dann könnte kommen wer möchte. Jeder der sich ordentlich benimmt, der für das Gemeinwohl zuträgt, und dann ist egal [...] Nur... das ist wieder das Beispiel. Komm ich zu Dir, darf ich nicht rauchen, muss ich rausgehen. Ich erwarte, dass der Gastgeber, wenn der Gastgeber seine Regeln hat, und ich sehe die jetzt erstmal als Gast, kommen zu dem Gastgeber, dann kann nicht, sagen wir mal so, die Chefs von einer Gemeinschaft, die Gäste haben, den eine Entmündigung rüberbringen und sagen, jetzt ändern wir das, jetzt muss das so gemacht werden, weil die kommen, jetzt muss das so gemacht werden. Das finde ich schlimm an der Sache, weil das schürt sogar diese rechtsradikale Scheisse.«

In Deutschland ist nicht Karl König, nicht er bestimmt – sondern diejenigen, die die Macht haben, ändern die Regeln zu Gunsten der Neuen. Das Gespräch ist von einem Gefühl der Defensive geprägt. Sogar die gewohnte Art zu Denken und zu Sprechen wird nicht nur hinterfragt, sondern eigentlich unterbunden.

»Das finde ich schlimm mittlerweile, wenn ich mich unterhalte auf der Straße und kenne die Leute nicht, ohne Scheiß, da überlege ich mir mittlerweile schon, wie ich manche Sachen ausdrücke, weil wenn ich die so loslasse, wie ich das so denke... und sage... Ein Beispiel, ich stehe vor der Post, plötzlich fällt einer hin. Früher hätte ich gesagt »guck mal, der Neger ist umgefallen.« Jetzt... da ist ein Mann umgefallen, ich passe schon auf, dass ich... das hat gar keinen interessiert, das war nicht böse gemeint und nix, hätte ich das gesagt, hätte es bestimmt wieder wen gegeben, der mir gesagt hätte, das sagt man aber so nicht. Obwohl ich nur sagen wollte, der gute Mann ist hingefallen. Also ich finde, wir stellen uns in Deutschland sehr unter den Scheffel.«

Karl begehrt auf, gegen Respektlosigkeit im Unternehmen, auch gegen Lohnunrecht – er ist ein »solidarischer Typ«, auch wenn er in unserem Gespräch gelegentlich fallen lässt, dass er eine große Zahl seiner Kolleg*innen für dümmer hält. Den Rücken macht er dennoch gerade für den aufrechten Gang im Betrieb. Nicht weniger aber begehrt er gegen die empfundene kulturelle Entfremdung auf, die ihm aufgezwungen wird – aber es ist ein Aufbegehren gegenüber einer Normalität, die ihn in die Ecke drängt. Denn es sind nicht Außenseiter, die ihn wohlmöglich maßregeln, sondern gewöhnliche Leute, »ganz normale Leute« auf der Straße und Kolleg*innen im Betrieb.

5.3.3 Die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen

Bildet der Sozialrebellische Nationalismus den äußersten rechten Pol des von mir freigelegten Deutungsmusterspektrums, dann liegt das nächste Muster, die Soziale Gemeinwohldemokratie, ihm am äußersten linken Pol gegenüber. Das Muster Soziale Gemeinwohldemokratie wird durch eine populär-demokratische Deutung strukturiert, im Mittelpunkt stehen Interessengegensätze zwischen Unternehmen und Beschäftigten sowie – unklarer – zwischen Oben und Unten. Ab- und ausgrenzende Deutungen etwa gegenüber Migrant*innen oder gegenüber Erwerbslosen spielen keine Rolle.

Die zentralen Probleme, die für Soziale Gemeinwohldemokrat*innen wichtig sind, die sie aufregen, sind sozialer Natur. Die zentrale Ungleichheitsspaltung, um die ihre Gedanken kreisen, ist der Oben-Unten-Gegensatz. Charakteristisch ist die Deutung schroffer, zunehmender sozialer Ungleichheit, einer sozialen Polarisierung, durch die die soziale Mitte schwindet.

Typisch für das Muster sind integrative Solidaritätsorientierungen, die Solidargemeinschaft wird jedenfalls nicht durch ausdrückliche Grenzziehungen gegenüber oder durch die Ausgrenzung von anderen Beschäftigtengruppen, Erwerbslosen oder etwa Migrant*innen beschränkt.

Ein Gesellschaftsbild, das durch die Wahrnehmung gesellschaftlicher Klassen gekennzeichnet wäre, findet sich trotz der wahrgenommenen Oben-Unten-Gegensätze allenfalls schemenhaft. Die Wahrnehmung von Problemen innerhalb der Arbeitswelt geht Hand in Hand mit der Diagnose einer ungerechten Gesellschaft und einer kritischen Haltung gegenüber politischen Parteien. Soziale Ungleichheit, verschiedene Facetten der Oben-Unten-Spaltung, wird als wichtiges gesellschaftliches Problem wahrgenommen, aber es ist nicht das einzige.

Für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie ist eher typisch, dass neben der sozialen Ungleichheit noch andere Probleme wahrgenommen werden, etwa das Erstarken der extremen Rechten und der Klimawandel. Insofern ist das Deutungsmuster durch eine Kette von diagnostizierten Problemen strukturiert. Die Deutungen des politischen Feldes sind mit der Wahrnehmung der Oben-Unten-Ungleichheit eng verbunden, die Kritik materieller Ungleichheit geht einher mit der Kritik politischer Machtungleichheit, an einer Oben-Unten-Spaltung auch im politischen Feld.

Die Kritik an Parteien mündet aber nicht in einer grundsätzlichen Kritik an der Politik, und schon gar nicht in autoritären Wendungen. Im Gegenteil, für Soziale Gemeinwohldemokrat*innen ist typisch, dass sie eine Politik fordern, durch die demokratisch das Gemeinwohl gestärkt würde. Der Sozialstaat spielt insofern eine wichtige Rolle in diesem Deutungsmuster, das Potenzial für eine sozial-ökologische und demokratische Transformation der Gesellschaft ist in diesem Deutungsmuster besonders ausgeprägt: Neben einer schützenden (soziale Absicherung bietenden) und befähigenden (also im weitesten Sinne bildenden) Sozialstaatspolitik wünschen sich Soziale Gemeinwohldemokrat*innen auch Umverteilung, eine Politik des Öffentlichen, die Dekommodifizierung der Arbeitskraft und Demokratisierung. Artikuliert wurde das Deutungsmuster von einem Viertel der Befragten, darunter ein Handelsbeschäftigter, sieben Pflegekräften aus Krankenhäusern sowie vier Industriebeschäftigten.

Sozialporträt Frank – Der Soziale Gemeinwohldemokrat

Das Muster Soziale Gemeinwohldemokratie stellt den Gegenpol zum Sozialrebellischen Nationalismus dar. Darlegen möchte ich es im ersten Schritt anhand eines anderen Beschäftigten aus dem Handel, der im selben Betrieb arbeitet wie Karl. Frank (I 8) ist ebenfalls als einfacher Arbeiter in einem Versandlager beschäftigt.

Anders als Karl, mit dem er gemeinsam gewerkschaftlich aktiv gewesen ist, plagen Frank aber nicht Sorgen vor zu vielen Flüchtlingen, ist er nicht getrieben vom Gefühl fremd im eigenen Land zu werden, hinten an stehen zu müssen gegenüber denen, die neu ins Land gekommen sind. Ein derartiges kulturelles Unbehagen, das sich mit sozialen Verlustängsten verbindet, spielte in unserem Gespräch lediglich indirekt eine Rolle. Er kritisiert diese Haltungen, grenzt sich von ihnen ab. Frank treibt etwas anderes um. Es ist die materielle Ungleichheit in Deutschland, die Macht der Unternehmen, über die er sich empört. Allerdings: Mit Karl teilt er eine Kritik an den betrieblichen Zuständen. Gesellschafts- und Betriebskritik gehen auch bei ihm Hand in Hand. Vorstellungen der Art, der »eigene« Betrieb sei so etwas wie ein sicherer Hafen in stürmischer gesellschaftlicher See (Dörre/Hänel/Holst/Matuschek 2011, 22), fehlen hingegen vollkommen.

Frank konnte, als er im Unternehmen anfang, bereits auf eine wechselhafte Berufsbiografie zurückblicken. Ein Studium der Informatik hatte er begonnen, dann aber aus finanziellen Gründen abgebrochen. Es folgten Jobs hier und da, er sammelte Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Arbeitsbereichen. Unter anderem war er bei einem Paketdienstleister und einem Automobilzulieferer angestellt. Mit seiner jetzigen Anstellung ist er enorm unzufrieden.

»Wenn man den Lohn sieht, dann gibt es noch weitaus schlechtere Firmen in der Gegend, die Löhne sind hier sehr schlecht. Aber... Es war am Anfang hier mal besser, aber inzwischen habe ich so eine ›Leck mich am Arsch-Haltung‹. Meine Abteilung wollen sie sowieso outsourcen. Da ist die Frage, wie lange wir noch da sind.«

Diese Unzufriedenheit ist aber nicht grenzenlos. Immerhin hat er bereits in bedrückenderen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen. Frank ist insofern bewusst, dass es durchaus noch schlechter kommen könnte. Das schmälert aber nicht sein gewerkschaftliches Engagement. Mögliche soziale Abstiegsgefahren, die ihm aufgrund seines Werdegangs bewusst sind, schüchtern ihn insofern nicht ein.

Kundenorientierte Missachtung von Beschäftigteninteressen

Eine Gemeinsamkeit zwischen Karl und Frank ist der Unmut über die Willkür des Managements im Unternehmen. Wieso er gewerkschaftlich aktiv ist, erklärt Frank folgendermaßen:

»Weil ich finde, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen und da auch eine tarifliche Absicherung geschaffen werden muss. [...] Bei uns ist ja alles wie wild-west, der Arbeitgeber, wie er lustig ist, legt das fest. Und wir haben im Endeffekt gar keinen Einfluss. Selbst der Betriebsrat kann wenig machen, weil meistens ist es hier so, der Arbeitgeber sagt, entweder ihr nehmt das so an, wie wir das haben wollten, oder

wir lassen es ganz bleiben. Und setzt dann auch dem Betriebsrat die Pistole auf die Brust. Ich bin aber der Meinung, gerade bei so einem großen Unternehmen, da wäre es ja eine Leichtigkeit, tarifliche Regelungen festzumachen. Und auch mehr Demokratie in den Betrieb reinzubringen. Wir sind hier ja nicht in so einem Fünfmannbetrieb. Wir sind hier 4000 Leute, und warum soll das hier diktatorisch veranstaltet werden?

I: Warum ist das diktatorisch?

F: Weil, die Spielregeln werden da irgendwo festgelegt und wir haben da zu folgen und haben da gar keinen Einfluss darauf da irgendwas selbständig den Arbeitsprozess. Die reden zwar immer davon, dass man Verbesserungsvorschläge machen kann. Aber im Endeffekt wird das von oben vorgegeben. Also der Rahmen, wie das abzulaufen hat. Da haben wir gar keinen Einfluss, auch was wir bezahlt bekommen.«

Frank nimmt das Management als mächtig und rücksichtslos wahr – das Management setzt dem Betriebsrat die Pistole auf die Brust. Ähnlich wie der Sozialrebellische Nationalist Karl empört sich Frank über eine Art betriebliches Missachtungsregime. Ohnmächtig fühlt er sich aber nicht, er resigniert auch nicht. Vielmehr will er die Spielregeln ändern, »mehr Demokratie in den Betrieb« reinbringen. Auch Frank hat eine rebellische Haltung, sie ist zielgerichtet: mehr eigene (Mit-)Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen innerhalb des Betriebes. Dieser Anspruch ist in einem gewissen Sinne anti-autoritär-demokratisch. Rechtsextreme und faschistische Ideologien setzen auf das »[...] Gefühl, ausgeliefert zu sein«, stärkt bei den Menschen den Glauben, »[...] dass sie das Objekt einer permanenten Verschwörung seien [...]«.« (Löwenthal 2021, 45)

Frank, der sehr wohl die Macht des gesellschaftlichen Obens wahrnimmt, sich selbst als Objekt von Herrschaft begreift, wenngleich er dies so nicht auf den Begriff bringt, will zugleich Subjekt seiner Geschichte sein. Auch in vielen anderen Interviews, die ich für diese Studie geführt habe, beschwerten Beschäftigte sich darüber, wie wenig ihre Interessen von Seiten der Geschäftsführungen aufgegriffen, in welch geringem Maße sie anerkannt wurden. In der Regel wünschten sie sich, dass das anders sein sollte. Frank geht allerdings einen Schritt weiter. Von Wirtschaftsdemokratie oder Vorschlägen, die Wirtschaft zu demokratisieren, hatte er zwar noch nie etwas gehört, wie er mir auf Nachfrage verriet; dennoch denkt er von sich aus in eine ganz ähnliche Richtung. Auf die Frage, was er sofort im Betrieb verändern würde, wenn er dazu die Macht hätte, antwortet er:

»Ich würde sagen, wir wählen unsere Chefs selber. Die müssen sich bei uns Arbeitern bewerben. Das wäre mal voll demokratisch hier. Das wäre natürlich sehr untypisch für die kapitalistische Arbeitswelt, aber das wäre...«

Dass sich die Vorgesetzten bei den Arbeitern bewerben sollen, würde das Machtverhältnis umkehren, das im Betrieb besteht. Dieses ist geprägt durch einen unbedingten Flexibilitätsanspruch an die Beschäftigten, damit auf den Absatzmarkt reagiert werden kann. Im Rahmen kundenorientierter Managementstrategien wird den Beschäftigten eingebläut, dass ihr Arbeitsplatz von Kunden abhängt. Marktorientiertes Denken soll so vermittelt werden. Im Betrieb, in dem Frank arbeitet, führt dies in seinen Augen dazu, dass gerade nicht die Interessen und Ansprüche der Beschäftigten aufgegriffen, sondern immer wieder verletzt werden. In jedem Fall aber, so Frank, müsste der Mitarbeiter, nicht

der Kunde im Vordergrund stehen. Man könnte sagen, Frank kritisiert eine Art »kundenorientierte Mitarbeiter*innenmissachtung«.

»Ganz einfaches Beispiel. Eine Kollegin kriegt einen Anruf in der Firma, dass bei ihr in der Wohnung ein Rohrbruch ist. Und sie kriegt aber vom Vorgesetzten gesagt, sie kann nicht nach Hause gehen, weil so viel zu tun ist. Was für ein Scheiß kann... das ist doch unwichtig, ob da mit den Rabattschlachten im Absatz... und bei der läuft die Bude voll mit Wasser. Ich darf doch bitten. Und da gehört es sich doch in so einem Fall... wir arbeiten doch nicht... ich meine, wenn ich jetzt Krankenschwester oder Arzt bin, wo es um Leben geht oder sowas. Aber irgendwelche Scheißartikel, die zum Kunden müssen? Tschuldigung, also da könnte ich platzen. Aber so läuft das öfters bei uns.«

Dieses Missachtungsregime, wie man die von Frank beschriebenen Verhältnisse zuspitzend nennen könnte, erklärt er selbst aus den hierarchischen Verhältnissen innerhalb des Unternehmens, die auch Vorgesetzten eigentlich kaum Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen lassen:

»Ich glaube, dass die Vorgesetzten ganz einfach ganz strenge Rahmen von oben. Die haben keinen Entscheidungsspielraum. Die kriegen auch gesagt ›das und so und nicht anders‹. Die kriegen auch gesagt, was sie zu machen haben, und fertig. Also eigentlich könntest du im Unternehmen auch nur noch dressierte Affen einstellen. Für die Tätigkeiten, weil die so einfach geworden sind. Und für die Vorgesetzten auch dressierte Affen. Oder da kannst du Papageien nehmen, die plappern nur nach, was sie von oben beigebracht bekommen.«

Rationalisierungsvorhaben innerhalb des Unternehmens, die Effizienz steigern und Kosten senken sollen, beziehen sich, so lässt Frank des Weiteren wissen, nicht nur auf die »einfachen« Beschäftigten. Experimente, die in anderen Ländern gemacht werden, betreffen gerade auch die Ebene der mittleren Vorgesetzten, Vorgesetztenarbeit soll durch Computerleistungen ersetzt werden.

»Da ist es inzwischen schon so, dass ein Computer entscheidet, ob eine Person weiterbeschäftigt wird oder nicht. Und da wird dann die Kündigung ausgedruckt und der Manager braucht sie dann nur noch zu überreichen.«

Diese Bemerkung weist m.E. auf eine Befürchtung hin: dass menschliche Entscheidungsspielräume weiter eingeengt werden, Beschäftigte also noch stärker der »kundenorientierten Missachtung« ausgesetzt werden.

Eine Gesellschaft der Verteilungskämpfe

Frank gehört zu denen im Betrieb, die nachhaltig gewerkschaftlich aktiv sind. Er gibt nicht auf, auch wenn die Macht des Unternehmens enorm erscheint. Aber auch mit den gesellschaftlichen Zuständen ist er unzufrieden. Sah sich Karl klar als »rechts«, so Frank als »links«.

Seine Gesellschaftskritik macht sich an einer Vielzahl von Entwicklungen fest, die mit dem Profitstreben von Unternehmen und falscher Politik zusammenhängen – wobei

keineswegs verallgemeinernd von »der Politik« die Rede ist, sondern Parteien innerhalb eines größeren Interessenstreits verschiedenen Lagern oder Seiten zugeordnet werden. Doch dazu unten mehr. Als größte Probleme des Landes betrachtet Frank niedrige Einkommen und zu geringe Renten. Ein Verteilungskrieg tobt:

»Die Schaffung des riesigen Niedriglohnbereichs unter der der Schaffung von Rot-Grün, diese komplette Ausnutzung. Und ich meine, die niedrigen Löhne sind ja das eine. Aber es hat ja auch Folgen, wenn die Leute später in Rente gehen, dass du eine Rente hast, von der du nicht leben kannst. Meiner Meinung nach ist das ein absoluter Sprengstoff für die Gesellschaft. Leider, muss ich ja sagen, dass momentan die Rechten davon profitieren, indem sie den Leuten sagen, die Flüchtlinge 2015 seien schuld an den Problemen. Aber im Endeffekt sind wir doch eigentlich mitten in einem Verteilungskrieg zwischen Arm und Reich.«

Franks Denken kreist um materielle Ungleichheiten, um (politische) Machtgefälle zwischen Oben und Unten, Unternehmen und Lohnabhängigen, sowie dem allem zugrunde liegenden Interessengegensätzen. Das ist typisch für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie. Zwar kommen diese Verteilungs- und Machtungleichheiten auch in anderen Mustern vor, hier aber besonders klar, zentral und verbunden mit einer Kausalitätsdiagnose: Das Glück der Oberen wird in Beziehung gesetzt zum Unglück derjenigen weiter unten (Dörre 2019, 2014f.). In diesem Sinne kann man auch von einer dichotomischen Struktur sprechen, weil Sie-Wir-Unterscheidungen stark sind.

Sie werden aber nicht, wie im Sozialrebellischen Nationalismus zwischen Innen und Außen, Einheimischen und Fremden, sondern zwischen Oben und Unten gezogen¹⁴. Wie ich im Weiteren zeigen werde: Diese dichotomische Denkweise ist nicht reduktionistisch, neben der materiellen Ungleichheit werden weitere gesellschaftliche Probleme wahrgenommen, typisch für das Deutungsmuster ist die Konstituierung einer Problemkette »Materielle Ungleichheit – Politische Machtungleichheit – Rechtsruck/Fremdenfeindlichkeit«. Für einen größeren Teil derjenigen, die auf dieses Deutungsmuster zurückgreifen, ist darüber hinaus der Klimawandel ein wichtiges Problem, das sie umtreibt. Zusammengehalten wird diese Problemkette insbesondere durch ein Ethos der Gleichheit. Soziale Gemeinwohldemokrat*innen orientieren sich am Ideal der gleichen Verteilung, der gleichen Chancen, der gleichen Rechte, auch wenn das nicht immer kohärent und widerspruchlos ist.

14 Möglicherweise, so ließe sich eine These von Klaus Dörre zuspitzen, halten derartige kausale Ausbeutungsdiagnosen Beschäftigte davon ab, sich rechtspopulistische oder faschistische Erklärungsmuster anzueignen. Bei Dörre heißt es: »Ausbeutung benennt einen Kausalmechanismus, der Lohnabhängigen beweist: »Die Reichen sind reich, weil die Armen arm sind, d.h. sie sind reich auf Kosten der Armen.« Fehlt es an organisierten gewerkschaftlichen und politischen Zusammenhängen, die solche Kausalmechanismen in den Arbeitermilieus verankern könnten, entsteht ein politisches Vakuum, das durch ressentimentgeladene Kausalmechanismen gefüllt werden kann. An die Stelle von Ausbeutung und Entfremdung treten dann Sündenbock- und Verschwörungstheorien, die den Schwachen versprechen, ihre Not durch Abwertung, Unterdrückung und Ausplünderung noch schwächerer Gruppen zu lindern.« (Dörre 2018, 65)

Gegen-Rechts

Von dem Verteilungskrieg, in den sich Frank auch verwickelt sieht, profitiert allerdings die politische Rechte, eine Bemerkung, die Frank veranlasst, zu erklären, weshalb er die Fremdenfeindlichkeit, die er auch in »seinem« Betrieb wahrnimmt, ablehnt. Frank setzt sich in dieser Hinsicht in einen klaren Gegensatz zu Karl. Ganz ausdrücklich erklärt er, weshalb Fluchtmigration kein Problem für ihn und das Land ist:

»Ja, wir haben auch unter den Streikenden Kollegen, die diese Schiene fahren. Ich merke das immer, wenn die bei Facebook irgendwelche Sachen teilen und ich denke ›mein Gott, die fallen auf diese blöden Sachen rein, die da praktisch in die Welt gesetzt werden‹. Also dass die Flüchtlinge vom Staat leben und der deutsche Rentner würde nichts bekommen. Oder der deutsche Obdachlose, der wird nicht unterstützt. Aber die Flüchtlinge werden unterstützt. Solche total schwachsinnigen Sachen halt, die da auf Facebook rumgehen. Und ich denke immer ›Ach Leute, seid ihr so blöd und fallt darauf rein?‹

I: Warum ist es für dich schwachsinnig?

F: Ja, weil es ja nicht stimmt. Weil wenn der Obdachlose wollte, kann er ja genau so zum Amt gehen und kann Hartz 4 beantragen und kann Unterstützung beantragen. [...]. Und außerdem ist es ja auch verkehrt, dass die Flüchtlinge alle hierherkommen und von Hartz 4 leben. Ich sehe es doch selber bei uns, da arbeiten sehr viele Flüchtlinge und das sind alles sehr fleißige Leute, oder... oder sind genau so fleißig, vielleicht sogar fleißiger. Wir haben genau so, ich sag mal, Leute ohne Migrationshintergrund, die keinen Bock zum Arbeiten haben.

I: Ist denn Zuwanderung für dich kein Problem?

F: Für mich ist Zuwanderung kein Problem, nein. Ich sag mal so: Ich glaube nicht, dass die Leute, in dem Maße wie sie herkommen... also ich glaube, die meisten würden schon lieber in ihrem Land leben bleiben, wenn da die Bedingungen in Ordnung wären. Ich glaube, man nimmt nicht so ohne Weiteres eine Flucht übers Mittelmeer auf und riskiert sein Leben. Das ist ja auch nicht ohne.«

Ein kulturelles Bedrohungsgefühl, gar eine nationalidentitäre Opfererzählung, die für das Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus so wichtig ist, findet sich bei Frank nicht. Es gibt im gesamten Interview keine Spuren davon.

Im Gespräch, das ich mit Frank führte, spielt die Kritik flüchtlingsfeindlicher Positionen eine wichtige Rolle – eine Reaktion auf ihre zunehmende öffentliche Sichtbarkeit, darauf also, dass sie buchstäblich zu einer öffentlichen Sache wurden. Auch im Kreis seiner Kolleg*innen. Für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie ist beides typisch: die Abgrenzung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechte sowie eine empathische und entproblematisierende, aufgeschlossene Haltung gegenüber Migrant*innen und Zuwanderung.

Martina, Krankenpflegerin

Ein Beispiel für die kritische Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und einen empathischen Bezug zu Geflüchteten findet sich bei der Krankenpflegerin Martina (I 6), die seit 1994 in einer Universitätsklinik arbeitet. Auf die Frage, was für sie die wichtigsten sozialen und politischen Herausforderungen sind, vor denen die deutsche Gesellschaft ihres

Erachtens steht, weist sie neben der Gesundheitspolitik und Verteilungsungleichheit auch auf die »Flüchtlingspolitik« hin. Als ich sie danach frage, was sie damit genau meint, geht sie auf Vorurteile und Ablehnung in ihrem Umfeld ein.

»Das Problem nehme ich wahr, das ist so ein bisschen gekoppelt so mit dem steigenden Wachstum der AfD-Wähler, dass viele gar nicht so den Blick für die Nöte anderer Mitmenschen aus anderen Regionen halt haben, sondern dass die halt dann eher Sorge haben, je mehr Menschen sozusagen ins Land kommen, dass ihre eigenen Probleme hintenüberfallen.«

Sie selbst legt Wert darauf eine andere Haltung zu haben. Martina setzt sich mit diesen Verarbeitungsweisen kritisch auseinander, für sie ist das Gleichheitsprinzip entscheidend:

»Das finde ich schlecht, weil für mich sind Menschen primär alle gleich, egal welche Hautfarbe oder welcher Glaubensrichtung die haben. Und wenn Hilfe benötigt wird, finde ich, ist das selbstverständlich, dass geholfen wird mit den Möglichkeiten, die man halt zur Verfügung hat. Aber ich stelle auch fest, wenn man sich halt so ein bisschen umhört im Bekanntenkreis, dass manche Menschen das halt nicht so sehen, sondern dass die dann halt teilweise sehr krass reagieren und sagen, »die sollen da bleiben, wo sie sind, ich will die hier nicht haben!« Und dass man sich dann halt so ein bisschen Sorgen macht, wie die Tendenz sich weiterentwickelt, dass du dann vielleicht irgendwann doch deutlich mehr Rechtsradikalismus und so was halt hast und dass halt Menschen zu Schaden kommen.«

Für Martina ist diese kritische Abgrenzung wichtig, sie prägt ihre politische Selbstverortung. In unserem Gespräch wiederholt sie ihr Selbstverständnis, das sie in Widerspruch zur (extremen) Rechten bringt: Für sie sind alle Menschen gleich, diskriminierende Ungleichbehandlungen lehnt sie ab.

»Ich sehe jeden Menschen als Individuum, als Mensch halt an und mit eigenen Bedürfnissen und dass jeder halt ein Recht darauf hat, dass es dem genauso gut geht wie mir selber.

Jörg, Industriearbeiter

Ein Beispiel für eine identitätsprägende antifaschistische Grundhaltung findet sich bei Jörg (I31), der bei einer Zuliefererfirma der Automobilindustrie arbeitet. Jörg ist Anfang 40, Familienvater, im Betrieb ist er als Vertrauensmann aktiv. Insgesamt ist sein Blick auf die Gesellschaft stark von der sozialen Ungleichheitsentwicklung geprägt, aber auch das Erstarken der extremen Rechten, mithin der AfD, ist für ihn eine ihn bewegende Herausforderung. Bereits zu Beginn unseres Gesprächs äußert er den Wunsch, seine Gewerkschaft solle sich noch stärker gegen die Rechte engagieren:

»Naja, also klar, wenn jetzt aufgerufen wird, »Bündnis gegen Rechts« oder so, klar ist man dabei und bringt die IG Metall-Fähnchen mit und schwingt sie da. Aber für mich gehört da noch ein bisschen mehr zu. Und da hab ich das Gefühl, da ist noch ein bisschen Luft nach oben. Aus meiner Sicht, gerade jetzt die AfD, die hat durch die Coronanummer jetzt nicht gerade viele Punkte. Ich hoffe, dass das auch zieht bis zur Bundestagswahl, dass die nicht so leicht zweitstärkste Kraft werden. Also es wäre fatal. Das ist dann so eine Nummer, wo ich denn auch erwarte, dass da auch klare Kante gezeigt wird und gesagt wird »Das geht nicht, das machen wir nicht.«

Jörgs Antifaschismus speist sich aus einem tiefen Dringlichkeitsgefühl, das zwei Gründe hat. Zum einen sieht er die AfD – aber auch andere Bruchstücke der extremen Mosaik-

rechten in Deutschland wie die Reichsbürger und die Querdenker – in einer direkten Kontinuität zum historischen Faschismus stehen, zum anderen sieht er sich (deshalb) als Gewerkschafter auch selbst in Gefahr. Käme die AfD an die Regierungsmacht, würde sie nicht nur eine Wirtschaftspolitik gegen die einfachen Leute machen, sie würde auch zur Gewalt greifen: »Und außerdem aus der Geschichte gelernt: Gewerkschaften sind die ersten, die dran sind.« Und weiter: »Wenn es denn so kommt, dann glaube ich auch, dass mein Name irgendwo auftaucht und dann ist man dran.«

Karin, Industriebeschäftigte

Ein weiteres Beispiel für eine klare Abgrenzung von der nicht-demokratischen politischen Rechten, die u.a. durch Aversion gegen Fremdenfeindlichkeit motiviert ist, findet sich bei Karin (I 23). Karin, zum Zeitpunkt unseres Gesprächs Anfang 50 und als Industriekauffrau in einem Maschinenbauunternehmen tätig, war vorher länger als Produktionshelferin in einem anderen Industrieunternehmen beschäftigt. Auch vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen lässt sie wissen, dass ihr ihre jetzige Arbeit »eigentlich« Spaß mache, aber die gesamte Arbeitsatmosphäre und »das Drumherum ist eine Katastrophe. [...] Es gibt kein Miteinander. Das ist auch der Grund, weshalb sie an einem Arbeitskampf im Betrieb teilgenommen hat. Auch auf die soziale Entwicklung blickt sie kritisch, nimmt wahr, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht. Als wichtige eigenständige gesellschaftliche Probleme nimmt sie darüber hinaus das Erstarken der Alternative für Deutschland und die feindselige Haltungen Geflüchteten gegenüber wahr. Über die AfD heißt es im Gespräch:

»Ich finde, der Rechtsextremismus [...] ist natürlich für mich problematisch. Wenn ich da ab und zu mal im Radio, Fernsehen oder in der Tagesschau dann diese Reden höre, [...] also die komplette Einstellung von der AfD, [...] das geht für mich überhaupt nicht.«

Gegenüber der Einwanderung von Menschen nach Deutschland nimmt Karin etwas früher im Gespräch eine starke Position ein, sie signalisiert Offenheit und Solidaritätsbereitschaft.

»Ich wäre auf jeden Fall bereit noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Ich bin vollkommen entsetzt darüber, wie manche Leute darüber denken, also so von wegen Mauern hier hochziehen. [...]. Und dann wieder da in Griechenland auf dieser Insel da, da sind also erbärmlichste Zustände und Europa guckt sich das an. [...]. Das ist für mich abartig.«

Und etwas später führt sie ihre Empörung mit Blick auf die Geflüchtetenfeindlichkeit in der eigenen Belegschaft folgendermaßen aus:

»Allein die Menschen da auf diesen Booten da verrecken zu lassen, ich weiß gar nicht, was wir für Menschen geworden sind. Das finde ich wirklich abschreckend [...]. Und wir wissen das alles und wir gucken zu und Hauptsache wir haben keine Flüchtlinge. Ich bin der Meinung, finanziell kriegen wir das auch hin. Bin ich einfach der Meinung.«

Oben gegen Unten

Franks Kritik an der Fremdenfeindlichkeit ist verbunden mit der Einsicht, dass die eigentlichen Probleme des Landes ganz andere sind – und auch ganz andere Ursachen haben. Im Mittelpunkt seiner Deutung steht ein Gegensatz zwischen Oben und Unten:

»I: Du hattest von einem Verteilungskrieg geredet. Was verstehst du darunter?

F: Im Endeffekt, dass ein Großteil arbeitet, bringt seine Arbeitskraft ein und wird mit Peanuts abgespeist hier und diejenigen, die praktisch die Firmen besitzen, sag ich mal, die streichen die ganze Kohle ein. Und haben dann auch noch das Geld dafür zu sorgen, dass die Gesetze so gemacht werden wie sie es brauchen.«

Als ich ihn frage, wie denn vor diesem Hintergrund die deutsche Gesellschaft aufgebaut ist, stellt er sie zögerlich als Klassengesellschaft dar. Damit steht er nicht alleine, das Gros der Menschen, die ich interviewt habe, benutzt ein ähnliches Bild: das einer in drei Teile gegliederten Gesellschaft, bei dem entscheidend für die Klassenzugehörigkeit ist, über ein wie hohes Einkommen jemand verfügt. Während Frank von Klassen spricht, bezeichnen andere dieselben drei Teile als Schichten. Bemerkenswert ist lediglich, dass Frank tastend auf Begriffe zurückgreift, die heutzutage lediglich zum sozialistischen Sprachgebrauch gehören.

»F: Wie aufgebaut? Weiß gar nicht was ich sagen soll. Ich weiß nicht, ob wir noch Klassen haben wie früher, also die Arbeiterklasse und die bürgerliche Klasse. Also man kann die Klassen über das Finanzielle einteilen. Also du hast eine riesige Klasse, die im unteren Bereich verdient. Und du hast eine etwas kleinere Klasse in der Mitte. Und dann noch weniger, die unheimlich viel Geld haben.

I: Und wer würde zu denen ganz oben gehören?

F: Die ganzen Millionäre und so.

I: Und was macht die Mitte aus? Warum ist die kleiner?

F: Früher war die Mitte ja sehr stark, aber viele sind ja vom Lohnniveau nach unten gedrückt worden. Viele merken auch gar nicht, wie sie vom Lohnniveau nach unten gedrückt wurden. Die haben ja keinen Lohn weggenommen bekommen, sondern die Lohnentwicklung ist ja stagniert. Dass es keine Lohnerhöhung mehr gab. Heutzutage werden selbst höherwertige Jobs im unteren Lohnniveau angesetzt, indem irgendwo Projektarbeit und so gemacht wird. Selbst Arbeiten für Studierende werden prekär gemacht. Und deswegen finde ich, dass der mittlere Bereich so klein geworden ist. Wo bei im Verhältnis die Spitze oben eigentlich breiter geworden ist. Es sind ja heutzutage viel mehr Millionäre wie früher da. Aber man kann es trotzdem als so ein Dreieck darstellen.«

Die Gesellschaft ist nicht nur dreigeteilt, im Laufe der Zeit ist die Mitte auch kleiner geworden, hat die Zahl derer an der Spitze zugenommen. Die Klassen teilt Frank im Sinne von Einkommensklassen ein (wer verfügt über wie viel Geld?), bleibt dabei aber nicht stehen. Dass z.B. »viele [...] vom Lohnniveau nach unten gedrückt worden [...]« sind, setzt eine Kraft voraus, die sie drückt, die »keine Lohnerhöhung mehr gab.« Insofern macht Frank den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit implizit zum Thema, führt ihn als Ursache ein.

Das wird auch an späterer Stelle noch deutlich (siehe unten), an der er Firmen- und Belegschaftsinteressen gegenüberstellt. Sich selbst verortet Frank klar unterhalb der Mitte. Zögerlich gegenüber der Anwendung des Klassenbegriffs, den der dennoch tastend ausprobiert, ist Frank insofern nicht, weil in seinen Augen die sozialen Ungleichheiten nicht groß wären. Es ist das Denken des Gros seiner Kolleg*innen, das für

ihn dagegen spricht. Ihnen fehlt ein Bewusstsein davon zu einer Klasse zu gehören, von Klassenzugehörigkeit wird im Alltag nicht gesprochen:

»I: Du hattest gesagt, diese alte Klasseneinteilung Arbeiterklasse und Bürgertum geht nicht mehr. Warum nicht?

F: Doch, einteilen könnte man es schon noch. Aber das Klassenbewusstsein ist verloren gegangen.

I: Was verstehst du darunter?

F: Dass die Leute sagen, ich gehöre zur Arbeiterklasse und ich wähle auch so. Wenn ich 100 Jahre zurückgehe, dann habe ich entweder als Angehöriger der Arbeiterklasse die SPD oder die KPD gewählt. Aber mit Sicherheit nicht irgendwo Zentrum oder was es da sonst noch so gab. Also die meisten haben ja als Arbeiterklasse dann SPD gewählt. Und das ist ja heutzutage auch nicht mehr so. Viele Arbeiter wählen CDU. Wo die Partei ja eigentlich für den Arbeitnehmer überhaupt keine Politik macht, finde ich. [...].

I: Okay, das bezieht sich jetzt auf Wahlen. Aber du hattest ja auch gesagt, dazu gehört, sich selbst als Teil der Arbeiterklasse zu sehen, und das sei heute anders. Wie nimmst du es denn wahr, wie sich deine Kollegen so selbst sehen würden?

F: Weiß ich nicht, das ist aus dem Sprachraum komplett raus. Das hörst Du heute ja nicht mehr, dass ich irgendeiner Klasse angehöre. Das klingt antiquiert. Es wird den Leuten auch immer so eingetrichtert als würde einem die Firma gehören, so muss man denken. Als Angestellter. Wo ich sage, das ist ja total schizophren. Dass ich die Interessen der Firma in den Vordergrund stelle und meine Interessen zurückstelle.«

Gewachsene soziale Ungleichheit und fehlendes Bewusstsein davon einer Klasse anzugehören gehören zusammen, man könnte diesen Zweiklang auch als politischen Pessimismus interpretieren. Zumindest lassen sich Franks Hinweise auf das fehlende Klassenbewusstsein einerseits, auf fremdenfeindliches Denken so interpretieren. Ein Pessimismus allerdings, der im starken Kontrast steht zu seinem anhaltenden gewerkschaftlichen Engagement.

Simon, Krankenpfleger

Auch Simon (I 9), der in einem Universitätsklinikum in Thüringen arbeitet, sieht nicht nur wachsende soziale Ungleichheit als eines der drängendsten Probleme dieser Gesellschaft an, er stellt auch einen kausalen Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut her – und dies nicht nur mit Blick auf die deutsche Gesellschaft, sondern zwischen globalem Norden und ärmeren Ländern:

»Die Kluft zwischen Arm und Reich ist ein großes Problem. Es gibt eine Schicht, die wird immer reicher und es gibt eine Schicht, die wird immer ärmer. Wo Reichtum existiert, muss auch Armut existieren. Weil irgendwo muss ja der Reichtum erwirtschaftet werden. Man sieht das ja auch im Globalen. Also uns geht es ja nur gut, weil es anderen Leuten oder Ländern schlecht geht. [...]. Wir kaufen preiswerte Klamotten ein und irgendwer muss die für diesen Preis herstellen. Das wird keiner aus Deutschland sein, weil der hat Mindestlohn und soziale Absicherung. Die sitzen da für 2 oder 3 Euro am Tag an der Nähmaschine.«

Vor diesem Hintergrund wirft Simon eine Reihe sozialer Probleme auf, spricht über zu hohe Mieten, zu niedrige Löhne, insgesamt ist er der Meinung, dass Zusammenhalt und Solidarität in Deutschland geringer geworden sind. Auch diese steht für ihn in einem Oben-

Unten-Verhältnis: »Der solidarische Gedanke würde mir gefallen. Von den Leuten, die die Möglichkeit haben, anderen zu helfen, von denen sollte auch Hilfe erwartet werden.« Immer wieder kommt er im Gespräch darauf zurück, dass Reichtum sich an der gesellschaftlichen Spitze häuft – ein deutlicher Unterschied etwa zu Ungleichheitskritiken, wie sie für den Leistungsorientierten Sozialkonservatismus typisch sind, auf die ich unten (siehe Kap. 5.2.5) eingehen werde:

»Das sind jetzt alles so kleine Klassenkämpfe. Wir haben doch viele Leute, die viel zu viel haben, was sie nicht brauchen zum Leben. Millionäre oder Großkonzernbesitzer. Die könnten ja der Gesellschaft was Gutes tun mit ihrem Geld.«

Dass Simon einen Zusammenhang zwischen dem Wohlergehen der Einen und den Nachteilen der Anderen sieht, bedeutet nicht, dass er systematisch auf Begriffe der Ausbeutung zurückgreift – auch wenn er gelegentlich den Ausdruck Klassenkampf fallen lässt.

»Arm gegen Reich, das ist ja so immer ein bisschen Klassenkampf. Es ist einfach so. Es gibt eben eine Schicht, die hat mehr. Und es gibt eine, die hat weniger. Und die, die mehr haben, die wollen immer mehr haben. Und die verteidigen das auch viel, viel mehr.«

Ursächlich sieht er dafür zum Teil den wachsenden Egoismus, es fehlt die richtige Einstellung anderen Menschen gegenüber. »Jeder versucht nur vor der eigenen Haustür zu kehren. Das finde ich nicht in Ordnung.« An anderen Stellen des Gesprächs verweist er hingegen auf die Macht der Unternehmen, die an der wachsenden Ungleichheit mit schuldig sind.

»Es gibt eine arbeitende Bevölkerung. Dann gibt es eine Bevölkerung, für die die Leute arbeiten. Die Unternehmer. Man kann ja eine Kaskade bauen. Unten hat man die Arbeiter, dann die Unternehmer, darüber ein paar Konzerneigner und die Politiker.«

Vor diesem Hintergrund geht Simon auch auf die ungleiche Behandlung von Unternehmen und Reichen einerseits, von normalen Menschen andererseits ein. Auch durch die Medienberichterstattung werde klar, »[...] dass die Leute im Prinzip von dem, was sie haben, nicht mehr leben können.« Ihnen gegenüber stehen hingegen Akteure,

»die kriegen trotz aller dieser Krisen immer wieder was ausgeschüttet. Gucken wir uns doch einfach mal die Lufthansa an. Die wurden mit 3 Milliarden gepampert und zahlen dann ihren Aktionären noch Dividenden aus. Das fasst man sich doch an den Kopf.«

Ein Grund dafür sieht Simon in der wirtschaftlichen Macht der Unternehmen, Drohgebärden mit Entlassungen. In Simons Deutungen ist das Glück derjenigen an der Spitze der Gesellschaft verbunden mit den Nachteilen derjenigen, die eher unten stehen in der Klassen-, bzw. Schichtungsstruktur.

Johannes, Industriearbeiter

Ein weiteres Beispiel für Deutungen der materiellen Ungleichheit, in der nicht nur festgestellt, sondern auch ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den oberen und den schlechteren Soziallagen hergestellt wird, findet sich beim Industriearbeiter Johannes (I 29), der in der Automobilindustrie beschäftigt ist. Johannes, der in Tarifrunden aktiv ist, ansonsten aber keine gewerkschaftlichen Funktionen ausübt, ist zum Zeitpunkt unseres Gesprächs Anfang 60. Im Verlauf unseres Interviews klagt er über verschiedene soziale Missstände, von Niedriglöhnen über Kinderarmut bis Rentenarmut, auch die Hartz-4-Gesetzgebung kritisiert er. Davon ausgehend wirbt Johannes für höhere Einkommens-

steuern für sehr gut Verdienende, womit er de facto Unternehmer*innen meint.

»Die verdienen doch da ihr Geld dadurch, dass andere Leute für sie buckeln. Dann können sie doch dem Sozialstaat auch mal was zurückgeben, oder nicht? Oder müssen die Leute Milliarden haben, die sie dann später mit ins Grab nehmen oder was weiß ich? Sie können es doch nicht fressen, das Geld?«

Auch Johannes stellt diesen Zusammenhang her, ohne auf eine popularisierte Ausbeutungstheorie zurückzugreifen. Allerdings stellt er direkt klar, dass die Vermögen »der Reichen« erarbeitet werden, aber nicht durch sie selbst, sondern vor allem durch die »Leute«, die für sie buckeln. Reiche, die stärker besteuert werden sollen, verdienen ihr Geld durch anderer Menschen Arbeit. Vor diesem Hintergrund sieht er eine Vierteilung der Gesellschaft, greift im Prinzip die Unterscheidung zwischen Oben, Mitte und Unten auf. Besonders ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass er eine vierte Klasse bzw. einen vierten Stand ergänzt, das gesellschaftliche Unten:

»Ich finde halt, wir haben keine Zweiklassengesellschaft, wie es immer dargestellt wird. Wir haben eine Mehrklassengesellschaft, weil wir haben die, von mir schon mehrfach angesprochen Reichen, wir haben den normalen Bürger. Wir haben noch einen Mittelstand, der aber jetzt richtig Probleme hat. Und dann haben wir die Klasse der Asylbewerber.«

Stellte er zunächst einen Zusammenhang zwischen unterschiedlichen sozialen Lagen her (die Reichen verdienen ihr Geld, weil andere für sie buckeln), unterscheidet er diese Klassen im Wesentlichen darüber, wie viel Geld sie haben. Der normale Bürger »hat quasi hier sein Auskommen, der einigermaßen vernünftig leben kann.« Um zum Oben zu gehören muss man dagegen »schon ein paar Millionen Festgeld haben und sich überhaupt keine Gedanken mehr machen müssen.« Zur vierten, zur untersten Klasse gehören asylsuchende Migrant*innen, weil sie institutionell ausgegrenzt werden, in Johannes Worten: »Die Leute werden bei uns eingepfercht. Die Leute kriegen keine Arbeitserlaubnis.« Eine eigene Schicht oder Klasse sind sie insofern, weil ihnen der Zugang zum normalen Leben, weil ihnen gesellschaftliche Teilhabe verwehrt bleibt. Darüber hinaus werden sie aktiv ausgegrenzt, sie »werden vom Großteil der Bevölkerung gemieden.«

Die politische Macht des Geldes

Frank kritisiert nicht nur die gewachsene Ungleichheit und die fehlende Berücksichtigung der Belegschaftsinteressen im Betrieb, er kritisiert auch eine politische Übermacht derjenigen, die über großen Reichtum verfügen. In diesem Punkt ist er sich mit etwa 60 Prozent der Bevölkerung (siehe Kap 5.1.3) und auch mit dem sozialrebellischen Nationalisten Karl einig – mit dem Unterschied, dass die Kritik an der Macht des Geldes im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie einen ganz anderen Stellenwert hat und in Ansprüchen auf eine bessere Demokratie münden. Bereits an früherer Stelle des Gesprächs hatte Frank darauf hingewiesen, dass die Firmen, die »die ganze Kohle einstreichen«, darüber bestimmen, wie die Gesetze aussehen. Er führt diesen Gedanken auf meine Nachfrage zu einem späteren Zeitpunkt des Gesprächs noch ausführlicher aus:

»I Am Anfang hattest du gesagt, die Oben, die die Firmen besitzen, die haben auch das Geld, die Gesetze machen zu lassen. Es gibt ja diesen Ausspruch, dass die Politiker*innen dem Volk dienen. Was sagst Du dazu?

F: So sollte es sein. Aber heutzutage geht ja alles nur nach Lobbypolitik. Das heißt, für die großen Firmen sind ja professionelle Leute am Start, die [...] schreiben die fertigen Gesetze, dass die Politiker sich darum nicht mehr kümmern müssen.

I: Ich habe eine andere Aussage gelesen, nämlich, dass der Staat, also unser Staat, der Staat der oberen Zehntausend ist. Was denkst du darüber?

F: Ich sags mal so, je mehr Geld man hat, desto besser kann man Lobbypolitik machen. Selbst die Gewerkschaft macht im Endeffekt Lobbypolitik und versucht Gesetze zu beeinflussen. Nur wie der Anschein ist, kriegen diejenigen, die das Geld haben, eher Gesetze so, wie sie es brauchen.«

Die politische Macht des großen Geldes bzw. der Unternehmen, steht für Frank in einem klaren Zusammenhang mit den sozialen Problemen, die ihn empören. Die Unternehmen waren und sind in der Lage, Reformen durchzusetzen, die zum Nachteil der Beschäftigten sind – aber wie am folgenden Beispiel der Energiepolitik deutlich wird, auch der Allgemeinheit:

»I: Welche Gesetze hast Du dabei im Sinn?

F: Gerade in der Arbeitspolitik hier mit sachgrundlosen Befristungen, Leiharbeit und so. Und Flexibilität des Arbeitsmarktes, Rechte einschränken von Arbeitnehmern. Es ist aber auch zum Beispiel, wenn ich jetzt bei den erneuerbaren Energien, Windkraft usw., da wird es so gemacht, dass die großen Stromkonzerne praktisch das auch wieder organisiert, anstatt dass man vielleicht sagen würde, jede Gemeinde tut mit Solar auf den Dächern und Windrädern in ihrer Gemeinde und versorgt sich praktisch selber. Sondern es wird wieder so organisiert, dass es praktisch von Großkonzernen geregelt wird.«

Frank thematisiert hier Konzernmacht in einem der zentralen Bereiche der Klimaschutzpolitik. Man kann es zugleich als ein Unbehagen an der konkreten Weise interpretieren, wie im marktorientierten Green New Deal (siehe Kap. 2.3), der Politik im Bündnis mit den Unternehmen, die große ökologische Transformation organisiert wird. Die Skepsis und Vorbehalte gegenüber der vorherrschenden Klimaschutzpolitik, von der in Kap. 5.1.5 die Rede war, wird von einer konzernkritischen Warte aus formuliert. Bevor es an späterer Stelle erneut um (den kritischen Blick auf) Klimapolitik ging, wurde im Gespräch aber zunächst das Verhältnis zwischen Gemeinwohl und Lohnabhängigeninteressen erörtert.

»I: Wo ist der Unterschied zwischen Lobbypolitik der Gewerkschaft und Lobbypolitik der Unternehmen. Du bist ja gegen Lobbypolitik.

F: Gegen Lobbypolitik von denen, die das Geld haben. Jeder versucht halt seine Interessen irgendwo durchzukriegen. Der Unterschied ist, dass das, was die Gewerkschaften versuchen, meistens auch irgendwas für die Gesellschaft ist. Gut, jetzt könnten die Großkopferten sagen, das ist ja auch was für die Gesellschaft, wir schaffen ja Arbeitsplätze. Wird ja immer gerne gesagt.«

Auf den Gegensatz zwischen Beschäftigten- und Unternehmensinteressen war Frank bereits früher im Gespräch eingegangen, ganz ausführlich anhand des eigenen Arbeits- und Betriebsalltags, aber auch anhand der sozialen Probleme im Land. Immerhin sprach er von einem »Verteilungskrieg«, der tobt. Diesen Interessengegensatz sieht Frank auch innerhalb des Staates wirken, wie hier deutlich wird.

Während er die Macht der Unternehmen kritisiert, heißt er den Versuch gut – Stichwort Lobbypolitik der Gewerkschaften – im Interesse »der Gesellschaft« Einfluss auf Regierungen zu nehmen. Franks Deutungen sind popular-demokratisch (Hall 2014, 113) und sie sind charakteristisch für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie. *Popular-demokratische Deutungen* kreisen um die Unzufriedenheit damit, dass soziale und politische Interessen bzw. Anliegen nicht aufgegriffen bzw. bearbeitet werden, hingegen starke Wirtschaftsinteressen bevorzugt werden. Sozialkritik und die Kritik z.B. an Parteien wirken auf eine Art und Weise zusammen, dass eine Oben-Unten-Spaltung auch im Politischen sichtbar wird. Häufig sind es verschiedene Interessen und Anliegen (Kette), die für wichtig gehalten werden, aber politisch vernachlässigt werden.

Der Wert demokratischer Teilhabe wird in popular-demokratischen Bearbeitungsweisen gewertschätzt. Typisch popular-demokratisch ist durchaus eine scharfe Kritik an Politiker*innen und Parteien, vorwiegend werden Parteien und der Staat dabei differenziert beurteilt. Infolgedessen erscheint es auch sinnvoll sich politisch zu engagieren. Popular-demokratisch ist eine Deutungsweise, wenn – zumindest im Ansatz – mehr oder bessere Demokratie gewünscht wird. Solche Deutungen sind in der Lage, den Gegensatz zwischen Volk (plebejisch verstanden als diejenigen, die nicht zu den Reichen und Profitabhängigen gehören)¹⁵ und Eliten zu vertiefen, populistische Deutungen dagegen bauen Brücken zwischen Volk und Eliten, auch wenn das Unbehagen an denen oben eine zentrale Rolle spielt (ebd., 112f.).

Anna, Krankenpflegerin

Ein Beispiel für eine zuspitzende Kritik an politischen Entscheidungsträger*innen findet sich bei der Krankenpflegerin Anna, die sich in ihren Fünzfingern befindet. Anna (l 4) arbeitet an einer Universitätsklinik und hat den Streik unterstützt, der dort u.a. für eine Entlassung des Personals geführt wurde. Ausgangspunkt ihrer kritischen Reflexionen zu Staat und Politik sind ihre – nicht erfüllten – Ansprüche an staatliches Handeln.

»A: Also, ich bin der Meinung, dass der Staat da für die Menschen im Land da sein sollte, dass er dafür sorgen sollte, dass die Menschen gut versorgt sind, gut ernährt sind, gut gebildet sind und gut ihr Leben fristen können, dass das auch auf Perspektive eben weitergeht, also eben halt Umweltpolitik und so weiter und so fort. Und ich glaube, dass der Staat aber sehr viel von den Konzernen abhängig ist und er von deren Politik geleitet wird. [...] Weil sonst würde man bestimmte Dinge umsetzen, die notwendig sind, zum Beispiel um Umweltpolitik zu machen, aber da nimmt man halt immer Rücksicht auf die Autokonzerne, auf was weiß ich, irgendwelche Energiekonzerne.«

Soziale Klassenungleichheit führt zu politisch ungleicher Macht, der Staat ist »sehr viel von den Konzernen abhängig.« Diese Kritik führt Anna aber nicht dazu, den Staat als abgeschlossen oder das Feld der Politik als vollkommen fremdgesteuert zu betrachten – eine Deutung, die sich beim Sozialrebellischen Nationalisten Karl beispielsweise fand, der sich einem Machtkomplex von Politik, Wirtschaft und Medien gegenüber sah, der durch die Wirtschaft gesteuert wurde. Der Sozialstaat, so Anna etwas später im Gespräch, sei auf die Menschen im Land angewiesen, »die sind ja auch ein Kapital, also ohne die Menschen

15 Siehe hierzu Panagiotis Sotiris (Sotiris 2017, 30f.).

könnte man keine Politik machen.« Wäre das anders, wäre die Bundesrepublik keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Der Staat ist für Anna konzernabhängig, er ist aber kein Staat der Konzerne, weil immerhin »doch auch viel im Sinne der Menschen gemacht wird, aber was mir bisher nicht auffällt, ist, dass was gegen die oberen Zehntausend gemacht wird.«

Kai, Krankenpfleger

Ein weiteres Beispiel für eine zugleich differenzierende Kritik und für eine tiefe Enttäuschung über Politiker*innen und Parteien findet sich beim Krankenpfleger Kai (I 12), Ende 30 und Mitglied im Personalrat einer Universitätsklinik. Er ist aus verschiedenen Gründen von politischen Parteien enttäuscht, wie er wissen lässt. Seine Frustration führt ihn allerdings nicht zu einer verdichteten Kritik »der Politik«, er differenziert durchaus, unterstreicht den zu großen Einfluss von Wohlhabenden und Unternehmen auf politische Entscheidungen, wertschätzt aber die demokratischen Einflussmöglichkeiten. Seine kritische Haltung gegenüber vielen Parteien begründet er durch verschiedene Beispiele. Relativ früh im Gespräch führt er aus, dass der Umgang mit Geflüchteten seine Skepsis gegenüber den Parteien nochmals verfestigt hat:

»Ja, also ich glaube, noch mal richtig gefestigt hat das zum Beispiel die sogenannte Flüchtlingskrise. Also mich hat gestört, dass denen es ja vielleicht so offensichtlich scheissegal ist, was mit geflüchteten Menschen passiert. [...] Da leben Leute echt am Existenzminimum. Wie da die Politik auch nicht nur in Deutschland, sondern in Europa reagiert hat, das hat wirklich enttäuscht. Und ich glaube, das war auch so ein richtiger Knackpunkt, wo ich gesagt habe, von den aktuellen Parteien, da kann ich mich jetzt nicht wirklich mit identifizieren.«

Ein enttäuschter Humanismus, so könnte man sagen, entfremdet ihn vom politischen Mainstream. Aber: Kais Distanz zu den Parteien hat auch andere Gründe. Er kritisiert den zu großen Einfluss von Lobbyisten bzw. die zu große Macht der Wirtschaft:

»Weil die Wirtschaft der Politik schon häufig was in die Feder diskutiert. Also, wie gesagt, ich sehe, dass manche Parteien echt gute Ideen haben und es auch Gesetzesentwürfe gibt, die dann aber letztlich so verwässert und rundgefeilt verabschiedet werden, wo ich mir denke ›Ja, da hatte wieder irgendein Lobbyist die Finger im Spiel.« Wo ich mir denke, da kann sich leider die Politik nicht gegen die mächtige Wirtschaft durchsetzen.«

Allerdings geht er nicht pauschal davon aus, politische Entscheidungen würden allein für die oberen Schichten bzw. besonders wohlhabende Menschen getroffen. Danach gefragt, was er von dem Ausspruch halte »Der Staat ist der Staat der oberen Zehntausend«, weist er diesen zurück.

»Ich glaube schon, dass wir eine Staatsform haben, die eigentlich gut geeignet ist so zum Leben. So von den oberen Zehntausend, nein, da habe ich so nicht das Gefühl, weil ich keine Länder [...], was da an Korruption abgeht in der Politik so, das ist noch eine Nummer heftiger. Das will ich nicht ausschließen, dass hier so was nicht passiert, aber vielleicht passiert es hier geschickter, aber ich habe den Eindruck, dass unsere Politik hier noch gesünder ist [...]. Also vom Staat der oberen Zehntausend würde ich nicht unbedingt sprechen hier.«

Hier lohnt erneut der Vergleich mit den Deutungen des Sozialrebellischen Nationalisten Karl, der sich einem geschlossenen Machtkomplex gegenüber sah, in dem Reiche und Un-

ternehmen im Prinzip alles bestimmen. Kai hingegen, ähnlich wie Anna, reflektiert Errungenschaften (»in anderen Ländern ist es heftiger«), die zeigen, dass es keinen »Staat der oberen Zehntausend« gibt. Danach gefragt, wie seine Kritik der Lobbymacht zu seiner Relativierung des Einflusses »der oberen Zehntausend« passt, erläutert er:

»K: Na ja ich weiß wohl, dass es immer noch schlimmer werden kann. [...]. Ich möchte jetzt zum Beispiel nicht in Weißrussland leben. Ich möchte nicht in Brasilien leben. Ich möchte nicht in den USA leben. Also ich versuche das immer so ein bisschen gesamtgesellschaftlich, ein bisschen globaler zu sehen. [...].«

Und kurze Zeit später heißt es:

»Bei aller Kritik, die ich auch geäußert habe, hast du aber trotzdem die Möglichkeit, deine Meinung frei zu äußern. Bei vielen Dingen, die wir manchmal zum Beispiel raushauen, jetzt im Rahmen vom Personalrat oder im Namen von Gewerkschaft, da gibt es Länder, da landest du im Knast, wirst du totgeprügelt. Und das passiert dir hier nicht. Und das ist ein absolut großer Wert. [...]. Die Grundrechte, die funktionieren.«

Frank identifiziert unterschiedliche Seiten, auf denen man stehen kann, wie am Beispiel der Parteien deutlich wird, mit denen er sich auseinandergesetzt hat. Während der Begrüßung zum Interview, waren wir bereits ungezwungen ins Gespräch über eine tagespolitische Frage gekommen, Frank hatte bei der Gelegenheit wissen lassen, dass er die LINKE wählen würde. Auf Nachfrage erläutert er seine Präferenz, indem er letztlich unterschiedliche Lager ausmacht, in denen man stehen kann:

»F: Ja, ich hatte da so die großen Parteien im Kopf. Da würde ich auf jeden Fall LINKE wählen. Auch wenn ich auch nicht mit allem so einverstanden bin. Vor allem jetzt so mit der Tendenz mit rot-rot-grün solche Koalitionen machen zu wollen.

I: Warum?

F: Ja, ganz einfach. Unter einem Bundeskanzler Scholz. Das geht nicht. Dieser Mann ist auf der anderen Seite. Also ich gehe auch mal davon aus, dass das für die SPD der Todesstoß ist. Wobei... Die Grünen, ich muss ganz einfach sagen, die Grünen, die wollen ihre Umweltpolitik, aber auf kapitalistische Weise. Und dann ist es so, dass die kleinen Leute bezahlen müssen.«

Steht Olaf Scholz auf der anderen Seite und wollen die Grünen eine Umweltpolitik auf Kosten der »kleinen Leute« machen, verortet Frank DIE LINKE auf der richtigen Seite. Das ist zumindest die Implikation seiner Ausführungen.

Sozial faire Klimaschutzpolitik

In unserem Gespräch dominierten die bisher erörterten Probleme. Den Klimawandel hält er aber durchaus für eine wichtige Herausforderung, auch wenn er zunächst kritisch auf eine spezifische Form der Umweltpolitik (die der Grünen) reagiert. Man könnte hier von einer Variante von »Klimaschutzinteressen von unten« sprechen, auf die ich auch bei anderen Interviewpartner*innen gestoßen bin.

Umwelt- und klimapolitischen Forderungen steht Frank insgesamt durchaus aufgeschlossen gegenüber. Das wird auch an anderer Stelle des Interviews deutlich. Allerdings ist ihm dabei wichtig, dass abhängig Beschäftigte nicht auf der Strecke bleiben. Ausge-

hend von der Bemerkung über die grüne kapitalistische Umweltpolitik habe ich Frank nach seiner Meinung über die Fridays for Future-Bewegung gefragt. Die folgende Passage lässt sich als ein Plädoyer für eine sozial verantwortliche Umweltpolitik lesen:

»F: Ja, ich fand die eigentlich gut. Wobei ich jetzt neulich ein Interview von Greta gesehen habe und muss sagen, die hat im Endeffekt davon geredet, es gibt nur schwarz oder weiß. Aber so einfach kann man die Sache nicht sehen, so einfach ist es nicht. Im Endeffekt hast Du ja auch Grautöne.

I: Wie meinst Du das?

F: Mit den Klimazielen hier. Man könnte jetzt sagen, wir sind jetzt radikal, wir schalten jetzt alles ab. Aber was sind dann die Konsequenzen davon?

I: Und was wäre für Dich das richtige Grau? Also das wäre ja das Richtige aus Deiner Perspektive...

F: Das Problem sind ja die Leute, die arbeitslos würden, wenn bestimmte Sachen nicht mehr gemacht werden. Obwohl ich sage auch, diese Braunkohle ist auch total schizophren, die zu verbrennen, um Strom zu erzeugen. Macht keinen Sinn. Dann müssen wir eben auch sehen, dass umstrukturiert wird. Es würde nichts bringen, dass wir jetzt klimaneutral wären, aber dafür 10 Millionen Arbeitslose hätten. Das kann ja nicht funktionieren. Ich bin also schon der Meinung, ich finde es einfach logisch, dass wir einen Verkehr haben, wo keine Emissionen mehr entstehen, weil es sinnvoll ist keine Umweltgifte in die Luft zu geben. Das müsste doch immer das Ziel sein, so wenige Gifte in die Umwelt zu lassen wie möglich. Der Wandel ist, man kann ja nicht so radikal sein, wir schalten alles ab, haben 10 Millionen Arbeitslose und die ganze Gesellschaft bricht zusammen. Für mich ist das Thema nicht Klimawandel, sondern Systemwandel. Weil ich glaube, dass dieses kapitalistische System nicht funktionieren kann, um unsere Umwelt zu schonen.«

Systemwandel steht für etwas Grundsätzliches, der Hinweis, dass »dieses kapitalistische System nicht funktioniert«, legt Radikalität nahe. Allerdings ist diese Diagnose in der vorstehenden Passage verbunden mit einem Plädoyer für soziale Machbarkeit. Eine Klimaschutzpolitik, bei der »10 Millionen Arbeitslose« entstehen, lehnt Frank ab. Beides, radikale Diagnose und Sorge um soziale Verantwortung, steht nebeneinander. »Greta« steht hier dagegen für eine mögliche soziale Verantwortungslosigkeit, so wie »die Grünen« in der vorherigen Passage Platzhalter einer Klimaschutzpolitik sind, für die »die kleinen Leute bezahlen müssen.«

Weshalb es seines Erachtens nicht möglich ist, die Umwelt unter kapitalistischen Bedingungen nachhaltig zu schützen, führt er im direkten Anschluss aus. Insbesondere die Umweltschädlichkeit grüner Produkte hebt er dabei hervor:

»I: Die Grünen würden sagen, dass das doch geht.

F: Ja, toll. Dann nehmen wir das Elektroauto. Ist ja schön, fahren wir alle hier bei uns sauber rum, haben keine Emissionen mehr, und in Südamerika geht die Umwelt zu Grunde wegen der Siliziumproduktion. Wird die Umwelt kaputt gemacht. Ich meine, Akkus haben wir nicht nur im Auto, auch in den Handys und überall. Ich fahre selber gerne Auto. Aber für unsere Gesellschaft wäre es doch eigentlich sinnvoller, dass wir eher Transportwege haben, wir eher mit dem Öffentlichen Nahverkehr fahren. Ist für mich auf dem Land ja gar nicht möglich. Wenn ich zur Arbeit will mit dem Bus, ich

würde ne Stunde nach Arbeitsbeginn da. Vorher fährt gar nichts. Das hätte ja alles weiterreichende Konsequenzen. Auch die Arbeitszeiten müssten abgestimmt werden mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. [...]. Weil ein Bus, der dann auch von mir aus mit Wasserstoff oder Elektro angetrieben wird, ist immer noch effektiver als 50 Elektroautos. Und ich glaube, das kapitalistische Modell ist auf immer mehr und mehr, aber die Güter sind endlich. Also der Kapitalismus ist definitiv zum Scheitern verurteilt, weil irgendwann sind die Ressourcen alle. Oder ein Krieg bricht aus, weil die Ressourcen alle werden und dann kommt es zum Krieg.«

Franks anfängliche kritische Bemerkung über die Partei Die Grünen und Greta Thunberg münden keineswegs in Anti-Ökologie, im Gegenteil. Ein sozial verantwortlicher Klimaschutz, das wird in diesen Passagen deutlich, ist für Frank notwendigerweise mit dem Aufbau eines anderen Verkehrssystems und – das weiß der Autofahrer, der im Schichtrhythmus zur Arbeit fährt – sogar andere Arbeitszeitmodellen verbunden. Wie grundsätzlicher Systemwandel und soziale Gestaltbarkeit praktisch aussehen könnten, führt Frank allerdings nicht weiter aus.

Klimawandel und Klimaschutzpolitik werden auch von anderen Beschäftigten als wichtiges gesellschaftliches Problem aufgeworfen (wenn auch nicht von allen), die auf das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie zurückgreifen. Ich möchte hier auf zwei Beispiele aus Gesprächen mit Beschäftigten eingehen, die in anderen Branchen arbeiteten. Zunächst mit einer Person aus dem Krankenhaussektor, dann aus der Zulieferkette Automobil. Typisch ist für die Klimadeutungen innerhalb des Deutungsmusters Soziale Gemeinwohldemokratie nicht, dass – wie bei Frank – die Systemfrage aufgeworfen wird, wohl aber die Einbettung in Deutungen der Klassenungleichheit. Diese kritische Einbettung führt aber nicht zu Klimaschutzskepsis, im Gegenteil.

Anna, Krankenpflegerin

Das erste Beispiel findet sich bei der oben bereits zitierten Krankenpflegerin Anna (I 4). Sie sieht in Umweltproblemen und Klimaerwärmung »Riesenprobleme«, wie sie mich in unserem Interview wissen lässt.

A: Ja, für mich ist das Problem daran, dass ich Angst habe, dass die Erde nicht mehr lange so bestehen bleibt, wie sie jetzt ist. Dass die Menschen halt so nicht mehr auf der Erde leben können, dass man sie halt zerstört.

I: Und woran machst du das fest?

A: Dass es jetzt die Klimakatastrophen, die wir jetzt haben, die ganzen Hurricanes oder was weiß ich, Trockenzeiten, Eisschmelze, sonst irgendwas. Das nimmt ja immer mehr zu. Ich meine, solche Stürme, wie wir in den letzten Jahren hier hatten, die hatten wir früher nie. Das finde ich schon ein dringendes Problem. Und man hat ja auch nicht das Gefühl, dass die Politik da jetzt mal vernünftig dran arbeitet. Das sind immer kleine Schritte, dann werden sich Ziele gesetzt, die dann eh nicht eingehalten werden, was weiß ich, Ausstieg aus der Braunkohle oder solche Sachen, die sie dann nicht umsetzen. Oder die Erderwärmung nur um ein Grad bis da und da hin, und dann sagen wir, ne, schaffen wir ja doch nicht. Wie auch Frank bringt Anna die soziale Ungleichheit bzw. die Klassenungleichheit ins Spiel. Wers soll die Lasten tragen? Hier zeichnet sich, ähnlich wie bei Frank, eine Unterscheidung zwischen Klimapolitik ab, die dringend nötig ist, und einer bedrohlichen Klimapoli-

tik, bei der Probleme auf »den kleinen Mann geschoben« werden.

A: Die Probleme werden ja auch oft auf den kleinen Mann geschoben, der soll da, was weiß ich, mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren zum Beispiel und weniger heizen und sonst irgendwas machen, aber dass sie die großen Industrien und so weiter, die ja sehr viel mehr verbrauchen und das wird dann halt... Wir müssen dann erst mal langsam aussteigen.

Von Arbeitsplatzängsten ist Anna nicht getrieben. Auch wenn sie selbst diese Formulierungen nicht gebraucht, so glaubt sie doch an eine Art beschäftigungspolitische Gestaltbarkeit des ökologischen Umbaus. Ich frage Anna, ob eine striktere und entschlossener Klimapolitik nicht Arbeitsplätze in Deutschland kosten wird.

A: Also, ich denke mal, dass man auch, wenn man Alternativen sucht, zum Beispiel zum Auto, damit auch mit Sicherheit Arbeitsplätze schaffen würde. Von daher glaube ich nicht, dass da so viel Arbeitsplätze verschwinden. Natürlich, wenn die Autoindustrie zumacht oder jetzt statt Dieselmotorbau zum Beispiel jetzt Elektromotoren gebaut werden, dann muss derjenige natürlich auch die Möglichkeit haben, umzulernen. Aber ich denke mal, man schafft mit klimaneutralen Sachen wieder neue Arbeitsplätze. Und ich kann nicht sagen, wir wollen die Braunkohle weiter behalten, nur, weil der Braunkohlebaggerfahrer vielleicht keine Arbeit mehr hat. Dann muss man halt Alternativen für den schaffen. Das halte ich für sehr wichtig.«

Jörg, Industriearbeiter

Nun ist Anna nicht direkt selbst betroffen durch die Veränderungen, die sie fordert, ihr Arbeitsplatz ist nicht direkt vom industriell-fossilen Kapital abhängig. Anders ist das bei Jörg (I 31), dem Vertrauensmann aus der Automobilindustrie, den ich oben (Rechtsextremismus und AfD) bereits zitiert habe. Jörg hat ein ausgeprägtes ökologisches Bewusstsein, ein nachhaltiger Umgang mit der Umwelt ist ihm wichtig. Umweltfragen verschiedener Art nennt er deshalb auch, als ich ihn frage, welche die drängendsten Herausforderungen sind, vor denen die deutsche Gesellschaft steht.

J: »Für mich ist halt die Erderwärmung ein Thema, was die ganze Menschheit angeht. Es ist nicht erst seit Fridays for Future so, sondern schon vorher. Das ist ja jetzt keine neue Erfindung von Greta Tunberg, dass man was für die Umwelt machen soll. Weil jeder bedient sich dran, ohne etwas dazu zu tun. Und das Thema Nachhaltigkeit. Das man noch was hinterlässt, wo die Kinder und Enkelkinder vielleicht noch was von haben. Das ist so eine Nummer. Ich finde, der Klimawandel ist eben kein Mythos, das ist real. Und wenn man das einmal verstanden hat, [...] dann muss man es halt auch [...] ändern.«

Für ihn bedeutet das umweltbewusst zu konsumieren, etwa Ökostrom zu beziehen und kein Fleisch aus Massentierhaltung zu kaufen. »Die Massentierhaltung ist [...] auch umwelttechnisch ein riesiges Problem. Da muss man auch was gegenhalten.« Auch Jörg ist es wichtig, dass nicht die abhängig Beschäftigten die Lasten des ökologischen Umbaus zu tragen haben. Einen Widerspruch zwischen seinem Plädoyer für Umwelt- und Klimaschutz einerseits, seiner eigenen beruflichen Abhängigkeit von Industriearbeit, insbesondere von der Automobilproduktion, sieht er nicht. Bemerkenswert ist: Obwohl der Betrieb, in dem Jörg als Vertrauensmann aktiv ist, krisengebeutelt in jüngster Zeit Kolleg*innen entlassen bzw. Personal abbauen musste, ist er durchaus gestaltungsoptimistisch. In Kapitel 5.1.5 habe ich dargelegt, dass auch unter Industriebeschäftigten, die Klimapolitik

begrüßen, die Sorge vor Wohlstandsverlusten umgeht, eine Angst, die u.a. in schlechten Erfahrungen mit bisherigen industriellen Restrukturierungsmaßnahmen wurzelt. Vielleicht ist es übertrieben zu behaupten, Jörg sei diesbezüglich sorgenfrei. Aber er ist der Meinung, dass Klimaschutz und Arbeitsplatzerhalt sich nicht widersprechen müssen. Es kommt auf effizienten Ressourcenverbrauch an, etwas, was in dem Bereich, in dem er beschäftigt ist, schon aufgrund der relativ hohen Energiekosten eine wichtige Rolle spielt. Das eigentliche Problem sieht er darin, dass zu viel produziert und konsumiert wird. »Dieses Wegschmeißen und neu kaufen, das ist ja gar nicht meins. Ich versuche zu reparieren [...] und nicht immer alles neu zu holen.« Allerdings mündet Jörgs Nachdenken nicht in einer Konsumstrategie, er sieht durchaus systemische Wachstumszwänge, auf die er hinweist, indem er über das Großkapital spricht, zu dem immer das Geld hinfließe.

»Das Geld ist ja nicht weg, sondern bei jemandem. Und dieses Großkapital funktioniert wie so schwarze Löcher, es fließt immer mehr Geld da hin und nichts mehr weg, weil die so viel Geld haben. Und weil das so ist, müssen wir alle Zinsen und Dividenden befriedigen und das halt weltweit. Und das auf Kosten der Leute, der Beschäftigten und auf Kosten der Umwelt.«

Der für das Gemeinwohl sorgende Staat

Franks Blick auf die Gesellschaft ist verbunden mit einer klaren Haltung Parteien und Regierungen gegenüber. Er wünscht sich eine Politik für die richtige Seite, einen Staat, der dem Gemeinwohl dient. Franks Gesellschaftsdeutungen sind geprägt von der Oben-Unten-Spaltung, seine Sozialpolitikdeutungen durch vielfältige Reformansprüche und dem Wunsch nach verschiedenen Formen der Sozialstaatsintervention: nach einer schützenden, einer umverteilenden und auch einer steuernden Wohlfahrtsstaatspolitik. Dieser starke Anspruch an den Sozialstaat ist typisch für Soziale Gemeinwohldemokrat:innen. Dazu gehört auch bei vielen der Beschäftigten (nicht bei allen), die auf dieses Muster zurückgreifen, ein Plädoyer für eine dekommodifizierende Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungspolitik, das teilweise mit dem Stichwort des bedingungslosen Grundeinkommens verbunden wird. Gemeint sind dabei aber nicht vorliegende Grundeinkommenskonzepte, sondern die Idee der Sanktionsfreiheit und deutliche Erhöhungen der Transferleistungen, so dass niemand gezwungen wird, eine Lohnarbeit anzunehmen. Hier ähneln entsprechende Deutungen denen, auf die ich auch in Kapitel 5.2 hingewiesen habe. Typisch für Soziale Gemeinwohldemokrat*innen ist insofern nicht das Ja zum bedingungslosen Grundeinkommen, sondern eine Haltung, die stark von Empathie für Erwerbslose geprägt ist. Wünsche nach einer strafenden Sozialpolitik, wie sie gelegentlich bei anderen Gesprächspartner*innen auftauchten, sind dem Muster Soziale Gemeinwohldemokratie jedenfalls fremd.

Laut Frank sollten sich an der Finanzierung des Staates nicht nur diejenigen in stärkerem Maße beteiligen, die hohe Einkommen haben, die staatliche Politik sollte darüber hinaus stets von der Frage geleitet sein »was bringt mir das für die Gesellschaft. Nicht, was bringt das dem Einzelnen, sondern was bringt das der Gesellschaft?« Frank sagt es nicht wortwörtlich, m.E. wird mit dieser Frage aber eingefordert, der Staat solle gemeinwohlorientiert wirken. Bereits im vorherigen Gesprächsverlauf war schließ-

lich deutlich geworden, dass er die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen diesem Gemeinwohl gegenübergestellt, während er es tendenziell mit den Interessen und Ansprüchen der Lohnabhängigen identifiziert. Der gemeinwohlorientierte Staat, den Frank sich wünscht, so ließe sich zuspitzen, setzt sich für die Anliegen der abhängig Beschäftigten ein.

Finanziert werden soll eine gesellschaftsdienliche Politik einerseits durch eine stärkere Besteuerung Vermögender, andererseits durch die Einsparung überflüssiger Staatsausgaben, beispielsweise im Verteidigungsetat:

»Dann könnte man eine Reichensteuer machen. Mein Chef, der so viel Geld hat, was will der mit dem Geld? Dem würde doch viel weniger reichen, da könnte man dem viel wegnehmen, dann würde der immer noch nicht am Hungertuch nagen. Auf jeden Fall eine Umverteilung von Reichtum. Da gibt es dann auch Bereiche beim Staat, da könnte man gewaltig einsparen. Bundeswehr zum Beispiel. Ich sehe halt nicht, dass wir so eine Kriegsmarine bräuchten mit Kampfflugzeugen, Panzern, Drohnen und was weiß der Teufel was. Man muss auch wieder drüber diskutieren, dass wir praktisch eine Staatsarmee brauchen, dass jeder seinen Dienst am Land leistet, wir bräuchten nicht mehr als eine Verteidigungsarmee. Viel Geld fließt ja auch als Steuersubventionen für Abschreibungen, dass hier irgendwelche Kreuzfahrtschiffe abgeschrieben werden. Ich glaube, da könnte der Staat auch jede Menge einsparen.«

Konkret bedeutet die Gesellschafts- oder Gemeinwohlorientierung für Frank, dass der Staat den Menschen ein gutes Leben in Sicherheit ermöglichen soll. Er selbst sagt das nicht in diesen Worten, jedenfalls nicht exakt so. Es ist vielmehr die Quintessenz seiner Überlegungen. Diese zeigt sich in einer Reihe von Forderungen, die sich auf unterschiedliche Bereiche beziehen. Das Plädoyer für andere Bildungs- und Pflegepolitik, verbindet Frank mit der Fürsprache für Verstaatlichungen und eine andere Wohnungs- und Wohnraumpolitik:

»Erstmal öffentlichen Nahverkehr kostenlos machen. Dann Verstaatlichung von Strom und Telefon, das alles wieder in staatliche Hand zurückholen. Dann sozialer Wohnungsbau. Gerade in den Großstädten muss sozialer Wohnungsbau sein. Und vor allen Dingen, dass die Leute nicht irgendwo in Randgebiete nach weit außerhalb getrieben werden. Ich war ja auch schon in Kreuzberg und habe das auch schon mitgekriegt, wie da Verdrängung stattfindet. In Frankfurt ist ja auch, da wo die EZB da gebaut hat und rundrum die alten Gebäude, wird dann versucht aufzukaufen, um da dann moderne teure Wohnungen hinzustellen und so.«

Insofern wünscht sich Frank eine Sozialstaatspolitik des Öffentlichen, durch die Infrastruktur und öffentliche Güter zur Verfügung gestellt werden. Und an anderer Stelle heißt es:

»I: Die Sachen, wo Du meinstest, die müssten verstaatlicht werden. Strom, Wasser, Öffentlicher Nahverkehr, sozialer Wohnungsbau. Warum die? Warum muss das verstaatlicht werden?

F: Das, was die Leute zur Grundversorgung brauchen, damit sie leben können, das darf

meiner Meinung nach nicht dem Kapitalmarkt überlassen werden. Genauso ist es meiner Meinung nach mit Lebensmitteln.«

Die Frage, weshalb etwas vom Staat, nicht aber von profitmaximierenden Unternehmen bewirtschaftet werden soll, ist keineswegs trivial. Wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird, plädieren auch Beschäftigte, die auf andere soziale Deutungsmuster zurückgreifen, gelegentlich für die Re-Verstaatlichung einzelner Sektoren (siehe Kap. 5.3.4). Franks Plädoyer ist – zumindest im Ansatz – weitergehend. »Grundversorgung« steht hier, ähnlich wie dies in jüngeren politischen Diskussionen über eine neue Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der Fall war, dafür, zum Wohlergehen und zur freien Entfaltung beizutragen. In den Diskussionen über eine »Ökonomie des Alltagslebens« geht es darum den sozialen Konsum grundlegender Güter und Dienstleistungen (von der Wasserversorgung über Schulen bis zu Pflegeeinrichtungen) zu gewährleisten, (Foundational Economy Collective 2019, 33), damit ein freies und gutes Leben für alle möglich wird.

Es geht um die Bereitstellung unverzichtbarer Alltagsgüter (ebd., 36). In der Tendenz spricht auch Frank über die Grundversorgung in ähnlicher Weise. Die Frage aber bleibt: Warum sollten bestimmte Güter und Dienstleistungen nicht privatwirtschaftlich organisiert werden? Franks Antwort ist simpel: Staatlich zu organisieren sind diese Bereiche, weil kapitalistische Unternehmen reine Profitinteressen verfolgen:

»Weil es in einer Privatwirtschaft immer nur drum geht Gewinne zu erzielen. Das heißt, es verteuert sich ja nur. Wenn ich überlege Telefon, da hieß es, wir privatisieren alles, dadurch wird das Telefonieren billiger. Also ich zahle jetzt mit meinem ganzen Telefon, was ich alles habe... Ich meine, gut, vieles gab es früher nicht, da hatten wir ein Festnetztelefon. Da haben meine Eltern im Monat 40 DM gezahlt, 20 Euro. Ich zahle für meinen Handyvertrag, den ich habe, 60 Euro. Dann kommt noch der Telefonanschluss daheim mit dem schnellen Internet. Das sind dann nochmal vierzig Euro.«

Profitinteressen werden von Frank hier nicht als Ursache guter Warenproduktion, sondern von Nachteilen gesehen. Eine weitere wichtige staatliche Aufgabe ist es laut Frank gute Bildung zugänglich zu machen. Befähigende Sozialstaatspolitik spielt für ihn eine wichtige Rolle. Zum einen soll eine gute Bildung dazu beitragen ein anderes Miteinander zu ermöglichen. Bildung soll dem Egoismus in der Gesellschaft entgegenwirken, insofern, so lässt sich Frank zumindest interpretieren, ist Bildung für ihn auch ein Beitrag zu einer Gemeinwohlpolitik:

»F: Bildung ist ja wichtig, damit wir uns weiterentwickeln könne. Und dass sich die Leute einbringen können in die Entwicklung von so einem Land.

I: Wie beurteilst Du die Art, wie Bildung bei uns organisiert wird?

F: Erstmal muss sie kostenlos sein. Aber ich glaube, im Schulsystem müssten auch andere Akzente gesetzt werden, so zu Allgemeinbildung. Wir erleben ja auch, dass es immer mehr Egoismus gibt und immer weniger Zusammenhalt in der Gesellschaft. Ich glaube, da müsste man schon in der Bildung früher anfangen das zu fördern. Also die Gemeinschaft und nicht der Einzelne.«

Für Frank hat Bildung insofern nicht nur einen wirtschaftlichen Sinn, also beispielsweise Kindern und Jugendlichen möglichst gleiche Chance auf den Arbeitsmärkten bzw. für den sozialen Aufstieg zu geben. Das ist auch ein wichtiges Thema in anderen Interviews, im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohlorientierung ist die Forderung nach einer befähigenden Sozialstaatspolitik aber mehr als ein Mittel zum Zweck, damit junge Menschen besser im Wettbewerb stehen können. Auch bei Frank fehlt es nicht völlig, allerdings greift er es in umgekehrter Weise auf, indem er die gewachsenen Anforderungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt anspricht. Einfache Schulabschlüsse, so seine Schlussfolgerung, reichen heute überhaupt nicht mehr aus.

»F: Ich habe mich mit Eltern unterhalten und höre, bei mir in der Gesamtschule, auf die ich gegangen bin, da gibt es jetzt eine Hauptschulklasse, eine Realschulklasse und vier Gymnasialklassen. Ich glaube nicht, dass die Kinder heute schlauer sind wie wir früher. Irgendwas stimmt da doch nicht. Oder ist die Bildung so viel besser geworden, dass alle jetzt so gut sind, dass sie Gymnasium machen können? Und studieren können?

I: Weil jetzt mehr Kinder Abitur machen?

F: Ja. Oder sind die Ansprüche gesenkt worden? Ich sag mal, zu meiner Zeit war es noch so, die die Hauptschule gemacht haben, die waren die, die dann handwerklich tätig waren. Und da galt ja ein Hauptschulabschluss was. Da konntest du jede handwerkliche Tätigkeit aufnehmen. Heute musst du ja teilweise schon Abitur vorlegen, Realschulabschluss ist das Mindeste, und das muss schon ein guter sein, und am besten ist, wenn ich mich als Mechatroniker mit Abitur bewerbe. Da stimmt doch was nicht.«

Kurz: Ohne mittleren oder höheren Bildungsabschluss sehen die beruflichen Zukunftschancen von Jugendlichen schlecht aus. Frank interessiert sich darüber hinaus für das bedingungslose Grundeinkommen, weil eine sanktionsfreie Mindestsicherung den Zwang aufheben würde, einer Lohnarbeit nachzugehen. Allerdings: für ihn ist weniger entscheidend, dass er dann nicht arbeiten müsste, sondern dass innerhalb der Arbeitswelt bzw. auf dem Arbeitsmarkt dann das Machtverhältnis umgekehrt würde. So zumindest lässt sich Frank interpretieren. Die Unternehmen müssten sich um die Beschäftigten bemühen, nicht umgekehrt:

»Dafür spricht, wenn es auf der richtigen Höhe ist, dass ich sage, ich kann damit mein Essen und Wohnung und das alles bezahlen, um zu überleben, brauche ich nicht arbeiten gehen. Das würde den Arbeitsmarkt ja umdrehen. Diejenigen, die jetzt Arbeitgeber sind, müssten sich drum kümmern, dass wir, die jetzt noch Arbeitnehmer sind, sagen, okay, ich biete dir meine Dienstleistungen da an. Ich bin bereit, für dich zu arbeiten. Und heute ist ja andersrum. War ja schon, als wir Richtung zwei Millionen Arbeitslosen gingen, war das Geschrei ja schon groß, »wir müssen aus dem Ausland Arbeitskräfte ranholen, wir haben hier keine mehr«. Aber die Sache war ja so, dass sie hier für das Geld, was sie anbieten, keine Leute gefunden haben. Und die jetzigen Arbeitgeber wollen ja immer, dass die Ressource Arbeitskraft größer wie die Nachfrage. Und nicht andersrum.«

Zwischen Franks betrieblichen Erfahrungen mit einem »kundendorientierten Missachtungsregime«, wie ich es oben nannte, und seiner Neugierde einem bedingungslosen Grundeinkommen gegenüber, besteht also durchaus ein Zusammenhang – immerhin wären Beschäftigte nicht mehr dazu gezwungen sich zu unterwerfen, sondern Unternehmen darauf angewiesen sich um das Wohlwollen der möglichen Beschäftigten zu bemühen. Das Grundeinkommen, so ließe sich Franks Deutung zuspitzen, begreift er insofern in der Tendenz als Mittel innerhalb einer gesellschaftlichen Machtauseinandersetzung. Hiervon zeugt auch der Hinweis auf die »Arbeitskräftepolitik« der Unternehmer*innen, die darauf zielte das Angebot auf den Arbeitsmärkten hoch zu halten, indem Zuwanderung organisiert werden sollte, obwohl von einer Vollbeschäftigungssituation keine Rede sein konnte.

Umfassendere sozialpolitische Reformwünsche sind typisch für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen. Neben einer schützenden (siehe Grundeinkommen) und befähigenden Sozialstaatspolitik gehören dazu auch Wünsche nach Umverteilung und eine Politik des Öffentlichen, wie ich abschließend anhand von Ausführungen von Beschäftigten aus dem Industrie- und Pflegesektor nachzeichnen will.

Markus, Krankenpfleger

Ein weiteres Beispiel für umfangreiche Sozialstaatsansprüche findet sich bei Markus (I 13), der in einem privaten Krankenhaus arbeitet und dort an einem Streik teilgenommen hat. Als ich ihn frage, was er sofort in der deutschen Politik ändern würde, wenn er dazu die Macht hätte, antwortet er mit einer ganzen Reihe von (sozialpolitischen) Ideen:

»Also ich würde den Mindestlohn hochsetzen, deutlich. Von mir aus auf 15 Euro. Und ich würde auf jeden Fall ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen von, weiß ich nicht, 1.500 Euro. Ich würde die Erbschaftssteuer hochsetzen. Von mir aus ab einer Million, drastisch. Und ich würde eben auch den Spitzensteuersatz senken. Ich würde die Verkehrswende einleiten. Also ich würde öffentliche Verkehrsmittel subventionieren stark. Und in der Bildung würde ich Jugendlichen und Kindern den Zugang zu Bildung kostenlos machen, auch Kultur kostenlos machen für Kinder, sagen wir mal. Also abgesehen von Kino vielleicht. Aber Museen, Theater.«

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist Markus aus mehreren Gründen. Er geht davon aus, dass im Zuge des ökologischen Umbaus weitere Arbeitsplätze verloren gehen, ausdrücklich nennt er die Bereiche des Braunkohleabbaus und der Autoindustrie. Ein Grundeinkommen wäre eine gute Möglichkeit, diese Menschen aufzufangen – ohne Stigmatisierung und ohne Zwang, irgendeinen Job anzunehmen. Wichtig ist ihm, dass kein großer Druck auf Erwerbslose ausgeübt wird, um dem Einzelnen bessere Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten:

»Dann muss es eben auch klappen, dass das wirklich dann bedingungslos ist und eben auch gewisse Möglichkeiten bieten, um sich zu entfalten, beinhaltet. Ne, also ich meine, ich bin auch der Meinung, dass, wenn man dann eben einen Job macht, einen sinnvollen oder nicht sinnvollen durchaus, dass man dadurch mehr verdienen sollte. Aber man sollte auch Entfaltungsmöglichkeiten durch dieses bedingungslose Grundeinkommen haben.«

Jörg, Industriearbeiter

Einen starken Ausbau des Sozialstaates wünscht sich auch der bereits zitierte Jörg (I 31), der bei einem Automobilzulieferer beschäftigt ist. Jörg wiederholt, als ich ihn danach frage, was er in der deutschen Politik verändern würde, auch nach konkreten Reformvorschlägen, zunächst Punkte, die er bereits zuvor im Gespräch zum Thema gemacht hatte: ein längeres gemeinsames Lernen in der Schule, eine andere Steuerpolitik, eine ökologische Landwirtschaftspolitik. Aber er erweitert diese Perspektive auch, bringt Verstaatlichungen ins Spiel, die letztlich ebenso dem Gemeinwohl dienen sollen, wie auch die bessere Besteuerung des Großkapitals, die er vorschlägt. Banken und Versicherungen, so Jörg, würde er in jedem Fall verstaatlichen. »Dass die Staaten die Hoheit des Geldes nicht haben, verstehe ich nicht, immer nur zugucken, wie Geld die Welt regiert.« Aber auch andere Bereiche würde er vom Markt nehmen, ausdrücklich spricht er dabei vom Krankenhaussektor, aber auch von der Altenpflege. In beiden Fällen stört er sich am Gegensatz einer gebrauchswertorientierten Pflege- und Sorgearbeit einerseits, der Notwendigkeit Geld damit zu erwerben, Gewinne zu machen, andererseits. Mit Blick auf die Altenpflegearbeit lässt er wissen:

»Was mich auch umtreibt, das ist der Umgang mit den Älteren in den Pflegeheimen, wie das organisiert ist, wie die Pflegekräfte bezahlt werden. Ich denke, es ist wie es ist, weil es schlecht finanziert ist und teilweise auch privatisiert ist. Dass das gewinnmaximierend laufen muss, das würde ich auch gerne ändern. Wenn man alt ist und gepflegt werden muss, und wenn man denn sterben muss, dann soll man auch würdevoll sterben. Und nicht irgendwie durch Medikamente ruhiggestellt.«

Neben einer gemeinwohlorientierten Verstaatlichungspolitik spricht sich Jörg für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Arbeitsmarktpolitik aus. Prekäre und atypische Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und Befristungen begreift er nicht als Mittel zum Zweck, um Beschäftigung zu schaffen, sondern als Beschäftigungsform, die Machtinteressen der Unternehmen entgegenkommen:

»Aber wann wird denn in einer Firma eingestellt? Ja, wenn Beschäftigung da ist. Wie wird eingestellt? Das macht man am liebsten über Werkverträge, über Leiharbeit, über Befristungen, weil man die Leute dann wieder, wenn man das nicht braucht, abmelden kann. Das ganze Risiko wird ja auch die Beschäftigten abgewälzt, das hat ja in den letzten 20 Jahren stattgefunden.«

Und weiter:

»Bei uns in der Firma wird nicht eingestellt, weil man die Leute wieder loswerden kann, sondern wir stellen ein, weil wir sie brauchen. Das ist genau der Punkt. Dass der Unternehmer dann Regeln braucht, mit denen er arbeiten kann, ja klar. Die muss er aushandeln mit mir, mit dem Interessenpartner. Wie gehen wir damit um? Aber das wollen die ja gar nicht, die wollen ja nicht diskutieren, die wollen frei schalten und walten wie sie wollen. Darum wollen die Leiharbeit, brauchen sie dann ja nur noch abmelden.«

Vor diesem Hintergrund kritisiert Jörg auch die Hartz-4-Mentalität und spricht sich – nicht ohne Widersprüche – für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens aus. Unter Hartz-4-Mentalität versteht er die sozialpolitische Grundannahme, »ich muss die Leute nur genug drangsalieren und kürzen, dann gehen die auch arbeiten.« Das, so Jörg, sei sowohl unrealistisch als auch ungerecht. Unrealistisch ist es in seinen Augen, weil nur eine sehr kleine Minderheit der Erwerbslosen tatsächlich keiner Erwerbsarbeit nachgehen

wolle, hierin also nicht der Grund für die Massenarbeitslosigkeit zu finden sei. Eingestellt werde, so argumentiert er bereits vorher im Gespräch, wenn Betriebe aufgrund der Marktentwicklung Arbeitskräfte brauchen. Ungerecht sei es, weil Erwerbslose bereits nach einem Jahr des Bezuges von Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II wechseln und somit die vorherige Erwerbsleistung, Berufserfahrung, Qualifikation und auch Einzahlung in das Versicherungssystem entwertet werde. »Und dann muss ich jeden Job annehmen, da ist meine Ausbildung und meine Berufserfahrung völlig egal, was sind da meine 30 Jahre Berufserfahrung vorher noch wert?«

Zusammenfassend lässt sich sagen: Franks Deutungen kreisen um Verteilungs- und Machtkonflikte zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmen bzw. Vermögenden, deren Ergebnis kritikwürdige Ungleichheiten sind. Auch wenn er selbst nur tastend auf Formulierungen wie »Klassengesellschaft« bzw. »Arbeiterklasse« zurückgreift, stellt er so doch einen Zusammenhang her zwischen dem Glück der einen und dem Unglück der anderen. Dies gilt für den Betrieb, in dem er arbeitet, ebenso wie für die ganze Gesellschaft.

In beiden »Bereichen« misst er bzw. kritisiert er die Zustände an einem Gemeinwohlanspruch. Darunter versteht er, dass dann für das Gemeinwohl gesorgt ist, wenn die Interessen von abhängig Beschäftigten aufgegriffen werden und für ihr Wohlergehen gesorgt ist. Störer*innen dieses »Gemeinwohls der Lohnabhängigen« sind – anders als im Sozialrebellischen Nationalismus – nicht Migrant*innen, sondern diejenigen, die für niedrige Löhne und soziale Unsicherheit sorgen, also ein Teil der politischen Parteien und »die« Unternehmen. Die Abgrenzung von Fremdenfeindlichkeit wirkt in diesem Zusammenhang durchaus identitätsstiftend.

Der Bezug auf ein »Gemeinwohl der Lohnabhängigen« wird auch deutlich in seiner kritischen Bezugnahme auf umwelt- bzw. klimapolitische Vorschläge. Kurz: Klimaschutzpolitik ja, aber nicht auf Kosten der abhängig Beschäftigten. Seine Ansprüche an den (Sozial-)Staat wurzeln in dieser Gemeinwohlorientierung. Vermögende sollen stärker zu dessen Finanzierung beitragen, staatliche Leistungen sollen der Gesellschaft und damit in erster Linie den abhängig Beschäftigten dienen – durch eine absichernde (z. B. Rente) und befähigende (z. B. Bildung) Politik. Dass eine solche Politik nicht betrieben wird, führt Frank mehr oder weniger ausdrücklich auf die Macht des Geldes bzw. die durch Reichtum gegebene Möglichkeit zu effizienter Lobbypolitik zurück.

5.3.4 Die (Enttäuschten) Sozialliberalen

Ein weiteres wichtiges Deutungsmuster ist der (Enttäuschte) Sozialliberalismus, der sich sowohl von Sozialrebellischen Nationalismus, als auch von der Sozialen Gemeinwohldemokratie deutlich unterscheidet. Auch in diesem Deutungsmuster werden betriebliche Entwicklungen kritisiert, gehen Betriebs- und Gesellschaftskritik Hand in Hand.

Die Deutungen der Gesellschaft sind durch Oben-Unten-Unterschiede und die Wahrnehmung einer dreigeteilten Schichtung gekennzeichnet. Beides teilt der Sozialliberalismus mit dem Muster Soziale Gemeinwohldemokratie, in dem allerdings

Gegensatzdeutungen zwischen Oben und Oben dominieren, nicht Unterschiedsdeutungen. Die Gesellschaft ist innerhalb des (Enttäuschten) Sozialliberalismus kein Raum, der stark durch Interessengegensätze oder gar Ausbeutungsbeziehungen aufgespannt wird – auch wenn in Gesprächen, in denen dieses Deutungsmuster zu finden war, unterschiedliche Interessen durchaus Thema werden konnten. Allerdings nahmen sie nicht keinen zentralen Platz ein. Eine rebellische oder kämpferische Haltung gegenüber »den anderen«, die in der Klassengesellschaft oben sind, zeichnet sich insofern nicht ab. Das ist ein wichtiger Unterschied gegenüber dem Muster Soziale Gemeinwohldemokratie, wenngleich es im Sozialliberalismus durchaus Anknüpfungspunkte für eine solche Abgrenzung gibt. Harte oder klare Schuldzuschreibungen an ein gesellschaftliches Oben sind aber »an sich« nicht charakteristisch.

Parteien und politische Entscheidungsträger*innen werden durchaus kritisiert, ähnlich wie in anderen Deutungsmustern wird auch in diesem diagnostiziert, dass Besitzende einen zu großen Einfluss auf die Politik haben. Zu einer zugespitzten Kritik oder gar Verurteilung führt das aber nicht notwendigerweise. Eine polarisierte Teilung zwischen »uns hier unten« und »denen da oben«, zu denen auch das politische Establishment gehört, gibt es nicht.

Wichtig ist: Die (interessen-)politische Handlungsorientierung ist vielleicht nicht durch Optimismus geprägt, wohl aber vom Glauben an die Gestaltungsfähigkeit der betrieblichen und auch der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es handelt sich um *liberal-demokratische Deutungen* des politischen Feldes, für die drei Merkmale typisch sind. Erstens wird die demokratische Teilhabe gewertschätzt. Zweitens wohnt diesen Deutungen ein gewisser »Antiradikalismus« inne, die Spielregeln der liberalen Demokratie sollen gewahrt werden, Politik soll »seriös« sein. Drittens mögen Unzufriedenheiten über die Politiker*innen durchaus eine wichtige Rolle spielen, eine tiefere Spaltung zwischen Volk und den politischen Eliten wird aber nicht sichtbar – tiefe Enttäuschung über Parteien und Politiker*innen möglicherweise, aber kein Antagonismus. Das unterscheidet den Sozialliberalismus sowohl vom ausgrenzenden Populismus des Sozialrebellischen Nationalismus, als auch von der popular-demokratischen Orientierung innerhalb des Musters Soziale Gemeinwohldemokratie.

Weder die kritischen Diagnosen zu Betrieb und Gesellschaft, noch die (interessen-)politische Handlungsorientierung münden in der Wahrnehmung, das Verhältnis zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten sei durch starke Interessengegensätze strukturiert. Vielmehr zeichnet sich die Vorstellung ab, ein Ausgleich zum Wohle aller sei möglich, wenngleich zu diesem Zweck auch eigene Interessenpolitik nötig ist.

Ohne dass Interviewte dies in diesen Worten ausdrücken würden, zeichnet sich – mal implizit, mal explizit – das Ideal einer sozial regulierten Wirtschaft ab, in der für das Wohl der abhängig Beschäftigten gesorgt ist. Eine scharfe Kritik an gesellschaftlichen Zuständen fehlt, die formulierte Gesellschaftskritik ist eher moderat. Eine Forschergruppe um den Jenaer Soziologen Klaus Dörre ist bereits vor einigen Jahren auf ähnliche unterschiedliche Gruppen von Gesellschaftskritiker*innen unter Industriearbeiter*innen gestoßen: Auf der einen Seite prononcierte Kritiker*innen der gesellschaftlichen Entwicklung (in meinem Fall: die Gemeinwohldemokrat*innen), auf der anderen Seite die Moderaten (hier: die Sozialliberalen), die zwischen Kritik und positiven Bewertungen changierten (Dörre/Matuschek 2013, 46). Kapitalismuskritik im

Sinne einer systematischen Reflexion über objektive Interessengegensätze, Profittriebe oder Profitzwänge, spielt kaum eine Rolle bei (Enttäuschten) Sozialliberalen – allerdings fehlen ebenfalls positive Vorstellungen einer »guten Marktwirtschaft«.

Orientieren sich Soziale Gemeinwohldemokrat*innen stärker an Idealen der Gleichheit, so spielt für Sozialliberal Leistungsgerechtigkeit eine größere Rolle, auch wenn das mitnichten in Rechtfertigungsreden sozialer Hierarchien mündet. Der Sozialstaat spielt vor diesem Hintergrund eine wichtige Rolle, er soll vor Armut und Risiken schützen und Chancengleichheit gewährleisten. Typisch für den Sozialliberalismus sind insofern Forderungen nach einer schützenden und befähigenden Sozialpolitik, punktuelle Forderungen nach einer Sozialpolitik des Öffentlichen und Umverteilung sind möglich.

Von einem (Enttäuschten) Sozialliberalismus ist insbesondere aus drei Gründen hier die Rede: Erstens aufgrund der (latenten) Orientierung an einer sozialen kapitalistischen Wirtschaft. Zweitens aufgrund der demokratisch motivierten Skepsis gegenüber zu großer politischer Radikalität, also einer Orientierung an einer Art fortschrittlichem Pragmatismus. Drittens – und damit verbunden – aufgrund einer Ablehnung von Rechtsradikalismus und Rassismus. Beschäftigte, die dieses Deutungsmuster artikulierten, sind in der Regel offen für den Klimaschutz. Allerdings sind sie dabei pragmatisch. Das kann einen Grund in der Sorge um Arbeitsplätze haben, muss es aber nicht. Andere Erklärungen sind möglich, etwa das Interesse an einer praktischen (schnellen) Umsetzbarkeit. In jedem Fall folgt auch daraus eine Skepsis gegenüber zu großer Radikalität.

Wie das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie ist auch der Sozialliberalismus von einer Kette wahrgenommener Probleme gekennzeichnet. Allerdings sind sie in eine liberaldemokratische, nicht in eine antagonistische popular-demokratische Deutung der gesellschaftlichen Beziehungen und Grundorientierung eingebettet.

Ich habe in Klammern ein (Enttäuscht) vorangestellt, weil einzelne Gesprächspartner*innen, die auf dieses Deutungsmuster zurückgegriffen haben, enttäuschte ehemalige Anhänger*innen der SPD oder Grünen waren. Kurz: Sie fühlten sich politisch nicht repräsentiert. Bei anderen Interviewten fand sich dieser Zug der Enttäuschung nicht, sie gaben sich als Wähler*innen des mitte-links-Spektrums zu erkennen. Da es sich zwischen den Gesprächspartner*innen um den einzigen wirklich markanten Unterschied handelte, habe ich darauf verzichtet einen eigenen Deutungsmustertyp darzustellen. Artikuliert wurde das Muster (Enttäuschter) Sozialliberalismus von etwas mehr einem Viertel der Interviewten, überwiegend von Beschäftigten aus der Industrie, aber auch von zwei Beschäftigten aus Lagern und zwei Pflegekräfte.

Sozialporträt Jens – Der Enttäuschte Sozialliberale

Die Logik dieses Deutungsmusters möchte ich anhand des Sozialporträts des Arbeiters Jens nachzeichnen. Jens (I 21) arbeitet in einem Industrieunternehmen, das als Zulieferer für die Automobilindustrie tätig ist. Er gehört zu den Gewerkschaftsmitgliedern, die in der letzten Tarifaufeinandersetzung aktiv waren, bei der auch gestreikt wurde.

Mittefünfzigjährig ist er bereits – mit einer kurzen Unterbrechung – seit den späten 1980er Jahren im Unternehmen beschäftigt. Eine lange Zeit also, auf die er durchaus nostalgisch zurückblickt. In diesem Blick zurück werden verschiedene Verschlechterungen sichtbar (ähnlich für ältere Angehörige von Stammbesellschaften: Wolf 2018, 163–164). Da er zuvor als Bäcker gearbeitet hatte, war der Einstieg in den Industriebe-

trieb für ihn eine Art Aufstieg, die Arbeitszeiten waren im neuen Job besser und so auch der Lohn, »früher konnte man hier richtig dickes Geld verdienen. [...] Da hat man halt gedacht ›oh super, passt ja.«

Heute ist das anders. Jens ist unzufrieden mit der Situation im Betrieb und Jens ist auch unzufrieden damit, wie es in der Gesellschaft zugeht. Ein Bruch in seiner persönlichen Aufstiegsgeschichte prägt zumindest sein Bild, das er sich von den Vorgängen im Betrieb und in der Arbeitswelt macht. Ein scharfer Gesellschaftskritiker ist er aber nicht, seine Anliegen sind moderat, wenn auch unerfüllt, und er formuliert sie auch auf eine moderate Art und Weise. Extremismen schrecken ihn ab. Ein rebellischer Gestus, wie er etwa in den gegensätzlichen Deutungsmustern Sozialrebellischer Nationalismus und Soziale Gemeinwohldemokratie zu finden ist, fehlt. Gewerkschafter ist er, »weil ich halt denke, dass man halt was erreichen kann oder beziehungsweise, man muss die Leute schützen.« Im Mittelpunkt des Gespräches, das ich mit ihm geführt habe, stehen soziale Themen. Aber in unserem Interview kommen wir auch auf anderes zu sprechen, beispielsweise auf Rassismus oder den Klimawandel.

Der Betrieb als Ort von Last und Ungerechtigkeit

Jens ist Betriebsratsmitglied, spielt aber im Gremium keine führende Rolle (mehr). Insgesamt ist er unzufrieden damit wie es im Betrieb läuft. Das hat mehrere Gründe. Die eigentliche Arbeitstätigkeiten, die er an der Maschine machen muss, stören ihn nicht. Brisant sind für ihn zuallererst die sozialen Beziehungen im Betrieb. Insbesondere das mehr als angespannte Verhältnis zum Betriebsleiter treibt ihn um. Für ihn nicht genehme Betriebsratsentscheidungen »[...] gab es immer Retourkutschen.« Jens Erzählungen werden also von einer längeren Konfliktgeschichte geprägt. Nicht zuletzt kritisch sieht er die ungleiche Behandlung der Beschäftigten durch die Unternehmensleitung.

»Und die Leute, die er braucht, die werden gehätschelt. Die Leute, die kritisch sind und schon länger hier sind und die ihn von früher kennen, die will er am liebsten alle rauschmeißen.«

Andere werden dagegen systematisch schlechter behandelt,

»[...] die haben halt manchmal Personen, auf die haben sie sich eingeschossen, dann wird immer wieder und immer wieder beim kleinsten [...] Anlass, wo man hebeln könnte, wird sofort gehebelt. Und andere Leute dürfen sich Sachen rausnehmen, wo ich denke ›puh.«

Das Betriebsklima, so lässt sich zumindest Jens Wahrnehmung zusammenfassen, ist nicht gut. Hinzu kommt ein gewisser Arbeitsdruck, ein »hoher Termindruck«, wie er sagt. Ein Druck, der den Betrieb für ihn zum abschreckenden Ort macht. »Das ist mittlerweile so, man nimmt das mit nach Hause. Man nimmt das richtig dick, fett mit nach Hause und am Freitagmittag gefühlte Erleichterung.«

Und etwas später im Gespräch heißt es dann:

»Weil jetzt zum Beispiel, mein Kollege ist um zwölf heimgegangen, ich müsste jetzt acht CNC-Maschinen nicht nur bestücken, sondern auch einrichten, Programme schreiben, die Programme abstimmen. [...] Und da fühlt man sich halt schon manchmal gerade so ein bisschen überfahren.«

Im Prinzip fehlen die Rahmenbedingungen, damit er seine Arbeit angemessen erledigen könnte. An einer anderen Stelle des Gesprächs versucht Jens diesen alltäglichen Arbeitsdruck zu veranschaulichen. Die Maschinen müssen laufen, deshalb muss Jens hetzen. Hinzu kommen Unterstützungsbedürfnisse von Kolleg*innen, Kooperation wird für ihn zur Zusatzlast.

»Und da ist halt immer ein gewisser Druck da, dass diese Maschine alle laufen, dass das dauernd bestückt werden muss und das muss einfach brummen. [...] Dann war halt dieser äh Crash, den der Kollege gefahren hat, wo ich mir also Gedanken machen musste, wie ich das hinkriege. Aber ich habe es ja jetzt von der Backe. Und dann kommen, obwohl ich kein Vorarbeiter bin, kommen dann die Kollegen zu mir und kannst du mal da anrufen, kannst du mal hier helfen. Man macht gerade was, dann kommt schon der nächste und kreischt von hinten, »ey, warte, ich brauche was.«

Insgesamt wünscht sich Jens eine faire Behandlung der Beschäftigten durch Vorgesetzte, eine bessere Bezahlung und angemessenere Arbeitszeiten, um die Arbeitslasten schultern zu können.

»Ich glaube, wenn die Leute halt auch ein bisschen weniger Arbeitszeit hätten, weil man kommt her und muss hier acht Stunden Vollgas geben. Das ist jetzt in allen Abteilungen, ob jetzt da oder sogar die Instandhaltung. Die haben auch eigentlich fast nie pünktlich Feierabend oder wenn die sich gerade umziehen wollen, dann geht wieder irgendwas kaputt, dann müssen sie da wieder antanzen.«

Der Betrieb ist für Jens, fasst man seine Deutungen zusammen, ein Ort der Ungerechtigkeit und der Belastung, ein Ort, an dem ein respektvoller Umgang fehlt. Die betrieblichen Sozialbeziehungen bereiten ihm Unbehagen. Die Verantwortung dafür sieht er beim Betriebsleiter. Allerdings führt er die Probleme eher auf Inkompetenz oder eine falsche Haltung der Person zurück. Personalisierende Kritik ist nicht ungewöhnlich, denn es sind ja Menschen, die Entscheidungen treffen, sie umsetzen und sich dabei in eine Beziehung zu denen setzen, die sie umzusetzen haben. Respekt und Anerkennung ebenso wie Missachtung sind zwischenmenschlich. Gleichwohl: Im gesamten Gespräch, das ich mit Jens geführt habe, fehlen Versuche, diese Personalisierung mit einer Kritik an wirtschaftlichen Ursachen zu verbinden. Stellenweise tauchen im Interview durchaus Deutungen auf, die auf egoistische Wirtschaftsinteressen der Unternehmer verweisen, aber anders als im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie ist diese popularisierte Kapitalismuskritik im Gespräch mit Jens nicht von zentraler Bedeutung.

Angesichts seiner schlechten Erfahrungen, die er im Betrieb gemacht hat, denkt er darüber nach zu kündigen. Dass er es nicht tut liegt vor allen Dingen an fehlenden Alternativen, als Angelernter findet er in seiner Heimatregion keine vergleichbar gut bezahlte

Arbeit. Wenn man so will: Er ist am Ort der Ungerechtigkeit und der zu hohen Belastung gefangen. Grundsätzlich ist Jens aber nicht nur mit Druck und dem betriebsinternen Führungsstil unzufrieden, ihn stört auch die Lohnhöhe, die deutlich unter dem üblichen Tarif liegt. Auch das hat etwas mit fehlendem Respekt bzw. mangelhafter Anerkennung zu tun. Seit mehr als 15 Jahren schon ist das Unternehmen aus dem Tarif ausgestiegen, brutto bedeutet das für ihn ungefähr ein Minus von 900 Euro, die er mehr hätte, würde Tariflohn gezahlt. Er fühlt sich um seinen gerechten Anteil betrogen, sein Anspruch auf Leistungsgerechtigkeit wird deutlich enttäuscht.

Ein eigenes Thema, das Jens beschäftigt, ist der mangelnde Zusammenhalt in der Belegschaft, den er wahrnimmt. Im Laufe des Gesprächs zeichnen sich zwei Aspekte ab, die für ihn für Egoismus und fehlende Gemeinschaft stehen. Einerseits kritisiert er mangelhafte Arbeitstugenden bei den Kollegen, andererseits zu geringe Solidarität in der Interessenpolitik. Gerade in seiner Kolleg*innenkritik zeigt sich Jens Leistungsorientierung:

»Die machen, was sie wollen oder wie es denen am besten passt. Und wenn man denen dann sagt, ›hier, könnt ihr da mal‹, da wird man immer nur ausgelacht. Oder das wird halt nicht für voll genommen. Das sind halt so die alltäglichen Schwierigkeiten. Es könnte halt vieles besser laufen. Viele Leute, die nicht ehrlich sind, die nur ihren Vorteil suchen. Viele denken auch, sie machen schon zu viel für das Geld, was sie verdienen und sagen dann, das ist nicht meine Aufgabe, das mache ich nicht.«

Jens ärgert sich nicht nur über diese Kolleg*innen, weil sie nicht Leistungen erbringen wie sie sollten. Auch das wäre möglich, etwa weil auch alle anderen die Anstrengung erbringen, die Lasten schultern sollen, denen man sich selbst aussetzt. In ihrer Studie »Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit« haben Forscher*innen des ISF München und des SOFI Göttingen unterstrichen, dass die von ihnen befragten Beschäftigten neoliberalen Konkurrenzlogik und sozialdarwinistische Verhaltensorientierungen nicht verinnerlicht hatten. Von einer Hegemonie neoliberaler Ideologie konnte deshalb, so das Autor*innenteam, keine Rede sein. Zumindest nicht in den Köpfen ihrer Gesprächspartner*innen, bei denen es sich um nicht-prekär arbeitende Normalbeschäftigte handelte, zum Teil ebenfalls Belegschaften aus der Industrie (Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015, 394–395).

So ist es auch bei Jens. Seine Kritik an der Arbeitsmoral einiger Kollegen wurzelt gerade nicht in einer neoliberalen Wettbewerbs- und Ellenbogenmentalität. Jens Kritik an den Kolleg*innen wird in der Tat durch Leistungsorientierung begründet. Seinen Groll ziehen sie sich aber zu, weil sie sein Solidaritätsbedürfnis nicht erfüllen: Die mangelhafte Einstellung zur Arbeit wird für Jens insbesondere vor dem Hintergrund der empfundenen hohen Arbeitsbelastung ein Problem. Immerhin führen Schludrigkeit und Fehler dazu, dass auch andere die Folgen tragen müssen. Kurz: Wenn andere ihre Arbeit nicht ordentlich machen, muss auch Jens die Zeche zahlen.

Leistungsbereitschaft ist für ihn wichtig, und dessen Mangel bei Teilen seiner Kollegen lässt ihn wehmütig an frühere Tage zurückdenken, als in der Werkstatt noch »Zucht und Ordnung« herrschten. »Also nicht falsch verstehen, ich bin kein Ewiggestriger«, ergänzt er. Und zuvor heißt es: »Die sollen ja nicht alles kritiklos hinnehmen, aber mal

zuhören und sich das mal zu Herzen nehmen.« Der betriebliche Gesamtarbeiter kann so nicht als Solidargemeinschaft und Leidgenossenschaft die Lasten schultern, die der Arbeitsalltag bereithält. Jens Kolleg*innenkritik hat tatsächlich einen regressiven Touch – weil sein nicht-neoliberaler Anspruch auf Zusammenhalt nicht erfüllt wird.

An Zusammenhalt mangelt es in der Belegschaft laut Jens auch, wenn es um die Interessenpolitik geht. Er selbst spricht von Konkurrenzdenken, von dem ihm nicht klar ist, woher das in der Belegschaft komme.

»Wir haben vor zwei Jahren Tarifverhandlungen geführt und dann ging es dann auch um aktive Mittagspause, wo dann die Leute sich draußen hingestellt haben in der Mittagspause, haben eine Wurst gegessen. Die Arbeiter waren draußen, aus dem Büro war kaum einer draußen. Wo wir dann auch gedacht haben, »ja, ihr profitiert auch davon, wenn wir was erreichen«. Wir haben dagestanden und die nicht. Jetzt also nicht nur miteinander wegen der Arbeit, sondern auch zum Beispiel, wenn es um so Sachen geht. Da ist halt überhaupt kein Miteinander.«

Problem Fremdenfeindlichkeit und Rechtsruck

Im Zusammenhang mit Unstimmigkeiten und dem fehlenden Zusammenhalt in der Belegschaft spricht Jens auch über Rassismus, den er im Kolleg*innenkreis wahrnimmt. Auch die Abwertung von Mitarbeiter*innen, die aus dem Ausland stammen, zerreißt die Gemeinschaft im Betrieb:

»Wir haben ein oder zwei Kollegen, die sind richtig rassistisch und dann haben wir halt diesen Alltagsrassismus. Wir haben hier in der Abteilung, da sind Albaner beschäftigt. Und wenn wir dann hier reden, die Abteilung will Mehrarbeit machen, dann heißt es, »ja, der Albanerkönig mit seinen Albanern«, so Sprüche dann halt.«

Jens grenzt sich von diesem Verhalten ab. In der Belegschaft gab es und gibt es »einen hohen Ausländeranteil«. Ein respektvoller Umgang mit diesen Kollegen ist ihm wichtig,

»dass man halt nicht sagt, der scheiß Kanake ist blö wie ein Mülleimer, der rafft das ja nicht. Es gibt auch Kollegen, die so reden. Dass man halt unabhängig von, wo der herkommt, was der ist, einfach »guten Tag, guten Morgen, kann ich dir helfen, was ist?« sagt.«

Er thematisiert einen eigenen Lernprozess, glaubt, als jüngerer Mann selbst so gedacht zu haben. Heute sieht er die Dinge anders. Grund dafür ist eine Gegenseitigkeitserfahrung. Kollegen mit Migrationshintergrund behandeln ihn gut, also sieht er sie mit anderen Augen.

»Und anders rum, viele von denen, so die letzten Jahre, die behandeln mich richtig mit Respekt. Viele, auch die neu angefangen haben, die fangen an mit Sie. Die haben bessere Manieren oder benehmen sich ordentlicher wie Deutsche. Die sagen dann »können Sie mir mal helfen«. Also das denke ich immer, wenn der dich so behandelt, dann musst du den natürlich auch ganz anders behandeln.«

Diese Distanzierung von Rassismus und Rechtsextremismus ist typisch für den Sozialliberalismus, das teilt dieses Deutungsmuster mit dem Muster Soziale Gemeinwohldeмократie. Im Gespräch, das ich mit Jens führte, taucht die Innen-Außen-Spaltung auch an späterer Stelle nochmal auf, sie ist Teil seiner Gesellschaftsdeutung. Insbesondere das »Problem Zuwanderung« beschäftigt Jens. Nicht die Zuwanderung selbst sorgt ihn. Vielmehr reibt er sich am Umgang mit Geflüchteten. Ähnlich wie im Sozialraum Betrieb gibt er hier die Maxime aus »[...] das sind auch nur Menschen. Und wenn man halt respektvoll mit denen umgeht, gehen die auch respektvoll mit einem um.«. Für die Flucht aufgrund eigener Perspektivlosigkeit zeigt er Verständnis, wütend macht ihn der Umgang mit qualifizierten Migrant*innen. In diesem Zusammenhang lässt sich auch von einer bedingungsgebundenen Solidarität sprechen, die Jens fordert:

»Und was sollen sie denn machen, wenn sie zu Hause keine Zukunft mehr haben? Die denken sich dann, dass sie hier in Deutschland eine Chance haben. Die kriegen ja hier nichts in den Arsch geblasen. Was mich natürlich fassungslos und wütend macht, in der Tageszeitung bei uns sind ab und zu Berichte drin, da sind dann Syrer, die dann hier sind oder Afghanen, die eine Ausbildung als Altenpfleger angefangen haben. Sind zweieinhalb Jahre hier und haben im halben Jahr Abschlussprüfung. Die sollen weggeschickt werden, weil die Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist, die sollen zurück in ihr Land. Die Verbrecher, die Gangster, ja, nee, das geht nicht, der muss hierbleiben, den müssen wir schützen. Da komme ich nicht mit klar. Warum eine Familie mit Kindern, der sich hier integriert, der ein Zugewinn für die Gesellschaft ist, weil er Altenpfleger werden will, der soll gehen? Und der andere, der, warum auch immer, einen umgebracht hat oder Verbrecher ist und diese marokkanischen Clans und sonst was, die werden geschützt, die haben gute Anwälte, die bleiben hier. Das ist so das, wo ich wirklich nicht mit klarkomme. Das ist, wenn die Leute herkommen mit Familie und die integrieren sich, es ist doch alles gut, da ist doch jedem geholfen. Die zahlen ja auch Steuern, wenn sie einen Job haben oder wenn sie eine Lehre anfangen, kriegen ein Gehalt oder wie auch immer Ausbildung oder so, da zahlen die auch Steuer.«

Gute Migrant*innen integrieren sich, arbeiten, zahlen Steuern – und sind dann eben auch willkommen, es spricht nichts dagegen, dass sie in Deutschland leben. Schlechte Migrant*innen sind kriminell. Es wäre eine überspitzte Interpretation, würde man behaupten, Jens Aufnahmebereitschaft sei von der Nützlichkeit der Zuwandernden abhängig. Auch ein Herr-im-Haus-Standpunkt, wie er im Sozialrebellischen Nationalismus zu finden ist, fehlt völlig. Ohne es ausdrücklich zu sagen macht er seine Solidarität aber dennoch von Bedingungen und damit vom Wohlverhalten derjenigen abhängig, die einwandern wollen. Das ist ein deutlicher Unterschied zum Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie, in dem entsprechende Nützlichkeitsabwägungen fehlen.

Über Zuwanderung denkt Jens auch unmittelbar im Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen nach, wie bereits früher im Gespräch deutlich wurde. Dabei zeigt sich eine Sorge, die ihn im Zusammenhang mit der Einwanderung beschäftigt: die mögliche Eskalationsdynamik von islamistischer und rechtsradikaler Gewalt. Terrorismus verurteilt Jens, wie aus dem weiteren Gesprächsverlauf deutlich wird, er sorgt sich aber insbesondere um die Eskalation von rechts:

»Das ist halt so, jetzt wird wieder gesagt, »ja, die Islamisten« und wird wieder alles wild gemacht. Und ich habe mein Bedenken, dass jetzt dann wieder diese blöden Nazis dann wieder genau auch mit so einer Scheiße anfangen. Weil sie sagen, »ja, die haben angefangen, jetzt machen wir weiter.«

Typisch sozialliberal ist nicht die unbedingte Offenheit für Einwanderung, wohl aber die Abgrenzung von der AfD, die oft mit kritischen Bemerkungen über Fremdenfeindlichkeit einhergeht. Kurz: Eine wohlwollende Haltung Migrant*innen gegenüber ist mit einer starken Anti-Haltung zur äußersten Rechten verbunden.

Georg, Industriearbeiter

Sorge um die Rechtsentwicklung hat beispielsweise auch Georg, der zum Zeitpunkt unseres Gespräches etwa Mitte 50 ist, und in einem Zulieferbetrieb der Automobilindustrie beschäftigt ist (I 32). Ihn besorgen insbesondere die Erfolge der AfD, Grund dafür ist sein Wissen über die Geschichte, über die Konzentrationslager der Nationalsozialisten, in deren Traditionslinie er die Partei insofern verortet. Für Georg ist die AfD als Rechtsaußenpartei, wie er sagt, völlig inakzeptabel.

»Die neonazistischen Tendenzen bei der AfD, also zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik, die müssen alle wieder raus, wir werden alle unterwandert und undeutsch, das geht alles nicht. Da gibt es dann auch noch eine Verdrehung von Fakten leider. Und wo das hinführt hat man ja gesehen in den USA, bei Trump und so.«

Die Flüchtlingsfeindlichkeit schreckt ihn. Dass die AfD stark abschneidet bei Wahlen führt er auf die Unzufriedenheit vieler Menschen zurück, weniger auf Gesinnung. Er sieht vor allen Dingen Protestwähler*innen, »Leute, die aus Frust rechts wählen«. »Ich erkläre mir das ein bisschen so, dass die Leute in einer Zeit von Verunsicherung sich den großen Macker suchen, der sagt, wo es langgeht.«

Herbert, Handelsbeschäftigter

Auch Herbert (I 35), Mitte 50, treibt das Erstarken der AfD um, sieht darin eines der großen Probleme des Landes. Deren Gesinnung, so lässt er im Laufe des Gesprächs gelegentlich wissen, lehnt er ab, insbesondere die Fremdenfeindlichkeit. Herbert arbeitet im Handel und hat in seinem Betrieb die Gewerkschaft mit aufgebaut, war auch im Arbeitskampf aktiv. Das Stärkerwerden der Rechten ist für ihn ein großes Problem, weil auch in seinem Bekanntenkreis immer mehr in diese Richtung neigen – zumindest deuten deren Äußeren darauf hin. Der AfD, so Herbert, gelingt es demnach »den kleinen Mann« abzuholen, »die sprechen den Leuten aus dem Herzen.« Insbesondere mit ausländerfeindlichen Parolen, glaubt er, sind sie erfolgreich. Auch das Argument, Ausländer würden Deutschen die Arbeit wegnehmen, verfährt. Er selbst sieht das anders. Bedroht sieht auch er sich nicht.

»Das sind ja gebildete Leute, die auch arbeiten wollen. Es gibt ja auch bei uns viele, die nicht arbeiten wollen. Es gibt nun mal Arbeit, die gefällt nicht jedem. [...]. Und wer macht es dann hinterher? Das machen dann irgendwelche Flüchtlinge. Die wirklich froh sind, dass sie arbeiten dürfen und Geld verdienen.«

Jan, Industriearbeiter

Ein weiteres Beispiel sind die Deutungen von Jan (I 28), der Ende 20 und als Vertrauensmann bei einem Autohersteller aktiv ist. Der Rechtsextremismus ist für ihn ein wichtiges Problem, von dem er auch vor Ort merkt, »[...] dass das auch immer stärker wird.« Prägend wirkt auf ihn in diesem Zusammenhang ein Mord aus rechtsextremen Motiven, der in seiner Heimatregion begangen wurde. Nicht nur das Erstarken der extremen Rechten, deren Weltanschauung er ablehnt, problematisiert er, sondern auch die wachsende Gewaltbereitschaft.

»Und auch die Stürmung jetzt von dem Bundestag [Kontext Coronaproteste am Brandenburger Tor, der Verf.] vor nicht allzu langer Zeit zeigt halt, wie gewaltbereit oder auch entschlossen die sind mittlerweile da vorzugehen, angefacht natürlich auch durch die Politik.«

Zum Problem wird dies alles für ihn auch, weil er sich um die öffentliche, aber auch um seine eigene Sicherheit als Gewerkschaftsmitglied sorgt. Wäre es nicht möglich, dass etwa auch die 1. Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes von Rechtsextremen angegriffen wird? An der AfD übt er in diesem Zusammenhang scharf Kritik. Sie ist für ihn eine Partei, die nicht in den Bundestag gehört. Nicht zuletzt lehnt er sie ab, weil sie keinen konstruktiven bzw. produktiven Beitrag für die Gesellschaft leistet.

»Sie kopieren einfach nur Sachen und schüren einfach nur Feuer in Konflikten, die schon da sind, ohne wirklich sichtbare Lösungen zu bringen.«

Die Gesellschaft der Rücksichtslosigkeit

Der Betrieb ist für Jens ein Ort der Ungerechtigkeit, der fehlenden Anerkennung und der hohen Belastung. Er wirft allerdings auch einen kritischen Blick auf die Gesellschaft. Er beginnt mit einer Analogie zur Situation im Betrieb. »Die soziale Stimmung im Land oder wie Leute miteinander umgehen, das ist so ähnlich wie hier, diese Rücksichtslosigkeit. Jeder denkt nur ›ich‹.« Die großen Themen, die ihn bewegen, sind neben Zuwanderung und politischer Rechtsdynamik, die »soziale Stimmung« und der industrielle Wandel, in diesem Zusammenhang auch die Herausforderungen durch den Klimawandel und die Klimaschutzpolitik – hier vor allem, was diese für die Zukunft der Beschäftigten mit sich bringen. Insgesamt ist Jens Denken durch soziale Verunsicherung einerseits, die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit andererseits geprägt – beides verbindet er aber nicht mit antagonistischen Abgrenzungen vom gesellschaftlichen Oben, seien das nun »die Reichen« oder »die Konzerne«.

Das Gespräch, das ich mit Jens geführt habe, war geprägt durch eine kritische Sicht auf soziale Ungleichheit. Wichtig sind für ihn soziale Teilhabemöglichkeiten, deren fehlen er bemängelt. So problematisiert er »dass die Leute, wenn sie sich kein Haus leisten können, wenigstens ein vernünftige Wohnung mieten können [...]« sollten, wünscht sich eine Erhöhung des Mindestlohns, damit »[...] die Leute ordentlich Geld verdienen [...]«, meint, es sollten mehr Wohnungen gebaut werden, »[...] die sich die Leute leisten können.«

Obwohl Jens selbst an verschiedenen Stellen des Gesprächs auf materielle Ungleichheit und soziale Missstände eingeht, ist sein Blick anders als bei Beschäftigten, die das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie artikulieren, nicht mit einer Kausalitätsannahme verbunden, die das Glück der Reichen und Unternehmen klar mit Nachteilen des Rests der Bevölkerung, also der von diesem Reichtum Ausgeschlossenen, verbindet. Eine Klassengesellschaft sieht Jens in Deutschland nicht, eher eine Gesellschaft der größer werdenden Ungleichheit. Die Superreichen, meint er, werden immer reicher. Auf der anderen Seite stehen schlecht qualifizierte Beschäftigte ohne angemessene Ausbildung. »Und dass man dann natürlich als Hilfsarbeiter nur eingestellt wird oder als Leiharbeiter, da kann man sich ja nichts aufbauen.« Klassengesellschaft – das ist für Jens eine Gesellschaft, in der es nur Arme und Reiche gibt. In Deutschland gibt es aber eine Mittelschicht.

»Die Mittelschicht, ja, die hat mehr zu kämpfen, würde ich mal sagen. Aber wir hier in Deutschland haben es eigentlich noch gut. Und natürlich gibt es auch die ganzen Hartz-IV-Leute, die alleinstehende Frauen, die zwei Kinder haben und die dann nicht arbeiten gehen können und Hartz IV kriegen, weil der Alte nicht bezahlt. Für die ist es auch sauschwierig.«

Eine Alltagstheorie darüber, wie der Superreichtum der einen mit der Armut der anderen in Verbindung steht, findet sich bei Jens nicht. Die Superreichen dort – die Armen hier, dazwischen der »Mittelstand«, also »die normalen Leute, die normale Arbeiter sind oder vielleicht auch irgendwo angestellt sind, jeden Tag zur Arbeit gehen.« Aber auch mittelgroße Unternehmen gehören dazu – eben weil sie weder groß noch klein sind. Sein eigener Chef gehört deshalb genauso zum Mittelstand wie Jens selbst, immerhin leitet er keinen Großkonzern. »Ich bringe das zusammen mit dem Unternehmen, weil ich das so als kleineres Unternehmen hier sehe. [...] Und VW dagegen ist ja riesig.« Insgesamt sind Jens Gesellschaftsdeutungen von einem pessimistischen Zug gekennzeichnet. Und dennoch unterstreicht auch Jens: »Aber wir hier in Deutschland haben es eigentlich noch gut.«

Die Oben-Unten-Ungleichheit wird auch im Sozialliberalismus thematisiert, anders als bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen aber nicht im Sinne eines Gegensatzes. Soziale Probleme und Benachteiligungen spielen eine wichtige Rolle, aber strukturierte Kausalitätsannahmen darüber, dass und wie der Wohlstand der Reichen mit den Problemen der anderen zusammenhängen, fehlen.

Malik, Industriearbeiter

Ein Beispiel ist das Gespräch, das ich mit dem Vertrauensmann Maik geführt habe (I 19). Maik, der zum Zeitpunkt unseres Interviews Ende 30 ist, arbeitet als Facharbeiter in einem Hochtechnologieunternehmen. Im Gespräch redet er an verschiedenen Stellen über materielle Ungleichheit, auch über Bildungsungleichheit. Seine Sicht auf die deutsche Gesellschaft ist von zwei widersprüchlichen Tendenzen geprägt, Kritik und Wertschätzung. Er selbst wünscht sich eine Gesellschaft, in der sich die Menschen umeinander sorgen. Dieser Wunsch steht im Kontrast zum Ist-Zustand einer Ellenbogengesellschaft, in der – so Maliks Sicht – jeder und jede nur an sich denkt. Dementgegen wünscht er sich ein Miteinander, in

dem alle bereit sind zu geben, wie es an späterer Stelle des Gesprächs heißt: »Und wenn jeder Einzelne auf seine Art und Weise gibt, dann würde das Miteinander viel besser laufen, weil jeder jeden unterstützen kann.« Beziehen sich diese Überlegungen auf das Miteinander aller Menschen, also auch der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, wünscht er sich auch eine entsprechende Verteilungsordnung, die allen Menschen ermöglichen würde ihr Leben gut zu leben.

»Es soll ja der ganzen Gesellschaft besser gehen, weißt du. Und es sollen ruhig einige weniger haben, dafür aber Leute, die wenig haben, mehr haben. Es muss ein Reicher keine [...] sechs, sieben, acht Häuser haben [...].«

Grundsätzlich ist er der Meinung, dass Deutschland über einen gut ausgebauten Sozialstaat verfügt. Das wertschätzt Malik. Niemand müsse hier verhungern, keiner auf der Straße Leben, grundsätzlich werde für alle gesorgt. Selbst das Arbeitslosengeld II, an dem er die Sanktionen kritisiert, erlauben es seines Erachtens ein gutes Leben zu führen, wenn man in der Lage ist die eigenen Lebensstandards anzupassen. Und doch gibt es Ungleichheiten im Land, die er kritisiert. Dabei unterscheidet er zwischen »[...] den Leuten, denen es gut geht, denen es wirklich sehr gut geht [...]« zwischen denen, denen es gerade gut geht, aber die »auf der Kippe stehen«, also der Mitte, und denen, die sich unten in der Gesellschaft befinden, »[...] die untere Kluft«. Abstieg, so heißt es weiter, sei heutzutage wahrscheinlicher als Aufstieg. Dass Malik soziale Probleme im Land sieht, wird auch indirekt deutlich, wenn er über politische Parteien spricht. An der LINKEN etwa wertschätzt er, dass sie die sozialen Probleme der Menschen im Auge haben, etwa Ungerechtigkeiten auf dem Wohnungsmarkt oder im Bildungsbereich – wenngleich er ihre politischen Reformvorschläge für zu unrealistisch hält.

Georg, Industriearbeiter

Ein weiteres Beispiel für die moderate, aber deutliche Gesellschaftskritik, die für den Sozialliberalismus typisch ist, findet sich beim Betriebsrat Georg (I 32). Er hat in den vergangenen Jahren als Interessenvertreter mehrere betriebliche Auseinandersetzungen mitgeführt, in denen es u.a. um Beschäftigungssicherung, aber auch Firmenumstrukturierungen und Beschäftigungsabbau ging. Auch der Einstieg in die E-Mobilität, der in der Branche vollzogen wird, trifft das eigene Unternehmen. Das prägt auch seinen Blick auf die Gesellschaft. Soziale Ungleichheit spielt eine wichtige Rolle in seinen Deutungen, er hebt im Laufe unseres Interviews aber immer wieder auch hervor, welche sozialen Errungenschaften es in Deutschland gibt und verweist auf gute Einkommenslagen, etwa im eigenen gewerkschaftlichen Organisationsbereich der IG Metall, wo seines Erachtens gute Löhne gezahlt werden. Dennoch nimmt er in der Gesellschaft ein starkes soziales Gefälle wahr, spricht über Altersarmut, die zu geringe Entlohnung für Beschäftigte im Gesundheitssektor oder über den Mangel an günstigem und bezahlbarem Wohnraum.

»Ich sagte ja, dass die IGM-Löhne nicht schlecht sind, gut, Bergbau und Chemie ist noch ein bisschen besser. Aber das ist ja nicht das Gros der Gesellschaft, dann gibt es ja noch Millionen von Verkäuferinnen, Frisörinnen, Leute in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die keinen gradlinigen Lebenslauf haben. Also erwerbslos werden und so.«

Insbesondere wünscht er sich, dass Wege beschritten werden, damit Menschen von ihren Löhnen gut leben können, und keine Sorgen vor Zukunft mit niedrigen Renten haben müs-

sen – eine Zukunftssorge, die auch Kolleg*innen aus seinem Betrieb haben, obwohl, wie er hervorhebt, dort vergleichsweise gut bezahlt wird. Es wäre übertrieben zu behaupten, der Unten-Oben-Gegensatz hätte das Gespräch stark strukturiert, das ich mit Georg führen durfte. Dennoch kommt er – allerdings auf Bitte, mir seine Meinung zu einem Statement zu sagen – zu einer klaren Diagnose:

»Die Schere geht weiter auseinander. Und ich denke, dass diese Mittelschicht stark in Auflösung begriffen ist. Weil tatsächlich die Reichen reicher und die Armen immer ärmer werden. Das sehe ich ja in unserer eigenen Tarifpolitik. Durch die nun wieder anstehenden prozentualen Entgelterhöhungen ist ja klar, dass sich die oberen Lohngruppen immer weiter von den unteren entfernen. Was auch nicht unbedingt gut ist. Und das zieht sich ja durch. Und teilweise dann noch verstärkt durch Vererbung von Geld, also man Geld für das Nichtstun bekommt.«

Vor diesem Hintergrund unterscheidet auch Georg ein Oben von der Mitte und dem Unten, Zugehörigkeit dazu hängt von der Einkommenshöhe ab – zwischen den sozialen Lagen stellt er, anders als typischerweise Gemeinwohldemokrat*innen, keinen Zusammenhang her. Zur Mittelschicht gehört demnach »der Arbeiter, der sein Leben lang gearbeitet hat und einigermaßen sein Auskommen und seine Rente bekommen hat.« An der Spitze der Gesellschaft befindet sich eine »Reichenschicht mit richtig viel Geld. Am obersten Ende dann noch die Superreichen und ganz unten der Obdachlose.«

Schützende und Teilhabe stärkende Wohlfahrtsstaatspolitik

Auch wenn Jens nicht nur unzufrieden damit ist, wie es im Betrieb läuft, sondern auch gesellschaftliche Ungleichheit kritisiert, sind seine Forderungen an »die Politik« relativ moderat – insbesondere, wenn man sie mit Ansprüchen vergleicht, wie sie im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie und in der ökosozialen Unterströmung des Musters Ökologie-Zuerst ausbuchstabiert wurden, auf die ich noch eingehen werde (siehe Kap. 5.3.6).

Moderat bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass seine Ansprüche problemlos zu verwirklichen wären oder gar im Trend der sozialpolitischen Reformpolitik läge, durch die die prekäre Zweidrittelgesellschaft hervorgebracht wurde. Ihnen fehlt aber die antagonistische Stoßrichtung, wie sie etwa für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen typisch ist. Jens wünscht sich eine Erhöhung des Mindestlohns, mehr bezahlbare Wohnungen, bessere Renten und eine gute soziale Absicherung. Der Sozialstaat soll vor – unverschuldetem – sozialem Absturz schützen.

Eine andere Rentenpolitik wünscht er sich, weil er selbst nur eine relativ geringe Alterssicherung erwarten kann. »Rente, das ist auch so ein düsteres Kapitel.« Eine Reform, die er sich wünscht, ist die Einführung einer Bürgerversicherung, also ein Finanzierungssystem, zu dem z.B. auch Beamte beitragen. Wichtig ist ihm darüber hinaus eine kostengünstige Schulausbildung und staatliche Kinderbetreuung, so »dass halt die Eltern arbeiten können. Oder dass halt die nicht sozial abrutschen, weil die Mutter zuhause bleiben muss und der Mann vielleicht nur ein Leiharbeiter ist.« Die Kinderbetreuung soll die Erwerbstätigkeit ermöglichen, damit die Eltern für einen akzeptablen Lebensstandard sorgen können.

Eine weiterreichende sozialpolitische Forderung, die Jens wichtig ist, ist die Entprivatisierung des Gesundheitswesens. Das ist ihm wichtig aufgrund der Einblicke, die er in diesen Bereich durch seine Frau gewonnen hat, die in einer Privatklinik gearbeitet hat, »das sind ja keine Patienten, das sind Kunden. Die OPs laufen rund um die Uhr.« Ähnliches gilt für Alten- und Pflegeheime, »[...] auch da läuft nicht immer alles rund [...]. Es sind auch zu wenig Leute, die kontrollieren, wie es den Leuten da geht.« Andere Bereiche der Wirtschaft nimmt er von diesen Verstaatlichungsvorschlägen aber aus, da es dort um Produkte und nicht um Menschen geht. »Wenn es um Wirtschaftsunternehmen geht sehe ich das eher weniger, weil da drin geht es um Menschen, also Patienten, beziehungsweise um alte Leute.« Eine Sozialpolitik des Öffentlichen wünscht Jens sich also durchaus, aber deutlich punktueller als z.B. der Gemeinwohldemokrat Frank. Und zumindest ansatzweise wünscht er eine Wohlfahrtsstaatspolitik, die auf die Einkommensungleichheit einwirkt. Auf die Frage, was er sofort als Bundeskanzler ändern würde, antwortet Jens: »Dass jeder von seiner Arbeit leben kann.«

Typisch sozialliberale Wohlfahrtsstaatsansprüche zielen auf eine schützende und eine befähigende Sozialstaatspolitik, die im Zentrum stehen. Ergänzt werden sie durch die punktuelle Befürwortung einer Sozialstaatspolitik des Öffentlichen.

Georg, Industriearbeiter

Ein weiteres Beispiel für diese Wohlfahrtsstaatsorientierungen findet sich beim bereits zitierten Betriebsrat Georg (I 32), dem der Sozialstaat wichtig ist, wie er selbst unterstreicht. Von zentraler Bedeutung sind für ihn zu niedrige Renten, ein Problem, mit dem er auch im eigenen Kolleg*innenkreis zu tun hat. Hier würde er ansetzen und, hätte er die Möglichkeit, würde er die Renten erhöhen und eine Bürgerversicherung einführen, in die auch heutige Beamte einzahlen müssten. Wichtig ist für ihn:

»Muss aber alles bezahlbar bleiben, was man macht!« Grundsätzlich stört ihn auch der Umstand, dass die Löhne zu niedrig sind: »Wenn jeder von seiner Arbeit leben könnte, bräuchte man nicht drei Jobs.«

Die Diagnose, dass in vielen Bereichen die Löhne zu niedrig sind, prägt auch seinen Blick auf die Erwerbslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik. Sollte es tatsächlich Menschen geben, die lieber ALG-II beziehen als arbeiten zu gehen, so Georg, dann sei das in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Unternehmen zu niedrig entlohnen. Strafer Sozialpolitik, die sich etwa ein Teil der Leistungsorientierten Sozialkonservativen wünscht (siehe unten), steht Georg nicht offen gegenüber. Hinsichtlich des Niedriglohnsektors sieht Georg insofern Handlungsbedarf, macht aber keinen eigenen Vorschlag. Ähnlich wie Jens ist er darüber hinaus offen für eine stärkere Sozialstaatspolitik des Öffentlichen. Wichtige Wirtschaftsbereiche, die für die grundlegende und gute Versorgung (etwa das Gesundheitswesen) der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Gütern wichtig sind, sollten nicht privatwirtschaftlich und mit dem Ziel der Gewinnmaximierung organisiert werden. Aber auch Georg ist lediglich für eine punktuelle Sozialstaatspolitik des Öffentlichen offen:

»Den Staat, das will ich nicht für alle Bereiche haben. Aber so für Bereiche der Versorgung. Warum muss es eine Strombörse geben, wo 27 Unternehmen sich die Kunden wegnehmen. Wer bleibt da auf der Strecke? Das Personal. Weil wenn die die Kunden mit Super-

angeboten ködern, dann sparen die das auf Kosten des Personals dann. Es wird ja nicht wirklich billiger für uns, die Energiekosten sind ja nicht günstiger geworden.« Grundsätzlich aber sollte die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen von Unternehmen erledigt werden, die Profite erwirtschaften. »Den Staat will ich nicht für alle Bereiche haben«, die Ausnahme bestätigt die Regel.

Malik, Industriearbeiter

Ein anderes Beispiel ist der bereits zitierte Industriearbeiter Malik (I 19). Er hat ein positives Bild des deutschen Sozialstaates, in vielen Bereichen sei dieser »ein Paradebeispiel«, insbesondere im Vergleich zu den USA. »Also in Deutschland gibt es nicht so viele Möglichkeiten rumzukritisieren, wenn man es mit anderen Ländern vergleicht.« Diese Wertschätzung geht Hand in Hand mit seiner zwar kritischen, aber gleichzeitig auch moderaten Sicht auf soziale und politische Probleme im Land. Malik blickt durchaus sorgenvoll auf Ungleichheiten, die beseitigt werden sollen. Im Vergleich zu anderen Gesellschaften relativiert er diese aber auch. Das Sozialsystem in Deutschland ist in seinen Augen hochentwickelt, wofür für ihn auch das Arbeitslosengeld II ein Beispiel ist. Immerhin erhalten Menschen ohne Gegenleistung Geld – allein die Sanktionen, die damit verbunden sind, betrachtet er als Mittel der Fremdbestimmung und bürokratischen Kontrolle eher skeptisch. Wichtig ist für Malik die gute und kostenlose ärztliche Grundversorgung. Ein drängendes Problem ist die Bereitstellung von Krippenplätzen für Kinder unter 3 Jahren. Armut und Reichtum hängen für Malik mit dem Zugang zu Bildung zusammen, Bildung ist für ihn eine wichtige Ressource, ein zentrales Mittel des sozialen Aufstiegs. Malik reflektiert weniger die Ursachen einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen, als über die unterschiedlichen Chancen der Menschen sich von unteren Positionen der Ungleichheitsstruktur auf höhere Positionen vorzuarbeiten. Reiche gibt es in seinen Augen in erster Linie, weil sie erben, wenngleich es auch Vermögende gibt, die hart für ihren Wohlstand gearbeitet haben. Darüber hinaus unterscheidet er zwischen Menschen, die von Armut betroffen sind, und sich mit ihrer Armut abfinden, zwischen Armutsbetroffenen, die sich emporarbeiten, und solchen, die das aufgrund misslicher Umstände (z.B. aufgrund von Sorge- und Pflegeverpflichtungen) nicht können. Chancen sind insofern ungleich verteilt. Mit Blick auf »die Reichen« lässt er beispielsweise wissen, »[...] dass die ja ein ganz anderes Paket (haben), das mit Geld und [...] Reichtum beschert ist, die das halt mitnehmen.« Bildung ist für Malik vor diesem Hintergrund u.a. wichtig, weil sie die Verbesserung der eigenen Lebenssituation ermöglichen kann. Umgekehrt: Ohne Bildung sind schwierige Lebenswege wahrscheinlich, wie er an früherer Stelle des Gesprächs deutlich macht: »Wenn du keine Bildung hast, dann kann ich dir jetzt schon sagen in welche Richtung deine Zukunft geht. Deswegen sind Bildungsmöglichkeiten für alle das Wichtigste meiner Meinung nach.«

Arbeitsplatzfreundlicher Klimaschutz

Viel Raum im Gespräch nimmt der Zusammenhang zwischen Klimaschutz, Veränderungen der Lebensweise und Sicherung von Arbeitsplätzen ein. Ich muss Jens auf diesen Problemzusammenhang nicht erst ansprechen. Im Verlauf unseres Gesprächs spricht er über seine Sicht auf »die« Politik. Von der Partei Die Grünen grenzt er sich in diesem

Zusammenhang zunächst einmal ab. Grüne stehen für politische Maßlosigkeit, in der Tendenz für die Zerstörung der Wirtschaft und für die Einschränkung seiner Mobilität:

»Ich bin begeisterter Motorradfahrer und Autofahrer, mir geht es jetzt nicht ums Tempolimit, mir geht es dann da drum, dass die dann so das Autofahren verteuern werden, dass ich mir Gedanken machen muss, wie komme ich überhaupt an die Arbeit. Ein Elektrofahrzeug kommt für mich momentan noch nicht in Frage, weil das zu teuer ist. Ich will auch nicht so ein Hässliches haben, es darf schon gerne eine bisschen was aussehen. Ich will nicht sagen, dass die Grünen die Industrie kaputtmachen, das wäre eine überzogene Behauptung. Aber, dass sie halt in vielen Sachen nicht maßvoll reagieren, sondern gleich so mit der Keule draufhauen.«

Die Anti-Wirtschaftlichkeit, die er mit Bündnis 90/Die Grünen verbindet, hat für ihn vor allem eine soziale Seite. Er sieht seine Lebensgewohnheit bedroht zu der die Automobilität gehört. Aber das ist nicht alles, Umweltschutz könnte »die Industrie kaputtmachen«. Auch wenn er diese Aussage relativiert, die Sorge ist deutlich. Dabei sorgt sich weniger um die Gewinne der Konzerne, als um Arbeitsplätze. Beides könnte eine antiökologische Wende im Gespräch einleiten. Aber dem ist nicht so. Jens lehnt Klimaschutzpolitik nicht grundsätzlich ab, die sei durchaus notwendig:

»Also nicht maßvoll jetzt dahingehend, dass, wie gesagt, die Automobilindustrie das Feindbild ist. Und dass das natürlich auch Auswirkungen auf uns hat, auf meinen Arbeitsplatz zum Beispiel. Oder auf alle Autohersteller und die Zulieferer. Natürlich muss der Wandel, die hätten das ja gerne sofort, aber da ist dann auch die Frage, selbst, wenn wir in Deutschland CO₂-neutral sind, der Rest der Welt macht ja nicht mit.«

Dem »Natürlich muss der Wandel« folgt hier ein Aber, die Passage ließe sich auch als Einwand interpretieren. »Ja, aber.« In der Regel ist dann das Aber entscheidender als das Ja. Ein verbreiteter Einwand gegen »zu viel« Klimaschutz, der in der öffentlichen Debatte vorgebracht wird, findet sich auch bei Jens (wie auch bei anderen Sozialliberalen): »Macht der Rest der Welt nicht mit«, was nützt dann Klimaschutz im eigenen Land?

Diese Aussage ist sachlich nicht falsch, kann aber politisch in unterschiedliche Richtungen führen. Relativierend, indem der Nutzen des Klimaschutzes auf dieser Basis infrage gestellt wird; oder mobilisierend, indem die Notwendigkeit zu effizienterem Klimaschutz auch »woanders« unterstrichen wird. Im Gespräch wird aber tatsächlich eine widersprüchliche, eine bedingungsgebundene Offenheit für den Klimaschutz sichtbar. Getragen wird diese Offenheit auch durch ein Dringlichkeitsgefühl, das mit Jens eigener Naturverbundenheit zusammenhängt. Nach einer längeren Interviewunterbrechung, in der wir getrennt Mittagessen waren, kommt er erneut auf das Thema zurück. Er hatte Zeit, um nochmal nachzudenken. Nun spricht er über seinen eigenen Bezug zur Natur. Später heißt es ausführlicher im Interview:

»Ich sehe das mit dem Klimawandel, muss man ganz ehrlich sagen, ich schlafe schlecht. Wir haben Hunde, mein Vater war Jäger und ich bin, seit ich Kind war, dauernd in der Natur. Und ich sehe das Waldsterben bei uns. Das macht mich fertig. Das macht mich richtig fertig. Weil ich halt weiß, früher, so bestimmte Waldwege, die ich mit meinen

Kunden gehe, das war immer so hohe Fichten und kein Sonnenstrahl. Ja, jetzt ist alles weg, Fläche, da ist kein Wald mehr. Das treibt mich natürlich genauso um. Das lässt mich auch nicht kalt. Das setzt mir zu.«

Der Autofan Jens ist naturbewusst, aufgrund seiner Kindheit sogar naturverbunden. Deshalb belasten ihn die Folgen des Klimawandels, die er in der ihm vertrauten Umwelt beobachten kann. Von einer Problemleugnung findet sich keine Spur. Klimaschutz ja, aber seine sozialen Ängste und Probleme sollten ernst genommen werden:

»Ich sage mal so, wenn wir eine Lösung hätten, dass wir in der Autobranche unsere Arbeitsplätze nicht verlieren, würde ich meinen Verbrenner sofort auf den Müll schmeißen. Überhaupt kein Ding. Überhaupt kein Ding. Ist halt, ich bin 55, mit Fortbildung, Weiterbildung brauche ich gar nicht mehr anfangen. Das kriege ich auch vom Kopf, ich habe nur einen Hauptschulabschluss und eine Bäckerlehre, mehr habe ich nicht vorzuweisen, das kriege ich auch vom Hirn, glaube ich, nicht mehr hin. Das ist, glaube ich, so das eigentliche Problem, warum die Leute immer noch, weil sie halt denken, ›Uh, wenn die Autos nicht mehr hergestellt werden, ich verliere meinen Job und um Gottes Willen, was mache ich denn dann, ich muss das Auto noch bezahlen‹. Das Haus noch bezahlen und so, das sind so die Ängste, die die Leute wahrscheinlich haben und die sie dann zögern lässt. Wie gesagt, mit dem Klimawandel, das ist wir haben ja auch hier keinen Winter mehr. Letztes Jahr war ein halber Tag, wo mal Schneematsch lag, das war es. Früher, wann war das, 77 oder 79, wo wir diese Schneekatstrophe hatten, wo die Bundeswehr ausgerückt ist, das gibt es ja schon seit Jahren nicht mehr. Winterreifen habe ich auch keine mehr. Meine Frau fährt Ganzjahresreifen auf ihrem Auto. Ich habe noch einen alten VW-Bus, da sind auch Ganzjahresreifen drauf, weil, brauchen wir nicht mehr.«

Für mich als Interviewenden kommt diese ökologische Wende überraschend, die dargelegte Vor-Geschichte hatte in eine andere Richtung gewiesen. Im Prinzip erzählt Jens eine ökologische Dringlichkeitsgeschichte, wie man sie auch von Aktiven der Klimagerechtigkeitsbewegung kennt. Die nun auch nicht mehr übersehbare Veränderung des Wetters, aber auch die Folgen für die eigene Lebensumwelt machen deutlich: etwas stimmt grundsätzlich nicht. Das Waldsterben macht ihn fertig, setzt ihm zu. Klimaschutz würde er deshalb unterstützen, aber seine soziale Zukunft müsste gesichert sein. Existenzsorgen einerseits, Wissen um die Folgen des Klimawandels andererseits – beides ringt miteinander, und die Existenzsorgen haben die Oberhand.

Hier scheint, wie bereits beim Gemeinwohldemokraten Frank, ein widersprüchliches »Klimaschutzinteresse von unten« auf. Lediglich die soziale Skepsis ist größer, die auch im Wissen um die eigene Verletzlichkeit in der Arbeitswelt wurzelt: Schon älter und ohne moderne formale Qualifikationen würde das Aus der Beschäftigung in der Wertschöpfungskette Automobil ihn der Gefahr der sozialen Deklassierung aussetzen. Kurz: Hier drückt sich unmittelbar nicht nur die Abhängigkeit der Existenz vom fossil-industriellen Kernkomplex der prekären Zweidrittelgesellschaft aus, die dem Handelsarbeiter Frank fremd ist; es dringt auch die Angst hervor, aufgrund des Mangels an kulturellem Kapital aus der relativ gesicherten Mitte absteigen zu können, zu der sich Jens trotz alle-

dem zählt. »Ich bin ein ganz normaler Arbeiter, ich muss noch zwölf Jahre weiterarbeiten. Wie wird es weiter werden die letzten zwölf Jahre?«

Jens ist nicht nur skeptisch, weil er selbst betroffen sein könnte. Er macht sich auch Sorgen um die Zukunft der Arbeiter bzw. seiner Kollegen insgesamt macht. Denn Jens denkt nicht nur über Klimawandel und Klimaschutz nach, er setzt sich auch mit den aktuellen Rationalisierungsprozessen in der Industrie auseinander (Digitalisierung), die er als Herausforderung und als Gefahr empfindet. Auch sie – vielleicht als Teil einer umweltpolitischen Modernisierungspolitik – bedroht Arbeitsplätze, insbesondere die der jüngeren Kolleg*innen: »Und ich denke mal, dass diese Art von Arbeit, wie wir sie hier machen, die wird ja immer weniger.« Eine soziale Trauer wird deutlich: Die eigene Industriearbeiterexistenz hat so keine Zukunft mehr. Möglicherweise drückt sich hierin auch das Wissen um den langfristigen Rückgang der Industriebeschäftigung infolge mehrerer Krisen und Rationalisierungswellen aus, auf den ich in Kapitel 4 eingegangen bin. Insgesamt zieht sich jedenfalls eine Art wirtschaftliches bzw. arbeitsplatzbezogenes und beschäftigungspolitisches Bedrohungsgefühl durch das Deutungsmuster. Es mag nicht gerecht zugehen im Land, Leistung mag sich nicht mehr lohnen wie früher – aber es gibt immer noch etwas zu verlieren.

Typisch ist für (Enttäuschte) Sozialliberale nicht unbedingt die bisher dargestellte Sicht, sondern das tendenzielle Plädoyer für moderates, für pragmatisches Vorgehen beim Klimaschutz bzw. beim sozial-ökologischen Umbau. Dieser Wunsch wurzelt in den ausgedrückten sozialen Sorgen:

Siegrid, Industriearbeiterin

Offenheit für Klimaschutz signalisiert z.B. auch Siegrid, die als Betriebsrätin in einem Zulieferunternehmen der Automobilindustrie tätig ist (I 37) – allerdings eine an soziale Bedingungen gebundene Offenheit für Klimaschutzpolitik. Siegrid selbst kann auf eine lange Geschichte im Betrieb zurückblicken, da sie bereits seit den 1980er Jahren dort arbeitet – daher sind ihr auch die Veränderungen der Beschäftigungsstruktur bewusst, sie sich in den letzten Jahrzehnten infolge technologischer und arbeitsorganisatorischer Rationalisierungswellen durchgesetzt haben. Einfache körperliche Industriearbeit ist so marginalisiert worden. In der Gegenwart war das Unternehmen von wirtschaftlichen Problemen getroffen. Im Rahmen der mit Corona verbundenen Krisenerscheinungen baute das Management Beschäftigung ab, außerdem ist er von der Umstellung der Automobilindustrie auf die Elektromobilität voll betroffen. Siegrid beginnt vor diesem Hintergrund mit einer Art Bekenntnis zum Klimaschutz.

»Das Wichtige daran ist eben der Erhalt des Klimas, dass da die Erwärmung so nicht stattfindet. Das würde ja dazu führen, dass wir alle miteinander untergehen. Das ist ja im Grunde das Problem. Und dafür muss Sorge getragen werden, dass das nicht passiert.«

Deutlicher noch als Jens unterstreicht sie allerdings, dass Umwelt- und Klimaschutz nicht dazu führen dürfen, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Dabei sucht sie im Gespräch einen argumentativen Umweg, auf dem sie zunächst hervorhebt, dass globale Lösungen nötig sind – in Deutschland sei man auf einem guten Weg, in anderen Ländern hingegen nicht.

»Das ist sicherlich ein wichtiges Thema, unbestritten ist auch, dass man da alles für tun

muss. Aber ich sag auch, es kann nicht alles nur an solchen Staaten liegen wie Deutschland. Das muss auch insgesamt, das muss auch auf der ganzen Welt auch Bewegung da sein. Und ich kenne genügen Beispiele von anderen Ländern, weil ich auch schon viel verreise bin und gesehen habe, und wenn man da mal in Mittelamerika zum Beispiel guckt, oder Südamerika, die leben einfach ganz anders. Und die haben einfach kein Verständnis dafür.«

Wichtig sind in diesem Zusammenhang Erfahrungen, die sie als Betriebsrätin gemacht hat, sie sich mit dem typischen Wettbewerbsdruck auseinandersetzen muss, unter dem Unternehmen der stark weltmarktabhängigen Automobilindustrie stehen und den sie direkt an Interessenvertreter*innen und Belegschaften weiterreichen. Als Betriebsrätin setzt sie sich für die Belange der Belegschaft ein, aber »der wirtschaftliche Faktor« muss immer berücksichtigt werden, denn ohne Unternehmen gibt es auch keine Jobs, so ihre Überlegung. Vor diesem Hintergrund sind m.E. auch ihre Reflexionen zum Klimaschutz zu verstehen:

»Und ich habe auch die Angst, dass wir damit auch unsere eigene Wirtschaft auch ein bisschen kaputtmachen, weil wir immer die Vorreiter sein wollen für die ganze Welt. Und am Ende sind wir die Verlierer. Ich habe das Gefühl, wir wollen was vorleben, uns geht es ja heute auch noch gut, wir können das auch noch alles bezahlen, aber irgendwann mag das auch mal umkippen. Und dann sind wir die Verlierer.«

Auch diese Deutung beruht auf Erfahrungen bzw. Beobachtungen. Nimmt sie oben die Perspektive eines Teils der ökonomischen Wettbewerbsgemeinschaft ein (wir, die wir unsere Wirtschaft möglicherweise kaputt machen), richtet sie etwas später den Blick auf die Folgen, den die ökologische Produktstrategie, also der Umstieg auf die E-Mobilität, für Beschäftigte haben wird:

»Klar, Elektrifizierung, E-Motoren, das macht viele Arbeitsplätze kaputt, weil der Verbrenner nicht mehr da ist und da werden mehr Beschäftigte gebraucht. Das wissen wir ja. Deswegen wird es für die Menschen, die heute noch in der Automobilindustrie beschäftigt sind, morgen auch nicht mehr diese Arbeitsplätze da sein. Und das fängt ja heute schon an. Die Arbeitsplätze werden abgebaut und die Beschäftigten auf die Straße gestellt.«

Albert, Industriebeschäftigter

Ähnliche Überlegungen stellt Albert an, Anfang 50, der im selben Unternehmen beschäftigt ist, wie Siegrid (I 38). Auch er ist als Betriebsrat aktiv, auch er bejaht grundsätzlich, dass Klimaschutz nötig sei, »wir müssen das Klima im Auge behalten, es kann so nicht weitergehen«. Über die Klimabewegung Fridays for Future hat er deshalb auch eine grundsätzlich positive Meinung. Wie Jens und Siegrid betont auch er dabei das Spannungsverhältnis, das zwischen dem Ziel, Klimaschutz zu betreiben und der Notwendigkeit, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten, besteht.

»Wir müssen das Klima schützen, klar, das geht so nicht weiter. Durch die Verbrennung und Ozonloch, das ist ja nicht von der Hand zu weisen. Aber man muss es eben vernünftig und nachhaltig machen.«

Mit »vernünftig« und »nachhaltig« verweist, wie aus dem weiteren Verlauf des Gesprächs deutlich wird, Albert auf zwei unterschiedliche Probleme. Als unvernünftig und nicht nachhaltig beurteilt er zum einen etliche konkrete Schritte, die gegangen werden, um die

CO₂-Emissionen zu reduzieren, beispielsweise den Einstieg in die E-Mobilität, bei der ungeklärt sei, woher die Batterien kommen sollen, die dazu nötig seien. Aber nicht vernünftig wäre auch ein Vorgehen, dass die Beschäftigungsprobleme ignoriert, die entstehen. Um in Zukunft etwa an ihrem Standort Teile für E-Motoren zu bauen, seien über die Hälfte der jetzigen Belegschaft vermutlich überflüssig. Auf lange Sicht jedenfalls werde die Beschäftigung zurückgehen, ähnlich wie im Kohlebergbau. Mit einer gewissen Ratlosigkeit, wie das Dilemma aufzulösen sei, stellt er deshalb fest: »Das ist die Gratwanderung, die man macht. Man muss CO₂ minimieren, richtig. Klima hat Vorrang. Aber wenn du keine Beschäftigung hast, nützt es auch nichts.«

Jan, Industriearbeiter

Nicht alle Sozialliberalen blicken offen-skeptisch auf den Klimaschutz, weil der Abbau von Arbeitsplätzen drohen kann. Es gibt auch zuversichtlichere Deutungen. Ein Beispiel findet sich bei Jan (I 28), der die Dringlichkeit des Klimaschutzes hervorhebt und unterstreicht, dass Klimaschutz und Arbeitsplatzert halt grundsätzlich möglich seien. Allerdings: Jan arbeitet sozial gesichert bei einem Endhersteller der Branche, bei dem die Belegschaften an den verschiedenen Standorten in der Vergangenheit zwar immer wieder im Rahmen des »disziplinierenden Wettbewerbskorporatismus« Konzessionen machten, um vorläufig Beschäftigung zu sichern (Goes 2019); Beschäftigungsabbau wurde allerdings überwiegend über Altersteilzeitregelungen und Arbeitszeitverkürzungen sozialverträglich betrieben. Kurz: Auch wenn Belegschaften dieses Konzerns nicht »sorgenfrei« lebten in den vergangenen Jahrzehnten, gibt es doch eine »kollektive Geschichte relativer Absicherung« in einer eher stürmischen Wettbewerbssee. Dieser kollektive Erfahrungshintergrund, der auf starken Betriebsräten und einer sehr gut verankerten IG Metall beruht, sollte bei der Interpretation dieser Passagen berücksichtigt werden. Jan selbst kommt im Gesprächsverlauf auf das Thema Umwelt- und Klimaschutz zu sprechen.

»Ich sage mal, das beste Beispiel ist ja im Moment, man hat wieder einen Tag, dann schneit es hier 5 Zentimeter, dann haben wir wieder 15 Grad plus. Also meiner Meinung nach kann man da nicht mehr sagen, dass wir keinen Klimawandel haben oder nichts mehr für die Umwelt tun müssen. Ich glaube, wenn wir so weitermachen, dann wird es die Erde in der Form nicht mehr geben. Und ich denke da nicht nur an mich, sondern auch wenn ich irgendwann mal Nachwuchs haben sollte, will ich ja auch nicht wissen, unter welchen Bedingungen die dann aufwachsen müssen oder dann Generationen dann noch nach mir oder nach meinem eigenen Nachwuchs, dann noch die Generationen müssen ja auch irgendwie noch von der Erde leben.«

In diesem Zusammenhang nimmt er empathisch Bezug auf die Folgen für Menschen im globalen Süden, die schon heute von den Folgen der Klimakrise betroffen sind.

»Und man sieht ja jeden Tag die Bilder auch aus Afrika oder aus anderen Regionen, wo es ja auch immer heißer wird und die Menschen ja einfach nur von da flüchten wollen oder weg wollen, weil es denen da einfach die Grundlage zum Leben genommen wird. Ich meine, hier bei uns, wir selber merken das nicht so, weil wir hier immer noch in einem industriellen Land leben. Da sind die Gegebenheiten immer noch so, dass wir hier normal leben können oder mit diesen Wetterbedingungen umgehen können. Aber es gibt Regionen auf der Welt, wo es das halt nicht mehr geht und über die letzten Jahrzehnte ist es dadurch

nicht besser geworden, dass wir immer mehr CO₂ produzieren oder ausstoßen.«

Da es sich um ein drängendes Problem handelt, sieht Jan großen Handlungsbedarf – einen Widerspruch sieht er als Beschäftigter in der Automobilindustrie dabei nicht notwendigerweise zwischen seinem Interesse am Arbeitsplatz und seinem Interesse am Klima- und Umweltschutz. Umwelt- und Klimaschutz seien mit dem Arbeitsplatzzerhalt durchaus vereinbar, so Jan etwas später im Gespräch, weil bereits technologische Fortschritte (etwa im Fahrzeugbau selbst) erzielt worden sind und weitere möglich sind.

»Es ist dann halt anstrengender und kostet vielleicht auch ein bisschen mehr Geld, aber meiner Meinung nach ist das heutzutage alles machbar. Also man kann Umweltschutz auch so machen, dass es nicht Arbeitsplätze kostet.«

Fridays for Future steht Jan vor diesem Hintergrund offen und positiv gegenüber, lediglich Aktionsformen, bei denen abhängig Beschäftigte eingeschränkt und betroffen werden – etwa Blockaden von Werkstoren, wenn Kolleg*innen nach Hause wollen – lehnt er ab.

Politische Heimatlosigkeit und Kritik am politischen Einfluss von Unternehmen

Von Politiker*innen und Parteien ist Jens enttäuscht, er ist ein Repräsentant der Unterströmung der *Enttäuschten* Sozialliberalen. Jens fühlt sich von keiner der großen Parteien vertreten, grenzt sich von einigen ab, ohne sich mit einer stärker zu identifizieren. In den Äußerungen, in denen er sich distanziert, zeichnet sich gleichwohl eine eigene Haltung, eine eigene Orientierung ab: Von der SPD ist er enttäuscht, Grünen und LINKEN sind zu radikal, um eine Politik für »die Normalen« zu machen, die er sich wünscht. »Die Normalen« ist eine Formulierung, die er an anderer Stelle für Arbeiter*innen und Angestellte nutzt, die er zur sozialen Mitte zählt. Er selbst sieht sich als eine Art klassischen ehemaligen SPD-Wähler.

Ähnlich wie auch in anderen Deutungsmustern spielt auch im Sozialliberalismus die Kritik am zu großen Einfluss, den Unternehmen auf politische Entscheidungen haben, eine Rolle. Allzu scharf wird Jens dabei aber nicht. In einer jüngeren Studie zum Krisenbewusstsein von Arbeitern, auf die ich bereits in Kapitel 5.1.2 und 5.1.3 hingewiesen habe, waren die Autor*innen beispielsweise auf ein politisches Gesellschaftsbewusstsein gestoßen, in dem der Staat von gewerkschaftlich organisierten Industriebeschäftigten als der Staat der oberen Zehntausend kritisiert wurde (Sauer/Stöger/Bischoff/Detje/Müller 2018, 196). Derart scharfe Urteile sind für den (Enttäuschten) Sozialliberalismus nicht typisch. Ein funktionierendes »Repräsentationsverhältnis« zwischen Wahlvolk und Politiker*innen zeichnet sich in Jens Schilderungen aber ebenfalls nicht ab. »Die Politik«, so bestätigt er, diene eher nicht dem Volk. Der Staat sei erpressbar:

»Dann kommen die Lobbyisten der Landwirte, die Autoindustrie, jeder Verband. [...]. Wo ich dann denke, du lieber Gott.« Und da sitzt die Regierung, so richtig frei entscheiden kann sie nicht, ich will es mal so ausdrücken. Weil halt immer von irgendwoher eingeflüstert wird, »ja, wir brauchen wir das, wir brauchen die Prämie für Elektroautos, also die Arbeitsplätze, sonst gehen ja so viel tausend Arbeitsplätze wieder weg und das kann man ja nicht leisten.««

Für besonders einflussreich hält er die großen Besitzerfamilien, rund 50 Familien wie beispielsweise die Familie Quandt, die u. a. die größten Anteile an der Firma BMW hält.

»Das sind jetzt halt wirklich diese Milliardärsfamilien wie Albrecht, Quandt und Piech, die natürlich viel mehr Einfluss haben. Ich denke mal, der Herr Piech (ehemaliger VW-Vorstandsvorsitzender, der Verf.) hat früher eine Standleitung gehabt zu dem jeweiligen Bundeskanzler.«

Eine radikale Grundhaltung hat er, trotz seiner kritischen Einschätzung der Macht von Lobbys und Milliardären, aber nicht. Populismus gibt es in verschiedenen Spielarten, in linken oder rechten. Insofern ist Populismus eher eine Art und Weise politisch zu handeln und zu denken, als eine eigenständige Richtung. Alle Populismen haben aber etwas gemeinsam. In ihnen wird stark zwischen einem (schlechten) Oben und einem (guten) Unten/Volk unterschieden; sind starke und leidenschaftliche Gegnerbezüge typisch, in denen Gegner- oder gar Feindschaft zum Ausdruck gebracht werden; werden Veränderungen auf dem Weg des Bruchs mit dem Establishment versprochen. Spuren dieses Denkens finden sich auch im Enttäuschten Sozialliberalismus. Allerdings fehlen harte Schuldzuschreibungen an diejenigen, die Jens zu den besonders Reichen und Einflussreichen zählt ebenso wie heiße Gegnerschaften oder eine Neigung zu radikaleren Lösungen.

Viel eher ist Jens ausgleichend liberal. Ohne den Begriff, der bekanntlich für eine politische Regierungskoalition steht, überstrapazieren zu wollen, ließe sich bei ihm eher von einer Art »heimatlosem Sozialliberalismus« sprechen. Radikalität ist ihm suspekt, er bevorzugt eher ein gemäßigtes und verlässliches Vorgehen – nicht ohne selbst enttäuscht davon zu sein, dass auf diese Weise seine eigenen Interessen nicht konsequent verfolgt und angemessen umgesetzt werden.

Sein Plädoyer für Leistung und Gerechtigkeit verbindet er mit einer klaren Abneigung gegen Rechtsradikalismus und eine widersprüchliche Offenheit für Klima- und Umweltpolitik. Er möchte, dass Politik in seinem Sinne gemacht wird, aber die »Wirtschaft« darf keinen Schaden nehmen. Dahinter versteckt sich die einfache Einsicht, dass ansonsten Arbeitsplätze verloren gehen. Unterfüttert ist dies durch eine durchaus wertschätzende Haltung politischen Errungenschaften gegenüber, die es in Deutschland gibt, und auf die implizit in kritischen Abgrenzungen gegenüber Entwicklungen im Ausland Bezug genommen wird. Ob »frauenfeindliches« Abtreibungsgesetz in Polen oder schlechte Asylpolitik in Ungarn, die Bundesrepublik wirkt im Vergleich dazu auf Jens »menschenfreundlich«

Jens hat eine liberal-demokratische Haltung zu den Akteuren des politischen Feldes, er will in gewissem Sinne, dass die »Regeln des Spiels« geachtet werden, wie man in Anlehnung an Pierre Bourdieu sagen könnte. Bourdieu analysierte Politiker*innen als »Professionelle«, die sich auf eine im politischen Feld (zu dem auch die Journalist*innen gehören, die das Bild stark mitprägen, das von Politiker*innen in der Öffentlichkeit vorherrscht) akzeptable Weise zu verhalten haben (Bourdieu 2001, 81). Der Anspruch auf ein Agieren nach den politischen Spielregeln hat zwei Seiten, eine inhaltliche und eine

formale. Inhaltlich wirken auf Jens Vorschläge zu extrem, die zu stark vom politischen Konsens abweichen. Formal geht es aber auch um die Art und Weise, wie Politik gemacht wird. Zu den Regeln des politischen Feldes gehört in einem Mindestmaß eben auch ein »respektables Vorgehen«. Das Besondere am politischen Feld ist aber, dass Politiker*innen und Parteien in einem Mindestmaß den Kontakt zu ihren Wähler*innen nicht verlieren dürfen und deren Ansprüche befriedigen müssen (ebd., 34). Jens orientiert sich an Normalität und Respektabilität, ist aber enttäuscht davon, dass die Politiker*innen dieses etablierten Mainstreams nicht erfüllen, was er sich wünscht. Von »Extremismen« grenzt sich Jens jedenfalls wiederholt ab, nicht zuletzt von extremen politischen Vorgehensweisen. Etwa von Umweltschützer*innen, die Autobahnen blockieren, oder gewaltbereiten Demonstrant*innen. Auch die AfD sagt ihm nicht zu, die rechte Ausrichtung stört ihn. Allerdings: Zunächst fühlte sich Jens durch die AfD durchaus angesprochen.

»Wie die aufkam habe ich gedacht, ich bin auch ein bisschen naiv, endlich mal jemand für die Arbeiter und die Normalen, der auch mal was sagt, ohne gleich nazimäßig zu sein. Und dann aber nach ein paar Wochen war es dann schon gleich vorbei.«

Imponiert hat ihm insbesondere ihr Auftreten.

»Aber mir ging es da jetzt explizit darum, dass die was für die normalen Arbeiter machen wollten, weil sie immer gesagt haben, »ja, die da oben, die Besserverdienenden und das kann ja nicht sein.«

»Endlich mal jemand für die Arbeiter und Normalen« – das heißt, dass in Jens Augen keine der anderen Parteien sich für diese einsetzt. Früher war er Anhänger der SPD, »nur mit Hartz 4, das fand ich so nicht in Ordnung, wie das alles so gelaufen ist.«

Die LINKE dagegen kommt für ihn nicht in Frage, weil er sie mit extremer Politik verbindet. Die Partei »für die Normalen« scheint sie nicht sein zu können. Er glaubt, die Partei würde Gewalt gegen Polizist*innen rechtfertigen und radikale politische Maßnahmen ergreifen wollen, etwa Enteignungen durchführen, aber auch Zwangssteuern einführen. Ein Problem ist das für Jens, weil er sich selbst als Opfer dieser radikalen Wohlstandspolitik wähnt. Er wird das Haus seiner Eltern erben und dieses vermutlich vermieten. DIE LINKE, so glaubt er, wolle ihm das wegnehmen. Die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Bundesregierung bereitet ihm daher auch eher Sorgen, als dass sie ihm Hoffnung macht. »Wie gesagt, wirtschaftliche Sicherheit, meine wirtschaftliche Existenz, weil dann das zu schnell alles umgesetzt wird.« Auch in diesem Fall ist nicht der Inhalt dieser Passagen entscheidend (die richtige oder falsche Sicht auf Grüne oder LINKE), sondern die damit verbundene moderate, liberaldemokratische Haltung.

Wie ich eingangs dargelegt habe: Diese politische Repräsentationslücke ist lediglich typisch für einen Teil der Sozialliberalen. Dieses Repräsentationsdefizit nehmen aber nicht alle wahr. Für andere Sozialliberale ist dagegen typisch, dass sie zwar durchaus kritisch auf die Einflussmacht von Unternehmen und Reichen blicken, insgesamt aber durchaus eine wertschätzende Haltung gegenüber Politiker*innen und Parteien einnehmen.

Jan, Industriearbeiter

Zu einer völlig anderen Bewertung von Parteien als Jens kommt z.B. Jan (I 28), aber auf der Grundlage derselben liberaldemokratischen Haltung zur Politik – allerdings ist er nicht frustriert, sondern kritisch-wertschätzend gegenüber Politiker*innen und Parteien eingestellt. Kritisch blickt er beispielsweise auf den größeren Einfluss von Wohlhabenden auf politische Entscheidungsträger, über den er im Laufe des Interviews spricht. Ausgangspunkt dafür ist sein Nachdenken über soziale Ungleichheit im Land. Diejenigen, die in dieser Gesellschaft oben sind, so Jan, haben auch mehr Einfluss darauf, was in diesem Land geschieht.

»Und ich glaube, dass der Großteil der Bevölkerung sich in dem unteren Bereich befindet als in dem oberen, aber trotzdem die Oberen mehr dafür sorgen, was in unserem Land geschieht oder immer mehr größeren Einfluss haben auf das, was in unserem Land geschieht und eigentlich nicht die Mehrheit, die sich vielleicht in der unteren Ebene bewegen. [...] Hat natürlich auch mit dem kapitalistischen System zu tun, weil das strebt ja eigentlich immer nach mehr und immer weiter nach oben, als nach unten.«

Der Einfluss derjenigen, die zu den Oberen gehören, ist größer, weil in diesem System, so Jan weiter, das Geld sagt wo es langgeht. Dem ist laut Johannes so, weil

»[...] egal was die Politik will oder entscheidet, hängt es immer sehr stark davon ab, wie wird es finanziert oder wer kommt dafür auf und haben wir überhaupt die finanziellen Mittel, um so was überhaupt umzusetzen. Und da kommen natürlich immer wieder die Menschen ins Spiel, die das Geld halt haben oder der Regierung das Geld geben könnten. Und jeder, der der Regierung Geld gibt oder leiht, hat immer seinen eigenen Hintergedanken und möchte natürlich auch das umsetzen, was für ihn am besten ist und in dem Fall natürlich auch noch dafür sorgen, dass er noch mehr Geld bekommt.«

Aber nicht nur die Abhängigkeit der Regierung vom Geld bevorteilt diejenigen, die viel davon haben. Auch direkte Kontakte zwischen ihnen und politischen Entscheidungsträgern setzen sie in einen Vorteil, sorgen mit dafür, dass sie mit ihren Anliegen eher Gehör finden.

»Ja, die Menschen bewegen sich ja in den politischen Kreisen beziehungsweise haben auch Kontakt zu Politikern, beziehungsweise ehemalige Politiker landen ja auch immer wieder in den Aufsichtsräten von großen Betrieben und da sieht man ja sofort, was da die Interessen sind oder wer da denn die Interessen umsetzt. Oder viele aktive Politiker sind ja auch in Vorständen vertreten oder Aufsichtsräten mit dabei. Ich glaube, diese Firmen machen das nicht nur, weil das schön aussieht, sondern weil sie dann auch gewisse Hintergründe haben, dass sie so was machen, oder Hintergedanken haben.«

Allerdings: In eine scharfe Kritik »der Politik« bzw. der Parteien und der Politiker*innen mündet all das auch bei Jan nicht. Mit der Deutung beispielsweise, Politiker*innen würden nicht dem Volk dienen, kann er kaum etwas anfangen – trotz seiner Kritik am Einfluss des Geldes auf die politischen Entscheidungsprozesse. Politiker, so Jan, versuchen durchaus dem Volk zu dienen, sie tun dies lediglich nicht »im vollen Umfang«, sie machen »prozentuale Abstriche«, insbesondere bei »größeren Sachen« beeinflussen Firmen mit, was beschlossen wird.

Ich »[...] glaube nicht, dass nur Politik für die oberen Zehntausend gemacht wird. Ich glaube, die oberen Zehntausend sorgen dafür, dass es für sie einfacher wird, aber der Staat macht, glaube ich, trotzdem für alle Politik beziehungsweise für alle irgendwelche Erleich-

terungen oder Gesetze, weil auch die oberen Zehntausend müssen sich an die Gesetze halten, nur die haben vielleicht die besseren Anwälte, die da irgendwie ein Schlupfloch finden. Aber trotzdem würde ich das so nicht unterschreiben, dass es nur für die oberen Zehntausend, sondern eigentlich für alle gemacht wird. Ob es jetzt im gleichen Umfang ist, das weiß ich nicht.«

Seine eigenen Interessen sieht er durchaus in der bestehenden Demokratie berücksichtigt, auch wenn einiges falsch läuft, insbesondere mit Blick auf die soziale Ungleichheit, wie er an verschiedenen Stellen des Gespräches verdeutlicht hat – aber insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern, etwa den USA, in denen demokratische Spielregeln gebrochen werden, sieht er in Deutschland eine intakte Demokratie. Trotz seiner Kritik am Einfluss derjenigen, die das Geld besitzen, unterstreicht er, dass es grundsätzlich demokratisch in Deutschland zugehe, denn der Geschäftsführer einer Firma habe eben auch nur eine einzige Stimme. Vertreten sieht er sich am ehesten von der SPD, den Grünen oder der LINKEN, die ihn alle in verschiedenen Themenfeldern ansprechen. Angesprochen fühlt er sich, weil

»[...] diese drei Parteien sich im gewissen Maße alle für die Arbeitnehmer einsetzen, die Grünen natürlich auch das Thema Umwelt und Klima hauptsächlich bei sich mit drin haben. Ich sage mal, Die Linken haben das Thema Mindestlohn und die SPD hat ja dieses klassische »es muss den Arbeitnehmer besser gehen«. Ich beziehe halt so Sachen auch nicht immer auf mich, wenn ich zum Beispiel auch Leute sehe, die für 8,50 Euro oder für 9 Euro arbeiten müssen, wo ich ja auch sage, das muss definitiv geändert werden. Da sag ich halt, dass Die Linke da radikaler vorgeht und sagt, hier die würden ja am liebsten 20 Euro Mindestlohn machen, wo ich sage, da würde ich definitiv mitgehen. Wo ich aber auch sage, es muss halt was für die Umwelt oder das Klima getan werden, dann wären ja wieder die Grünen da radikaler unterwegs, und für mich selber, wo ich sage, dass die SPD halt mehr auch für die Arbeitnehmer macht oder machen sollte.«

Malik, Industriearbeiter

Eine ebenfalls kritisch-wertschätzende Haltung zum politischen Feld findet sich bei Malik (I 19). Auch er geht von einem größeren Einfluss der Wohlhabenden und Unternehmen auf das politische Agendasetting und auf Entscheidungsfindungen aus.

»Man muss ja auch die Frage stellen, wer bezahlt die Politiker. [...] Das sind ja alle Unternehmen und Unternehmensführer und reiche Leute [...]. Man will ja auch dann die Politik auch so machen, dass die Leute, die dich unterstützen finanziell, ja auch nicht ganz abgeschreckt sind im Prinzip.«

Deutlicher noch als Jan unterstreicht er, dass ein großer Teil der Politiker*innen vor diesem Hintergrund nicht die Interessen des Wahlvolkes vertritt. Ohnmächtig sind sie allerdings nicht, er kritisiert sie gerade deshalb, weil »[...] die Politik die Gesetze verabschieden kann, die haben sehr viel in der Hand, die können auch steuern.« In seinen Augen sollten Politiker*innen für sozialen Ausgleich und moderate Umverteilungspolitik sorgen – tun es aber nicht. Insgesamt sieht Malik daher eine politische Schieflage in Deutschland. Die Anliegen der Wohlhabenden werden stärker berücksichtigt durch Regierungen als die Anliegen der einfachen Leute. Eine Antihaltung nimmt er aber nicht ein. Die Verhältnisse sind für ihn gestaltbar, überhaupt beschweren »sollte sich nur der Mensch, der wirklich versucht hat,

auch die Gesellschaft positiv zu beeinflussen [...]. «Vor diesem Hintergrund gelangt er auch nicht zu einer populistisch-vereinheitlichenden Deutung, in der alle Politiker*innen gleich (schlecht) sind. Für ihn gibt es »gravierende Unterschiede«. Hinter den Unionsparteien stehen »die ganzen Unternehmen«, diese Parteien »[...] sind halt ganz klar auch dafür, dass die Wohlhabenden auch wohlhabend bleiben«. Dennoch fühlt sich Malik durchaus repräsentiert im politischen Feld. Gewählt hat er stets die SPD, hadert aber mit dieser. Programatisch setze sie sich zwar für die Schwachen ein, praktisch aber löst sie diesen Anspruch nicht ein. »Die SPD verliert sich mehr und mehr [...], du siehst keine Unterschiede mehr zwischen CDU und SPD [...].« Der LINKEN, die er zum Teil für zu radikal-unrealistisch hält, steht Malik angesichts dessen offen gegenüber, wünscht sich, dass Forderungen der Grünen und LINKEN umgesetzt werden.

5.3.5 Die Leistungsorientierten Sozialkonservativen

Die bisher vorgestellten Deutungsmuster hatten bei allen zwischen ihnen bestehenden Unterschieden eine Gemeinsamkeit: Kritische Diagnosen über die deutsche Gesellschaft spielten eine größere Rolle. In moderater (Sozialliberale) oder starker Weise (Gemeinwohldemokrat*innen) in Form eines Ungleichheitsdiskurses, oder wie beim Sozialrebellischen Nationalismus in Form einer nationalidentitären Benachteiligungsgeschichte.

Etwas anders verhält es sich mit den nächsten Deutungsmuster, auf das ich gestoßen bin, dem Leistungsorientierten Sozialkonservatismus. Auch für Leistungsorientierte Sozialkonservative ist ein kritischer Blick auf die Arbeitswelt durchaus typisch, Missachtungserfahrungen vor dem Hintergrund demonstrativer Leistungsbereitschaft spielen eine wichtige Rolle. Von »sozial« ist die Rede, weil anerkennende Bezahlung und ein sorgender Umgang mit den Beschäftigten verlangt wird. Die Ansprüche, die damit verbunden sind, sind allerdings relativ moderat. Gewünscht wird ein sorgender Herr, ein Management, das ans Betriebswohl und deshalb aus eigenem Interesse auch an die Belegschaft denkt.

Diese Kritik des Arbeitslebens steht einem relativ positiven Blick auf die Gesellschaft gegenüber. »Relativ positiv« bedeutet nicht, dass keine Probleme wahrgenommen werden, gerade in sozialer Hinsicht aber werden keine starken Dringlichkeits- oder Krisendiagnosen vorgetragen. Die Unten-Oben-Spaltung der Gesellschaft spielt durchaus eine Rolle, auch Sozialkonservative nehmen durchaus eine »soziale Schere« wahr oder benennen soziale Probleme wie Rentenarmut oder Niedriglöhne. Daraus speist sich auch Enttäuschung. Nur verdichtet sich all das bei Leistungsorientierten Sozialkonservativen nicht zu einem starken Ungerechtigkeitsdiskurs um die Unten-Oben-Spaltung herum, in dem das gesellschaftliche Oben etwa scharf kritisiert würde. Das ist ein markanter Unterschied gegenüber Gemeinwohldemokrat*innen, ansatzweise aber auch gegenüber Sozialliberalen. Ist für den Gemeinwohldemokraten beispielsweise die Zunahme sozialer Ungleichheit ein drängendes Problem oder für die Ökologiebewegten (siehe unten) die Umwelt- bzw. Klimakrise, fehlen solche starken Problem Diagnosen im Sozialkonservatismus. Kurz: Kritische Diagnosen zur gesellschaftlichen Entwicklung kann es geben, allerdings fehlen typischerweise leidenschaftliche Problembestimmungen.

Auch ein Unbehagen an »der Politik« wird durchaus formuliert, dies geschieht typischerweise aus einer liberal-demokratischen Haltung, wie sie auch bei Sozialliberalen zu finden ist: Kritische Deutungen gehen Hand in Hand mit Wertschätzungen einzelner Parteien oder auch des Politischen Systems – jedenfalls fehlen im Sozialkonservatismus sowohl popular-demokratische Deutungen, die Demokratiedefizite klar in einen Unten-Oben-Gegensatz einordnen, als auch populistische Deutungen einer allgemein schlechten politischen Elite. Verbreitet sind auch Abgrenzungen gegenüber der AfD, die – hier ist ein breites Spektrum sichtbar – als Gefahr oder zu extrem in ihren Positionen beurteilt wird. Dabei sind nicht die einzelnen Positionierungen zur AfD, die sich in den Gesprächen finden, typisch für den Leistungsorientierten Sozialkonservatismus, sondern die (unterschiedlich starke) Abgrenzung vom Rechtsextremismus, mit dem die Partei verbunden wird.

»Konservatismus« bezieht sich hier nicht auf eine politische Weltanschauungsgemeinschaft oder auf grundsätzlich konservative Einstellungen zu gesellschaftlichen Fragen, sondern soll *erstens* auf die an *Maß und Mitte* ausgerichtete Haltung gegenüber der Gesellschaft und der Politik, *zweitens* auf die *relativ bescheidenen eigenen materiellen Ansprüche* und *drittens* auf die *eher konservative Sozialstaatsorientierung* hinweisen. Der Sozialstaat soll vor Risiken schützen, kaum mehr.

Die Solidaritätsorientierung ist vielleicht nicht exklusiv, aber in den Gesprächen, die ich mit Beschäftigten geführt habe, die auf das Muster Sozialkonservatismus zurückgegriffen haben, fanden sich immer wieder Abgrenzungen von anderen abhängig Beschäftigten, mal stärker, mal schwächer. Dabei lassen sich zwei Strömungen voneinander unterscheiden. In einer Strömung werden Abgrenzungen gegenüber leistungsschwachen Kolleg*innen oder imaginierten leistungsunwilligen Erwerbslosen, die nicht arbeiten wollen, gezogen. Sie basieren in der Regel auf einer ausgeprägten Leistungsorientierung. Leistung ungerecht ist insofern nicht nur die fehlende Anerkennung eigener erbrachter Leistungen, sondern auch, wenn sich Erwerbslose den Strapazen des Arbeitslebens angeblich entziehen können und – so die Unterstellung – ohne Leistungsbereitschaft unterstützt werden.

In der zweiten, deutlich kleineren Strömung wird hingegen ein kritischer Blick auf Migration und Migrant*innen geworfen, die z. B. angeblich nur Sozialleistungen beziehen wollen, ohne sich in die Gesellschaft einzubringen und einen Gegenbeitrag zu leisten, oder als (kulturelle) Belastung wahrgenommen werden. In beiden Fällen handelt es sich um relevante Abgrenzungen, die allerdings nicht so dominant, prägend und eindeutig sind wie etwa im Sozialrebellischen Nationalismus. Das Deutungsmuster Leistungsorientierter Konservatismus wurde von fast einem Viertel der Interviewten artikuliert, darunter zwei Industrie- und drei Lagerbeschäftigte sowie vier Pflegekräfte aus Krankenhäusern.

Sozialporträt: Der Fall Albert

Albert (I 22), der Anfang 60 ist, arbeitet in einem Industrieunternehmen. Das Gespräch, das wir geführt haben, ist von einer Verschlechterungsgeschichte geprägt, zumindest was die Erfahrungswelt Betrieb angeht. Sein Blick auf die Gesellschaft ist wohlwollender. Im Verlauf des Gesprächs markiert er wiederholt, aus welcher sozialen Position her-

aus er sich äußert: Mehrfach signalisiert er, dass er als »einfacher Arbeitnehmer« und Teil der »einfachen Leute« spricht, mit denen er sich identifiziert. Albert verortet sich nicht unten in der Gesellschaft, stellt aber durchaus deutlich heraus, dass er einer der gewöhnlichen Leute ist. Seine Ansprüche an Lohn, aber auch an gesellschaftliche Teilhabe, sind von Leistungsbereitschaft und einem damit verbundenen Wunsch nach Anerkennung geprägt, gleichzeitig aber auch durch eine selbstbewusste Bescheidenheit charakterisiert.

Der Betrieb als verlorener Stolz

Albert ist stark leistungsorientiert, wie er in unserem Gespräch mehrfach betont war er in seinem Leben immer bereit hart zu arbeiten, um seine Familie zu versorgen. Leistungsbereitschaft ist für ihn die Voraussetzung, um ein eigenständiges Leben führen zu können. Im Betrieb hat er es zu einer Art Vorarbeiter gebracht. Allerdings erwartet er eine Anerkennung dieser Leistungsbereitschaft durch angemessene Löhne.

Früher gab es diese Anerkennung im Betrieb, in dem Albert zum Zeitpunkt unseres Gespräches beschäftigt ist, einem Maschinenbauunternehmen, das insbesondere für die Automobilindustrie tätig ist. Diese »guten Zeiten«, in dem die Belegschaft noch stolz auf das Unternehmen waren, so Albert, sind vorbei, längst wird nicht mehr nach dem branchenüblichen Tarif gezahlt.

»Was mich stört am meisten, ist, dass quasi das Werk, wenn man das früher gekannt hatte, war eigentlich immer war unser Stolz. Man war stolz, hier zu arbeiten. Also die haben gut bezahlt, man konnte sich dann, sage ich mal, eine gute Existenz aufbauen. Und nach den ganzen Änderungen und nach der, sage ich mal so, Ausbeutung, muss man so sagen, ist vieles anders geworden.«

Albert erzählt eine Geschichte der Verschlechterungen. Früher wurde die erbrachte Leistung durch gute Löhne anerkannt. Die Ansprüche, vor deren Hintergrund er diese Verschlechterungen kritisiert, sind bescheiden. Er will »noch mal richtig Geld verdienen, so wie es mal früher war, das ist [...] alles, was man sich wünschen kann. Mehr braucht man nicht.«

Dem ist aber nicht so, es fehlt die Anerkennung – die einzelnen Beschäftigten sind der Unternehmensleitung nicht wichtig, sind ersetzbar, werden nicht geschätzt. Mit Blick auf seine (jüngeren) Kollegen lässt er wissen:

»Die leisten dafür sehr viel, so muss dann sagen. Und trotzdem, die Anerkennung fehlt. Also man wird hier nicht mehr als Mensch gesehen, sondern ich sage immer, wir sind nur [...] eine Personalnummer. Wenn du ausgedient hast, wird die Personalnummer dann im System irgendwo abgelegt und das war es dann. Das [...] Menschliche fehlt.«

Etwas später im Gespräch heißt es mit Blick auf das Verhalten der Geschäftsführung präzisierend:

»Auch die Unterstützung von Geschäftsführung (fehlt). Das ist ja für mich, was eigentlich mal menschlich war. [...] Wir sind alle, sage ich mal, wir sind so ein [...] ein Körper.

Und wir sind die Organe, also das heißt, wenn man dann die Leute gut behandelt und unterstützt in bestimmten Sachen, wenn da jetzt Schwierigkeiten sind oder [...] auch [...] Krankheiten oder wie auch immer. Wenn man dann den Leuten auch leicht zur Seite steht, aber heute ist das natürlich egal. Das war früher anders.«

Die Geschichte der Verschlechterungen, die Albert erzählt, umfasst insofern mehr als die Diagnose, Lohnzurückhaltung sei eine Form der Missachtung. Auch das Verhalten der Geschäftsführung in der Personalführung wird problematisiert – ausgehend vom Anspruch, das Management sollte, wie in einer Gemeinschaft, die Beschäftigten unterstützen, sollte ihnen zur Seite stehen. Die Leistungsbereitschaft der Belegschaft sollte durch ein sich sorgendes Management entgolten werden. Durch das Gespräch, das wir führten, zieht sich eine enttäuschte Gegenseitigkeitserzählung.

Die Gesellschaft: Genügsamkeit und Ungleichheitskritik

Derartige Verschlechterungsgeschichten finden sich auch bei Beschäftigten, die andere Deutungsmuster artikulieren, beispielsweise das Muster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen. Dort folgen typischerweise ausführlichere und kritische Überlegungen zur sozialen Ungleichheit im Land.

Bei Albert ist das anders. Nur auf direkte Nachfrage hin spricht auch er davon, dass es Menschen in Deutschland gibt, die zu wenig verdienen – hier stellt er den direkten Bezug zum eigenen Betrieb her. Hier findet man die Menschen, die nicht gut über die Runden kommen: »Wenn die Miete gezahlt ist, dann ist eigentlich nicht viel übrig, wo man sagen kann ›das macht mich glücklich, ich möchte das machen.‹ Das ist nicht drin.«

Sozialkonservative sprechen durchaus über Ungleichheit, allerdings entwickeln sie keine starken Ungleichheitserzählungen. So auch Albert. Er vertieft das Thema nicht, wenngleich an verschiedenen Stellen des Interviews deutlich wird, dass er durchaus einen Zusammenhang zwischen Verteilungsungleichheit und einem Gegensatz zwischen den Interessen von Unternehmer*innen und Beschäftigten sieht. An einer späteren Stelle des Gesprächs heißt es etwa:

»Kapitalismus ist eigentlich immer eine Wirtschaftsform, wo ich als [...] Betriebsinhaber [...] uneingeschränkt die Chance habe, die Gewinne in die eigenen Taschen zu stecken. Das ist für viele Unternehmer das A und O. Billige Arbeitskräfte, hoher Gewinn. Also alles, was mir guttut als Unternehmer.«

Dieser nüchterne Blick auf Verteilungskonflikte führt Albert aber nicht dazu, ausführlicher über das Thema zu sprechen oder Kritik zu entwickeln. Auf die oben zitierte Passage folgt vielmehr eine Wende hin zu einer Beschreibung seiner eigenen Lebensweise, an die Ansprüche gekoppelt sind. Die zentrale Botschaft: Man muss nicht reich sein, aber zu einem Leben ohne Not müssen die Löhne reichen. Diese Bescheidenheit, die auch die Grundlage für seine moderate Kritik an der gesellschaftlichen Ungleichheit bildet, dreht sich ganz um seine Familie, für die gesorgt sein muss: »Ich will nicht das große Auto fahren oder Motorboot oder so, nein, ich will nicht.« An Geld, so Albert weiter, hat es auch in der Vergangenheit oft gefehlt – gut leben konnte er dennoch, wichtig dafür waren die

Freunde aus der Belegschaft, aus der Nachbarschaft und die eigenen Kinder, kurz: die konkreten Gemeinschaften, in denen er seine Zeit verbracht hat.

Leistungsorientierte Sozialkonservative nehmen die Oben-Unten-Ungleichheit durchaus wahr, allerdings sprechen sie zögerlicher darüber, formulieren ihre Kritik zurückhaltender. Anders als bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen prägt die Ungleichheitsdeutung dieses Deutungsmuster nicht stark.

Janna, Handelsbeschäftigte

Janna (l 17) ist zum Zeitpunkt unseres Gespräches 50 Jahre alt und arbeitet im Handel, wo sie sich auch gewerkschaftliche engagiert. Über gesellschaftliche Probleme spricht sie in erster Linie anhand von konkreten Beispielen. Sie geht auf diese Erscheinungsformen der Unten-Oben-Spaltung ein, zum roten Erzählfaden, der sich durch das Interview zieht, gehört das aber nicht. Bewegender ist für Janna die Innen-Außen-Spaltung bzw. negative Erfahrungen, die sie mit Migrant*innen gemacht hat (siehe unten). Dennoch geht sie im Verlauf unseres Gesprächs auf verschiedene Ungleichheits-Probleme ein, die sich zu einer moderaten Ungleichheitskritik verdichten. Sie selbst, so Janna, wird von Rentenarmut betroffen sein, »[...] ich werde ein Sozialfall als Rentnerin [...]. Und da frage ich mich halt auch, wie das sein kann.« Und weiter: »Mit meinem Einkommen ist ja so schon echt die Hölle mit dem Geld auszukommen, aber dann mal in Renten nachher fehlen mir noch 30 Prozent oder so.« Soziale Gemeinwohldemokrat*innen kamen ausgehend von derartigen Beobachtungen wiederholt auf pessimistische Ungleichheitsdeutungen zurück, die sie greifbar empörten. Bei Janna ist das anders, wenngleich dies nicht bedeutet, dass ihr entsprechende Sichtweisen fremd wären. Ausgehend von dieser eigenen Betroffenheit greift sie dementsprechend an späterer Stelle das Deutungsangebot positiv auf, das ich ihr im Gespräch mache, »Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher«. Sie schließt mit einer eigenen Niedergangdeutung an, in der es die sozialen Mittelschichten sind, die kleiner werden:

»Also ich würde mal behaupten, vor 30 Jahren waren in Deutschland die Menschen, also gleichgestellt kann man nicht sagen, aber da gab es noch diesen Mittelstand. Ich glaub, den gibt es mittlerweile auch nicht mehr so extrem. [...]. Reiche werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Zumindest ist es mein Empfinden. [...]. Ich glaube, dass wir in Deutschland irgendwann mal doch stolz sein konnten auf diesen Mittelstand. [...]. In Amerika zum Beispiel Arm und Reich, da hat man ja auch immer gesagt, die Leute mussten zwei, drei Jobs haben, um sich irgendwie über Wasser zu halten. Und in Deutschland war man stolz drauf, dass die Frau Zuhause bleiben konnte, und der Mann hat gearbeitet. Und da hat das Geld zum Leben gereicht. Wie sieht es denn heute aus?«

Und etwas später:

»Ja und ich glaube schon, dass wir in so eine Richtung gehen, wie es in Amerika ist, [...] hier habe ich viele Kollegen, die einen zweiten Job haben, ja, sei es, dass sie irgendwo hingehen Putzen oder in einem Büro Akten sortieren. [...]. Und schon da zeigt sich, dass sie zwei Jobs haben müssen, das erinnert mich so ein bisschen an amerikanische Verhältnisse.«

Anna, Krankenpflegerin

Ein weiteres Beispiel für die eher moderate Ungleichheitskritik, die für den Leistungsorientierten Sozialkonservatismus typisch ist, findet sich bei Anna (I 10), die als Fachkraft im Krankenhaus arbeitet. Sie hat an einem länger andauernden Arbeitskampf teilgenommen, zum Zeitpunkt unseres Interviews ist sie Anfang 40. Ungleichheit problematisiert sie durchaus, allerdings ohne grundsätzlich von sich aus zu verallgemeinern. Auch sie spricht eher von konkreten Problemen, die sie beobachtet, ohne diese in einen Zusammenhang zu bringen. Dabei würdigt sie auch soziale Errungenschaften in Deutschland, vor deren Hintergrund sie auf einzelne Probleme wie Rentenarmut oder Niedriglöhne eingeht. Ausdrücklich hebt sie in diesem Zusammenhang sozialstaatliche Leistungen hervor, ebenfalls die gegebene gute Gesundheitsversorgung. Dennoch besteht in Annas Erleben »[...] ein Ungleichgewicht zwischen denen, die viel Geld haben, und denen, die wenig Geld haben. Und die Spanne wird immer mehr und immer größer.« Und weiter heißt es:

»Es gibt Menschen mit sehr viel Geld und es gibt viele Menschen mit weniger Geld. Und da wo Geld ist, da wird das Geld bleiben. Und das sind eben die paar. Und das ist ja so ein Mechanismus, dass da, wo Geld ist, Geld hinkommt und da, wo kein Geld ist, auch keins hinkommt. Und ich glaube, das driftet noch weiter auseinander.«

Vor diesem Hintergrund unterscheidet auch Anna zwischen Oben, Mitte und Unten bzw. »den Armen, den Mittleren und den Reichen«. Einen direkten Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen sozialen Lagen, wie er typischerweise von Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen hergestellt wird, findet sich bei Anna ebenso wenig, wie eine zugespitzte Ungleichheitskritik formuliert wird.

Gesellschaftliches Problem: Rechtsruck

Eine Gemeinsamkeit, die sich zwischen den Deutungsmustern Soziale Gemeinwohldemokrat*innen, (Enttäuschte) Sozialliberale und Leistungsorientierte Sozialkonservative abzeichnet, ist die Sorge vor einem politischen Rechtsruck in Deutschland bzw. Befremden über Fremdenfeindlichkeit. Auch Albert beschäftigten beide Themen. Typisch für den Sozialen Konservatismus ist weniger die besondere Intensität, mit der sich Albert damit auseinandersetzt, wohl aber die Art der Sorge: es geht um die Bedrohung einer politischen Ordnung, die ein Mindestmaß an politischen Freiheiten und Rechten gewährt und in der Vergangenheit ebenfalls ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe ermöglicht hat – in Alberts Fall etwa versinnbildlicht anhand seiner beiden Kinder, die den sozialen Aufstieg durch Studium geschafft haben.

Wichtig ist: Wenngleich Albert, ausgehend von seiner ausgeprägten Leistungsorientierung, sich durchaus kritisch von Erwerbslosen, in seinen Augen nicht leistungsbereiten Kollegen und punktuell auch von Migrant*innen abgrenzt, die in seiner Wahrnehmung lediglich Sozialleistungen beziehen wollen (siehe unten), drückt er grundsätzlich einen Ethos der Gleichwürdigkeit der Menschen aus, er beurteilt sie nach ihrem konkreten Verhalten, unter anderem danach, ob sie gut arbeiten und sich im Betrieb als gute Kollegen zeigen, oder nicht. Eine Beurteilung aufgrund der Herkunft, wie sie etwa für das Muster Sozialrebellischer Nationalismus wichtig ist, findet sich im Gespräch mit Albert nicht.

Auch deshalb stört er sich am Rechtsradikalismus, den er auch in Teilen »seiner« Belegschaft wahrnimmt. Angesichts von Erfahrungen mit AfD-Wählern im eigenen Betrieb spricht Albert von seinem eigenen Antifaschismus, über seine Haltung gegenüber der extremen Rechten. Diese ist nicht zuletzt biografisch begründet. Sein Vater war Nationalsozialist, er selbst wurde in diesem Sinne erzogen:

»Ich habe ein Problem damit. Ich bin von einem Nazi großgezogen worden, ich weiß, wie das ist, wie mein Vater mich behandelt hat. [...] Mein Vater ist als junger Soldat mit verletzt worden. Also zweimal ist er verletzt worden. Und mein Opa ist im Krieg geblieben. Und [...] mein Vater war [...] bis zum Schluss, bis der gestorben ist, hat klipp und klar gesagt, von mir kriegst du kein Geld. Weil ich bin ja immer dagegen gewesen. Ich habe [...] kaum Kontakt zu ihm gehabt. [...] Und dann hat er gesagt, das kriegt alles die NPD, du kriegst keinen Cent. [...] Aber ich bin von einem Schläger [...], der jeden Tag geschlagen hat, großgezogen worden. Deswegen, ich hasse das, wenn ich das sehe.«

Die extreme Rechte bereitet ihm auch Sorge mit Blick auf die Stabilität der sozialen und politischen Ordnung in Deutschland. Jedenfalls geht er auf diesen Punkt von sich aus ein, als ich ihn danach fragte, ob er sich angesichts der wahrnehmbaren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen (während der Pandemie) eigentlich Zukunftsorgen mache. Nicht auf mögliche soziale Verschlechterungen für sich, seine Kollegen oder andere Beschäftigtengruppen kam er zu sprechen; vielmehr fürchtete er sich vor einem Erstarken der Rechten,

»[...] also ich sag mal so, dass die Wirtschaftskrise die rechte Bewegung nochmal so richtig stark macht. [...] Die rechte Bewegung hat zugenommen. Und das ist etwas, was mir Angst macht.«

Sorgen bereitet Albert dies, weil damit die politische Ordnung beeinträchtigt werden könnte, die er selbst wertschätzt. Diese Ordnung steht für ihn für »Gleichberechtigung für alle« – wozu auch die prinzipielle Gleichbehandlung von Menschen gehört, die aus dem Ausland kommen.

Manfred, Krankenpfleger

Eine Gefahr für die deutsche Demokratie sieht auch Manfred (I 25) in den Wahlerfolgen der AfD. Manfred, Mitte 50, arbeitet als Krankenpfleger, vorher war er als Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Im Gespräch legt er eine ausgeprägte Anti-AfD-Haltung an den Tag, für ihn sind es »nur Polemiker, die mit irgendwelchen Phrasen daherkommen, nur Stimmung machen im Land.« Gefährlich sei das insbesondere, weil seit der Entstehung der AfD die rechte Szene in Deutschland deutlich größer geworden ist. »Und das ist der Verfassung und dem Land, der Demokratie nicht zuträglich, und was der Demokratie nicht zuträglich ist, hat im Bundestag oder sonst wie irgendwo nichts zu suchen.« Letztlich, so heißt es später im Interview, »sind sie gegen unsere Verfassung, gegen unsere Demokratie und wer gegen unser Grundgesetz ist, hat verspielt bei mir.« Andere Parteien, die er kritische betrachtet, etwa die SPD und die LINKE, würdigt Manfred durchaus, an der AfD lässt er kein gutes Haar. »Ganz ehrlich, ich höre bei denen nicht zu, sobald einer von denen redet.« Und weiter

heißt es im Gespräch: »Also, ich sag mal, mit der AfD darf eine Partei, die sich mit unseren Grundrechten oder mit dem Wesen unseres Staates identifiziert, nicht zusammenarbeiten.« Die AfD betreibt in seinen Augen in erster Linie Hetze, natürlich zu allererst gegen Flüchtlinge.

Anna, Krankenpflegerin

Sorgen um die politische Entwicklung in Deutschland, macht sich auch Anna (I 10). »Der Rechtsruck macht mir einfach Angst!« Angesichts der Wahlerfolge der AfD sorgt sie sich davor, dass sich da wieder so ein Regime bildet und die es schaffen, alle in ihren Bann zu ziehen und trotten alle wie die Häschen hinterher.« »Ein Regime« steht für den historischen Faschismus, wie aus dem weiteren Gesprächsverlauf hervorgeht. In diesem Zusammenhang geht sie auch auf eigene Alltagserfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit, aber auch auf die Diskriminierung anderer Gruppen ein.

»Der Allein, wenn ich sehe wer alles AfD wählt oder ähnliche Parteien. Oder wie über die Flüchtlingspolitik gesprochen wird. Ich höre das auch hier in meinem Umfeld. So hinter vorgehaltener Hand. Wir sind ja nicht gegen Ausländer, aber. Ich höre immer nur aber. Das finde ich schwierig, wie generell mit Andersartigen umgegangen wird. Ich habe auch homosexuelle Freunde, was die immer noch erleben müssen. Und wo geht das wieder hin? Was wird einfach daraus? Wir hatten doch schon die schreckliche Zeit.«

Und später heißt es:

»Die AfD ist für mich eine rechtsradikale Partei. Und die fordern Dinge für Deutsche. Und damit kann ich nicht umgehen. Die Fremdenfeindlichkeit, die da gelebt wird, das Ausgrenzen verschiedenster Menschengruppen, das ist für mich rechtsradikal.«

Umweltschutz und Arbeitsplätze

Auch für Leistungsorientierte Sozialkonservative sind »Klimaschutzinteressen von unten« relevant, auch dies ist eine Parallele zum Sozialliberalismus und zum Muster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen. Albert wirft das Thema Klimaschutz ebenfalls von sich aus auf. Im Zusammenhang mit der Macht von Unternehmen, über die er im Laufe unseres Gespräches nachdenkt, spricht er von sich aus auch über das Thema Umweltschutz. Strengere Auflagen bzw. Maßnahmen, so Albert als Beispiel für konkrete Unternehmermacht, werden beispielsweise durch Autobauer bekämpft, indem sie auf mögliche Arbeitsplatzverluste verweisen – ein reales Problem auch für Albert, wenngleich er findet, dass Umwelt- und Klimaschutz durchaus richtig ist.

»Ich denke, dass das jetzt politisch und wirtschaftlich richtig in die Hand genommen werden muss. Aber das geht nicht nur in einem Land, sondern das muss weltweit passieren. Und dass Arbeitsplätze, die durch den Umweltschutz vernichtet werden, auf einer anderen Seite wieder andere entstehen.«.

Allerdings: Albert wendet sich aufgrund dieser Einschätzung nicht gegen die Unternehmen, der Umweltschutz darf gewissermaßen nicht dazu führen, dass Unternehmen nicht mehr ausreichende Gewinne machen. Die Wirtschaftlichkeit darf nicht bedroht werden. Diesen Gedanken vertieft er im Lauf des Gesprächs. Etwas später greift Albert

den Faden erneut auf und spricht wieder über den Umweltschutz. Auch hier, ähnlich wie im Sozialliberalismus, deutet sich eine ambivalente Haltung an – Natur wirksam schützen, die Zukunft der Wirtschaft aber nicht aufs Spiel setzen. Die Lösung liegt für Albert in der Innovation. Nun plädiert er für eine stärkere staatliche Förderung der Technologieentwicklung. So sollte es möglich werden Bodenschätze und Natur insgesamt zu schützen – für die spätere Generation, denn

»[...] jetzt wird alles immer zerstört und raubmässig alles ausgenutzt bis nichts mehr geht. Also die Natur wird dabei euch vernichtet und kaputtgemacht, ohne Rücksicht. Hauptsache, ich kann da Geld verdienen.«

Typisch für die Leistungsorientierten Sozialkonservativen ist ihre Offenheit für den Klimaschutz. Anders als im Muster Soziale Gemeinwohldemokratie fehlen hier aber stärkere Unternehmenskritiken. Leistungsorientierte Sozialkonservative wünschen sich eine Art pragmatischen Klimaschutz, der wirksam sein, aber möglichst auch ›die Wirtschaft‹ nicht schädigen soll. Die Einschätzung, wie gut und auf welchen Wegen das zu erreichen ist, gehen hingegen unter Sozialkonservativen auseinander.

Antonia, Krankenpflegerin

Auch Antonia (l 14) steht Umwelt- und Klimaschutz offen gegenüber. Antonia ist zum Zeitpunkt unseres Gespräches etwa Mitte 50, ist als Pflegerin in einem Universitätsklinikum beschäftigt und hat sich an einem Streik für bessere Personalbemessung beteiligt. Das Thema Umwelt- und Klimaschutz hat für sie durchaus einen wichtigen Stellenwert:

»Wir müssen auf unsere Erde achten. Verbrennungsmotoren abschaffen, ja, E-Auto halte ich dann wieder für fragwürdig, man muss ja auch gucken, wo kommen die Baumaterialien her, was wird da drin verbaut, wie giftig sind die Sachen? Auf jeden Fall müssen wir auf unsere Erde aufpassen, wir haben schon viel zu lange geschlafen. Alleine die Vermüllung der Meere, ich sehe das jeden Tag im Wald, ich bin jede Woche im Wald. Wenn ich sehe wie vermüllt das ist, wie lange eine Zigarettenskippe draußen verwittert. Es ist schlimm, wie wir mit unserer Erde umgehen. Und wir sind von ihr abhängig.«

Und etwas später heißt es:

»Im Kern müssen wir was für unsere Erde tun, weil wir sind von ihr abhängig. Es muss sich dringend in diesem Punkt, da haben wir im Denken schon viel zu lange gewartet für unsere Erde zu denken. Die Erde wird ausgebeutet, unser Planet. Definitiv. Und das muss aufhören.«

Dass die Naturausbeutung ein Problem ist, ist für Antonia klar. Es zeichnet sich im Interview allerdings keine hohe Dringlichkeit ab, eher nüchtern geht sie damit um – ohne die ökologische Herausforderung aber zu relativieren. Skepsis gegenüber rasanten Umbrüchen und Verbesserungen zeigt sich.

»Und klar, wir beuten die Erde aus, darüber müssen wir gar nicht diskutieren. Es ist leider so. Ob man vieles verändern kann sofort, das weiß ich nicht. Wenn, dann sind es langwierige Prozesse. Aber es wird Zeit. Das Klima verändert sich, die Eisberge schmelzen. Wir haben hier im Harz keinen Schnee mehr, so gut wie gar nicht mehr. Also wenn man es realistisch beobachtet, sieht man es.«

Eine anti-kapitalistische Wendung findet sich auch Antonia nicht, vielmehr betont sie das

Dilemma, dass ökologischeres Wirtschaften auch zu einem Schrumpfen des Bruttosozialproduktes und einer Bedrohung von Arbeitsplätzen führen könnte. Hier ähneln ihre Überlegungen denen der sozialliberalen Industriebeschäftigten bzw. denen Alberts, obwohl sie selbst nicht direkt vom fossil-industriellen Kernkomplex des deutschen Kapitalismus abhängig ist. Zwar weiß sie nicht wie es zu erreichen wäre, plädiert aber für ein Gleichgewicht zwischen »wie können wir eine Verbesserung für die Erde herbeiführen und trotzdem weiter die Wirtschaft am Laufen halten«, also zwischen Umwelt- und Klimaschutz auf der einen, Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite.

Manfred, Krankenpfleger

Eine pragmatische Klimaschutzpolitik befürwortet auch Manfred (I 25), dem Umweltschutz allerdings ein deutlich wichtigeres Anliegen ist als Antonia und Albert. Entscheiden für seine Haltung ist der Menschheits- und Generationenbezug. Er möchte eine lebenswerte Erde hinterlassen, »[...] wir können nicht nur rausziehen, nehmen mit allem Drumm und Dran, die ganze Massentierhaltung, Schweinehaltung und auch die Waldbewirtschaftung [...]«. Manfred ist Großvater, seine Bemerkungen haben einen unmittelbaren familiären Bezug. Aus dieser Perspektive kritisiert er auch das Umschwenken auf E-Mobilität, der »ökologische Nutzen eines E-Autos ist jenseits von Gut und Böse«, insbesondere aufgrund der CO₂-Freisetzung bei der Herstellung der benötigten Bauteile, oder der nötigen Rodung von Wäldern »Allein um den Stoff für die Batterien zu gewinnen werden eine Million Liter Trinkwasser pro Tag vernichtet.« Manchmal werden solche Kritiken an Elektroautos von Akteuren ins Feld geführt, die die bisherige Art der Automobilproduktion verteidigen und die Relevanz des Klimawandels relativieren wollen. Nicht so Manfred. Als ich ihn nach seiner Meinung zu Fridays for Future frage, reagiert er zustimmend.

»Die haben tatsächlich Recht. Die Argumentation ist manchmal ein bisschen schlecht, aber letztlich ist alles durch Wissenschaft schon belegt. [...] Allein wenn man Berichte über die Entwicklung der Eiskappen der Erde hört, da kann man es mit der Angst kriegen. Und da muss ganz einfach was getan werden.«

Was gemacht werden sollte, hält Manfred für prinzipiell pragmatisch umsetzbar – durch Aufforstungsprogramm, die Umstellung der Fleischerzeugung, in der Wirtschaft insgesamt durch technologische Lösungen, deren Einsatz neue Jobs schaffen können. Auch Manfred setzt insofern auf Innovationen.

»Es gibt doch für alles eine technische Möglichkeit. Dann habe ich doch wieder andere Sparten, die sich öffnen, und das gibt doch auch wieder Jobs. Auch diese ganze Technisierung, Computer. Sicher, es fallen vielleicht irgendwelche Jobs weg, werden überflüssig, aber es tun sich doch auch immer neue Möglichkeiten auf, neue Jobs. Das ist ja ein Wandel ständig, der stattfindet im Leben. Dafür muss man einfach offen sein.«

Kurz: Der nötige Umwelt- und Klimaschutz sind gestaltbar, wirtschaftliche Probleme oder soziale Folgelasten drohen in Manfreds Augen nicht zu entstehen – ein problematisches Verhältnis zwischen der bestehenden Wirtschaftsordnung bzw. dem Einfluss von Unternehmen und Klima- und Umweltschutzpolitik sieht er hingegen nicht. Das bedeutet aber auch: In Manfreds Augen existiert der Widerspruch zwischen Arbeitsplatzsicherung und einer Priorität der Umweltschonung (PAQ1987, 173) nicht. Beschäftigungssicherung durch eine funktionierende Wirtschaft ist ihm, wie aus dem Zusammenhang seiner Überlegun-

gen hervorgeht, durchaus wichtig, allerdings eher aktiv-zukunfts zugewandt im Sinne der Schaffung neuer Jobs, als im Sinne der Sicherung bestehender.

Moderate Kritik an Parteien und Politiker*innen

In der bisherigen Deutungsmusteranalyse wurden zum Teil scharfe Kritiken von Politiker*innen und Parteien deutlich, etwa in den Mustern Sozialrebellischer Nationalismus und Soziale Gemeinwohldemokratie. Eine Autor*innengruppe um den Darmstädter Soziologen Ulrich Brinkmann ist bei gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter*innen sogar auf einen »politischen Entwurzelungsprozess« (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 104) gestoßen. Für Leistungsorientierte Sozialkonservative gilt dies nicht. Zwar äußert sich auch Albert kritisch über Akteur*innen des politischen Feldes, Spuren einer Entwurzelung, einer populistischen oder populär-demokratischen Kritik sucht man allerdings vergebens. Sein Blick auf das politische Feld ist deutlich ausgleichend, wenngleich nicht unkritisch.

Insgesamt ist die Gleichbehandlung von Menschen für Albert ein wichtiger Bezugspunkt, etwa wenn es um die faire Behandlung von Kollegen im Betrieb geht. Gerade dieser Wunsch und Anspruch auf Gleichbehandlung machen ihn zu einem Anhänger der politischen Mitte. Dabei positioniert er sich gegenüber den Polen des deutschen Parteiensektrums. Eine zu linke und eine zu rechte Politik sei nicht in der Lage, so das Argument, die Menschen gleich zu behandeln, »[...] zu weit nach links, zu weit nach rechts, da kommt die Gleichbehandlung ins Schwanken.« Albert neigt zur SPD, weniger zur LINKEN, die ihm aufgrund ihrer sozial- und steuerpolitischen Forderungen zu radikal ist. Er begründet seine Nähe zur Sozialdemokratie, indem er seine Lage als Arbeitnehmer erläutert:

»Ich bin Arbeitnehmer. Ich bin keiner, der irgendwie vermögend ist oder so. Ich bin Arbeitnehmer, deswegen ist für mich die Partei die SPD, weniger die LINKE. Oder die SPD mit der LINKEN zusammen und dann irgendwas Passendes machen. [...]. Für die kleinen Leute. Ich bin Arbeitnehmer, deswegen ist mir das wichtig.«

An der LINKEN stören ihn die zu extremen sozialpolitischen Vorschläge. Im Kern geht es um ihr Versprechen, auch Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, die sich nicht Arbeit und Mühsal auferlegen. Er selbst will nicht mehr Steuern zahlen, damit anderen Menschen mehr Wohngeld finanziert werden kann, so seine Zuspitzung. Insofern zeichnet sich hier eine begründete, aber begrenzte Solidaritäts- und Sozialstaatsorientierung ab.

Da er weitestgehend zufrieden mit der Gesellschaft ist, fehlen auch Schuldzuschreibungen an Parteien oder Politiker*innen, die sich zu einer grundsätzlicheren Kritik verdichten könnten. Prinzipiell ist er – anders als etwa Gesprächspartner*innen, die die Deutungsmuster Exklusiver Sozialpopulismus (siehe unten) oder Sozialrebellischer Nationalismus artikulieren – der Meinung, Politiker*innen würden sich darum bemühen, die Anliegen und Interessen des Wahlvolkes angemessen zu vertreten. Von einem Wir-Die-

Gegensatz, bei dem die politischen Eliten zu den Anderen gehören, kann nicht die Rede sein.

Seine wohlwollende Haltung Parteien bzw. Politiker*innen gegenüber basiert allerdings nicht auf der Idee, alle Anliegen bzw. alle Interessen innerhalb einer Gesellschaft hätten dieselbe Chance, durch Regierungen berücksichtigt zu werden. Im Gegenteil, er meint »[...] die Arbeitgeber haben schon immer die Politik gemacht.« Drohungen mit der Verlagerung von Betriebsstätten ins Ausland gehören zu Repertoire der Erpressung, auf das Unternehmen zurückgreifen, um sich durchzusetzen. Die Wirtschaft, so Albert zusammenfassend, kämpft für ihre eigenen Interessen, »die« Politik »[...] versucht dem Volk (hingegen) vom Kuchen auch mal was zu geben.«. Regierungen, so die positive Sichtweise, mögen unter Druck gesetzt werden – aber bemühen sich, den einfachen Arbeitnehmern auch ihr Recht zukommen zu lassen.

Typisch Leistungsorientierte Sozialkonservative ist eine durchaus nüchtern-kritische Sicht auf das politische Feld. Die liberal-demokratische Haltung mündet in einer noch deutlicheren Wertschätzung dessen, was als demokratische Ordnung wahrgenommen wird, als im Sozialliberalismus – gerade vor dem Hintergrund der positiveren Beurteilung der Gesellschaft.

Manfred, Krankenpfleger

Eine politische Orientierung, die der Alberts ähnelt, findet sich auch bei Manfred (I 25), dem bereits zitierten Krankenpfleger. Er identifiziert sich mit »unserer Demokratie«, wie er insbesondere in seiner oben bereits zitierten scharfen Abgrenzung von der AfD deutlich macht. Von einem politischen Repräsentationsbruch kann nicht die Rede sein. Er sieht sich auch durchaus politisch von Parteien vertreten. Allerdings neigt er, anders als Albert, nicht zur Sozialdemokratie. Während er die SPD und die LINKE für gewissermaßen wirtschaftlich verschwenderisch hält, neigt er mittlerweile zu CDU und Grünen. Mit Blick auf die LINKE heißt es etwa: »Die LINKEN sind sehr sozial, die wollen also alles für die Leute, die schlecht dastehen. Aber ohne Vorschläge zu haben, woher das Geld kommen soll.«

Und etwas früher heißt es: »Es muss auch irgendwo finanzierbar bleiben. Du kannst nicht wahllos das Geld rausschmeißen.« Zu den Christdemokraten neigt er, weil sie für Wirtschaftlichkeit stehen, zu den Grünen, weil sie sozial und ökologisch sind – die »mittlerweile echt gesellschaftsfähig geworden sind, und auch führungsfähig.« Wenngleich er zu anderen Parteien neigt, teilt er mit Albert den Wunsch nach einer Wirtschaft, die funktioniert und gleichzeitig sozial ausgewogen ist, und die Orientierung an eher respektabler und ausgeglichener Politik. Wenngleich sich Manfred politisch also durchaus vertreten sieht, kritisiert auch er den politischen Einfluss der Wirtschaft. Diese »hat hier zu viel Macht und beeinflusst das System ganz einfach zu doll.« Zugespitzt heißt es auch »die Politik wird von der Wirtschaft gesteuert.« Sie schafft auch Probleme. Zwar habe Deutschland einen guten Sozialstaat, aber

»es kann nicht vernünftig funktionieren, wenn die Wirtschaft ständig Stöcke in die Arena schmeißt, weil wirtschaftliche Interessen da ganz einfach höhergestellt werden und die Wirtschaftsmächtigen nicht genug beaufsichtigt und gemäßregelt werden.«

Vor diesem Hintergrund nimmt Manfred eine etwas kritisch-distanziertere Haltung zu Politiker*innen ein als Albert, aber ebenfalls keine populistisch-antagonistische. Leitend für

Politiker*innen sei weniger das Wohl der Wähler*innen bzw. des Volkes, sondern persönliche und wirtschaftliche Interessen. Später im Gespräch führt er aus, früher habe es dagegen gradlinige politische Persönlichkeiten gegeben – Strauß, Schmidt, Brandt –, heute müsse man die große Nähe zwischen Wirtschaft und Politik beklagen. »Was hat ein Ministerpräsident denn im Vorstand einer Firma zu suchen. Oder was soll das mit den Beraterverträgen und sowas alles?« Zwei Problembestimmungen verbinden sich: Zum einen die Diagnose einer Verflechtung von Politik und Wirtschaft, eines zu großen Einflusses von »Wirtschaftsmächtigen«; zum anderen die Wahrnehmung, es fehle an glaubwürdigen, kompetenten und auch ehrlichen Politiker*innen. Finden sich diese Kritiken des großen Geldes auch in den Deutungsmustern des Sozialrebellischen Nationalisten Karl und der Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, haben sie hier doch eine andere Bedeutung. Sie bleiben eingebettet in eine wohlwollende Haltung gegenüber dem Gros der Parteien.

Sandra, Krankenpflegerin in Ausbildung

Sandra (l 27) ist bereits Mitte 30, beendet nach einem Neueinstieg ins Berufsleben aber gerade ihre Ausbildung. Gewerkschaftlich aktiv geworden ist sie im Rahmen eines Streiks, in dem es u.a. um die Abwehr von verschiedenen Verschlechterungen im Privatkrankenhaus ging, in dem sie arbeitet. Wo es im Gespräch, das ich mit ihr führen durfte, um Politik ging, signalisiert sie eine gewisse Unsicherheit, bemerkt gelegentlich, dass sie sich über bestimmte Fragen noch nie Gedanken gemacht hat. Eine scharfe Kritik an Parteien und Politiker*innen formuliert sie nicht, sie ist SPD-Wählerin, begründet das vor allem damit, dass sie die Akteure vor Ort bereits lange kennt, weist auf Gewohnheit hin. Unzufrieden ist aber auch Sandra. Etwa über die Geringschätzung, mit der die Regierung bzw. »die« Politiker mit Berufsgruppen wie Einzelhandelsbeschäftigten während der Coronapandemie umgegangen sind. Als ich sie frage, wie sie sich diese Geringschätzung erklärt, weist sie auf Ignoranz hin. Als ich sie etwas später frage, ob sie glaubt, Politiker*innen würden sich für die Belange der Bevölkerung einsetzen, antwortet sie:

»Nein, dienen tun sie dem Volk nicht. Weil sie halt das durchsetzen, was sie möchten, und nicht, was das Volk möchte. Also wenn sie dem Volk dienen würden, dann würden sie ja auch das machen, was das Volk fordert oder wir als Pflegende zum Beispiel fordern.«

Eine »heiße« Kritik an Parteien und Politiker*innen folgt daraus aber nicht, vielmehr verweist Sandra im weiteren Verlauf des Gesprächs eher auf ein bisheriges Desinteresse an Politik. »Ich habe mir vor unserem Arbeitskampf auch über die einzelnen Parteien nie so die Gedanken gemacht.« Darin drückt sich aber keine Distanz oder gar ein Gefühl mangelnder Repräsentation aus, eher eine Art leidenschaftslose Gewohnheit. »Ich habe eigentlich schon immer SPD gewählt, aber muss ganz ehrlich sagen, halt, weil ich da noch Leute aus der Schulzeit kenne.«

Abgrenzungen gegenüber imaginierten Leistungsunwilligen

Ein markanter Unterschied zwischen Sozialliberalismus und Sozialkonservatismus besteht in den deutlichen Abgrenzungen, die Leistungsorientierte Sozialkonservative gegenüber imaginierten Erwerbslosen und/oder Migrant*innen ziehen. So auch Albert. Er formuliert hohe Leistungsansprüche an seine Kollegen, denkt in unserem Gespräch aber auch (kritisch) über Erwerbslose und Menschen nach, die seines Erachtens nicht

so hart arbeiten oder arbeiten wollen wie er selbst. Von Erwerbslosen erwartet er Leistungsbereitschaft, wenn sie schon staatliche Unterstützung erhalten (siehe unten).

Wie ich oben dargelegt habe: An verschiedenen Stellen des Gesprächs grenzt sich Albert von Rechtsextremen ab, er signalisiert auch Einwanderung offen gegenüber zu stehen. Das hat zwei Gründe. Erstens ist er selbst als »Auslandsdeutscher«, wie er sagt, aus Polen nach Deutschland gekommen. Zweitens geht er davon aus, dass die Menschen in der Bundesrepublik zu wenig Kinder bekommen und deshalb auf die Immigration angewiesen sind. In seinen konkreten Äußerungen zu Einwander*innen zeichnen sich gleichwohl negative Bewertungen ab. »Und was dann eigentlich das größte Problem bei der Einwanderung ist, da kommen immer Leute noch mit, die das System ausnutzen wollen.« Albert fürchtet die Einwanderung in die sozialstaatlichen Systeme. Ausführlich geht er aber von sich aus allein auf das Problem einer drohenden kulturellen Abschottung ein, das er zu sehen scheint. Er reibt sich also an einem so wahrgenommenen mangelnden kulturellen und politischen Integrationswillen. Ausdrücklich bezieht er sich dabei auf Menschen, die der islamischen Religionsgemeinschaft angehören, die er dann mit »den Türken« in Verbindung bringt. Durch Einwanderung werde »die islamische Welt« immer größer, diese aber bliebe »unter sich«, schotte sich ab. Aus eigener Erfahrung (als Kind einer deutschen Familie in Polen) kennt er diese Einigelung, wie er ausführt. Austausch mit polnischen Kindern habe es in seiner Kindheit wenig gegeben. Er schlussfolgert:

»So machen die Türken das auch, die haben die gleiche Mentalität: ›Du gehörst hier nicht her, du bist hier nur geboren, du sollst hier nur arbeiten, die Türkei ist aber deine Heimat. [...] Der Glaube ist schuld.«

Im Vergleich zum Sozialrebellischen Nationalisten Karl stört ihn nicht so sehr, dass zu viele Einwander*innen »ins Haus« kommen, sondern dass sie sich in die Hausgemeinschaft nicht richtig einfügen. Im Sozialkonservatismus zeigen sich migrations-skeptische oder gar -ablehnende Einstellungen, auf die auch in der jüngeren Forschung zum politischen Bewusstsein von Gewerkschaftsmitgliedern hingewiesen wurde. In einer kleinen Fragebogenbefragung, an der etwa 240 Gewerkschafter*innen in Bildungszentren teilnahmen, meinten z.B. rund 30 Prozent der Befragten, es sei nicht gut, dass Deutschland in den Vorjahren so viele Geflüchtete aufgenommen habe. Dass der Staat »konsequenter abschieben« sollte, fanden fast 60 Prozent. Den Eindruck, der deutsche Staat würde sich mehr um Geflüchtete als um »hilfsbedürftige« Deutsche kümmern, teilten etwa 45 Prozent der befragten Gewerkschafter*innen.« (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 119). Derartige »Abschiebeforderungen« wurden von den Beschäftigten, die das Deutungsmuster Leistungsorientierter Sozialkonservatismus artikuliert haben, nicht erhoben. Typisch für Sozialkonservative sind gleichwohl kritische Blicke auf Einwanderung und Grenzziehungen gegenüber Migrant*innen, die zum Teil kulturell, zum Teil sozial begründet werden.

Janna, Handelsbeschäftigte

Ein Beispiel für eine deutliche identitäre Grenzziehung gegenüber Migrant*innen findet sich im Gespräch, das ich mit der Handelsbeschäftigten Janna geführt habe (I 17). Wie sich oben dargelegt habe blickt Janna durchaus auch moderat-kritisch auf die soziale Entwicklung in Deutschland. Besonders unzufrieden ist Janna aber mit der deutschen Migrationspolitik. Der Grund: Geflüchtete werden besser behandelt als bereits hier lebende Deutsche, »[...] ich habe in unserem Land mittlerweile das Gefühl, dass jeder bessergestellt wird wie unsere eigenen Bürger.« Im eigenen Land, so Janna weiter, gibt es Armut, während Zugewanderte bzw. Geflüchtete mehr besitzen als »[...] manche, die hier groß geworden sind, das finde ich einfach erschreckend mit anzuschauen, diese Ungerechtigkeit, die hier herrscht.« Anders als Karl, der Sozialrebellische Nationalist, entspinnt sich hier aber keine nationalidentitäre Opfer-, sondern eine soziale Benachteiligungsgeschichte, wie sie u.a. Klaus Dörre auch für rechtsaffine Arbeitergeschichten ausgewiesen hat. Im Kampf um Statuserhalt, möglicherweise unter Wettbewerbsdruck, fühlen sich die entsprechenden Beschäftigten benachteiligt – möglicherweise gegenüber einem Oben, gewiss aber gegenüber Migrant*innen (Dörre 2020, 17f.) Erklärend fügt Janna hinzu:

»Ich rede von der Flüchtlingssituation, die wir in unserem Land haben. Ich habe neben mir auch so ein Haus mit Flüchtlingen. Ich will mich nicht über mein Leben beschweren, also es geht mir mit Sicherheit gut, aber ich kenne leider viele Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die von Hartz-Viert leben. [...] Und wenn ich dann den Blick nebendran schaue, da werden große Autos gefahren, die haben in unserem Land noch nie was gearbeitet, aber sie können große Autos fahren, haben fünf, sechs Kinder [...]. Und dann sehe ich auf der anderen Seite Familien, die von einem Minimum leben müssen, die mit zwei, drei Personen mit 300 Euro im Monat auskommen müssen. [...]. Und eben da dann die anderen Familien, die hier noch nie was geleistet haben.«

Soziale Ungerechtigkeit thematisiert Janna zunächst in erster Linie entlang der Spaltungslinie Innen-Außen, nicht Oben vs. Unten, wie dies etwa im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie der Fall ist. Allerdings beruhen ihre Überlegungen, hier ähnelt ihre Argumentationslogik der des Nationalisten Karl, auf einer impliziten »Ideologie der Ungleichheit« (Meier 2010, 13): Können Geflüchtete so gut leben wie »Einheimische«, dann kommt dies einer Bevorteilung gleich. Ihre Kritik mündet im Plädoyer, »[...] die eigenen Leute, das eigene Volk, die hier auch gearbeitet haben, die hier aufgewachsen sind, dass man die auch ein bisschen besserstellen würde.« Auch eigene Unsicherheits- und Bedrohungsgefühle spielen eine Rolle, wie sie anhand ihrer Gefühle gegenüber ausländischen Männern zum Ausdruck bringt. Allerdings sind es keine sozialen Bedrohungsgefühle, wie aus dem Gesamtgespräch hervorgeht.

»Also wenn ich durch die Stadt laufe abends im Dunklen [...], kriege ich es mit der Angst zu tun, weil du wirst als Frau alleine halt auch ganz schnell angemacht [...]. Es macht mir einfach Angst, weil was machen da die vielen Männer, die uns Frauen anbaggern.«

In dieser Hinsicht ähnelt Jannas Kritik teilweise denen, die für den »Sozialrebellischen Nationalismus« typisch sind. Allerdings: Janna wendet sich nicht grundsätzlich gegen Geflüchtete, »[...] natürlich ist es ganz wichtig, dass wir auch Flüchtlinge aufnehmen.« Das ist keine pflichtschuldige, sozial erwünschte Rhetorik. Eine zugespitzte Ablehnung von Geflüchteten findet sich bei ihr nicht. Die Flüchtlingspolitik der AfD, so Janna an späterer Stel-

le unseres Gesprächs, lehnt sie etwa ab, weil sie ihr zu radikal ist.

»Ich mag auch ihre Flüchtlingspolitik überhaupt gar nicht. Also finde ich überhaupt nicht gut. Die sind mir zu radikal [...]. Ich sage ja nicht, dass ich überhaupt keine Flüchtlinge im Land haben will, um Gottes Willen nicht. Ja, nur man sollte vielleicht ein bisschen konkreter drauf achten, wen holt man sich ins Land. [...]. Aber die AfD, die Ansicht, die kann ich überhaupt nicht vertreten, überhaupt gar nicht.«

Antonia, Krankenpflegerin

Auch die Krankenpflegerin Antonia (I 14) blickt kritisch auf Migration, wenngleich auch dies nicht in grundsätzliche Ablehnung von Einwanderung oder gar in Fremdenfeindlichkeit mündet. Eine begrenzte Aufnahme von Menschen aus anderen Ländern ist möglich. Aber auch Antonia hierarchisiert bzw. priorisiert. Entscheidend sei, dass zuerst die bereits hier lebenden Deutschen ein angemessenes Leben führen können:

»Flüchtlingszahlen sollte man begrenzen. Ich weiß, wie schwer das ist. Ich möchte auch die Entscheidungen nicht treffen, also wer rein darf und wer nicht rein darf. Ich habe das immer ein bisschen damit verglichen, dass ich ein Haus habe, und eine Familie und ein bestimmtes Budget. Und bevor ich andere in meinen Haushalt reinlasse, muss ich erstmal darauf schauen, dass meine eigenen Familienmitglieder Nahrung haben, Obdach haben und so weiter. Dass die eine gute Ausbildung bekommen, dass sie in Arbeit kommen, um dann später ihr Leben selbst zu gestalten. Und das Budget gibt mir dann auch vor, welche Möglichkeiten habe ich, andere Leute daran teilhaben zu lassen. Wie viele kann ich noch zu mir holen, denen ich das noch bieten kann. Die brauchen Kleidung, die brauchen eine Unterbringung, die brauchen eine Ausbildung, die brauchen Geld.«

Migration bringt sie so einerseits in den Zusammenhang mit Überlastung und sozialer Belastung, positive Urteile über Migration, wie sie bei anderen Gesprächspartner*innen vorkommen (auch bei Sozialkonservativen wie Anna), fehlen dagegen. Andererseits bemüht Antonia gelegentlich die Sozialfigur des »arbeitslosen Ausländers«. So fragt sie etwa »Und wie viele haben wir in diesem Land, auch sicherlich Deutsche, die gar kein Interesse haben zu arbeiten?« Und im späteren Verlauf des Gesprächs kommt sie auf Beispiele von Migrant*innen zurück, die trotz bereits langen Aufenthaltes in Deutschland keiner Erwerbsarbeit nachgehen.

Antonia blickt aber nicht nur aus sozialökonomischen Gründen kritisch auf Migrant*innen, sie spricht auch über Respektlosigkeiten, die sie erlebt hat. Hier ähnelt das Gespräch dem, das ich mit Janna geführt habe:

»Aber man muss die Menschen auch in ihrem eigenen Land respektieren. Auch hier vor Ort fällt mir das auf. Da kommen vier Personen mit Migrationshintergrund nebeneinander her, erstens halten sie keinen Abstand und bei vier nebeneinander Hergehenden, kann ich auch keinen Abstand mehr einhalten. Und dann muss ich als Einheimische, als ältere Person, im Gegensatz zu ihnen, auf die Straße gehen Das hat auch was mit Respekt, Charakter und Erziehung zu tun. Und das fehlt mir ganz oft. Man möchte doch als Mensch einfach respektiert und wahrgenommen werden.«

Respektlosigkeit trifft sie allerdings nicht nur als »Bürgerin an sich«, sondern auch als Frau, die nicht gleichwertig behandelt wird – von Migranten:

»Oder dass ich mich im Krankenhaus auf Arbeit bedrohen und beschimpfen lassen. Das passiert auch durch Deutsche, aber schon häufiger auch von Leuten mit Migrationshintergrund. Das sehe ich aber auch am IQ gekoppelt sehe. Leute, die ein bisschen Verstand haben, dann sind die eben auch verständiger. Wenn die keinen IQ haben, dann eben nicht. Und es ist eben auch häufig ein Problem von mir und meinen Kolleginnen, das wir von Männern aus islamischen Ländern überhaupt nicht respektiert werden. Wir werden nicht wahrgenommen. Da kommt Papa Mohamed in die Notaufnahme, guckt mich an, und schreit buchstäblich ›Wo ist Chef?‹ Keine Begrüßung, keine Höflichkeit, nichts, ich werde angeschrien. Er will nicht so behandelt werden. Und ich auch nicht.«

Strafende Arbeitsmarktpolitik

Typisch für Leistungsorientierte Sozialkonservative ist, dass sie ihre Leistungsbereitschaft angemessen gewürdigt sehen wollen. Die Leistungsorientierung geht einher mit einem Ethos der Selbständigkeit – durch Arbeit unabhängig sein, ein respektables Leben führen können. Die Ansprüche an den Sozialstaat sind vor diesem Hintergrund eher moderat, auch im Vergleich zum (Enttäuschten) Sozialliberalismus. Aber typisch sozialkonservativ sind in diesem Zusammenhang auch Plädoyers für eine strafend-aktive Sozialpolitik Erwerbslosen gegenüber bzw. Deutungen, die dies logisch folgern lassen.

Das zeigt sich auch bei Albert, der eher bescheidene Ansprüche an den Sozialstaat hat. Der Staat, so erklärt er, als ich ihn danach frage, was in seinen Augen die wichtigsten Aufgaben des Staates sind, soll dafür sorgen, dass das Volk zufrieden ist. Besonders wichtig ist deshalb »das Geld«, also – das geht aus dem Gesamtzusammenhang unseres Gespräches deutlich hervor – die Löhne und Einkommen, die hoch genug sein müssen. Auf die konkretisierende Nachfrage, was der Sozialstaat leisten sollte, nennt er insbesondere die Renten, genauer die Absenkung des Renteneintrittsalters für Beschäftigten Gruppen, die schwer körperlich arbeiten mussten, auf 63 oder 64 Jahre.

Von großer Bedeutung ist für Albert, dass der Sozialstaat mehr Geld für Bildung ausgeben sollte. Auch hier drückt sich sein Ethos der Selbständigkeit aus. »Jeder junge Mensch muss sich irgendwie entwickeln. Das heißt, die Schule ist wichtig, der Beruf, die Lehre, all das gehört dazu.«. Das ist allerdings nicht nur für den Einzelnen und dessen Chancen, einen guten Beruf zu bekommen, sondern auch für die Zukunft des ganzen Landes wichtig, denn »die Jugend ist unser Fundament.«

Bemerkenswert sind Alberts Überlegungen zur Arbeitslosenversicherung, in denen sich nicht nur ein negatives Bild von Erwerbslosen und sozial benachteiligten Familien abzeichnet; sie legitimieren auch aktivierende und strafende Formen der Arbeitsmarktpolitik, wie sie im Zuge der Neoliberalisierung des deutschen Wohlfahrtsstaates eingeführt wurden (siehe Kap. 3.2). Um seine Meinung zum Hartz-4-System darzulegen, wählt Albert Beispiele von Bezieher*innen, die mit der staatlichen Transferzahlung auf eine Art und Weise umgehen, die er missbilligt. Diese werden implizit für ihn zu Repräsentant*innen »der« ALG-II-Bezieher*innen – eine Deutung, die sich stark von den Sichtweisen unterscheidet, die sich bei Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen aber durchaus auch bei Sozialliberalen finden.

»Aber es gibt viele Hartz-4-Empfänger, sogar sehr viele, wo das Geld genommen wird für andere Sachen, die das Familienleben zerstören. Wenn die noch mehr Geld bekommen, dann kaufen die noch mehr. Dann werden die Kinder noch mehr vernachlässigt.«

Ausgehend von dieser Schilderung entwickelt Albert eigene Vorstellungen, wie Lösungen aussehen könnten. Arbeitszwang spielt dabei eine wichtige Rolle, weil Arbeit erzieherisch wirkt. Wer nicht lohnarbeitet, entwickelt Gewohnheiten, die für ein reibungsloses Funktionieren in der Erwerbswelt schädlich sind:

»Man muss, das ist klar, Arbeitsplätze schaffen, wo die Menschen auch mal gezwungen werden irgendwas zu tun. Weil wenn die zu lange nur Geld bekommen, dann entwickeln sie sich in eine ganz andere Richtung. Wir haben hier auch Leute gehabt, die lange Hartz-4 bezogen haben. Die Leute haben nach zwei, drei Monaten aufgegeben. [...] Das ist meine Ansicht. Also um den Menschen zu helfen.«

Als positives Beispiel für eine diesbezüglich hilfreiche staatliche Sozialpolitik verweist Albert auf Regeln im realsozialistischen Polen. In seiner Erinnerung wurden Menschen, die in Kneipen angetroffen wurden, kontrolliert, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgingen. Wer nicht arbeitete, so Albert, durfte auch nicht feiern. Die diktatorische Staatsform lehnt Albert ab – »[...] aber im Grunde genommen hat das vielen geholfen. Wenn man nicht für die eigenen Kinder gezahlt hat, ist man eingesperrt worden. Man musste Arbeiten gehen.«

Antonia, Krankenschwester

Kritisch blickt auch Antonia (I 14) auf Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II. Sie plädiert für eine bedingungsgebundene Unterstützung für Erwerbslose. Wenngleich sie im Gesprächsverlauf die Drohung mit Sanktionen problematisiert. Demnach schwebt ihr eine Art Arbeitszwang vor. »Wie viele Deutsche sind das, die wirklich arbeiten wollen?« Ihre Grundüberzeugung: Nur wer arbeitet, sollte auch staatliche Unterstützung bekommen: »Einerseits finde ich es schlecht, wenn man mit Sanktionen droht. Andererseits, das ist ein Spruch aus der Bibel, »wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!« Als ich muss auch was dafür tun, wenn ich Sozialleistungen vom Staat bekommen. Da erwarte ich, dass derjenige auch eine Gegenleistung dafür erbringt, indem er nämlich arbeitet. Und nur aus wichtigen Gründen, »mir tut dies weh oder mir tut das weh«, das würde bei mir nicht ausreichen, um zu sagen, »gut, bist du halt heute krank, kannst Du keiner Arbeit nachgehen.« Es sind immer noch viel zu wenige, die in Arbeit kommen und die Hartz Vier bekommen. Es gibt sicherlich auch welche, die arbeiten wollen, ich kenn solche Leute auch, eine Freundin von mir zum Beispiel.«

Für Antonia ist es die Regel, dass Erwerbslose nicht arbeiten wollen – »es gibt sicher auch welche, die arbeiten wollen« –, deshalb muss man sie drängen. Ihre Deutung unterscheidet sich damit radikal von der beispielsweise für Soziale Gemeinwohldemokrat*innen typischen Sichtweise, dass das Gros der erwerbslosen Menschen nach Arbeit sucht.

Manfred, Krankenpfleger

Eine größere Rolle spielt der unangemessene Umgang mit Hartz-4-Empfängern auch für den Krankenpfleger Manfred (I 25). Er problematisiert eine ungerechte Sozialpolitik. Ungerecht ist für ihn zum einen – im Unterschied zu den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen – nicht grundsätzlich der Druck, der er auf Erwerbslose ausgeübt wird, sondern die Möglichkeit, so seine Interpretation, ein sehr gutes Leben zu führen, ohne Lohnarbeiten zu gehen. Die Sozialfigur des arbeitsunwilligen Erwerbslosen wird genutzt:

»Es kann nicht sein, dass eine Familie in Hartz 4 mit 4700 Euro netto nach Hause geht, weil die sämtliche Zulagen beantragen für ihre Kinder, dementsprechend natürlich auch Kinder haben, sieben Kinder.«

Zu nachsichtig sei man in Deutschland mit denen, die nicht arbeiten wollen. Im Unterschied zu Antonia differenziert Manfred allerdings. Innerhalb des Arbeitslosengeld-II-Systems gibt es demnach zwei Arten von Ungerechtigkeiten. Auch die leistungsbereiten Erwerbslosen sind betroffen:

»Es kann ja auch nicht sein, dass jemand, der bis zu seinem 50. Lebensjahr gearbeitet hat und dann in Hartz-4 fällt, sich dann auf einmal rechtfertigen und mit allen Konsequenzen rechnen muss [...].«

Kurz: Gegenüber Menschen, die nicht Teil der Leistungsgemeinschaft sind, ist die Sozialpolitik zu nachsichtig, gegenüber denen, die Teil der Leistungsgemeinschaft waren, zu streng. Leistungsbereitschaft aber ist in jedem Fall die nötige Rechtfertigung für Hilfe.

Sandra, Krankenpflegerin in Ausbildung

Einen sehr kritischen Blick auf ALG-II-Bezieher*innen wirft auch Sandra (I 27). Zwar nimmt sie wahr, dass die sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen durchaus niedrig sind, deshalb sorgt sie sich auch selbst davor einmal darauf angewiesen zu sein. Zugleich bemüht auch sie immer wieder im Laufe unseres Interviews die Sozialfigur des arbeitsunwilligen Erwerbslosen, dem es sehr gut geht – ein Zustand, über den sie sich aufregt. Sie findet es deshalb richtig, wenn in einem gewissen – von ihr nicht genau bestimmten – Maße Druck auf ALG-II-Empfänger ausgeübt wird. Dabei verweist sie wiederholt auf Darstellungen in Medien.

»Es gibt's so ein Pärchen in diesen Sendungen, und die sagen ganz klar, sie kriegen mehr Geld vom Staat, wenn sie nicht arbeiten, als wen sie arbeiten gehen würden. Und da denke ich mir dann auch wieder so, vielleicht ist es für manche Personen auch fast zu viel, dieses Hartz-4. [...] Da würde ich dann auch wieder sagen, ›weißt du, ganz ehrlich, dann kriegst du halt nur noch die Hälfte [...].«

Wenn Menschen nicht auch zu niedrigeren Löhnen arbeiten gehen wollen, so die Implikation, die im weiteren Gesprächsverlauf deutlich wird, ist die Sozialisation misslungen. Gelungene Erziehung, so lässt sich schlussfolgern, stärkt in Sandras Augen Arbeitsamkeit und Arbeitsbereitschaft. »Also du könntest da sagen, das sind Schmarotzer, wo auch viele junge Leute dabei sind, die sowas geäußert haben in diesen Sendungen.« Es folgen Beispiele von unrechtmäßiger Beantragung von Sozialleistungen, etwas Ausstattung für Kinder, über die im Fernsehen berichtet wurde. Bezogen auf einen jungen Menschen heißt es weiter: »Noch nie gearbeitet, ist 28 Jahre alt, wo ist das der Fehler passiert? Das ist doch nicht von alleine so, da muss in der Erziehung etwas falsch gelaufen sein.«

Fast wütend macht sie, dass Erwerbslose sich angeblich Dinge leisten können oder zur Verfügung gestellt bekommen, die ihr als Arbeitender verwehrt bleiben:

»Und wenn du dir das anguckst, das macht mich sauer, weil du genau weißt, ich würde auch gerne mal sowas trinken, statt mir No-Name-Getränke zu kaufen. Oder ich würde auch gerne mal in der Woche mal alle zwei Tage was zu essen bestellen, weil ich kein Bock auf Kochen habe, weil ich einfach so kaputt von der Arbeit bin. Mache ich aber nicht. [...] Machen wir nicht, auch wenn wir das vielleicht könnten, einfach weil wir denken, es kann ja mal was passieren und wir legen Geld zurück. Lass mal die Waschmaschine kaputt gehen. Aber darüber machen die sich keine Gedanken. Einfach einen Antrag beim Arbeitsamt oder sonst wo ausfüllen und schwupp kriegen sie eine neue Waschmaschine.«

Entsagungen, die Sandra sich und der eigenen Familie auferlegt, gibt es für diese Erwerbslosen nicht – dass Lust oder Glück empfinden mag, und sei es durch den Verzehr von Markenprodukten, wer sich nicht selbst den Zwängen der Lohnarbeit aussetzt, empört sie, die oft »einfach kaputt von der Arbeit« ist.

5.3.6 Die Ökologie-Zuerst-Bewegten

In den Deutungsmustern, die ich bisher vorgestellt habe, dominierten jeweils bestimmte Dringlichkeitswahrnehmungen von im engeren Sinne sozialen Problemen. Für den Sozialrebellischen Nationalisten Karl ist es die Innen-Außen-Spaltung, die fast alle seine Deutungen färbt. Für den Sozialen Gemeinwohldemokraten Frank und den Sozialliberalen Jens sind es, auf sehr unterschiedliche Art und Weise, materielle Ungleichheit und damit verbundene Ungerechtigkeiten. Nimmt der eine einen Gegensatz zwischen Oben-Und-Unten wahr, so der andere einen Unterschied, der ihn bewegt. In ähnlicher Weise ist dies auch so bei Sozialkonservativen der Fall, wenngleich hier auch ein kritischer Blick auf Migrant*innen und Erwerbslose eine größere Rolle spielt. Neben den durchaus moderat kritisierten Oben-Unten-Unterschieden tritt bei Sozialkonservativen eine klare, aber nicht dominante Innen-Außen-Grenzziehung und eine disziplinäre Haltung Erwerbslosen gegenüber.

In sechs Gesprächen, die ich geführt habe, dominierte hingegen die Ökologie-Dringlichkeit die Wahrnehmung anderer Probleme. Wie ich gezeigt habe, drückt sich auf unterschiedliche Weisen auch in den anderen bis her erörterten Deutungsmustern ein »Klimaschutzinteresse von unten« aus. Es wurde aber von der Oben-Unten-Spaltung bzw. von der Sorge um die materielle Ungleichheitsentwicklung überstrahlt bzw. überformt. Bei den Gesprächen, aus denen ich das folgende Muster rekonstruiert habe, verhält es sich umgekehrt. Das Problem, das die anderen dominiert, sind Klima- und Umweltzerstörung.

Diese Interviewpartner*innen blicken durchaus auch kritisch auf die Ungleichheitsentwicklung, aber besonders dringlich erscheint ihnen das destruktive Naturverhältnis. Aus diesem Grunde spreche ich von den Ökologie-Zuerst-Bewegten. Ihre Sicht auf Politiker*innen und Parteien ähnelt der, wie ich sie in den bisher bereits behandelten Deutungsmustern nachgezeichnet habe. Eine politische Repräsentationslücke zeichnet sich dabei jedenfalls nicht ab. Ökologie-Zuerst-Bewegten werfen einen kritischen Blick auf die Parteien in Deutschland, aber sie fühlen sich durchaus repräsentiert. Von ei-

nem populistischen Verhältnis zum politischen Feld kann insofern auch bei Ihnen keine Rede sein. Hier allerdings enden aber die Gemeinsamkeiten zwischen den erwähnten Gesprächspartner*innen, es werden zwei unterschiedliche Strömungen des Deutungsmusters deutlich. Möglicherweise ließe sich auch, gäbe es mehr entsprechende Interviews, um durch ihren Vergleich die Muster schärfer herauszuarbeiten, von zwei unterschiedlichen Deutungsmustern sprechen.

Den ersten Strang nenne ich *Die Klimasozialen* oder Klimagerechtigkeit. In ihm ist die Ökologie-Zuerst-Deutung verbunden mit einer kritischen Sicht auf betriebliche Verhältnisse und geprägt von Unzufriedenheiten und Ungerechtigkeitswahrnehmungen, sobald es um die Gesellschaft geht. Drei Krankenpflegekräfte lassen sich als Klimasoziale charakterisieren. Die Kritik an sozialer Ungleichheit bzw. als sozial ungerecht empfundenen Verhältnissen fehlt insofern keineswegs in diesem Strang. Typisch ist wie in den Mustern Soziale Gemeinwohldemokratie und Sozialliberalismus die Wahrnehmung wachsender Ungleichheit und schrumpfender sozialer Mittelschichten. Auch die Lobbymacht von Unternehmen wird kritisiert, als drängendstes Problem wird aber der Klimawandel wahrgenommen. Ähnlich wie im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokraten zeichnet sich ein *popular-demokratisches Verhältnis* zu den politischen Parteien ab. Darüber hinaus wird – wie im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie – eine Kette von gesellschaftlichen Problemen wahrgenommen. Neben der materiellen Ungleichheitsentwicklung gehört dazu etwa die politische Rechtsentwicklung bzw. Fremdenfeindlichkeit. Kapitalismuskritik spielt in dieser Strömung eine wichtige Rolle, alle Probleme, die soziale Ungleichheit, der Klimawandel und die große Lobbymacht der Konzerne, werden ansatzweise in einen Zusammenhang mit dem Kapitalismus bzw. mit der heutigen Wirtschaftsweise gebracht. Das unterscheidet diese Strömung der Ökologie-Zuerst-Bewegten deutlich von den Leistungsorientierten Sozialkonservativen, dem Sozialrebellischen Nationalisten, aber auch von den (Enttäuschten) Sozialliberalen, bei denen punktuelle Verweise auf die Wirtschaftsweise und die Spielregeln des Kapitalismus allerdings nicht fehlen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Deutungsmusterstrang auch die Gemeinwohlorientierung, die sowohl die Kritik an sozialer Ungleichheit, als auch an Lobbymacht und Klimawandel unterfüttert. Sie begründet darüber hinaus eine starke Orientierung an einem umverteilenden und für das Gemeinwohl sorgenden Sozialstaat. Damit einher gehen nicht nur Plädoyers für Armuts- und Unsicherheitsbekämpfung, sondern auch eine Offenheit für die Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftssektoren. Insgesamt ist eine starke demokratische Grundhaltung typisch für die Klimasozialen, die sich insbesondere in der Kritik an großer Lobbymacht ausdrückt. In alledem ähneln sie den Gemeinwohldemokrat*innen. Allerdings gewichten sie die Klimakrise als drängendstes Problem, hinter das sie andere zurückstellen. Unter meinen Interviewpartner*innen gab es zwei Klimasoziale, beide sind Krankenpflegekräfte.

Die zweite Strömung dieses Deutungsmusters nenne ich *Die Ökopragmatiker*, zu denen drei meiner Gesprächspartner*innen gehörten: ein Handelslager-, ein Industriearbeiter und eine Krankenpflegekraft. In diesem Strang geht die Kritik an der Zerstörung der Umwelt und sozialen Missständen Hand in Hand mit einer sehr starken pragmatischen Gestaltungsorientierung. Soziale und ökologische Verbesserungen sollen durchgesetzt

werden, dies aber auf »vernünftige« Art und Weise. Das bedeutet einerseits inhaltlich moderate Reformen auf den Weg zu bringen, die keinen harten Bruch mit dem bisherigen Politikpfad bedeuten würden, andererseits in der Form auf als verantwortungsvoll geltende politische Mittel zu setzen. In dieser Hinsicht ähneln Ökopragmatiker Sozialliberalen. Ungleichheitsprobleme werden durchaus wahrgenommen; aber die entsprechenden Diagnosen werden nicht zu einem »heißen« Ungleichheitsdiskurs verflochten, in dem soziale Ungleichheit als Problem mit hoher Dringlichkeit erscheint – Oben-Unten-Dichotomien oder Dreigliederungen (Oben-Mitte-Unten) des sozialen Raums spielen insofern keine prägende Rolle. Das unterscheidet sie nicht nur von Sozialliberalen und Sozialkonservativen, für die zwar nicht Unten-Oben-Gegensätze, wohl aber Deutungen der Oben-Unten-Ungleichheit typisch sind, sondern auch von den Klimasozialen. Scharfe politische Polarisierungen zwischen denen da oben und denen da unten, oder zwischen den politischen Eliten, die auf Abwegen sind, und dem rechtschaffenden Volk, findet man bei Ökopragmatikern nicht, wohl aber durchaus auch spitze Kritik an Parteien oder Politiker*innen. Wie im Deutungsmuster »(Enttäuschte) Sozialliberale wird diese aus einer *liberal-demokratischen* Haltung heraus formuliert. Ihre sozialpolitischen Reformvorschläge sind wenig antagonistisch, es finden sich eher Vorstellungen eines moderat umverteilenden und eines bildenden und befähigenden Sozialstaates, der durchaus Ungleichheiten ausgleichen soll.

Aus Platzgründen werde ich das Deutungsmuster Die Ökologie-Zuerst-Bewegten anhand des Sozialporträts eines Beschäftigten vorstellen, der zur Strömung der Klimasozialen gehört. Um den Strang der Ökopragmatiker zur Geltung zu bringen, werde ich in den Kästen bewusst Deutungen aus den Sozialporträts von Beschäftigten erörtern, die ich zu den Ökopragmatikern zähle.

Sozialporträt Mark – Der Klimasoziale

»Also, im privaten Leben kann ich sagen, das ist die zweite Krise, wo ich mir denke, ich bin in den richtigen Job gegangen. Wenn ich an die Finanzkrise denke, Kollege, der Banker war, oder andere mit ihrer eigenen Firma oder Leute mit Lädchen, die dann schon Probleme hatten, die gingen an mir spurlos vorbei.« Mark (I 3) ist Anfang 40, arbeitet in einer großen Universitätsklinik in Westdeutschland, er ist Vater. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs ist er bereits seit 19 Jahren als Gesundheits- und Krankenpfleger im Betrieb beschäftigt. Insgesamt fühlt sich Mark sozial sicher, wie er im Verlauf des Gesprächs auch mit Blick auf die wirtschaftliche Seite der Coronakrise wissen lässt.

Im Vergleich etwa zum Sozialrebellischen Nationalisten Karl, aber auch zum Enttäuschten Sozialliberalen Jens strahlt Mark eine gewisse Zukunftssicherheit aus. Das teilt er mit dem Gros der von mir interviewten Beschäftigten aus dem Krankenhaussektor. Erwerbslos war er während seiner ganzen beruflichen Laufbahn nicht. Mark ist in einem Arbeitskampf aktiv gewesen, in dem es um eine bessere Personalbemessung ging. Deshalb suchte ich das Gespräch mit ihm, in dem er sich kritisch über den Klimawandel, über soziale Ungleichheit und zu große Lobbymacht äußerte und sich als langjähriger Grünenwähler outete.

Klima- und Umweltschutz, so wägt Mark am Ende unseres Gesprächs ab, sind wichtiger als »soziale Werte« – wenngleich er im Laufe des Gesprächs immer wieder konkrete

soziale Ungleichheiten und, wie er meint, Ungerechtigkeit kritisiert, die unbedingt behoben werden müssten. Soziale Gewissenlosigkeit kann man Mark nicht unterstellen, im Gegenteil. Über weite Strecken des Gesprächs bemängelt er soziale Probleme im Land. Im gesamten Gespräch fällt auf: Mark ist unzufrieden, aber er ist nicht wütend. Das ist ein wichtiger Unterschied – beispielsweise gegenüber dem Sozialrebellischen Nationalisten Karl. Leidenschaftliche Schuldzuschreibungen beispielsweise, die mit starken Feindseligkeitsgefühlen einhergehen, suche ich im Interview vergebens. Jedenfalls dann, wenn man von der klaren Kritik am Lobbyismus großer Unternehmen einmal absieht, die aber nüchtern-sachlich bleibt. Während des etwas mehr als dreistündigen Gesprächs, das ich mit ihm führen durfte, kritisierte er gesellschaftliche Entwicklungen, ohne aber zu düsteren Zeitdiagnosen zu kommen.

Der verletzte Pflegeethos

Beginnen wir mit seinem Blick auf seine Erwerbsarbeit und den Betrieb, in dem er tätig ist. Immerhin nahm Mark an einem Streik teil, in dem für eine bessere Arbeitsbedingungen gekämpft wurde. Auch wenn es in den vergangenen Jahren immer wieder entsprechende Tarifaufinandersetzungen in Deutschland gegeben hat, ist es für Pflegepersonal alles andere als selbstverständlich zu streiken. Was also hat ihn motiviert teilzunehmen? Was schätzt er, was missfällt ihm an seiner Arbeit und an seiner Beschäftigungssituation?

Seine Arbeit macht ihm grundsätzlich Spaß, auch wenn die konkreten Bedingungen, unter denen er sie machen muss, teilweise zu schweren Belastungen führen. Zu den guten Rahmenbedingungen, die er zu schätzen weiß, gehören die Kolleg*innen, mit denen er direkt zusammenarbeitet. Sie machen den Alltag auch dann erträglich, wenn dieser einmal sehr schwer wird. Insbesondere aber den Umgang mit den Patient*innen empfindet Mark als anregend. »Das Schöne an der Arbeit ist der Umgang mit den Patienten. Viele Leute unterschiedlichster Charaktere, unterschiedlichster Krankheitsgeschichte [...], das ist sehr schön.« Seine grundsätzliche Neigung zu seiner Arbeitstätigkeit unterscheidet ihn zwar deutlich von Beschäftigten, die in Lagern des Handels beschäftigt sind, etwa vom Gemeinwohldemokraten Frank. Aber auch in seinem betrieblichen Alltag gibt es Probleme. Mark ist unzufrieden.

Dass er gute Kolleg*innen hat, ist nicht nur aufgrund des persönlichen Umgangs miteinander wichtig. Er braucht sie, um im beruflichen Alltag bestehen zu können. Gut sind andere Beschäftigte, wenn sie teamfähig sind. Denn immer wieder müssen im Laufe des Arbeitstages Arbeitsabläufe umgestellt werden, muss flexibel reagiert werden. Um das gewährleisten zu können, müssen die Kolleg*innen »kommunikationsfähig« sein, also in der Lage sein sich auszutauschen, zu verständigen. Für das Miteinander von Kolleg*innen heißt das auch: Wer dazu nicht in der Lage ist oder wer nicht dazu willens ist, macht den anderen das Arbeitsleben schwerer. Hier ähnelt Marks Geschichte der des Sozialliberalen Jens.

Bei aller theoretischen Zufriedenheit mit seinem Beruf ärgert sich Mark darüber, dass sich die tatsächliche Arbeitssituation in der Klinik über mehrere Jahre hinweg verschlechtert hat. Seine »eigentliche« Freude am Pflegeberuf stößt auf einen Klinikalltag, der sie untergräbt. Er versucht seinen Eindruck zu verdeutlichen, indem er seine eigenen Arbeitserfahrungen schildert, die er auf seiner früheren Einsatzstation gemacht hat. 10

Jahre lang war er dort tätig, ausreichend Zeit also, um Veränderungen nachzeichnen zu können. Im Kern beschreibt er, wie die Poren des Arbeitstages immer mehr geschlossen wurden – worunter sowohl die Patient*innen als auch die Pflegenden leiden. Zu Beginn seiner Tätigkeit 2002 gab es ausreichend Personal, im Laufe der Zeit sei es immer weiter reduziert worden. Auf eine Pflegekraft kamen eine bis zwei Patient*innen.

»Wenn da ein aufwendiger Patient war, dann war das eine eins-zu-eins-Betreuung. [...]. Ja, man konnte zusammen Pause machen. Man konnte sich innerhalb der Pause auch austauschen. Die Patienten waren in diesem Bereich optimal versorgt, möchte ich sagen. Weil man hatte erstens Zeit und gerade die Kiddies, brauchten dann auch schon mal Zeit oder halt dementsprechend aufwendige Patienten, das war schon mal sehr gut. Man hatte auch mal Zeit, über Gott und die Welt zu reden mit denen. So etwas ist halt nicht mehr.«

Im Laufe der Zeit verschlechterte sich der Betreuungsschlüssel. Auf eine Pflegekraft kamen nun drei bis vier Patient*innen – mit der Folge, dass die Arbeitsbelastung wuchs und es immer weniger gemeinsame Pausen- und Austauschzeiten mit den Kolleg*innen gab.

»Also es war kein Problem, ohne Pause durchzuarbeiten, weil man hatte genug zu tun. Man musste sich wirklich sagen, mache ich meine Pause und lasse was für die Patienten liegen oder mache ich durch. Es gab Kollegen, die haben manchmal auch durchgemacht, die haben keine Pause genommen, was man nicht tun sollte.«

Dem Anspruch, Patient*innen gut zu versorgen, ist schwer unter solchen Bedingungen gerecht zu werden. Die Arbeitsbedingungen und der Pflegeethos kollidierten:

»Wenn man dann so Tage hat, wo sehr viel zu tun ist und man mit wenig Leuten da ist, dann kann man auch natürlich den Patienten nicht vernünftig versorgen. Und ich spreche jetzt nicht von irgendeiner Waschung [...], sondern auch andere Sachen. Dann bleibt mal der Verband liegen, der eigentlich hätte gemacht werden müssen oder dass vielleicht nicht das ganze Infusionsmaterial gewechselt wird, sondern nur teilweise und dann bewegt man sich ganz schnell in eine Fahrlässigkeit und das ist keine Kunst, da hinzukommen, wenn halt dementsprechend wenig Leute da sind und natürlich die Arbeitsbelastung auch groß ist.«

Ist die Arbeit mit den Patient*innen eigentlich das Befriedigende und Anregende am eigenen Beruf, erlauben es die heutigen Bedingungen in Marks Wahrnehmung kaum mehr, die Pflegetätigkeit angemessen sorgsam zu erledigen. Es fehlen die Ressourcen (insbesondere Zeit) bzw. Rahmenbedingungen (insbesondere ein angemessenes Verhältnis zwischen Pflegenden und Patient*innen), um gute Arbeit leisten zu können – daran entzündet sich auch Marks Kritik (siehe auch Menz/Nies 2021, 18). Der Gebrauchswert der eigenen Pflegearbeit ist damit in Frage gestellt, wie er anschaulich zeigt:

»Ja, wenn man, wie wir den Verband angesprochen haben, es kamen schon mal Patienten zu uns zur Dialyse, da guckt man da drunter, oh der wurde ja schon Ewigkeit nicht mehr gewechselt. Das heißt, wir haben keine Wundkontrolle, was macht die Wunde, infiziert sie sich, dann liegt der alte Verband da drauf, je nachdem eventuell, wo das ist, dann ist da eventuell auch noch Stuhlgang mit drin und das gehört sich nicht, dann infiziert sich schnell eine Wunde, und dann haben wir ein größeres Problem.«

Das ist auch der Grund dafür, weshalb Mark am Streik teilgenommen und sich dazu entschieden hat der Gewerkschaft beizutreten. Und: Bei aller Kritik an den betrieblichen Problemen: Ein Fluchtgefühl macht sich bei Mark nicht breit. »Ich sehe genügend Probleme, aber ich arbeite da gerne, und die Arbeit macht mir Spaß.« Die von mir interviewten Pflegekräfte haben nicht nur ein ausgeprägtes Wissen um den sozialen Wert und den Nutzen ihrer Arbeit, sie sind sich auch ihrer Qualifikationen bewusst. Insofern ist es sinnvoll von einer Art Facharbeiterbewusstsein zu sprechen, das zum Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Kämpfe werden kann (Behruzi 2021, 149–150). So ist es auch bei Mark.

Dringlichkeitsgefühl: Klimawandel

Auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung ist Mark nicht zufrieden. Er spricht von Reichen, die reicher werden, er spricht auch vom egoistischen Kapital, zeichnet nach, wie deren Interessen gesellschaftliche Probleme verursachen. Personalisierende Kritik, die in Wut auf Menschen umschlägt, seien das nun Vorgesetzte¹⁶ oder Migrant*innen, fehlt allerdings. Mark ist kein Wutbürger, sondern ein kritischer und gemeinwohlorientierter (potenzieller) Kritiker, dem der Umweltschutz sehr wichtig ist. Das drängendste Problem, das er sieht, ist der Klimawandel, der »[...] international und auch lokal zu bekämpfen [...]« sei, gleich gefolgt von der »Schere zwischen Arm und Reich«, die weiter auseinandergehe und dem politischen Lobbyismus, insbesondere innerhalb der Energiewirtschaft. Der Klimawandel ist ein so drängendes Problem, weil dessen Folgen unberechenbar sein könnten:

»Weil wenn man nichts tut, ist es unvermeidlich und wir wissen nicht, wie schlimm es wird und allen Theorien nach, wird es wahrscheinlich schlimm und wir haben alle was davon. Das heißt, es betrifft dann ja auch jeden. Ja und ich denke, spätestens wenn man Kinder hat, sollte man sich darüber Gedanken machen, wie die Zukunft wird und dann nicht nur habe ich schon ein Sparbuch oder einen Bausparvertrag für mein Kind oder irgendetwas anderes, sondern wie gehe ich mit dem Planeten um. Deswegen ist es eigentlich das Dringendste und je mehr der Klimawandel voranschreitet, sind wir ja alle direkt betroffen. Das heißt, auch Deutschland soll trockener werden. Wir haben Ernteausfälle, Afrika könnte es dementsprechend hart treffen oder sämtliche Nachbarländer. Wir haben jetzt schon große Flüchtlingsströme Richtung Europa. Das wird mehr werden und ich befürchte, wir werden uns weiter abschotten und das Mittelmeer hat nachher mehr Leichen zu tragen. Es wird alle Konflikte verschärfen und neue bewirken und neue werden entstehen. Deswegen ist es dann entscheidend, alles daran

16 In Interviews, die ich einmal für ein älteres Forschungsprojekt geführt habe, träumten Kolleg*innen etwa davon, den Chef zu bosssnappen und zusammenzuschlagen (Goes 2015, 267f.).

zu setzen, dass die Temperatur so wenig wie möglich steigt. Es ist das dringendste Problem und was man ja immer sieht, Deutschland ist ein großes Land, angesehen in der Welt, und Deutschland ist schon in vielen Sachen Vorreiter geworden und ich denke, hier hätte man Potenzial zu zeigen, wie es geht.«

Der Klimawandel überformt viele andere Entwicklungen, ist eine zentrale Kraft, die alles andere prägt, so Marks Wahrnehmung. Er bedroht die Lebensgrundlagen (»auch Deutschland soll trockener werden«), aber er wird auch bereits vorhandene soziale Probleme verschärfen – etwas den Migrationsdruck im globalen Süden. Mark wünscht sich insofern effizienteren Klimaschutz auch aus sozialen Gründen, wenngleich er selbst resümiert, der Natur- und Umweltschutz sei wichtiger als »soziale Werte«, wie es gegen Ende unseres Gesprächs heißt. Der Stellenwert, den die Umwelt- und Klimafrage für ihn haben, zeigt sich auch an der Ausführlichkeit, in der Mark darüber im Interview spricht. Diese Priorisierung der Klimafrage führt ihn aber nicht zu einer Politik der sozialen Kälte, die auf soziale Anliegen keine Rücksicht nehmen würde. Auch eine radikale Anti-Auto-Politik lehnt er ab, insbesondere so lange es keine günstige Verkehrsalternativen gibt.

»Ja, also, wie gesagt, der Klimawandel wird das Problem ja nur befeuern, dass es ärmere Leute gibt und dann nicht in erster Linie in Deutschland, sondern im Ausland, die dann natürlich zu den Reichen auch hinwollen, also die Flüchtlingsströme würden dementsprechend größer werden. [...] Das Auto wegnehmen, das geht natürlich nicht so schnell, gerade nicht so in Deutschland. Wir sind eine Autofahrernation, oder leider Gottes ist es so. Ich muss ja auch Alternativen aufzeigen und wenn jetzt die Alternative, um ein Beispiel zu nennen, meine Schwiegereltern leben in Neubrandenburg und wenn man da hinwill, mit Kindern ist das eigentlich eine total super Sache, mit dem Zug zu fahren, es ist absolut entspannt, ja, ich kann mich bewegen während der Fahrt. Allerdings zahle ich für vier Leute das Doppelte, was der Sprit kostet, wenn nicht sogar noch mehr und solange diese Option da ist, ist es keine Option. Da geht keiner hin, es sei denn jemand, der darauf nicht achtet auf den Preis oder nicht achten muss, aber der fährt sowieso mit dem Auto, also eigentlich Quatsch, aber ich brauche eine Alternative. Das heißt, wenn ich ein günstiges Bahnticket hätte, dann wird sich die Familie wahrscheinlich für die Bahn entscheiden aus meiner Perspektive. Wenn ich spontan irgendwo hinwill, dann ist es vielleicht ein bisschen schlechter, aber lange Rede, kurzer Sinn, wenn ich vernünftig ausgebauten ÖPNV habe und nicht nur Nahverkehr, sondern auch Fernverkehr, der meines Erachtens nicht von diesem Bahnkonzern ausgebaut werden kann, dann hätte ich da schon mal eine Alternative. Zum anderen haben wir jetzt zum Beispiel auch eine Alternative.«

Kurz, wer wenig Autoverkehr möchte, muss günstige und verfügbare Alternativen schaffen. Man könnte auch sagen: die Verkehrspolitik muss sozial in dem Sinne sein, dass sie »erschwingliche« Angebote schafft, weil nur so realistische Alternativen zur Autogesellschaft verbreitet werden können – ökosozialer Pragmatismus, wenn man so will.

Ob die Veränderungen, die ihm vorschweben, sich im Rahmen eines grünen Kapitalismus verwirklichen lassen? Mark äußert sich vorsichtig, lässt wissen, ob »[...] das im Endeffekt aufgeht, weiß ich nicht.« Allerdings hat er Zweifel.

»Die Grünen möchten ja eigentlich mit einer grünen Marktwirtschaft [...] ein stabiles Wachstum, wenn nicht sogar das [...] wirtschaftliche Wachstum erhöhen, so ist ja deren Plan. Ob das im Endeffekt aufgeht, weiß ich nicht. Ich denke, irgendwann hat man mal eine Stagnation beziehungsweise eine Reduktion des Wachstums. Man kann ja nicht ewig wachsen, das funktioniert nicht. Da gibt die Erde gar nicht so viel Ressourcen wieder, ja.«

Der Ökopragmatiker Hermann, Handelslagerarbeiter

Auch für Hermann (I 24) ist nicht die materielle Ungleichheit oder soziale Ungerechtigkeit das drängendste Problem, vor dem die deutsche Gesellschaft steht, sondern das Umweltproblem. Um Hermanns Deutungen etwas verständlicher zu machen, hier einige Informationen zu ihm: Hermann ist Ver.di-Aktivist, Betriebsrat und einer der zentralen Akteure seiner Gewerkschaft im Betrieb, einem großen Standort des Versandhandels. Er ist zum Zeitpunkt unseres Gesprächs etwa Ende 40 und kann auf eine durchaus wechselvolle Erwerbsbiografie zurückblicken. In der ehemaligen DDR geboren absolvierte er nach dem Besuch der Realschule eine Ausbildung zum Industriemechaniker. Später, nachdem er gemeinsam mit seinen Eltern nach Westdeutschland gezogen war, schulte er um, wurde Einzelhandelskaufmann. Nach einer Phase der Erwerbslosigkeit fand er schließlich seinen Weg in das Unternehmen, in dem er bis heute tätig ist. Heute arbeitet er in Dauerspätschicht in der Warenannahme. Die Arbeit, die er macht, charakterisiert er als anspruchslos, »[...] »Mach einfach was das System dir sagt. [...] Wo du hingehen sollst und so weiter und mach Dir keine Gedanken, dafür haben wir unsere Manager«« Seine Sicht auf seine betriebliche Stellung und Arbeitstätigkeit unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht von Anschauungen, die in anderen Gesprächen mit Handelsbeschäftigten offenbart wurden. Im Laufe der Zeit hat er allerdings verstanden, wie er erklärt, dass Gewerkschaftsmacht unerlässlich ist, damit Belegschaftsanliegen gehört werden. »Also ich sage immer, wenn die Gewerkschaft überhaupt nicht mehr da ist und man die Waffen streckt, dann macht das Unternehmen ja wirklich was es will.« Der Betrieb selbst erscheint in seinen Schilderungen nicht nur als ein Ort des Unbehagens, sondern auch als Kampfzone.

Auch im Interview, das ich mit Hermann führen durfte, hat allerdings die Umweltzerstörung einen zentralen Stellenwert. Ich schreibe »allerdings«, weil mich die Priorisierung der Umweltprobleme selbst überrascht hat, nachdem er mir im ersten Drittel unseres Gesprächs eine Arbeitsleidgeschichte erzählt hatte, die der des Sozialrebellischen Nationalisten Karl bzw. des Gemeinwohldemokraten Frank stark ähnelte. Gleichwohl drückt sich in dem Gespräch, das ich mit Hermann führte, nicht so eine hohe Dringlichkeit aus, wie beim Klimasozialen Mark. Auf die Frage, was die größten und drängendsten Probleme sind, vor denen die deutsche Gesellschaft steht, antwortet er, indem er ausführlich über umwelt- und klimapolitische Themen spricht. Eine verfehlte Industriepolitik problematisiert er, die »[...] wollen natürlich viel zu lange an dem alten System festhalten, gerade was jetzt zum Beispiel die Automobilindustrie angeht [...]« Aufgrund der Macht der Autolobby, die den Ist-Zustand festschreiben wolle, seien wichtige Weichenstellungen verpasst worden.

Ein Problem ist für Hermann etwa das aus seiner Sicht zu lange Festhalten an der »Kohleindustrie«, bei dem es in seinen Augen um den Schutz von Arbeitsplätzen geht. »Die Arbeitsplätze da scheinen unendlich viel mehr wert zu sein als andere. Aber Kohle, das ist

Vergangenheit. Das ist ›Walking Dead.« Soziale Bedenken, wie sie bei Mark sichtbar werden, fehlen im Gespräch mit Hermann. Auch Spuren einer sozialen Skepsis, wie sie für die Sozialliberalen typisch ist, oder eines Plädoyers für sozial fairen Klimaschutz, wie es sich bei Gemeinwohldemokrat*innen findet, sucht man bei Hermann vergebens. Wünschenswert ist für ihn ein Umsteuern beispielsweise in der Energie- und Verkehrspolitik. Der Ausbau erneuerbarer Energien etwa und die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs nennt er beispielhaft für Reformen, die ihm wichtig sind. Gerade eine bessere Verkehrspolitik wurde seines Erachtens blockiert, »[...] da ist überhaupt nichts mehr passiert, gerade im Bereich der Bahnen [...]. Das hat man alles geopfert zugunsten von Fernstraßen und Autobahnen.« Die Produktion von Elektroautos hält er allenfalls für eine unter umweltpolitischen Gesichtspunkten problematische Zwischenlösung. Der Umweltschutz liegt ihm insgesamt am Herzen, allerdings hebt er den Klimawandel – anders als Mark, der darin eine grundlegende Bedrohung der Gesellschaft sieht – und eine dementsprechend notwendige Klimaschutzpolitik nicht ausdrücklich hervor.

»Die Verhältnisse in der Fleischindustrie, diese Massentierhaltung, das sind so Sachen, auch diese Pflanzenschutzmittel, das sind so Sachen, das kann einfach nicht sein, dass hier Leib und Leben von Verbrauchern aufs Spiel gesetzt wird. Und nur wieder aus reinen Lobbyinteressen. Hier geht es nur um das Interesse von einigen tausend Leuten, die damit kräftig Geld verdienen [...]«

Auto- und Fleischlobby – Hermann wünscht sich nicht nur einen besseren Umgang mit der Umwelt und den Tieren, er stellt auch Unternehmensinteressen heraus, die dagegenwirken.

Paul, Industriebeschäftigter

Ein weiterer ökologischer Pragmatiker ist der Betriebsrat Paul (I 30), der in einem Zulieferbetrieb der Automobilindustrie arbeitet, das direkt vom Einstieg der Endhersteller in die E-Mobilität betroffen ist. Paul, etwa Mitte 50 und gebürtiger Portugiese, ist seit 1989 im Unternehmen beschäftigt. Er blickt auf eine betriebliche Aufstiegsgeschichte zurück. Zwar berichtet auch Paul von der unternehmerischen Missachtung erbrachter Leistungen, er erzählt aber – anders als etwa der Sozialliberale Jens oder der Sozialkonservative Albert – keine Missachtungsgeschichte. Zu seinem Aufstieg gehörte auch, dass er, wie er wissen lässt, in der Belegschaft anerkannter Betriebsrat wurde. Klimaschutzpolitik ist gerade aufgrund seiner Arbeit als Gewerkschafter und betrieblicher Interessenvertreter weit mehr als Theorie. Es ist etwas, womit er sich auch im Betrieb auseinandersetzen muss, weil, wie gesagt, die Umstellung auf die Elektromobilität auch in »seinem« Unternehmen zu Veränderungen führen wird. Deutlich klarer als Hermann rückt Paul vielleicht auch deshalb das Klima in den Fokus seiner Überlegungen:

»Der Klimawandel ist ja nur der Beginn. Also ich bin kein Verschwörungstheoretiker, ich glaube schon, dass die Wissenschaftler, was die jetzt berichten, die Prognosen der Wissenschaft, dass die Meeresspiegel steigen, dass die Erderwärmung kommt mit sämtlichen Folgen. Als ich Teenager war, da hatten wir immer sehr kalte Winter, jetzt nicht mehr. Letztes Jahr war es ausnahmsweise mal ganz kalt. Dann die Überfischung, die Zerstörung der Wälder und so weiter. Das wird dramatische Folgen haben für unser Überleben. Beziehungsweise es wird eine Menge Probleme mit sich bringen, dass gewisse Leute ihre Nahrung

weltweit nicht mehr haben, weil da nichts mehr wächst. Vielleicht fehlt es ihnen auch an Lebensraum durch die Überschwemmung. Wir werden das vermutlich nicht verhindern können, weil es schon zu weit ist. Aber zumindest so weit einschränken wie möglich, sollten wir das schon. Und wenn es nach mir gehen würde, ich lebe vom Auto, ich lebe auch vom Verbrenner, aber wenn es nach mir gehen würde, wäre der Verbrenner schon seit 3 oder 5 Jahren vom Markt. Und wir würden uns jetzt schon über den Wasserstoffanstieg unterhalten. Und nicht erst in 20 Jahren. Wenn es nach mir ginge, wäre ich mit diesen ganzen Themen, um die Umwelt zu retten, oder das Klima zu retten, wären wir schon viel weiter. Für mich ist das Problem Nummer 1.«

Pauls Deutungen signalisieren Dringlichkeit und Realismus. Dringlichkeit, weil er dramatische Probleme auch auf globaler Ebene (herannahen) sieht; Realismus, weil er weiß, dass sich »lediglich noch« das Schlimmste verhindern lässt. Konservativ an überkommenen Produkten will er nicht festhalten, auch wenn sein Arbeitsplatz davon abhängt. Diese Haltung liegt auch in einem gewissen Gestaltungsoptimismus begründet, der ihm eigen ist. Denn Paul hat eine eher pragmatische Sicht auf den Klimaschutz, hält diesen zwar für dringend geboten, aber auch für machbar innerhalb des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Umweltschonende Produkte können entwickelt werden. Dass ein ökologisch zerstörerisches Wachstum wirklich nötig ist, glaubt Paul nicht. Wachstum brauchen die Aktionäre und Führungskräfte in seinen Augen, um ihr Geld zu verdienen, die heutige Gesellschaft, wie er meint, vielleicht nicht. Seine Vermutung begründet er, indem er auf die Kapitalismen in Portugal und Japan verweist, die in seinen Augen schon lange kein Wachstum mehr haben. Auch einen Widerspruch zwischen Klimaschutzpolitik und dem Erhalt von Arbeitsplätzen sieht er gesellschaftlich grundsätzlich nicht, wenngleich in der Branche, in der er arbeitet, durchaus weniger Arbeitskräfte benötigt werden in Zukunft:

»Also ich sehe Umweltschutz und Arbeitsplätze überhaupt nicht in Konkurrenz. Klar, das wird sich verändern. Natürlich wird es in der Automobilindustrie weniger Arbeitsplätze geben. Und auch bei den Lieferanten. Wir brauchen in Zukunft keinen Auspuff mehr, keine Ölwanne mehr. Aber in den nächsten 10 bis 20 Jahren wird es erstmal alles geben, da wird es Elektrofahrzeuge geben. Da ist man noch in den Kinderschuhen. Es wird Wasserstoffautos geben, ab 2035 auch in Serien und bezahlbar. Es wird auch Hybridfahrzeuge geben, das wird noch ein bisschen zunehmen als Brückentechnologie. Aber in 20–30 Jahren haben wir dann eine andere Landschaft und den Verbrenner nicht mehr an vorderster Stelle. Das heißt, wir brauchen Akkus, Möglichkeiten, den Strom herzustellen, die Windräder sind auf dem Vormarsch. Wir müssen einfach das nutzen, was wir können. Von mir aus bis zur Solarenergie, wo wir den Strom speichern und selbst verbrauchen. Und das ist dann auch was, was man exportieren kann, wenn man da ziemlich vorne ist.«

Pauls Sicht auf den Wandel der Automobilindustrie und auf den Umweltschutz ist durch die Überzeugung geprägt, beides ließe sich »vernünftig« gestalten, womit er den Dreiklang von notwendigem Klimaschutz, die Sicherung von sozialen Standards und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten meint – so sehr er lobende Worte für Fridays for Future findet, so wenig scheint all das in seinen Augen von sozialen Bewegungen abhängig zu sein, so wenig scheint es als ein konflikthafter Prozess, in den auch Gewerkschaften sich einbringen müssten.

Wachsende soziale Ungleichheit

Auch wenn Mark Klimawandel und Klimaschutz für vorrangige Probleme bzw. Aufgaben hält, zieht sich Ungleichheitskritik durch das gesamte Gespräch. Schon wenn er über Klimapolitik nachdenkt, spielt deren soziale Seite für ihn eine Rolle, wie ich gezeigt habe. Aber die soziale Frage treibt Mark auch als eigenständiges Problem um. Denn das zweite große drängende Problem, so lässt er gleich zu Beginn des Interviews wissen, sei die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Klimawandel und Ungleichheitskritik prägen seine Deutungen. Das ist ein erster Grund dafür, weshalb ich Mark als beispielhaften Klimasozialen ausgewählt habe.

»Die reichsten Leute in Deutschland häufen mehr Kapital an. Ich glaube, die werden nicht sonderlich mehr in ihrer Anzahl, wenn ich das so recht in Erinnerung habe, aber es gibt immer mehr Leute, die dementsprechend weniger Einkommen haben. [...] Ja, woran liegt das, also dass Arbeit schlechter bezahlt wird, also, viele Geringverdienerejobs gibt es, diese haben zugenommen. Das ist definitiv der Fall und also in einigen Bereichen, in einigen Berufssparten kann man ja auch nicht so viel verdienen, dass man teilweise gezwungen ist, einen Zweitjob anzunehmen [...].«

Wenn das auch nur rudimentär geschieht, stellt Mark hier doch einen Zusammenhang zwischen dem Unglück der Einen (»immer mehr Geringverdiener«) und dem Glück der Anderen (die »reichsten Leute«, die »immer mehr Kapital anhäufen«) her – ähnlich, wie dies im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie geschieht. Mark fragt sich selbst weshalb es diese Entwicklung gibt, spricht über die Spielregeln bzw. die Logik des Kapitalismus. Tastend fragt er sich

»[...] ob es vielleicht einfach dieses kapitalistische System ist, was nur eine Richtung dreht. Dem Kapitalismus wird ja nachgesagt, dass er die Reichen immer reicher macht und die Armen immer ärmer [...]. Ich kann ja nur im Endeffekt Gewinn ziehen, wenn irgendjemand anders Verlust macht.«

Diese Überlegungen münden in ein Gesellschaftsbild, in dem die Bevölkerung in drei Teile gegliedert ist. Ähnlich wie viele andere Gesprächspartner*innen unterteilt Mark die deutsche Gesellschaft in eine Ober-, eine Mittel- und eine Unterschicht. Die Mittelschicht, so Mark, werde kleiner, die soziale Ungerechtigkeit nehme zu. Die Mittelschicht

»[...] wird ja wohl weniger, wenn man die Mittelständler und die Leute, die sich vom Einkommen da bewegen [...] was als Mittelschicht irgendwie jahrzehntelang bekannt war [...], wird ja diese Schicht immer kleiner.«

Angehöriger der Oberschicht ist man für Mark, wenn man über ein Nettoeinkommen ab 5000 Euro verfügt. Wer zur Mitte gehört, ist fähig unabhängig seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, sogar über das Notwendige hinaus zu konsumieren. Anders hingegen die sog. Unterschicht. Sich selbst sieht er als Angehörigen jener Mitte, die sich oberhalb derjenigen bewegt, »[...] die eigentlich fast schon zu wenig verdienen«. Das ist in seinen Augen das Hauptmerkmal der Unterschicht.

»Also, wenn man jemandem sagt, also ich gehöre zur Unterschicht, dann, denke ich, werden die meisten auch im Auge haben, ›oh, der ist ja wahrscheinlich schon ziemlich arm und hat nicht viel«. Und Mittelschicht sind eigentlich so die Leute, die gut auf ihren eigenen Beinen stehen können und sich auch noch einigermaßen was an Luxus erlauben, vielleicht dann auch ein bisschen mehr oder ein bisschen noch mehr, aber irgendwann hört der Luxus dann auch auf.«

Entscheidend für Marks Schichteinstufung ist, über ein wie hohes Einkommen Menschen verfügen, denn »[...] daraus resultiert ja auch das, was ich zum Leben zur Verfügung habe.« Bemerkenswert ist bei alledem, dass Mark auf marxistisch anmutende Formulierungen zurückgreift (kapitalistisches System, »Kapital anhäufen«), ohne dass diese in eine systematisierte entsprechende Weltanschauung – im Sinne einer ausgearbeiteten, wenngleich popularisierten Alltagstheorie – eingebettet sind. Er versucht so tastend die von ihm beobachtete Schichtungleichheit zu erklären, ohne allerdings tatsächlich Ausbeutungsbeziehungen darzustellen, die erklären würden, wieso das Glück der Reichen mit dem Unglück der Armen zusammenhängt (Dörre 2019, 14f.).

Typisch für Ökopragmatiker ist eine gelassene Sicht auf die soziale Ungleichheitsentwicklung. Das bedeutet nicht, dass Ökopragmatiker überhaupt keine Probleme sehen, die mit der materiellen Ungleichheit im Land zusammenhängen. Das tun sie. Aber ähnlich wie bei den Leistungsorientierten Sozialkonservativen zieht sich keine kritische und problematisierende Ungleichheitsgeschichte durch die Gespräche, die ich mit ihnen geführt habe.

Hermann, Lagerhandelsarbeiter

Anders als der Klimasoziale Mark, aber auch insbesondere im Unterschied zu den interviewten Gemeinwohldemokrat*innen und Sozialliberalen, macht Hermann (I 24) materielle Ungleichheiten von sich aus nicht zum Gegenstand des Gespräches, obwohl er selbst einen relativ niedrigen Lohn erhält und Lohnforderungen für den betrieblichen Konflikt, an dem er führend beteiligt ist, eine durchaus wichtige Rolle spielen. Lediglich im Zusammenhang mit seinem Wunsch die Steuerpolitik zu verändern, auf den ich weiter unten noch eingehen werden, spielt Ungleichheit indirekt eine Rolle – kleine und mittlere Einkommen sollten stärker entlastet werden, wie er findet. Ausdrücklich auf das Thema der sozialen Ungleichheit angesprochen reagiert er zunächst relativierend. Ungleichheit sei ein weltweites Problem, erließe man in Deutschland Gesetze – etwa in der Steuerpolitik –, die sie bekämpfen würden »[...] wandert das Geld eben ab, woanders hin.« Ist Hermann im Gespräch ansonsten um kein Wort verlegen, steht er beim Thema der Ungleichheit zunächst »[...] ein bisschen auf dem Schlauch, ich habe keine Ahnung.« Explizit danach gefragt, was er über das Deutungsangebot denkt »die Ungleichheit nimmt zu, Deutschland ist eine Klassengesellschaft oder auf dem Weg dahin«, stimmt er zunächst zu.

»Ja, das ist schon so, dass haut teilweise schon hin, dass wir in unterschiedlichen Klassen leben. Das wird zwar noch nicht äußerlich so stark wahrgenommen, aber im Prinzip ist das schon irgendwo so.«

Und kurze Zeit später ergänzt er: »Das ist so, aber das gehört nun mal zum Wesen vom Kapitalismus dazu. Das ist nun mal so. [...] Das ist gerade die DNA des Kapitalismus.« Dabei sieht er – anders als etwa der Klimasoziale Mark oder Gesprächspartner, die das Deutungs-

muster Soziale Gemeinwohldemokratie artikulierten –, nicht das Profitstreben, sondern den Aufstiegswillen der Menschen als eine tiefere Triebkraft des Systems.

»Es geht ja auch darum, dass die Leute aufsteigen wollen, dass die sich entwickeln wollen, [...] und aus dem Ehrgeiz, den die Leute haben, [...] dass es ihnen besser gehen soll, das ist ja auch eine Triebkraft dieses Systems.«

Und weil dem so ist, hat sich der Kapitalismus als bisher durchsetzungsfähigste und anziehendste Gesellschaftsform erwiesen, die es bisher gab. »Und es hat sich ja auch erwiesen, wenn alles so gut gewesen wäre im Sozialismus, [...] dann wären die Leute ja nicht scharenweise abgehauen.« Auf seine Art drückt Hermann in seinen Überlegungen zum Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Kapitalismus eine Art »kapitalistischen Realismus« (Fisher 2013) aus, der Ungleichheit möglicherweise als bedauerlich, aber doch eben als unvermeidlich erscheinen lässt. Aber: Von sich aus spricht der Streikaktivist Hermann Fragen der sozialen Ungleichheit im Interview nicht an.

Thorben, Krankenpflegekraft

Eine etwas andere Sicht auf die materielle Ungleichheitsentwicklung hat ein anderer Öko-pragmatiker, Thorben (I 11), etwa Mitte 50 und als Personalrat in einem Universitätsklinikum aktiv. Von einer schärferen Ungleichheitskritik kann auch bei ihm nicht die Rede sein. Ausgehend von einer grundlegenden Zufriedenheit mit seiner eigenen Lage redet er durchaus über die wachsende Ungleichheit. So spricht er, als ich ihn frage, welche größeren Probleme er in der deutschen Gesellschaft sieht, auch wachsende materielle Lebensungleichheit an, die er insbesondere auf arbeitsmarktpolitische Reformen zurückführt, die die rot-grüne Bundesregierung (1998–2005) durchgeführt hat (siehe Kap. 3.2):

»Ich glaube schon, dass wir so eine Schere haben zwischen Reich und Arm, die immer weiter auseinandergeht, dass wir natürlich mit dem Hartz-4 und dieser Agenda-2010, da hat man sich schon in die falsche Richtung bewegt. Ich würde schon versuchen, dass man auch Menschen, die über ihren Job nicht ganz so gut aufgestellt sind, oder durch ihre Herkunft, wenigstens ermöglicht, dass sie wenigstens eine Teilhabe am Leben haben. Dass sie sich mal auch was leisten können. Dass sie teilnehmen können an Kultur und solchen Sachen. Und dass sie nicht so abgehängt sind.«

Etwas später heißt es dann im Gespräch: »Der größte Spalt, der in der Gesellschaft klafft, ist dass der Abstand zwischen Arm und Reich immer größer wird [...].« Dass der Abstand zwischen zwei Polen größer wird, heißt aber nicht, dass eine Mehrheit der Bevölkerung davon in Mitleidenschaft gezogen wird. Anders als der Klimasoziale Mark sieht Thorben die soziale Mitte insofern nicht schwinden. Davon ausgehend relativiert er das Ungleichheitsproblem, indem er darauf hinweist, dass Mehrheiten im Land nicht betroffen sind. Zugespitzt meint er: »Es gibt keine gefährliche Klasse mehr, weil die Mittelschicht bequem leben kann.« Mittelschicht, das sind Leute, die sich abgefunden und eingerichtet haben. Dazu zählt er sich auch selbst. Ihm selber geht es gut, er ist »total zufrieden«. Und weiter: »Ich muss die Welt jetzt nicht mehr umwälzen, ich lebe mein Leben, das gefällt mir gut, ich habe da keine großen Defizite.« Weil die Mitte bequem leben kann drohen in seinen Augen auch keine größeren sozialen Konflikte: »Das liegt auch daran, dass wir mit re-

lativ wenigen finanziellen Mitteln für die Menschen ein lebenswertes Leben bereithalten. Man kann sich einrichten, ohne hungern zu müssen.«

Paul, Industriebeschäftigter

Auch der Ökopragmatiker Paul (I 30), der über ein deutlich höheres Einkommen verfügt als Hermann, rückt – anders als Sozialliberale, Gemeinwohldemokrat*innen oder der Ökosoziale Mark – die Unten-Oben-Polarisierung nicht in den Mittelpunkt. Richtig sei zwar, so Paul, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergehe; und auch in Armutsrenten oder Niedriglöhnen sieht er ein ernsthaftes Problem. Er ist darüber hinaus der Meinung, dass es in der Vergangenheit, namentlich in den 1970er Jahren, weniger Armut gegeben habe. Insgesamt ist er aber der Ansicht, dass es der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland eher wirtschaftlich gut gehe – ausdrücklich auch in Ostdeutschland. Von einem sozialen Dringlichkeitsgefühl kann insofern nicht die Rede sein. Paul, so ließe sich zuspitzen, sieht durchaus sozialen Reformbedarf, aber ausgehend von einem insgesamt positiven Bild, das er sich mit Blick auf die materielle (Un-)Gleichheit von der Gesellschaft macht. Dabei verschließt er keineswegs die Augen vor Problemen, denn ehrenamtlich engagiert er sich vor Ort karitativ gegen Armut.

Gemeinwohl und Privatinteressen

So sehr Mark kritisch auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit blickt, so sehr orientiert er sich an einer Art Allgemeinwohl. Dessen Sicherung spielt für ihn insgesamt eine wichtige Rolle. Hier ähnelt seine Deutung der der Gemeinwohldemokrat*innen. Als Garanten des Gemeinwohls sieht er letztlich den Staat. Jedenfalls stellt er in seinen Ausführungen die privaten Gewinninteressen von Unternehmen den Interessen der Allgemeinheit gegenüber und widerspricht damit dem urliberalen Diktum, wonach die zielstrebige Verfolgung der wirtschaftlichen Eigeninteressen dazu führen werde, dass es allen besser geht. Mark plädiert hingegen für weitreichende sozialpolitisch Eingriffe, spricht sich für die Verstaatlichung von Wirtschaftssektoren aus, die für die Grundversorgung der Bevölkerung mit wichtigen Dienstleistungen bzw. Gütern da sind. Er begründet das nicht zuletzt mit eigenen Erfahrungen, die er innerhalb des Gesundheitssystems gemacht hat. Gewinnstreben führt demnach zu einer schlechteren bzw. selektiveren Krankenversorgung. Insbesondere private Krankenhäuser sind für ihn daher ein gesundheitspolitischer Irrweg, aber auch die Ökonomisierung des gesamten Krankenhaussektors lehnt er ab. »Ja, der wirtschaftliche Gedanke macht im Endeffekt die Krankenhäuser tot oder das Gesundheitssystem.«

Ausgehend von seinen Einblicken in diesen Bereich, der zunehmend privatisiert und einer stärkeren Wirtschaftlichkeitsrechnung ausgesetzt wurde, spricht sich Mark also gegen die Privatwirtschaft in bestimmten Bereichen aus.

»Also, in meinen Augen gehören die wichtigsten Faktoren eigentlich in staatliche Hand, was wir ja zum größten Teil auch schon mal hatten. Dazu würde der Energiesektor dazugehören, Gesundheitssektor, Verkehr, sprich Bahn, das sind so die Sachen, die ja mit in erster Linie auch systemrelevant sind. Die gehören für mich in staatliche Hand und nicht in den Besitz von Privatfirmen. Also, am Gesundheitssystem macht

sich das ja eigentlich ganz gut fest. Es gibt ja genügend Firmen, die auf dem Markt sind, die auch Krankenhäuser betreiben, sei es Fresenius mit ihrer Helios-Kette zum Beispiel. Die haben natürlich gesetzlich den Auftrag, auch eine Grundversorgung anzubieten. Das tun sie dann auch in dem gesetzlichen Rahmen, sprich der Notfall, der reinkommt vom Rettungswagen, muss betreut werden, aber ansonsten picken solche Firmen sich auch gerne die Rosinen aus und gucken, womit verdiene ich das meiste Geld, was biete ich an für OPs, für Therapieformen. Und für die ist das halt auch schon mal ein Leichtes, dann Patienten abzugeben und sagen, tut uns leid.«

Verstaatlichung hält er gerade deshalb für sinnvoll, weil Betriebe in öffentlicher Hand die Grundversorgung besser garantieren können. Es sind »[...] elementare Sachen, die gehören nicht in private Hände, weil private Hände [...] immer gewinnorientiert sind. Der Staat ist es in erster Linie nicht.« Die Energiewirtschaft, eine der wichtigsten deutschen Sektoren des industriell-fossilen Kapitalismus, in denen Oligopole eine zentrale Rolle spielen, gehört auch aus umweltpolitischen Gründen zu den Bereichen, die nicht privatwirtschaftlich organisiert sein sollten:

»Weil ich dann eine Grundversorgung habe [...], die stehen muss und ich habe mehr Eingriffsmöglichkeiten und ich könnte die jetzt getrost steuern. Wir haben jetzt ja das Problem mit der [...] Umstellung auf regenerative Energien. Wenn die Kohlekraftwerke in öffentlicher Hand wären, dann wäre es für den Staat einfacher zu sagen, wir steuern jetzt dagegen. Jetzt klagen Betreiber, was leider ihr gutes Recht ist, darauf hin, ›nein, unsere Anlage hat sich noch nicht rentiert, wir müssen die noch so und so lange laufen lassen‹ und bekommen dann teilweise auch Recht. Anderweitig müsste quasi der Staat hingehen und versuchen einzuklagen, dass Energiebetreiber, die Jahrzehnte lang Atommüll produziert haben, auch dafür zahlen. Das kann es nicht sein. Das ist ein eindeutiger Widerspruch. Ja, also die Firmen versuchen natürlich, das Beste für sich rauszureißen, ja und im Endeffekt ist der Staat beziehungsweise die Gesellschaft die Gelackmeierten und müssen kräftig zur Kasse gebeten werden, was ja auch der Fall ist und solche grundlegenden Pfeiler, um da auch flexibler zu sein, so umstrukturieren und um auch die Versorgung sicherzustellen und auch die Sicherheit der Anlagen, denke ich, dass es in staatlicher Hand besser wäre, genauso wie Verkehrsbetriebe.«

Das bedeutet gerade nicht, dass Mark einer grenzenlosen Überführung von Privatfirmen in die staatliche Hand das Wort redet. Weitgehende Verstaatlichungsforderungen folgen aus seiner Gegenüberstellung der Gewinninteressen von Firmen und dem Gemeinwohl nicht. Wie bemerkt: Es sollen die »elementaren Sachen« sein, die der Profitwirtschaft entzogen werden. Welche das aber sind, ist – zumindest in der politischen Debatte – Ermessenssache. Mit der Rede von der Grundversorgung und den »elementaren Dingen« plädiert er zugleich für die marktwirtschaftliche Organisation aller anderen Bereiche. Es wäre insofern falsch zu folgern, er Mark würde sich grundsätzlich eine »Politik gegen den Markt« wünschen. Dennoch: Der mögliche Grenzziehungskonflikt ist leicht denkbar. Letztlich ist dafür entscheidend, was politisch als unerlässliche Grundversorgung für ein gutes Leben verhandelt wird. Dass Mark selbst bereits den Verkehrssektor nennt, zeigt jedenfalls, dass nicht nur existenzielle Dienstleistungen wie die Krankenversorgung oder der Zugang zu Wasser gemeint sein müssen. Da Verstaatlichung ledig-

lich begrenzt erfolgen soll, wünscht sich Mark weitere Wege, um Gemeinwohlanliegen durchzusetzen. Als Alternative zur Verstaatlichung jedenfalls sieht Mark in Sektoren, die sinnvollerweise weiterhin »privat« organisiert werden sollten, den Ausbau von Mitspracherechten für die Öffentlichkeit, insbesondere die Möglichkeit »[...] sinnige Beschränkungen zu erlassen für die Firmen.«

Für eine humane Geflüchtetenpolitik

Klimasoziale machen sich, hier ähnlich den Gemeinwohldemokrat*innen, Sorgen über Fremdenfeindlichkeit und den politischen Rechtsruck. Mark begründet dies, indem er seine Bedenken gegenüber einer migrationspolitischen Abschottungspolitik ausführt. Ausdrücklich und ausführlich spricht sich Mark gegen die Abschottungspolitik gegenüber Migrant*innen aus. Er unterstützt die zivile Seenotrettung, wünscht sich die menschlichere Unterbringung von Geflüchteten und die Möglichkeit Asylanträge stellen zu können. Proaktiv müsse die deutsche Außenpolitik »[...] den Ländern [...] helfen, dass es erst gar nicht dazu kommt, dass diese Leute wegen politischer sowie aus wirtschaftlichen Gründen ins Ausland fliehen.«

Insgesamt argumentiert er für eine großzügigere und humanere Asyl- und Einwanderungspolitik. Dabei unterstreicht er, hier implizit auf die »Problemdiskurse« der Rechten Bezug nehmend, die Migration als Bedrohung und Problem darstellen, auch die möglichen Vorteile, die mehr Einwanderung für die deutsche Gesellschaft haben könnte. Der »wirtschaftliche Flüchtling« wird insofern als Teil der Lösung gesellschaftlicher Probleme gesehen, vor denen die deutsche Gesellschaft steht:

»Und was wirtschaftlich Flüchtlinge anbelangt, ist da auch ein enormes Potenzial. Was ich sehr interessant finde, dass es da vergessen wird, dass diese Leute die Lösung für einige Probleme hier sein könnten. Wir haben den demografischen Wandel. Es gibt immer mehr Ältere und weniger Jüngere und wir brauchen Leute, die sich nicht nur um alte Leute später kümmern, sondern die auch hier dementsprechend in die Sozialsysteme einzahlen. Uns fehlt ja im Endeffekt Nachwuchs, und das ist nicht nur in Deutschland so, sondern auch in anderen Ländern so. Und das wäre eine Lösung des Problems, ganz eigennützig gedacht.«

Demokratie und Lobbymacht

Klimasoziale teilen mit den Gemeinwohldemokrat*innen eine populär-demokratische Haltung zur Politik bzw. gegenüber Parteien und Politiker*innen, Ökopragmatiker hingegen die liberal-demokratische Orientierung der (Enttäuschten) Sozialliberalen. Wie auch die Gemeinwohldemokrat*innen geht Mark auf die politische Macht von Unternehmen und Wohlhabenden ein. Im Mittelpunkt seiner Deutungen steht in diesem Zusammenhang die »Macht der Lobbys«. Gerade »sinnige Beschränkungen«, für die Mark im Verlauf des Gesprächs z.B. im Bereich der Finanzmärkte wirbt, scheitern aber an Lobbymacht. Der Lobbyismus größerer Unternehmen gehört – auch deshalb – zu den drängendsten Problemen, die es in Deutschland gibt, so Mark etwas früher im Gespräch. Deshalb plädiert er für mehr Transparenz, die mit Hilfe eines Lobbyregisters geschaffen werden könnte, »[...] wo Politiker zum einen ihre Kontakte offenlegen müssen, ihre Ge-

hälter [...]«, zugleich »[...] man diese besagten Lobbyisten dann quasi auch enttarnt, wer für welche Firma da agiert [...]«.

Lobbyismus ist für Mark nicht gleich Lobbyismus, er unterscheidet scharf die Interessen, für die politische Entscheidungsprozesse beeinflusst werden sollen. Eine umwelt-politische NGO beispielsweise setzt sich demnach für allgemeine Interessen ein, Unternehmen dagegen für private – in dieser Logik: lediglich ihre eigenen. Während Mark diese Sichtweise begründet stellt er die Interessen der Bevölkerung den Interessen einzelner Firmen gegenüber und argumentiert mit einer Entscheidungssituation. Ähnlich wie im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie zeichnet sich hier – auch vor dem Hintergrund der sozialen Polarisierung, die Mark feststellt – eine popular-demo-kratische Haltung ab. Nicht für die Unternehmensseite sollten sich Politiker*innen einsetzen, sondern für die Bevölkerung.

»Wenn eine Firma sich aktiv in die Politik mischt, hat das da nichts zu suchen. Die Politik muss unabhängig von den Firmeninteressen agieren können, wo ich Deutschland und viele andere Länder nicht sehe, weil [...] die Firmen offen hingehen an die Politiker, im schlimmsten Fall irgendwelche Deals macht und versucht, seine Interessen durchzusetzen. Jeder hat natürlich Interesse, seine Interessen zu gewahren. Ja, aber die Politik muss davon ziemlich abgeschirmt sein und die muss sich auf Fakten konzentrieren und mehr auf die Bevölkerung und nicht auf das Interesse einzelner Firmen.«

Ich frage ihn, ob nicht auch sein Gewerkschaft Lobbyismus macht, also die Interessen des ver.di-Mitglieds »der« Politik gegenüber vertritt. Mark differenziert und nimmt Bezug auf die Gemeinnützigkeit von Interessen:

»Natürlich ist das auch ein gewisser Lobbyismus oder eine Interessensvertretung. Nur man muss ja auch gucken, wessen Interessen sie vertreten beziehungsweise der Lobbyist für eine Firma vertritt ja nur ein Interesse. Die anderen Interessen sind gemeinnützig. Ich verstehe deine Fragestellung, ja, weil beide praktizieren Lobbyismus, welcher Lobbyismus ist jetzt der gute, welcher ist der schlechte, um es einfach auszudrücken, fehlen mir die Worte, um das vernünftig zu erklären. Firmenpolitik hat in Berlin nichts zu suchen, das muss einfach da raus. Wenn jetzt eine Umweltschutzorganisation hingehet und sagt, »hallo, unsere Wälder sterben, wir müssen was dagegen tun« und machen dann Werbung oder Lobbyismus, um dann Maßnahmen dagegen einzulenen oder dagegen zu bewirken, ist das ja ein ganz anderer Background als der, den der Lobbyist einer Firma hat oder einer Branche. [...]

Ja, eine Firma handelt ja aus Eigeninteresse. Greenpeace, ja, gewissermaßen, aber ist ein ganz anderes Interesse. Die handeln ja nicht als Einzelinteresse, weil sie ihr Produkt verkaufen wollen oder irgendwie aus irgendwelchen Gründen, dass Verluste machen würden, ja, sondern eher einen Gewinn für die Allgemeinheit. Beziehungsweise sie kämpfen für jemand anderes, in diesem Fall die Natur, im weitesten Sinne dann für ihr eigenes Überleben oder für ihre eigene Verbesserung.«

Es wäre übertrieben Mark einen Antikapitalisten zu nennen. Sowohl durch seine Überlegungen zum Klimawandel, zur wachsenden Ungleichheit im Land als auch durch seine Lobbyismuskritik zieht sich aber eine deutlich skeptisch-kritische Haltung gegenüber

großen Privatunternehmen. Dabei spielt auch der Interessengegensatz zwischen Unternehmen und Beschäftigten punktuell eine Rolle. Etwas später im Gespräch heißt es etwa über den Unterschied zwischen Unternehmenslobbyismus und gewerkschaftlicher Politik:

»Ja, allerdings haben wir da ja dann auch schon indirekt zwei Fronten. Einmal die Arbeitnehmer und dann die Wirtschaftsvertreter, die für die Firmen eintreten und dann für das Kapital der Firma in erster Linie und zwischen denen muss ein vernünftiger, ausgeglichener Konsens erfahren, ne. Das ist die Frage, wie das dann im Endeffekt ähm gestrickt ist, aber ich glaube, die Unternehmenspolitik ist in vielen Bereichen auch anders geworden.«

So sehr Mark den Lobbyismus der Konzerne kritisiert, eine übermächtige Lobby sieht er nicht am Werk. Zumindest sieht er Grenzen. Wie sonst sollten fortschrittliche Gesetze bzw. Reformen zu erklären sein, auf die er hinweist? »Wäre es eine konsequente Politik für die oberen Zehntausend, dann gäbe es keinen Mindestlohn in diesem Land, immer noch nicht.« Das ist eine wichtige Wendung, denn die Kritik an Konzernlobbymacht mündet so nicht in Ohnmachtsgefühlen und in eine Abwendung von Politik. Zumindest möglich bleiben ja Reformen, die in die richtige Richtung gehen.

Eine etwas andere politische Orientierung ist für Ökopragmatiker*innen charakteristisch. Auch sie kritisieren nüchtern die Macht des großen Geldes, typisch ist für sie aber eine deutlich pragmatischere Gestaltungsorientierung als sie sich beim Klimasozialen Mark abzeichnet.

Hermann, Handelslagerbeschäftigter

Parteien und Politiker sind auch für den Ökopragmatiker Hermann (I 24) ein zentrales Thema und Problem. Sein Eindruck ist, so spitzt er seinen Einstieg ins Thema zu, »[...] dass die deutsche Politik mittlerweile schon so erinnert an osteuropäische oder Bananenrepublikverhältnisse«. Gute Politiker*innen, so impliziert er, machen sich Gedanken um das ganze Land. Das ist ein Gedanke, den er im Gespräch wiederholt – es geht um das Ganze im Unterschied zum Einzelinteresse. Zugleich verbindet er mit »Gedanken um das ganze Lande machen« eine Vorstellung von Verantwortungsbewusstsein bzw. Kompetenz. Heutige Politiker*innen agieren hingegen aus Eigennutz. In diesem Zusammenhang thematisiert er auch den Einfluss der Wirtschaftslobby. »Geld ist Macht. Und je mehr Geld man hat, desto mehr Macht kann man ausüben.« Allerdings lehnt Hermann nicht alle Parteien ab, ein populistischer Bruch zwischen Volk und Politik zeichnet sich nicht ab, sondern eher die Suche nach Kompetenz, Glaubwürdigkeit und Gestaltungswillen. Für den Strang Ökopragmatismus ist diese Orientierung an Gestaltungswillen, Kompromissbereitschaft und Pragmatismus entscheidend. »Klug daherreden«, so Hermann, »können viele, ich muss sehen, wie die Leute handeln, wenn sie in einer verantwortlichen Position sind.« Hermann misst an den Taten, nicht an den Versprechen – will aber eben auch Taten sehen. Positiv besetzt ist für ihn ein »gesunder Pragmatismus«, für den früher die SPD stand, »[...] man war getragen von Überzeugungen, [...] aber man war auch bereit zu Kompromissen.« Heute sei das anders, die SPD ist »nichts Halbes und nichts Ganzes« Fündig wird er bei seiner Suche nach einer Kompetenz und diesem realpolitischen Pragmatismus bei den Grünen.

Paul, Industriebeschäftigter

Auch der Ökopragmatiker Paul (I 30) vereint einen durchaus skeptischen Blick auf die politischen Parteien und insofern das politische System mit einer ausgeprägten Gestaltungsorientierung. So lässt er etwa wissen »wer das Geld hat, bestimmt. Das war schon immer so. Das ist auch hier im Betrieb so, das ist Zuhause so, das ist in der Politik auch so.« Zwar spricht er nicht gleich von einer Bananenrepublik, wie Hermann es tut, stellt aber nüchtern die politische Macht der Wirtschaft fest. Ein Beispiel dafür sieht er etwa in runden Tischen, die Politiker*innen mit Konzernen veranstalten, bei denen sich am Ende die Anliegen der Unternehmen in der Regel durchsetzen. »Gibst Du mir was, dann geb ich Dir was!« Gleichzeitig wertschätzt Paul das (interessen-)politische System Deutschlands. Darüber hinaus plädiert auch er für eine Art realistischen Pragmatismus, wie in seiner Beurteilung verschiedener Parteien deutlich wird. Die Partei DIE LINKE würde er beispielsweise nicht wählen, weil deren Forderungen nicht umsetzbar seien. Grundsätzlich seien die Ideen »nicht schlecht«, aber das kapitalistische System ließe ihre Verwirklichung einfach nicht zu. In diesem Zusammenhang thematisiert Paul – ohne dies selbst so zu formulieren – die gewachsene strukturelle Macht des Kapitals, die aus der Transnationalisierung der Produktion folgt. Dabei greift er auch auf eigene Erfahrungen zurück, die er als Betriebsrat in einer Branche gemacht hat, die durch transnational agierende und stark in den Exportwettbewerb eingebundene Unternehmen geprägt ist. Anzuerkennen sei, so Paul, dass die Unternehmer in der Globalisierung am längeren Hebel sitzen. »Und da muss man gucken, dass man mit denen zu unseren Gunsten mit denen kooperiert. Und da gehen die LINKEN ein Stück zu weit mit vielen Ideen, die leider Gottes nicht machbar sind.« Eine zu konfrontative Politik, eine, die die Wettbewerbsinteressen der Unternehmen vernachlässigt, »bringt uns ja nicht weiter, weil die Welt das nicht mitmacht.« Wenn das Kapital abgewandert ist, so Paul weiter, nützt dies auch den Beschäftigten nichts.

Sozialstaatsorientierungen

Klimasoziale plädieren für eine starke Wohlfahrtsstaatspolitik. Mark wünscht sich deshalb eine Regierung aus Grünen, LINKE und SPD, die »[...] dann auch wirklich Tacheles reden und politisch was auf die Beine bringen, was auch dementsprechend in den [...] Parteiprogrammen auch definitiv steht.« Er ist Wähler der Grünen, weil sie Umweltschutz und Sozialstaatspolitik miteinander verbinden. Der LINKEN attestiert er zu klein zu sein, außerdem »[...] sehe ich viel Rot, aber wenig Grün«, wenngleich er durchaus feststellt, dass auch die LINKE ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm hat (»die haben auch Grün«). Der LINKEN steht er insofern durchaus positiv gegenüber. Ausschlaggebend für seine Entscheidung für die Grünen ist Marks abwägende Höherbewertung der ökologischen gegenüber der sozialen Frage: »Die Natur oder Umweltschutz, finde ich, ist höher anzusiedeln als soziale Werte.«

Hermann, Handelslagerarbeiter

Dass der Ökopragmatiker Paul gerade aufgrund seines deutlich herausgestellten Realismus, der auf der Anerkennung unternehmerischer Profitinteressen beruht, die Reformpolitik der LINKEN ablehnt, habe ich bereits dargelegt. Aber auch Hermann grenzt sich deutlich von der LINKEN ab. Die GRÜNEN haben ein positives Image für ihn, sie kümmern sich

um die ökologischen Themen, sind kritisch gegenüber Lobbyinteressen, etwa gegenüber der Chemischen Industrie, und vertreten eine glaubwürdige Außenpolitik, die die Werte der Bundesrepublik – Menschenrechte und Freiheit – zur Grundlage hat, insbesondere vertreten sie seines Erachtens klare Positionen gegenüber Diktaturen, und setzen sich für den notwendigen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein. Deutlich anders sieht er die LINKE, sie ist für ihn kaum an realer Politik interessiert, er sieht sie als »ideologisch verbohrt«, »die sind ja irgendwie noch total im Marxismus-Leninismus gefangen [...]«. Nicht zuletzt die Außen- und Sicherheitspolitik der LINKEN lehnt Hermann ab, insbesondere sieht er sie an der Seite von Diktaturen stehen.

»Und auch was die sehr unkritische Haltung angeht gegenüber Russland und China, da sehe ich den uralten Antiamerikanismus. Der ist doch verwurzelt. Da habe ich manchmal das Gefühl, jeder, der gegen Amerika ist, und wenn es auch Russland und China ist. Also bei Russland und China ist das alles okay und Hauptsache die Amerikaner immer schön beschimpfen. Ich meine, [...] ich sehe Amerika auch kritisch und auch was sie machen in der Außenpolitik. Da müssen wir uns gar nicht drüber unterhalten. Aber man kann da nicht auf einem Auge so total blind sein und auf dem anderen wieder fast schon penetrant penibel alles kritisieren wollen, was einer macht.«

Wohlgemerkt, nicht alle Ökopragmatiker haben sich von der LINKEN so vehement abgegrenzt. Der oben bereits zitierte Krankenpfleger Thorben, ebenfalls Grünenwähler, sympathisiert durchaus mit der Partei. Insofern wäre es falsch darin ein typisches Merkmal des Ökopragmatismus zu sehen.

Auch wenn er den Klima- und Umweltschutz priorisiert: Sozialpolitik ist Mark gleichwohl wichtig, insbesondere die »elementaren Dinge«, die Arbeitslosenversicherung, die Rente, Pflegeversicherung und die Krankenversicherung. Das Elterngeld wertschätzt er, hält es aber – gerade im internationalen Vergleich – für einen großen Luxus. Hätte er die Möglichkeit mehr Geld für einen Bereich des Sozialstaates auszugeben, würde er dies für die Rente und Hartz 4 tun, die Bezieher*innen erhalten zu geringe Leistungen. Über das Arbeitslosengeld II als Teil der Agenda 2010 kommt er im Laufe unseres Gesprächs an verschiedenen Stellen zurück. Bei der Beurteilung wägt er durchaus gegeneinander ab, was gegen zu starke Zumutbarkeitsregeln gegenüber ALG-II-Bezieher*innen spricht und ob nicht die Gefahr besteht, dass Menschen die Arbeitslosenversicherung ausnutzen, wenn die Zumutbarkeitsregeln sehr locker sind. Das verdeutlicht er am Beispiel des Bedingungslosen Grundeinkommens, das er ablehnt.

»Für ein bedingungsloses Grundeinkommen, was manche ja fordern, wäre ich jetzt [...] nicht so dafür, damit es auch dementsprechend nicht ausgenutzt werden kann. Also, ich persönlich, wenn es nach mir gehen würde, würde ich auch lieber zu Hause bleiben als zu arbeiten. Ich hätte genug zu tun oder ich könnte mir genug Sachen vorstellen, die ich machen kann. Allerdings leben wir ja in einer Gesellschaft. Das heißt in einem Miteinander, und dann ist es nur legitim, wenn ich irgendetwas tue, wo ich der Gesellschaft etwas zurückgeben kann. Also, irgendeinen Dienst an der Gesellschaft, am Gemeinwesen muss ich tun. Einfach mich zurücklehnen und nichts tun, ist schlecht.«

Für eine staatliche Leistung sollte also eine Gegenleistung erbracht werden müssen. Wäre Mark in der Lage die Politik im Land zu gestalten, etwa als Kanzler einer von ihm favorisierten grün-rot-roten Bundesregierung, würde er die erneuerbaren Energien ausbauen, Alternativen zur »Festung Europa« schaffen, außenpolitisch härter mit diktatorischen bzw. undemokratischen Regierungen ins Gericht gehen (er nennt Ungarn als Beispiel, das er aus der EU ausschließen will, weil es sich in Richtung einer Diktatur entwickelt), den Unternehmenslobbyismus abschaffen und für soziale Gerechtigkeit sorgen. Hartz-4 würde er grundlegend überarbeiten, Reiche und Unternehmen deutlich stärker besteuern und Tempo 30 in den Städten einführen. Nimmt man das Plädoyer für punktuelle Verstaatlichungen hinzu, spricht sich Mark insofern für einen umverteilenden und schützenden Sozialstaat sowie eine stärkere Wohlfahrtsstaatspolitik des Öffentlichen aus.

Die Sozialstaatsorientierungen der Ökopragmatiker unterscheiden sich klar von den Klimasozialen. Ihre Ansprüche sind bescheidener, allenfalls moderat. Ökopragmatiker sind insbesondere an einer schützenden, in geringerem Maße auch an einer umverteilenden Wohlfahrtsstaatspolitik interessiert.

Ökopragmatiker Thorben, Krankenpflegefachkraft

Wie ich oben dargelegt habe, deutet Thorben (I 11) die materielle Ungleichheitsentwicklung in Deutschland als eine Art Gleichzeitigkeit wachsender Ungleichheit zwischen Arm und Reich einerseits, relativ guten Lebensbedingungen für die soziale Mitte andererseits, die von der sozialen Polarisierung nicht oder kaum betroffen ist. Vor diesem Hintergrund erklärt er: »Ich würde den Mindestlohn deutlich anheben, damit die Diskrepanz zwischen größeren und kleineren Verdiensten kleiner wird. Die Leute sollten nicht noch, wenn sie arbeiten, auch noch Sozialleistungen beantragen müssen.« Seine sozialpolitischen Ideen beziehen sich ausschließlich darauf, die Lage derjenigen zu verbessern, die er als Arme sieht. Neben Niedriglohnbeschäftigten gehören hierzu die Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, das er nicht zuletzt für problematisch hält, weil »man nach 12 Monaten schnell reinrutscht.« Kurz, es destabilisiert den sozialen Status von Erwerbstätigen. Aber auch für die ALG-Bezieher wünscht er sich Verbesserungen. Er spricht sich für die Einführung einer Mindestsicherung aus, die höher wäre als »Hartz-Vier«. Ausdrücklich positioniert er sich in diesem Zusammenhang gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen, er ist, wie er unterstreicht, »für das vernünftige Mittelmaß.« Gegen das Grundeinkommen führt er die Leistungsgerechtigkeit ins Feld, auch wenn er sie nicht beim Namen nennt:

»Beim bedingungslosen Grundeinkommen ist das so, dass mich das persönlich schon ärgern würde, wenn ich mitbekommen würde, dass jemand zu faul ist zu arbeiten. Wenn jemand zu faul ist und der würde so viel Geld bekommen wie einer, der eine halbe Stelle arbeitet zum Beispiel, dann fände ich das ungerecht. Das kann nicht sein, dass man jemanden hofiert, während der andere sich in irgendeiner Form einbringt und sich den Arsch aufreißt in der Hälfte seiner Zeit da. Also das würde mich schon unzufrieden machen. Das darf auch nicht sein.«

Paul, Industriebeschäftigter

Wenngleich im Gespräch, das ich mit Paul (I 30) geführt habe, die Oben-Unten-Spaltung lediglich eine zweitrangige Rolle spielte, von einer ausgeprägten kritischen Sicht auf materielle Ungleichheit insofern nicht die Rede sein kann, spielen der Sozialstaat und Sozialreformen für ihn eine Rolle. Armutsprobleme und wachsende Ungleichheit, die er durchaus wahrnimmt, möchte er durch einen höheren und an regionale Preisunterschiede angepassten Mindestlohn bekämpfen. »Was in Thüringen reicht, reicht in München nicht.« Darüber hinaus wünscht er sich, dass Mieten gesetzlich eingefroren werden, da Mietpreissteigerungen Armut erzeugen. Und schließlich plädiert er für eine Krankenhauspolitik, die davon entlastet in den Häusern Gewinne erwirtschaften zu müssen.

Hermann, Handelslagerarbeiter

Sozialpolitische Reformwünsche spielen in Hermanns (I 24) Denken eine nachgeordnete Rolle. Neben höheren Investitionen in die Schulen, also die Stärkung befähigender Sozialstaatspolitik, spricht sich Hermann für eine Reform der Steuerpolitik aus. Ausgangspunkt ist für ihn die Deutung, der Staat solle soziale Leistungen wie etwa das Kindergeld, nicht allen Bürger*innen zahlen. Das Kindergeld sei ein Beispiel für eine »Rasensprengergeldvergabe«, von der – so die Implikation – auch diejenigen profitieren, die das Geld eigentlich nicht brauchen. Hierin drückt sich nicht notwendigerweise eine Anti-Unterstützungshaltung aus. Im Zusammenhang mit seinem Plädoyer für eine steuerpolitisch Entlastung der unteren und mittleren Einkommen ließe sich die Forderung nach gezielteren Transferleistungen auch als Anspruch interpretieren, stärker den unteren Einkommensschichten zu helfen. Ambivalent bleibt diese Orientierung allemal. »Wie gesagt, Geld zielgerichteter einsetzen. [...] Das Steuergeld denen geben, die es wirklich brauchen.« Genau das aber – wer braucht staatliche Transferleistungen, wer bezieht sie berechtigterweise – ist politisch-moralisch umkämpft. Und es gehört zu den gängigen Argumenten neoliberaler und neokonservativer Sozialstaatskritiken, dass Menschen zu Unrecht staatliche Transferleistungen beziehen, die sie eigentlich gar nicht brauchen. Eindeutig sind demgegenüber Hermanns Steuersenkungsvorschläge, zu denen er überleitet. Insbesondere die Lohnsteuer für einfache und untere Einkommensschichten müssten niedriger sein. Die Steuer funktioniert

»schon deutlich zu Ungunsten der niedrigen und mittleren Einkommen in Deutschland. Da sehe ich auch so eine klare Benachteiligung, was die Steuerpolitik angeht, der einfachen arbeitenden Menschen, [...] die sind die Gearschten auf gut Deutsch. Da sehe ich [...] schon auch großes Potenzial für Verbesserungen.«

5.3.7 Der Exklusive Sozialpopulist

»Ich habe ganz klar [...] das Gefühl, dass das im Endeffekt [...] zwei Hemisphären sind. Also die Politik an sich, die [...] wie die Denker und Lenker über diesem Land schweben. Und dann kommt ganz viel Luft dazwischen und dann kommen eigentlich die Menschen, um die es ja geht in diesem Land. [...] Dass man das Gefühl hat, da oben sitzt eine Schaltzentrale, die schaltet mal so vor sich hin, guckt auf [...] ihre Bildschirme und

sagt, »ach ja, heute drücken wir mal den Knopf, heute drücken wir den, mal gucken was passiert.«

So spitzt Kevin, Ende dreißig, alleinstehender Vater und Arbeiter mit mittlerer Reife in einem großen Lager des Einzelhandels, seine Sicht auf die Politik zu, die von Skepsis und Distanz geprägt ist. Dort »die« Politik, hier die Menschen, um die es eigentlich gehen müsste. Verbunden ist diese Deutung mit einer deutlichen Sozialkritik, die sich gegen das Management des eigenen Betriebes richtet und mit Unzufriedenheit über die soziale Ungleichheitsentwicklung im Land. Exklusiver Sozialpopulismus (siehe auch: Goes 2015, 241f.) habe ich das Deutungsmuster genannt, das sich bei Kevin abzeichnet.

Charakteristisch ist vordergründig ein ähnlich kritischer Blick auf den politischen Betrieb, wie wir ihn auch bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen finden. Aber im Exklusiven Sozialpopulismus dominiert keine popular-demokratische Haltung gegenüber Politiker*innen oder Parteien, sondern eine populistische. Für *populistische Deutungen* ist typisch, dass eine starke Entfremdung zwischen Volk und Elite wahrgenommen wird. Diese Spaltung soll aufgehoben werden, gute Politiker*innen bzw. ein »gutes Oben« soll sich um die Leute kümmern (Reinfeldt 2013, 51–54). »Die« Politik sollte eigentlich auf die Bevölkerung hören, tut es aber nicht. Daraus folgt eine gewisse Antihaltung, die allerdings nicht zu politischer Inaktivität führen muss – und auch nicht zu einer zugespitzten Ablehnung, wie sie beispielsweise für den Sozialrebellischen Nationalismus typisch ist. Im Exklusiven Sozialpopulismus wird die Ununterscheidbarkeit der Parteien, die Entfremdung der Politiker*innen von den Wähler*innen kritisiert, ihre Selbstbereicherung bzw. ihr materieller Eigennutz, auch der Unternehmenslobbys.

Ich spreche von Sozialpopulismus, weil der Eindruck des sozialen und politischen Verlassenseins (ähnlich: Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022; Hillje 2018) und fehlender Anerkennung für dieses Deutungsmuster zentral ist und mit der Enttäuschung über »die Politik« verbunden wird. Dieser Eindruck des Verlassenseins geht einher mit einem kritischen Blick auf soziale Ungleichheit. In diesem Sinne handelt es sich um einen Arbeiterklassenpopulismus, in dem sich Angehörige der Arbeiter*innenklasse mit symbolischen Begriffen wie »der kleine Mann«, »die einfachen Leute« oder auch das »einfache Volk« identifizieren, um sich selbst von denen an der Spitze der Gesellschaft zu unterscheiden, ob das nun die Reichen und Mächtigen oder die Regierung und Großkonzerne sind (Gamson 2002, 89–90). Allerdings wird im Unterschied etwa zum Muster Soziale Gemeinwohldemokratie kein brisanter Ungleichheitsdiskurs entwickelt, um den das Denken kreist.

Befähigende, vor Not schützende und umverteilende Sozialstaatspolitik wird gewünscht, das »Problem Klimawandel« ist hingegen nicht zentral. Allerdings gibt es eine unbestimmte Offenheit gegenüber einer Klimaschutzpolitik, die sich aus der ablehnenden Reaktion speist, mit der politische Eliten auf Klimaaktivist*innen reagieren. Der Populismus, der sich bei Kevin findet, hat einen liberalen Grundzug. Zum einen, weil die Institutionen der liberalen Demokratie gewertschätzt werden, sich um Distanz gegenüber der extremen und populistischen Rechten bemüht wird. Zum anderen ist er liberal, weil die Kritik am Oben und auch an »den Politiker*innen« auf Versöhnung aus ist. Die Kritik am Oben wird so nicht notwendigerweise entschärft, aber sie ist –

anders als im Fall der popular-demokratischen Deutungen im Muster Soziale Gemeinwohldemokratie oder im Fall der ausgrenzend-populistischen Deutungen im Muster Sozialrebellischer Nationalismus – nicht antagonistisch.

Typisch für den Exklusiven Sozialpopulismus sind Abgrenzungen gegenüber Migrant*innen bzw. eine klare Migrations skepsis. Die Abgrenzung ist keineswegs aggressiv, aber sie ist von zentraler Bedeutung, keineswegs randständig. Die einfachen Leute, die von der Politik vergessen werden, sind für Kevin z.B. keineswegs lediglich Deutsche ohne Migrationshintergrund. Kulturelle Distanzierung im Lichte einer deutschen Kultur, die als liberal gewürdigt wird, sind aber prägend. Anders als im Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus wirkt das nicht unbedingt autoritär-ausgrenzend, denn hier zielt die Abgrenzung nicht auf die Hierarchisierung von Ansprüchen und Rechten ab, es wird auch nicht offensiv eine Bevorzugung des Zuerst-Hier-Gewesenen eingefordert. Migrations skepsis geht vielmehr Hand in Hand mit der Deutung, Einwandernde würden sich nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren, sollten dies aber. Auch wenn gleichzeitig signalisiert wird, dass Zuwanderung nicht abgelehnt wird, sind die ausgrenzend-autoritären Potenziale schwerlich zu übersehen.

Sozialporträt: Der Fall Kevin

Kevin gehört zu den Gesprächspartnern, die erst in jüngster Zeit begonnen haben sich gewerkschaftlich zu organisieren, wurde dann aber schnell Mitglied des Betriebsrates. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs ist er seit rund 10 Jahren als Kommissionierer in einem großen Lager des Einzelhandels beschäftigt. Wie alle Lagerbeschäftigten aus dem Handel, mit denen ich gesprochen haben, hat auch Kevin eine brüchige Berufsbiografie. In den Betrieb gekommen ist er auf Umwegen, zuerst hat er als Krankenpfleger gearbeitet, suchte u.a. aufgrund der dort schlechten Arbeitsbedingungen einen neuen Job und fand diesen schließlich als Lagerarbeiter – Unsicherheit inklusive, denn einen festen Arbeitsvertrag gab es erst nach zweimaliger Befristung. Prekaritätserfahrungen sind ihm also nicht fremd, seinen schließlich gelungenen Einstieg in die Festbeschäftigung sieht er als Erfolgsgeschichte, als etwas, was er sich erarbeitet und verdient hat.

Dennoch verdichten sich viele seiner Erzählungen zu einer Art Missachtungsgeschichte, die denen ähnelt, die der Sozialrebellische Nationalist Karl, aber auch der Industriearbeiter und Enttäuschte Sozialliberale Jens schilderten. Er war und ist unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen innerhalb des Betriebes, aber seine Kritik entzündet sich weniger an den Löhnen (er verdient netto rund 1800–1900 Euro), sondern insbesondere an der Art und Weise des Umgangs, den das lokale Management mit der Belegschaft pflegt. Ein rein instrumenteller Umgang des Managements mit den Beschäftigten missfällt ihm.

»Also man war nur noch da, um irgendwas zu machen, und zwar ein Ergebnis zu erzielen und letztendlich war es denen egal, wie. Der Zweck heiligt die Mittel, so nach dem Motto. ›Wir können auch über euch bestimmen‹. Ich sag mal ›ihr gehört uns‹, so war das Gefühl.«

Etwas später im Interview präzisiert er, er kritisiert ein zwanghaftes Disziplinarregime, auch wenn er selbst das begrifflich so nicht ausdrückt:

»Der Umgang war wahnsinnig, [...] die Leute wurden unter Druck gesetzt, massiv. Also wirklich [...] dann psychologisch oder mit Konsequenzen, mit Verweildauer des Arbeitsplatzes und allem Drum und Dran. Gleichzeitig wurde massiv Leiharbeit über Osteuropa eingeführt, sage ich jetzt mal. [...] es hat sich mal ein Abteilungsleiter vor [...] meiner Schicht hingestellt und hat gesagt, wenn ihr nicht spurt, dann seid ihr alle weg und dann holen wir nur noch Rumänen [...].«

Kevin deutet die betriebliche Situation als Erpressungsordnung, in der Anliegen der Beschäftigten systematisch nicht berücksichtigt wurden:

»Du wurdest halt regelmäßig immer in Gespräche verwickelt, die dich so spüren haben lassen, [...] du bist hier nur eine Null, du bist hier null und nichts, du bist kein Name, du bist hier nicht ein Mensch. Du bist hier dazu da, damit du als biologische Maschine das umsetzt, was wir wollen.«

Als ich diese Geschichte erneut gelesen habe, fiel mir der Unterschied auf, der zwischen der Missachtungsgeschichte besteht, die Kevin erzählt, und denen, die sich in den Transkripten der Interviews abzeichnen, die ich mit Sozialliberalen geführt habe, teilweise auch mit Gemeinwohldemokrat*innen. Kevin schildert ein fast nacktes Zwangsverhältnis, in dem auch rudimentäre Formen der interessenpolitischen Anerkennung fehlten, die durch eine funktionierende Interessenvertretung gesichert worden wäre. Ich muss daran denken wie Friedrich Engels, freilich in der Zeit, bevor Arbeiter*innen im großen Maßstab gewerkschaftliche Rechte in der Arbeitswelt verankerten, das Wesen des Lohnarbeitsverhältnisses bestimmte. Lohnarbeit sei dem antiken Sklavenverhältnis ähnlich, nur in anderer Form, weil »das Kapital« an der Arbeitskraft kein anderes als ein nacktes egoistisches Interesse habe (Engels 1990, 310). Das Lohnarbeitsverhältnis als despotische Beziehung zwischen Kapital und Lohnarbeit: nicht ganz anders beschreibt Kevin die betrieblichen Sozialbeziehungen, mit denen er umgehen musste. Weiter beschreibt er Strafpraktiken des Managements:

»Das heißt [...] gibst du Widerworte, kriegst du Stress, hast du schlechte Arbeitskonditionen, sagen wir mal so. Es wurde in deinen Arbeitsplatz eingegriffen, du konntest nicht mehr das umsetzen zum Beispiel, was du dir selber als Ziel gesetzt hast. [...] Wir haben ja in dem Lager [...] eine Zielvereinbarung. Das heißt, wenn du als Kommissionierer eine bestimmte Kolli-Zahl, also Packzahl pro Stunde erreichst, bekommst du noch mal einen Bonus. Das wurde zum Beispiel damals immer ausgelegt im Sinne von ›du musst‹. Du hast und selbst eine Zahl gesagt, und dann lagst du zehn Kollis da drunter, hast du mir nichts dir nichts ein Gespräch gehabt, wo unter anderem mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht worden ist. Wo gedroht worden ist, dann musst du hoch zum großen Chef und was weiß ich nicht alles«

Kevin veranschaulicht die Willkür des Managements auch anhand persönlicher Geschichten, unter anderem wurden ihm zugesagte Urlaubstage angesichts eines besonderen familiären Ereignisses nicht gegeben: »[...] der Arbeitnehmer hat keine Rechte.« Worum es dem Management ging: gesteigerte Leistungsziele erreichen und lange Arbeitszeiten ausnutzen.

Die Kritik an Missständen mündet in Forderungen nach transparenteren Verfahrensregeln, klaren Absprachen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat und Verlässlichkeit. Neben der Mitbestimmung bei flexiblen Arbeitszeiten, durch die Planbarkeit und ein gewisses Maß an Selbstbestimmung erreicht werden soll, plädiert Kevin für Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die für einfache Beschäftigte einfach fehlen. Erbrachte Leistung soll nicht nur entlohnt werden, leistungsbereiten Kolleg*innen soll auch eine individuelle Qualifizierungsperspektive geboten werden. Faktisch wünscht Kevin sich eine betriebliche Weiterbildungs politik im Interesse der Beschäftigten, auch wenn das Unternehmen selbst keinen Bedarf an besser ausgebildeten Arbeitskräften hat, »einfach, um für dich auch eine höhere Qualifikation zu erreichen«, wie es im Folgenden heißt. Das Unternehmen soll den einzelnen

»[...] Mitarbeitern wieder eine Perspektive geben. Das heißt, das Feld Weiterbildung in den Vordergrund rücken und sagen, es kann nicht sein, dass man immer nur begründet, es gibt ja gar nicht so viel mögliche Positionen oder verschiedene Aufgaben in einem Betrieb [...]. [...] Heißt ja nicht, du kannst jetzt dann in zwei Jahren Betriebsstättenleiter oder Gruppenleiter oder was werden. Aber wir bilden dich trotzdem auf gewissen Punkten weiter, einfach, um für dich eine höhere Qualifikation auch zu erreichen. Also auch mit dem Interesse Eigennutz, sage ich jetzt mal, aber auch zu sagen, Mensch, wir wollen dich als Mensch sozusagen auch motivieren und an der Stange halten und dich weiterbilden und fördern, was ja auch nicht wirklich gegeben ist.«

Hier verbindet sich ein Wunsch nach Wertschätzung des einzelnen Kollegen mit der Hoffnung, dass so auch die Beschäftigungschancen vergrößert werden, sollten einfache Arbeitsplätze im Zuge bevorstehender Rationalisierungswellen verloren gehen. Denn dass die digitale Rationalisierung der Lagerarbeit einen Teil der eigenen Belegschaft überflüssig machen könnte, ist eine Sorge, die Kevin durchaus umtreibt, auch wenn er kein konkretes Bedrohungsszenario darstellt (X Beschäftigte könnten bis zum Jahr Y wegrationalisiert werden). Bildung und Weiterbildung sind für ihn – auch deshalb – Felder, auf denen ein guter Sozialstaat aktiv sein sollte. Doch dazu später mehr.

Der Spalt zwischen Volk und Politik

Viel Raum in unserem Gespräch nehmen Kevins Überlegungen zu Politiker*innen und Parteien ein, die ich als populistisch bezeichnen möchte. Populismus wird in der Alltagsdebatte häufig als ein abwertender Begriff benutzt. Populistisch, so heißt es dann, sind immer die anderen – wer populistisch ist, vereinfacht demnach so sehr, dass die Aussagen falsch, aber verlockend sind. Populist*innen schüren, so die Kritik, Vorurteile oder reden den Menschen opportunistisch nach dem Mund. In diesem Sinne ist der Populismusvorwurf ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Innerhalb der Sozialwissenschaften bedeutet Populismus etwas anderes. Wissenschaftlich betrachtet handelt es sich beim Populismus eher um einen politischen Stil und eine Denkweise (Dubiel 1986, 7f.), die links, liberal oder rechts sein kann.

Eine ausgrenzende autoritär-populistische Verarbeitungsweise habe ich anhand des Sozialrebellischen Nationalismus nachgezeichnet. Aber nicht alle Populismen müssen in diesem Maße ausgrenzend-autoritär sein. Populistisches Denken zeichnet sich etwa

durch die Gegenüberstellung von Volk und Eliten bzw. Volk und politischen Entscheidungsträger*innen aus, zwischen denen ein Gegensatz aufgemacht wird (Priester 2012, 12). Das Volk erscheint in diesem Antagonismus als gut und wissend, »die Politik« oder »die da Oben« werden stark negativ bewertet. Die Distanz gegenüber den etablierten Parteien markiert eine Art populistische Repräsentationslücke (Flecker/Kirschenhofer 2007, 18). In diesem Sinne kann auch Kevins Denken als populistisch bezeichnet werden. Zwischen Volk und Politik existiert eine große Distanz:

»Aber das Gefühl, dass von dem Volk Gewählte das Volk auch vertreten, also für das Volk entschieden wird, hat man doch nicht. Also ich sehe das zumindest so. (.) es findet ja auch keine [...] politische Identifikation mehr so richtig statt. Man hat immer nur das Gefühl, das ist die Politik, da geht es nur um ein Hauen und ein Stechen und wer kriegt den größten Geldbeutel da oben ab oder sonst irgendetwas. Aber [...] wirklich mit für das Volk bestimmte Dinge zu entscheiden, den Eindruck hat man doch schon lange nicht mehr, dass das passiert.«

»Politik« nutzt Kevin hier als Synonym für ein Feld des Streits und des Eigennutzes, die politischen Akteure haben sich vom Interesse des Volkes entfernt, vertreten es nicht mehr. Kurze Zeit später heißt es im Interview ergänzend:

»Also aus meiner Sicht, ich habe wirklich das Gefühl, das sind zwei verschiedene Welten, die nicht mehr zusammenpassen. Oder die Politik ist nicht mehr für das da, für was sie eigentlich ursprünglich gedacht war. [...] Wir haben diesen Menschen diese Möglichkeit, ja auch diese Macht gegeben, damit sie im Sinne oder für das Volk handeln und nicht so partiell für bestimmte Bereiche.«

Ähnlich wie in Deutungstendenzen, die ich in Kapitel 5.2.5 nachgezeichnet habe, wird hier eine Entfremdung deutlich – zwei Welten existieren, die getrennt voneinander bestehen. Statt sich um die Anliegen des Volkes zu kümmern, setzt sich »die Politik« eher für »bestimmte Bereiche« ein. Der konkrete Zusammenhang, in dem Kevin diese Überlegung entwickelt, ist die Corona-Pandemiepolitik, die wirtschaftlichen Interessen diene, nicht aber dem ganzen Land. Konkret kritisiert er die Lobbyarbeit für die Medikamentenbranche – während »andere Bereiche ganz knallhart unter den Tisch gefallen lassen werden [...]«, insbesondere kleinere Betriebe, die Gastronomie oder die Gastwirtschaft. Die Kritik am politischen Mainstream verbindet Kevin also mit Sozialkritik, die Interessen großer Konzerne werden bevorzugt, die von beispielsweise Selbständigen werden vernachlässigt. Das Volk und das Allgemeininteresse wird auf diese Weise der Lobbypolitik von Großkonzernen und einer Politik gegenübergestellt, die diese bevorzugt. Die einfachen Bürger*innen bzw. das Volk wird dagegen nicht einbezogen, wie er anhand der Coronamaßnahmen unterstreicht:

»[...] Du hast das Gefühl, die entscheiden an dir vorbei. Warum werden wir als Mitbürger nicht gefragt? Warum wird unser Empfinden oder unser Denken oder vielleicht auch unsere Wünsche nicht in irgendeiner Weise mit eingeflochten, jetzt nicht nur speziell in der Corona-Pandemie?«

Allerdings stört ihn nicht allein die fehlende Berücksichtigung seiner Sichtweisen, oder, wie man sagen könnte, die fehlende Dialogbereitschaft. Er schaut auch skeptisch auf die Parteienlandschaft. Zwischen den politischen Parteien sieht er eigentlich kaum noch Unterschiede:

»Ich muss dir ganz ehrlich sagen, zwischendurch, das ein oder andere lese ich ja da sowieso gerade ein bisschen mit. [...]. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, nein, für mich ist das da oben ein Einheitsbrei. Meine Mutter hat das immer auch ganz gut ausgedrückt und gesagt, ›Steckst du alle in einen Sack, schlag drauf und du triffst immer den Richtigen.« Das ist ja genau das, was ich so bemängele. Dass diese Unterscheidungen gar nicht mehr so groß sind. [...] Wenn wir die Wahlzettel wieder nehmen, so nach dem Motto, eigentlich schreiben alle das Gleiche drauf, nur in anderen Worten, damit es unterschiedlich klingt. [...] Nehmen wir mal diesen typischen Großkampf immer zwischen Rot-Grün und CDU, CSU und FDP. Da hat man das Gefühl, das unterscheidet sich gar nicht mehr. Für mich ist völlig egal im Moment zumindest, wer jetzt da oben eigentlich sitzt.«

Von keiner der Parteien fühlt er sich angesprochen, auch nicht von der LINKEN oder der AfD als äußeren Polen des Parteienspektrums, die für sich in Anspruch nehmen, sich deutlich von den anderen Parteien zu unterscheiden. Was ihm fehlt ist eine politische Kraft, die entschlossen für das Land handelt und aufgreift, was die Menschen im Land wirklich wollen. Stattdessen erweckt ›die Politik‹ den Eindruck der Eigennützigkeit:

»Man hat in den letzten Jahren, ich sage jetzt mal ganz bewusst, vielleicht die letzten auch wirklich zehn, zwölf Jahre nicht das Gefühl gehabt, da sitzt wirklich jemand oben oder auch eine Partei, die sich da durchsetzt und sagt ›so, passt mal auf, das ist so vereinbart und das machen wir so, weil es das Land voranbringt‹ oder ›so machen wir das auch, weil das die Bevölkerung so wünscht«. [...] Ich sage mal, man kriegt eher die Skandale mit [...]«

Kevin vermisst starke Persönlichkeiten bzw. Parteien, die durchsetzungsstark sind, um die echten Anliegen »der« Bevölkerung durchzusetzen. Hier ist es durchaus angebracht von einem Entfremdungsprozess zu sprechen. Früher hat Kevin sowohl die Grünen als auch die SPD gewählt, heute hält er die meisten Politiker für Individualisten, die sich »[...] in irgendeiner Form an diesen Positionen [...] auch bereichern.« Verstärkend, das lässt sich hinzufügen, wirkte seine Unzufriedenheit mit Coronamaßnahmen, die er für undurchdacht und willkürlich hält.

Auch von der LINKEN fühlt sich Kevin nicht vertreten, allerdings aus einem etwas anders gelagerten Grund. Sie ist ihm sozialpolitisch zu radikal. Ihre Forderungen bzw. ihre Versprechungen hält er für zu weitgehend, gewissermaßen für zu schön, um wahr zu sein, aber eben auch nicht für realistisch. Das bezieht er ausdrücklich auf Reformvorschläge, die sich auf den Ausbau des Sozialstaates beziehen – beispielsweise kostenfreie Kitaplätze in ausreichender Zahl mit einem vernünftigen Personal- und Betreuungsschlüssel. Gerade überzeugende Antworten darauf, wie linke Antworten auch umgesetzt werden können, fehlen ihm, denn »[...] der Weg bis dahin, der muss ja auch klar sein, ein Konzept muss dafür ja auch stehen.« Kurz, linke Forderungen sind möglicher-

weise attraktiv, aber für Kevin eben nicht überzeugend. Er spricht die Gestaltungs- oder Umsetzungskompetenz ab.

Wachsende Ungleichheit

Auch für Kevin ist die Oben-Unten-Spaltung ein wichtiges Thema. Die Schere zwischen Arm und Reich sei ein wichtiges Problem im Land. Auch in diesem Zusammenhang kommt er auf politische Akteure zurück, indem er die Schere zwischen Arm und Reich anhand ungleicher staatlicher Krisenhilfen verdeutlicht: Auch im Rahmen der Pandemie könne man sehen, dass für einige Bereiche – etwa die Lufthansa – viel Geld ausgegeben wird, während etwa für das Pflegepersonal nicht ausreichend Geld da sei. In Kevins Augen gliedert sich die deutsche Gesellschaft in ein Oben, eine Mitte bzw. einen soliden Mittelstand und eine darunter angesiedelte Mehrheit.

»Bei uns gibt es eine Konzentration auf wenige, die über sehr viel Vermögen oder wirtschaftliche Leistung verfügen. Dann gibt es noch einen größeren Mittelstand mit kleinen, mit mittelgroßen Betrieben, Selbständigen und allem. Aber die breite Masse ist hier lebt natürlich an der Existenzgrundlage oder unter der Existenzgrundlage.«

Diese Deutung ist durchaus bemerkenswert, weil sie sich vom Gros der Ungleichheitsdeutungen unterscheidet, auf die ich in den anderen Gesprächen gestoßen bin. Dort dominierte das Bild einer in drei Teile gegliederten Gesellschaft mit einer lohnabhängigen Mehrheit in der Mitte, die aber – so eine verbreitete Ansicht – unter Druck sei oder erodiere. Nicht so bei Kevin. Die Mehrheit befindet sich unter dem Mittelstand von Kleinunternehmen, einem Mittelstand »solider Existenzen«. Den Mittelstand und die darunter angesiedelte Mehrheit unterscheidet Kevin entlang des Einkommens und der damit verbundenen Teilhabemöglichkeiten, letztlich also über das Geld, über das die Menschen verfügen können. Der Mittelstand

»[...] sind [...] kleine Betriebe, mittelgroße Betriebe und Selbständige, sowas. Das ist der Mittelstand, der ein solides Einkommen hat, mit dem man jetzt nicht gleich zu den Schwerreichen zählt aber mit dem man gut leben kann. Wo man sein Leben gut gestalten kann ohne zu denken ›passt das noch diesen Monat? Also solide Existenzen. Und da drunter sind die, die sagen, dass sie ordentlich planen müssen, um noch was übrig zu haben im Idealfall. Und dann gibt es noch die wo man sagen kann ›mit Glück schafft man halt die schwarze Null‹, oder eben viel Verzicht oder in den Schuldenberg reinrasen. Weil es nicht anders machbar ist.«

Selbst verortet sich Kevin in der soliden Mehrheit, die sich unterhalb des Mittelstandes befindet. Er kann gut leben, aber große Sprünge kann er nicht machen, sein Leben ist nicht geprägt von einer Ökonomie der Not, wohl aber von einer Knappheit, die vorausplanende Sparsamkeit erfordert. Gegliedert ist diese Gesellschaft wie eine Pyramide:

»Ich sag mal die, die wirklich extrem gut leben können, die nicht wissen wohin mit dem Geld, das dürften recht wenige sein. In Deutschland vielleicht so 10 Prozent. Dann der gute Mittelstand, der gut aufgestellt ist, also da zähle ich Ärzte auch dazu, vielleicht so

20 Prozent, und dann so 30 Prozent wie ich und 40 Prozent die, die auf null sind oder drunter.«

Sozialstaatsorientierungen

Diese Ungleichheit kritisiert Kevin, er plädiert für eine umverteilende Sozialstaatspolitik, die dagegen etwas unternehmen müsste – auch wenn dies weniger offensive Züge annimmt als etwa im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie. Hätte er die Möglichkeit politische Reformen durchzusetzen, dann stünden bei Kevin zunächst einmal Bildungsreformen ganz oben auf der Tagesordnung, gerade auch, weil Deutschland ein starkes Wirtschaftsland sei, dessen wichtigste Ressource sozusagen die Kinder sind. Insofern präferiert er eine befähigende Sozialstaatspolitik.

Er kritisiert vor diesem Hintergrund eine verfehlte Bildungspolitik, die zu wenig auf die Bedürfnisse von Schüler*innen eingeht, die aber auch nicht in der Lage ist unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten in Rechnung zu stellen, ohne Menschen auszusortieren. Insgesamt betrachtet Kevin Bildung und Erziehung als Bereiche, in denen es etliche Probleme gibt, nicht zuletzt was die Betreuung von Kleinkindern und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie betrifft. Die Wertschätzung für Bildungspolitik zieht sich durch das gesamte Interview, bezieht sich aber nicht nur auf Schulpolitik. Aufgrund seiner eigenen Biografie, aufgrund eigener Erfahrungen, wünscht er sich mehr staatliche Unterstützung für die Weiterbildung von Erwerbslosen.

Umverteilungspolitik erhofft sich Kevin durch eine andere Steuerpolitik, die höhere Einkommen be- und untere Einkommen entlastet:

»Das müsste irgendwie mehr dahin, dass die, die eh schon ein großes Einkommen haben, dass die auch mehr Steuern zahlen müssen. Also nicht, dass nur die Superverdiener Steuern zahlen sollen und der Rest ist fein raus. Also ich finde, dass untere Einkommen weniger Steuern zahlen sollten, die mit mehr Geld, also so 80 Tausend-Plus im Jahr Brutto, die sollten mehr zahlen. Die werden ja immer noch genug Geld haben dann zum Leben.«

Kevin gehört zu den Interviewpartner*innen, mit denen ich sehr lange gesprochen habe. Er hatte Lust über viele meiner Fragen ausführlich zu sprechen. Meine Fragen, in denen ich ihn um seine Meinung zur Sozialpolitik gebeten habe, beantwortete er dagegen eher bündig. Der Sozialstaat insgesamt sollte dafür sorgen, so Kevin etwas später, dass Menschen aufgrund sozialer Not nicht ausgegrenzt werden. In diesem Zusammenhang äußerte er sich auch kritisch über das ALG-II-System, das in seinen Augen stigmatisiere. In gewissem Sinne müsste eine Anti-Ausgrenzungspolitik entwickelt werden:

»Definitiv zu sagen, dass Menschen, die darauf angewiesen sind, ohne Probleme und Schwierigkeiten sich eingliedern können. Dass so ein Mensch sagen kann, dass er Teil des Lebens um ihn rum sein kann. Und ist nicht ausgestoßen oder so, wie das mit Hartz-4 und allem teilweise ist. Und da meine ich definitiv nicht so Sachen wie wir rechnen mal was aus und dann kommen da 2 Euro am Tag raus, von denen man leben soll. Wo ich sage, das kann doch gar nicht sein, dass ein reiches Land, [...] dass man trotz des Reichtums drüber debattiert, ob man den Satz nochmal um 26 Cent erhöht oder so. Oder um einen Euro. Sondern dass man sagt, soziale Absicherung heißt, man

kann ohne dass man sich schämen muss, sich bewegen, zum Beispiel in einer Stadt, ohne dass man das Gefühl haben muss ›Oh, guck mal, da kommen die Hartzies wieder um die Ecke!‹ Das siehst du denen schon an den Klamotten an. Ein Sozialstaat trägt auch dafür Rechnung, finde ich.«

Hier unterscheidet sich Kevins Sicht deutlich von den typischen stigmatisierenden Anschauungen über »imaginierte faule Erwerbslose«, wie sie für den Leistungsorientierten Sozialkonservatismus typisch sind: Statt Verdacht, es können die Arbeitslust fehlen, Empathie und Parteinahme – in einem reichen Land soll sich niemand schämen müssen.

Klima- und Umweltschutz

Anders als etwa für die Klima-Zuerst-Bewegten spielt die Problematisierung des Klimawandels in Kevins Denken keine zentrale Rolle. Jedenfalls wirft er das Thema nicht selbst auf, anders etwa als Bildung, Weiterbildung oder Einwanderung. Er signalisiert dennoch, dass dieses Thema ihm nicht egal sei, auch deshalb steht er der Bewegung Fridays for Future offen gegenüber. »Aber [...] diese Fridays-for-Future an sich fand ich sehr gut.« Er sympathisiert auch aufgrund seiner Distanz gegenüber dem politischen Establishment mit der Klimabewegung. Seine populistische Haltung macht ihn gewissermaßen bewegungsaffin. Die junge Klimabewegung steht für ihn für ein Unten, von dessen Anliegen sich die Oben abgrenzen. Anlass dafür sind abwertende Kommentare von Politiker*innen.

»Also, dass selbst auch höherrangige politische Ämter ja gesagt haben, was das für eine Spinnerei ist [...]. Und die sollten doch lieber erst mal in die Schule gehen und lernen und solche Geschichten halt. Wo ich mir nur dachte, so nach dem Motto, ›Wir schweben da oben drüber und was da unten ist.... Der Einzige wer was weiß, das sind wir hier oben und ihr da unten... Ist ja nett, dass ihr da so eine kleine Party veranstaltet.«

Kevin nimmt eine Missachtung der Klimaaktivist*innen durch etablierte Politiker*innen wahr, gewissermaßen eine Arroganz der Abgehobenen, die ihn Partei ergreifen lässt. Fridays for Future steht hier stellvertretend für ein gesellschaftliches Unten, das überhört und so missachtet wird. Aber auch inhaltlich bzw. sachlich ist Kevin für Klimaschutzpolitik durchaus offen. Fridays for Future engagieren sich für ein wichtiges »weltpolitisches Interesse, also erstmal sowieso Hut ab«, heißt es kurze Zeit später. Es sei ein globales Problem, die zentrale Frage für ihn lautet

»[...] was machen wir eigentlich mit dem Haus, in dem wir wohnen für uns alle? Davon gibt es nur eins. [...]. Was das Umweltpolitische betrifft, da würde ich mir wünschen, dass gerade auch die Politik eben sich jetzt mal langsam überlegt in ihren Konzepten, wie können wir das erreichen?«

Grundsätzlich, so glaubt Kevin, gibt es genügend technologische Innovationen, um eine angemessene Umweltpolitik zu betreiben. Dass dies in seinen Augen nicht geschieht, führt er auf die Sorge zurück, dass »irgendwer oder irgendwas ganz viel Geld verliert« –

und auf die Herausforderung, dass Menschen, die etwa im Kohlebergbau arbeiten, eine Zukunft gegeben werden muss, wenn sie dort ihre Erwerbsarbeit verlieren oder aufgeben müssen. Deshalb müssen Antworten auf die Frage gegeben werden, »[...] was machen wir denn mit denen, die davon betroffen sind, wenn wir es anders machen wollen.« Es wäre m.E. überspitzt, würde ich auch Kevin ein eigenes Klimaschutzinteresse zuschreiben, so wie ich es für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, die Klima-Zuerst-Bewegten und die Leistungsorientierten Sozialkonservativen in unterschiedlicher Weise getan habe. Dafür antwortet Kevin im Rahmen eines sehr langen Gesprächs, in dem er zu den ihm wichtigen Themen sehr ausführlich spricht, zu einsilbig. Ich möchte vielmehr von einer begründeten Offenheit sprechen.

Migrationskepsis und bedingungsgebundene Aufnahmebereitschaft

Während er die soziale Ungleichheit insbesondere auf Nachfragen hin ausführlicher behandelt, stellt Kevin ein anderes Thema von sich aus in den Vordergrund: die Einwanderung. Migration gehört zu den Themen, über die Kevin, das wird im Gesprächsverlauf deutlich, viel nachgedacht hat. Es bewegt ihn. Zwar bemerkt er, er selbst habe wenige Schwierigkeiten mit Migrant*innen, geht dann aber direkt über zu einer Abgrenzung »den Anderen« gegenüber. Allerdings ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit häufig durch ihre Verleugnung äußern (»Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber...«), während der selbstbewusste, offensiv vortragene Rassismus zumindest öffentlich eher selten ist (Balibar 1993, 62). Zunächst spricht Kevin über das Andere, indem er einen Umweg sucht. Die Anderen sind in diesem Fall nicht Zugewanderte, sondern Griech*innen:

»Warum müssen wir immer alles retten, was nicht bei uns ist? Vielleicht kann man es so ausdrücken und sagen, warum mussten wir wieder als gefühlte steuerliche Speerspitze Griechenland retten? Warum mussten wir uns für andere, die andere massiven Fehler machen, wo Korruption herrscht, warum mussten wir trotzdem den Leuten helfen, statt mal zu sagen, »genau das müsst ihr jetzt mal lernen, das mussten wir als Kinder auch lernen?«

Griech*innen stehen hier für ein Außen, um das sich Deutsche eigentlich nicht kümmern müssten. Streng sollten die Deutschen dagegen sein, damit das Außen seine Lektion lernt und nicht weiter von den Deutschen abhängig ist, ihnen zur Last fällt. Das ist die Brücke zur Thematisierung der Migrationsbewegungen. Nahtlos ist der Übergang von dieser Kritik an einer aus seiner Sicht falschen Solidarität mit den Menschen in Griechenland, denen er kollektiv fehlende Tugenden unterstellt, die Deutsche dagegen haben, weil sie diese als Kinder haben lernen müssen, hin zu einer Kritik an der Geflüchtetenpolitik nach 2015. Zwar finde er die Bereitschaft zu helfen »genial«, aber das nur allgemein gesprochen, während er das konkret bemängelt:

»Aber auch da, muss ich sagen, war die Frage immer, wie sinnvoll ist das, nur ins Land holen, denen ein ordentliches Taschengeld geben und zu sagen, »so, jetzt warten wir mal und überlegen uns dann erst mal, was wir mit euch machen? [...]. Das fand ich persönlich schwieriger, als für mich zu sagen, »na klar, lasst die Leute her!« Das ist über-

haupt kein Problem, aber guckt doch bitte, was holt ihr euch alles da her. Das wäre vielleicht noch eher so meine Problematik gewesen mit der Einwanderungspolitik. Statt zu sagen, ja, wir müssen jetzt komplett die Schleusen aufmachen. Auch da müsste man wieder sagen, so nach dem Motto, ›okay, welche Zielsetzungen haben wir eigentlich da wieder mit?‹. Also: Welche Menschen müssen gerettet werden und welche Menschen sollen gerettet auf jeden Fall. Generell alle, aber wie gesagt, es gab ja auch genügend Berichte, wo du dich dann gefragt hast, okay, da wird jetzt eine alte Frau, sieht man völlig ein, auf einem Tragetuch über die Grenze getragen. Und man sieht, okay, die ist schon älter. Und es wird auch erzählt, es ist angeblich die Mutter der Kinder. So, diese Kinder sind alle im Alter gewesen von 16 bis irgendwas Mitte zwanzig. Eine schicke Lederjacke an, eine tolle Jeans an und was weiß ich nicht alles und sahen auch wohlgenährt aus. Wo man, sich halt schon gefragt hat, ›okay, wo ist jetzt hier eigentlich wirklich das Problem?‹»

Diese Sequenz lässt sich unterschiedlich interpretieren. Man kann darin eine Abstufung von Hilfsbereitschaft sehen, auch eine Bedingungsgebundenheit von Solidarität. Gegenüber einer Politik der unkontrollierten Einwanderung (»alle Schleusen auf«) wird die Perspektive einer begründeten Unterstützung und Aufnahmebereitschaft geöffnet, zugleich aber unterstellt, dass es für die Aufnahme eines (wie großen?) Teils der damals Geflüchteten keinen Grund gab. Als Indiz dafür gelten das Alter und das Aussehen (»schicke Lederjacke«). Wohlgemerkt: Theoretisch wäre es möglich, dass sich Kevin die Frage stellt, was Schreckliches geschehen ist, dass »Mittezwanzigjährige mit schicken Lederjacken« ihre Heimat verlassen. Stattdessen sieht er Aussehen und Alter als Anzeichen dafür, dass Fluchtursachen nicht vorlagen. Eine Hermeneutik des Verdachts, wenn man so will: »Wovor fliehen die denn jetzt gerade wirklich?«, so heißt es weiter. »Was holt ihr euch da alles her« – das mag für unrechtmäßiges Asylsuchen stehen, möglicherweise aber auch für Probleme.

Von der Kritik an einer weitreichenden Solidarität mit Geflüchteten und der Infragestellung von Fluchtursachen kommt Kevin auf die Themen der Kriminalität und der kulturellen Verfremdung (siehe auch: Bose/Köster/Lütten 2018, 223) zu sprechen. Er fordert, Geflüchtete müssten sich an deutsches Recht halten und unterstellt damit, dass sie es in einem anderen Maße als Deutsche nicht tun. Außerdem glaubt er die deutsche Kultur werde abgewertet. Unter der deutschen Kultur versteht er zunächst weniger Lebenskulturen im engeren Sinne, sondern eher politische Errungenschaften wie Toleranz, Freigeistigkeit und Pluralismus.

Dass Teil dieser deutschen Kultur auch der Pogrom gegen Fremdes, antipluralistische Bewegungen und »hate speech« gehören, taucht in Kevins Erzählung nicht auf, die deutsche Kultur steht für das Gute. Migrant*innen assoziiert er auf diese Weise mehr oder weniger ausdrücklich mit dem Gegenteil. Zugleich kritisiert er eine kulturelle Verfremdung und Verinselung Deutschlands. Menschen aus Osteuropa oder islamischen Ländern bringen ihre eigene Kultur mit und machen diese in den Bereichen, in denen sie leben, zur dominanten: »Aber sie leben strikt so nach dem Motto [...] ›wenn wir das jetzt hier haben, dann ist das jetzt auch unser kleiner Bereich dieses Landes, der unter diesen Regeln läuft‹.«

Die These, es gäbe auf breiter Basis nicht-integrationsbereite Einwander*innen, gehört zum festen Repertoire moderner Fremdenfeindlichkeit (Balibar 1993, 66), aber nicht jeder Hinweis auf »Integrationsprobleme« ist fremdenfeindlich. In Kevins Fall ist dieses Potenziale allerdings vorhanden. In seinen Augen entstehen Inseln fremder Kulturen in Deutschland – Kulturen, die für Kevin mit Intoleranz und religiösem Fanatismus verbunden sind. Diese Verinselung führt er auf eine Art »Landnahmementalität« zurück: »[...] dann ist das jetzt auch unser kleiner Bereich dieses Landes, der unter diesen Regeln läuft.« Theoretisch denkbare Überlegungen darüber, wie Integration in Deutschland durch bestehende Gesetze verhindert wird, fehlen jedenfalls ebenso, wie eine Unterscheidung zwischen privaten kulturellen Traditionen und Bräuchen und öffentlich beanspruchter Dominanz von »Regeln«, nach denen es »läuft«.

Trotz dieses Dreiklangs – Kritik an unkontrollierter Einwanderung, kritische Infragestellung von Fluchtursachen und Identifikation des Fremden mit dem Bedrohlichen – grenzt Kevin sich von Rechten ab.

»Dieses Intolerante, dieses Radikale und [...], speziell was Migration und [...] ausländische Politik betrifft. Oder eben auch Soziales [...]. Das will ich definitiv für mich ausgeschlossen haben.«

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Kevin sich von einer ethnisch begründeten Einwanderungspolitik abgrenzt. Direkt gefragt, was er angesichts seiner Überlegungen über Einwanderung über die AfD denke, antwortet er:

»Ja, die machen das ja über die Herkunft. Das sollte man aus sozialen Gesichtspunkten heraus angehen und nicht darüber, über Herkunft, oder wer war zuerst im Haus und wer war nicht zuerst im Haus. Also da über die Gesinnung ranzugehen, dass das andere Menschen sind, macht keinen Sinn. Wir sind ja alle anderen Menschen letztendlich, wir konnten uns ja nicht aussuchen, auf welchem Teil dieser Kugel wir geboren sind. Also da gucke ich mir ganz genau an, wie mit Einwanderung umgegangen wird, warum geht die da ran, was will die Partei eigentlich verbessern. Und das tut die AfD meiner Meinung nach gar nicht.«

Unter seiner bedingungsgebundene Einwanderungspolitik, die – wie er sagt – nicht über Herkunft, sondern über soziale Gesichtspunkte begründet sein soll, versteht Kevin in erster Linie Integrationsbereitschaft: kulturelle Einbindung bei Akzeptanz des Gegebenen, »man passt sich an und respektiert das, was an Werten hingelegt wurde«, dabei insbesondere Akzeptanz des (politischen) Pluralismus:

»Aber dann bitte nicht sagen nach dem Motto ›alles, was ihr Deutschen hier habt, das Sozialsystem ist toll, und was weiß ich, aber wir müssen nichts tun und kriegen trotzdem Geld. Sondern sich tolerant auch selber einbringen. Zu sagen ›okay, ich bin in einem Land groß geworden, in dem es nur ein oder zwei Meinungen gab, aber jetzt bin ich in ein Land gegangen, das offen für alle Meinungen und Richtungen ist und das muss ich akzeptieren.«

Diese bedingungsgebundene Aufnahmebereitschaft begründet Kevin selbst, indem er auf sein Selbstverständnis verweist, das sich von Rechten unterscheidet – und sich grundsätzlich von der defensiv-aggressiven Ablehnung von Migration unterscheidet, wie es für das Deutungsmuster »Sozialrebellischer Nationalismus« typisch ist.

»Ich mag den Menschen gegenüber [...]. Und da spielt es für mich persönlich jetzt keine Rolle die kulturelle Herkunft oder die Hautfarbe, die Landessprache oder was auch immer. Oder die sexuellen Neigungen. Ist mir völlig egal.«

Und etwas später lässt er wissen:

»Also da muss ich sagen, es leben sieben Milliarden Menschen auf diesem Planeten und nicht achtzig Millionen Deutschmenschen. [...]. Wir sind alle Menschen. [...] Ich unterscheide für mich den Menschen eher, ist es ein guter Charakter oder ist es ein schlechter Charakter.«

5.3.8 Sozialstaatsansprüche und die Demokratisierung der Wirtschaft

Die Sozialstaatsorientierungen, auf die ich im Zusammenhang der Deutungsmusteranalyse gestoßen bin, unterschieden sich deutlich. Wie ich in Kapitel 2 dargelegt habe, spielen Sozialstaatsvisionen (also Vorschläge darüber wie der Wohlfahrtsstaat ausgestaltet werden soll, welche Aufgaben er erfüllen soll etc.) für die Ausformulierung politischer Projekte eine wichtige Rolle. Das gilt auch für das Projekt des Grünen Sozialismus, der sich für einen linken Green New Deal stark macht. Der Grüne Sozialismus setzt auf einen expansiven Wohlfahrtsstaat (siehe Kap. 2.2 und 2.3), auf einen Staat mit sozialem und ökologischem Auftrag. Deshalb ist es an dieser Stelle wichtig, die empirisch rekonstruierten Sozialstaatsansprüche politisch einzuordnen.

Zu diesem Zweck möchte ich kurz die wesentlichen Ergebnisse der kritischen Erörterung konservativer, liberaler und sozialistischer Wohlfahrtsstaatspolitik (siehe Kap. 2.2) in Erinnerung rufen. Sozialistische Sozialstaatsprojekte versuchen Kapitalmacht abzubauen, (1) also Lohnabhängigenmacht zu stärken. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist die Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft, insbesondere durch Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungspolitik. Neoliberale Sozialpolitik, wie ich sie in Kapitel 3.2 nachgezeichnet habe, verstärkt den Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft, sie setzt auf eine strafende und aktivierende Politik. Auf diese Weise trägt sie zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse bei, während sozialistische Konzepte Teilhabe durch mehr soziale Sicherheit stärken (siehe Kap. 2.2). Während konservative und liberale Wohlfahrtsstaatspolitik das Ziel verfolgten die sozialen Ungleichheiten, die u.a. aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozess hervorgehen, zu bewahren oder sogar zu verstärken, wollen (2) sozialistische Sozialstaatsprojekte diese Ungleichheiten abbauen. Eine Besonderheit ist dabei, dass dabei die Wirtschaft (3) aktiv durch demokratische Entscheidungen gesteuert werden soll.

Tabelle 35: (Neo-)Liberale, konservative und sozialistische Sozialstaatsstrategien

	(Neo-)Liberaler Sozialstaat	Konservativer Sozialstaat	Sozialistischer Sozialstaat
Stärkung Kapitalmacht (Kommodifizierung)	X	X	
Stärkung Lohnabhängigenmacht (De-Kommodifizierung)			X
Abbau sozialer Ungleichheiten			X
Milderung sozialer Ungleichheiten		X	
Erhalt sozialer Ungleichheiten	X	X	
Anregung sozialer Ungleichheiten	X		
Wirtschaftssteuerung durch Märkte	X	X	
Wirtschaftssteuerung durch Demokratie			X

Quelle: Eigene Darstellung

Im Folgenden möchte ich die Sozialstaatsorientierungen kurz rekapitulieren, die sich in den verschiedenen Deutungsmustern herauskristallisiert haben. Zur Erinnerung: Es geht hier um die dominanten Orientierungen innerhalb eines Deutungsmusters, d.h. welche Art von Sozialpolitik in erster Linie bevorzugt bzw. gefordert wurde. In einem Gespräch konnte beispielsweise die Forderung nach einem befähigenden Sozialstaat, der Kindern und Jugendlichen gute Startchancen ins Erwerbsleben bieten soll, viel Raum einnehmen, nebenbei aber auch ein Unverständnis über imaginierte »faule Erwerbslose« zum Ausdruck gebracht werden. In einem solchen Fall habe ich den Wunsch nach einem befähigenden Sozialstaat als prägend betrachtet, das Unverständnis aber nicht als Interesse an einer strafenden Sozialstaatspolitik bewertet.

In der folgenden Tabelle habe ich die wesentlichen Unterschiede zwischen den oben rekonstruierten Deutungsmustern zusammengefasst, sowohl die für sie zentralen Problemlinien als auch die in ihnen thematisierten Probleme aufgeführt. Darüber hinaus habe ich ergänzt, welche politischen Orientierungen und Sozialstaatsorientierungen typisch sind und bei welchen Beschäftigten die Deutungsmuster sich tendenziell fanden.

Die Potenziale für ein sozialistisches Sozialstaatsprojekt sind am geringsten im Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus. Im Gespräch mit dem Nationalisten Karl standen Reformvorschläge, die sich auf soziale Probleme, die mit der Oben-Unten-Spaltung verbunden wurden, im Hintergrund. Zu dominant war die Innen-Außen-Spaltung. Das (moderate) Plädoyer für eine strafende Arbeitsmarktpolitik reibt sich mit dem sozialistischen Ziel, den Warencharakter der Arbeitskraft möglichst stark abzumildern. Das bedeutet nicht, dass Sozialrebellische Nationalist*innen möglicherweise nicht auch für eine Politik der Umverteilung zu begeistern wären – ihr Denken kreist aber nicht um Probleme, die mit der Unten-Oben-Ungleichheit verbunden sind. Am größten sind die sozialistischen Sozialstaatspotenziale dagegen bei den Sozialen Gemeinwohldemo-

krat*innen. Für ihre Deutungen der Gesellschaft ist nicht nur der Oben-Unten-Gegensatz zentral, sie wünschen sich auch eine offensive Wohlfahrtsstaatspolitik. Sie plädieren für eine stark schützende Sozialpolitik und beweisen dabei Empathie mit Erwerbslosen, sprechen sich für eine befähigende Schul- und Bildungspolitik aus, wünschen sich Umverteilung und eine stärkere Politik der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Wunsch nach einer besseren befähigenden Sozialstaatspolitik gründet nicht nur auf der Diagnose bestehender Chancenungleichheiten, er erschöpft sich auch nicht nach der Forderung bessere Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Letzteres fehlt nicht, aber in Gesprächen mit Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen wird deutlich, dass zu guter (Aus-)Bildungspolitik auch die Förderung der freien Persönlichkeitsentwicklung gehört.

Rückt man bei der politischen Einordnung der Deutungsmuster die Sozialstaatsorientierungen in den Vordergrund, dann bilden der Sozialrebellische Nationalismus und die Soziale Gemeinwohldemokratie die Pole eines breiteren Spektrums, wie aus der obenstehenden Tabelle hervorgeht. Anknüpfungspunkte für eine umverteilende Sozialstaatspolitik bieten am ehesten die Muster Soziale Gemeinwohldemokratie, die Unterströmung der Klimasozialen, der Exklusive Sozialpopulismus und punktuell der (Enttäuschte) Sozialliberalismus. Anders sieht es aus, wenn man betrachtet, ob und wie die Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft Unterstützung findet. Auch das unterstützen am ehesten in weitreichender Form Soziale Gemeinwohldemokrat*innen, während Sozialrebellische Nationalist*innen und Leistungsorientierte Sozialkonservative eher strafende Sozialpolitik bevorzugen. Die anderen Deutungsmuster sind, wie aus der obenstehenden Tabelle hervorgeht, zwischen diesen Polen zu positionieren.

Wenn man die Potenziale des Grünen Sozialismus bzw. eines links-ökologischen Sozialstaatsprojektes einschätzen möchte, muss der Blick darüber hinaus auf Haltungen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge gerichtet werden. Zur Erinnerung: Zu einem linkssozialdemokratischen wie zu einem ökosozialistischen Green New Deal gehören umfangreiche Investitionen in Bereiche des Öffentlichen Dienstes, beispielsweise in den Öffentlichen Nahverkehr (siehe Kap. 2.3). Die öffentliche Daseinsvorsorge soll gesellschaftlich bzw. ökologisch notwendige Dienstleistungen anbieten, der Ausbau des Öffentlichen Dienstes soll aber auch neue Jobs schaffen. Berücksichtigt man die Schwerpunktsetzungen meiner Gesprächspartner*innen in den Interviews, dann dürften Soziale Gemeinwohldemokrat*innen und die Deutungsmusterströmung der Klimasozialen eine solche Politik des Öffentlichen am stärksten unterstützen. Sie dürfte aber auch in moderaten Formen bei Ökopragmatiker*innen und (Enttäuschten) Sozialliberalen Anklang finden. Auffällig ist, dass diese Offenheit in der Regel anhand des Pflege- und Gesundheitssektors deutlich wurde, über dessen Probleme und Dysfunktionalitäten viel in den Medien berichtet und auf die Pfleger*innen und die Gewerkschaft ver.di hingewiesen haben. Kurz: Am konkreten Versagen gewinnorientierter Marktsteuerung wird der mögliche Vorteil staatlichen Wirtschaftens deutlich.

Tabelle 36: Überblick Merkmale Deutungsmuster

	Zentrale Problemlinie	Artikulierte Probleme	Politische Orientierung	Sozialstaatsorientierung	Potenzial sozialistische Sozialpolitik	Beschäftigte
Sozialrebellischer Nationalismus	Innen-Außen-Gegensatz	Migration, Materielle Ungleichheit, politische Eliten	Autoritär ausgrenzend-populistisch	Schwach: Strafbender Sozialstaat	-	Handel
Leistungsorientierter Sozialkonservatismus	Unten-Oben-Unterschiede	Moderat: Materielle Ungleichheit, politischer Rechtsruck, Klima, Migration, (imaginierte) faule Erwerbslose	Liberal-demokratisch	Moderat: Schützender, befähigender und strafender Sozialstaat	+	Industrie, Krankenhäuser
Exklusiver Sozialpopulismus	Elite-Masse-Bruch	Materielle Ungleichheit, politische Eliten, Migration	Populistisch	Moderat: Befähigender, umverteilender und schützender Sozialstaat	++	Handel
Ökologie-Zuerst	Naturzerstörung	Naturzerstörung, materielle Ungleichheit, politischer Rechtsruck	Liberal-demokratisch (Ökopragmatiker) und Populär-demokratisch (Klimasoziale)	Ökopragmatiker Moderat: Schützender, befähigender Sozialstaat, z.T. Sozialpolitik des Öffentlichen Klimasoziale Offensiv: Schützender, befähigender, umverteilender Sozialstaat, Sozialpolitik des Öffentlichen	++ +++	Überwiegend Krankenhäuser und Handel
(Enttäuschter) Sozialliberalismus	Unten-Oben-Unterschiede	Materielle Ungleichheit, politischer Rechtsruck, Klima	Liberal-demokratisch	Moderat: Schützender und befähigender Sozialstaat, punktuell umverteilender Sozialstaat und Sozialpolitik des Öffentlichen	++	Überwiegend Industrie
Soziale Gemeinwohlendemokratie	Unten-Oben-Gegensatz	Materielle Ungleichheit, politische Eliten, politischer Rechtsruck, Klima	Populär-demokratisch	Offensiv: Schützender, befähigender, umverteilender Sozialstaat, Sozialpolitik des Öffentlichen	+++	Industrie, Handel, viele aus Krankenhäusern

Quelle: Eigene Darstellung

Die Demokratisierung der Wirtschaft

So wichtig eine offensive Politik der öffentlichen Daseinsvorsorge für das Projekt des Grünen Sozialismus auch sein mag: Sowohl linke Sozialdemokrat*innen als auch Öko-sozialist*innen, die für einen linken Green New Deal werben, gehen noch einen Schritt weiter. Sie sprechen sich für eine demokratische Steuerung der Wirtschaft aus (Dörre 2019, 26f.), die Zivilgesellschaften sollen

»[...] in demokratischer Weise direkt darauf Einfluss zu nehmen, was, wie und zu welchem Zweck produziert und reproduziert wird. Es geht um eine Umverteilung von Entscheidungsmacht zugunsten der gegenwärtig ohnmächtigen Mehrheiten [...]« (Dörre 2021, 134)

Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens soll Betroffenen der gesellschaftlichen Transformation selbst die Möglichkeit gegeben werden zu gestalten und so Akteure, nicht nur Zuschauer*innen der Veränderung zu werden. Zweitens ist ein bewusstes politisches Eingreifen in den kapitalistischen Akkumulationsprozess nötig, um gesellschaftliche und ökologische Ziele gegenüber den Verwertungsinteressen profitabhängiger Kapitalist*innen durchzusetzen.

Dabei werden in der Regel drei Reformvorschläge gemacht (Scherer/Vilmar 1985, 49). *Erstens* wird der Vorschlag unterbreitet, demokratisch müssten wirtschaftliche Rahmenlinien entwickelt werden, die dem Wirtschaftsprozess eine Richtung geben, also demokratisch formulierte Zielvorgaben und Leitplanken setzen (Šik 1979). *Zweitens* wird die Möglichkeit ins Spiel gebracht, dass regionale Wirtschaftsräte, in die Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertreter*innen einbezogen werden, eine demokratische regionale Wirtschaftsplanung gestalten (Dörre 2021, 140f.; Riexinger 2020, 65). *Drittens* werden Formen der Betriebsdemokratie vorgeschlagen, also die direkte Beteiligung der Belegschaften an der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung in den Betrieben oder gar demokratische Selbstbestimmung darüber. Dies soll zur »[...] Verschiebung der Macht und der Verantwortung im einzelnen Betrieb vom privaten Eigentümer auf die organisierte Gemeinschaft der Arbeitnehmer des Betriebes [...]« führen (Anker-Ording 1971, 13). Eine derartige Demokratisierung des Unternehmens würde dessen kapitalistischen Charakter nicht aufheben, wohl aber »aufweichen«, wie Erik Olin Wright argumentierte, weil die Eigentumsrechte der Produktionsmittelbesitzer*innen deutlich eingeschränkt würden (Wright 2019, 75).

Gemeinsam ist diesen Vorschlägen, dass sie – je nachdem, wie stark sie verwirklicht werden – wirtschaftliche Entscheidungen nicht Privatpersonen überlassen, sondern demokratischen Körperschaften anvertrauen wollen. Es geht also um radikale Reformpolitik, bei der es um – wie es in einer der ersten umfangreicheren Ausarbeitungen zur Wirtschaftsdemokratie hieß – »[...] die Beseitigung jeder Herrschaft und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit (geht).« (Naphtali 1969, 21) Das würde, so der wirtschaftsdemokratische Grundgedanke, sowohl eine sozial gleichere, eine humanere, eine gemeinwohl-orientierte und auch eine ökologisch nachhaltigere Form des Wirtschaftens ermöglichen (Klein 2019, 154f.).

Ich möchte an dieser Stelle allerdings hinzufügen, dass eine sozial-ökologische Modernisierung wirtschaftsdemokratischer Ansätze, in die die Kritik am fossilen Kapitalismus und ökologische Konversionsdebatten aufgenommen wird (Urban 2011, 51), noch aussteht, auch wenn wichtige Beiträge dazu vorliegen (Riexinger 2020). Die Arbeit an einer derartigen Aktualisierung der reichhaltigen vorliegenden Demokratisierungskonzepte (siehe etwa Demirovic 2018; Huber/Kosta 1978; Meine/Schumann/Urban 2011; Šik 1979) ist wichtig, sie ist hier aber nicht mein Anliegen. Mir ging es darum meine Interviewpartner*innen mit (vereinfachten und verdichteten) Vorschlägen zu konfrontieren, die die Logik wirtschaftsdemokratischer Reformen zutreffend ausdrücken. Es ging mir nicht darum, Meinungen zu elaborierten Konzepten zu erfragen, sondern Rückmeldungen zu grundlegenden Ideen zu bekommen: Wie reagieren Beschäftigte auf den Vorschlag, Unternehmen nicht frei ihre Geschäfte tätigen zu lassen, sondern die Bevölkerung an der Entscheidungsfindung über das Warenangebot zu beteiligen? Wie gehen sie mit der Idee um, die regionale Wirtschaftsentwicklung nicht von Staat und Unternehmen bestimmen zu lassen, sondern Räte einzuführen, in denen auch Gewerkschaften, Umweltverbände und andere Interessenvertreter*innen mitbestimmen können? Wie greifen sie den Gedanken auf, Betriebe könnten demokratisiert werden, indem Belegschaften Abstimmungsrechte in wichtigen wirtschaftlichen Fragen gegeben werden? Diesen Fragen liegt die Annahme zu Grunde, dass die Erfahrungen und Interessen der Beschäftigten der Ausgangspunkt neuerer Demokratisierungsdebatten sein müssen, weil ohne sie eine andere Wirtschaft nicht zu machen ist (Riexinger/Becker 2018, 120).

Am Ende unserer Interviews habe ich deshalb, wo es die Zeit meiner Gesprächspartner*innen noch zuließ, sie nach ihrer Meinung zu diesen Reformbausteinen gefragt. Bei 24 meiner 40 Gesprächspartner*innen war das möglich (bei vier Handelslager-, elf Krankenhaus und acht Industriebeschäftigten). Ich habe ihnen bündig die Inhalte dieser Reformideen dargelegt, ihnen eine kurze Pause gegeben, um darüber nachzudenken, und dann um ihre Meinung gebeten. Die Antworten waren ausnahmslos nicht nur situativ, sondern auch inhaltlich spontan. Das ist zum Beispiel ein wichtiger Unterschied gegenüber anderen sozialpolitischen Themen wie Renten- oder Schulpolitik oder auch gegenüber Ausführungen zu ALG II: Zu dem, was sie selbst als relevante Probleme im Land oder als wichtige Aspekte der Wohlfahrtsstaatspolitik aufbrachten, hatten sich meine Gesprächspartner meistens intensiver »ihre Gedanken gemacht«, in der Regel auf der Basis von Alltagserfahrungen und Auseinandersetzungen mit Diskussionen (im eigenen Umfeld der Öffentlichkeit), auf die sie sich dabei bezogen haben. Da ich lediglich mit einem Teil meiner Interviewpartner*innen über diese wirtschaftsdemokratischen Fragen sprechen konnte, konnte ich diese Gesprächspassagen nicht systematisch in die Deutungsmusteranalyse einbeziehen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle wichtige empirische Eindrücke über das Demokratisierungspotenzial nachzeichnen, die sich im empirischen Material finden.

Der erste Befund lautet: In den Deutungsmustern, die ich im gewerkschaftlichen Milieu rekonstruiert habe, spielten Forderungen nach einer wirtschaftlichen Demokratisierung fast überhaupt keine Rolle. Als eigenständige Sozialstaatsorientierung (für einen demokratisch steuernden Staat) tauchten sie in organischer Form, also als etwas, was mei-

ne Gesprächspartner*innen von selbst zur Sprache brachten, nicht auf. Während zwar mehr oder minder explizite Ansprüche auf Beteiligung an Entscheidungen erhoben werden, die den eigenen Arbeitsbereich bzw. den eigenen Nahbereich betreffen (siehe etwa Kap. 5.3.2 und Kap. 5.3.4), beziehen sie sich kaum auf den ganzen Betrieb oder reichen gar darüber hinaus (ähnlich: Wolf 2018, 161). Möglicherweise sind die betrieblichen Erfahrungswelten zu sehr von Druck und Überlastung, von umkämpfter Mitbestimmung und Marktdruck geprägt, als dass sie fassbare Ansatzpunkte für meine Interviewpartner*innen bergen, die den Anspruch auf »mehr Mitsprache«, um es bescheiden zu formulieren, zu nähren – wohlmöglich, wie Wolfgang Menz und Sahra Nies argumentiert haben, werden zumindest auf betrieblicher Ebene demokratische Beteiligungsansprüche auch deshalb nicht formuliert, weil für viele Beschäftigte »mehr Beteiligung« heutzutage heißt, dass ihnen mehr Verantwortlichkeit und mehr Aufgaben gegeben werden, »[...] ohne dass sie überhaupt die geeigneten Ressourcen verfügen, wirklich Einfluss nehmen zu können.« (Menz/Nies 2021, 19)

Auch hatte von allen Interviewpartner*innen, denen ich diese Fragen stellen konnte, kaum jemand nach eigenem Bekunden den Begriff Wirtschaftsdemokratie schon einmal gehört. Nun ist es nicht verwunderlich, dass der wirtschaftsdemokratische Reformbaukasten in der öffentlichen Debatte nicht bekannt ist, kaum ein politischer Akteur hat versucht sie in den vergangenen Jahren auf systematische Art und Weise in die Diskussion zu bringen. Allerdings gehört die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie, wenn auch nicht immer klar in Reformvorschläge übersetzt, zum Grundverständnis der DGB-Gewerkschaften. »Politische Demokratie muß durch wirtschaftliche und soziale Demokratie auch in der Arbeitswelt ergänzt und gefestigt werden [...]«, so heißt es etwa im Grundsatzzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB 1996, 14), 2010 plädierte der Bundeskongress des DGB für eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft (Meine/Stoffregen 2011, 18). Dennoch spielen Diskurse über die Demokratisierung der Wirtschaft für die von mir interviewten Scharnierpersonen und Multiplikator*innen aus dem gewerkschaftlichen Milieu keine Rolle. Es fehlen Deutungsangebote und auch Erklärungen (sachliche Erläuterungen über die Funktionsweise von Wirtschaftsdemokratie und normative Rechtfertigungen), an denen sich Beschäftigte überhaupt produktiv reiben, eine Meinung bilden könnten. Das ist zwar kein überraschender Befund, aber es ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Debatte über Potenziale einer Demokratisierungspolitik.

Der zweite Befund lautet jedoch, dass es dennoch Demokratisierungspotenziale gibt. Sichtbar werden sie in den Antworten auf die Meinungsfrage, die ich meinen Gesprächspartner*innen gestellt haben. Dabei ist wichtig: Zwar reagierten Soziale Gemeinwohldeмократ*innen am offensten auf wirtschaftsdemokratische Vorschläge. Allerdings finden sich zustimmende und ablehnende Reaktionen (fast) über das gesamte Spektrum meiner Interviewpartner*innen hinweg, also quer zu den einzelnen Deutungsmustern.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung von zustimmenden, ablehnenden und skeptischen Reaktionen gegenüber den verschiedenen erläuterten Reformvorschlägen. Zwei Erläuterungen sind in diesem Zusammenhang wichtig. Erstens haben nicht alle Befragten ihre Meinung zu allen drei wirtschaftsdemokratischen Vorschlägen geäußert; zwei-

tens haben alle die in Kürze dargestellten Reformideen auf eigensinnige Art und Weise interpretiert, wie ich im Weiteren kursorisch erläutern werde.

Tabelle 37: Zustimmung/Ablehnung wirtschaftsdemokratischer Reformvorschläge (in absoluten Beschäftigtenzahlen)

	Pro	Skeptisch	Contra
Rahmenplanung	7	6	7
Wirtschaftsräte	9	5	3
Betriebsdemokratie	9	8	4

Quelle: Eigene Darstellung

Im Folgenden möchte ich nun die wichtigsten bzw. typischsten Antworten, mit denen meine Gesprächspartner*innen auf die ihnen präsentierten Reformbausteine reagierten, bündelnd darstellen.

1) Offenheit für die gesellschaftliche Rahmenplanung vs. Überflüssigkeit und Misstrauen in den Willen des Volkes: Ein Baustein wirtschaftsdemokratischer Reformkonzepte ist die demokratische Rahmenplanung. Durch sie soll Unternehmen volkswirtschaftliche und auch ökologische Orientierungsdaten vorgegeben werden. Zu einer solchen Rahmenplanung gehört beispielsweise die (in-)direkte staatliche Investitionslenkung, also politische Anreize, die die Investitionen von Kapital steuern sollen (Scherer/Vilmar 1985, 110). Ich habe die Idee der Rahmenplanung dagegen durch den Vorschlag einer Art Konsument*innendemokratie aufgegriffen und meinen Interviewpartner*innen vorgestellt.

Wie wäre es, so fragte ich, wenn es der Bevölkerung möglich wäre durch Volksabstimmungen daran mitzuwirken, Orientierungsdaten zu schaffen, konkret vorzugeben welche Art von Produkten und Dienstleistungen gewünscht werden. Derartige Befragungen, so mein Gedanke, würden zugleich die unternehmerische Entscheidungsfreiheit beschränken als auch Mitwirkungsmöglichkeiten »von unten« an der Wertschöpfungsplanung eröffnen. Eine Minderheit der Befragten reagierte zugewandt auf diesen Vorschlag. Dafür sprachen sich Beschäftigte aus, indem sie etwa auf die Möglichkeit verwiesen, dass so soziale und/oder ökologische Gemeinwohlinteressen berücksichtigt werden konnten. Dagegen sprach sich eine gleich große Gruppe der Befragten aus, in der Regel verwiesen sie auf die Fehlenden Kenntnisse derjenigen, die abstimmen dürften – oder die Fehlallokation von Ressourcen.

Für mich überraschend gehört zu den Beschäftigten, die eher positiv auf wirtschaftsdemokratische Vorschläge reagieren, auch Jens (I 21), an dessen Fallgeschichte ich das Deutungsmuster des Enttäuschen Sozialliberalismus dargestellt habe (siehe Kap. 5.3.4). Überrascht war ich, weil für den Sozialliberalismus eine liberal-demokratische Haltung zum politischen Feld typisch ist, zu der auch eine Skepsis gegenüber zu großer politischer Radikalität gehört. Auf den Vorschlag, dass Bürger*innen demokratisch darüber

mitentscheiden können, welches Waren- und Dienstleistungsangebot es geben soll, reagiert er aufgeschlossen. »Dass man zum Beispiel sagt, »ja, warum brauchen wir denn alles noch Waffen und verkaufen die an so ein Land wie Saudi-Arabien?« Dem stimmt er zu. So sieht das auch der Gemeinwohldemokrat Frank (I 8), der auch Beispiele für sinnvolle Volksabstimmungen gibt, die von direkter Relevanz für den ökologischen Umbau der Wirtschaft sind:

»Und auf Bundesebene, dass praktisch das Volk entscheidet, was und wie produziert wird, ist ja auch eine Frage. Zum Beispiel Braunkohleverstromung, dass man sagt, »das Volk entscheidet jetzt drüber, das wird jetzt abgeschaltet, wir wollen die Umwelt nicht mehr verpesten«. Das wäre auf jeden Fall der demokratischere Ansatz als wenn einzelne Kleingruppen oder die Wirtschaft entscheidet, wie es laufen soll.« (I 8)

Offen gegenüber wirtschaftsdemokratischen Überlegungen zeigt sich auch der Klimasoziale Mark (I 3) bleibt aber punktuell skeptisch, insbesondere bezüglich der Idee der betrieblichen Demokratisierung. Die Idee aber, Bürger*innen darüber abstimmen zu lassen, welches Warenangebot von den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden sollen, begrüßt Mark. Er interpretiert diese Abstimmung als Möglichkeit, um Verschwendung durch Unternehmen zu vermeiden, die beispielsweise kaum miteinander kompatible elektronische Produkte auf den Markt bringen (Ähnlich: I 36).

Was die drei bisher diskutierten positiven Reaktionen verbindet, ist die Vorstellung, durch Volksabstimmungen bzw. direkte Beteiligung der Bevölkerung könnten tatsächlich bessere oder vernünftiger Waren erzeugt werden. Aber es gab auch andere Gründe, weshalb Befragte positiv reagierten. Ein Beispiel ist die Gemeinwohldemokratin Karin, die in der vorgeschlagenen Form der partizipatorischen Konsument*innendemokratie ein gutes Mittel sieht, damit »[...] praktisch so viele Menschen wie möglich in einem Land [...] ihre Meinung dazu abgeben können und dass diese Meinung auch dann einfließt in Entscheidungen.« Sie befürwortet diesen Demokratisierungsvorschlag insofern nicht, weil sie dessen Ergebnis wünscht, sondern weil sie das demokratische Verfahren an sich wertschätzt (I 23, 34). Sozial motiviert ist dagegen der Sozialliberale Malik, der ebenfalls aufgeschlossen reagiert. »Ich finde, generell ist alles gut, womit du Einfluss in der Wirtschaft nehmen kannst, weil dann kannst du dafür sorgen, dass nicht so viele Arbeitsplätze verloren gehen.« (I 19) Mit Blick auf die Idee der Rahmenplanung unterstreicht er, ähnlich wie Kritiker*innen dieses Vorschlags (siehe unten), dass Konsument*innen durch ihre Kaufentscheidungen bereits in der Lage sind, die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen. Dennoch begrüßt er die Idee einer partizipatorischen Wirtschaftsplanung.

»Finde ich richtig, weil wir leben doch hier, das ist auch unsere Welt im Prinzip, ist doch unser Leben. Dann sollten wir schon auch den Wirtschaftsbossen mitteilen, dass wir auch einen bestimmten Einfluss auf die Wirtschaft haben. [...] Sonst werden wir nur noch gesteuert von den Wirtschaftsbossen.« (I 19)

Neben die Wertschätzung der Beteiligung »an sich« und die Möglichkeit, auf das Warenangebot selbst Einfluss zu nehmen, die von den bisher zitierten Befürworter*innen der

Reformidee angeführt wurden, entwickelt Malik eine Deutung, die den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit bzw. Unternehmen und Bevölkerung aufscheinen lässt: Hier die Macht der Wirtschaftsbesse, dort der Einfluss der Beschäftigten bzw. der einfachen Bevölkerung.

Wie ich einleitend bemerkt habe, stieß die Idee einer beteiligten Rahmenplanung aber auch auf Ablehnung. So etwa beim Sozialen Gemeinwohldemokraten Johannes (I 29). Der Markt selbst sei, so spitzt er zu, das demokratische Mittel, um die Anliegen der Bevölkerung mit in die Wirtschaft einzubeziehen, weil »[...] der Kunde entscheidet, was produziert wird, weil jede Industrie hat ja seine eigenen Fachleute dafür zu gucken, wie ist die Kundenzufriedenheit und was will der Kunde?« Kurz: Weil Unternehmen Marktforschung betreiben, werden die Konsuminteressen der Bevölkerung bereits angemessen berücksichtigt (I 29). Für Johannes macht eine Entwicklungstendenz die wirtschaftliche Demokratisierung überflüssig, die Vertreter*innen der Wirtschaftsdemokratie gewöhnlich ins Feld führen, um zu begründen, dass sie möglich ist. In der klassischen Abhandlung »Wirtschaftsdemokratie« etwa argumentierte Fritz Naphtali, dass der »organisierte Kapitalismus«, also eine Entwicklungsphase des Kapitalismus, der durch oligopolistische Konzerne mit riesigen Bürokratien und einem wachsenden und interventionistischen Staat gekennzeichnet ist, die Bedingungen dafür schafft, dass eine demokratisch organisierte Wirtschaft möglich wird (Naphtali 1969, 35–36). Dazu gehörte später auch der Aufbau von professioneller Marktforschung und Kundenbindung, also eine systematische Erfassung und Beeinflussung von Kaufinteressen. In gewisser Weise kehrt Johannes dieses Argument um – weil Konzerne selbst forschen, um den eigenen Absatz zu steigern, braucht es keine zusätzliche demokratische Mitwirkung.

Eine andere Art der Ablehnung findet sich beim Sozialliberalen Jan, der ebenfalls in der Automobilindustrie arbeitet.

»[...] ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist zu entscheiden, was jetzt auf den Markt kommt oder nicht. Weil nicht jeder sich mit jedem Thema beschäftigen oder auskennen kann. Ich sag mal, nicht jeder ist technikbegeistert und könnte jetzt entscheiden, ob das Produkt A oder B auf den Markt kommt [...]. Aber wenn dann jeder mitbestimmt, würde das vielleicht auch dazu führen, dass vielleicht was Schlechteres auf den Markt kommt. Dafür gibt es ja eigentlich die Experten, die das entscheiden oder entwickeln.« (I 28)

Spricht sich Johannes gegen eine demokratische Beeinflussung der Produktionsplanung aus, weil Konsuminteressen der Bevölkerung durch die wirtschaftlichen Apparate ohnehin bereits erfasst werden (Kundenbeobachtung/Marktforschung), setzt Jan an der fehlenden Expertise der Bevölkerung an. Ähnlich reagiert der Gemeinwohldemokrat Simon, der als Krankenpfleger arbeitet: »Keine Volk kann das wissen. (...). Da kommen wir wieder in so eine Art Mangelwirtschaft.« (I 9) Sehen die oben erwähnten Befürworter*innen einer partizipatorischen Rahmenplanung in der Bevölkerung implizit Expert*innen, die dafür sorgen würden, dass vernünftiger und bessere Produkte auf den Markt kämen, sprechen die Gegner*innen dieses Reformvorschlages den Menschen das nötige Wissen ab, um eine angemessene Entscheidung zu treffen. In diesen Zusam-

menhang (Demokratisierung führt zu einer Fehlallokation von Mitteln) gehört auch die Begründung ihrer Ablehnung, die die Gemeinwohldemokratin Anna gibt (I 4). Während Befürworter*innen einer ökologischen Wirtschaftsdemokratie für gewöhnlich argumentieren, dass die Mitsprache der Bevölkerung bei der Produktionsplanung dafür sorgen würde, dass tatsächlich nur noch das hergestellt würde, was wirklich gebraucht wird, sieht Anna die gegenteilige Gefahr. Durch Manipulation können Menschen dazu gebracht werden »[...] nur bestimmte Produkte zu wählen zum Beispiel, die da produziert werden, und dann nicht mehr das produziert wird, was eigentlich notwendig ist, weil die das abgewählt haben.« (I 4).

Tabelle 38: Zusammenfassung der Begründungen Zustimmung/Ablehnung Rahmenplanung

	Pro	Contra
Rahmenplanung	- Bessere/sinnvollere Produkte - Partizipation als Wert an sich - Kontrolle Unternehmensmacht - Beeinflussung Wirtschaftsprozess - Sicherung/Schaffung Arbeitsplätze	- Markt ermöglicht Kundenbeteiligung - Unternehmensapparate erfassen Kundeninteressen - Manipulation von Interessen führt zur falschen Allokation

Quelle: Eigene Darstellung

2) Offenheit gegenüber Wirtschaftsräten vs. Überflüssigkeit: Etwas positiver als auf die Rahmenplanung reagierten meine Interviewpartner*innen auf die Idee der Wirtschaftsräte. Gemeint waren in meiner Vorstellung des Rätevorschlags tatsächlich regionale Gremien, in denen unterschiedliche Interessengruppen vertreten wären, und die verbindliche Vorgaben (auch für Unternehmen) für die wirtschaftliche Regionalentwicklung machen könnten (Riexinger/Becker 2018, 132).

Überwiegend wurde diese Idee von meinen Gesprächspartner*innen etwas »weicher« im Sinne einer Möglichkeit interpretiert zusätzlich zu Unternehmensinteressen auch die Anliegen anderer gesellschaftlicher Gruppen einzubeziehen. Dabei wurde der Vorschlag eher im Sinne von korporatistischen Arrangements interpretiert, denn als Vertretungen, die Regeln festlegen oder wirtschaftliche Entscheidungen treffen. Auch hier ist der Sozialliberale Jens (I 21) ein Beispiel. Er begreift regionale Wirtschaftsräte als eine Möglichkeit, um sozialgeographische Entwicklungen zu verhindern, die ihn stören, konkret die aus seiner Perspektive häufige und chaotische Ansiedlung von Logistikzentren zu verhindern, »wo ich denke, das ist doch gar nicht nötig. Dass wertvolles Ackerland verballert wird für so eine Scheiße.« Ganz ausdrücklich als Beratungsgremien interpretiert der bereits zitierte Klimasoziale Mark (I 3) die regionalen Wirtschaftsräte. Mark interpretiert sie im Sinne korporatistischer Gremien gemeinsamer Beratung:

»Also sprich auf regionaler Ebene Politiker, Leute von Wirtschaftsverbänden oder von lokalen Firmen, Umweltverbände, die sollten bei so was eigentlich immer rein, finde ich, weil die Priorität sehr hoch ist, was den Umweltschutz angeht. Das finde ich gar

nicht mal so schlecht, wenn sie sich mal treffen und über dann so was beraten. Also ein Beispiel hier im Ort, da wurde jetzt vor einiger Zeit aufgerufen, [...] dass große Bereiche, die als Frischluftschneisen für den Ort gelten, [...] dass sie dann halt mit Industrieanlagen bebaut werden. [...]. Wäre ein relativ großes Areal gewesen. Großer Protest in der Bevölkerung. [...]. Um sowas zu vermeiden, wäre es ganz sinnvoll, wenn mehrere Leute aus verschiedenem Blickwinkel Aspekte beleuchten, wenn zum Beispiel gesagt wird, wir bräuchten mehr Gewerbeflächen oder wir wollen da Wirtschaft ansiedeln, dass sich dann Leuten aus verschiedenen Bereichen aus der Wirtschaft selber, Politik, vielleicht Bürgervertretungen aus einzelnen Bereichen oder die Bürgermeister von verschiedenen Stadtteilen, Umweltverbände, darüber beraten, was man denn machen könnte.« (I 3)

Durch die frühzeitige Beteiligung von anderen Interessenvertreter*innen könnten so Konflikte vermieden werden. Auch der Gemeinwohldemokrat Johannes begrüßt die Idee der Wirtschaftsräte, weil er darin ein nützliches Beratungsgremium sieht. Allerdings argumentiert er deutlich technokratischer als es Mark tut. Er meint

»[...] das wäre eine super Sache. Man hätte quasi so eine Art Expertenrunde, die sich zusammentun und wo jeder quasi von seinem Fachbereich das Für und Wider für eine bestimmte Idee mitbringen kann und man zieht dann den Konsens raus, wie es halt am besten laufen kann. Das wäre eine super Angelegenheit.« (I 29)

Es sind Wissende, die in den Räten zusammenkämen, um ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen. Das muss nicht unbedingt antidemokratisch sein, weil theoretisch eine Vielfalt von Menschen als Expert*innen angesprochen sein könnten, die – quasi als Alltagsexpert*innen – relevantes Wissen beisteuern könnten. Im Zusammenhang mit der im vorherigen Abschnitt zitierten Skepsis gegenüber dem Wissen der Bevölkerung liegt allerdings nahe, dass hier Expert*innen im engeren Sinne gemeint sind.

Andere Gesprächspartner*innen begründeten ihre positive Reaktion auf den Vorschlag, regionale Wirtschaftsräte einzuführen, hingegen, indem sie mehr oder weniger explizit auf unterschiedliche Interessen von Unternehmen und Bevölkerung Bezug nahmen. Der Sozialliberale Malik unterstreicht beispielsweise, dass Wirtschaftsräte zu mehr Gerechtigkeit führen würden, weil auch die Interessen »der Leute« und somit nicht nur der Unternehmen bei der Entscheidung berücksichtigt werden könnten, wohin sich die Wirtschaft entwickeln sollte (I 19). Ähnlich argumentiert auch der Gemeinwohldemokrat Kai, der sich im Gemeinwohlinteresse insgesamt eine Einschränkung unternehmerischer Handlungsfreiheiten wünscht. Wirtschaftsräte stellt er sich in diesem Sinne als eine Art wirkungsvolles Kontrollgremium zwischen Wirtschaft und Politik vor (I 12).

Aber auch dieser Reformvorschlag wurde von Gesprächspartner*innen abgelehnt. Sie wiesen beispielsweise darauf hin, dass solche institutionellen Neuerungen überflüssig seien, weil im Rahmen der Kommunal- und Regionalpolitik bereits Mitwirkungsmöglichkeit gegeben seien. Ein Beispiel ist der Sozialliberale Jan, der in der Automobilindustrie beschäftigt ist (I 28). »Ich finde, dass wir das in Teilbereichen schon so haben [...]. Also indirekt hat man ja schon so Institutionen, wo man diesen Einfluss hat.« (I 28) Einer Ausweitung von demokratischen Entscheidungsfindungen steht er vor diesem Hintergrund eher skeptisch gegenüber. »Ich finde das in manchen Bereichen auch pro-

blematisch. Weil wenn man jetzt über alles abstimmen würde, dann würde es ja immer Menschen geben, die das dann nicht gut finden würden.« (I 28) Der Sozialliberale Bernd unterstreicht, derartige Wirtschaftsräte würden zu einer überflüssigen zusätzlichen bürokratischen Ebene, die nicht gebraucht werde (I 39).

Tabelle 39: Zusammenfassung der Begründungen Ablehnung/Zustimmung Wirtschaftsräte

	Pro	Contra
Wirtschaftsräte	- Beeinflussung Regionalentwicklung - Partizipation als Wert an sich - Partizipation als Mittel der Konfliktvermeidung - Verbesserung der Entscheidungen - Einflussicherung der einfachen Leute/Kontrolle der Unternehmen	- Vorhandene kommunal- und regionalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten reichen aus - Abstimmungen politisieren und führen zu Unzufriedenheit

Quelle: Eigene Darstellung

3) Offenheit für die Vision der Betriebsdemokratie vs. Misstrauen in die Belegschaften: In der jüngeren Diskussion wird die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft häufig ausgehend von den Mängeln der heutigen betrieblichen Mitbestimmung begründet, insbesondere dem Fehlen wirklicher Mitbestimmungsrechte in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Demokratisierungsforderungen sollten demnach hier ihren Ausgangspunkt nehmen, indem sie den tatsächlichen Einfluss der Belegschaften auf die Unternehmenspolitik ermöglichen (Bierbaum 2018, 14–15). Neben der Erweiterung von Betriebsratsrechten ginge es auch darum »[...] neue Elemente basisgetragener Selbstbeteiligung, Selbstverantwortung und Selbstaktivierung [...]« einzuführen (Schumann/Detje 2011, 81). Die Beschäftigten sollen dabei Treiber einer Wirtschaftsdemokratisierung von unten sein (Detje/Sauer 2018, 34f.). Das setzt voraus, dass Beschäftigte daran auch interessiert sind. In der klassischen strategischen Ausarbeitung zur Wirtschaftsdemokratie »Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel« begründet Fritz Naphtali deshalb die Realisierbarkeit einer tiefgreifenden Demokratisierung nicht nur, indem er erläutert, dass die kapitalistische Entwicklung selbst sie möglich mache (weil sich ein sog. »organisierter Kapitalismus« herausgebildet habe), sondern er behauptet auch das subjektive Bedürfnis der Beschäftigten danach. Die Arbeiter*innen, so Naphtali, wollten nicht mehr im Zustand der sozialen Unfreiheit leben, »sein Abhängigkeitszustand im Betrieb und in der Gesellschaft (ist) unerträglicher als je geworden.« (Naphtali 1969, 19) Meine empirischen Befunde legen eine solche zugespitzte Diagnose nicht nahe. Dem Vorschlag, den Betrieb mit Hilfe von Abstimmungsrechten für die Belegschaft zu demokratisieren, stimmten etliche Befragte zwar zu, eine etwas größere Gruppe reagierte aber auch skeptisch oder sogar ablehnend, wie ich im Folgenden zeigen möchte.

Zunächst werde ich auf die aufgeschlossenen und positiven Meinungsbekundungen eingehen. Positiv reagierten Beschäftigte ausgehend von eigenen Erfahrungen im Betrieb, insbesondere mit Wissensproblemen im Management, aber auch mit fehlender

eigener politischer Handhabe bei wichtigen Entscheidungen. Allerdings wurde der Vorschlag häufig im Sinne einer Ausweitung der Mitbestimmung interpretiert, also eher der Ausweitung von Rechten für Betriebsräte. Das würde zwar ebenfalls ein Mehr an Demokratie bedeuten, das aber im Sinne einer Vertretungs-Demokratie, während direkte Abstimmungsrechte ein Moment direkter Arbeiterdemokratie wären, in der Beschäftigte selbst entscheiden können (Demirovic 2007, 256). In diesem Sinne reagiert auch der Sozialliberale Jens. Die Idee der Betriebsdemokratie findet er ansprechend, weil die Belegschaft seines Erachtens teilweise bessere Einsichten in die betrieblichen Abläufe hat als die Geschäftsleitung, »manche Zusammenhänge können die gar nicht so genau sehen.« (I 21) Eingebettet ist dies in eine kritische Sicht auf das eigene Management, das seines Erachtens in der Vergangenheit unwirtschaftlich gehandelt hat. Das Wissen des Managements erscheint in dieser Deutung nicht als überlegen, eher sogar als Stolperstein oder gar Problem.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Jörg, Gemeinwohldemokrat und Industriearbeiter. Er gehört zu den wenigen Interviewpartner*innen, die den Begriff der Wirtschaftsdemokratie inhaltlich einordnen konnten. Im Kern verstand auch er darunter die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung. Dieser Idee stimmt er zu, indem er auf Wissensdefizite der »Arbeitgeberseite« eingeht, die u.a. aus der Arbeitsteilung folgen.

»Ich habe als Betriebsrat schon so viel erlebt, was vermeintliche Spitzenfunktionäre angeht, gerade von Arbeitgeberseiten da an Anwälten rumspringt, da sage ich ›Alles klar, Leute. Wenn ihr mal gearbeitet hättet, würdet ihr heute nicht so entscheiden.« (I 31)

Demokratie bedeutet auch, dass man sich vor der Belegschaft rechtfertigen muss – was er positiv hervorhebt. »Wenn man mehr Mitbestimmung hat, wie und was man produziert und nicht nur Bedingungen, die unmittelbar den Beschäftigten angeht, das wäre schon sinnvoll.« Demokratisierung bedeutet für Jens in diesem Sinne auch die Chance, bessere Entscheidungen zu treffen, solche, die durch das Produzent*innenwissen informiert sind und nicht in erster Linie durch Wissen derjenigen, die eben noch nie wirklich gearbeitet haben. Voraussetzung dafür ist aber eine entsprechende Qualifikation, also eine Weiterentwicklung und Ergänzung des vorhandenen Wissens:

»Das bedeutet aber auch im Klartext, dass die Leute, die gewählt werden, geschult werden. Kann ja auch nicht jeder. Ist eine riesige Verantwortung zu tragen. Und wenn man mehr Verantwortung bekommt, was die Demokratisierung der Wirtschaft angeht, bedeutet im Umkehrschluss auch, dass man als gewählter Betriebsrat das auch können muss.« (I 31)

Aber positive Meinungen über den Reformvorschlag, Beschäftigte abstimmen zu lassen und so den Betrieb zu demokratisieren, wurden auch anders begründet. Der Gemeinwohldemokrat Johannes greift diesen Reformbaustein positiv auf, indem er ihn im Sinne einer Art Lastenteilung interpretiert, man »[...] würde das Risiko auf mehrere Schultern verteilen, was eigentlich gut ist [...]«. (I 29) In seiner Interpretation bedeutet betriebliche Demokratisierung dann, dass Manager und Belegschaft gemeinsam Entscheidun-

gen treffen könnten. Gleichzeitig sei dies besonders schwer durchsetzbar, weil ein typischer Manager denkt »[...] er sei das Ein und Alles und er könnte am besten alleine entscheiden und hört wenig auf Menschen, die ihm untergeben sind.« (I 29)

Auf einen anderen Vorteil der Demokratisierung des Betriebes weist der Sozialliberale Malik (I 19) hin, der ebenfalls darunter eine Ausweitung der heutigen Mitbestimmung versteht. Diese Reformidee greift er wohlwollend auf, weil er darin die Möglichkeit sieht, eine echte Vetomacht zu schaffen, die dem reinen Profitinteresse des Unternehmens entgegenwirken kann, da »dem scheißegal (ist), ob 200 Leute gekündigt werden«.

Ein Teil der Befragten reagierte allerdings auch auf die Idee der Betriebsdemokratie skeptisch bzw. negativ. Nicht überzeugt, wenngleich nicht ablehnend, zeigte sich zum Beispiel der Klimasoziale Mark (I 3) gegenüber dem Vorschlag, Beschäftigten Abstimmungsrechte einzuräumen. Insbesondere bezweifelt er, ob die Bevölkerung in Deutschland aktiv genug sei, um eine solche Betriebsdemokratie zu leben. Genährt wird dieser Zweifel durch das geringe politische Engagement, das er beobachtet (ähnlich I 16). Insbesondere aber unterstreicht er, dass die Leistungsbereitschaft abnehmen würde.

»Also wenn die Belegschaft sagt, was wir produzieren oder wie wir es produzieren oder in welchem Umfang, habe ich so ein bisschen die Befürchtung, dass die Firma dann Bankrott macht ja, weil sie vielleicht weniger arbeiten wollen.« (I 3)

Das ist eine schwerwiegende Skepsis, dennoch lehnt Mark diese Reformidee nicht grundsätzlich ab. Er unterstreicht vielmehr, dass es auf die Bereitschaft der Beschäftigten ankäme, ob betriebliche Demokratie funktioniert, ebenso (»gutes Personal ist schwierig zu finden«) auf die nötige Qualifikation – und verweist auf ein bekannteres internationales Beispiel von Selbstverwaltung.

»Kann funktionieren, es kommt immer auf die Mitarbeiter an und gutes Personal ist schwierig zu finden, um es mal so zu sagen. Aber ich kann mich auch dran erinnern, es war so ein Continental-Werk in Mexiko. Es ist schon zehn oder fünfzehn Jahre her. Das sollte geschlossen werden. Die Leute waren partout nicht damit einverstanden und haben dieses Werk nachher selber in die Hand genommen und dann selber geführt. Das war von der Belegschaft und das hat wohl noch gut funktioniert. Ob es jetzt noch existiert, weiß ich nicht, aber ich glaube, das war so ein Musterbeispiel. Das kann funktionieren. Das wird auch in anderen Wirtschaftsbereichen funktionieren. Das wäre eine schöne Sache, wenn ein Unternehmen eine Struktur hätte und sich dementsprechend mehr der Belegschaft öffnen würde, zumal das auch weitaus mehr Respekt und Anerkennung den Angestellten geben würde als mehr Gehalt.« (I 3)

Die Bedenken sind damit nicht ausgeräumt, aber das gelungene Beispiel eines demokratisch selbstverwalteten Betriebes zeigt ihm, was möglich ist. Grundsätzlich sehen auch Vertreter*innen der Wirtschaftsdemokratie diese Herausforderungen, gerade in den bereits etablierten Formen der Mitbestimmung sahen sie aber Mittel für die Interessenvertreter*innen der Arbeiter*innen und Angestellten, um »die Grundlagen der Wirtschaftsführung bis in alle Einzelheiten kennenzulernen.« (Naphtali 1969, 60) Allerdings ging es dabei um die Auslese qualifizierter Fachkräfte aus den Belegschaften, weniger um die Befähigung der Beschäftigten selbst (Martens 2018, 91). Eher skeptisch-ablehnend

– »Das kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen« (I 36) reagierte Tobias, ein anderer Klimasozialer. Auch er bezweifelt zunächst, dass die Beschäftigten die nötige Einstellung haben, um wirklich verantwortungsvoll zu handeln.

»Nur ich glaube, dass der Mensch, so, wie er heute momentan funktioniert, kann ja gerne in 200.000 Jahren anders sein, dass wir da uns ein paar andere Gewohnheiten zugelegt haben, nicht dazu geschaffen ist permanent ganzheitlich alles im Blick zu haben.« (I 36)

Normalen Beschäftigten fehlen seines Erachtens die Fertigkeiten (in der Lage sein ganzheitlich alles im Blick zu haben), um ein Wirtschaftsunternehmen mitzuführen. Tobias führt dies auf fehlende Anreize zurück. Während Befürworter*innen der Wirtschaftsdemokratie argumentieren, dass eingeräumte Beteiligungsmöglichkeiten dazu beitragen, dass ein Interesse an gemeinschaftlichen Aufgaben entsteht, argumentiert Tobias umgekehrt: Können alle mitbestimmen, dann gehört der Betrieb im Prinzip niemandem mehr.

»Und was allen gehört, gehört quasi niemandem und dann geht es mich auch nichts an, was damit ist. Und dann wartet man und tut so, als würde einen das alles nichts angehen, wenn was nicht funktioniert.« (I 36)

Kurz: Der Anreiz initiativ zu werden und mitzudenken geht verloren, wenn des kein Privateigentum mehr gibt. Die Betriebsdemokratisierung würde aus dieser Perspektive nicht zu mehr Beteiligung führen, sondern zur Teilnahmslosigkeit. Auch diese Herausforderungen wurden in Debatten über mögliche Wege der wirtschaftlichen Demokratisierung durchaus reflektiert, weil sie in Demokratisierungsexperimenten als tatsächliche Probleme auftauchten. Das gilt etwa für bleibendes Desinteresse und anhaltende Apathie auch bei Beschäftigten, denen in demokratisierten Betrieben weitreichende Mitbestimmungsrechte eingeräumt wurden (Heinrich 1978, 82).

Ein Argument für demokratische Verfahren ist (neben der normativen Begründung über gleiche Rechte), dass diese zu besseren Ergebnissen führen, weil unterschiedliche Erfahrungen und Wissensbestände fruchtbar gemacht werden können. Mindestens gilt dies für beteiligende Managementverfahren, mit deren Hilfe die Leistungsbereitschaft der Einzelnen gesteigert werden soll. Andere argumentierten, dass gerade exklusive Entscheidungskompetenzen »[...] die mit Abstand wichtigste Ursache für Ineffizienz, Vergeudung von Ressourcen, Zeit und menschlicher Energie in hierarchisch strukturierten Betrieben (sind).« (Demirovic 2007, 253) Deutlich anders sieht das die Gemeinwohldeмократin Martina, die ablehnend auf die Idee der Betriebsdemokratie reagiert. Ihres Erachtens sind hierarchische Beziehungen nötig, Demokratie betrachtet sie gerade nicht besseres Mittel der Entscheidungsfindung:

»Ich glaube, dass die schlecht umsetzbar ist. Sondern dass wir bei dem System, was wir jetzt im Moment haben, eigentlich ganz gut bedient sind. Weil ich könnte mir vorstellen, dass das sehr chaotisch dann wird, wenn man grundlegend dann ausdiskutiert,

was produziert wird oder so. Um da halt einen Konsens halt zu finden, weiß ich nicht, ob das funktionieren würde, wäre ich jetzt eher kritisch.« (I 6)

Debatten sieht sie nicht als ein Mittel, um beispielsweise mehr Wissen zu mobilisieren, sondern eher als einen Stolperstein auf dem Weg tragbare Konsense zu finden.

Skeptisch gegenüber der Demokratisierung der Betriebsführung zeigt sich schließlich auch der Sozialliberale Jan (I 28), der sich Sorgen um die politisierenden Folgen von Abstimmungen macht. Sollte man der Belegschaft Entscheidungsrechte einräumen, »[...] dann wird es immer wieder Menschen geben, die das gut finden und welche, die die Entscheidung nicht gut finden. Es werden immer welche zufrieden sein und welche unzufrieden.« (I 28). Kurz: Wenn Geschäftsführungen und Management vorgeben, gibt es nichts zu diskutieren und infolgedessen auch keine Meinungsverschiedenheiten zu moderieren.

Tabelle 40: Zusammenfassung Begründungen Ablehnung/Zustimmung Betriebsdemokratie

	Pro	Contra
Betriebsdemo- kratie	- Besseres Produzent*innenwissen - Vetomacht gegen Unternehmer*innenegoismus - Beteiligung als Teilung von Verantwortungslast	- Abstimmungen polarisieren und führen zu Unzufriedenheit - Fehlende Fertigkeiten - Fehlender Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsanreiz - Entscheidungsfindung kaum möglich

Quelle: Eigene Darstellung

5.4 Im Zusammenhang: Einstellungstypen, politische Lager und Wähler*innenorientierungen

In den vorherigen Kapiteln habe ich Deutungstendenzen (siehe Kap. 5.2) und Deutungsmuster (siehe Kap. 5.3) vorgestellt, die ich innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus rekonstruieren konnte. Die befragten Beschäftigten einte, dass sie zum gewerkschaftlichen Umfeld in den Betrieben gehörten. Teilweise waren es Betriebsräte und Vertrauensleute, teilweise Kolleg*innen, die an einem Arbeitskampf teilgenommen haben. Zugleich handelt es sich um Angehörige unterschiedlicher Teile der Arbeiter*innen- und lohnabhängigen Mittelklasse. Im abschließenden sechsten Kapitel werde ich auf sie zurückkommen, um allgemeine Schlussfolgerungen (nicht: Verallgemeinerungen) über die Potenziale politischer Projekte, insbesondere des Grünen Sozialismus zu ziehen.

Allerdings sind die Deutungen innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus besondere. Zumindest liegt die Vermutung nahe, dass sie – aus Perspektive eines links-ökologischen Projektes ebenso wie aus der des sozialliberal-ökologischen Modernisierungsblocks – eher überdurchschnittlich viele ideologische Potenziale und Anknüpfungsmöglichkeiten ausweisen. Für die Untersuchung ist das aus zwei Gründen wichtig. Einerseits

handelt es sich bei den Angehörigen des betrieblichen gewerkschaftlichen Milieus häufig um Multiplikator*innen in den Belegschaften, deren Ideen zirkulieren, zugleich um Scharnierpersonen zwischen Belegschaften und organisierter Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung. Aus diesem Grund hat diese Gruppe eine besondere Bedeutung, wenn es um die Verbreitung politischer Ideen und Orientierungen geht. Andererseits sollten sie genau deshalb, weil sie sich also durchaus von denen nicht gewerkschaftlich orientierter Kolleg*innen unterscheiden könnten, durch weitere Forschungsergebnisse ergänzt werden, die über relevante ideologische Orientierungen Informationen bieten, die für die hier verfolgte Fragestellung relevant sind.

Zum Teil habe ich solche Umfrageergebnisse bereits in Kapitel 5.1 dargestellt. Ich werde mich deshalb in den folgenden beiden Kapiteln zunächst mit relevanten politischen Orientierungen auseinandersetzen, die in Einstellungs- und Milieuanalysen untersucht wurden (siehe Kap. 5.4.1), um mich anschließend mit Wahlorientierungen auseinander zu setzen (siehe Kap. 5.4.2). Dabei konzentriere ich mich auf die Potenziale einer links-ökologischen bzw. ökosozialistischen Politik.

Während ich mich im ersten Kapitel insbesondere der Frage widme, auf welche Einstellungs- bzw. Milieu- und Lagertypen das Projekt des Grünen Sozialismus sich beziehen könnte und müsste, kehre ich im zweiten Kapitel den Blick um. Ich gehe hier der Frage nach, wie welche sozialen Schichten bei den vorangegangenen Wahlen (bis ausschließlich 2021) abgestimmt haben. Dabei lege ich mein Hauptaugenmerk auf das Verhältnis zwischen den Projekten des antiökologischen Nationalradikalismus und des Grünen Sozialismus, die in der Vergangenheit insbesondere in Ostdeutschland um einen Teil der Anhängerschaft konkurrierten.

5.4.1 Wohlfahrtsstaatsansprüche: Einstellungstypen und politische Lager

Interessante Hinweise auf Einstellungen, an die die miteinander ringenden politischen Projekte anknüpfen können bzw. müssen, bieten z.B. die beiden 2017 veröffentlichten Studien »Was verbindet die Deutschen?« und »Einstellungen und soziale Lage«, die von Policy Matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellt wurden (siehe auch Kap. 5.1.1). Auf der Grundlage von Informationen über Erwartungen, die die Befragten an Markt und Staat hatten, wurden neun Typen verbreiteter Werthaltungen und Einstellungen zu zentralen Streitfragen in relevanten Politikfeldern gebildet¹⁷:

17 Empirische Grundlage waren 4892 Onlineinterviews (mit Menschen ab 18 Jahren), die im Frühjahr 2017 geführt wurden (Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Cagné 2017, 9). Gebildet wurden die Typen entlang von zwei Achsen: auf einer wurde die Haltung zu staatlicher Regulierung abgetragen (z.B.: soll die soziale Sicherung eher durch den Staat garantiert werden oder wird im Markt ein geeignetes Mittel gesehen?), auf der anderen ein Bündel von Einstellungen, die man am ehesten noch als Welthaltung bezeichnen könnte (z.B.: wird ein Nebeneinander von Kulturen in Deutschland befürwortet oder eher erwartet, dass sich Migrant*innen anpassen sollten?). Libertäre stehen hier autoritären Orientierungen gegenüber. Wichtig ist hinsichtlich der Typenbildung, dass die soziale Lage der Befragten in die Untersuchung mit einbezogen wurde, aber selbst für die Typenbildung nicht entscheidend gewesen ist. Teilweise sind Typenbezeichnungen irreführend. Beispielsweise wird für den Typus des »Abgehängten Prekariats« ausgewiesen, dieses umfasse 5 Prozent

Das Engagierte Bürgertum, die Kritische Bildungselite, die Konservativen Besitzstandswahrer, die Zufriedene Generation soziale Marktwirtschaft, die Verunsicherten Leistungsindividualisten, die Gesellschaftlichen Einzelkämpfer, die Desillusionierte Arbeitnehmermitte, die Missachteten Leistungsträger und das Abgehängte Prekariat (Müller-Hilmer/Gagné 2018, 11–13). Eingeordnet werden diese Typen in eine einfache Oben-Mitte-Unten Hierarchie, die auf einer Selbsteinschätzung der Befragten beruht:

Tabelle 41: Einstellungs- und Wertemustertypen in der gesellschaftlichen Ungleichheitshierarchie

Oben	Engagiertes Bürgertum Konservative Besitzstandswahrer Kritische Bildungseliten	37 Prozent der Wahlbevölkerung
Mitte	Zufriedene Generation Soziale Marktwirtschaft Verunsicherte Leistungsindividualisten Gesellschaftliche Einzelkämpfer Desillusionierte Arbeitnehmermitte	48 Prozent der Wahlbevölkerung
Unten	Missachtete Leistungsträger Abgehängtes Prekariat	15 Prozent der Wahlbevölkerung

Quelle: (ebd., 14)

Besonders offen für mehr staatliche Eingriffe und einen stärkeren Sozialstaat sind die Typen »das Abgehängte Prekariat«, die »Missachteten Leistungsträger« und die »Kritische Bildungselite«. Angehörige der *Kritischen Bildungselite* lassen sich sowohl hinsichtlich ihrer Einstellungen zu sozialen Themen wie zu kulturellen Fragen klar links verorten. Soziale Gerechtigkeit, Sozialstaatlichkeit und Solidarität ist diesen Menschen wichtig. Sie sind auch im ganz engen Sinne sozialkritisch, denn die wachsende »[...] Ungleichheit und eine wahrgenommene Vormachtstellung der Ökonomie bereitet ihnen große Sorgen.« (ebd., 24). Diese Gruppe spricht sich außerdem für »[...] eine offene, tolerante und liberalere Gesellschaft (aus) [...]«. (Ebd.)

Die Demokratie an sich ist Angehörigen der Kritischen Bildungselite besonders wichtig – Angehörige der kritischen Bildungselite sind auch überdurchschnittlich häufig Gewerkschaftsmitglieder und messen der Gewerkschaftsbewegung eine große Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung und die Wahrung von Beschäftigteninteressen bei. Zur Kritischen Bildungselite gehören insbesondere Menschen, die eine akademische Ausbildung machen konnten, in diesem Typus finden sich viele höhere Angestellte, auch Freiberufler*innen, Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst, Menschen insgesamt, die oft in kulturellen und sozialen Berufen tätig sind. Häufig arbeiten sie aber auch prekär, weil sie befristet beschäftigt tätig sind und auf eine »unstete«

der Wahlbevölkerung. Aber allein über 20 Prozent der Erwerbsbevölkerung arbeiten zu Niedriglöhnen, die Anzahl der prekär Beschäftigten ist also um ein vielfach höher. Oder: Ein »engagiertes Bürgertum« soll immerhin 18 Prozent der Wahlbevölkerung umfassen – aber was macht einen Befragten zum Repräsentanten des Bürgertums? Das Bürgertum, mit Marx oder Weber als Klasse verstanden, die Kapital besitzt, umfasst aber keine 18 Prozent der Wahlbevölkerung.

berufliche Entwicklung zurückblicken. Nicht selten sind sie für ihren ausgeübten Job überqualifiziert (ebd.).

2017 hätten Angehörige der Kritischen Bildungselite überwiegend links bzw. mitte-links gewählt. 31 Prozent hätten demnach für die LINKE optierten, 18 Prozent für die Grünen und 25 Prozent für die SPD. Die Grünen hatten gerade bei diesem Typus an Rückhalt verloren und wurden damals durch die LINKE an der Spitze der Beliebtheitsskala verdrängt. AfD, CDU und FDP zusammen erreichen hier gerade einmal 15 Prozent (ebd., 19). Mit Blick auf die in Kapitel 5.3 rekonstruierten Deutungsmuster innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus bzw. unterschiedlicher Klassenteile ähneln diese Einstellungen am ehesten denen der Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen und der Unterströmung der Klimasozialen.

Die *Missachteten Leistungsträger* wünschen sich ebenfalls einen gut funktionierenden Sozialstaat. Sie kritisieren ebenfalls die Gesellschaft, dabei gehen sie von der Missachtung ihrer erbrachten Leistung aus, die weder durch soziale Anerkennung, noch durch angemessene Einkommen gewertschätzt wird (ebd., 10). Missachtete Leistungsträger sind an einer ausgleichenden und solidarischen Gesellschaft interessiert, in der vor bedrohlichen Marktkräften geschützt wird. Ihre Leistungsorientierung mündet insofern nicht im Individualismus. Gewerkschaften halten missachtete Leistungsträger etwa für wichtig. Sensibel sind sie gegenüber Menschen, die das Solidaritätsprinzip ausnutzen und den Eindruck erwecken keine Leistung bzw. keinen Beitrag bringen zu wollen. Sie kritisieren insbesondere »[...] mangelnde Durchlässigkeit, Ungleichheit und fehlenden Zusammenhalt.« (ebd., 36) Ihre solidarischen Orientierungen beschränken sich auf den Nationalstaat, internationale Hilfe wird überwiegend abgelehnt. Auch Migration wird eher abgelehnt, gegenüber der neuen Kultur, die Migrant*innen mitbringen, bestehen große Vorbehalte. Allerdings sind missachtete Leistungsträger nicht im eigentlichen Sinne autoritär oder politisch reaktionär, sehr wohl in ihrer Lebensorientierung aber sozialkonservativ. Dementsprechend wird Recht und Ordnung auch geschätzt (ebd.) Diese Sozialkritik geht Hand in Hand mit einer Kritik am politischen Betrieb.

»Politiker gelten als abgehobene und nicht unterscheidbare Elite. Dem politischen System und seinen Institutionen wird wenig vertraut: Korruption, mangelnde Meinungsfreiheit und mediale Kontrolle werden attestiert. Die Wirtschaft hält man zudem für zu einflussreich, die Arbeitnehmermitsprache für zu schwach. Im Umkehrschluss besteht eine deutliche Hinwendung zur direkten Demokratie, die den Volkswillen umsetzt. Politische Führung soll dabei nicht zu stark werden.« (ebd.)

In diesem Typus sind Menschen, die älter als 50 Jahre sind, deutlich übervertreten. Häufig sind sie auch bereits in Rente. Unter den Arbeitenden überwiegen Arbeiter*innen und Angestellte mit mittleren und einfachen Qualifikationen. Vielfach genießen sie nur eine geringe soziale Sicherheit, weil sie schlecht bezahlten Jobs nachgehen, oft haben missachtete Leistungsträger auch selbst Erfahrung mit Erwerbslosigkeit gemacht. Oft fürchten Angehörige dieses Typus auch die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung: »Beim Blick auf die Zukunft überwiegen Sorgen bezüglich Finanzen, Alterssicherung, Zukunft der Kinder und Kriminalität.« (Ebd.) Angehörige des Typus Missachtete Leistungsträger

ger bevorzugten 2017 deutlich das konservativ-liberale und das nationalradikale Projekt, aber es handelt sich weniger um eine konservative bzw. rechte Hochburg, sondern um einen »umkämpften Typus«. Während für die Unionsparteien, die FDP und AfD zusammen 47 Prozent dieses Typus optieren, wählen 40 Prozent mitte-links oder links. Zur AfD neigten 19 Prozent, zur LINKEN 13 Prozent. Etliche der beschriebenen Orientierungen ähneln denen, die ich im vorherigen Kapitel als typisch für die Leistungsorientierten Sozialkonservativen herausgearbeitet habe.

Im sog. *abgehängten Prekariat* finden sich auch Menschen mit Fachausbildung wieder, anteilig sehr hoch ist aber der Teil der An- und Ungelernten. Besonders viele einfach qualifizierte Arbeiter*innen und Angestellte gehören zu diesem politischen Typus.

»Trotz teils unbefristeter Arbeitsverträge beklagt dieser Typ die größte berufliche Unsicherheit. Man arbeitet häufig in Betrieben ohne Betriebsrat. Zeit- und Leiharbeit sind ebenso virulent wie Arbeitslosigkeit. Berufliche Chancen sieht man weder im In- noch im Ausland.« (ebd. 38)

Als »umfassend frustriert« bezeichnen die Autor*innen die abgehängten Prekarier deshalb. Die wirtschaftliche Lage und deren Zukunft bewerten sie viel schlechter als die Angehörigen anderer Typen, es überwiegt die pessimistische Sicht möglicherweise den eigenen Lebensstandard langfristig nicht halten zu können (ebd., 39). Sie problematisieren die Alterssicherung, ihre eigene finanzielle Lage, Kriminalität in ihren eigenen Wohngebieten, die Zukunft der eigenen Kinder und auch die eigenen Arbeitsbedingungen (ebd.). Sie wünschen sich einen starken Sozialstaat und eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft.

Das ausgeprägte Interesse an einem Staat, der absichert, der versorgt und der der Wirtschaft klare Grenzen setzt, geht Hand in Hand mit einer Unzufriedenheit über Ungleichheit und fehlenden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Befragte, die dem Typus des abgehängten Prekariats zugezählt werden, so attestieren die Autor*innen, fühlen sich besonders sozial verunsichert. Die politische Verarbeitungsweise, die hier verbreitet ist, stellt für politische Projekte, die an umfassender Solidarität orientiert sind, trotz der starken Sozialstaatsorientierung eine Herausforderung dar. Abhängige Prekarier sind stark antilibertär und auch antisolidarisch. Außerdem sind ethnozentrische und chauvinistische Haltungen gegenüber Migrant*innen und Ausländern stark verbreitet, sie überhöhen die eigene Nation, werten andere ab. Für ein eigenes, positives Gesellschaftsbild bleibt dabei im Endeffekt kaum mehr Raum.« (ebd., 38) Multikulturalität lehnen abgehängte Prekarier ab (ebd., 39). Sie engagieren sich politisch bzw. zivilgesellschaftlich eher kaum, sie suchen eher Schutz. Demokratischen Grundsätzen, so Müller-Hilmer und Gagné, wird nur »wenig Bedeutung zugeschrieben. Von den Parteien bzw. von Politiker*innen sind sie deshalb auch »durchweg enttäuscht.« Die Politiker gelten demnach als abgehobenes Establishment hinter demokratischer Fassade [...], die deutsche Demokratie gilt als dysfunktional.« (ebd., 38) Eigentlich »[...] wünscht man sich [...] das Durchgreifen einer autoritären, starken Führung gegen das ungeliebte repräsentative System.« (Ebd.)

Für ein politisches Projekt, das versucht mehr Solidarität zu ermöglichen, mehr Demokratie durchzusetzen und für ein Miteinander verschiedener Ethnien und Kul-

turen sich einsetzt, sind diese Haltungen des abgehängten Prekariats wahre Stolpersteine. Entsprechend an Rückhalt gewonnen hat in diesem Typus die AfD. Einzelne der beschriebenen typischen Haltungen erinnern an Eigenschaften des Sozialrebellischen Nationalismus und des Exklusiven Sozialpopulismus, insbesondere die Anti-Establishmenthaltung und skeptische oder gar ablehnende Haltungen gegenüber der Einwanderung. Das gilt insbesondere für den Sozialrebellischen Nationalismus. Aber es gibt möglicherweise auch wichtige Unterschiede. Denn beim Sozialrebellischen Nationalisten Karl dominierte die Innen-Außenspaltung, war die nationalidentitäre Opfererzählung derart stark in seinen Deutungen, dass ausgeprägte Sozialstaatsorientierungen eigentlich nicht ausgedrückt wurden.

Tabelle 42: Die Sozialstaatsmilieus und Parteivorlieben

	Union	FDP	AfD	SPD	Grüne	LINKE
Kritische Bildungselite (9 %)	9	4	2	25	18	31
Abgehängtes Prekariat (5 %)	22	3	39	19	3	9
Missachtete Leistungsträger (10 %)	25	3	19	20	7	13
Engagiertes Bürgertum	37	11	2	24	15	8
Zufriedene Generation Marktwirtschaft	41	10	9	25	8	5
Desillusionierte Arbeitnehmermitte	31	13	12	20	4	13
Konservative Besitzstandswahrer	39	17	18	14	6	1
Verunsicherte Leistungsindividualisten	35	11	19	16	6	8
Gesellschaftsferne Einzelkämpfer	35	13	17	18	7	5

Quelle: (ebd., 22–40)

Zwischen Regulierungs- und Marktaffinität rangiert mittig die sog. »desillusionierte Arbeitnehmermitte«. Zu diesem Typus gehören überdurchschnittliche viele 50–59-Jährige, die eher einfache qualifiziert sind. Auch hier sind Arbeiter und Angestellte eher typisch, die in technischen Bereichen oder der Industrie arbeiten. Sie sind eher leistungsbereit, zugleich erwarten sie aber auch staatlichen Schutz. Einer gewinnorientierten Marktesellschaft stehen desillusionierte Arbeitnehmer durchaus wohlwollend gegenüber – gleichzeitig fordern sie eine sozial gerechtere Gesellschaft, finden es legitim, wenn staatliche Sozialleistungen bezogen werden und wünschen sich gleichwertige Lebensbedingungen. Deshalb ist der Staat ihres Erachtens auch dazu berechtigt Unternehmen klare Vorgaben zu machen (ebd., 34). Desillusioniert sind Angehörige dieses Typus, weil in ihren Augen weder ihre Leistungsbereitschaft angemessen entgolten, noch ihr Wunsch nach kollektivem, sozialstaatlichem Schutz erfüllt wird. Zudem sind sie frustriert von den etablierten Parteien, »[...] Politiker werden überdurchschnittlich oft als abgehobenes Establishment hinter einer demokratischen Fassade betrachtet.« (Ebd.) Gewünscht ist aber nicht mehr Demokratie, sondern »[...] starke und zügige politische Führung, die sich ggf. plebiszitär auf den Volkswillen beruft.« (Ebd.)

Desillusionierte Arbeitnehmer gehören sozial eher zur Mitte. Aber Unsicherheitserfahrungen sind aufgrund von früherer Teilzeitarbeit, Befristungen oder Erwerbslosigkeit durchaus bekannt. Die wirtschaftliche Lage sieht man »[...] eher negativ und sorgt sich besonders um die zukünftige Entwicklung.« (ebd., 35) Auch Angehörige der desillusionierten Arbeitnehmermitte lehnen die multikulturelle Gesellschaft ab, Sorgen bereitet ihnen Kriminalität, Terrorismus, aber auch ihre eigene finanzielle Lage als zukünftige Rentner. Ihre Haltung anderen Menschen gegenüber, so die Autor*innen, ist insgesamt nicht durch Offenheit gekennzeichnet. Das Leben wird eher als ständiger Kampf empfunden. Gegenüber anderen Menschen ist man misstrauisch und zeigt wenig Bereitschaft zur Empathie. »Konservativ bis autoritär gestaltet sich auch die Haltung zu Minderheitsrechten und Geschlechterrollen.« (ebd., 34) Religiosität und Glaube sind durchaus wichtige Werte, Migration wird als Bedrohung betrachtet:

»Man fühlt sich gegenüber Ausländern benachteiligt, fordert mehr Rechte für die angestammte Bevölkerung und zeigt [...] nur geringe Offenheit gegenüber Flüchtlingen. Man wünscht sich häufiger einen Zuwanderungsstopp, fordert eine deutsche Leitkultur ein, da man sich zusehends fremd im eigenen Land fühlt. Es wird Nationalbewusstsein im tradierten Sinn eingefordert, das mit einer chauvinistischen Einstellung, der Forderung nach hohen Zugangsbarrieren für Migration und NS-Relativierung einhergeht. Man will, dass Deutschland seine Interessen auch international ungezügelt durchsetzt, weshalb man der EU eher skeptisch gegenübersteht.« (ebd.)

Während desillusionierte Arbeitnehmer also mit der Demokratie unzufrieden sind, sich mehr soziale Gerechtigkeit wünschen und staatliche Absicherung erwarten, sind sie gesellschaftspolitisch deutlich konservativ. Das gilt nicht nur für ihre Haltung zu Migration, sondern auch zu Leistung und Demokratie. Gerade Leistungsbereitschaft, das Interesse an einem schützenden Staat, aber auch die Aufgeschlossenheit gegenüber der Marktwirtschaft, erinnert an das Deutungsmuster der (Enttäuschten) Sozialliberalen und der Leistungsbereiten Sozialkonservativen. Nicht zuletzt das Interesse an einer strafenden Sozialpolitik gegenüber imaginierten faulen Erwerbslosen, das Sozialkonservative haben, lässt sich auch als autoritärer Zug deuten. Ähnliches gilt für die Abgrenzung gegenüber Migrant*innen. Bei den Sozialliberalen fehlen, wie gesagt, gerade diese Prägungen. Sie sind weniger konservativ und autoritär als auf Gegenseitigkeit bedacht und aufgeschlossen gegenüber Einwanderung (wenn auch nicht bedingungslos).

Auf die Einstellungstypen, die deutlich marktorientiert sind, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Für ein politisches Projekt, das den Sozialstaat im Rahmen eines linken Green New Deals ausbauen und reformieren möchte, müssen sie nicht alle als Gegner gelten. Sie gehören aber sicherlich eher zum Gegenüber als zur potenziellen sozialen Basis einer entsprechenden Sozialstaatskoalition. Eine mögliche politische Basis für eine expansive Sozialstaatspolitik können im Kern die vier Typen kritische Bildungselite, missachtete Leistungsträger, abgehangenes Prekariat und – deutlich schwächer – desillusionierte Arbeitnehmermitte bilden. Zusammen machen sie 24 Prozent

der Befragten aus. Die stärksten Solidaritätsorientierungen finden sich in der kritischen Bildungselite, besonders starke Gemeinwohlorientierungen im abgehängten Prekariat. Sozialpolitisch sind zwischen beiden Typen starke Brückenschläge möglich, allerdings widersprechen sich die gesellschaftspolitischen Orientierungen. Das gilt nicht nur mit Blick auf die jeweiligen Haltungen zu Migration, sondern – wenn auch ambivalenter – gegenüber der Demokratie. Brücken sind auch möglich zu den missachteten Leistungsträgern und zur desillusionierten Arbeitnehmermitte, wenngleich hier Leistungs- und Marktorientierungen deutlich ausgeprägter sind. Auch hier dominieren eher konservative gesellschaftspolitische Vorstellungen, dies betrifft insbesondere die Haltung zu Migration, zum Teil auch zur Demokratie.

Sozialstaatsorientierte Milieus und politische Lager

Wichtige Einsichten in grundlegende Werthaltungen, Interessengeflechte und (sozial-)politische Orientierungen lassen sich aus den Forschungsergebnissen einer Wissenschaftlergruppe um Michael Vester ziehen. Die erstmalig 1993 publizierten Ergebnisse einer umfangreichen milieusozologischen Studie (Vester u.a. 2001) aktualisierte Vester für eine kritische Auseinandersetzung mit den politisch-sozialen Grundlagen des neueren Rechtspopulismus (Vester 2017). Laut Vester teilt sich die Gesellschaft nicht nur in soziale Milieus, vielmehr bilden sich aus diesen Milieus bzw. aus Teilen dieser Milieus aufgrund politischer Auseinandersetzungen politische Lager (siehe Kap. 2.4). Ist ein Lager erst einmal entstanden, hat es in der Regel auch länger Bestand. Lager bilden sich, so die Annahme von Vester und Co. infolge von grundlegenden politischen Auseinandersetzungen und bestehen aus Angehörigen verschiedener sozialer Milieus (Vester/von Oertzen/Geiling/Hermann/Müller, Dagmar 2001, 186–187).

In der Cleavage-theorie, auf die sich die Hannoveraner Soziolog*innen bezogen haben, wird von sog. sozialkulturellen Spaltungslinien (Lipset/Rokkan 1967, 26) gesprochen, die eine Art politisierte Frontlinien innerhalb der Gesellschaft bilden. Beteiligt sind daran immer schon politische Organisationen. Jede derartige politisierte und mobilisierende Spaltung stellt Verbindungslinien her zwischen den sozialen Bedingungen, unter denen Menschen handeln, ihrem Bewußtsein und dem politischen Handeln (Bartoloni 2000, 19). Die Spaltungslinien können sozial-materielle (z.B. Klassenspaltung in Oben-Unten), aber auch religiöse (z.B. die Spaltung zwischen Protestant*innen und Katholik*innen) usw. sein.

Drei von Michael Vester rekonstruierte Lager sind besonders affin für eine sozial, demokratisch und ökologisch orientierte Reformpolitik: die sogenannten Sozialintegrativen (13 % der Wohnbevölkerung), die Radikaldemokrat*innen (11 %) und die Skeptisch-Distanzierten (20 %). Im Lager der Resignativ-Autoritätsgebundenen (13 %), zu dem insbesondere auch Angehörige der unteren sozialen Milieus gehören, werden ebenfalls soziale Reformansprüche sichtbar, politisch ist es aber eher rechtspopulistisch orientiert. Gemeinsam ist den drei erstgenannten Lagern, zu denen rund 44 Prozent der Wohnbevölkerung über 14 Jahre zählen, eine Orientierung an Gleichberechtigung, sozialem Ausgleich und demokratischer Beteiligung, wenn auch in ungleichem Maß. Dabei unterscheiden sich die Lager allerdings nicht nur danach, welchen Stellenwert zum Beispiel Demokratie- und Beteiligungsansprüche, Sorgen vor Zuwanderung oder Ansprüche an

soziale Gerechtigkeit für sie spielen; sie setzen sich schwerpunktmäßig auch aus unterschiedlichen Berufsgruppen bzw. sozialen Milieus zusammen.

Die Sozialintegrativen streben nach politischer Gleichstellung (für alle Menschen) und setzen sich zudem für postmaterielle Ziele¹⁸ (etwa für Gleichberechtigung und Toleranz) ein, aber auch für »soziale Gleichstellung und Integration aller, nicht zuletzt auch für Arbeitnehmer und Unterprivilegierte« (Vester 2017, 22). Dieses Lager ist, wie auch das der Radikaldemokrat*innen, infolge der sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre entstanden. Diese progressive-solidarische »Arbeitnehmermitte«, die 13 Prozent der Bevölkerung zählt, steht insofern grundlegend für soziale Gerechtigkeit, verstanden als Verteilungsgerechtigkeit. Besonders stark vertreten sind in diesem Lager moderne Angestelltenberufe, etwa aus dem Bereich der Büro-, Verwaltungs-, Medizin- und Erziehungsberufe (ebd., 23). Ohne nähere Angaben zu den genauen Tätigkeiten zu kennen, denen Befragte nachgingen, kann angenommen werden, dass es sich zum Teil um Angehörige der neuen lohnabhängigen Mittelklasse, zum Teil um Angehörige der Arbeiter*innenklasse handelt (ebd.). Menschen aus diesem Lager engagieren sich, allerdings nicht in erster Linie politisch, sondern eher sozial.

»Das Gesellschaftsbild ist egalitär und von moralischen Gerechtigkeitsvorstellungen geprägt. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen für ein Leben nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten haben, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer sozialen und ethnischen Herkunft. Wie auch die Gruppe der Radikaldemokraten verurteilen die Sozialintegrativen ausländischer- oder frauenfeindliche Chauvinismen und erstreben die Aufhebung bestehender Benachteiligungen.« (ebd.)

Eingebettet sind diese Orientierungen in eine »Perspektive von unten«, in eine ausgeprägte »Arbeitnehmer- und Sozialstaatsorientierung«. Der Staat sollte Schwächere absichern. Wenn es ein Lager gibt, auf das sich ein links-ökologisches Projekt stützen kann, dann dürfte es das der Sozialintegrativen sein. Denn neben die soziale tritt eine grundlegend demokratische Orientierung, der zufolge sowohl innerhalb der Politik als auch innerhalb des Arbeitslebens Prinzipien der Selbstorganisation durchgesetzt werden sollten. Diese Beteiligungs- und Mündigkeitshaltung geht Hand in Hand mit einer Distanz gegenüber der Berufspolitik. Dies wird allerdings nicht autoritär begründet, Politik – sie

18 Vester und andere greifen auf die Formulierung »materielle« und »postmaterielle« Interessen oder Ziele zurück, um etwa Lohninteressen (materiell) von Interessen an Gleichberechtigung zu unterscheiden. Das kann sinnvoll sein, um einen Unterschied deutlich herauszustellen. Manchmal – nicht im Fall von Michael Vester – suggeriert diese Unterscheidung aber auch, dass die postmateriellen Interessen keinen stofflichen, handfesten Kern haben. Das ökologische Interesse am Erhalt unserer Lebensgrundlagen etwa (oft als postmateriell bezeichnet) ist besonders stofflich und materiell, wurzelt es doch im und zielt es doch auf das gesellschaftliche Naturverhältnis der Menschen, das in den Produktionsverhältnissen enthalten ist. Oder: Am Interesse von Frauen an sexueller und wirtschaftlicher Gleichberechtigung ist nichts jenseits des Materiellen – was gibt es Stofflicheres als die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigenen Lüste? Und ist das Interesse an gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, Bildungs- und Aufstiegschancen nicht sehr materiell?

ist »insbesondere mit einer hohen Zustimmung zur sozialstaatlichen und gewerkschaftlichen Solidarität und zur basisdemokratischen Partizipation verbunden« (ebd., 24).

Im politischen Lager der Radikaldemokrat*innen vereinen sich verschiedene links orientierte hochqualifizierte Menschen. Angehörige dieses Lagers sind wenig sensibel gegenüber sozialer Ungleichheit¹⁹ sowie Benachteiligung und verfolgen stärker postmaterielle und demokratische Zielsetzungen.

Im radikaldemokratischen Lager, das etwa 11 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren zählt, sammeln sich – in Vesters Terminologie – insbesondere Angehörige akademisch gebildeter Oberschichtenmilieus. Viele arbeiten überwiegend als qualifizierte leitende Angestellte und Beamt*innen, aber auch freie Berufe sind überdurchschnittlich vertreten. Deutliche Schwerpunkte finden sich in den Bildungs- und Erziehungsberufen, innerhalb der technischen Intelligenz, im Bereich der Kunst- und Kulturvermittlung, der Rechts- und Sicherheitsberufe sowie der Medizinberufe (ebd., 24f.). Tendenziell lassen sich die Radikaldemokrat*innen insofern mehrheitlich der oberen lohnabhängigen Mittelklasse zuordnen. Politisch interessiert sind sie insbesondere an sogenannten postmateriellen Zielsetzungen, etwa an gleichen Rechten und Teilhabemöglichkeiten. Sie »bekannten sich zu einer offenen multikulturellen Gesellschaft und verurteilten wohlstandschauvinistische und ausländerfeindliche Haltungen scharf« (Ebd.). Gleichzeitig grenzten sie sich in diesem Zusammenhang von rücksichtsloser sozialer Konkurrenz ab, wodurch Anknüpfungspunkte für sozial progressivere Kräfte bleiben:

»Gegenüber dem rücksichtslosen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf sozialdarwinistischer Art bekannte sie sich zu dem Ideal des Schutzes der sozial Schwächeren. Gegenüber der Vorstellung, soziale Unterschiede seien über Leistungen legitimiert, verweisen sie auf die bestehenden Chancengleichheiten in der Gesellschaft, insbesondere auf die Benachteiligungen von Frauen und Zuwanderern, also Benachteiligungen aufgrund leistungsfremder Merkmale. Insgesamt war allerdings die Einstellung zum Leistungsprinzip durchaus zwiespältig: Obwohl sie sich gegen die Leistungsideologie aussprachen, problematisierten sie nur wenig die bestehenden beruflichen Hierarchien – und damit ihre eigenen gutsituierten Positionen darin – und die Probleme niedriger Arbeitnehmerpositionen. Ihre hohe Sensibilität für die sogenannten »neuen sozialen Ungleichheiten« korrespondiert mit einer gewissen Blindheit für »alte soziale Ungleichheiten«. Die Belange der Arbeitnehmer traten in den Hintergrund und wurden von ihnen nicht mit derselben Entschiedenheit unterstützt wie etwa die Interessen von Frauen oder von ethnischen Minderheiten.« (ebd., 26)

Die *Skeptisch-Distanzierten* sind eigentlich kein eigenes politisches Lager. Vielmehr wird damit eine feste Haltung bezeichnet, die sich in verschiedenen Milieus findet. Die Angehörigen dieses Nicht-Lagers machen beinahe 20 Prozent der Bevölkerung aus. Insbesondere Facharbeiter*innen und Fachangestellte finden sich hier. Zugenommen hatte zum Zeitpunkt der damaligen Befragung allerdings bereits der Anteil der Beamt*innen. Stärker als im Bevölkerungsdurchschnitt finden sich hier technisch-industrielle Berufe und Beschäftigte aus dem Bereich Handel, Banken und Versicherungen (ebd., 28). Insofern lässt sich mutmaßen, dass sich hier Teile der Arbeiterklasse und Teile der unteren

19 Die Befunde zur kritischen Bildungselite,

lohnabhängigen Mittelklasse sammeln. Gegenüber der etablierten Politik dominiert eine Art »kompromisslose Distanz«, ebenfalls von den hier vertretenen Ideologien (ebd., 27) Allerdings ist dies nicht im Sinne einer grundsätzlichen Apathie misszuverstehen. Skeptisch-Distanzierte engagieren sich, allerdings eher sozial und im Alltagsleben. »Sie vertreten dort das praktische Sozialmodell der Solidarität auf Gegenseitigkeit, das hohe Leistung durch Teilhabe am Wohlstand und sozialer Sicherheit belohnt.« (ebd., 28) Skeptisch-Distanzierte hängen weder einer neoliberalen Ellenbogenideologie an, noch sind sie grundsätzliche Unterstützer*innen einer sichernden oder gar umverteilenden Sozialpolitik. Verbreitet ist in diesem Lager eine »[...] teilweise polemische und teilweise resigniert-illusionslose Wahrnehmung der Gesellschaft, in der sich nach ihrer Auffassung die Stärksten durchsetzen.« (ebd., 29) Während sie wohlstandschauvinistische Ressentiments gegenüber Migrant*innen ablehnen, finden sich Reste von Vorbehalten gegen Gleichstellungsansprüchen von Frauen in Politik und Erwerbsleben (ebd., 29f.).

Von besonderer Relevanz für ein politisches Projekt, das verschiedene Klassenteile für eine neue Sozialstaatskoalition gewinnen möchte, ist das das sogenannte *resigniert-autoritätsgebundene Lager*, weil sich hier Angehörige aus traditionellen unteren und mittleren sozialen Milieus sammeln: überwiegend die sogenannte untere Arbeitnehmermitte und in geringerem Maß die gehobene Mittel- und Oberschicht (ebd., 16). Überdurchschnittlich häufig arbeiten Angehörige dieses Lagers als ausführende Angestellte, 1991 war rund ein Viertel von ihnen als angelernte Arbeiter*innen bzw. als Vor- und Facharbeiter*innen beschäftigt. Wichtig ist für dieses Lager, das auf die untere Mittelschicht und die Unterschicht der alten Industriegesellschaft zurückgeht und etwa 13 Prozent der Wohnbevölkerung zählt, das Eintreten für soziale Sicherung durch einen starken Sozialstaat (ebd., 15). Laut Vester handelt es sich bei diesem Lager um eines der beiden großen Reservoirs von Wählerstimmen für rechtspopulistische Kräfte. Allerdings ist die Skepsis gegenüber Migrant*innen bzw. Zuwanderung in diesem Lager nicht aggressiv-autoritär und rassistisch motiviert.

»Sie wurzelt in der Erfahrung als strukturell Benachteiligte und in dem entsprechenden Wunsch nach staatlichem Schutz vor sozialer Unsicherheit und auch vor zu viel Konkurrenz von Zuwanderern um die Arbeitsplätze und sozialen Leistungen.« (ebd., 15f.)

Stabilität gewinnen Resigniert-Autoritätsgebundene, indem sie sich auf eher konservative Orientierungen zurückziehen:

»Dazu gehört das beharrliche Festhalten an traditionellen Werten, an einer konventionellen Familienzentrierung und an der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.« (ebd., 17)

Charakteristisch ist darüber hinaus eine politische Haltung, die resignativ anmutet, Enttäuschung über das politische Establishment spielt eine wichtige Rolle. Die implizite Kritik an Politik und Politiker*innen ist – anders als bei den Sozialintegrativen – nicht

unbedingt demokratisch und solidarisch motiviert; in ihr drückt sich gleichwohl eine Art von Klasseninstinkt aus:

»Auch mit diesen Einstellungen wurde vermutlich etwas abgefragt, was immer schon da war: das Wissen der ›kleinen Leute‹, dass ›Politik nichts für unsereins‹ ist (dass man da nicht aktiv mitmacht). Dazu gehört auch das Wissen, dass die einen Politiker einem näher sind als die anderen, und so etwas wie ein ausgeprägter ›Klasseninstinkt‹: dass man ›die anderen‹ nicht wählt. Im Laufe der Jahre hat sich offenbar das Gefühl entwickelt, dass es ›den Politikern nur um die Stimme‹ gehe und sie nur vor Wahlen auftauchten.« (ebd., 18)

Fazit

Die bisher diskutierten Befunde geben Auskunft über verbreitete Haltungen zu (Un-)Gleichheit, Sozialstaat und Demokratie, aber auch zu (Im-)Migration. Rückt man die Ansprüche an einen starken Sozialstaat und die Kritik an Ungleichheit in den Vordergrund, zeigen die beiden diskutierten Studien eine Reihe von Einstellungstypen und Lager auf, auf die sich ein links-ökologisches Projekt beziehen könnte. Diese habe ich in der folgenden Tabelle in einem vereinfachten Unten-Mitte-Oben-Schema zusammengefasst²⁰.

Tabelle 43: Die mögliche Basis (Typen/Lager) eines links-ökologischen Projektes

	Einstellungstypen	Lager
Oben	Kritische Bildungselite	Radikaldemokrat*innen
Mitte	Desillusionierte Arbeitnehmermitte	Sozialintegrative Skeptisch-Distanzierte
Unten	Missachtete Leistungsträger Abgehängtes Prekariat	Resignativ-Autoritätsgebundene

Quelle: Eigene Darstellung

Allerdings unterscheiden sich diese Typen bzw. Lager beträchtlich hinsichtlich ihrer Solidaritätsbereitschaft Erwerbslosen gegenüber und in ihren Haltungen gegenüber Einwander*innen, Asylsuchenden und Menschen mit Migrationshintergrund. Das habe ich in einer weiteren Tabelle veranschaulicht. Inklusive Solidarität steht für weitreichende Solidaritätsorientierungen, die nicht durch klare Grenzziehungen gegen Migrant*innen und/oder Erwerbslose gekennzeichnet sind. Die exklusive Solidarität bezeichnet das genaue Gegenteil²¹, eine durch derartige Abgrenzungen klar

20 Zu bedenken ist: Lager setzen sich aus Angehörigen verschiedener sozialer Milieus zusammen. Wenn etwa das Lager der Radikaldemokrat*innen ins gesellschaftliche Oben einsortiert wird, sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass sich hier auch prekär Beschäftigte oder Menschen mit mittleren Berufsabschlüssen finden.

21 Zum Begriff der exklusiven Solidarität siehe Dörre 2013 sowie Zeuner/Gester/Fichter/Kreis/Stöss 2007.

eingeschränkte Solidaritätsorientierung. Von ambivalenter Solidarität kann gesprochen werden, wenn einschränkende Abgrenzungen vorkommen, aber nicht unbedingt dominant sind.

Tabelle 44: Einstellungstypen und Lager sortiert nach Solidaritätsorientierung

	Einstellungstyp	Lager
Inklusive Solidarität	Kritische Bildungselite	Radikaldemokrat*innen Sozialintegrative
Ambivalente Solidarität	-	-
Exklusive Solidarität	Abgehängtes Prekariat Desillusion. Arbeitnehmermitte Missachtete Leistungsträger	Resigniert-Autoritätsgebundene

Quelle: Eigene Darstellung

5.4.2 Wähler*innenorientierungen

Im vorherigen Abschnitt habe ich Orientierungen in sozialen Milieus und politischen Lagern diskutiert, die – aufgrund einer oder mehrerer Gründe – potenzielle Teile einer gesellschaftlichen Allianz sein könnten, auf die sich ein links-ökologisches Projekt stützen könnte. Als Herausforderung habe ich in diesem Zusammenhang fremdenfeindliche, gesellschaftspolitisch konservative und autoritäre Haltungen benannt, die es in einigen dieser Milieus auch oder in besonderem Maße gibt. Insbesondere das sog. Prekariat, so legen es die oben dargelegten Befunde nahe, ist demnach ein Milieu, das ansprechbar ist für das nationalradikale Projekt, in ähnlicher Weise, wenn auch schwächer, gilt das für die »missachteten Leistungsträger« und die »desillusionierte Arbeitnehmermitte«.

Ich möchte nun die Perspektive wechseln. Standen bisher – in einem breit verstandenen Sinne – das Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein bzw. die Sozialstaatsorientierungen im Mittelpunkt, die in verschiedenen Teilen der populären Klassen verbreitet sind (siehe Kap. 5.2, 5.3 und 5.4.1), geht es nun explorativ um Parteipräferenzen, die sich indirekt, vermittelt über die verschiedenen Ankerparteien, auf die drei genannten politischen Projekte beziehen. Legt der Blick auf die Deutungsmuster und Einstellungen Problemrohstoffe und politische Orientierungen frei, auf die die verschiedenen Projekte reagieren müssen, wenn sie gesellschaftliche Allianzen schmieden wollen, geht es nun um die tatsächlichen Präferenzen, wie sie sich in den vergangenen Wahlen gezeigt haben²².

22 Die Daten stammen etwa aus den letzten 7 Jahren, man könnte also einwenden, dass sie nicht aktuell sind. Allerdings ist der Kampf um Wähler*innenkoalitionen und um Anhänger*innen in verschiedenen Teilen der gesellschaftlichen Klassen ein Prozess – ein Blick zurück ermöglicht also Entwicklungen zu erfassen. Im Großen und Ganzen werde ich im Weiteren auf Ergebnisse der Wahl- und Parteienforschung im engeren Sinne (inklusive der Publikationen praxisnaher Stiftungen) zurückgreifen. Dabei ist der Hinweis wichtig, dass in der Wahlforschung häufig sehr grobe Einteilungen vorgenommen werden – ganz zu schweigen davon, dass diese nicht klassentheo-

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt: Wen wählen welche sozialen (Einkommens- und Bildungs-)Schichten bzw. Milieus (siehe Kap. 5.4.2.1)? Da das links-ökologische und das nationalradikale Projekt miteinander um bestimmte Milieus konkurrieren, ist schließlich die Frage zu beantworten, weshalb rechts gewählt wird (siehe Kap. 5.4.2.2). In diesem Zusammenhang geht es also um Wahlmotive und dafür relevante Einstellungen. Notwendigerweise stehen abschließend nun Parteien im Vordergrund, auch wenn sich politische Projekte mitnichten auf Parteien reduzieren lassen. Zum nationalradikalen Projekt gehören z.B. auch Bewegungsakteure (z.B. Pegida, rechte Friedensmahnwachen) und Zeitschriftenprojekte wie Compact oder die Sezession, im Weiteren geht es allerdings um die AfD. Dasselbe gilt für das links-ökologische Projekt, deren Akteure sich in sozialen Bewegungen, in Gewerkschaften oder gar – randständiger – in der SPD und den Grünen finden, im Zentrum wird allerdings als »Ankerpartei in der Krise« DIE LINKE stehen. Insbesondere in ihren regionalen Hochburgen in Ostdeutschland hat DIE LINKE in der Vergangenheit in größerem Maße Wähler*innen an die AfD verloren (Brenke/Kritikos 2020, 307). Laut einer Nachwahlstudie des DIW hatten von der gesamten Wählerschaft der AfD, die die Partei 2017 gewinnen konnte, 2013 noch 10 für DIE LINKE gestimmt – 28 Prozent für die CDU/CSU und 12 Prozent für die SPD. Von allen Wähler*innen hingegen, die 2013 noch DIE LINKE gewählt hatten, wählten 2017 13 Prozent nun die nationalradikale Partei (ebd., 302).

Wer wählt wen?

Der AfD ist es als Ankerpartei des Projektes des antiökologischen Nationalradikalismus in der Vergangenheit gelungen vermehrt Wähler*innen zu gewinnen, die erwerbslos sind oder als Arbeiter*innen beschäftigt werden. Innerhalb der Anhängerschaft (siehe oben) der AfD stellen abhängig Beschäftigte den überwiegenden Teil dar. Es wäre aber falsch in der AfD eine Partei zu sehen, die überwiegend bzw. in erster Linie von Angehörigen der untersten Einkommens- und Bildungsschichten gewählt werden. Auch mittlere und höhere Beschäftigtengruppen spielen eine wichtige Rolle.

»Die Verteilung über diverse Berufskategorien zeigt, dass eine große Gruppe von AfD-Wähler*innen aus einfachen bis gehobenen Berufen der Arbeiterschicht stammt und eine weitere Gruppe, deren Anteil an AfD-Wähler*innen deutlich über dem Stimmenanteil der AfD liegt, sich aus dem Kreis der einfachen und mittleren Beamten speist.« (Pickel 2019, 154)

retisch hergeleitet sind. In der Wahlforschung wird Wahlverhalten häufig nach Angestellten, Arbeitern, Beamten etc. unterschieden. Ob Angestellte aber zur Arbeiter*innenklasse gehören – Beschäftigte aus Dienstleistungssektoren, auch beispielsweise aus Supermärkten, gehören dann zu »den Angestellten«, genauso wie leitende Angestellte – ist daraus gar nicht ersichtlich. Eine andere Einteilung erfolgt nach Einkommen. Aber auch Einkommensschichten sagen wenig über die Klassenposition aus. In Einkommensschichten, manchmal sehr groß angelegt, zwischen 2000 und 3500 Nettoeinkommen, werden dann genau so Facharbeiter*innen bei Bosch fallen wie Akademiker*innen in Forschungseinrichtungen. Und dennoch lassen sich die Befunde als Indizien nutzen, um ein ergänzendes Bild der gesellschaftlichen Blöcke zu umreißen, wenn auch nicht fein zu zeichnen.

Für das erste Quartal des Jahres 2016 haben Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter ausgewiesen aus welchen sozialen Lagen sich die Wählerschaft der AfD damals zusammensetzt. Zu Grunde lagen Wahlbefragungen, die Basis der Darstellung bildeten also Wahlabsichten. 53 Prozent derjenigen, die Anfang 2016 angaben die AfD wählen zu wollen, waren Angestellte, 55 Prozent verfügten über einen mittleren Bildungsabschluss. 26 Prozent waren Arbeiter*innen, 7 Prozent Beamte und 14 Prozent Selbständige (Niedermayer/Hofrichter 2016, 272)²³.

Wechselt man die Grundgesamtheit und fragt, ein wie großer Teil der Befragten jeder ausgewiesenen sozialen Lage sich vorstellen konnten die AfD zu wählen, ergibt sich ein etwas anderes Bild: 18 Prozent der Arbeiter*innen, 10 Prozent der Angestellten, 12 Prozent der Beamten und 13 Prozent der Selbständigen beabsichtigten ihre Stimme der AfD zu geben. Bei denen mit hohen Bildungsabschlüssen waren es 8 Prozent, bei denen mit mittleren 13 und bei denen mit niedrigen Abschlüssen 9 Prozent (ebd., 271). Eine Partei der »Abgehängten«, wie es zuweilen heißt, scheint die AfD zu diesem Zeitpunkt aber nicht gewesen zu sein. Kumulierte Auswertungen von Erhebungen, die zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2016 durchgeführt wurden, zeigen,

»dass die AfD-Anhänger verglichen mit allen Wahlberechtigten über ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen verfügen. Zudem beschreiben etwa vier Fünftel der AfD-Anhänger in einer Umfrage vom März 2016 ihre wirtschaftliche Situation als »sehr gut« oder »gut.« (ebd., 273)

Daten sowohl über die Wählerschaft der AfD als auch der anderen Parteien findet man in einer Arbeit, die im Frühjahr 2018 von den Göttinger Politolog*innen Verena Hambauer und Anja Mays in der Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft veröffentlicht wurde (Hambauer/Mays 2018)²⁴. Ich werde die m.E. relevanten sozialdemographischen Zusammenhänge hier tabellarisch zusammenfassen und kommentieren. Zum Teil handelt es sich, ausgehend von den im Artikel ausgewiesenen Daten (ebd., 139f.), um eigene Umrechnungen²⁵. Unter anderem wurden die Interviewten gefragt, welche Partei sie bei den Bundestagswahlen 2017 wählen würden.

Von den jeweiligen voraussichtlichen Wähler*innen der jeweiligen Parteien waren nach Selbstauskunft demnach:

23 Für 2016 wird N mit 8886 ausgewiesen.

24 Die Datenbasis bilden Untersuchungen, die für das German Longitudinal Election Study (GLES) durchgeführt wurden. Zeitraum: 03. bis 17. Juni 2016. Es waren standardisierte Onlinebefragungen. Die Grundgesamtheit bestand aus 1023 Interviews.

25 Das war möglich, weil die absoluten Zahlen tabellarisch mit angegeben wurden.

Tabelle 45: Soziale Struktur der voraussichtlichen Parteiwählerschaft

	AfD	LINKE	Union	FDP	SPD	Grüne
Arbeiter	27,1	16,7	8,4	1,9	20	10,4
Angestellte	52,9	71,2	67,7	64,8	67,8	72
Beamte ²⁶	9,4	1,5	11	14,8	8,7	4,8
Selbständige	7,1	6,1	8,4	13	2,6	8,8
Bildung						
Gering	33,3	20,5	23,8	16,0	30,3	20,1
Mittel	41,0	44,3	38,8	28,4	30,9	33,7
Hoch	25,6	35,2	37,4	55,6	38,9	46,2
Nettoeinkommen in Euro						
Unter 1500	20,5	26,1	10,6	11,8	13,8	21,9
1500 – 2499	26,8	30,7	25,5	15,8	26,3	25
2500 – 2999	16,1	8	14,8	21,1	23,4	13,1
3000 – 3999	18,8	23,9	21,8	18,4	17,4	21,9
4000 – 4999	11,6	9,1	14,8	10,5	12	11,3
5000 – 7499	6,3	0	8,8	18,4	6	6,9
Über 7500	0	2,3	3,7	3,9	1,2	0

Quelle: (ebd., 139f.)

Von denen, die insgesamt beabsichtigten Die LINKE zu wählen, waren nach Selbsteinschätzung also 16,7 Prozent Arbeiter*innen, aber 71,2 Prozent Angestellte²⁷. Die AfD könnte, legt man also diese Zusammensetzung der potenziellen Wähler*innenschaft der jeweiligen Parteien zu Grunde, als stärkste Partei bei den Arbeiter*innen gelten – ebenso bei denen mit geringem Bildungsabschluss.

Ein etwas anderes Bild gewinnt man, wenn man die Anteile der potenziellen Parteiwähler*innen an den jeweiligen sozialen Lagen betrachtet. Zum Beispiel: Ein wie großer Teil derjenigen, die angaben, über unter 1500 Euro Nettoeinkommen zu verfügen, wollten also die FDP oder die Unionsparteien wählen?

26 Inklusive Richter*innen und Berufssoldat*innen.

27 Unter Angestellte verbirgt sich allerdings eine Vielzahl von Berufen und Arbeitsverhältnissen – Erzieher*innen und Verkäufer*innen ebenso wie einfache Angestellte im Öffentlichen Dienst oder leitende Angestellte.

*Tabelle 46: Parteiwähler*innen in verschiedenen sozialen Lagen*

	AfD	LINKE	Union	FDP	SPD	Grüne
Arbeiter	27,38	13,09	15,48	1,19	27,38	15,48
Angestellte	11,25	11,75	26,25	8,75	19,5	22,5
Beamte ²⁸	16	2	34	16	20	12
Selbständige	13,64	9,09	9,5	15,91	6,82	25
Bildung						
Gering	18,48	8,53	25,59	6,16	25,12	16,11
Mittel	15,53	12,62	28,48	7,44	17,48	18,45
Hoch	8,9	9,2	25,22	13,35	20,18	23,14
Nettoeinkommen in Euro						
Unter 1500	17	17	17	6,6	17	25,74
1500 – 2499	13	14,42	26,44	5,76	21,15	19,23
2500 – 2999	13,53	5,26	24,06	12	29,3	15,78
3000 – 3999	12,57	12,57	29,14	8,38	17,37	20,95
4000 – 4999	13,13	8,08	32,32	8,08	29,29	18,18

Quelle: (ebd.)

Von den oben umrissenen politischen Projekten ist – laut diesen Daten – das heutige sozialliberal-ökologische das am stärksten von den unteren Einkommensschichten unterstützte Projekt. 42,74 Prozent derjenigen, die über weniger als 1500 Euro netto verfügten, wollten die SPD und Grünen wählen. Für das konservativ-liberale Projekt wollten dagegen nur 23,5 Prozent aus dieser Einkommensgruppe stimmen. Nimmt man die untere bis mittlere Einkommensgruppe dazu (1500–2499 Euro) ergibt sich eine tendenziell ähnlich starke Unterstützung für Rot-Grün, aber auch eine größere für das konservativ-liberale Projekt. 40,38 Prozent dieser Gruppen hatten demnach vor SPD und Grüne zu wählen, 32,2 Prozent wollten für die FDP und die Union stimmen. Ähnlich sah es in Bezug auf die »Berufsgruppen« aus. 42,86 Prozent der Arbeiter*innen beabsichtigten demnach ihre Stimme dem heutigen sozialliberal-ökologischen Projekt zu geben. Das konservativ-liberale Projekt wollten dagegen nur 16,67 Prozent aus dieser Gruppe wählen. Und auch bei denen, die über einen geringen Bildungsabschluss verfügten, lagen SPD und Grüne deutlich vorne: 41,23 Prozent konnten sich vorstellen »mitte-links« zu wählen (gegenüber 31,75 Prozent für Union und FDP)²⁹.

28 Inklusive Richter*innen und Berufssoldat*innen.

29 Ordnet man diese Eindrücke in ein einfaches Schema ein, das zwischen Mitte-Links-Parteien (hier also: SPD, Grüne und LINKE) und Mitte-Rechts-Parteien (CDU, FDP und AfD) unterscheidet, zeigt

Das heutige links-ökologische Projekt fand damals am stärksten Unterstützung bei den unteren (17 Prozent) und »unteren bis mittleren« Einkommensgruppen (14,42 Prozent). Aber auch in der Gruppe der oberen Einkommensmitte (3000–3999 Euro) fand es nennenswerte Unterstützung mit 13,09 Prozent potenzieller Wähler*innen. Unter den Berufsgruppen fand es am stärksten bei den Arbeiter*innen (13,09 Prozent) und der großen Gruppe der Angestellten Unterstützung (11,75 Prozent).

Bemerkenswert ist, dass sich diese Werte deutlich verschieben, wenn man prüft, ein wie großer Teil derer, die sich selbst bestimmten Schichten zuordnen, die LINKE unterstützen. Dabei geht es um die sog. »subjektive Schichteinstufung«. Von denjenigen, die sich selbst zur Unterschicht zählten (tendenziell ordnen sich Menschen den unteren Schichten weniger zu als objektiv der Fall), wollten 31,25 Prozent die LINKE wählen. Bei der Arbeiterschicht waren es 20,18 Prozent, bei der untere Mittelschicht 11,85 Prozent, bei der mittlere Mittelschicht 8,18 Prozent und bei der oberen Mittelschicht 3,33 Prozent (ebd., 140). Eine ähnliche Tendenz lässt sich bei der AfD beobachten: 31,25 Prozent derer, die sich selbst der Unterschicht zuordneten, 21,05 der Arbeiterschicht, 15,64 Prozent der unteren Mittelschicht, 10,23 Prozent der mittleren Mittelschicht, 8,33 Prozent der oberen Mittelschicht (Ebd.) hatten vor bei der nächsten Bundestagswahl für das autoritär-populistische Projekt zu votieren.

Mit Blick auf die Wählerstruktur der AfD kommt eine Studie des DIW – in der Tendenz – zu ähnlichen Ergebnissen, nun allerdings basierend auf einer Nachwahlbefragung. Hier werden allerdings etwas andere Einstufungen der sozialen Lage vorgenommen, etwa unterschieden zwischen einfachen manuellen und nicht-manuellen Tätigkeiten, qualifizierten manuellen und nicht-manuellen Tätigkeiten, denen abhängig Beschäftigte nachgegangen sind. Mit Blick auf die Wählerstruktur der AfD und der LINKE ergibt sich das folgende Bild für die Bundestagswahl 2017:

Tabelle 47: Soziale Struktur der Wählerschaft Bundestagswahl 2017 (inklusive Veränderungen zu 2013)

	LINKE	AfD	Anteil Wählerschaft
Einfache manuelle Tätigkeiten	3 (-1)	6 (+4)	3
Einfache nicht-manuelle Tätigkeiten	6 (-1)	6 (0)	6
Qualifizierte manuelle Tätigkeiten	5 (-2)	13 (+5)	6
Qualifizierte nicht-manuelle Tätigkeiten	24 (+6)	24 (0)	25
Akademische Berufe	8 (+1)	4 (-6)	6

sich, dass in den unteren Statuslagen die Mitte-Links-Parteien gleichauf mit oder deutlich vor den Mitte-Rechts-Parteien lagen. 55,05 Prozent der Arbeiter*innen, 49,76 Prozent der Hauptschüler*innen, 59,74 Prozent derjenigen mit weniger als 1500 und 54,8 Prozent derjenigen mit 1500 bis 2499 Euro Nettoeinkommen wollten demnach mittellinks wählen.

Erwerbslose	5 (-5)	6 (+4)	4
Kleine Unternehmer*innen	1 (0)	1 (0)	1
Unternehmer*innen/Manager*innen	1 (-2)	3 (0)	3
Solo-Selbständige	2 (0)	2 (0)	2
Rentner*innen/Pensionäre	30 (-3)	24 (-4)	32
Schüler*innen/Studierende	9 (+3)	1 (-4)	5
Auszubildenden	2 (+1)	2 (-2)	4
Sonstige	5 (+1)	5 (+1)	5
Gesamtergebnis	9,2 (+0,6)	12,6 (+7,9)	

Quelle: (Brenke/Kritikos 2020, 306)

Die AfD war 2017 die große Wahlgewinnerin, gewann fast 8 Prozent hinzu. Die Tabelle weist die Anteile der einzelnen Angehörigen der ausgewiesenen Lagen an der Wählerschaft der beiden Parteien aus. Informationen über die Anteile der Parteianhängerschaft an allen Angehörigen der Soziallagen (also z.B. ein wie hoher Anteil der Wahlberechtigten, die einem Job nachgingen, in dem sie eine qualifizierte nicht-manuelle Tätigkeit ausübten, die AfD gewählt haben) bietet die Studie nicht. Abhängig Beschäftigte insgesamt machten 53 Prozent der AfD-Wählerschaft aus, gegenüber 2013 war dies ein Plus von 14 Prozent. DIE LINKE gewann 2017 gegenüber 2013 bei allen abhängig Beschäftigten 2 Prozentpunkte hinzu, 38 Prozent ihrer Wähler*innen waren abhängig Beschäftigte. Das war allerdings eine Folge der Umgruppierung, wenn man so will: Der Anteil der Wähler*innen der LINKEN, der eine einfache manuelle und eine qualifizierte manuelle Tätigkeit ausübte – vermutlich also Industriearbeiter*innen und Beschäftigten des Handwerks – nahm um 3 Prozentpunkte ab, der Anteil der qualifizierten nicht-manuell arbeitenden Beschäftigten nahm hingegen um 6 Prozentpunkte zu. Bei der AfD verhielt es sich völlig anders. Der Anteil der Wähler*innen, die einer einfachen oder qualifizierten manuellen Tätigkeit nachging, stieg um 9 Prozentpunkte, die, die einer einfachen nicht-manuellen Tätigkeit nachgingen, um 5 Prozentpunkte. Anteilig nahmen darüber hinaus die Wähler*innen zu, die erwerbslos waren (+4 Prozent), die LINKE verlor hier 5 Prozentpunkte.

Spiegelbildlich verhielt es sich 2017 mit Blick auf junge Menschen in Ausbildung und Akademiker*innen. Der Anteil der Wähler*innen der AfD, der eine Ausbildung machte (-2), einem akademischen Berufen nachging (-6), zur Schule ging oder studierte (-4) nahm jeweils ab, bei der LINKEN nahmen deren Anteile jeweils zu. Im Öffentlichen Dienst arbeiteten 2017 27 Prozent der LINKEN-Wähler*innen, was in etwa dem Anteil von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes an allen Wahlberechtigten entsprach. Der Anteil an allen AfD-Wähler*innen betrug hingegen lediglich 17 Prozent – während die AfD unterdurchschnittlich viele Anhänger*innen hatte, die für den Staat arbeiteten, waren es bei den Grünen überdurchschnittlich viele. 38 Prozent derjenigen, die die Grünen wählten, arbeiteten 2017 im Öffentlichen Dienst (ebd., 305).

Interessante Informationen über die Wählerschaft sowohl der AfD, der Linken, den beiden Ankerparteien des links-ökologischen und des nationalradikalen Lagers, bietet Floris Biskamp, der Daten des European Social Survey ausgewertet hat. Die Daten wurden im Jahr 2018 erhoben und beziehen sich auf die zurückliegende Bundestagswahl 2017. Biskamp hat die verfügbaren Daten in ein Berufsklassenmodell eingeordnet, das von Daniel Oesch für die Wahlforschung (weiter-)entwickelt wurde (Biskamp 2020, 3). In der folgenden Tabelle habe ich die Wahlergebnisse für acht Berufsklassen dargestellt³⁰, die prozentualen Ergebnisse beziehen sich auf die Gesamtheit der tatsächlichen Wähler*innen. 2,3 Prozent der Selbständigen und großen Unternehmer*innen, die tatsächlich an der Wahl teilgenommen haben, stimmten also 2017 für die SPD. Unter NW habe ich darüber hinaus den Anteil der Nichtwähler*innen in den Berufsklassen ausgewiesen.

Tabelle 48: Wahlentscheidung Bundestagswahl 2017 nach Berufsklassen

	AfD	LINKE	SPD	Grüne	NW
Self-employed professionals/Large employers	18,6	-	2,3	16,3	4,4
Small business owners	15,7	6,6	15,7	6,6	21,9
Technical (semi-)professionals	10,5	7,9	25,0	15,1	8,4
Production workers	24,9	9,2	24,4	3,2	42,4
(Associate) Managers	10,3	8,0	21,1	9,2	11,5
Clerks	8,8	7,2	21,5	7,7	20,3
Socio-cultural (semi-)professionals	5,7	15,3	17,5	11,8	11,6
Service workers	13,8	9,9	19,7	8,6	36,1

Quelle: Eigene Darstellung

Deutlich wird, dass sich insbesondere unter den Selbständigen/Unternehmer*innen, Kleinunternehmer*innen und Industriearbeiter*innen besonders viele Anhänger*innen der AfD finden. Auch ein relativ hoher Anteil einfacher Dienstleistungsbeschäftigter (worunter im Berufsklassenmodell nach Oesch sowohl qualifizierte Beschäftigte wie Krankenpfleger oder Verkaufspersonal wie geringer qualifiziertes Dienstleistungspersonal zusammengefasst werden) stimmte für die AfD – aber mit 42,4 Prozent der Industriearbeiter*innen und 36,1 Prozent der Dienstleistungsbeschäftigten entschieden sich noch größere Teile gar nicht zu wählen.

Auch der Blick auf die Einkommensschichtung zeigt: Knapp 50 Prozent des untersten Einkommenszehntels, fast 40 Prozent des zweiten untersten Einkommenszehntels und etwa 45 Prozent des dritten untersten Einkommenszehntels nahmen gar nicht erst an der Wahl teil (ebd., 4). Die Anhänger:innen der LINKEN waren am stärksten bei den Soziokulturellen Semiprofessionellen (Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen) vertreten.

30 Ich danke Floris Biskamp, der mir freundlicherweise die Daten zur Verfügung gestellt hat.

Darüber hinaus finden sie sich in ähnlichen, aber etwas geringeren Anteilen in fast allen anderen Berufsklassen, etwas stärker lediglich bei Dienstleistungsbeschäftigten und unter den Industriearbeiter*innen – in beiden Fällen aber im geringeren Maße als die Wähler*innen der AfD.

Motive für die Wahl der Nationalradikalen

In den unteren Einkommensschichten und in der traditionellen Arbeiter*innenschaft fanden in den vergangenen Jahren sowohl AfD als auch LINKE viel Zuspruch, wenngleich die Wahlergebnisse der Rechten höher waren. Zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017 hat sich die Wählerschaft der nationalradikalen Partei stark verändert:

»Sie ist 2017 zur zweiten wichtigen Ostpartei (neben der Linken) aufgestiegen. Und rund zwei Drittel ihrer Wähler waren 2017 Männer. Während die AfD 2013 noch relativ stark von akademischen Beschäftigten und Personen im öffentlichen Dienst gewählt wurde, hat sie sich 2017 zu einer Arbeiterpartei entwickelt. Ebenso gaben Personen in schulischer oder universitärer Ausbildung dieser Partei im Jahr 2017 im Vergleich zu 2013 kaum noch ihre Stimme. In keiner anderen Partei war 2017 unter der Wählerschaft der Anteil der Beschäftigten mit manuellen Tätigkeiten und einfachen, nicht manuellen Tätigkeiten so hoch wie bei der AfD.« (Brenke/Kritikos 2020, 307)

Die oben diskutierten Daten über die Wählerschaft der AfD zeigen aber auch: Erfolgreich ist sie nicht als Partei einer sozialen Schicht, sondern weil es ihr gelingt schicht- bzw. klassenübergreifend Wähler*innen zu mobilisieren (van Dyk/Graefe 2018, 338). Für die Frage nach den Potenzialen, auf die sich das links-ökologische Projekt beziehen kann, ist das wichtig, denn immerhin gewann die AfD in der Vergangenheit auch in stärkerem Maße Wähler*innen von der ostdeutschen LINKEN. Warum also wählen AfD-Anhänger*innen wie sie wählen? Eine prominente These lautet, es sei insbesondere soziale Unzufriedenheit, die Menschen ihr Kreuz bei den Nationalradikalen machen lässt. Mit anderen Worten: Im Kern handelt es sich demnach nicht um Protestwähler*innen, die eigentlich andere Anliegen haben (Kahrs/Falkner 2019, 13), und mit einer Denkmittelwahl den anderen Parteien ihren Unmut deutlich machen wollen³¹. AfD-Wahl wäre

31 Die Wahl von Rechtspopulist*innen und/oder (Post-)Faschist*innen wird in gewissem Sinne zur sozialen und politischen Notwehrtat erklärt, wie Silke van Dyk und Stefanie Graefe zuspitzen (van Dyk/Graefe 2018, 337f.). Unterstellt wird ein »eigentliches« Interesse der Wähler*innen an Gerechtigkeit und Gleichheit – da es nicht erfüllt werden kann, geben die Menschen ihre Stimme den autoritären Nationalradikalen (ebd., 341f.). Eine weitere Kritik formuliert Dennis Eversberg, der vor ökonomischem Determinismus warnt (Eversberg 2018, 44–46). Nicht die soziale Lage, auch nicht die sozialen Sorgen sei das, (...) was nun die AfD-Wähler*innen verbindet, (...). sondern die ethnozentrische, rabiat ausgrenzende Form, in der sie sie verarbeiten.« (ebd., 46). Eine Notwehrdiagnose entwickelt tendenziell Andreas Nölke, der vor diesem Hintergrund für eine links-populäre bzw. linkskommunitaristische Politik plädiert (Nölke 2018, 78–81), die er für »alt-sozialdemokratisch« (ebd., 226) hält. Wähler*innen von der AfD zurückgewinnen könne man, indem man auf deren – wohl eigentlichen – Anliegen eingehe: die Sorgen der ärmeren oder von Abstieg bedrohten Menschen ernst nehmen, »um diese Menschen deutlich besser zu unterstützen.« (ders. 2018b, 327). Im Kern sollen sich mittelinke Parteien für Verteilungs- und Sozialpolitik engagieren, während sie in kulturellen Fragen (zu denen er Geschlechterpolitik ebenso zu zählen scheint wie Einwanderungs- und Asylpolitik) eher konservativ agieren sollten. Scharfe Kritik an der AfD nutze dagegen

insofern eine Art Sozialproteststimmabgabe. Für die LINKE als Ankerpartei des Projektes des Grünen Sozialismus wäre das eine durchaus gute Neuigkeit, denn die AfD wäre leicht aus der Erfolgsspur zu bringen: Nötig wäre lediglich eine (noch) stärker vernehmbare Sozialpolitik und (möglicherweise) eine lautere soziale Kritik an den anderen Parteien bzw. an der Regierung. Die gegenläufige These lautet: Zwischen den tatsächlichen Einstellungen der Wähler*innen und den Positionen der AfD gibt es ein hohes Maß an Übereinstimmung. Bei der Stimmabgabe für die Nationalradikalen handelt es sich also nicht um Protestwähler*innen, die eigentlich andere Anliegen haben (Ebd.).

Für besondere Furore hat eine Analyse von Holger Lengfeld geführt. Er hatte auf der Grundlage einer statistischen Untersuchung keine Belege dafür gefunden, dass Menschen, die über einen geringeren Bildungsgrad, ein niedriges Einkommen verfügen und/oder den Berufsstatus Arbeiter haben, mit größerer Wahrscheinlichkeit die AfD wählen³². Lengfeld hat seine Analyse, nachdem seine Befunde ausführlich kritisiert worden waren, nochmals erweitert und verteidigt³³. Demnach sind es nicht die genannten Statuslagen, die eine Rechtswahl erklären, sondern vielmehr »[...] das Empfinden einer kulturellen Bedrohung und die Unzufriedenheit mit der Demokratie.« (Lengfeld 2018, 297) Und weiter:

»Nach alledem, was bis heute an Befunden auf dem Tisch liegt, scheint der zentrale Konflikt, der Menschen dazu bringt, sich für die AfD zu entscheiden, ein Konflikt zwischen ›Innen‹ (den Angestammten) und ›Außen‹ (zuwanderungswilligen ethnisch-kulturell Fremden) zu sein. Das der Beobachtung zugängliche Symptom für diesen Konflikt ist das von AfD-Wählern empfundene doppelte, schwächere ökonomische und stärkere kulturelle Bedrohungsgefühl.« (ebd., 298)

Ein Symptom ist ein Anzeichen oder Merkmal, es ist selbst keine Erklärung – aber die Beobachtung dieser Symptome weist auf Zusammenhänge hin. Demnach ist es nicht die

nur dieser und schade mittellinken Parteien, sichere sogar die politische Mehrheitsfähigkeit der bürgerlichen Parteien (ebd., 328f.).

- 32 Eine Vorsicht gegenüber einem vereinfachten sozialen Determinismus legen auch die Ergebnisse eines Forschungsprojektes nahe, das sich u.a. mit den politischen Orientierungen unter jungen Erwachsenen beschäftigt hat, die sich in einer prekären sozialen Lage befanden. Im Mai 2017 wurden 1000 Menschen zwischen 18 und 30 Jahren befragt (Lorenzen/Neumann/Seehaus/Trappmann 2018, 138–139). Von diesen jungen Prekären gaben lediglich 4,3 Prozent in der Telefonbefragung an, die AfD wählen zu wollen (ebd., 148). Interessant ist in diesem Zusammenhang die Kombination von sozialen Merkmalen und Deutungen der Welt, die sich bei ihnen fand. Die Wähler*innen der AfD waren häufiger erwerbstätig und hatten durchschnittlich ein höheres Einkommen als der Rest, der als Vergleichsgruppe diente. 85 Prozent derjenigen, die die AfD wählten bzw. wählen wollten, meinten, dass »(...) sie mit ihrem Haushaltseinkommen bequem zurechtkommen.« (ebd., 148) Als prekär bewerteten nur 14 Prozent der AfD-Sympathisant*innen ihre Situation, während das 30 Prozent der restlichen Untersuchungsgruppe taten (ebd.). Sorgen machten sich aber in stärkerem Maße die Wähler*innen der AfD. 87,9 Prozent von ihnen gab an sich vor steigender Armut zu ängstigen (Restgruppe: 62 Prozent), 83,1 Prozent fürchteten sich vor Zuwanderung (Restgruppe 24,7 Prozent). (ebd., 149).
- 33 Die neue Analyse beruht auf Daten des Sozi-ökonomischen Panel (SOEP) aus 2016. Erfasst wurden mehr als 8000 »Fälle«, darunter 449 AfD-Wähler*innen.

objektiv schlechtere Stellung innerhalb der Klassengesellschaft, sondern es ist die subjektive Bewertung³⁴ derselben, die die politische Orientierung erklärt (ebd., 302). Auf der Grundlage einer multivariaten statistischen Analyse kommt er zu dem Ergebnis, dass Personen, die als »statusniedrig« bezeichnet werden, die AfD wählen, weil sie »[...] in höherem Maße die Zuwanderung von Flüchtlingen ablehnen und – in etwas geringerem Maße – weil sie das deutsche politische System kritisch bewerten.« (ebd., 304).

Anders gesagt: Je höher die Abneigung gegen Flüchtlinge, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass die AfD gewählt wird. Das klingt zunächst tautologisch (rechts wählt, wer rechte Einstellungen hat), verweist aber darauf, dass Ideologien und subjektiv-politische Verarbeitungsweisen relativ autonom sind, d.h. nicht auf objektive Lagen zurückgeführt werden können. Man kann schlussfolgern: Je größer das Bedrohungsgefühl ist, das durch Migration ausgelöst wird, desto wahrscheinlicher ist die Wahl der AfD – nicht entscheidend ist demnach die »soziale Entbehrung« oder, umgekehrt, die »soziale Privilegierung«. Zu unterscheiden bliebe sodann, wie oben bereits erwähnt, zwischen einem dominanten kulturellen und einem schwächeren wirtschaftlichen Bedrohungsgefühl:

»Was heißt das jetzt konkret? Dass Menschen die AfD durchaus aus wirtschaftlichen Gründen (Konkurrenzausschluss von Zuwanderern) wählen würden. Sie tun es aber vermutlich weitaus häufiger, weil sie sich durch Zuwanderung in ihrer – individuellen und vermutlich auch kollektiven – Identität bedroht fühlen.« (ebd., 307)

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Übereinstimmung, die es zwischen Lengfeld und Kritiker*innen gibt. Christian Seipel und Susanne Rippl etwa hatten, explizit gegen Lengfeld gerichtet, zuvor – ebenfalls auf der Grundlage einer statistischen Analyse³⁵ – argumentiert, dass der Status (Einkommen und Bildung) sehr wohl einen erklärenden Einfluss für die Wahlentscheidung hätte. Aber:

»Diese wirken indirekt über die Entwicklung von Bedrohungswahrnehmungen auf die Wahlabsicht für die AfD. Es zeigt insbesondere die Bildung einen starken Einfluss auf die Ausprägung von Bedrohungswahrnehmungen. Deutlich stärker als das ökonomische Modernisierungsverlierermotiv ist der Einfluss der wahrgenommenen kulturellen Bedrohung durch Zuwanderung. Dieser Faktor erweist sich mit Abstand als stärkster Prädiktor für die Erklärung der Wahlabsicht für die AfD. Die politische Entfremdung zeigt ebenfalls einen signifikanten, aber schwächeren Effekt.« (Rippl/Seipel 2018, 250)

Konkret bilden Seipel und Rippl Bedrohungsgefühle und Unzufriedenheiten von Menschen, die beabsichtigten die AfD oder eine der anderen Parteien zu wählen, wie folgt ab:

34 Das führt wiederum zur Frage, wodurch die subjektiven Verarbeitungsweisen eigentlich erklärt werden können. Unabhängig davon, wie die Antwort lautet: da in allen Statusschichten zwar mehr oder weniger große Anteile zur Wahl einer Rechtsaußenpartei tendieren, während ebenso große (oder i.d.R. größere Anteile) eine der mitte-links-Parteien bevorzugen, ist die Klassen- und Schichtlage zumindest als ausschlaggebende Erklärung ausgeschlossen.

35 Die Datenbasis sind Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS)

Auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht) schätzten AfD-Anhänger*innen sich im Durchschnitt mit 3,0 ein – die Wähler*innen der anderen Parteien im Durchschnitt mit 2,8 etwas besser. Es wurde aber auch danach gefragt, ob man sich selbst wirtschaftlich bedroht fühlte. Die Skala reichte von 1 (keine Zustimmung zu dieser Aussage) bis 7 (starke Zustimmung). Befragte, die angaben, AfD wählen zu wollen, landeten im Durchschnitt bei 4,6 – die Wähler*innen aller anderen Parteien bei 3,4. Noch stärker über dem Durchschnitt lag das kulturelle Bedrohungsgefühl der AfD-Wähler*innen. Die Skala glich der gerade erwähnten (1 = keine Zustimmung, 7 = starke Zustimmung). Im Durchschnitt ergab sich für diejenigen, die beabsichtigten die AfD zu wählen, ein Wert von 5,3, für alle anderen von 3,3 (ebd., 246).

Auch Martin Schröder, der sich auf die von Lengfeld ausgelöste Debatte bezogen hat, hat herausgestellt, dass es so erscheint, als würde beispielsweise Menschen, die sich größere Sorgen um ihre Altersversorgung und die eigene wirtschaftliche Situation machen, mit größerer Wahrscheinlichkeit die AfD wählen (Schröder 2018, 10). Auch die Sorge vor dem Rückgang des sozialen Zusammenhalts (ebd., 11) bzw. vor Kriminalität befördert demnach die AfD-Wahl.

»Aber die stärksten [...] Effekte zeigen sich erst, wenn man die AfD-Sympathie mit Einstellungen zu Flüchtlingen und Ausländern erklärt. Wer meint, dass Flüchtlinge Deutschland generell zu einem besseren Lebensort machen oder Deutschland kulturell bereichern, hat eine um ca. 80 Prozent verringerte Chance, die AfD zu unterstützen. Wer meint, dass Flüchtlinge gut für die Wirtschaft sind, hat eine um zwei Drittel niedrigere Chance auf AfD-Sympathie. Damit sind Einstellungen zu Flüchtlingen und Ausländern der stärkste Einfluss auf die Unterstützung der AfD.« (ebd.).

Dabei überwiegen, so Schröder weiter, eher kulturelle als wirtschaftliche Vorbehalte gegenüber Migrant*innen (ebd., 13). Diese Sorgen stehen gewissermaßen hinter anderen – sie bestimmen andere Problemwahrnehmungen. Beispielfhaft zeigt Schröder,

»[...] dass die Sorge um die Kriminalitätsentwicklung und wirtschaftliche Situation in Wirklichkeit eine Sorge vor zunehmender Kriminalität und Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch Ausländer ist.« (ebd., 14)

Und später heißt es zusammenfassend:

»Dies legt den Schluss nahe, dass AfD-Unterstützer nicht per se besorgter um die eigenen und allgemeine wirtschaftliche Lage, sowie Kriminalität und sozialen Zusammenhalt sind, sondern weil sie negative Konsequenzen durch Flüchtlinge und Zuwanderung fürchten. Zugespitzt kann man deswegen sagen, dass AfD-Unterstützer Ausländern gegenüber feindlich eingestellt sind, sich ansonsten aber kaum von sonstigen Deutschen unterscheiden.« (ebd., 18)

Susanne Pickel versuchte in einem 2019 publizierten Artikel die Frage zu beantworten, ob Menschen die AfD aus Frust, aufgrund von Angst, Deprivation oder Wertekonflik-

ten wählen, indem sie die Nachwahlbefragung der German Longitudinal Election Study (GLES) auswertete (Pickel 2019, 151)³⁶. Pickel hebt zunächst hervor, dass es der AfD in besonderem Maße gelang ehemalige Nichtwähler*innen zu mobilisieren (ebd., 152–153). Mehr als 60 Prozent der AfD-Wähler*innen gaben an, »[...] sie hätten »nur« aus Enttäuschung für die AfD gestimmt, würden sich aber nicht mit der Partei identifizieren.« (ebd., 157).

Aber aus Enttäuschung über was, welche politischen Motive haben sie dazu bewogen? Interessant ist zunächst die politische Selbsteinschätzung, um die die Befragten im GLES gebeten wurden. 5 Prozent gaben an eher linke Positionen zu vertreten. 20 Prozent sahen sich mit ihren Ansichten selbst eher in der Mitte. Aber immerhin 61 Prozent sahen sich selbst eher als Teil des rechten politischen Spektrums, wobei die Schattierungen zu beachten sind. 36 Prozent verstanden sich als gemäßigt rechts, 18 Prozent als rechts und 7 Prozent als äußerst rechts (ebd., 159)³⁷. Laut Pickel erklären sozialstrukturelle Einflüsse das Wahlverhalten lediglich schwach (ebd., 160). Kurz: Wenn Arbeiter*innen überdurchschnittlich oft die AfD wählen, dann erklärt sich das nicht aus ihrer Arbeiter*innenlagen. Wenn nicht die objektive Lage (Einkommen, Beruf oder Bildung etwa) erklärt, weshalb rechts gewählt wird, dann also die subjektiven Wahrnehmungen?

Ein erster Befund lautet: Wer unzufrieden mit der Demokratie ist, wählt mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die AfD – Wähler*innen der AfD haben sich demnach massiv von der Demokratie entfremdet (ebd., 161–162). Nur 5,7 Prozent der AfD-Wähler*innen denkt, dass es Politiker*innen kümmert was einfach Leute denken (aber das glauben auch lediglich 13,4 Prozent der Wähler*innen der anderen Parteien); der Aussage, das Volk sollte die wichtigsten Entscheidungen selbst treffen, stimmen 69,9 Prozent der AfD-Anhänger*innen und 36,7 Prozent der Anhänger*innen der anderen Parteien zu. 76,1 Prozent der AfD-Wähler*innen gehen von einem Unterschied zwischen Volk und Eliten aus, bei den Wähler*innen der anderen Parteien sind das 62,7 Prozent (ebd., 169).

»Die Wähler*innen keiner anderen Partei zeigen so ausgeprägte Einstellungen politischer Entfremdung und unterstützten populistische Forderungen so stark.« (ebd., 162) Ob das eine »rechte Haltung« ausdrückt, ist ohne weitere Informationen aber m.E. nicht zu entscheiden, auch wenn Pickel in den oben dargestellten Zustimmungswerten einen Beleg für den Populismus der AfD-Wähler*innen sehen will – das mag sein, wenn damit Legitimationsprobleme der etablierten politischen Kräfte gemeint sind. Aber dieser Populismus könnte sowohl links wie rechts motiviert sein.

36 Der ausgewertete Datensatz enthielt 2115 Befragte, 161 davon hatten die AfD gewählt. 108 dieser Fälle – nur diese hatten alle auf Fragen geantwortet, die untersucht werden sollten – bildeten dann die Datenbasis, die ausgewertet wurde (Pickel 2019, 151).

37 Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Daten, die sich auf den November 2015 beziehen, also die Phase, in der (im Schatten des »Sommers der Migration«) die AfD besonders starken Zuspruch gewann. Demnach, so Niedermayer und Hofrichter in einem Artikel aus dem Jahr 2016, schätzten 55 Prozent der AfD-Anhänger*innen die AfD selbst als rechts und 11 Prozent sie als sehr rechts ein. Sie selbst sahen aber lediglich 42 Prozent als Rechte, 44 Prozent betrachteten sich als Angehörige der politischen Mitte. Interessant ist der diesbezügliche Kontrast zur Bevölkerung insgesamt. Im November 2015 betrachteten sich 51 Prozent der Befragten als links an, 8 Prozent als sehr links – aber nur 23 Prozent als politische Mitte. 15 Prozent sagten von sich rechts zu sein, 3 Prozent sahen sich als sehr rechts (Niedermayer/Hofrichter 2016, 279).

Es ist also nötig diesen politikelitenbezogenen »Populismus« im Zusammenhang weiterer Motive zu betrachten. Hier ist Pickels zweiter Befund hervorzuheben. Auch laut Pickel, die insofern mit den oben bereits dargestellten Befunden übereinstimmt, ist der »[...] wirkmächtigste Faktor und Grundauslöser für die Stimmabgabe zugunsten der AfD [...] das Gefühl kultureller Bedrohung.« (Ebd.) Dahinter verbergen sich m.E. allerdings nicht unbedingt nationalistische oder rassistische Haltungen, wenngleich Pickel von einem »Nationalismus des Durchschnittsbürgers« spricht. Treffender ist es mit Blick auf die empirisch untersuchten Statements zunächst einmal von starken Anpassungserwartungen zu sprechen: Minderheiten sollen sich anpassen, die deutsche Sprache soll gesprochen werden und die deutschen Traditionen und Gepflogenheiten eingehalten werden. Diese Erwartungen gehen aber Hand in Hand mit Ängsten: Während rund ein Viertel aller Wähler*innen befürchtet, dass die deutsche Kultur durch Migrant*innen bedroht sei, denken das rund drei Viertel aller AfD-Anhänger*innen (Ebd.). Interessant ist, was AfD-Wähler*innen genau problematisieren oder wovor sie sich ängstigen. 91,9 Prozent von ihnen fordern laut Pickel etwa, dass sich Minderheiten anpassen (das denken auch 70,3 Prozent der Wähler*innen aller anderen Parteien) und sehen es als notwendig an. 95,7 Prozent wollen, dass die deutschen Traditionen und Gepflogenheiten eingehalten werden (bei den Wähler*innen der anderen Parteien sehen das 66,6 Prozent so). Der Wunsch nach der Bewahrung der deutschen Identität spielt daher eine zentrale Rolle. Aber »nur« 20,9 Prozent der Anhänger*innen glauben, dass man nur eine deutsche Identität ausbilden könne, wenn man auch deutsche Vorfahren hat (das denken 17,6 Prozent der Wähler*innen der anderen Parteien) – 34,6 Prozent glauben immerhin, man müsse in Deutschland geboren worden sein (22,9 Prozent der Wähler*innen anderer Parteien sehen das so). 73,6 Prozent der AfD-Wähler*innen denken aber, dass Einwanderung zu mehr Kriminalität führt (bei den Wähler*innen der anderen Parteien: 37,1 Prozent), nur 10,7 Prozent denken, sie könnte gut für die deutsche Wirtschaft sein (ebd., 169).

Ebenfalls auf das Jahr 2016 beziehen sich Einblicke in die Einstellungen von AfD-Anhänger*innen, die Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter auf der Basis von Infratest dimap-Umfragedaten geben, die aus dem Februar/März 2016 stammen. Ein rechtsextremes Einstellungspotenzial sehen sie bei 28 Prozent der AfD-Anhänger*innen, während es im Durchschnitt bei allen anderen Befragten bei 9 Prozent lag (Niedermayer/Hofrichter 2016, 282). Zu einzelnen fremdenfeindlichen etc. Aussagen lagen die Zustimmungswerte allerdings deutlich höher. 53 Prozent der AfD-Anhänger*innen waren demnach der Meinung, Ausländer*innen sollten abgeschoben werden, wenn Arbeitsplätze knapp werden (das sagten lediglich 20 Prozent aller Befragten), 37 Prozent waren der Meinung, es gäbe wertvolles und unwertes Leben (das sagten 24 Prozent aller Befragten) und 36 Prozent waren überzeugt, der Faschismus habe auch seine guten Seiten gehabt (das sagten 15 Prozent aller Befragten) (ebd., 282). Insofern könnte man sagen, dass etwa ein Drittel der AfD-Wähler*innen rechtsextreme Einstellungen hat, aber zwischen 30 und 50 Prozent weiteren rechten Positionen zustimmten. Besonders negativ eingestellt, das wurde bereits deutlich, sind AfD-Anhänger*innen gegenüber Flüchtlingen.

In der oben bereits zitierten Arbeit von Hambauer und Mays werden diesbezüglich interessante Positionen dargestellt. Insgesamt waren beispielsweise 95,4 Prozent aller

damals Befragten der Ansicht, man müsse Flüchtlinge aus Kriegs- oder Bürgerkriegsländern aufnehmen. Das sahen aber lediglich 81,3 Prozent derer so, die angegeben haben die AfD wählen zu wollen. 80 Prozent aller Befragten gaben an, auch Menschen sollte Asyl gewährt werden, die religiös und politisch verfolgt werden. Lediglich 45,5 Prozent aller, die die AfD wählen wollten, stimmten dem zu. 63,9 Prozent der Befragten stimmten zu, dass auch Menschen aus Ländern aufgenommen werden sollten, in denen es Hunger- und Nahrungsmittelkatastrophen gab. Das sahen aber nur 38,8 Prozent derjenigen so, die beabsichtigen die AfD zu wählen (Hambauer/Mays 2018, 143).

Instruktiv sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden Werte. Insgesamt 37,5 Prozent aller Befragten gaben an, die »Flüchtlingskrise« mache ihnen Angst. Bei denen, die die AfD wählen wollten, lag der Wert mit 80,2 Prozent fast doppelt so hoch. Die Gründe für diese Angst wurden nicht erfasst, dafür aber noch andere Sorgen. Dabei sind von besonderem Interesse jene, welche bei AfD-Anhänger*innen im Vergleich zu den Anhänger*innen anderer Parteien besonders stark ausgeprägt sind. 23,9 Prozent aller Befragten sagten beispielsweise, die derzeitige wirtschaftliche Lage mache ihnen Angst. Bei denen, die beabsichtigten AfD zu wählen, waren dies 42,2 Prozent. Bei den potenziellen Wähler*innen der LINKEN lag der Wert mit 31,5 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Und während 76,7 Prozent erklärten Angst vor dem internationalen Terrorismus zu haben, sagten das 83,6 Prozent all jener, die für die AfD stimmen wollten. Von allen Befragten hatten 19,9 Prozent Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren, 34,3 Prozent befürchteten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und 16,7 Prozent die Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Bei denen, die angegeben haben für AfD stimmen zu wollen, lagen die Werte wieder weitaus höher. 32,6 Prozent fürchteten einen Stellenverlust (LINKE: 31,8 Prozent), 55,7 Prozent die Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage (LINKE: 36 Prozent) und 27,6 Prozent hatten Angst vor der Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Lage (LINKE: 27,6 Prozent). Mays und Hambauer schlussfolgern insgesamt, »[...] dass die AfD primär ein Sammelbecken ist für Personen, die mit Merkmals Flüchtlingspolitik nicht einverstanden sind und die sich ideologisch deutlich rechts verorten.« (ebd., 150).

Hinzufügen sollte man, dass Ängste vor allgemeiner wirtschaftlicher und eigener sozialer Verschlechterung bei denjenigen, die erklärt haben, AfD wählen zu wollen, deutlich stärker ausgeprägt war als bei den Befragten insgesamt. Ob aber beispielsweise Fremdenfeindlichkeit in der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Angst wurzelt oder die eigene wirtschaftliche Angst in der Fremdenfeindlichkeit (Fremde als Bedrohung der eigenen Lage), geht aus den quantitativen Befunden von Hambauer und Mays nicht hervor. Wenngleich die Autorinnen selbst diesen Schluss nicht ziehen, ist der Befund von Schröder in Erinnerung zu rufen, dass hinter anderen Sorgen sich – wenn man so will: determinierend in letzter Instanz – wiederum die Sorge vor den Folgen von Migration verbergen.

Falsch ist es m.E. aufgrund der bisherigen Diskussion der Wählerstruktur der AfD bzw. deren Einfluss in den einzelnen sozialen Schichten einerseits, der hohen Bedeutung von Fremdenfeindlichkeit für die Wahlentscheidungen andererseits zu schlussfolgern, dass beispielsweise Industriearbeiter*innen oder Geringverdienende grundsätzlich eher traditionalistische oder rechtsaffine Haltungen vertreten. Die oben bereits zitierte Sekun-

därauswertung von Floris Biskamp, die auf Daten des European Social Survey beruht, die im Jahr 2018 erhoben wurden, legt eine andere Schlussfolgerung nahe. Biskamp hat den politischen Raum durch eine vertikale und eine horizontale Achse eingeteilt, je weiter oben man sich auf der vertikalen Achse man sich bewegt, desto liberaler/libertärer ist man, je weiter man sich links auf der horizontalen Achse bewegt, desto »sozialistischer« und je weiter man sich nach rechts bewegt, desto »kapitalistischer« ist man eingestellt. Bemerkenswert ist dabei, dass durchschnittlich betrachtet Angehörige aller Berufsklassen sich eher im »progressiven« oberen Sektor bewegen. Der durchschnittliche »Sozio-kulturelle (Semi-)Professionelle« ist beispielsweise also sozialkulturell besonders liberal – der durchschnittliche Industriearbeiter oder die durchschnittliche einfache Dienstleistungsbeschäftigte im Vergleich zu ihm eher konservativ, gleichwohl bewohnten auch sie den progressiven linksoben Sektor (Biskamp 2020, 8). Eingeteilt wurden die Teilnehmer*innen der Befragung aufgrund ihrer Antwort auf die Fragen, ob das kulturelle Leben des eigenen Landes durch Immigrant*innen bereichert oder geschädigt wird, ob die europäische Integration durch die EU zu weit gegangen sei und ob schwule und lesbische Menschen ihr Leben so leben können sollten, wie sie es wünschen (ebd., 9).

Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Verteilung einzelner Einkommensgruppen im politischen Raum betrachtet. Zur Erinnerung: Gerade unter Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hatte die AfD stark abgeschnitten. Biskamp hat die Einkommen in Dezile eingeteilt, das erste Dezil umfasst die unterste Einkommens- und das zehnte Dezil die oberste Einkommensgruppe. Mit etwas Mut zur Vereinfachung ließe sich sagen, dass die durchschnittlichen Angehörigen der oberen vier Einkommensschichten soziokulturell am liberalsten und die untersten drei Einkommensschichten am traditionellsten eingestellt sind – aber auch die durchschnittlichen Angehörigen der drei unteren Einkommensschichten gehören insgesamt betrachtet eher zum progressiven Teil des politischen Raums (ebd., 8).

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der AfD ist es als Ankerpartei des nationalradikalen Projektes gelungen zwischen 2013 und 2017 neue Wählerschichten anzuziehen, insbesondere aus den unteren und mittleren Schichten der Arbeiter*innenklasse und der lohnabhängigen Mittelklasse. Für das links-ökologische Projekt sind diese Erfolge eine Herausforderung, weil ihre Ankerpartei DIE LINKE insbesondere in ihren ostdeutschen Hochburgen an die AfD verloren hat. Ursächlich sind, darauf deuten die dargestellten Ergebnisse der Umfrageforschung hin, insbesondere autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen, die die AfD erfolgreich mobilisierte.

Vier Ergänzungen scheinen mir allerdings wichtig. Erstens lautet der Befund, dass es *überwiegend* eben nicht soziale Themen sind, die die Menschen dazu bringen Rechtsaußen zu wählen. Für eine Minderheit kann das aber durchaus gelten. Und zweitens möchte ich mit Blick auf die oben rekonstruierten Deutungsmuster Exklusiver Sozialpopulismus und Leistungsorientierter Sozialkonservatismus hinzufügen: Möglicherweise gelingt es der AfD auch Menschen zu mobilisieren, die eben keine geschlossenen rechten Weltbilder haben, sozial unzufrieden sind – und deren ambivalente Haltung gegenüber Migration oder auch »zu viel Klimaschutz« sich von rechts ausnutzen lassen. Drittens sollte nicht aus dem Blick geraten, dass Angehörige der untersten Einkommensschich-

ten, als auch der einfachen Berufsgruppen im Durchschnitt auch soziokulturell eher liberal eingestellt sind – auch dann, wenn die AfD hier besonders stark wurde. Viertens ist zu bedenken, dass insbesondere in den unteren Einkommensschichten sowie unter Industriearbeiter*innen und einfachen Dienstleistungsbeschäftigten die Partei der »Nicht-Wähler*innen« die stärkste ist.

Für das Projekt des Grünen Sozialismus sind die an die AfD verlorengegangenen Wähler*innen wohl in größerem Maße kaum durch eine (noch) dominantere und (noch) lautere Sozialkritik allein zurückzugewinnen (was nahe läge, wäre die AfD-Wahl eine Form des Sozialprotestes). Nötig wäre es vielmehr fremdenfeindliche und migrations-skeptische Einstellungen zu »bedienen« – und zwar in einer Art und Weise, die im Wettbewerb mit den nationalradikalen Deutsche-zuerst-Parolen der AfD bestehen können. Das aber würde vermutlich andere Teile der möglichen gesellschaftlichen Allianz für ein links-ökologisches Projekt abschrecken. Mit Blick auf die in Kapitel 5.3 rekonstruierten Deutungsmuster würde dies zuallererst für die besonders ungleichheitskritischen und solidarischen Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen und die Klimasozialen gelten. Ähnlich ist es, wenn man die in Kapitel 5.4.1 dargestellten Einstellungstypen und Lager betrachtet. Sozialintegrative und Radikaldemokrat*innen ließen sich z.B. durch migrations-skeptische oder fremdenfeindliche Botschaften nicht gewinnen. Richtig ist aber auch: Umgekehrt dürften sich Resignativ-Autoritätsgebundene bzw. Missachtete Leistungsträger und Angehörige der Desillusionierten Arbeitnehmer*innen durch offensives Werben für möglichst offene Grenzen nicht überzeugen lassen. Soll das Projekt des Grünen Sozialismus weiterhin flüchtlings-solidarisch und einwanderungsfreundlich sein, dann wird es diese Teile der Bevölkerung trotz, nicht mit Hilfe dieser Positionen überzeugen müssen.

6. Perspektiven demokratisch-ökologischer Klassenpolitik

Welche Potenziale birgt die heutige prekäre Zweidrittelgesellschaft für eine demokratisch-ökologische Klassenpolitik, die – im Sinne eines linken Green New Deal – zugleich auf wirksamen Klimaschutz und einen starken Um- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates setzt? Um diese Frage abschließend zu beantworten, werde ich zunächst kurz die Ausgangsfrage rekapitulieren und meinen analytischen und empirischen Zugang in Erinnerung rufen, mit dessen Hilfe ich sie bearbeitet habe (siehe Kap. 6.1). Daran anknüpfend werde ich die charakteristischen Entwicklungstendenzen der Klassen- und Ungleichheitsstruktur rekapitulieren, die ich in Kapitel 4 dargelegt habe, und ausführlicher auf die Formen der Sozialkritik eingehen, auf die ich auf dem Terrain der populären Ideologien gestoßen bin (siehe Kap. 6.2). Unterstrichen sei an dieser Stelle, dass hier lediglich ein unvollständiger, ausschnitthafter Eindruck des Mosaiks verbreiteter Einstellungen und Deutungen gewonnen werden konnte. Abschließend ziehe ich politisch-strategische Schlussfolgerungen, indem ich vier Thesen dazu skizziere, wie das Projekt des Grünen Sozialismus zumindest für ein relevantes gesellschaftliches Minderheitenprojekt eine tragfähige gesellschaftliche Allianz aufbauen könnte (siehe Kap. 6.3).

6.1 Potenziale des grünen Sozialismus?

Dass viele Dinge sozial, politisch, auch ökologisch im Argen liegen, ist ein weit verbreiteter Eindruck in der deutschen Bevölkerung (siehe Kap. 5.1). Auch in den langen Interviews, die ich geführt habe, zeichnet sich eines ganz sicher ab: ein Gespür dafür, dass vieles nicht in die richtige Richtung läuft. Die deutsche Gesellschaft, so habe ich am Anfang dieses Buches behauptet, ist krisengetroffen. Der Kapitalismus wird (mindestens) von zwei Krisenprozessen durchzogen, durch die schleichende soziale Krise und durch eine sich beschleunigende ökologische Krise. Beide sind miteinander verbunden (siehe Kap. 1). Insbesondere ist die Bewältigung der Klimakrise immer klassenpolitisch überformt.

In der prekären Zweidrittelgesellschaft, die sich in Folge unternehmerischer Modernisierungsstrategien und der politischen Neoliberalisierung der deutschen Gesellschaft seit Anfang der 1980er herausgebildet hat (siehe Kap. 3), sind Lebens- und soziale Teilhabechancen nicht nur enorm ungleich verteilt (siehe Kap. 4.3 und 4.4); auch die Verantwortung für die Klimakrise, die unmittelbare Betroffenheit durch die zerstörerischen Folgen des Klimawandels (z.B. Hitzewellen, Sturzfluten, Brände, neue Krankheiten), die existenzielle Abhängigkeit vom fossilen Kapital und die mögliche soziale Verwundbarkeit durch den ökologischen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft sind es (siehe Kap. 4.5). Verteilungskämpfe durchziehen deshalb auch das, was heute als ökologische Modernisierung betrieben wird – ebenso wie sich Widerwille und Opposition, Unterstützung und Ungeduld gegenüber der konkreten Art und Weise herausbilden, wie Klimaschutz entwickelt wird.

Wie die beiden miteinander verbundenen Krisen bewältigt werden, hängt jedenfalls davon ab, welche politischen Projekte dazu in der Lage sein werden, tragfähige gesellschaftliche Allianzen zu schmieden, um ihre Entwicklungsmodelle, die sie für die Gesellschaft vorschlagen, durchzusetzen. Diesen Gedanken habe ich in Kapitel 2.4 ausführlicher entwickelt, im anschließenden dritten Kapitel habe ich dann skizziert, welche unterschiedlichen politischen Projekte ich voneinander unterscheide und wie sie an der Neoliberalisierung des Landes mitgewirkt, also die prekäre Zweidrittelgesellschaft mit hervorgebracht haben. In diesem Zusammenhang habe ich dargelegt, dass zu diesen Entwicklungsmodellen unterschiedliche Sozialstaatsprojekte gehören, also Vorschläge darüber, wie der Wohlfahrtsstaat wirken sollte, was seine Aufgaben sind, wie er organisiert ist und wie er seine Aufgaben erfüllen kann (siehe Kap. 2.2).

Jedes politische Projekt ist ein Netzwerk aus Akteuren, aus Ankerparteien, auch aus politischen Organisationen, Intellektuellenkreisen und anderen zivilgesellschaftlichen Kräften wie Verbandsfunktionären, Aktiven aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften usw. Die gesellschaftlichen Allianzen, die sie schmieden, sind in der Regel widersprüchlich, weil sie Teile verschiedener Gesellschaftsklassen umfassen. Jedes Projekt muss deshalb unterschiedliche Ansprüche und formulierte Interessen aufgreifen, aber notwendigerweise so auch andere missachten, sich sogar gegen sie wenden. Drei wichtige Projekte, die heute miteinander um Unterstützung konkurrieren, habe ich als sozialliberal-ökologisches Modernisierungsprojekt, als links-ökologisches und als antiökologisch-nationalradikales Projekt bezeichnet.

Die drei Projekte unterscheiden sich danach, wie sie auf die soziale und ökologische Krise antworten, mithin welche Rolle dabei auch die Wohlfahrtsstaatspolitik spielt. Ich habe in Kapitel 2.1 und 2.2 liberale, konservative und sozialistische Sozialstaatspolitiken voneinander unterschieden, präzisierend habe ich in Kapitel 2.3 verschiedene Varianten des Green News Deals diskutiert. Dabei habe ich mich auf Unterschiede zwischen einem marktzentrierten Green New Deal (Politik mit dem Markt) und einem linkssozialdemokratischen oder ökosozialistischen Green New Deal konzentriert, in denen Klimaschutz und soziale Schutz- und Umverteilungspolitik von oben nach unten nur zusammen gedacht werden. Während der antiökologische Nationalradikalismus sich gegen jede Form einer Green New Deal-Politik wendet, vertritt das sozialliberale Projekt unterschiedliche Schattierungen der marktzentrierten Variante. In der folgenden Übersicht habe ich einige wichtige Eigenschaften dieser Projekte zusammengefasst.

Tabelle 49: Die politischen Projekte der Zweidrittelgesellschaft im Überblick

Links-ökologisches Projekt, z.B.: - Stärkung der Kaufkraft der Lohnabhängigen, kontrazyklische Investitionen des Staates: nachfrageorientierte Politik - Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen - Stärkung des Öffentlichen Dienstes, Rekommunalisierung zuvor privatisierter Bereiche - Steuerpolitik zu Gunsten unterer und mittlerer Einkommensgruppen - Großes ökologisches Reformprogramm, z.B. Schwerpunkte schnellere Energiewende, ökologischer Umbau der Wirtschaft, demokratische Beteiligung Zivilgesellschaft, Verkehrswende durch massiven Ausbau von Schienen- und Busverkehr	Antiökologisch-nationalradikales Projekt, z.B.: - Stark nationalidentitäre Ausrichtung, harte Abgrenzung gegenüber Migrant*innen - Propagierung »traditioneller« Lebensmodelle, gegen gesellschaftliche Liberalisierung - Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und ein neoliberales Staatsverständnis - Auch liberale Sozialpolitik und neoliberale Forderungen, z.B. ALG-II nur für Beschäftigte, die Beitragsjahre vorweise können - Punktuell sozialprotektionistische Forderungen, z.B. Stärkung des staatlichen Rentensystems - Starke Relativierung bis Leugnung der Klimakrise, Blockadehaltung gegen ökologische Transformation
Sozialliberal-ökologisches Projekt, z.B.: - Versprechen ökologischer Modernisierung, z.B. starker Ausbau erneuerbarer Energien - Festhalten an Schuldenbremse, keine Steuerpolitik, die die oberen Einkommen und Vermögen stärker belastet, Unklarheit, wie Mehrausgaben finanziert werden können - Versprechen kleinerer sozialer Reformen, z.B. Erhöhung Mindestlohn oder Einführung Bundestariftreuegesetz - Einzelne neoliberale Reformen angekündigt, etwa experimentelle Flexibilisierung der Länge des Arbeitstages und teilweise Kapitalisierung der Rentenversicherung	

Quelle: Eigene Darstellung

Innerhalb des links-ökologischen Projektes wird mehrheitlich eine linkssozialdemokratische Green New Deal-Politik verfolgt, wenngleich Ökosozialist*innen eine relevante Minderheit innerhalb dieses Netzwerkes darstellen. Das links-ökologische Projekt setzt auf eine Politik gegen den Markt, auf einen grundsätzlichen Umbau der Produktionsweise, bei der eine Stärkung und Expansion eines grundlegend reformierten Wohlfahrtsstaates eine zentrale Rolle spielt. Es geht um einen grünen Sozialismus. Dieser kann in Anlehnung an Karl Polanyi als Versuch verstanden werden, »[...] über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewußt einer demokratischen Gesellschaft unterordnet.« (Polanyi 1978, 311). In diesem Sinne ist der grüne Sozialismus ein Ziel. Als politisches Projekt gruppiert sich der Grüne Sozialismus um die Praxis der demokratischen Klassenpolitik (Dörre 2019; Esping-Andersen 1985; Korpi 1983) und stellt sich dabei den Herausforderungen der ökologischen (Klima-)Krise, macht also das zerstörerische Naturverhältnis innerhalb des Kapitalismus selbst zum Gegenstand der Klassenpolitik: Das Ziel ist eine humane und ökologische Gemeinschaft. Ermöglicht werden soll sie, indem eine andere Wirtschaftsordnung geschaffen wird, in der nicht der »private Geldgewinn zur allgemeinen Triebkraft der produktiven Tätigkeit« gemacht wird (Polanyi 1978, 311). Deshalb wird »das Verfügungsrecht

von Privatpersonen über die Produktionsmittel nicht anerkannt«, sondern durch demokratisch-gesellschaftlichen Besitz ergänzt und ersetzt¹. Die Demokratisierung der Wirtschaft spielt dabei eine wichtige Rolle (Huffscheid/Jung 1989, 88f.; Scherer/Vilmar 1985, 104), eben auch für die Herausbildung einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft.

»So lange die ökonomischen Entscheidungen in den Händen einer Oligarchie von Kapitalisten, Bankern und Technokraten verbleiben [...], werden wir niemals dem infernalischen Kreislauf des Produktivismus, der Ausbeutung der ArbeiterInnen und der Umweltzerstörung entkommen. Die ökonomische Demokratisierung [...] bedeutet, dass die großen, die Produktion und die Distribution betreffenden Entscheidungen weder von den ›Märkten‹, noch von einem Politbüro getroffen werden, sondern von der Gesellschaft selbst, nach dem einer demokratischen und pluralistischen Diskussion, bei der sich Vorschläge und unterschiedliche Optionen gegenüberstehen. Das sind die notwendigen Bedingungen der Einführung einer anderen sozioökonomischen Logik und eines anderen Verhältnisses zur Natur.« (Löwy 2016, 96)

Es ginge also um eine demokratisch-ökologische Klassenpolitik, die nicht nur rot, sondern auch grün ist. Rot, weil sie eine Gesellschaft ohne soziale Ausbeutung will. Grün, weil sie um eine Produktionsweise ringt, die das Klima und die Biodiversität nicht zerstört (Wallis 2018, 16). Akteure eines solchen Grünen Sozialismus finden sich in der LINKEN, aber auch an den Rändern der SPD und der Grünen, sie sind in Gewerkschaften, in NGOs, in Intellektuellennetzwerken und – als größere Minderheit – innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv (Dörre 2021, 24).

Das Projekt eines Grünen Sozialismus ist voraussetzungslos, denn es basiert auf der strategischen Annahme, dass Bewegungen, die aus unterschiedlichen Widersprüchen entstehen, eine gemeinsame Handlungsperspektive entwickeln können: Arbeiter*innenbewegungen, die aus dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital entstanden sind, und Umweltbewegungen, die sich in heutigen Gesellschaften aufgrund der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Kapitalherrschaft und damit verbundenen Konsum- und Lebensweisen herausbilden (O'Connor 2021, 21). Zwar ist es zutreffend, dass beide Konfliktkonstellationen durch das expansive Kapitalverhältnis objektiv untrennbar miteinander verflochten sind (Eversberg 2023, 149), ein gemeinsames Anliegen und gemeinsames Handeln folgt daraus aber keineswegs ohne politische Vermittlungsarbeit – im Gegenteil, Abschottung voneinander, zuweilen auch Konflikte miteinander sind nicht selten (Räthzel 2019, 76–78). Die Vergangenheit

1 Mehrheitlich wird darunter nicht eine »einfache« Verstaatlichung verstanden. In Anlehnung an Erik Olin Wright könnte man sagen, dass es um die Ausweitung »gesellschaftlicher Macht« geht. Demnach ist »Sozialismus (...) eine Wirtschaftsstruktur, in der die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind und die Allokation von Ressourcen – ihr Gebrauch zu bestimmten gesellschaftlichen Zwecken – durch Ausübung dessen erreicht wird, was man als »gesellschaftliche Macht« bezeichnen kann. »Gesellschaftliche Macht« ist Macht, die in der Fähigkeit gründet, Menschen in der Zivilgesellschaft für kooperative, freiwillige und kollektive Handlungen verschiedener Art zu mobilisieren. Das impliziert, dass die Zivilgesellschaft als Schauplatz nicht nur von Aktivität, Gesellschaftlichkeit und Kommunikation, sondern auch von realer Macht angesehen werden sollte.« (Wright 2017, 185–186) Sozialismus ist in diesem Sinne die Ausweitung der gesellschaftlichen Macht auf die Wirtschaft.

zeigt: Die Geschichte beider Bewegungen ist häufig auch eine des Streits, der Missverständnisse und der getrennten Wege gewesen, selbst wenn es immer auch Kräfte gab, die sich am Brückenschlag versuchten. Analytisch habe ich mich deshalb der Frage nach den Potenzialen für eine sozial-ökologische Reformpolitik bzw. ein Projekt des Grünen Sozialismus aus der Perspektive des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital bzw. der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung genähert (siehe Kap. 2) – wohlwissend, dass historisch für den Großteil der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegungen die Befreiung aus Not und der Kampf für Demokratie und soziale Teilhabe unhinterfragt auf »[...] industrieller Expansion, Produktivitätssteigerungen und damit einhergehend auf Naturplünderung und der Verbrennung fossiler Energieträger beruhte.« (Rackwitz 2022, 91)

Um die leitende Frage zu beantworten, bin ich von einer doppelten »Ungleichheitsannahme« ausgegangen. Die erste lautete, dass Ungleichheiten sowohl zwischen als auch innerhalb der Gesellschaftsklassen und Einkommensschichten in den vergangenen Jahren eher zugenommen haben. Die zweite war, dass damit auch eine Pluralisierung von Ansprüchen, Einstellungen und Interessen verbunden sein dürfte. Wenn es also richtig ist, dass politische Projekte – und eben auch das Projekt des Grünen Sozialismus – unterschiedliche Anliegen und Interessen aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaftsklassen aufgreifen müssen, um eine stabile gesellschaftliche Allianz zu schmieden, ist es nötig, diese Ungleichheiten in den Blick zu nehmen. Deshalb muss man, wie ich in Kapitel 1 argumentiert habe, zum einen das Terrain der Klassen- und Ungleichheitsverhältnisse (siehe Kap. 4) untersuchen, die eine Art »Rohmaterial« für demokratische Klassenpolitik darstellen (Esping-Andersen 1985, 27), und zum anderen das Feld der populären Ideologien (siehe Kap. 5) erkunden. Beides habe ich getan. In Kapitel 4 habe ich skizziert wie die fossil-industrielle prekäre Zweidrittelgesellschaft aussieht, ich habe erläutert, weshalb sie aus vier Gesellschaftsklassen (der Arbeiter*innenklasse, der lohnabhängigen Mittelklasse, dem traditionellen Kleinbürgertum und einem in sich ausdifferenzierten Bürgertum) besteht. Ich habe nachgezeichnet wie sich die Zusammensetzung der drei unteren Klassen verändert hat (Branchen, Umfang, Migration, Bildung) und habe argumentiert warum ich von einer prekären Zweidrittelgesellschaft spreche (Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Einkommens- und Machtverhältnisse).

Im fünften Kapitel habe ich schließlich versucht, ein Mosaik wichtiger ideologischer Trends zusammenzusetzen. Hier habe ich mich darauf konzentriert, Problemrohstoffe und Potenziale zu untersuchen, auf die der Grüne Sozialismus sich beziehen könnte und müsste, der für eine der beiden Varianten eines linken Green New Deal Mehrheiten gewinnen will. Zunächst habe ich wichtige Trends auf dem Feld der populären Ideologien nachgezeichnet (siehe Kap. 5.1), die von der Umfragen- und Einstellungsforschung, aber auch von qualitativ arbeitenden Sozialwissenschaftler*innen, herausgearbeitet wurden. Anschließend habe ich eigene empirische Befunde einer qualitativen Kurzbefragung (siehe Kap. 5.2) und – als Hauptteil meiner eigenen Empirie – einer qualitativen Deutungsmusteranalyse (siehe Kap. 5.3) diskutiert. Ausgehend von der Diagnose in sich sozial ausdifferenzierter Ungleichheiten innerhalb der Arbeiter*innen- und lohnabhängigen Mittelklasse, habe ich in meinen eigenen empirischen Analysen Beschäftigtengruppen untersucht, die sich unter wichtigen Gesichtspunkten voneinander

unterschieden haben: *Beschäftigte aus dem Werkzeug- und Maschinenbau und der Wertschöpfungskette Automobil* sind direkt vom fossil-industriellen Kapital abhängig, stark von der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft betroffen, haben mittlere und etwas höhere Löhne und verfügen in der Regel über eine solide oder stark ausgebaute betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung. *Beschäftigte aus den Lagern des Handels bekommen eher niedrigere Löhne, in den Betrieben, in denen sie arbeiten, gehören prekäre Arbeitsverhältnisse zur Normalität.* Die Interessenvertretung ist umkämpft. Vom ökologischen Umbau sind sie als Beschäftigte bzw. ihre Arbeitsplätze lediglich indirekt betroffen. Ähnlich verhält es sich mit *Pflegekräften aus Krankenhäusern*, sie verfügen über mittlere Einkommen, die Arbeitsplätze sind durch die ökologische Transformation nicht direkt betroffen, prekäre Arbeitsverhältnisse gibt es in Krankenhäusern viele, aber nicht im Pflegebereich. *Beschäftigte des ÖPNV*, deren Ansichten lediglich im Rahmen einer Kurzbefragung untersucht wurden, arbeiten hingegen in einem Sektor, der direkt vom ökologischen Umbau betroffen sein könnte, aber völlig anders als die Beschäftigten aus der Industrie. Gäbe es mehr Investitionen für den Öffentlichen Nahverkehr, würde dieser wachsen, mehr Beschäftigung bieten, möglich wäre auch eine lohnpolitische Aufwertung der Arbeit selbst. Die befragten Busfahrer*innen verfügen über eine etablierte Interessenvertretung, haben (niedrige) mittlere Löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse (jenseits der Befristung) spielen kaum eine Rolle².

Weder die Ergebnisse der qualitativen Kurzbefragung, noch der Deutungsmusteranalyse sind natürlich repräsentativ, Verallgemeinerungen deshalb nicht möglich. Sie widmeten sich darüber hinaus den Deutungen, wie wir sie innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus vorfinden. Dabei handelt es sich um wichtige Multiplikator*innen in den Belegschaften und Scharnierpersonen zwischen der organisierten Gewerkschaftsbewegung und deren betrieblicher Basis (siehe Kap. 5). Aber es ist zu vermuten, dass das Alltagsbewusstsein, auf das man hier stößt, anders aussieht als bei Beschäftigten, die nie an einem Arbeitskampf teilgenommen haben und/oder keine Funktionen für die betriebliche und/oder gewerkschaftliche Interessenvertretung wahrnehmen. Ergänzend zu diesen empirischen Befunden habe ich mich deshalb in Kapitel 5.4 mit Befunden der Milieu-, Einstellungs- und Wahlforschung beschäftigt, die Informationen über politisch-ideologische Orientierungen bieten und zudem den Anspruch erheben, repräsentativ zu sein. Auch hier habe ich mich auf Potenziale des Grünen Sozialismus konzentriert, bei der Analyse der Wohlorientierungen aber die Konkurrenz mit dem antiökologischen Nationalradikalismus einbezogen, an das das links-ökologische Projekt in der Vergangenheit deutlich verloren hatte. Insgesamt bieten die Kapitel 5.1 bis 5.4 ein (sicherlich unvollständiges) Mosaikbild wichtiger populärer Ideologien.

-
- 2 In beiden empirischen Befragungen ging es um Deutungen von Gesellschaft und Staat, nicht zuletzt um Sozialstaatsorientierungen des gewerkschaftlichen Milieus. Zuerst bin ich auf die Ergebnisse der Kurzbefragung eingegangen, deren Daten im Rahmen einer Lehrforschung an der Universität Göttingen entstanden sind. Ich habe Deutungstendenzen bei Beschäftigten eines Endherstellers der Automobilindustrie, aus Krankenhäusern und aus dem ÖPNV nachgezeichnet. Daran anknüpfend habe ich mich meiner Hauptempirie zugewandt, der Rekonstruktion von politischen Deutungsmustern bei Beschäftigten des Werkzeug- und Maschinenbaus bzw. der Wertschöpfungskette Automobil, aus Krankenhäusern und den Lagern des Handels.

6.2 Sozialkritik und Potenziale demokratisch-ökologischer Klassenpolitik

Im Folgenden möchte ich nun Schlussfolgerungen aus der bisherigen Analyse ziehen. Welche objektiven und subjektiven Potenziale gibt es hier für eine tragfähige gesellschaftliche Allianz, welche Elemente in der popularen Ideologie können aufgegriffen werden, welche Gegensätze und Widersprüche existieren darin und müssten vermittelt werden? Das gilt insbesondere mit Blick auf Deutungen zur Ungleichheitsentwicklung, auf Reformwünsche und Ansprüche an die Wohlfahrtsstaatspolitik, darauf, was überhaupt als drängende Probleme im Land wahrgenommen wird, aber auch auf verbreitete Sichtweisen auf Politiker*innen und Parteien.

Bevor ich mich nun der soziologischen Bewertung sowie Einbettung (siehe Kap. 6.2.1) zuwende und dann politische Schlussfolgerungen ziehe (siehe Kap. 6.3), möchte ich ein letztes Mal an den besonderen Charakter meiner empirischen »Basis« erinnern. Gesprochen habe ich im Rahmen meiner Deutungsmusteranalyse (siehe Kap. 5.3) mit Beschäftigten aus dem gewerkschaftlichen Milieu, darunter etwa ein Drittel Betriebsräte. Sie einte, dass sie in den drei Jahren bevor unser Interview stattfand, an irgendeiner Form des Arbeitskonfliktes teilgenommen haben. Wenn man, so die Ausgangsannahme, Anknüpfungspunkte für transformatorische bzw. links-ökologische Politik finden könnte, dann insbesondere bei Menschen, die sich in Konflikten engagiert haben. Meine Interviewpartner*innen waren zwischen 35 und 60 Jahre alt, etwa die Hälfte zwischen 35 und 50 Jahre. Beschäftigte, die unter 30 waren, habe ich nicht interviewt. Frauen waren 28 Prozent meiner Untersuchungsgruppe, während es 2021 rund 51 Prozent der Gesamtbevölkerung waren. Über einen Migrationshintergrund im weiteren Sinne verfügten nur 3 meiner Gesprächspartner*innen (oder 7,5 Prozent), während rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung auf eine Migrationsgeschichte zurückblicken kann. Kurz: Meine Untersuchungsgruppe ist älter, sie ist vergleichsweise »männlich« und relativ nicht-migrantisch. Zu bedenken ist auch: Zwar habe ich, wie oben erwähnt, Beschäftigte aus drei wichtigen Branchen interviewt (vier, wenn man die Busfahrer*innen berücksichtigt, die in der Kurzbefragung interviewt wurden), die sich u.a. hinsichtlich der Beschäftigungs- und Lebenssituation deutlich voneinander unterscheiden. Gleichwohl handelt es sich sowohl bei der Analyse der Deutungstendenzen (siehe Kap. 5.2) als auch der Deutungsmuster lediglich um ein Mosaiksteinchen qualitativer Empirie innerhalb eines größeren Mosaikbildes populärer Anschauungen. Deutungsmuster etwa bei Erzieher*innen, bei kommunalen Verwaltungsangestellten der Sozialarbeiter*innen, also Gruppen, die zur lohnabhängigen Mittelklasse gehören, könnten gänzlich anders aussehen. Dasselbe gilt für Arbeiter*innen, die Tiere schlachten, zerlegen und verpacken, die Pakete ausliefern, die in Callcentern Beschwerden aufnehmen oder Hilfestellungen leisten. Nichtsdestotrotz möchte ich, ohne zu verallgemeinern, im Folgenden allgemeinere Schlussfolgerungen ziehen.

6.2.1 Entwicklungen auf den Terrains der Klassenungleichheit und der popularen Ideologien

Je nachdem, wie sich die soziale Ungleichheit zwischen und innerhalb der popularen Klassen entwickelt, kann das Terrain für demokratische Klassenpolitik (un-)günstiger aussehen. Wie Esping-Andersen in seiner Studie »Politics Against the Market« (Esping-Andersen 1985) herausgearbeitet hat (siehe Kap. 1.2 und 2.1 bis 2.2), erschweren soziale Ungleichheiten und Konkurrenz zwischen den Angehörigen einer Klasse das gemeinsame solidarische Handeln. Die soziale Polarisierung zwischen herrschenden Klassen auf der einen Seite und den Angehörigen der popularen Klassen auf der anderen Seite würde hingegen ein günstiges Terrain schaffen, noch dazu, wenn sich innerhalb der Arbeiter*innenklasse, der lohnabhängigen Mittelklasse und des traditionellen Kleinbürgertums ähnliche Existenzbedingungen und damit Erfahrungswelten entwickeln würden (Poulantzas 1975, 177f).

Entstanden ist durch vier Jahrzehnte der Neoliberalisierung eine Klassengesellschaft, die auch von vielfältigen sozialen Ungleichheiten innerhalb der popularen Klassen durchzogen wird. Meine Diagnose, die ich in Kapitel 4 ausführlich begründet habe, lautet, dass sich ein zerklüftetes Klassenterrain herausgebildet hat, auf dem ein Teil der Arbeiter*innenklasse – ein unteres Fünftel bis Drittel – von Deklassierung bedroht ist, während die Mitte aus Arbeiter*innenklasse und lohnabhängiger Mittelklasse einen prekären Wohlstand bewahren konnte, trotz Druck und Verunsicherung, der die neue Arbeitswelt durchzogen hat³. Die Angehörigen der Arbeiter*innen- und auch der Mittelklasse und des Kleinbürgertums blicken heute außerdem viel häufiger auf eine Einwanderungsgeschichte zurück als vor 40 Jahren, sie sind im Durchschnitt deutlich besser qualifiziert und der Frauenanteil an dem Teil, der in den Arbeitsmarkt integriert ist, ist höher.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Die Angehörigen der popularen Klassen leben und arbeiten unter deutlich unterschiedlichen Bedingungen, die möglicherweise auch mit unterschiedlichen subjektiven Verarbeitungsweisen ihrer Lage und trennenden (oder: verbindenden?) politischen Orientierungen verbunden sein könnten. Vier wichtige Differenzierungslinien, auf die ich hingewiesen habe, möchte ich in Erinnerung rufen: (1) Beschäftigte, die direkt vom fossil-industriellen Kapital abhängen vs. Beschäftigte, deren Existenz »lediglich« indirekt damit verbunden sind; (2) Teile der Klassen, für die Formen weit verbreiteter prekärer Arbeit zur betrieblichen Normalität gehören vs. Teile der Klassen, für die prekäre Arbeit »nur« an den betrieblichen Rändern eine Rolle spielt; (3) Teile der Klassen, die über mittlere und höhere Löhne und eine gesicherte gewerkschaftliche Vertretung verfügen vs. Teile der Klassen, denen niedrige oder sogar

3 Die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft beruhte u.a. auf Massenarbeitslosigkeit, die die Arbeitsmarktmacht der Beschäftigten und Erwerbslosen verringert hat. Ob Fachkräfteengpässe, über die vielfach berichtet wird, zu einem Rückenwind für abhängig Beschäftigte und ihre Gewerkschaften werden und einen Entprekarisierungsschub ermöglichen, wird sich in der Zukunft zeigen. Meine Analyse der prekären Zweidrittelgesellschaft reicht bis 2020/21, den Jahren, in denen ich die Interviews für die eigene empirische Analyse geführt habe.

Niedriglöhne gezahlt werden und die um gewerkschaftliche Anerkennung noch kämpfen müssen; (4) Teile der Klassen, die auf eine eigene Einwanderungsgeschichte zurückblicken vs. Teile der Klassen, die schon lange (in dritter oder vierter Generation) hier leben. Diese prekäre Zweidrittelgesellschaft habe ich (siehe Kap. 4.5) als einen hochmodernen Schnellzug bezeichnet, der auf den ökologischen Abgrund zurast – ein Schnellzug, in dem wir alle sitzen, aber in unterschiedlichen Klassen, unterschiedlich bequem und mit unterschiedlichem Einfluss auf Richtung und Geschwindigkeit. Ein Zug, der nur zum Stehen gebracht werden kann, wenn sich die Reisenden der unteren Klassen zusammentun.

Tabelle 50: Entwicklungslinien materieller Ungleichheiten in der Zweidrittelgesellschaft und politische Nutznießende

Gegenstand	Entwicklung	Nutznießende politische Projekte
Klassenstruktur	Mehr Beschäftigte in den lohnabhängigen Klassen, langfristiger Rückgang des Kleinbürgertums. Neuzusammensetzung der lohnabhängigen Mittelklassen, Neuzusammensetzung der Arbeiter*innenklasse.	Wachstum der lohnabhängigen Klassen ist positiv für Projekte, die soziale Anliegen von Lohnabhängigen aufgreifen. Die Lage der Mittelklasse, die an die Reproduktion von Staats- bzw. Unternehmensbürokratien gekoppelt ist, ist in Projekten zu berücksichtigen, die Wirtschaft und Staat demokratisieren wollen, weil dabei Privilegien, Wissenshierarchien und Machtbefugnisse in Frage gestellt werden
Branchen	Wachstum der Dienstleistungs-, langfristiger Rückgang der Industriebeschäftigung.	Neutral.
Schichtung	Zunahme mittlerer und höherer Qualifikation, einfache Bildungsabschlüsse werden insbesondere in den jüngeren Generationen seltener/Rückgang mittlerer Einkommensgruppen, Zuwachs der oberen und unteren Gruppe. Anstieg der Armutsquote.	Herausforderung ist, Bündnis zwischen Bildungsschichten zu knüpfen/ Widersprüchliche Folge der Einkommensverteilung: Herausbildung sozialer Problemrohstoffe für mitte-linke Projekte vs. Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse und Probleme.
Soziale Sicherheit	Zunahme von Befristungen und Zeitarbeit, prekäre und atypische Beschäftigung sind insgesamt stark gewachsen.	Stärkung von mitte-rechten Projekten, weil soziale Unsicherheit Lohnabhängige diszipliniert. Zugleich können Problemrohstoffe von mitte-linken Projekten aufgegriffen werden.

Erwerbslosigkeit	Strukturelle Arbeitslosigkeit, die auch in den jüngeren Phasen anziehender Konjunktur nicht verschwunden ist. Vor Corona-Pandemie und Ukrainekrieg Rückgang der Erwerbslosigkeit, in einzelnen Branchen Fachkräftemangel.	Angst vor Erwerbslosigkeit schwächt Lohnabhängige, stärkt mitte-rechte Projekte vs. Erwerbslosigkeit als Problemrohstoff. Sinkende Arbeitslosigkeit und punktueller Fachkräftemangel stärken die Marktmacht der Beschäftigten.
Erwerbsbeteiligung	Mehr Frauen	Neutral
Immigration	Zunahme von Menschen mit (direktem) Migrationshintergrund	Normalisierung von Multikulturalität vs. Sozial-nativistische/rassistische Mobilisierung
Gewerkschaftliche Organisationsmacht und institutionelle Arbeiter*innenmacht	Abnahme und Ausdifferenzierung von Lohnabhängigenmacht: Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, der Verbreitung von Tarifverträgen und Betriebsräten.	Schwächt mitte-linke Projekte, weil die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit in der politischen Arena sinkt. Der Rückgang von Tarifverträgen und Betriebsräten fördert die Auseinanderentwicklung der Einkommensverhältnisse. Geringere organisatorische und institutionelle Macht, schwächere gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit schwächt die Basis für konfliktorientierte (mitte-)linke Projekte.
Ökologischer Umbau von Produktionsweisen, Steuerung von Konsumweisen	Ökologischer Umbau innerhalb des strategischen Rahmens einer marktorientierten Klimaschutzpolitik nimmt zu. Ungleiche Betroffenheit unterschiedlicher Teile der Arbeiter*innenklasse, der Mittelklasse und des Kleinbürgertums vom Umbau der Wirtschaft – vermittelt darüber, wie abhängig Beschäftigung vom fossilen Kapital ist. Ungleiche Verteilung von Einkommen und damit der Möglichkeit, etwaige Mehrkosten in der Lebenshaltung zu tragen, die durch Klima- und Umweltschutz entstehen; ungleiche Verteilung der Qualifikationen, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden, wenn Branchenwandel infolge ökologischen Umbaus. Unterschiedliche Verantwortungen für Klimazerstörung – abhängig u.a. von Einkommen: je höher das Einkommen, desto größer tendenziell der ökologische Fußabdruck.	Umbau der Wirtschaft und Veränderung der Lebens- und Konsumweisen können Verweigerungscoalitionen mobilisieren, also nicht zuletzt dem antiökologisch nationalradikalen Projekt nutzen. Es entstehen zugleich Problemrohstoffe (z.B. soziale Gestaltungsbedürftigkeit von industriellem Umbau, industriepolitische Herausforderungen für Regionen etc.), die von einem links-ökologischen Projekt aufgegriffen werden können.

Quelle: Eigene Darstellung

Jedes politische Projekt lebt von klaren Reformalternativen, die Bedürfnisse bzw. Interessen relevanter Bevölkerungsgruppen aufgreifen (während sie gegen die von anderen verstoßen). Eine Reformalternative, ein grundlegendes Entwicklungsmodell (Ingrao/Rossanda 1995, 112), das von politischen Projekten vorgeschlagen wird, muss an die Gesellschaftskritik und Unzufriedenheit, an Interessen und Ansprüchen, an Solidaritäts- und Ordnungsvorstellungen relevanter Teile der Arbeiter*innenklasse, der Mittelklasse und des traditionellen Kleinbürgertums anknüpfen, sie aufgreifen. In Kapitel 5.1 habe ich wichtige Trends auf dem Terrain der populären Ideologien nachgezeichnet: ein Unbehagen an zu großer sozialer Ungleichheit, ein Unbehagen an der Politik, einen Wunsch nach einem starken Wohlfahrtsstaat, eine schichtübergreifende aber klassenspezifische Klimabewusstheit und eine verbreitete Fremdenfeindlichkeit.

Auf diese Trends bin ich auch in den Interviews und in der qualitativen Kurzbefragung gestoßen, die meiner eigenen empirischen Analyse zu Grunde lagen. Die empirischen Befunde legen aber sehr unterschiedliche Bedeutungsgehalte frei, die sie innerhalb der Deutungsmuster annehmen. Darauf gehe ich weiter unten ein, zunächst möchte ich wichtige Deutungen skizzieren, die sich in Kap. 5.2 und 5.3 quer zu den rekonstruierten Deutungsmustern abzeichneten, wenn auch nicht in allen Interviews.

(1) Die Betriebe werden in den langen Problemzentrierten Interviews, auf denen die Deutungsmusteranalyse beruhte, überwiegend als Orte des Unbehagens gesehen, teilweise als Kampfzonen, was nicht zuletzt damit zu tun haben dürfte, dass ich mit Menschen gesprochen habe, die mehr oder weniger stark an betrieblichen Auseinandersetzungen beteiligt gewesen sind. Die konkreten Leiderfahrungen unterschieden sich, tendenziell litten Industriebeschäftigte unter Zeit- und Arbeitsdruck, teilweise ist Lohnunzufriedenheit verbreitet, kombiniert mit Missachtungserfahrungen; die interviewten Handelsbeschäftigten hatten tendenziell mit mangelhaften Mitbestimmungsstrukturen zu kämpfen, Lohndefizite und monotone Arbeit belasteten; die Krankenhausbeschäftigten dagegen litten unter Arbeitsbedingungen, die den konkreten Gebrauchswert »guter Pflegearbeit« unterliefen.

Diese Befunde stehen im Kontrast zu anderen Ergebnissen der jüngeren Lohnabhängigenbewusstseinsforschung, die beispielsweise auf ein Betriebsbewusstsein bei Arbeiter*innen gestoßen war, in dem der eigene Betrieb als »sicherer Hafen« in einer stürmischen gesellschaftlichen See erschien (Dörre/Hänel/Holst/Matuschek 2011, 22). So waren etwa Stefanie Hürtgen und Stephan Vosswinkel in ihrer Studie »Nichtnormale Normalität« auf eine Verarbeitungsweise bei Beschäftigten gestoßen, die man als »Sondersituationsdeutung« bezeichnen könnte: Die eigene betriebliche Lage wird als gut und normal bewertet, damit aber als eine Sondersituation. Schon an den Rändern des »eigenen« Unternehmens geht es den Beschäftigten schlechter, sicherlich aber ist es in anderen Unternehmen und Branchen so (Hürtgen/Vosswinkel 2014, 345). Mit Ausnahme der wenigen von mir interviewten Beschäftigten, die bei einem oligopolistischen Endhersteller der Automobilindustrie arbeiteten, fand sich diese Sondersituationsdeutung in den Interviews nicht, auf deren Grundlage ich die Deutungsmuster rekonstruiert habe. In mehr oder weniger starkem Maße erlebten meine Gesprächspartner*innen Anspruchsverletzungen – ob nun an guten Arbeitsbedingungen, guten Löhnen oder der Möglichkeit gute Arbeit leisten zu können. Von einer »generalisierten Sondersituations-

deutung« ließe sich allenfalls mit Blick auf die Bewertung der eigenen gesellschaftlichen Soziallage sprechen, die die Interviewten vornahmen. Doch dazu gleich mehr. Zunächst zu einem wichtigen Unterschied: In den qualitativen Kurzinterviews, die mit Beschäftigten aus Krankenhäusern, eines Endherstellers der Automobilindustrie und des ÖPNV geführt wurden, dominierten im Unterschied zu den Deutungsmusterinterviews mittlere und obere Zufriedenheitswerte mit der eigenen betrieblichen Situation.

(2) Die Gesellschaft ist in den Augen der Interviewten sehr ungleich, (3) sie gliedert sich für die Mehrheit – diffus – in eine Ober-, Mittel- und Unterschicht (siehe auch: Sachweh 2010, 34), entscheidend für die Zugehörigkeit ist das verfügbare Einkommen, (4) die mittleren Schichten sind bedroht oder schwinden, (5) sich selbst sehen meine Gesprächspartner*innen ganz überwiegend als Angehörige dieser Mitte, (6) ohne selbst in Not zu sein⁴. Das gilt überwiegend sowohl für die Beschäftigten, mit denen im Rahmen der qualitativen Kurzbefragung gesprochen wurde, wie für diejenigen, mit denen ich Problemzentrierte Interviews geführt habe. Die Selbstverortung in der Mitte nahmen die Beschäftigten aus der Industrie, den Handelslagern und den Krankenhäusern überwiegend ähnlich vor, unten stufte sich kaum jemand ein. Meine Befunde bestätigen in dieser Hinsicht auch andere Ergebnisse der jüngeren Lohnabhängigenbewusstseinsforschung, die auf den weit verbreiteten Eindruck sozialer Polarisierungstendenzen hinwies (Dörre/Matuschek 2013, 43). So hatten auch Forscher*innen des IfS München und des SOFI Göttingen 2015 bereits mit Blick auf verbreitete Gesellschaftsdeutungen festgestellt, dass bei den befragten Beschäftigten Eindrücke gesellschaftlicher Verschlechterung, eines sozialen Auseinanderdriftens und eines Wachstums prekärer Arbeitsverhältnisse weit verbreitet waren (Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015, 401).

»Vom charakteristischen wachstumsorientierten und lange nachwirkenden Nachkriegsoptimismus in Deutschland – der Wohlstand wird steigen, die Arbeit wird besser abgesichert und ›humaner‹, die Chancen auf soziale und ökonomische Teilhabe größer werden usw. – ist nicht mehr viel übriggeblieben.« (ebd.)

Zukunftsoptimistische Deutungen, das legen auch die Ergebnisse der Deutungsmusteranalyse nahe, scheinen erodiert. Das legen auf etwas widersprüchlichere Weise auch die Deutungstendenzen nahe (siehe Kap. 5.2), die ich im Rahmen der qualitativen Kurzbefragung herausgearbeitet habe. Zwar wurde die Gesellschaft auf der Basis von Problemrelativierungen (Vergleiche mit Lohnabhängigen in schlechteren Soziallagen) keineswegs katastrophisch gedeutet, wurden das erreichte Wohlstandsniveau und sozialstaatliche Errungenschaften gewertschätzt. Aber auch hier dominierte der Eindruck, die Schere zwischen Arm und Reich ginge weiter auseinander, die soziale Mitte schwinde. Insofern lässt sich durchaus von weit verbreiteten pessimistischen Wahrnehmungen sprechen, von Kritiken an einer sozialen Polarisierung, von der aber – in den Augen des

4 Zu bedenken ist der Befund der qualitativen Ungleichheitsforschung, dass sich das Gros der in Studien Befragten i.d.R. in der sozialen Mitte einstufen (oder entsprechenden Werten/Kategorien, die vorgegeben werden) (Sachweh 2010, 63), zum Teil, weil das Wissen verbreitet ist, dass man selbst nicht zur Oberschicht gehört, zum stigmatisierten Unten aber nicht gehören will (ebd., 57).

Gros der Befragten – andere betroffen sind. In diesem Sinne bestätigen und widersprechen meine Befunde empirischen Ergebnissen einer Forscher*innengruppe um Milena Prekodravac und Stefan Rüb, die Gesellschaftsbilder von Ehrenamtlichen der IG Metall untersucht hat.

»Ausgeprägte dichotome Gesellschaftsvorstellungen mit einer klar konturierten Gegnerschaft haben an Stellenwert verloren. Die Ehrenamtlichen nehmen sich zwar in einer von sozialer Ungleichheit und Spaltungen durchzogenen Gesellschaft wahr, sie positionieren sich aber nicht auf einer Seite. Sie sehen sich vielmehr als Teil einer integrierten gesellschaftlichen Mitte.« (Kuhlmann/Prekodravac/Rüb/Vogel 2022, 8).

Anders als die Autor*innen darstellen, zeichnet sich in meinen Befunden aber gerade keine »schwindende Dichotomie« ab, im Gegenteil – Polarisierungsvorstellungen sind weit verbreitet, und auch die Unterscheidung zwischen Oben und Unten ist dominant. Rüb, Prekodravac und Co. definieren Dichotomie eng als »Kampf und erbitterte Gegnerschaft«, nicht als durch Interessengegensätze und Polarisierungswahrnehmungen geprägte Deutungsweise – jede Orientierung an Mitsprache, Aushandlungen und Ausgleich wird denn auch als Beleg für gesellschaftliche Integration gewertet (ebd., 7). Zumindest die von mir rekonstruierten Deutungsmuster eint, dass in ihnen – auf je sehr unterschiedliche Art und Weise, die ein unterschiedliches Konfliktpotenzial bergen – der Eindruck verbreitet ist, dass das gesellschaftliche Miteinander gestört ist.

(7) Oliver Nachtwey hat darauf hingewiesen, dass eine neue demokratisch-soziale Konfliktkonstellation in der heutigen Gesellschaft entstanden ist. Ursächlich sei einerseits der Abbau sozialer (sozialstaatlich fixierter) Rechte und wachsende Ungleichheit, andererseits die Beschneidung politischer Bürgerrechte, etwa wenn Politiker*innen gegen Mehrheitsmeinungen Entscheidungen treffen oder durch Privatisierungspolitiken der Einflussbereich demokratischer Politik eingeschränkt wird (Nachtwey 2016, 228). Aus dieser demokratisch-sozialen Konfliktkonstellation entstehen sowohl rechte als auch linke Formen des Aufbegehrens, so Nachtwey (ebd., 213f.). Sie eint, dass sie mit der heutigen Demokratie unzufrieden sind, scharfe Kritik an Politiker*innen, aber auch an Parteien und Institutionen formulieren. In Kapitel 5.1.3 habe ich auf quantitative und qualitative Forschungsergebnisse hingewiesen, die ein entsprechendes Unbehagen an der Politik, teilweise auch an der Demokratie dokumentieren.

Auch meine Befunde belegen das. Mit »der« Politik bzw. den Parteien und Politiker*innen ist der Großteil der von mir Befragten keineswegs zufrieden, auch wenn sich dahinter politisch sehr Unterschiedliches verbirgt. Auch das Gros der von mir befragten Beschäftigten beklagten eine »fehlende Responsivität«, ein mangelhaftes Aufgreifen der Interessen und Anliegen der gewöhnlichen Leute bzw. eine Bevorzugung von Interessen derjenigen, die sich an der Spitze der Gesellschaft befinden (ähnlich: Beck/Westheuser 2022, 306). Wirklich scharfe »populistische« (im analytischen Sinne) und popular-demokratische Kritiken an politischen Parteien oder Politiker*innen finden sich dagegen nur bei einem Teil der Interviewten.

Meine Befunde widersprechen damit auch einem pointierten Befund der jüngeren Krisenbewusstseinsforschung, auf den ich bereits in Kapitel 5.1.3 eingegangen bin. In

ihrer Studie »Rechtspopulismus und Gewerkschaften« war eine Autor*innengruppe um Dieter Sauer auf ein politisches Bewusstsein bei Arbeiter*innen gestoßen, in dem der Staat als eine Art feindliche Institution wahrgenommen wurde (Sauer/Stöger/Bischoff/Detje/Müller 2018, 196) und Anti-Establishment-Haltungen verbreitet waren (ebd., 154). Bei einem Teil der von ihnen befragten Beschäftigten, die in einer Branche arbeiteten, die dem Strukturwandel unterworfen war, war auch eine Jenaer Forschergruppe auf ähnliche populistische Deutungen gestoßen, die mit einer »resignativen Abkehr« von der Politik (Bose/Köster/Lütten 2018, 218f.) verbunden waren. In den Gesprächen, die ich geführt habe, zeigten sich solche Deutungen durchaus, etwa in den Deutungsmustern Sozialrebellischer Nationalismus oder Exklusiver Sozialpopulismus. Insgesamt bin ich aber auf ein deutlich breiteres und ausdifferenzierteres Spektrum politischer Haltungen gestoßen, zu denen auch die popular-demokratischen und liberal-demokratischen Orientierungen gehörten, die für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, die Ökologie-Zuerst-Bewegten, die (Enttäuschten) Sozialliberalen und die Leistungsorientierten Sozialkonservativen typisch waren (siehe unten). Beschäftigte mit einer liberal-demokratischen Haltung waren durchaus unzufrieden, teilweise sogar frustriert mit etablierten Parteien. Von einer Abwendung von der Politik oder gar der Demokratie im populistischen Sinne konnte aber keine Rede sein. Ähnlich und doch ganz anders verhält es sich mit den Beschäftigten, die popular-demokratisch argumentieren, also nicht nur kritisch auf die als sehr groß empfundene soziale Ungleichheit blicken, sondern zugleich die Macht des großen Geldes im politischen Feld skandalisieren – aber mit demokratischem Gestaltungswillen und eher differenziert urteilend über verschiedene Parteien.

Eine fortschrittliche Politisierung der von Nachtwey skizzierten demokratisch-sozialen Konfliktkonstellation wäre am ehesten durch diese Beschäftigten zu erwarten. Allerdings gilt auch für Popular- und Liberaldemokrat*innen: Zukunftsoptimistisch waren diese weitgehend nicht. Auch hier ist die »[...] Zukunft [...] kein Optionsraum, der utopische Energien freisetzen [...]« (Bahl/Staab 2015, 381–382) könnte, wenngleich das nicht zu Resignation führen muss. Die konkrete Utopie einer deutlich besseren Zukunft fand sich aber selbst bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen nicht. (8) Weit verbreitet jedenfalls ist die Kritik am Lobbyismus. In der Kurzbefragung wurde zudem die Entfremdung zwischen Wahlvolk und Politiker*innen aufgrund der spezifischen Komposition der politischen Klasse thematisiert: Das Bundesparlament ist laut des weit verbreiteten Eindrucks weit davon entfernt, ein Spiegel der Gesellschaft zu sein, »normale« Beschäftigte werden kaum mehr Abgeordnete, es dominieren akademische Berufe, die die Sorgen und Nöte gewöhnlicher Menschen nicht kennen.

(9) Insgesamt bergen diese Deutungen vielschichtige Arten der Sozialkritik. Kapitalismuskritik im Sinne einer Unzufriedenheit mit den heutigen Zuständen ist weit verbreitet. Es wäre aber übertrieben von einem »alltäglichen Antikapitalismus« (Dörre/Behr/Eversberg/Schierhorn 2009, 575) zu sprechen, der weit verbreitet wäre. Verweise auf »den« Kapitalismus oder »das kapitalistische System« gibt es durchaus, aber Kapitalismuskritiken, die etwa den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit betonen oder gar die Funktionsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise zum Thema machen würden (Zoll 1984, 15–59), gibt es – anders als in älteren Untersuchungen

– kaum: Unbehagen am Kapitalismus ja, grundlegendere Kapitalismuskritik allenfalls punktuell.

Die größten kapitalismuskritischen Potenziale finden sich im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie und in der Unterströmung des Musters Ökologie-Zuerst, bei den Klimasozialen. Dass gründlichere Kapitalismuskritik darüber hinaus »kaum« verbreitet ist, soll in diesem Zusammenhang bedeuten, dass Erklärungen, die wahrgenommene Probleme auf die Produktionsweise in tastender oder entwickelter Form zurückführen, zwar vorkommen, aber eben nicht typisch sind. Auffällig ist dabei, dass ein popularisiertes, aber ausgearbeitetes politisch-ideologisches Bezugssystem in den Gesprächen, die ich geführt habe, kaum sichtbar wurde. Solche Deutungsangebote stiften Sinn, sie stellen Zusammenhänge her und legitimieren Handeln, ob nun in der Form eines vereinfachten Marxismus oder Keynesianismus. Die Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung wirkte in der Vergangenheit daran mit, derartige Bezugssysteme zu verbreiten. Ihre Ausarbeitung und Verbreitung war ein wichtiger Beitrag zum Aufbau dieser Bewegungen und zur politischen Befestigung der Arbeiter*innenklasse (Beaud/Pialoux 2004, 276) – wenngleich bereits in den 1970er und 80er Jahren auf die Erosion gerade »marxistisch-sozialistischer Gesellschaftsinterpretationen« in der Arbeiterschaft hingewiesen wurde (Kern/Schumann 1985, 306). Auch das ist eine Gemeinsamkeit über fast alle rekonstruierten Deutungsmuster hinweg: Ein solches politisch-ideologisches Bezugssystem fehlt (unabhängig davon, wie es aufgebaut und inhaltlich strukturiert wäre), am ehesten finden sich Spuren davon im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie und bei der Unterströmung der Klimasozialen.

Überraschend war für mich hingegen, wie viele Gesprächspartner*innen (10) von sich aus Klimawandel bzw. Umweltzerstörung als ein dringliches Problem unserer Zeit zur Sprache brachten, auch wenn dies weniger typisch war als die vorher genannten Deutungen. Insofern scheinen auch meine qualitativen Befunde ein in Kapitel 5.1.5 diskutiertes Ergebnis zu bestätigen: Klima- und Umweltsorgen haben sich über die sozialen Schichten hinweg verallgemeinert. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung, die Nancy Fraser über die Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit des heutigen ökologischen Zeitgeistes gemacht hat, interessant. Klimasorgen und die Vorstellung, mehr bzw. bessere Klimapolitik sei nötig, haben sich weit verbreitet, in der politischen Debatte ist das Problem allgegenwärtig. Zugleich gehen die Vorstellungen darüber, was eigentlich das Problem genau ist, und wie es gelöst werden kann, weit auseinander (Fraser 2022, 76–77).

Ähnliches lässt sich darüber sagen, wie meine Interviewpartner*innen über Klimawandel und Klimapolitik sprachen. Im empirischen Material, das ich in Kapitel 5.3 dargelegt habe, wird deutlich, dass die Sorge um die ökologischen Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen einen nennenswerten Teil der Befragten antreibt. Teilweise zeichnete sich in den langen Gesprächen ein hohes Dringlichkeitsgefühl ab. Hier kristallisieren sich klare »Klima- und Umweltschutzinteressen von unten« heraus. Die Sicht auf Klimawandel und -politik unterscheidet sich aber durchaus und insbesondere ihre politische Bedeutung ergibt sich aus der Einbettung in das Ensemble der Gesellschafts- und Politikdeutungen, die für die einzelnen Deutungsmuster typisch sind, die ich rekonstruiert habe (siehe Kap. 6.2.2).

In der Tendenz drückt sich dabei auch ein Unterschied aus, der mit der unterschiedlichen Abhängigkeit der interviewten Beschäftigten vom fossilen Kapital verbunden ist. Stärkere Zukunftsängste, die in der jüngeren Transformationsdebatte als Teil einer »automobilen Mentalität« ausgewiesen wurden (Tullius/Wolf/Vogel 2023, 36) drückten unter meinen Gesprächspartner*innen insbesondere (Enttäuschte) Sozialliberale aus, die überwiegend in der Wertschöpfungskette Automobil ihr Auskommen fanden. Interessant ist es m.E. darüber hinaus, meine Befunde ins Verhältnis zu Forschungsergebnissen zu setzen, die Dennis Eversberg vorgestellt hat. Eversberg hat auf der Basis einer Sekundäranalyse repräsentativer Daten zum Umwelt- und Naturbewusstsein drei politische (sozial-ökologische) Lager herausgearbeitet, die sich unter anderem hinsichtlich ihrer Haltung zu Klima- und Umweltschutz deutlich voneinander unterscheiden. Während ein eher antiökologisches Lager insbesondere von älteren, manuell arbeitenden und gering bis mittelmäßig verdienenden Beschäftigten bevölkert wird, finden sich unter den sog. Ökosozialen vor allem Hochqualifizierte, gut qualifizierte jüngere Menschen, die selbst noch nicht erwerbstätig sind und Beschäftigte aus den Kultur- und Sozialberufen (Eversberg 2023, 143f.). Unter Ökosozialen sind »[...] Vorstellungen einer umfassenden, an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Transformation [...]« besonders weit verbreitet (ebd., 146), während Resignativ-Autoritäre eher »[...] eine Abwehrhaltung gegenüber ökosozialen Anliegen [...]« (ebd.) einnehmen. Ein drittes Lager besteht schließlich aus Angehörigen der gut gesicherten sozialen Mitte bzw. des gesellschaftlichen Oben, die über hohe Haushaltseinkommen verfügen – das sog. liberal-steigerungsorientierte Lager ist zwar verbal offen gegenüber Klimaschutzanliegen, lehnt aber Veränderungen ab, »[...] die die eigene Lebensweise betreffen.« (ebd., 147) Ausgemachte Ökosoziale finden sich als Minderheit auch – siehe unten – in meiner Untersuchung, wirkliche Anti-Ökolog*innen dagegen kaum. Das Gros meiner Gesprächspartner*innen dürfte sich zwischen einem als ökosozial gedachten und einem skeptisch-veränderungsbereiten Pol verorten lassen (inhaltlich, nicht sozialstrukturell). Offen muss auf der Basis meiner Gespräche allerdings bleiben, zu welchen Veränderungen im persönlichen Leben sie bereit wären. Sehr wohl deutlich wurde aber, dass ohne soziale Zukunftsperspektive, ohne greifbare soziale Absicherung sich Fenster der Veränderungsbereitschaft beim Gros der Befragten schnell schließen dürften.

Kommen wir zum Wohlfahrtsstaat: (11) Ulrich Beck formulierte einst die These, eine Wohlfahrtsstaatspolitik der Not habe in den hochentwickelten Kapitalismen nach und nach an Grundlage und Bedeutung verloren. Der

»[...] Kampf um das ›tägliche Brot‹ (habe) die Dringlichkeit eines alles in den Schatten stellenden Kardinalproblems (eingebüßt). An die Stelle des Hungers treten für viele Menschen die Probleme der ›dicken Bäume‹.« (Beck 1986, 27)

Zwar leiden auch heute Menschen Hunger in der Bundesrepublik, ein um die Bekämpfung existenzieller Not gruppiertes Sozialstaatsbewusstsein zeichnete sich in den Interviews, die ich geführt habe, aber tatsächlich nicht ab. Allerdings sind die breiter geteilten Gesellschafts- und Sozialstaatsdeutungen auch weit davon entfernt, sich um »Probleme der dicken Bäume« zu drehen.

Die Gesellschaft wird als stark ungleich gedeutet. Sozialpolitische Forderungen, die quer zu den Deutungsmustern zu finden sind (wenn auch nicht bei allen Gesprächspartner*innen), beziehen sich insbesondere auf eine faire Alterssicherung, auf ein gemeinwohlorientiertes Gesundheits- und Krankenhaussystem und eine bessere (zum Teil chancengerechte) Bildungspolitik. Breit geteilt ist das Diktum, der Sozialstaat solle soziale Sicherheit schaffen. In den Deutungsmustern (Enttäuschter) Sozialliberalismus, Leistungsorientierter Sozialkonservatismus und Ökologie-Zuerst wurden außerdem punktuell auch Verstaatlichungen bzw. eine Stärkung des Öffentlichen Dienstes befürwortet. Von einer Delegitimierung des Wohlfahrtsstaates kann insofern, wie auch die in Kapitel 5.1.1 erörterten quantitativen Befragungsergebnisse zeigen, trotz einer langen Periode neoliberaler Politik und Kulturkampfes (siehe Kap. 3.1 und 3.2) keine Rede sein. Allerdings zeichneten sich, ähnlich wie dies z.B. Altreiter, Flecker und Papouschek am Fall Österreich gezeigt haben (Altreiter/Flecker/Papouschek 2022), unterschiedliche Varianten der Solidaritäts- bzw. Sozialstaatsorientierungen ab.

Eine weitreichende sozialpolitische Reform, die gezielt (in der Kurzbefragung) bzw. aufgrund der Relevanzsetzungen meiner Gesprächspartner*innen (Deutungsmusteranalyse) zum Thema wurde, ist das bedingungslose Grundeinkommen. Politische Befürworter*innen unterstreichen i.d.R. den emanzipatorischen Charakter dieser möglichen Reform. Der verstorbene Soziologe Erik Olin Wright etwa meinte:

»Armut wird abgeschafft; Arbeitsverträge nehmen stärker freiwilligen Charakter an, da alle über eine Ausstiegsoption verfügen; die Machtverhältnisse zwischen Arbeitern und Kapitalisten werden weniger ungleich, da Arbeiter im Effekt über einen bedingungslosen Streikfonds verfügen; Menschen sind eher befähigt, kooperative Verbände zur Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen außerhalb des Marktes und im Dienste menschlicher Bedürfnisse zu gründen, da eine solche Tätigkeit den Beteiligten keinen rudimentären Lebensstandard mehr sichern muss.« (Wright 2017, 44)

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens stieß unter den in der Kurzbefragung interviewten Beschäftigten häufig auf große Skepsis und Ablehnung, wenngleich ihre Meinung nicht zu einem konkreten Reformkonzept erfragt wurde (ebenso wenig in der Deutungsmusteranalyse), sondern lediglich die Idee eingebracht wurde. Diese allein provozierte. Dass jemand ein gutes Leben führen könnte, ohne eine Gegenleistung in Form von Lohnarbeit zu erbringen (bzw. bereit zu sein, diese zu erbringen), verstieß gegen den Leistungs- und Gerechtigkeitssinn vieler. Aber eben nicht aller. Eine relevante größere Minderheit der Kurzbefragten zeigte sich offen oder gab sich gar als Anhänger dieser Idee – und unter den Gesprächspartner*innen, die ich im Rahmen der Deutungsmusterstudie interviewt habe, führten einige Ideen und Begründungen für ihre Befürwortung ins Feld, die den Argumenten von Wright sehr ähnelten. Typisch für ein Deutungsmuster ist die offene Haltung gegenüber oder die Befürwortung des Grundeinkommens allerdings nicht. Am ehesten finden sie sich unter den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen.

(12) Abschließend möchte ich unterstreichen was nicht im Zentrum der Kritiken stand, die meine Gesprächspartner*innen formuliert haben. Linda Beck und Linus Westheuser

haben auf der Basis einer qualitativen Studie über das Unrechtsbewusstsein von Produktionsarbeiter*innen nachgezeichnet, dass dieses um soziale Ungleichheit, politische Machtungleichheit und Missachtung kreist, ganz ähnlich, wie es meine bisher dargelegten Befunde zeigen. Kulturelle Stellungskämpfe, wie sie teilweise in der Soziologie (Koppetsch 2019, 126f.) unterstellt werden, zwischen eher gemeinschaftsorientierten Locals und einer kosmopolitischen Mittel- und Oberklasse (kritisch: Mau 2022, 16–17), zeichnen sich dagegen auch in meinen Befunden nicht ab (Beck/Westheuser 2022, 307). Für keines der von mir rekonstruierten Deutungsmuster spielen derartige Spaltungslinien eine Rolle – im Unterschied zu migrations- und einwanderungskritischen bzw. -feindlichen, aber auch antifaschistischen Orientierungen. Polarisierend wirkt insofern am ehesten die »Migrationsfrage« (Mau/Lux/Gülzau 2020, 339).

6.2.2 Auf den Zusammenhang kommt es an: Politischer Gehalt der Deutungsmuster

Soweit zu Deutungen, die weit verbreitet sind und insofern auch verbinden könnten. Zugleich zeichneten sich in der Deutungsmusteranalyse aber wichtige ideologische Unterschiede ab, die der Grüne Sozialismus als Bewegung und Projekt berücksichtigen muss. Denn was genau all diese Deutungen bedeuten, welche politische Potenz damit jeweils verbunden ist, hängt davon ab, in welche umfassendere Deutungsmuster sie jeweils eingebettet sind.

Auf einem Linksrechtsspektrum vorgestellt, stellen die beiden Muster Soziale Gemeinwohldemokratie und Sozialrebellischer Nationalist⁵ Antipoden dar, deren Träger*innen sich zwar in bestimmten Formen des sozialen Konfliktes gemeinsam mobilisieren (lassen), sich aber nur sehr schwer für ein gemeinsames politisches Projekt gewinnen lassen. Während etwa einzelne Gesprächspartner*innen, die ich hatte, trotz dieser sich antagonistisch verhaltenen Deutungsmuster gemeinsam streikten (gemeinsamer Nenner: gegen das konkrete Oben im Unternehmen, Wunsch nach angemessener Behandlung usw.), gehen die Vorstellungen darüber, wie eine »gute Gesellschaft« aussehen sollte, doch deutlich auseinander.

Die Gedanken des Sozialrebellischen Nationalisten kreisen um Gefühle der Benachteiligung, insbesondere um das Gefühl der Benachteiligung gegenüber Migrant*innen, die als Bedrohung wahrgenommen werden, Nationalismus ist dabei prägend. Zentral

5 Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass ich zwei der Deutungsmuster lediglich anhand eines einzelnen Beschäftigteninterviews rekonstruiert habe, den Sozialrebellischen Nationalismus und den Exklusiven Sozialpopulismus. Aufgrund älterer Forschungsergebnisse aus der Rechtspopulismusforschung, aber auch eigenen Befunden zum sog. Sozialpopulismus (Goes 2015) einerseits, migrations-skeptischen Deutungstendenzen in der qualitativen Kurzbefragung andererseits gehe ich aber davon aus, dass beide gesellschaftlich weit verbreitet sind und deshalb politisch relevant sind. Für die Interpretation der folgenden Ausführungen ist allerdings wichtig in Rechnung zu stellen, dass die »größten« Deutungsmuster die der Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, der Leistungsorientierten Sozialkonservativen, der (Enttäuschten) Sozialliberalen und der Ökologie-Zuerst-Bewegten waren. Da meine Untersuchung »nur« auf 40 Problemzentrierten Gesprächen und 34 Kurzinterviews beruht, lässt sich kaum etwas darüber schlussfolgern, wie verbreitet diese Deutungsmuster gesellschaftlich tatsächlich sind.

ist eine nationalidentitäre Opfergeschichte, die eng mit Erfahrungen sozialer Benachteiligung in Betrieb und Gesellschaft verbunden ist. Dieses Deutungsmuster bietet für das Projekt des antiökologischen autoritären Nationalradikalismus starke und klare Anknüpfungsmöglichkeiten. Nicht zuletzt gilt das für die populistische Deutung des politischen Feldes. Ähnlich wie Soziale Gemeinwohldemokrat*innen spricht auch der Sozialrebellische Nationalist von einer großen Macht des großen Geldes, bei ihm ist es eine Übermacht. Er sieht sich als Opfer eines Machtkomplexes, hinter dem die Wirtschaft steckt – zwischen politischen Parteien wird kaum unterschieden, demokratische Gestaltungsmöglichkeiten werden nicht gesehen. Sozialstaatsansprüche spielen eine eher untergeordnete Rolle. Wie auch von Forscher*innen herausgestellt wurde, die sich mit der Parteipräferenz von Arbeiter*innen auseinandergesetzt haben: Nicht die schwierige Arbeitssituation oder die schwierige soziale Lage erklären diese Offenheit für den antiökologischen Nationalradikalismus, sondern das Vorherrschen eines starken Anti-Universalismus (Bornscher/Kriesi 2013, 22), der dieses Muster prägt. Es ist ein Anti-Universalismus, der auf Hierarchisierungswünschen (Ich/Wir zuerst) beruht, und in dieser Form nicht bei anderen Gesprächspartner*innen zu finden war, die in einer ähnlichen Lage waren.

Für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen ist hingegen eine scharfe Sozialkritik charakteristisch, die sich auf Betrieb und Gesellschaft bezieht. Leitideen sind soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Dieses Muster kristallisiert sich um Oben-Unten-Gegensätze, der normative Horizont ist eine Art Gemeinwohldemokratie, in der die Interessen der Beschäftigten befriedigt werden, Demokratie ausgeweitet ist. Es dominiert eine kritisch-egalitäre Sicht auf die Gesellschaft. Charakteristisch sind Deutungen, wonach »[...] die gesellschaftliche Position einer Person von ihrer sozialen Herkunft abhängt« (Sachweh 2010, 37) bzw. sozialer Aufstieg kaum oder nur unter (sehr) erschwerten Bedingungen möglich ist. Zwischen der eigenen sozialen Lage (bzw. derjenigen, die sich unten in der Gesellschaft befinden) und der Lage derjenigen, die sie an der Spitze der Gesellschaft sehen, stellen Gemeinwohldemokrat*innen einen ursächlichen Zusammenhang her – auch wenn sie dafür nicht auf elaborierte Erklärungen zurückgreifen. Typisch ist darüber hinaus eine popular-demokratische Haltung gegenüber Politiker*innen und Parteien. Soziale Gemeinwohldemokrat*innen, die sowohl in der Industrie, in Krankenhäusern wie im Handel beschäftigt waren, sehen nicht nur große materielle Ungleichheit im Land, sie diagnostizieren auch eine ungleiche Verteilung politischer (Einfluss-)Macht, die mit der Ballung des Wohlstands zusammenhängt. Trotzdem sind in ihren Augen nicht alle Katzen grau, Soziale Gemeinwohldemokrat*innen beurteilen Parteien durchaus unterschiedlich. Popular-demokratische Orientierungen nähren Gestaltungsansprüche. Klimawandel und Klimaschutz spielen für Gemeinwohldemokrat*innen zum Teil durchaus eine wichtige Rolle. Er soll aber nicht auf Kosten »der einfachen Leute« erfolgen, Klima und Ungleichheit werden zusammengedacht. Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat sind in diesem Deutungsmuster besonders ausgeprägt, an sozialem Schutz, Umverteilung, Bildung und einer Politik des Öffentlichen. Für das Projekt des Grünen Sozialismus bietet dieses Deutungsmuster die größten Anknüpfungspunkte.

Das Muster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen und der Sozialrebellische Nationalist verhalten sich, wie gesagt, antagonistisch zueinander. Sie bilden die jeweils dünnen Pole eines breiteren Spektrums von Deutungsweisen. Im Muster Die Ökologie-Zuerst-Bewegten finden sich ebenfalls klare Kritiken an sozialen Missständen in Deutschland, ökologische Probleme werden aber als brisanter wahrgenommen. Kurz: Soziale Gerechtigkeit ist durchaus wichtig, auch Bezüge auf Gleichheit, aber wichtiger ist die Bewältigung der Klimakrise. Eingebettet sind diese Problemwahrnehmungen in ein Gesellschaftsbild, das durchaus von Oben-Unten-Unterschieden (nicht unbedingt: Gegensätzen) geprägt ist. Ökologie-Zuerst-Bewegte waren überwiegend Beschäftigte in Krankenhäusern und Lagern des Handels (wenn auch nicht ausschließlich). Dieses Muster ist aus zwei Unterströmungen zusammengesetzt, den Klimasozialen und den Ökopragmatikern, die sich in einigen wichtigen Punkten voneinander unterscheiden. Klimasoziale formulieren eine deutlichere Kritik der materiellen Ungleichheit und haben ein ähnlich popular-demokratisches Verhältnis zu Politiker*innen und Parteien wie Soziale Gemeinwohldemokrat*innen. Man könnte auch sagen, dass Klimasoziale in Richtung Gemeinwohldemokrat*innen neigen. Anders dagegen die Ökopragmatiker*innen, für die eine eher liberal-demokratische Haltung und pragmatische Gestaltungsorientierung typisch sind. Die Ökopragmatiker*innen neigen stärker in Richtung eines anderen Musters, auf das ich im Folgenden eingehe, zum (Enttäuschten) Sozialliberalismus. Die Sozialstaatsorientierungen beider Unterströmungen sind entsprechend verschieden, die Klimasozialen sind offen für eine ähnlich offensive Sozialstaatsreform wie die Gemeinwohldemokrat*innen, die Wünsche der Ökopragmatiker*innen zirkulieren um eine schützende und befähigende Sozialstaatspolitik. Die beiden Strömungen des Deutungsmusters sind für unterschiedliche politische Projekte ansprechbar, in erster Linie orientieren sich die Interviewten, bei denen sich dieses Muster fand, am Projekt des Ökologischen Sozialliberalismus. Die Klimasozialen sind allerdings offener für eine linkssozialdemokratische, möglicherweise eine sozialistische Variante des Green New Deal, während die Ökopragmatiker*innen eher dem marktwirtschaftlichen Green New Deal (Kap. 2.3) zuneigten.

Der (Enttäuschte) Sozialliberalismus verhält sich zum Muster Die-Ökologie-Zuerst-Bewegten fast spiegelverkehrt. Zentral ist eine deutliche, wenngleich nicht radikale Sozialkritik, sowohl an betrieblichen Managementpraktiken, als auch an sozialer Ungleichheit. Wenngleich radikale Vorgehensweisen abgelehnt werden, gibt es ein Verlangen nach Veränderung. Eine Offenheit gegenüber ökologischen Fragen ist vorhanden, allerdings sind zukunftsfeste Arbeitsplätze und die Sicherung des ohnehin bescheidenen Lebensstandards in diesem Deutungsmuster Bedingungen dafür, dass Klimaschutz befürwortet wird. Der Eindruck, dass Klimaschutz dringlich ist, ist deutlich schwächer als im Muster Ökologie-Zuerst, die Skepsis ist ausgeprägter als im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie. Eingebettet sind diese Orientierungen in ein Gesellschaftsbild, in dem zwischen Oben, Mitte und Unten unterschieden wird, ohne dass klare »Die-Gegen-Uns-Gegensätze« entstünden. Die Deutung, die Interessen der einfachen Beschäftigten würden vernachlässigt, zieht sich gleichwohl durch dieses Muster – brisant wird diese Enttäuschung nicht zuletzt vor dem Hintergrund ausgeprägter Leistungsbereitschaft. Typisch ist die Orientierung an einem schützenden und befähig-

genden Sozialstaat. Aber Sozialliberale stehen auch einer punktuellen Ausweitung des Öffentlichen Dienstes und steuerlicher Umverteilungspolitik offen gegenüber. Gleichwohl sind die sozialliberalen Sozialstaatsansprüche bescheidener als etwa im Muster Soziale Gemeinwohldemokratie. Für ein sozialistisches Projekt bietet dieses Deutungsmuster einige Anknüpfungspunkte, es gibt aber auch Hürden. Anknüpfen ließe sich insbesondere an der Sozialkritik und dem Verlangen nach politischen Lösungen, die soziale Gerechtigkeit zum Ziel haben, auch (oder ganz besonders) in der Klimaschutzpolitik. Eine Hürde ist die Ablehnung radikaler Politik. Anknüpfungspunkte für das sozialliberal-grüne Projekt bietet insbesondere auch der teilweise verbreitete Optimismus, durch technologische Innovationen ließe sich der Klimaschutz bewerkstelligen, und die latente Vorstellung, politische und wirtschaftliche Eliten müssten nur wieder gerechtere Politik machen. Aus beidem folgt der Glaube an die Veränder- und Gestaltbarkeit der Verhältnisse – ein Glaube, den auch der Grüne Sozialismus aufgreifen kann. (Enttäuschte) Sozialliberale waren in dieser Studie überwiegend Beschäftigte aus dem Werkzeug- und Maschinenbau bzw. der Wertschöpfungskette Automobil.

Ganz anders in dieser Hinsicht verhält es sich mit dem Deutungsmuster Exklusiver Sozialpopulismus, in dessen Mittelpunkt ebenfalls deutliche Sozialkritiken stehen, sowohl mit Blick auf den Betrieb wie auf die Gesellschaft (z.B. an zu viel Ungleichheit), und in dem sich zugleich und insbesondere ein starker Elite-Masse-Bruch ausdrückt. Die politischen Eliten gehören zu einer anderen Welt, die den Kontakt zum Rest, auf den es eigentlich ankommt, verloren haben. Hierin wurzelt eine gewisse radikale bzw. rebellische Haltung. Dass politische Eliten abgehoben sind, wird auf verschiedene Gründe zurückgeführt, zu denen auch Lobbyismus gehört. Es geht mehr um eine Antihaltung dem Etablierten gegenüber, als um klare Wünsche nach Veränderung der Machtverhältnisse. Von Sozialpopulismus ist die Rede, weil die Ungleichheitskritik in Forderungen einer (moderaten) Umverteilungspolitik und befähigender Sozialpolitik münden. Exklusiv ist dieser Sozialpopulismus, weil er deutliche Abgrenzungen gegenüber Migrant*innen umfasst, die allerdings milder erscheinen als die, die sich durch das Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus ziehen. Insbesondere die starke Kritik an den politischen Eliten, die »den Rest« (Dean 2016, 53) aus den Augen verloren haben, und die Sozialkritik bieten Anknüpfungspunkte für ein links-ökologisches Projekt – die ambivalenten Grenzbeziehungen öffnen die Tür allerdings auch für ein rebellisch auftretendes konservatives oder ein nationalradikales Projekt.

Ein weiteres wichtiges Deutungsmuster, auf das ich gestoßen bin, ist der Leistungsorientierte Sozialkonservatismus. Leistungsorientierte Sozialkonservative reagieren sensibel auf die Missachtung erbrachter Leistungen bzw. bewiesener Leistungsbereitschaft, sie orientieren sich weniger an Gleichheitsidealen (im Unterschied zu den Gemeinwohldemokrat*innen) als an der Leistungsgerechtigkeit – das aber mitnichten im Sinne einer Ellenbogenmentalität. Zu große Ungleichheit sehen sie kritisch, Unten-Oben-Unterschiede werden wahrgenommen, sie nehmen aber keinen bestimmenden Platz im Deutungsmuster ein. Eine »Solidargemeinschaft der einfachen und fleißigen Leute« zeichnet sich ab. Das politische System, in dem wir leben, wird gewertschätzt, die Wahlerfolge der AfD empfinden Sozialkonservative daher eher als bedrohlich. Trotzdem

sind sie migrationskritisch, typisch sozialkonservativ sind kritische Grenzziehungen gegenüber Geflüchteten. Klimaschutzpolitik stehen sie eher offen gegenüber, für einzelne von ihnen spielt sie aufgrund der eigenen regionalen Heimatverbundenheit sogar eine wichtige Rolle. Klimaschutz versprechen sich Sozialkonservative von einem anderen Konsum, anderen Produkten und technologischer Erneuerung. Deutungen, wonach Klimaschutz gegen den Markt durchgesetzt werden müsste, finden sich nicht, punktuell wohl aber Kritik am Egoismus von Konzernen. Die Ansprüche an den Sozialstaat sind eher bescheiden, gewünscht wird ein befähigender Sozialstaat, tendenziell auch ein schützender. Mit Blick auf die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist zu unterstreichen: Gegenüber Erwerbslosen, denen nur begrenzt Leistungsbereitschaft unterstellt wird, wird die Solidarität tendenziell aufgekündigt, das Gros der Interviewten, die auf dieses Deutungsmuster zurückgreifen, wünschen sich in dieser Hinsicht eine strafende Sozialpolitik. Sozialkonservative finden sich unter Industrie-, Pflege- und Handelsbeschäftigten.

Auch die Auseinandersetzung mit milieusoziologischen Befunden hat darüber hinaus (siehe Kap. 5.4) gezeigt, dass gerade in einigen sozialen Milieus der untersten Schichten, die ein Projekt eines Grünen Sozialismus zumindest teilweise für sich gewinnen müsste, autoritäre und fremdenfeindliche Orientierungen verbreitet sind (Brie 2007, 42). Einerseits könnte es aufgrund verbreiteter Ungleichheitskritik und starker Sozialstaatsorientierungen mit sozial- und verteilungspolitischen Reformvorschlägen insbesondere bei (mit Blick auf politische Lager) Sozialintegrativen, Skeptisch Distanzierten, Radikaldemokrat*innen und Resignativ-Autoritätsgebundenen bzw. (mit Blick auf Einstellungstypen) bei Angehörigen der Desillusionierten Arbeitnehmerschicht, der Enttäuschten Leistungsträgern, der kritischen Bildungselite und des Abgehängten Prekariats überzeugen.

Tabelle 51: Unten-Mitte-Bündnis (Lager/Einstellungstypen)

	Einstellungstypen	Politische Lager
Mitte	Kritische Bildungselite Missachtete Leistungsträger Desillusionierte Arbeitnehmerschicht	Radikaldemokrat*innen Sozialintegrative Skeptisch-Distanzierte
Unten	Abgehängtes Prekariat	Resignativ-Autoritätsgebundene

Quelle: Eigene Darstellung

Aber andererseits können die in diesen Lagern/Typen verbreiteten Haltungen zu Einwanderung und Asyl politisch polarisierend oder gar spaltend wirken. Insbesondere im sog. Abgehängten Prekariat bzw. im Lager der Resignativ-Autoritätsgebundenen finden sich xenophobe und autoritäre Orientierungen, die sich deutlich von denen unterscheiden, die in anderen notwendigen Trägergruppen eines Grünen Sozialismus vorherrschen: beispielsweise innerhalb der Kritischen Bildungselite bzw. dem Lager der Ra-

dikaldemokrat*innen und der Sozialintegrativen (siehe Kap. 5.4.1). Es stimmt aber auch für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, (Enttäuschten) Sozialliberalen und Ökologie-Zuerst-Bewegten aus dem gewerkschaftlichen Milieu. Die Innen-Außen-Spaltung ist deshalb eine zentrale strategische Herausforderung für den Grünen Sozialismus. Das legen auch die Ergebnisse der Wahlforschung nahe, die Wahlerfolge der AfD in unteren Einkommens- und Bildungsschichten gut dokumentiert – gleichzeitig aber zeigt, dass etablierte Parteien und die »Partei der Nichtwähler*innen« hier ebenfalls erfolgreich sind (siehe Kap. 5.1.3 und 5.4). Bei aller gebotenen Differenziertheit: Entscheidend für die Wahl der AfD ist auch bei Angehörigen der unteren Schichten der Arbeiter*innenklasse bei den vergangenen Bundestagswahlen überwiegend die Sorge um/Angst vor zu viel Einwanderung und kultureller Überfremdung gewesen (Kap. 5.4). Das schließt nicht aus, dass auch enttäuschte Sozialprotestwähler*innen für die AfD stimmten. Ausschlaggebend war dieses Motiv beim Gros der neu nationalradikal Wählenden aber nicht.

6.3. Grüner Sozialismus – Was tun?

Diese Schilderung der Möglichkeiten und Herausforderungen, die das zerklüftete Klassenterrain der prekären Zweidrittelgesellschaft und das Feld der populären Ideologien für unterschiedliche politische Projekte, insbesondere aber das Projekt des Grünen Sozialismus, bietet, wirft die Frage auf, was dieses Projekt leisten müsste, um eine gesellschaftliche Allianz zu schmieden.

Ich möchte meine Überlegungen dazu abschließend in vier Thesen darlegen: Der Grüne Sozialismus braucht eine Vier-in-Eins-Perspektive, besonders wichtig ist das Eintreten für Solidarität und Zusammenhalt, Demokratie, Antifaschismus und Klimaschutz (These 1). Das Projekt müsste eine klare oppositionelle Haltung mit einer überzeugenden Reformpolitik verbinden, insbesondere durch Reformexperimente zeigen, dass die grundlegenden Veränderungen, die es anstrebt, einen Realitätskern haben (These 2). Wichtig ist darüber hinaus, sollen Menschen aus unterschiedlichen Klassenpositionen, verschiedenen Milieus und mit verschiedenen Deutungsmustern gewonnen werden, eine greifbare konkrete Utopie. Nötig ist daher ein linker Republikanismus, für den die Vision der Neugründung des Sozialstaats und Plädoyers für gesellschaftliche Demokratisierung eine zentrale Rolle spielen müssten (These 3). Das Plädoyer für die Demokratisierung der Wirtschaft könnte und sollte ein integraler Bestandteil dieses Linksrepublikanismus sein (These 4). Ich werde mich bei der Plausibilisierung dieser Thesen weitestgehend auf die Ergebnisse meiner eigenen empirischen Untersuchung beziehen.

6.3.1 Vier-in-Eins: Gleichheit, Demokratie, Antifaschismus, Klimaschutz

Um eine gesellschaftliche Allianz aufzubauen, müssen mehrere gesellschaftliche Probleme gleichzeitig aufgegriffen werden, die die Nation und insbesondere die möglichen Trägergruppen dieser Allianz bewegen: Die Diagnose schwindender Solidarität und Gleichheit, das Unbehagen an der Politik, die Angst vor Demokratiezerstörung sowie Rechtsruck und die Sorge um den Klimawandel.

Anfang der 1980er Jahre setzte sich der Kulturwissenschaftler Stuart Hall mit dem »Thatcherismus« auseinander, einem der erfolgreichsten gesellschaftsverändernden politischen Projekte der jüngeren Geschichte. Welche Elemente der politischen Arbeit der Neoliberalen haben zur Erfolgsgeschichte beigetragen, was könnte die Linke daraus lernen? Seine Antwort: Der Thatcherismus schlug nicht nur Reformen vor, er kritisierte die anderen politischen Projekte nicht nur ein wenig. Er attackierte den von diesen mitgetragenen gesellschaftlichen Grundkonsens (der eng mit dem Wohlfahrtsstaat verflochten war) vielmehr frontal (Hall 1988, 45), stellte den zunächst gängigen politischen Ordnungsprinzipien eigene entgegen, verband diese mit einer eigenen Alltagsphilosophie (ebd., 277) und führte eine Auseinandersetzung an verschiedenen sozialen und politischen Fronten (ebd., 274): Es ging ebenso um Wirtschafts- und Sozialpolitik wie um Familien-, Einwanderungs-, Innen- oder Bildungspolitik, insbesondere ging es immer auch um Moral (ebd., 154). Auf diese Weise gelang es der Rechten, Subjekte mit unterschiedlichen Klassenpositionen für den Thatcherismus zu gewinnen (ebd., 5–6). Hall schlussfolgerte, nötig sei die ideologische Auseinandersetzung, die Rahmung bzw. die Einbettung eigener Vorschläge in eine eigene Philosophie, die an populäre Vorstellungen anknüpfen müsse.

Das bedeutet dreierlei. *Erstens* lassen sich Menschen laut Hall nur dann für eine Strategie gewinnen, wenn sie klar erkennen können, wo und wie sie gegen die Strategien politischer Gegner gerichtet ist, was die organisierenden Prinzipien der eigenen Strategie sind und mit welcher philosophischen Perspektive sie verbunden ist, die sie von denen der Gegner unterscheidet. Das bedeutet: Es ist eine harte politische Auseinandersetzung nötig, die immer ideologisch sein muss (ebd., 277). *Zweitens* muss diese ideologische Angriffspolitik mit einer positiven Vision verbunden werden, die an populäre Vorstellungen anknüpft und attraktiv ist. Auch das ist eine ideologische Operation, im Fall des Neoliberalismus die Popularisierung der Vorstellung, mehr Markt würde für alle mehr Freiheit bedeuten. *Drittens* muss, mit diesen Formen der Ideologiekritik verbunden, eine populäre Bündnispolitik entwickelt werden, die verschiedene Menschen zusammenbringt. Das bedeutet, so Hall, bewusst eine Politik zu entwickeln, die zu Menschen in sehr unterschiedlichen sozialen Positionen spricht (ebd., 280), die es vermag, die große soziale Diversität der heutigen Gesellschaft aufzugreifen. Ein analytischer Ausgangspunkt muss dabei sein, dass soziale Interessen widersprüchlich sind (ebd., 281). Es ginge um eine Politik, die um populäre Identitäten kämpft, d.h. in der Lage wäre ganz unterschiedliche soziale und politische Ansprüche und Bedürfnisse anzuziehen – eine Politik, die es ganz verschiedenen Menschen erlaubt, sich mit ihr zu identifizieren, sich darin wiederzufinden (ebd., 282).

Die empirischen Befunde, die ich bisher soziologisch rekapituliert habe, legen etliche Potenziale offen, die das Projekt des Grünen Sozialismus aufgreifen könnte. Als Kitt oder Verbindendes könnte dabei eine Politik der Gleichheit (Kahrs 2022, 604) wirken. Denn die Vielfalt von Emanzipationsbewegungen, die sich in der modernen spätkapitalistischen Gesellschaft verbreitet haben, haben eines gemeinsam: sie beruhen auf Gleichheits- und Demokratieansprüchen (Laclau/Mouffe 2000, 201). Emanzipationsbewegungen entzündeten sich, wenn aus einem objektiven Unterordnungsverhältnis ein subjektiv empfundenes Unterdrückungsverhältnis wird. Das kann geschehen, wenn neue Ansprüche mit alten Ordnungen zusammenstoßen (historisch am Beispiel der »Schwulenbe-

wegung« z.B., weil Homosexuelle ebenso gleich vor dem Gesetz und in ihrer Lebensgestaltung sein wollten wie heterosexuelle Männer und Frauen – gleiche Rechte und gleiche Lebensmöglichkeiten), oder wenn alte Identitäten verletzt werden (wobei Identitäten hier nicht nur wie im landläufigen Sinne Selbstbild und Selbstverhältnis meint, sondern auch die mit einer Position verbundenen Funktionen und Fertigkeiten) – etwa weil Lohnstandards oder Gewohnheitsrechte angegriffen werden und sich aufgrund dessen Arbeiter*innenbewegungen im Betrieb bilden (ebd., 200–201). Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten eine Pluralisierung solcher Emanzipationsansprüche erlebt, ebenso eine der sozialen Bewegungen: der Gewerkschaftsbewegung, der Umwelt- und Klimabewegungen, der LGBTQ-, aber auch der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung.

Meine empirischen Forschungsergebnisse legen zwar nicht nahe, dass sich die Befragten offensiv auf diese unterschiedlichen sozialen Bewegungen beziehen, die sich in den vergangenen Jahren in Deutschland entwickelt haben; sie zeigen aber eine gewisse Sensibilität und Offenheit gegenüber, teilweise auch eine starke positive Bezugnahme auf die Themen und Problemstellungen, die von den Bewegungen aufgeworfen wurden und werden. Es ist zwar richtig, dass heute nicht die eine klassen- bzw. schichtübergreifende Problemwahrnehmung bzw. Sichtweise auf die Gesellschaft greifbar ist (Kahrs 2022, 603), aber im empirischen Material zeichnen sich einige Bündelungs- oder politische Verdichtungspunkte von Problem- und Ungerechtigkeitswahrnehmungen ab. Das gilt neben der Kritik an zu großer Ungleichheit und der Unzufriedenheit mit dem zu großen politischen Einfluss von Konzernen und Reichen insbesondere für die Probleme »Klimakrise und nachhaltige Entwicklung« und »antiliberaler Entwicklung durch Erstarken der extremen Rechten«. Ich möchte im Folgenden begründen, warum diese Problem- und Ungerechtigkeitswahrnehmungen im Werben für ein solches Projekt aufgegriffen werden können.

(a) Gleichheit und Zusammenhalt: In Kapitel 6.1.1 habe ich die zentralen Entwicklungslinien der materiellen Ungleichheit und Unsicherheit in der prekären Zweidrittelgesellschaft zusammengefasst. Die Analyse zeigt, dass das Projekt des Grünen Sozialismus sich auf einem zerklüfteten Terrain bewegen muss, um Menschen in sehr unterschiedlichen sozialen Lagen anzusprechen: Aus mittleren Schichten der Arbeiter*innen- und lohnabhängigen Zwischenklasse ebenso wie das (in der Tendenz) untere Drittel. Ein solches Unten-Mitte-Bündnis muss insofern an sehr unterschiedliche Lebensrealitäten anknüpfen und verschiedene Klassengeschichten aufgreifen. Zugespitzt formuliert: Im geteilten Zielhorizont allen ein unbeschwertes Leben zu ermöglichen, müsste der Grüne Sozialismus die Lage des unteren (tendenziellen) gesellschaftlichen Drittels kurzfristig massiv verbessern und die Lage der mittleren Schichten der Arbeiter*innenklasse, der lohnabhängigen Mittelklasse und des Kleinbürgertums zunächst stabilisieren. Es ginge um einen sozialen Fahrstuhl nach oben für die unteren 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung, und um soziale Entspannungspolitik für die mittleren 30 bis 40 Prozent – möglich wäre dies nur durch eine antioligarchische Verteilungspolitik, die den Reichtum nach unten leitet, durch eine Stärkung der betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften, durch eine »Entprekarisierung« der Arbeitsmarktpolitik und eine Bildungs- und Qualifizierungspolitik, die Bildungsprivilegien der oberen Mittel- und

Oberklasse bricht. Der Glutkern des Grünen Sozialismus sollte vor diesem Hintergrund das Streben nach Gleichheit und Zusammenhalt sein (ebd., 603–604), Zusammenhalt im Sinne von Solidarität: eines Miteinanders und eines politischen Gemeinwesens, in dem niemand zurückgelassen wird. Anknüpfungspunkte, das zeigt die Untersuchung des Terrains der populären Ideologien, gibt es für eine solche Politik verschiedene. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Deutung, eine große soziale Mitte, zu der sich das Gros der Befragten selbst zählt, sei unter Druck, und in weiten Teilen der Befragten dominierten eher verunsicherte, bescheidene oder resignative Zukunftserwartungen. Aufzugreifen wäre vor diesem Hintergrund die grundlegende Wahrnehmung einer zu ungleichen Gesellschaft, der häufige Eindruck einer zu großen Reichtumsballung an der Spitze; die weit verbreitete Haltung, dass der Sozialstaat Sicherheit und soziale Teilhabe ermöglichen sollte; die demokratischen Gemeinwohlorientierungen, die insbesondere für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen typisch sind.

(b) Demokratie: Zum Unbehagen an der Ungleichheit kommt ein Unbehagen an der Politik hinzu, das als Deutungstendenz auch in der qualitativen Kurzbefragung sichtbar wurde. Es findet sich ebenfalls in allen rekonstruierten Deutungsmustern. Allerdings hat dieses Unbehagen an der Demokratie unterschiedliche Bedeutungen, ist unterschiedlich stark ausgeprägt und hat daher auch unterschiedliche politische Folgen in den einzelnen Mustern. Der kleinste gemeinsame Nenner ist: Die Politik reagiert nicht angemessen auf die Anliegen der gewöhnlichen Menschen, bevorzugt werden die Interessen der Reichen und (großen) Unternehmen. Hinzu kommen Wahrnehmungen, nicht angemessen vertreten zu werden, auch wenn diese nicht in jedem Deutungsmuster dominant sind. Aber auch für weitergehende wirtschaftliche Demokratisierungsvorschläge scheint es bei einem relevanten Teil der von mir Interviewten durchaus Offenheit zu geben (siehe Kap. 6.2.3). Wirtschaftsdemokratischen Vorschlägen gegenüber zeigte sich jedenfalls eine relevante Minderheit aufgeschlossen, während ein etwa ähnlich großer Teil sie ablehnte – dazwischen eine Gruppe von Skeptiker*innen.

Ich würde vor diesem Hintergrund – in Anlehnung an Norbert Bobbio (siehe Kap. 5.3) – zwischen einem im eigentlichen Sinne linken und in der Tendenz rechten Unbehagen an Politik und Demokratie unterscheiden. Zur Erinnerung: Links ist für Bobbio eine Orientierung, die stark an Gleichheit ausgerichtet ist, rechts eine, die Ungleichheiten bzw. Hierarchien wertschätzt. Ein linkes Unbehagen an der Politik entzündet sich an der politischen Bevorzugung von wirtschaftlichen Eliten (unabhängig davon, worauf dies nun zurückgeführt wird) oder von Bevölkerungsgruppen, deren Interessen aufgrund bestimmter askriptiver Merkmale bevorzugt werden (z. B. die Kritik am tendenziellen Ausschluss von Migrant*innen oder einfachen Arbeiter*innen aus dem politischen Feld). Der normative Horizont, also: »wie es sein sollte«, ist in den Gesprächen, die ich geführt habe, überwiegend nicht die »ungleiche Bevorzugung« der Interessen »der Mitte« oder »des Unten«, sondern tatsächlicher Pluralismus, also eine Ordnung, in der wirklich die Interessen aller sozialen Gruppen die gleichen Chancen haben, sich durchzusetzen. Das gilt insbesondere für die Muster der (Enttäuschten) Sozialliberalen, der Leistungsorientierten Sozialkonservativen und die Unterströmung der Ökopragmatiker*innen unter den Ökologie-Zuerst-Bewegten. Allein im Muster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen und in der Unterströmung der Klimasozialen lässt sich eine rebellischere Haltung gegen-

über dem gesellschaftlichen Oben nachzeichnen, die sich auch mit Ansprüchen auf eine Bevorzugung der Interessen der unteren und mittleren Schichten verbindet – dies aber, um den gleichen Einfluss gewöhnlicher Menschen auf die politische Entscheidungsfindung zu garantieren. Deshalb ist von einer popular-demokratischen Haltung die Rede. Ein rechtes Unbehagen an der Demokratie finden wir insbesondere im Muster Sozial-rebellischer Nationalist. Auch hier spielt der Eindruck eine wichtige Rolle, dass die eigenen Anliegen gegenüber »den Anderen« nicht gehört, nicht wahrgenommen werden. »Die Anderen« sind aber in besonderem Maße Migrant*innen oder Menschen mit Migrationshintergrund, der normative Fluchtpunkt die Sehnsucht, die eigenen Anliegen sollten stärker Gehör erlangen als die von »den Anderen«. Insofern läuft diese auf die (nicht immer klar formulierte) Forderung nach einer politischen Ungleichheitsordnung hinaus: erst »Wir«, dann »Die«.

(c) Antifaschismus: In der qualitativen Kurzbefragung, auf die ich in Kapitel 5.2 eingegangen bin, gab es auf die Frage, was die größte Herausforderung sei, vor der die deutsche Gesellschaft steht, am häufigsten Antworten, in denen auf erstarkende Fremdenfeindlichkeit und den Rechtsruck hingewiesen wurde. Um Missverständnissen vorzubeugen: Das bedeutet nicht, dass »der politische Rechtsruck« das alles bestimmende Problem für die Gesamtheit der Befragten war; Antworten, die auf »soziale Themen« hinwiesen, wären weitaus häufiger gewesen, hätte ich sie zu einem einzigen Themenkomplex summiert. Gleichwohl zeigt dieser Befund, dass die Erfolge der AfD, rechte Gewalttaten und sichtbare Fremdenfeindlichkeit die Gemüter bewegen. Auch die Deutungsmusterrekonstruktion hat dies gezeigt. In den »Problemketten«, also dem Zusammenhang von wichtigen Problematisierungen, die es in den verschiedenen Deutungsmustern gab, tauchten Erfolge der AfD und Unbehagen an wahrnehmbarer Fremdenfeindlichkeit nicht nur bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen auf, sondern auch bei den Sozialliberalen und Sozialkonservativen – obwohl Abgrenzungen gegenüber Migrant*innen innerhalb des Sozialkonservativismus durchaus eine wichtige Bedeutung haben. Identitäre Grenzziehungen gegen rechts spielten in allen genannten Mustern jeweils eine Rolle, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Zum Teil speisen sie sich aus historischen Assoziationen, in denen das kollektive Gedächtnis⁶ über den historischen Faschismus, über die Zerschlagung der Weimarer Demokratie, über Völkermord und die Unterdrückung der Gewerkschaften sich ausdrückt. Zum Teil sind es konkrete Sorgen vor dem Verlust demokratischer Errungenschaften der liberalen Demokratien. Und zum Teil sind es Abneigungen gegen die sichtbare Menschenfeindlichkeit gegenüber Gruppen, konkret Geflüchteten und Migrant*innen, zu denen Befragte selbst eine empathische und solidarische Haltung einnehmen möchten. Diese einzelnen Motive fanden sich

6 Menschen bilden ein Gedächtnis der Vergangenheit aus, das nicht nur individuell ist. Es wird durch kollektive Formen der Erinnerung geprägt, durch lebendige (zum Beispiel durch die mündlichen Überlieferungen zwischen den Generationen), aber auch durch institutionalisierte. Zu den institutionalisierten Formen der Gedächtnisbildung gehört sowohl die Vermittlung von Geschichtsbildern und -wissen in populären Medien als auch die Schulbildung, die Museumsarbeit oder die Erinnerungspolitik, die staatlich oder durch soziale Bewegungen (z. B. um den gewerkschaftlichen 1. Mai herum) gemacht wird. Zum Thema des kollektiven Gedächtnisses und dessen Prägung siehe »Erinnerungsräume« von Aleida Assmann (Assmann 2003).

zum Teil verstreut und kombiniert bei Gesprächspartner*innen, die unterschiedliche Deutungsmuster artikulierten.

Rechtsruck und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen insofern nicht nur einen wichtigen politischen Problemrohstoff für die interviewten Beschäftigten dar, die empirische Analyse deutet auch auf einen – durchaus widersprüchlichen – »antifaschistischen Ethos« (Mason 2021, 234) hin, auf den sich der Grüne Sozialismus beziehen sollte. Die Tradition des sozialistischen Antifaschismus, dessen Einsicht richtig ist, dass der Faschismus ein Produkt des Kapitalismus in seiner imperialistischen Entwicklungsphase ist (Horkheimer 1980, 115f.), kann dabei Ausgangspunkt sein. Anziehend für Sozialliberale, Sozialkonservative und Ökopragmatiker*innen dürfte der Antifaschismus des Grünen Sozialismus allerdings nur unter zwei Bedingungen sein. Erstens müsste er eng mit dem Kampf für Gleichheit verbunden werden, also für soziale Gleichheit und die Verbesserung der sozialen Lage derjenigen, die bereits in Deutschland leben. Zweitens müsste es, ebenfalls ausgehend von der Vision der Gleichheit, ein demokratischer Antifaschismus sein, der die Verteidigung liberaler Errungenschaften, gleicher Rechte und die Vision einer integrationsbereiten Nation in den Vordergrund rückt, die nicht auf Herkunft und Abstammung beruht.

(d) Klimawandel und Klimaschutz: Der Kampf gegen die Klimakrise und für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft kann für ein heutiges sozialistisches Projekt eine wichtige Rolle spielen, allerdings notwendigerweise als Moment einer Forderungskette, in der soziale Gleichheit und Demokratie das Verbindende sind. Interessant sind in diesem Zusammenhang Befunde über Einstellungen gegenüber dem Klimawandel, die sich in sozialen Milieus finden, mit denen ich mich auch ausführlich in Kapitel 5.4. beschäftigt habe, weil sie am ehesten offen für eine umverteilende sozialistische Politik sind. Große oder sehr große Sorgen vor dem Klimawandel machten sich Ende 2018/Anfang 2019 in der »desillusionierten Arbeitnehmerschicht« (10 Prozent der Wahlberechtigten) etwa 60 Prozent der Befragten, unter den »missachteten Leistungsträger*innen« (10 Prozent der Wahlberechtigten) rund 53 Prozent, im »abgehängten Prekariat« (5 Prozent der Wahlberechtigten) ungefähr 53 Prozent und in der »kritischen Bildungselite« (9 Prozent der Wahlberechtigten) etwa 78 Prozent der Befragten (Fulda/Hövermann 2020, 25). Auch die in Kapitel 5.1 zitierte Studie »Naturbewusstsein« legt nahe, dass ebenfalls in unteren Einkommens- und Bildungsschichten sich ein robustes, wenngleich geringer als in oberen Schichten ausgeprägtes Klimabewusstsein herausgebildet hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang unter anderem, dass in der erwähnten Untersuchung Meinungsfragen nach Zugehörigkeit zu sozialen Milieus ausgewertet wurden, die auch in der Wahlforschung genutzt werden, den sog. Sinus-Milieus (BMVU 2023, 21). Aus der Studie »Populäre Wahlen« (Vehrkamp/Wegschaidt 2017) wissen wir beispielsweise, welche sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017 eher zu den Hochburgen der LINKEN gehörten, der Ankerpartei des Projektes des Grünen Sozialismus⁷. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf detaillierte Milieueigenschaften eingehen, sie lassen sich aber entlang von Bildung und Einkommen in ein einfaches Schichtschema einteilen.

7 Als Hochburgen werte ich Milieus, in denen die LINKE mindestens 9 Prozent der Stimmen bekam (Wahlergebnis 2017: 9,2 Prozent).

Tabelle 52: Wahlergebnisse LINKE Bundestagswahl 2017 – wichtige soziale Milieus

	Ergebnis LINKE	Ge- winn/ Verlust	Anteil an Wählerschaft	Hauptkonkurrenten
Obere Mitte				
Liberal-intellektuelles Milieu	9	2	7	Grüne + SPD
Expeditives Milieu	11	4	7	Grüne + SPD
Mittlere Mitte				
Sozial-ökologisches Milieu	14	2	7	SPD + Grüne, schwä- cher AfD
Adaptiv-pragmatisches Milieu	10	-	10	SPD, schwächer Grüne + AfD
Untere Mittelschicht				
Hedonistisches Milieu	16	4	13	SPD + Grüne + AfD
Prekäres Milieu	14	-6	9	AfD + SPD

Quelle: (ebd., 65; ebd., 33–55)

Interessant ist es vor diesem Hintergrund, wichtige ökologische Einstellungen innerhalb dieser Milieus zu betrachten. Dabei ist zu bedenken, dass ein in der Studie »Naturbewusstsein« als neu ausgewiesenes Milieu, das Neo-Ökologische-Milieu, sich aus Teilen des Hedonistischen, des Expeditiven und des adaptiv-pragmatischen Milieus zusammensetzt, in dem die LINKE 2017 stark abschnitt. Ähnliches gilt für das sog. Postmaterielle Milieu, das eine Verbindung aus liberal-intellektuellem und sozial-ökologischem Milieu zu sein scheint, die in der Untersuchung von 2017 ausgewiesen wurden.

Tabelle 53: Ökologische Einstellungen nach Milieus (in Prozent)

	Pre- käre	Hedo- nisten	Ad- apti- ve	Neo- Ökos	Expe- ditive	Postma- terielle
Die Situation in den folgenden Berei- chen ist sehr bzw. eher bedenklich...						
Klima	58	38	57	68	81	84
Zustand der Meere	64	46	57	72	77	91
Lebensraum/Artenvielfalt	62	34	55	71	73	81
Der Staat sollte mehr Geld für Na- turschutz und Erhalt seltener Tiere ausgeben (stimmt voll und ganz/eher)	77	59	82	91	93	93

<i>Ich fühle mich der Natur verbunden (stimmt voll und ganz/eher)</i>	61	32	63	72	76	84
<i>Ein umfassender Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweise in Deutschland ist nötig (ja/eher ja)</i>	47	26	55	62	75	79

Quelle: (BMVU 2023, 30–31; 66–68; 91)

Deutlich wird: Auch in zwei der drei unteren sozialen Milieus wird die Situation von Klima, Biodiversität und Ozeanen von Mehrheiten als bedenklich eingeschätzt, in einem (Hedonist*innen) ist es allerdings lediglich eine Minderheit. Dass der Staat mehr Geld für Naturschutz ausgeben soll, unterstützen in allen genannten Milieus Mehrheiten, aber unter den Hedonist*innen ist sie am kleinsten. Besonders auffällig sind die Milieuunterschiede hinsichtlich der Einschätzung, die Lebens- und Wirtschaftsweise in Deutschland müsse sich umfassend verändern. Auch hier gilt: Am stärksten sahen das Angehörige der beiden oberen sozialen Milieus so, am wenigsten die der unteren drei. Zu bedenken ist dabei: Das Milieu der Neo-Ökolog*innen ist auch aus Teilen der Adaptiven und Hedonist*innen entstanden und damit aus sozialen Milieus, die zur unteren oder mittleren Mitte gehören. Hier lässt sich ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein feststellen. Dennoch zeigen die Daten zugleich: Die Klima- und Umweltbewusstheit ist in allen Milieus vorhanden, in denen die LINKE 2017 stark abgeschnitten hat – allerdings in sehr ungleichem Maße.

Ähnlich verhält es sich mit den von mir rekonstruierten sozialen Deutungsmustern. Wie ich in Kapitel 5.3 herausgearbeitet habe, spielt ein Interesse an Klimaschutzpolitik (und die Wahrnehmung einer Klimakrise) in ihnen eine jeweils recht unterschiedliche Rolle. Die Wahrnehmung, dass Umweltprobleme bzw. die Klimakrise ein wichtiges Thema sind, findet sich nicht in allen Deutungsmustern wieder – und dort, wo diese Deutung vorkommt, ist sie nicht gleich brisant. Ansatzweise wurden Anti-Klimaschutz-Positionen – indirekt – lediglich von Karl, dem Sozialrebellischen Nationalisten formuliert. Ansonsten »bewegten« sich die Deutungen zwischen Zentralität (Ökologie-Zuerst-Bewegte), wichtiger Bedeutung (Gemeinwohldemokrat*innen und Sozialkonservative), skeptischer Offenheit (Sozialliberale) und Distanz (Exklusiver Sozialpopulist). Insofern ist die Sorge um den Klimawandel durchaus ein wichtiges Thema, es hat aber für meine Gesprächspartner*innen nicht den übergreifenden Stellenwert, den das Thema Ungleichheit einnimmt. In diesem Zusammenhang ist allerdings wichtig: Gerade in den Deutungsmustern, die für das verteilungspolitische Projekt des Grünen Sozialismus besonders relevant sind, die also materielle Umverteilung vorantreiben und auch im engeren Sinne den Sozialstaat ausbauen möchten (die Gemeinwohldemokrat*innen, die Klimasozialen, aber auch die Leistungsorientierten Sozialkonservativen), wird dem Klimaschutz eine größere Bedeutung beigemessen.

Politik gegen materielle Ungleichheit und für sozialen Zusammenhalt, Verteidigung und Forderungen nach Demokratie, demokratischer Antifaschismus und eine »Klimapolitik von unten« dürften insofern Linien sein, an denen das Projekt des Grünen Sozialismus

Anhänger*innen sammeln könnte. *Um diese gesellschaftliche Allianz zu schmieden, müssen aber nicht nur Problemdeutungen und Interessen aufgegriffen werden, notwendig ist darüber hinaus die Abgrenzung von einem gegnerischen konstitutiven Anderen.* Die Verbindung zwischen unterschiedlichen Ansprüchen, auch unterschiedlichen Bewegungen zu schaffen, ist ein aktiver politischer Vorgang, in dem nicht ein Teil für das Wesentliche ausgegeben wird, dem sich andere Teile unterzuordnen haben (Laclau/Mouffe 2000, 190–191). Ein solcher »populärer Pol« kann nur entstehen, wenn eine Kette von Forderungen und Ansprüchen herausgebildet wird. Auf diese Weise werden Verbindungen hergestellt.

Aber für die Entstehung von kollektiver Subjektivität ist nicht nur Gemeinsamkeit, sondern auch gemeinsame Abgrenzung nötig. Ohne Gegnerschaften entsteht kein kollektives Wir. Wir-Identitäten entstehen immer auch durch Grenzziehungen, Unterschiede verschwinden so nicht, aber gegenüber dem Anderen können Gemeinsamkeiten entdeckt werden. Die Analyse der Deutungsmuster legt eine Reihe von möglichen »konstitutiven Anderen« bzw. Gegnerschaften (Nonhoff 2007, 12) nahe, die ein Projekt des Grünen Sozialismus aufgreifen könnte. Dazu gehören beispielsweise *Reiche und Konzerne*, die politische Macht horten, die gegen das soziale Gemeinwohl handeln und die ökologische Lebensgrundlage der Menschheit zerstören. Dazu gehören auch *illoyale Politiker*innen*, die sich nicht für das Gemeinwohl, sondern für sich selbst und für Konzerne einsetzen – eine Zuschreibung, die mit der Kritik an einem Parteiensystem zu verbinden wäre, durch das zum Beispiel immer weniger Angehörige nicht-akademisch qualifizierter Beschäftigtengruppen in Parlamenten als Abgeordnete wirken. Ein drittes konstitutives Anderes können *antiliberalen Autoritäten* sein, die die demokratischen Freiheiten bedrohen und die Gleichheit und Gleichwürdigkeit verschiedener Menschengruppen infrage stellen.

Während die Gegner*innenbezüge »Reiche und Konzerne, die das Gemeinwohl und das ökologische Überleben gefährden«, und »illoyale Politiker*innen« auf Kritiken aufsetzen können, die sich in fast allen Deutungsmustern finden, die ich rekonstruieren konnte, gilt dies für die Abgrenzung von antiliberalen Autoritäten nicht. Sie docken insbesondere an Deutungen an, die für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, für die Ökologie-Zuerst-Bewegten, die Leistungsorientierten Sozialkonservativen und die (Enttäuschten) Sozialliberalen wichtig sind, wenngleich sie auch nicht in allen Deutungsmustern dieselbe Bedeutung haben.

6.3.2 Durch politische Experimente Lust und Glauben an Veränderung wecken

*Geschmiedet werden kann eine tragfähige gesellschaftliche Allianz nur durch eine politische Strategie, die eine zuspitzende populär-demokratische Ansprache, den Einsatz in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und überzeugende Reformexperimente verbindet. Die politische Kunst des Grünen Sozialismus bestünde darin, ausgehend von den beschriebenen politischen Orientierungen Lust auf grundlegende Veränderung zu machen. Radikalität ist nötig, Radikalität droht aber auch den Faden zu den (Enttäuschten) Sozialliberalen, den Ökopragmatiker*innen und den Leistungsorientierten Sozialkonservativen zu zerreißen.*

In ihrem lesenswerten Buch »People Get Ready«, einem Beitrag zur Debatte innerhalb der Labour-Linken während des Parteivorsitzes von Jeremy Corbyn, gaben Christine Berry und Joe Guinan 2019 die folgende Lagebestimmung:

»Wir durchleben eine ›Zeit des Zorns‹: es ist eine Zeit der politischen Maschinenstürmerei, eines kochenden Unmutes unter Wähler*innen über eine abgehobene politische Klasse und ein Wirtschaftssystem, von dem sie wissen, dass es bis in den Kern verrotten ist. [...] Die [...] Frage ist, wie dieser neue massenhafte Zorn umgelenkt werden kann in eine Kraft für Veränderung. Wer wird die Maschine der neoliberalen Ausbeutung zerbrechen und durch was werden sie es versuchen zu ersetzen?« (Berry/Guinan 2019, 12)

Kochender Unmut, eine Zeit der Wut auf die politische Klasse, die als abgehoben erlebt wird, eine tiefe Delegitimierung des Wirtschaftssystems und daher die Chance für einen Bruch mit dem neoliberalen Entwicklungsmodell, die Chance auf eine bessere Ordnung – ganz so, das legen die in Kapitel 6.2 diskutierten Befunde nahe, sieht das Alltagsbewusstsein abhängig Beschäftigter in Deutschland nicht aus. Eine Schlussfolgerung drängt sich nach der intensiven Auseinandersetzung mit den verbreiteten populären Ideologien nahe: Einerseits konstituieren das Unbehagen an der Ungleichheit, das Unbehagen an der Politik und auch die verbreitete Haltung, Umwelt- und Klimapolitik seien wichtig und notwendig, eine Art Problem- und Protestrohstoff für einen Grünen Sozialismus. Andererseits legen sie keine radikalen Strategien nahe. Vorschläge einer revolutionären Umgestaltung des fossilen Kapitalismus können am ehesten noch an das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen anknüpfen. Die liberaldemokratischen Haltungen und auch die relativ moderaten Formen der Kritik, wie sie für die (Enttäuschten) Sozialliberalen, für die Leistungsorientierten Sozialkonservativen und auch für die Ökopragmatiker*innen (als Unterströmung der Ökologie-Zuerst-Bewegten) typisch sind, setzen einem radikalen Ökosozialismus eher (enge) Grenzen.

Zur Erinnerung: In Kapitel 2.3 habe ich zwischen zwei Varianten eines linken Green New Deal unterschieden, zwischen der linkssozialdemokratischen und der ökosozialistischen. Der Ökosozialismus setzt auf Veränderungen im Hier und Jetzt, strebt aber Veränderungen der wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse an. Der Ausbau und die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates spielt für den Ökosozialismus eine wichtige Rolle, weil Klimaschutz als Politik gegen den Markt betrieben wird. Dabei sollen Arbeiter*innen und Angestellte aber selbst Akteure der Veränderung werden. Deshalb werden Schritte für eine Demokratisierung der Gesellschaft vorgeschlagen. Innerhalb des Ökosozialismus gibt es zwei strategische Grundströmungen, eine linksreformistische und eine revolutionäre. Ich möchte beispielhaft für eine revolutionär-ökosozialistische Position Christian Zeller zitieren, der mit seinem lesenswerten Buch »Revolution für das Klima« einen entsprechenden (wissenschaftlich fundierten) Vorschlag unterbreitet hat:

»Die notwendige (ökosozialistische, T.G.) Alternative kann nicht von oben verordnet werden. Sie erfordert eine starke gesellschaftliche Mobilisierung der lohnabhängigen Bevölkerung für einen Umbau der industriellen Produktion und – damit direkt verbunden – für sinnvolle Arbeit, für den Ersatz des Automobilverkehrs durch nicht motorisierten und öffentlichen Verkehr und für den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur. Ökosozialistische Politik heißt Verantwortung übernehmen im persönlichen Umfeld und in der Gesellschaft. Wir brauchen eine globale Revolution für Selbstverwaltung, um die Gesellschafts- und Umweltkrisen demokratisch gemeinsam auf allen

Ebenen zu lösen. Nur die Ausgebeuteten, Unterdrückten und die Jungen können die notwendigen Maßnahmen durchsetzen.« (Zeller 2020, 219)

So wünschenswert schnelle Veränderungen auch sein mögen, weil die Zeit für eine ökologisch nachhaltige Umgestaltung von Wirtschaft und Lebensweise tatsächlich davonläuft (Malm 2022, 11f.): Ein Rückhalt im Alltagsbewusstsein, auf das ich in den geführten Gesprächen gestoßen bin, findet sich dafür kaum. Für ein politisches Projekt, das durchaus tiefgreifende soziale und politische Veränderungen anstrebt, ist dieser Befund zentral. Ein Grüner Sozialismus, der nicht nur sehr kleine Minderheiten erreichen will, muss immer noch einer ansprechenden und mobilisierungsfähigen politischen Dialektik zwischen dem Bruch mit der Kontinuität (bestehender Verhältnisse) und dem notwendigen Anknüpfen am Bestehenden suchen (Rossanda 1975, 99). Fehlt eins von beidem, gibt es auch kein wirkliches sozialistisches politisches Projekt – denn ohne an die politischen Kräfteverhältnisse anzuknüpfen, kann nur marginalisierte politische Radikalität entstehen.

Das lässt sich auch am Beispiel eines von mir rekonstruierten Deutungsmusters konkretisieren: Für den (Enttäuschten) Sozialliberalismus ist beispielsweise nicht nur das Interesse an einem respektablen und bescheidenen Wohlstand typisch, durch den die eigene Leistungsbereitschaft entgolten wird, sondern auch die erwähnte skeptische Offenheit gegenüber einer sozial unvorsichtigen Klimaschutzpolitik. Diese skeptische Offenheit, die zum Teil mit Hoffnungen auf ökologische Produktstrategien und technologische Lösungen der Klimakrise verbunden sind, ermöglicht durchaus eine ökosozialistische Ansprache. An beides zugleich müsste ein Projekt des Grünen Sozialismus anknüpfen: Effizienter Klimaschutz und Umbau der Wirtschaft auf der einen Seite, Gewährleistung der sozialen Teilhabechancen für die abhängig Beschäftigten auf der anderen. Gleichzeitig kollidieren radikale Veränderungsvorschläge mit einer Handlungsorientierung an respektabler Politik und Ausgleich. Ähnlich verhält es sich mit den Ökopragmatiker*innen und den Leistungsorientierten Sozialkonservativen.

Der Grüne Sozialismus, soll er sozialistisch sein, muss an »[...] ununterbrochener Verschiebung, Konstruktion und Dekonstruktion [...]« (Dies. 1976, 73) alter kapitalistischer Verhältnisse und neuer gemeinwirtschaftlicher Formen arbeiten – ohne den Bezug zu denen zu verlieren, mit denen und für die diese Politik gemacht werden soll. Notwendig ist insofern ein politischer Spagat zwischen notwendiger Radikalität einerseits (da auch gewünschte Reformen, die ich in Kapitel 5 dargestellt habe, sich nicht harmonisch durchsetzen lassen) und einer Machbarkeit andererseits, die Verbesserungen bringt, ohne zu Risiken des Verlustes von sozialen Errungenschaften zu führen. Dabei wäre an das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen anzuknüpfen, um gleichzeitig insbesondere Brücken hin zu den Deutungsmustern (Enttäuschte) Sozialliberale, Ökologie-Zuerst-Bewegte und Leistungsorientierte Sozialkonservative zu bauen.

Eine besondere Hürde ist darüber hinaus die weit verbreitete politische Resignation, die gerade in den unteren Schichten der Arbeiter*innenklasse (siehe Kap. 5.1) stark ausgeprägt ist, und die Wahlenthaltung unter einfachen Produktionsarbeiter*innen und Dienstleistungsbeschäftigten (siehe Kap. 5.4.2). »Machbarkeit« und »grundlegende Ver-

änderung« könnten in der politischen Diskussion gegeneinandergestellt werden. Demnach setzt die Machbarkeit der radikalen Veränderung Grenzen, oder der Wunsch nach radikaler Veränderung führt dazu, nicht mehr nach dem zu suchen, was konkret veränderbar ist. Der Grüne Sozialismus müsste dagegen das Ziel verfolgen die materiellen und auch ideellen Interessen an Veränderung in der Gesellschaft weiter zu wecken, um auch notwendige Konflikte führen zu können, die mit gesellschaftlicher Unruhe einhergehen (Ingrao 1979, 87). Radikal wäre diese Politik nicht, weil sie bestimmte weitgehende Forderungen erhebt, sondern wenn sie größere Teile der Bevölkerung (insbesondere der Arbeiter*innenklasse) dazu anregen und unterstützen würde, notwendige Konflikte für ökologische, soziale und demokratische Fortschritte zu führen (Dörre 2021, 226–227). Lernen am Konflikt spielt dabei eine wichtige Rolle, weshalb der Grüne Sozialismus immer auch oppositionell sein muss. Lust auf Veränderung muss angeregt werden, weil die vorherrschende Kultur eher dafür sorgt, dass das Bestehende auch als das Notwendige betrachtet wird (Honneth 2015, 19). Es ist ein »kapitalistischer Realismus«, der nicht nur im Gefühl besteht, dass der Kapitalismus alternativlos ist, sondern es auch unmöglich macht, sich eine greifbare und zusammenhängende Alternative überhaupt vorstellen zu können (Fisher 2013, 8).

Die sozialen und demokratischen Ansprüche, die ich oben ausführlich rekonstruiert und diskutiert habe, bieten einen guten Ausgangspunkt, um Lust auf mehr Veränderung zu erzeugen. Hilfreich wäre eine ökologisch-sozialistische Erzählung und Strategie, die nicht vorgibt, die fertigen Wege zu kennen, sondern die dafür wirbt, durch soziales und politisches Experimentieren (Wright 2019, 84), das immer vom Mittun der Menschen abhängt, die Idee einer solidarischeren, demokratischeren und ökologisch nachhaltigeren Gesellschaft zu verwirklichen (Honneth 2015, 78).

Dazu trägt gesellschaftliche Opposition und Mittun in sozialen Bewegungen oder Initiativen bei. Aber das allein reicht nicht, Alternativen müssen – als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – auch staatlich verwirklicht bzw. ermöglicht werden. Auch die staatliche Förderung von politischen Experimenten ist deshalb wichtig, also politische Gestaltung, durch die nicht-kapitalistische Formen des Wirtschaftens ausprobiert werden. Innerhalb der ökosozialistischen Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass linke Regierungen kaum in der Lage seien, soziale, demokratische und wirkliche ökologische Alternativen durchzusetzen. David Camfield etwa argumentiert, dass jede Regierung, die dies versuchen würde, mit der Gegenwehr mächtiger Unternehmergruppen zu rechnen hätte: »Deshalb wäre jede grün-linke Regierung, die hart daran arbeiten würde, Reformen einzuführen, gezwungen es zu unterlassen und damit aufzuhören.« (Camfield 2023, 28) Die Alternative besteht demnach im Aufbau von Massenbewegungen (ebd., 31f.). Und in der Tat: Eine Regierung, die wichtige soziale, demokratische und ökologische Reformen verwirklichen wollte, würde wirklich auf enormen Gegenwind stoßen, nicht nur von Seiten zentraler Kapitalgruppen, sondern auch aus der Bevölkerung, die durch Konservative, Liberale und das Projekt des antiökologischen Nationalradikalismus mobilisiert würden. Deshalb ist eine Regierung, an der linke Parteien sich beteiligen, an sich tatsächlich kein Garant für Reformen, die die Machbarkeit sozialistischer Politik demonstrieren und zugleich Lust auf mehr Veränderungen machen würden (Zelik 2020, 297–298). Insofern ist die Bedeutung von Basisinitiativen, sozialen Bewe-

gungen, Intellektuellennetzwerken, Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen auch kaum zu unterschätzen, auf die sich eine links-ökologische Regierung beziehen müsste. Kurz: Ohne starke Bewegungen, die politische Macht außerhalb von Regierungen aufbauen, wird es auch wenig Spielräume für regierende Parteien geben (Klein 2019b, 67). Die Alternative heißt m.E. aber nicht Regierung vs. Bewegung, wenn konkrete Veränderungen möglich gemacht werden sollen, die die Lust und den Glauben an Mehr nähren. Naheliegender ist m.E. eine Strategie des »Regierens im Konflikt« mit mächtigen Interessengruppen des fossilen Kapitalismus und den Profiteuren der prekären Zweidrittgesellschaft.

Beim Regieren im Konflikt ginge es um Einstiegsprojekte für einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft. Erik Olin Wright hat für solche Projekte den Begriff der konkreten »realen Utopien« vorgeschlagen. Damit bezeichnete er Veränderungen, die »[...] Elemente einer emanzipatorischen Zukunft jenseits des Kapitalismus« sind und in sich tragen, die aber noch »[...] innerhalb einer weiterhin vom Kapitalismus dominierten Gesellschaft [...]« durchgesetzt werden und existieren müssen (Wright 2019, 60). Solche Reformexperimente sollten grundlegende Probleme aufgreifen, die für große Teile der arbeitenden Klassen existieren (Klein 2022, 210), sie sollten machbar sein, spürbare Verbesserungen bringen und so dazu beitragen »[...] das weitverbreitete Gefühl der Ohnmacht und Alternativlosigkeit zurückdrängen [...]« (Ebd.) Darüber hinaus sollten sie grundlegendere Veränderungen ermöglichen, durch die »die Kapitaldominanz« zurückgedrängt wird (ebd.). Solche sozialistischen institutionellen Reform-Experimente sollen emanzipatorische Ideale konkretisieren, sie können als Versuche verstanden werden, innerhalb des Kapitalismus »Freiräume« zu schaffen, indem »[...] Formen gesellschaftlicher Organisation (gefördert werden), die von den herrschenden Macht- und Ungleichheitsstrukturen abweichen.« (Wright 2017, 439)

Der Ausbau solcher Freiräume allein wird sicherlich nicht reichen, um die kapitalistische Produktionsweise zu ersetzen. Eine radikale und experimentelle Reformpolitik kann aber einen wichtigen Beitrag leisten, um zu zeigen, dass andere Formen des Wirtschaftens und Lebens möglich sind und Wissen darüber zu schaffen, wie sie möglich sind. Auch das ist ein Beitrag dazu, »Lust auf Veränderung« zu machen. Wie ich in Kapitel 5.3.8 nachgezeichnet habe, bestehen wichtige Hindernisse für eine weitergehende Demokratisierung (Wirtschaftsdemokratie) u.a. in der fehlenden Phantasie, sich radikal andere Alternativen vorzustellen und im fehlenden Vertrauen in die Fähigkeit der eigenen Mitmenschen dazu, solche Alternativen möglich zu machen.

Der Grüne Sozialismus müsste deshalb experimentell und radikal-pragmatisch sein (Dragsted 2021a), um diese Machbarkeit konkreter Utopien zu demonstrieren. Ein experimenteller Grüner Sozialismus dürfte gerade nicht auf technokratische und bürokratische Verfahren setzen, weil das Gelingen wirklicher sozialer und politischer Experimente von der Beteiligung gewöhnlicher Menschen abhängt, die nicht nur ihre Ansprüche und Interessen, sondern auch ihre vielfältigen Erfahrungen und Arten des Wissens einbringen. Ratsam wäre eine Politik des »Wissens von unten«, wie sie etwa in der britischen Labour-Linken diskutiert wird. Diese Wissenspolitik fordert den Gedanken heraus, dass der Staat und das Unternehmensmanagement – bzw. die jeweils zuständigen technokratischen Eliten in den Bürokratien – ein überlegenes Wissen haben, also »es am besten wissen«. Eine linke »Politik des Wissens von unten« setzt darauf, dass Bürger*in-

nen und Beschäftigte über verschiedene Arten des Wissens verfügen, Erfahrungswissen ebenso wie theoretisches Wissen, die gleichwertig, wenn nicht überlegen sind (Wainwright 2018, 10–11). Die Frage lautet insofern nicht nur, wie durch Organisierung vor Ort und durch soziale Bewegungen solches Wissen gefördert werden kann, sondern auch, wie der Staat, lokal, regional und bundesweit, so verändert werden kann, dass er institutionelle Experimente und »Wissen von unten« unterstützen und fördern kann (ebd., 21). Ohne die massenhafte Beteiligung der Menschen aus der Arbeiter*innenklasse und der lohnabhängigen Mittelklasse werden grundlegende Veränderungen, wird die Verwirklichung konkreter ökosozialistischer Alternativen blockiert bleiben.

6.3.3 Für einen linken Republikanismus

*Für eine gesellschaftliche Allianz des Grünen Sozialismus lassen sich Menschen aus unterschiedlichen Klassenpositionen, mit verschiedenen sozialen Deutungsmustern und aus unterschiedlichen sozialen Milieus nur gewinnen, wenn es neben konkreten Reformvorschlägen, Abgrenzungen von Gegner*innen und dem Versuch Gemeinsamkeiten herauszustellen, auch eine Vision für das Land gibt, mit dem sie sich positiv identifizieren können – eine konkrete Utopie, eine Ordnung, die noch nicht da, aber denk- und greifbar ist. Das könnte die Idee einer neuen sozialen und ökologischen Republik sein, die es noch nicht gibt, deren Verwirklichung einen tiefen Bruch mit den (neo-)liberalen Entwicklungsmodellen und eine Vertiefung der Demokratie verlangt.*

An pessimistischen Diagnosen über die Zukunft der Demokratie ist kein Mangel. Ob nun festgestellt wird, es habe sich eine Post-Demokratie herausgebildet, in der zwar die formalen Regeln der Demokratie eingehalten werden, während Politik aber – oft im Widerspruch zur dokumentierten Mehrheitsmeinung der Bevölkerung im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik – hinter verschlossenen Türen von Berufspolitiker*innen und Eliten gemacht wird (Crouch 2008, 10); oder ob auf die demokratiegefährdenden Erfolge rechtspopulistischer und post-faschistischer Parteien in Europa hingewiesen wird (Balibar 2016, 44f; ders. 2017): Dass etwas faul ist im Staate und in der Demokratie wird nicht nur von Sozialwissenschaftler*innen diagnostiziert. Das Unbehagen an der Politik, auf das ich in Kapitel 5.1 hingewiesen und auf das ich auch in der Deutungsmusteranalyse gestoßen bin, zeigt, dass sich dieser Eindruck auch auf dem Feld der populären Ideologien wiederfindet – mit sowohl autoritären wie fortschrittlichen Potenzialen.

Meines Erachtens ist das politische Unbehagen auch eine Folge eines zentralen Widerspruchs unserer Zeit. Es folgt (zumindest in Teilen) aus der Kluft zwischen demokratischen Prinzipien unseres politischen Gemeinwesens einerseits, und der »oligarchischen Wirklichkeit« (Balibar 2012, 30) andererseits, also einer Konzentration von Reichtum und Macht an der Spitze der Klassengesellschaft und einer technokratischen Abschließung der politischen Klasse, ergänzt durch Schichten von Journalist*innen, wie man in Anlehnung an C. Wright Mills sagen könnte, die eng mit dieser ökonomischen und politischen Machtelite verflochten sind (Mills 2000, 4). Möglich ist das Unbehagen aufgrund eines objektiven Widerspruchs, den alle liberalen Demokratien in sich tragen. Es stimmt, dass liberale Demokratien im Kern (als repräsentative Demokratien) lediglich ein Wahlverfahren vorsehen, das Personen auswählt, die sich zwischen den Wahlgängen um die Res Publica, also die öffentliche Sache, kümmern. In diesem Sinne bringen liberale Demokratien den privatistischen, vielleicht sogar apathischen Bürger selbst

mit hervor (Misik 2019, 19). Gleichzeitig öffnet diese bürgerliche Demokratie allerdings dem Anspruch nach der Partizipation der gewöhnlichen Menschen (theoretisch) die Tore. Dem Begriff nach, den die liberal-demokratische Gesellschaft sich von sich macht, ist sie mehr als eine Ordnung, in der über Elitenauswahl abgestimmt wird. Beide Vorstellungen koexistieren aber: die Idee der Demokratie als Repräsentationsordnung (demokratisch ist, wenn gewählt wird, die Gewaltenteilung eingehalten und das Rechtsstaatsprinzip gewahrt wird) und die Idee der Demokratie als Prozess, also als eine

»[...] Gesamtheit von Praktiken, Institutionen und historischen Bedingungen, welche die Fähigkeit des Volkes (des ›demos‹) maximieren, auf eine auf Gleichheit beruhende Art und Weise für seine eigenen Interessen einzutreten und die eigenen Angelegenheiten zu verwalten.« (Balibar 2016, 241)

Ist dieser Widerspruch immer vorhanden, so nimmt das Unbehagen an Politik und Demokratie zu, wenn die »Sachen des Volkes« nur unzureichend in die Repräsentationsordnung eingehen, wenn also die Menschen das Gefühl bekommen: »uns haben sie vergessen.« Diese Wahrscheinlichkeit nimmt zu, je oligarchischer das gesellschaftliche System im oben gemeinten Sinne verfasst ist, wenn also auch politische Macht zunehmend »[...] aufgrund von Reichtum, [...] von wirtschaftlicher Macht sowie von Beziehungsnetzwerken der vornehmen Welt [...]« ausgeübt wird (ebd., 46).

In einer solchen Welt leben wir heute, auch wenn nicht jedes Unbehagen an der Politik auf den Widerspruch zwischen demokratischem Prinzip und oligarchischer Wirklichkeit zurückgeführt werden kann. Zum Teil folgt gerade die ressentimentgetriebene Mobilisierung der nationalpopulistischen und (post-)faschistischen Rechten auf liberale Reformen, die von gesellschaftlichen Mehrheiten getragen werden (Quent 2019, 168). So etwa in vielen, wenn auch nicht in allen kultur- und migrationspolitischen Fragen, auf die extreme Rechte mit Erzählungen über »den großen Austausch« und die Zerstörung der Volksgemeinschaften reagieren (z.B. Venner 2017, 40f.). Selbst wenn man einsteht, dass unter denen, die für die populistische und extreme Rechte stimmen, auch Menschen sind, die »nur« sozial verzweifelt und unzufrieden sind, möglicherweise frustriert von »den Politiker*innen«: Diese »autoritäre Revolte« (Weiß 2017) kann nur deshalb auf breiterer Basis erfolgreich sein, weil ihre nationalidentitären Deutungsangebote in größeren Minderheiten der Bevölkerung Anklang finden – es sind zum Teil große Minderheiten, die demokratischen Mehrheiten in migrations-, kultur- und gesellschaftspolitischen Fragen nicht folgen wollen. Zumindest ist das in Deutschland (noch) so. Auf dieses Potenzial habe ich in Kapitel 5.1 und 5.4 hingewiesen, und auch in der qualitativen Kurzbefragung und in der Deutungsmusteranalyse zeichnet es sich in Form migrationskritischer und fremdenfeindlicher Haltungen ab. Zumindest in meiner qualitativen (nicht-repräsentativen) Studie ist allerdings ein politisches Unbehagen weiter verbreitet, das sich aus popular-demokratischen und liberal-demokratischen Orientierungen speist, die enttäuscht werden. Wie kann ein Projekt des Grünen Sozialismus an diese positiv anknüpfen? Meines Erachtens lautet die Antwort: durch einen *linken Republikanismus*, der für eine soziale und ökologisch nachhaltige Republik (Leipold 2020, 174) und einen Prozess der Demokratisierung eintritt.

Republikaner*innen vertreten die Ansicht, dass die aktive und gleiche politische Teilhabe der Staatsbürger*innen ein Garant dafür ist, dass ein durch Freiheit, Gleichheit und Solidarität gekennzeichnetes Gemeinwesen entstehen kann. Möglich ist das aus republikanischer Perspektive nur, wenn Menschen nicht beherrscht werden (Leipold/Nabuls/White 2020b, 1). In der Republik, die es noch nicht gibt, die als Ideal aber angestrebt wird, entscheiden alle Bürger*innen gemeinsam darüber, was in den öffentlichen Einrichtungen geschieht, wie das Gemeinwesen politisch gestaltet wird (Muldoon 2022, 52).

Zu einem linken Republikanismus gehört *erstens* eine radikaldemokratische Idee des politischen Bürgerseins, des Bürgers als aktivem Menschen, der diese Gesellschaft gestalten kann (Balibar 2016, 241f.; Mouffe 2018, 77) – im Konflikt um grundlegende politische Alternativen. Die Republik wäre in diesem Sinne die Ordnung des anhaltenden Streits der Bürger*innen, der Kultivierung auch der Gegnerschaft und der Konflikte, die im Ringen um unterschiedliche Entwicklungsmodelle für die Nation entstehen. Die soziale und ökologische Republik, das ist ein Kerngedanke des linken Republikanismus, soll *zweitens* dem Gemeinwohl dienen. Was aber als Gemeinwohl zu verstehen ist, lässt sich nur durch gemeinsame Beratung und politische Teilhabe der Bürger*innen ermitteln (Leipold/Nabuls/White 2020b, 2). Im Vergleich zur Gegenwart ginge es deshalb *drittens* um einen »Zusatz an Demokratie«, der aus der aktiven Beteiligung der Menschen, auch aus Protesten und Massenbewegungen folgt (Balibar 2016, 46). Diese Vision des aktiven und mündigen, ja aufmüpfigen Bürgers (im Sinne des politischen Bürgers oder Staatsbürgers) kann auch verbindend wirken. *Viertens* gehört dazu auch das Zielbild eines politischen Gemeinwesens, das dieses politische Bürgersein auch sozialökonomisch fördert, ein Gemeinwesen, in dem grundlegende soziale Ansprüche verwirklicht werden, die von möglichen Träger*innen der Allianz formuliert werden, auf die sich der Grüne Sozialismus stützen könnte: Das Gemeinsame ist das mündige und auch widerspenstige Bürgersein selbst. *Fünftens* würde zum linken Republikanismus der Streit für eine Vertiefung und einen Ausbau der Demokratie gehören. Es ginge in einem offensiven Sinne um den »Aufbau einer Demokratie, die für den Sozialismus offen ist« (Ingrao 1979, 89), also um Anregungen für neue Institutionen und Beteiligungsformen, die den Bürger*innen – in ihren Stadtteilen, ihren Betrieben oder in ihren Regionen – die Möglichkeit und »kollektive Fähigkeit« geben, gemeinsam zu beraten und zu entscheiden (Balibar 2016, 242). Eine Gesellschaft ist aus dieser Perspektive umso republikanischer und demokratischer, je gleicher der Zugang zu den »[...] politischen Mitteln (ist), die erforderlich sind, um sich an kollektiven Entscheidungen zu beteiligen, die sich auf das eigene Leben als Mitglied einer Gesellschaft auswirken.« (Wright 2017, 61) In einem defensiven Sinne ginge es um die Demokratisierung der liberalen Demokratie. Unmittelbar würde dazu die Eindämmung der Macht des großen Geldes auf die Politik und der Abbau technokratischer Expert*innenpolitik gehören: Statt Macht des großen Geldes und Technokrat*innenherrschaft mehr öffentliche Debatte, an der normale Bürger*innen aktiv teilnehmen können (Balibar 2017).

Zur Vision einer solchen Republik gehören auch die sozialen Rechte und Lebensbedingungen, die es Menschen erlauben, sich politisch zu engagieren, die Ausweitung demokratischer Entscheidungen auf die Wirtschaft und die Bekämpfung von Konzern- und Lobbymacht in der Politik (Leipold/Nabuls/White 2020b, 10). Ein solcher linker Republi-

kanismus kann anknüpfen an ältere sozialistisch-demokratische Theoriebestände, etwa an Überlegungen von Otto Bauer und Wolfgang Abendroth. Otto Bauer betonte, dass die bürgerliche Demokratie zwar eine Form der Klassenherrschaft sei, in der das Bürgertum noch kommandiere. Die demokratischen Formen aber seien Errungenschaften, die Republik ein Gemeinwesen, in dem es den Ausgebeuteten und Unterdrückten möglich sei, sich frei für ihre eigenen Angelegenheiten zu organisieren. Im Hier und Jetzt ist die Republik insofern eine Ordnung, wie Bauer formuliert, in der das Bürgertum unter dem ständigen Druck der Arbeiter*innenbewegung regiert (Bauer 2017, 90–92). Diese Republik ist aber stets halbiert, weil – wie man in Anlehnung an Wolfgang Abendroth formulieren kann – die bürgerlich-kapitalistische Eigentumsform stets zu starker sozialer Ungleichheit und auch der Ballung wirtschaftlicher und damit antidemokratischer wirtschaftlicher Macht führt (Abendroth 1972, 118–119)⁸. Der linke Republikanismus wäre daher transformatorisch. Erst durch die Schaffung eines umfassend sozial schützenden, eines die Macht der Arbeiter*innen stärkenden Sozialstaates und mit Hilfe von Elementen der Wirtschaftsdemokratie ist eine ganzheitliche Demokratie und Republik zu schaffen, in der das Volk, plebejisch verstanden, bestimmt. Volkssouveränität in diesem Sinne kann es vollkommen daher nur in einer sozialistischen Gesellschaft geben (Bauer 2017, 178).

Dieser Linksrepublikanismus könnte aus drei Gründen zur Herausbildung einer tragfähigen gesellschaftlichen Allianz des Grünen Sozialismus beitragen: *Erstens*, weil die Idee des aktiven Bürgers und einer Vertiefung der Demokratie selbst Menschen aus unterschiedlichen sozialen Lagen, mit unterschiedlichen Klassengeschichten, verbinden könnte (Mouffe 2018, 79). *Zweitens*, weil die Vision einer neuen sozialen und ökologischen Republik sowohl antagonistischeren popular-demokratischen als auch liberal-demokratischen Orientierungen einen gemeinsamen Rahmen bietet. *Drittens*, weil die sozialökonomische Fundierung der Republik die neue Republik als eine Ordnung ausweist, die formulierte Interessen verwirklichen wird: sozial, demokratischer, ökologisch. Der Grüne Sozialismus könnte nicht nur an die demokratischen Ansprüche verschiedener sozialer Bewegungen, von Initiativen und Bürgerbewegungen anknüpfen, die sich aktiv in die Politik einbringen; er könnte auch das »Unbehagen an der Politik« aufgreifen, dass

8 Laut Abendroth (1972) erkennt das im Grundgesetz garantierte Sozialstaatsprinzip an, dass die »liberalkapitalistische Sozialordnung« an sich keineswegs gerecht ist und deshalb gegenüber Staatseingriffen autonom betrachtet werden müsse. Im Gegenteil, die Gesellschaft wird als Gestaltungsgegenstand des Staates ausgewiesen (ders. 113–114). Das aber hat weitreichende Implikationen: Die Sozialordnung selbst wird, eben vermittelt über das Sozialstaatsprinzip, »(...) dem unmittelbar demokratisch bestimmten Staatsorgan, also dem Gesetzgeber unterworfen. Das entscheidende Moment des Gedankens der Sozialstaatlichkeit im Zusammenhang des Rechtsgrundsatzes des Grundgesetzes besteht also darin, daß der Glaube an die immanente Gerechtigkeit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgehoben ist, und daß deshalb die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Gestaltung durch diejenigen Staatsorgane unterworfen wird, in denen sich die demokratische Selbstbestimmung des Volkes repräsentiert.« (ders. 114). Abendroth geht allerdings noch einen Schritt weiter, er verteidigt nicht nur die verfassungsrechtliche Legitimität des Eingriffs in die Eigentumsverhältnisse, er attestiert auch ein Spannungsverhältnis zwischen demokratisch nicht legitimierbarer wirtschaftlicher Macht und politischer Demokratie (ders. 118–119).

es in den Deutungsmustern gibt, die ich rekonstruiert habe – und gleichzeitig auf die vorhandene Wertschätzung demokratischer Errungenschaften eingehen. Das gilt in besonderem Maße für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, aber auch für den (Enttäuschten) Sozialliberalismus, die Ökologie-Zuerst-Bewegten und die Leistungsorientierten Sozialkonservativen. Und wie ist es mit den sozialen Milieus bzw. den politischen Lagern? Gehört zu diesem Republikanismus auch die Betonung, dass soziale Sicherheit und Schutz, soziale Emanzipation schlechthin die Bedingungen dafür sind, dass eine wirkliche demokratische Teilhabe aller (und deshalb eine wirkliche Republik) möglich ist, könnte er nicht nur die Lager der fortschrittlichen Höherqualifizierten und Arbeiter*innen ansprechen. Möglich wäre es auch, den Bogen zu den zu schlagen, die keinen empathischen Bezug zur Demokratie haben, aber nach sozialem Schutz suchen. Dafür aber muss der linke Republikanismus notwendigerweise mit einem starken und deutlich ausgebauten Sozialstaat verbunden werden.

Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates, möglicherweise die Vision einer Neugründung, wäre daher ein wichtiger Baustein eines solchen linken Republikanismus. Über die Vision einer Neugründung des Wohlfahrtsstaates könnten verschiedene mögliche Trägergruppen der gesellschaftlichen Allianz eines Grünen Sozialismus angesprochen werden. Es wäre ein Projekt, das unterschiedliche Gruppen – ob man nun den Blick auf die rekonstruierten Deutungsmuster oder die Zugehörigkeit zu Milieus oder Lagern richtet – verbinden könnte. Leitsterne einer Neuausrichtung der Sozialstaatspolitik könnten die Ziele sein, soziale Gleichheit zu stärken (innerhalb der Arbeiter*innenklasse, aber auch zwischen Arbeiter*innenklasse und lohnabhängiger Mittelklasse) (Esping-Andersen 1985, 10) und die Macht der Angehörigen der beiden lohnabhängigen Klassen auszubauen. Zu diesem Zweck müsste das Projekt des Grünen Sozialismus zwingend an die verbreiteten populären Ideologien anknüpfen. Der Wohlfahrtsstaat selbst hat in der Zeit seines Ausbaus neue Ansprüche in der Bevölkerung hervorgebracht, die eng mit der Idee verbunden sind, der Staat sei für das Wohlergehen der Bürger*innen (mit-)verantwortlich – Vorstellungen von sozialen Rechten und Forderungen nach wirtschaftlicher Gleichheit, die auch das Alltagsbewusstsein verändert haben (Laclau/Mouffe 2000, 204).

In jüngeren Ergebnissen der Lohnabhängigenbewusstseinsforschung wurde unterstrichen, dass neoliberale Orientierungen, soweit es um Ansprüche an die Erwerbsarbeit geht, unter den befragten Beschäftigten nicht hegemonial wurden (Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015, 394). Ähnliches legen meine Befunde mit Blick auf die Bewertung sozialer Ungleichheit und des Sozialstaates nahe. Die qualitative Kurzbefragung und die Deutungsmusteranalyse haben deutlich gezeigt: Im von mir untersuchten gewerkschaftlichen Milieu wurde – quer zu den berücksichtigten Beschäftigtengruppen: Beschäftigte aus der Wertschöpfungskette Automobil, dem Handel, dem ÖPNV und den Krankenhäusern – mindestens eine schützende, eine befähigende, häufig aber auch eine umverteilende und das Öffentliche (zumindest punktuell) stärkende Wohlfahrtsstaatspolitik gewünscht. Allerdings: Ein Teil der Befragten sprach sich für eine strafende Sozialpolitik »imaginierten faulen Erwerbslosen« gegenüber aus, Vorbehalte gegenüber Migrant*innen schränken die Solidaritätsbereitschaft bei einer relevanten Minderheit durchaus ein. Das fordert eine offensive Politik der Gleichheit heraus. Dennoch kann gelten: Die (empirischen) Forschungsergebnisse zeigen deutlich, dass der Anspruch, der Wohlfahrtsstaat sollte in einem Mindestmaß für das Wohlergehen der

Bevölkerung sorgen, nach wie vor ebenso weit verbreitet ist wie die Wertschätzung des Wohlfahrtsstaates groß ist. Insofern bestätigen sie die Ergebnisse der quantitativen Studien, auf die ich in Kapitel 5.1. eingegangen bin. Wichtig ist an dieser Stelle: Was genau dieses Wohlergehen ist, ist keineswegs fixiert. Im Mindestmaß ist es der Anspruch, dass Menschen in sozialer Sicherheit, ohne akute Not leben können sollten. Sowohl die qualitative Kurzbefragung als auch die Deutungsmusteranalyse haben darüber hinaus deutlich gemacht, dass es nicht das eine konkrete sozialpolitische Thema gibt, an dem sich Kritik festmacht. Eine gemeinsame Klammer unterschiedlicher Problemwahrnehmungen kann einerseits das Unbehagen am Wachstum sozialer Ungleichheit sein, andererseits der Wunsch – mindestens – nach einem schützenden und befähigenden Sozialstaat. In dieser Klammer finden sich etwa Problematisierungen von Renten- und Einkommensarmut genauso wieder wie die Kritik an einem fehlerhaften Bildungssystem und Forderungen nach der Entmarktlichung des Gesundheitssektors oder nach einem anderen Umgang mit Erwerbslosen. Darüber hinaus sind die Sozialstaatsansprüche, die innerhalb der verschiedenen Deutungsmuster ihre eigentliche Bedeutung erhalten, deutlich ungleich (siehe Kap. 6.1.2). Die stärksten Anknüpfungspunkte für eine wohlfahrtsstaatliche Politik der Gleichheit und Demokratisierung bieten das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen und die Unterströmung Klimasoziale (siehe Kap. 5.3.8).

Die Wohlfahrtsstaatspolitik des Grünen Sozialismus könnte drei Erzählungen umfassen. Es geht *erstens* um einen *ökologischen Wohlfahrtsstaat*: Der Sozialstaat der Zukunft muss Klimaschutzstaat sein. In der heutigen Zeit, in der die Klimakatastrophe keine abstrakte Möglichkeit mehr ist, sondern greifbarer wird, muss die Neugründung des Sozialstaates mit stärkeren ökologischen Zielsetzungen verbunden werden. »Angesichts der Folgen des Klimawandels für »die da unten« ist es ein soziales Thema per se.« (Händel 2021) Der Sozialstaat muss einen Schutzschirm für die Beschäftigten schaffen. »Wer Angst um den Arbeitsplatz, sein Einkommen oder seine Altersvorsorge hat, ignoriert die [...] ökologischen Fragen [...]«. (Ypsilanti 2017, 197) Diese Warnung ist ernst zu nehmen. Deshalb ist ein starker Wohlfahrtsstaat als Unterstützer eines effizienten ökologischen Umbaus zu begreifen. Es ginge darum sozialen und ökologischen Schutz zu verbinden (Mouffe 2023, 91–92). Bereitschaft zu weitergehendem Klima- und Umweltschutz kann so politisch gefördert werden. Darüber hinaus könnte ein neuer Wohlfahrtsstaatspolitik ein Motor für den Umbau der Wirtschaft sein – wer fordert, dass massiv in klimafreundliche Bereiche investiert wird, die den Menschen nützen, wie etwa Pflege, Bildung oder Nahverkehr, fordert faktisch den staatlichen Ausbau einer Gemeinwohloökonomie. Diese Erzählung kann nicht nur an Ansprüche anknüpfen, die von Klimasozialen stark gemacht werden, sie ermöglicht es auch, das Interesse der Gemeinwohldemokrat*innen an einem sozial fairen Klimaschutz aufzugreifen und möglicherweise die skeptische Offenheit der Sozialliberalen für Klimaschutzmaßnahmen in aktive Unterstützung zu verwandeln.

Der neue Sozialstaat muss *zweitens* ein *freiheitsstärkender Wohlfahrtsstaat* sein: Freiheit »[...] ist die Fähigkeit, Entscheidungen bezüglich des eigenen Lebens zu treffen.« (Wright 2017, 61). Der Sozialstaat soll in diesem Sinne die Freiheit der Menschen fördern. Ich kann »frei von« etwas, und »frei zu« etwas sein. Der Sozialstaat soll beides leisten, die

Freiheit von sozialen Nöten vergrößern, zudem aber die »Freiheit zu« stärken. In diesem Sinne soll der Sozialstaat »Freiheitsgüter«⁹ zur Verfügung stellen, die die Entfaltungsmöglichkeiten der Einzelnen fördern. Dabei kann es um die Freiheit der Bewegung gehen (indem wir Mobilität durch ausgebauten Nahverkehr und gute Straßen fördern), um Bildung (indem wir gleiche Entwicklungsmöglichkeiten durch ein gutes Schulsystem fördern) oder gute Renten. Freiheit entsteht in diesem Sinne auch durch soziale Sicherheit. Erst soziale Sicherheit versetzt Menschen in die Lage ein sinnvolles Leben zu führen. »Sie versetzt sie in die Lage Ansprüche zu formulieren und ihr Leben mitgestalten und entwerfen zu können.« (Hürtgen/Vosswinkel 2014, 356) Sozialstaatliche Sicherheitsgarantien können in turbulenten Zeiten Handlungsfähigkeit stärken. »Sicherheit meint, sich Vorstellungen über die kommenden Entwicklungen und eigene Handlungsmöglichkeiten darin machen zu können.« (Ebd.) Naheliegend ist für die Begründung der Rückgriff auf einen sozialen Freiheitsbegriff, wie ihn beispielsweise Axel Honneth vorschlägt:

»Die einzelnen Subjekte können ihr Vermögen zur Freiheit nur als Mitglieder einer sozialen Gemeinschaft realisieren, welche ihrerseits aber in dem Sinn frei sein muß, daß die reziproke Erfüllung der allgemein geteilten Absichten ohne Zwang und daher in einer Einstellung der wechselseitigen Anteilnahme erfolgt.« (Honneth 2015, 52–53)

Die empirischen Befunde meiner Untersuchung zeigen: Ob nun das verbreitete Plädoyer für schützende Sozialpolitik, die Befürwortung einer Sozialpolitik des Öffentlichen (insbesondere im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen, punktuell aber auch in anderen Mustern) oder die in »Klimaschutzinteressen von unten« formulierten Sorgen, dass die Kosten des ökologischen Umbaus die gewöhnlichen Leute zu zahlen haben, eine solche Freiheits- und Sicherungspolitik kann durchaus auf Unterstützung hoffen.

6.3.4 Wirtschaftsrepublikanismus: Für eine Demokratisierung der Wirtschaft

Wirkliche Freiheit, Gleichheit und Demokratie wird es nur geben, wenn die Bürger*innen unseres Gemeinwesens nicht nur als Staatsbürger*innen frei und gleich sind, sondern »[...] wenn die Selbstregierung des Volkes im demokratischen Gemeinwesen ihre Basis findet in der Selbstregierung der Arbeiter in einer republikanischen Wirtschaft.« (Bauer 2017, 178) Das Plädoyer für einen neuen Sozialstaat sollte deshalb *drittens* mit dem Werben für eine *Demokratisierung der Wirtschaft* verbunden werden – auch als Bedingung für eine ökologisch nachhaltige Weise des Wirtschaftens und Konsumierens (Rackwitz 2022, 117), wie in den Varianten eines linken Green New Deals unterstrichen wird (siehe Kap. 2.3).

Der Sozialstaat kann die Macht der abhängig Beschäftigten stärken – oder die Macht der Unternehmer*innen. Wenn der Staat beispielsweise Leiharbeit und Befristungen

9 Zum Konzept der Freiheitsgüter siehe die Diskussion der PDS in den 1990er und frühen 2000er Jahren. Ausführlich Michael Brie: »Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion« (Brie 2002).

fördert, macht er Beschäftigte verletzlich. Er stärkt die Macht des Kapitals. Gelingt es, die Mitbestimmung zu stärken, dann stärkt das die Macht der Beschäftigten. Um Freiheit und Lebensglück für die Mehrheit und mehr Gleichheit zu erreichen, ist die Stärkung von Lohnabhängigenmacht gegen die Macht der Lobbys und Konzerne entscheidend. Allerdings ist Wirtschaftsdemokratie mehr als die Stärkung der Lohnabhängigenmacht.

Gemeinwohlorientierung: Es geht darum, die Zielsetzung des Wirtschaftsprozesses zu ändern. Durch Wirtschaftsdemokratie soll das Gemeinwohl gefördert werden. Die grundlegenden Bedürfnisse aller sollen befriedigt werden, auf die Anliegen der gewöhnlichen Menschen reagiert werden (Kelly/Howard 2019, 3). *Ausweitung der Volkssouveränität:* Dieses Ziel soll erreicht werden, indem zu den bekannten Formen der Top-Down-Führung (markzentrierte hierarchische Führung in und durch Unternehmen; zentralisierte autoritäre Planwirtschaften; bürokratisch-hierarchische keynesianische Steuerung) demokratische Alternativen gefunden werden, durch die das Prinzip der demokratischen Volkssouveränität auf den Bereich der Wirtschaft ausgeweitet wird, also die demokratische Mitwirkung der Beschäftigten und der Bevölkerung auch in der Wirtschaft ermöglicht wird (Berry/Guinan 2019, 30). *Wege der Demokratisierung:* Anknüpfend an Pelle Dragsted können vier Wege der Demokratisierung beschritten werden (siehe auch: Scherer/Vilmar 1985, 106f.): Erstens werden neue Formen des nicht-kapitalistischen Wirtschaftens unterstützt, die demokratisch organisiert sind, etwa Genossenschaften oder Kooperativen. Zweitens werden Elemente der demokratischen Planung staatlich eingeführt, die einen Zielrahmen für die Wirtschaft setzen. Drittens werden Reformen auf den Weg gebracht, die möglicherweise das Eigentumsverhältnis nicht ändern, aber die Rechte der Kapitalist*innen so verändern und herausfordern, dass soziale und ökologische Anliegen erfüllt werden. Dragsted greift hier Ideen des skandinavischen Reformsozialismus auf (»funktionaler Sozialismus«), der durch effiziente staatliche Regulierung und Stärkung der Beschäftigtenmacht mindestens die Ergebnisse privatwirtschaftlicher Aktivitäten so zu lenken suchte, dass das Gemeinwohl möglichst gestärkt würde (Adler-Karlsson 1973, 42f). Einen vierten wirtschaftsdemokratischen Baustein deutet Dragsted lediglich an: die Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten über das heutige System der betrieblichen Interessenvertretung hinaus zu wirklichen Betriebsdemokratien. In Betriebsdemokratien können Beschäftigte und deren gewählte Vertreter*innen direkt über die wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen eines Unternehmens (mit-)bestimmen. Auch hier möchte ich auf die von mir geführten Gespräche zurückkommen.

Können die Erzählungen einer ökologischen und freiheitsstärkenden Wohlfahrtsstaatspolitik an verschiedene vorherrschende Elemente der populären Ideologie anknüpfen, gehen Rufe nach einer Wirtschaftsdemokratie deutlich über die Ansprüche und Sozialstaatsorientierungen hinaus, die in den rekonstruierten Deutungsmustern ausgedrückt wurden. Wie ich in Kapitel 5.3.8 dargelegt habe, brachte kaum eine/r meiner Gesprächspartner*innen wirtschaftliche Demokratisierungsforderungen im engeren Sinne (Rahmenplanung, regionale Wirtschaftsräte oder Betriebsdemokratie) von sich aus als Forderung auf. Dennoch zeigte sich unter den Interviewten, die ich ausdrücklich nach ihrer Meinung zu entsprechenden Demokratisierungsvorschlägen fragen konnte (24 Beschäf-

tigte), ein Teil durchaus offen und interessiert. Zwar waren die Reaktionen völlig situativ und inhaltlich spontan, weil die Befragten sich nicht über einen längeren Zeitraum eine begründete Meinung bilden konnten, denn über wirtschaftsdemokratische Ideen wurde weder in ihrem Umfeld, noch in der Medienöffentlichkeit diskutiert. Dennoch lassen sich die empirischen Eindrücke, die ich als Meinungstendenzen rekonstruiert habe, als Anhaltspunkte dafür nehmen, auf welche positiven und negativen Reaktionen der Grüne Sozialismus Bezug nehmen könnte und müsste, würde die Demokratisierung der Wirtschaft als Teil eines sozial-ökologischen Reformprojektes stärker gefordert. In der folgenden Tabelle habe ich die wichtigsten Argumente für und gegen die Demokratisierung der Wirtschaft zusammengefasst, die meine Gesprächspartner*innen vorbrachten.

Tabelle 54: Meinungstendenzen Pro/Contra Wirtschaftsdemokratie

	Pro	Contra
Rahmenplanung	- Bessere/sinnvollere Produkte - Partizipation als Wert an sich - Kontrolle Unternehmensmacht - Beeinflussung Wirtschaftsprozess - Sicherung/Schaffung Arbeitsplätze	- Markt ermöglicht Kundenbeteiligung - Unternehmensapparate erfassen Kundeninteressen - Manipulation von Interessen führt zur falschen Allokation
Wirtschaftsräte	- Beeinflussung Regionalentwicklung - Partizipation als Wert an sich - Partizipation als Mittel der Konfliktvermeidung - Verbesserung der Entscheidungen - Einflussssicherung der einfachen Leute/Kontrolle der Unternehmen	- Vorhandene kommunal- und regionalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten reichen aus - Abstimmungen politisieren und führen zu Unzufriedenheit
Betriebsdemokratie	- Besseres Produzent*innenwissen - Vetomacht gegen Unternehmer*innenegoismus - Beteiligung als Teilung von Verantwortungslast	- Abstimmungen polarisieren und führen zu Unzufriedenheit - Fehlende Fertigkeiten - Fehlender Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsanreiz - Entscheidungsfindung kaum möglich

Quelle: Eigene Darstellung

Meines Erachtens sprechen weder die skeptischen, noch die ablehnenden Meinungen, die ich in Kapitel 5.3.8 nachgezeichnet habe, dagegen, für die Wirtschaftsdemokratie zu werben. Demokratisierungserzählungen müssten aber eng von den in Kapitel 5 rekonstruierten Ideologien ausgehen, auf wichtige Einwände (insbesondere auf das Misstrauen in die Fertigkeiten der Beschäftigten) eingehen und konkret verdeutlichen, wie die verschiedenen Bausteine einer Demokratisierungsstrategie funktionieren können. Denn auch in den empirischen Befunden über Deutungsmuster (siehe Kap. 5.3) und Deutungstendenzen (siehe Kap. 5.2) im gewerkschaftlichen Milieu finden sich Anschau-

ungen, auf die sich eine Demokratisierungserzählung stützen könnte. Auf diese möchte ich abschließend eingehen.

Das Unbehagen an zu großer sozialer Ungleichheit: Wie bereits ausgeführt, ist das Unbehagen an zu großer sozialer Ungleichheit weit verbreitet. Zumindest im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen wird die Ungleichheit, auch die Erosion der sozialen Mitte, auf die Interessen der Unternehmen zurückgeführt. In anderen Mustern wird lediglich konstatiert, dass eine soziale Polarisierung zu beobachten sei. Hier kann eine Demokratisierungserzählung anknüpfen, um das Ziel einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft zu popularisieren, »die für alle funktioniert, nicht nur für wenige«. Dabei wäre zu erklären, weshalb die regulierte Privatwirtschaft das Gemeinwohl zerstört und wie genau durch demokratische Mitbestimmung eine gleichere und solidarischere Sozialordnung entstehen kann. Denn auch das ist ein Befund dieser Studie: Popularisierte Theorien der Ausbeutung, die auch eine alternative Sozialordnung begründen könnten, waren auch bei den von mir interviewten Angehörigen des gewerkschaftlichen Milieus kaum vorhanden.

Das Unbehagen an der Politik: Das Unbehagen an der Politik, insbesondere an der höheren politischen Einflussmacht von Wohlhabenden und Unternehmen kann paradoxerweise ein weiterer Ausgangspunkt sein. Eine Demokratisierungserzählung müsste begründen, wie und weshalb die vier genannten Bausteine der Demokratisierung, insbesondere der demokratischen Planung und der Betriebsdemokratie, dazu beitragen würden, die politischen Anliegen der gewöhnlichen Menschen stärker zur Geltung zu bringen.

Das Interesse an starker Regulierung: Die qualitative Kurzbefragung hat gezeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten der Meinung war, der Staat solle die Macht der Unternehmen einschränken und klare Vorschriften machen. Ein Teil der Befragten befürwortete dies, weil dies ihren Vorstellungen von der heutigen sozialen Marktwirtschaft entsprach, ein anderer Teil wünschte sich deutlich stärkere Einschränkungen der Kapitalmacht. Von diesen Haltungen kann eine Regulierungspolitik ausgehen, die die Rechte der Unternehmen so sehr einschränkt und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Belegschaften so weit stärkt, dass die Betriebe in einem Mindestmaß gemeinwohlorientiert und ökologisch wirtschaften müssen.

Wünsche nach einer Politik des Öffentlichen: Zumindest das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen umfasst eine Sozialstaatsorientierung, für die auch der starke Wunsch nach Politiken des Öffentlichen typisch ist. Punktuell ist dies auch im Muster des Sozialliberalismus der Fall, stärker noch bei der Unterströmung der Ökologie-Zuerst-Bewegten, den Klimasozialen. Interviewte, die sich in diesem Sinne äußerten, begründeten das in der Regel damit, dass die Öffentliche Hand gute Güter und Dienstleistungen sicher zur Verfügung stellen kann, die allen zur Verfügung stehen sollten, um ein angemessenes Leben zu führen. Implizit oder explizit wurde damit zugleich gesagt, dass Unternehmen, in denen Profitabhängige den Ton angeben, dies nicht können. Was genau aber allen zur Verfügung stehen sollte, welche Güter und Dienstleistungen also nicht kapitalistisch erzeugt werden sollten, ist eine Frage, die öffentlich diskutierbar ist. Antworten hängen, das zeigen auch meine Befunde, von Erfahrungen mit privatwirtschaftlichen Engpässen oder Missständen ab (etwa im Pflege- und Gesundheitssektor) und von plausiblen Argumenten dafür, wieso nicht-kapitalistische Formen des Wirt-

schaftens besser dazu in der Lage sind, eine gute Grundversorgung zu gewährleisten – ob nun durch die Öffentliche Hand, oder durch Genossenschaften und Kooperativen.

7. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Analysequellen des Terrains populärer Ideologien	22
Tabelle 2:	Dimensionen des Klassenhandelns	24
Tabelle 3:	Sozialstaatliche Regulierung der Klassenbeziehungen	34
Tabelle 4:	Linke Sozialstaatsstrategien: Politik gegen den Markt	36
Tabelle 5:	(Neo-)Liberale, konservative und sozialistische Sozialstaatsstrategien	38
Tabelle 6:	Atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse 2019	84
Tabelle 7:	Mitgliederentwicklung der DGB-Einzelgewerkschaften (Prozentual)	89
Tabelle 8:	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Bruttoentgeltschichten (in Euro und Prozent)	91
Tabelle 9:	Anteil sozialversich. Beschäftigter Bruttoentgelt unter 2000 und über 4000 Euro (nach Branche)	91
Tabelle 10:	Vergleich Untersuchungssektoren Deutungsmusteranalyse	95
Tabelle 11:	Zustimmung Aussage: Die Ungleichheit ist zu groß in Deutschland	102
Tabelle 12:	Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (in Euro) in Prozent (nach Einkommensschichten)	102
Tabelle 13:	Meinungen: Wofür der Staat verantwortlich sein sollte	103
Tabelle 14:	Meinungen: Sozialstaatsausgaben sollten durch folgende Steuern finanziert werden	105
Tabelle 15:	Einschätzung zu Politiker*innen, Parteien und Politik	108
Tabelle 16:	Fremdenfeindliche Haltungen (in Prozent)	112
Tabelle 17:	Klimasorgen: Prozentuale Anteile nach Einkommensschichten	114
Tabelle 18:	Umweltsorgen: Sehr/eher bedenklich ist die Situation der/des... (in Prozent)	115
Tabelle 19:	Rangfolge wichtiger Politikfelder nach Bildungsabschlüssen und Einkommen (in Klammern: Prozentangaben)	116
Tabelle 20:	Meinungen zu Klimaschutzpolitik bei Ehrenamtlichen der IGM	118
Tabelle 21:	Wahlabsichten Bundestagswahl 2021 (absolute Zahl der Beschäftigten)	121
Tabelle 22:	Verteilung (absolute Werte) der Beschäftigten nach Arbeitszufriedenheit (Skalenwerte 1-10)	122
Tabelle 23:	Verteilung (absolute Werte) Beschäftigte nach Lohnzufriedenheit (Skalenwerte 1-10)	125

Tabelle 24:	Gerechtigkeit der Gesellschaft auf Skala von 1 bis 10 (absolute Zahlen Beschäftigte)	128
Tabelle 25:	Häufig genannte gesellschaftliche Probleme (absolute Zahlen Beschäftigte)	129
Tabelle 26:	Häufig genannte Reformwünsche (absolute Zahlen Beschäftigte)	129
Tabelle 27:	Zufriedenheit mit dem Sozialstaat (absolute Zahl Beschäftigte).....	136
Tabelle 28:	Aufgaben, die der Sozialstaat erfüllen sollte (absolute Zahlen Beschäftigte).....	137
Tabelle 29:	Der Staat soll die Macht von Unternehmen einschränken (absolute Zahl der Beschäftigten).....	139
Tabelle 30:	Haltung zum Bedingungslosen Grundeinkommen (absolute Zahlen Beschäftigte) ...	144
Tabelle 31:	Meinungen zu Politiker*innen und Demokratie (absolute Zahlen Beschäftigte).....	146
Tabelle 32:	Bedingungen in den berücksichtigten Klassenfraktionen und Interviewsample	152
Tabelle 33:	Übersicht der Interviews Deutungsmusteranalyse nach Betrieben und Engagementform	153
Tabelle 34:	Ebenen und inhaltliche Struktur der empirischen Deutungsmusteranalyse	159
Tabelle 35:	(Neo-)Liberalen, konservative und sozialistische Sozialstaatsstrategien	277
Tabelle 36:	Überblick Merkmale Deutungsmuster	279
Tabelle 37:	Zustimmung/Ablehnung wirtschaftsdemokratischer Reformvorschläge (in absoluten Beschäftigtenzahlen)	283
Tabelle 38:	Zusammenfassung der Begründungen Zustimmung/Ablehnung Rahmenplanung ..	286
Tabelle 39:	Zusammenfassung der Begründungen Ablehnung/Zustimmung Wirtschaftsrate ...	288
Tabelle 40:	Zusammenfassung Begründungen Ablehnung/Zustimmung Betriebsdemokratie ...	292
Tabelle 41:	Einstellungs- und Wertemustertypen in der gesellschaftlichen Ungleichheitshierarchie	294
Tabelle 42:	Die Sozialstaatsmilieus und Parteivorlieben	297
Tabelle 43:	Die mögliche Basis (Typen/Lager) eines links-ökologischen Projektes	303
Tabelle 44:	Einstellungstypen und Lager sortiert nach Solidaritätsorientierung	304
Tabelle 45:	Soziale Struktur der voraussichtlichen Parteiwählerschaft	307
Tabelle 46:	Parteiwähler*innen in verschiedenen sozialen Lagen	308
Tabelle 47:	Soziale Struktur der Wählerschaft Bundestagswahl 2017 (inklusive Veränderungen zu 2013)	309
Tabelle 48:	Wahlentscheidung Bundestagswahl 2017 nach Berufsklassen	311
Tabelle 49:	Die politischen Projekte der Zweidrittelgesellschaft im Überblick	323
Tabelle 50:	Entwicklungslinien materieller Ungleichheiten in der Zweidrittelgesellschaft und politische Nutznießende	329
Tabelle 51:	Unten-Mitte-Bündnis (Lager/Einstellungstypen)	342
Tabelle 52:	Wahlergebnisse LINKE Bundestagswahl 2017 – wichtige soziale Milieus	349
Tabelle 53:	Ökologische Einstellungen nach Milieus (in Prozent)	349
Tabelle 54:	Meinungstendenzen Pro/Contra Wirtschaftsdemokratie	364

8. Statistiken und Quellen

Statistiken

- Bundesagentur für Arbeit (2022): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Entwicklung der Arbeitslosenquote (Strukturmerkmale). Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2021): Erwerbstätige und erwerbsfähige Leistungsbezieher (Monats- und Jahreszahlen).
- Bundesagentur für Arbeit (2021b): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Entwicklung der Arbeitslosenquote (Strukturmerkmale). Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2021c): Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1523064&topic_f=beschaeftigung-sozbe-wz-heft
- Bundesagentur für Arbeit (2021d): Leiharbeiternehmer und Verleihbetriebe. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1523080&topic_f=beschaeftigung-anue-anue
- Bundesagentur für Arbeit (2020): Leiharbeiternehmer und Verleihbetriebe 2020. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1523080&topic_f=beschaeftigung-anue-anue
- Bundesagentur für Arbeit (2019): Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1523076&topic_f=beschaeftigung-entgelt-entgelt&dateOfRevision=201212-201912
- Bundesagentur für Arbeit (2019b): Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=beschaeftigung-sozbe-wz-heft&dateOfRevision=201909-201909
- Bundesagentur für Arbeit (2019c): Leiharbeiternehmer und Verleihbetriebe. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1523080&topic_f=beschaeftigung-anue-anue
- Bundesagentur für Arbeit (2019d): Beschäftigte mit Leitungsfunktion. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaeftigte-mit-Leitungsfunktion.pdf?__blob=publicationFile

- Bundesagentur für Arbeit (2016): Arbeitsmarkt in Deutschland. Zeitreihen bis 2015. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201512/analyse/analyse-arbeitsmarkt-zeitreihen/analyse-arbeitsmarkt-zeitreihen-d-o-201512-pdf.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesagentur für Arbeit (2014): Leiharbeiternehmer und Verleihbetriebe Deutschland. Zeitreihe ab 1973. Reihe: Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitnehmerüberlassung. In: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1523080&topic_f=auieg-auieg-zr
- Bundesamt für Statistik (2023): Entwicklung der Reallöhne, der Nominallöhne und der Verbraucherpreise. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Tabellen/liste-reallohnentwicklung.html#134646>
- Bundesamt für Statistik (2022a): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktionsberechnung. Lange Reihen ab 1970. In: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/inlandsprodukt-lange-reihen-pdf-2180150.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Statistik (2022b): Hohe Inflation. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_497_62321.html
- Bundesamt für Statistik (2022c): Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels 1950–2021. https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/gesamtentwicklung-aussenhandel.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Statistik (2022d): Personal im Öffentlichen Dienst. https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentlicher-Dienst/_inhalt.html#sprg234664
- Bundesamt für Statistik (2022e): Erwerbstätigkeit bis 2022. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/arbeitnehmer-wirtschaftsbereiche.html>
- Bundesamt für Statistik (2021): Arbeitslose, Arbeitslosenquote aller ziviler Erwerbspersonen nach Geschlecht. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/Tabellen/lrarboo2.html>
- Bundesamt für Statistik (2021b): Niedriglohnquote in der Europäischen Union. In: https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Qualitaet-der-Arbeit/_dimension-2/niedriglohnquote.html?jsessionid=13C33D96F6331975BDE34B734B555D03.live711
- Bundesamt für Statistik (2021c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktionsberechnung. Lange Reihen ab 1970. Stand Februar 2021. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/inlandsprodukt-lange-reihen-pdf-2180150.html>
- Bundesamt für Statistik (2021e): Niedriglohnquote. In: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-2/niedriglohnquote.html>
- Bundesamt für Statistik (2019): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (2017): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (2016): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (2012): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (2010): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.

- Bundesamt für Statistik (2009): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (2001): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1998): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1996): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1991): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1989): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1986): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1973): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1970): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1965): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik (1961): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden.
- Bundesregierung (2019): Reichtumsbericht der Bundesregierung, Open Data, Indikatoren 2019, In: <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Open-Dat a/opendata.html>
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Einkommensgruppen. In: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61763/einkommensgruppen>
- Jahrbuch Gute Arbeit (2019): Prekarisierung – auf dem Weg zur prekären Vollerwerbsgesellschaft. In: https://www.bund-verlag.de/buecher/jahrbuch-gute-arbeit/materialien/2018-1_1-prekarisierung
- Statista (2021): Niedriglohnbeschäftigte seit 1995. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161881/umfrage/niedriglohnbeschaeftigte-in-deutschland-seit-1995/>
- Umweltbundesamt (2022): CO₂-Emissionen im Zeitverlauf. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/4_tab_emi-ausgew-thg-kat_2022.pdf

Quellen

- Ärzteappell (2019): Der Ärzteappell. In: <https://www.stern.de/gesundheit/aerzte-appell-im-stern--rettet-die-medizin--8876008.html>
- Eicker-Wolf, Kai (2016): Personalnot im Gesundheits- und Pflegebereich: Der Krankenhaussektor. In: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/personalnot-im-gesundheits-und-pflegebereich-der-krankenhaussektor--1504.html>
- Engert, Klaus (1999): Gesundheitspolitik. Marktwirtschaft statt Prävention. In: Sozialistische Zeitung, Nr. 4. S. 5. <https://www.vsp-vernetzt.de/soz/9904051.htm>
- Hoffmann, Peter (2013): Fabrik Krankenhaus. In: express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 1–2/2013.
- Kohler, Urs-Bonifaz (2019): Das Gesundheitstribunal. In: luna park 21. <https://www.lunapark21.net/das-gesundheitstribunal/>
- Michel, Tobias/Euler, Rolf (2002): Globalisierung im Krankenhaus. In: Sozialistische Zeitung, Nr. 6. S. 8. <https://www.vsp-vernetzt.de/soz/0206082.htm>
- VDA (2001): Auto 2001. Jahresbericht Verband der Automobilindustrie. Frankfurt a.M.
- VDA (2003): Auto 2003. Jahresbericht Verband der Automobilindustrie. Frankfurt a.M.
- VDA (2006): Auto 2006. Jahresbericht Verband der Automobilindustrie. Frankfurt a.M.

9. Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1972): Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie. S. 109–138. Neuwied und Berlin.
- Adler-Karlsson, Gunnar (1973): Ein schwedisches Glaubensbekenntnis zur modernen Demokratie. Zug.
- Adorno, Theodor W. (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag. Frankfurt a.M.
- AK Strategic Unionism (2013): Jenaer Machtressourcenansatz 2.0. In: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. S. 345–376. Frankfurt a.M.
- Albers, Detlev (1983): Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus. Berlin.
- Alexopoulou, Maria (2020): Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen. Ditzingen.
- Allert, Tilman (1976): Legitimation und gesellschaftliche Deutungsmuster; Zur Kritik der politischen Krisentheorie. In: Ebbinghaus, Rolf (Hg.): Bürgerlicher Staat und politische Legitimation. S. 217–247. Frankfurt a.M.
- Althusser, Louis (2010): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg.
- Althusser, Louis (2012): Über die Reproduktion. Hamburg.
- Altreiter, Carina/Flecker, Jörg/Papouschek, Ulrike (2022): Solidaritätsorientierungen und soziale Positionen. Klassenhabituelle Haltungen zu Sozialstaat und Geflüchteten in Österreich. In: Berliner Journal für Soziologie, Hft. 2. S. 317–348.
- Altvater, Elmar (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Berlin.
- Amable, Bruno (2017): Structural Crisis and Institutional Change in Modern Capitalism. Oxford.
- Amable, Bruno/Palombarini, Stefano (2017): The emergence of an anti-bourgeois bloc in France. In: Magara, Hideko/Amable, Bruno (Hg.): Growth, Crisis, Democracy. The Political Economy of Social Coalitions and Policy Regime Change. S. 16–45. New York.

- Amable, Bruno/Palombarini, Stefano (2018): Von Mitterrand zu Macron. Über den Kollaps des französischen Parteiensystems. Frankfurt a.M.
- Angus, Ian (2020): Im Angesicht des Anthropozäns. Klima und Gesellschaft in der Krise. Münster.
- Anker-Ording, Aake (1971): Betriebsdemokratie. Gesellschaftlicher Fortschritt durch Mitbestimmung. Frankfurt a.M.
- Appleby, Joyce (2011): Die unbarmherzige Revolution. Eine Geschichte des Kapitalismus. Hamburg.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2018): Memorandum 2018. Preis der »schwarzen Null«: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken. Köln.
- Assmann, Aleida (2003): Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. München.
- Baethge-Kinsky, Volker (2012): Neudefinition der »bürgerlichen Grundbildung« und gefährdete Bildungsteilhabe. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland Teilhabe im Umbruch Zweiter Bericht S. 201–222. Wiesbaden.
- Bahl, Friederike/Staab, Philipp (2015): Die Proletarisierung der Dienstleistungsarbeit. Institutionelle Selektivität, Arbeitsprozess und Zukunftsperspektive im Segment einfacher Dienstleistungsarbeit. In: Soziale Welt. Hft. 4. S. 371–387.
- Baldwin, Peter (2003): The Politics of Solidarity. Class Bases of the European Welfare State. Cambridge.
- Balibar, Étienne (1993): Die Grenzen der Demokratie. Hamburg.
- Balibar, Étienne (2012): Gleichfreiheit. Politische Essays. Frankfurt a.M.
- Balibar, Étienne (2016): Europa: Krise und Ende? Münster.
- Balibar, Étienne (2017): »Populism« and »counter-populism« in the Atlantic Mirror. <https://www.opendemocracy.net/en/can-europe-make-it/populism-and-counter-populism-in-atlantic-mirror/>
- Bandau, Frank/Lübker, Malte/Rixen, Thomas (2017): Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert? Einstellungen zur Finanzierung und politische Handlungsoptionen. Bonn.
- Baran, Paul A./Sweezy, Paul M. (1967): Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Frankfurt a.M.
- Barros, Beatriz/Wilk, Richard (2021): The outsized carbon footprints of the super-rich. In: Sustainability: Science, Practice and Policy. Nr. 1. S. 316–322.
- Bartolini, Stefano (2000): The Political Mobilization of the European Left, 1860–1980. The Class Cleavage. Cambridge.
- Bauer, Otto (2017): Zwischen zwei Weltkriegen? Onlineprint.
- Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2004): Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard. Konstanz.
- Beck, Linda/Westheuser, Linus (2022): Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. In: Berliner Journal für Soziologie. Nr. 2. S. 279–316.
- Beck, Stefan/Scherrer, Christoph (2005): Der rot-grüne Einstieg in den Abschied vom »Modell Deutschland«. In: PROKLA, Hft. 138. S. 111–130.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.

- Becker, Helmut (2007): Auf Crashkurs. Automobilindustrie im globalen Verdrängungswettbewerb. Berlin/Heidelberg.
- Becker, Lia/Nagel, Sarah (2020): Das Grüne Projekt. In: Zeitschrift Luxemburg. Hft. 2. S. 25–30. Berlin.
- Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (2018): Zur Einführung. Arbeiterbewegung von rechts? In: Dies. (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. S. 9–24. Frankfurt a.M.
- Behruzi, Daniel (2015): Wettbewerbspakte und linke Betriebsratsopposition. Fallstudien in der Automobilindustrie. Hamburg.
- Behruzi, Daniel (2021): Wieso gehen, wenn man was verändern kann? Krankenhauspflege zwischen Flucht und kollektivem Widerstand. In: Mayer-Ahuja, Nicole/Nachtwey, Oliver (Hg.): Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft. S. 141–165. Frankfurt a.M.
- Bell, Günter (2009): »Ein Stadtteil, in dem die Arbeiterklasse zu Hause ist«? Klassenbewusstsein und Klassensolidarität in sozial-räumlichen Milieus. Hamburg.
- Bellamy Foster, John (1999): The Vulnerable Planet. A Short History of the Environment. New York.
- Bellamy Foster, John/Magdoff, Fred (2012): Was jeder Umweltschützer über den Kapitalismus wissen muss. Hamburg.
- Bellamy Foster, John/Clark, Brett/York, Richard (2011): Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten. Hamburg.
- Berry, Christine/Guinan, Joe (2019): People Get Ready! Preparing for a Corbyn Government. London/New York.
- Bewernitz, Torsten/Dribbusch, Heiner (2014): »Kein Tag ohne Streik«: Arbeitskämpfeentwicklung im Dienstleistungssektor. In: WSI-Mitteilungen. Hft. 4. S. 393–401.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006): Europäische Staatlichkeit. In: Bretthauer, Lars/Gallas, Alex/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität materialistischer Staatstheorie. S. 223–240. Hamburg.
- Bierbaum, Heinz (2018): Wirtschaftsdemokratie – von der Mitbestimmung zur sozialistischen Transformation. In: Demirovic, Alex (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken. S. 12–24. Münster.
- Birke, Peter (2007): Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Frankfurt a.M.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2019): Berliner Republik: eine Klassengesellschaft. Soziale Spaltungen, Wut auf das Establishment und rechte Ressentiments. Hamburg.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2022): Die »Ampel« verliert ihre soziale Basis. In: [https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=20057&tx_ttnews\[backPid\]=6580](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=20057&tx_ttnews[backPid]=6580)
- Biskamp, Floris (2020): Die Arbeiter_innen, der Autoritarismus und die AfD. In: https://florisbiskamp.com/wordpress/wp-content/uploads/2020/02/Floris-Biskamp-Die-Arbeiter_innen-der-Autoritarismus-und-die-AfD.pdf
- BMVU (Hg.) (2023): Naturbewusstsein 2021. Bevölkerungsumfrage zur Natur und biologischer Vielfalt. Berlin.

- Bobbio, Norberto (2021): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin.
- Boewe, Jörn/Krull, Stephan/Schulten, Johannes (2021): *E-Mobilität, ist das die Lösung? Eine Befragung von Beschäftigten zum sozial-ökologischen Umbau der Autoindustrie*. Berlin.
- Boewe, Jörn/Schulten, Johannes (2015): *Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Labor des Widerstands: Gewerkschaftliche Organisierung im Onlinehandel*. Berlin.
- Borchert, Jens (1996): *Alte Träume und neue Realitäten: Das Ende der Sozialdemokratie*. In: Borchert, Jens/Golsch, Lutz/Jun, Uwe/Lösche, Peter (Hg.): *Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*. S. 39–81. Wiesbaden.
- Bornschier, Simon/Kriesi, Hanspeter (2013): *The populist right, the working class, and the changing face of class politics*. In: Rydgren, Jens (Hg.): *Class Politics and the Radical Right*. S. 10–30. New York.
- Bose, Sophie/Köster, Jakob/Lütten, John (2018): *Rechtspopulistische Gewerkschaftsaktive. Gesellschaftsbilder und Einstellungsmuster aktiver Gewerkschaftsmitglieder*. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek (Hg.): *Arbeiterbewegung von rechts?* S. 211–226. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität*. In: Ders. *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. S. 109–118. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998b): *Der Mythos der ›Globalisierung‹ und der europäische Sozialstaat*. In: Ders.: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des widerstands gegen die neoliberale Invasion*. S. 39–52. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998c): *Prekarität ist überall*. In: Ders.: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des widerstands gegen die neoliberale Invasion*. S. 96–102. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München.
- Brenke, Karl/Kritikos, Alexander S. (2020): *Wohin die Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 wanderte*. In: DIW-Wochenbericht. Nr. 17. S. 209–310. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.761715.de/20-17-1.pdf
- Brenner, Robert (2002): *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*. Hamburg.
- Brenner, Robert (2006): *The Economics of Global Turbulence. The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn, 1945–2005*. London/New York.
- Brenner, Robert (2010): *The Political Economy of the Rank-and-File-Rebellion*. In: Brenner, Aaron/Brenner, Robert/Winslow, Cal (Hg.): *Rebel Rank and File. Labor Militancy and Revolt from Below in the Long 1970s*. S. 37–77. London/New York.
- Brie, Michael (2002): *Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion*. In: Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter (Hg.): *Sozialismus als Tagesaufgabe*. S. 7–64. Berlin.
- Brie, Michael (2007): *Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten*. In: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hg.): *DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik*. Berlin.

- Brie, Michael (2009): Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen. Berlin.
- Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter (Hg.) (2002): Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin.
- Brinkmann, Ulrich (2011): Die unsichtbare Faust des Marktes. Betriebliche Kontrolle und Koordination im Finanzmarktkapitalismus. Berlin.
- Brinkmann, Ulrich/Choie, Hae-Lin/Detje, Richard/Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Karakayli, Serhat/Schmalstieg, Catharina (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms. Wiesbaden.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn.
- Brinkmann, Ulrich/Hassan-Beik, Maren/Zappino, Lukas (2020): Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung. Hamburg.
- Brown, Wendy (2015): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Frankfurt a.M.
- Buci-Glucksmann, Christine (1980): Stalinismus und Sozialdemokratie. In: Bischoff, Joachim/Kreimer, Jochen (Hg.): Annäherungen an den Sozialismus. Strategien eines dritten Wegs zum Sozialismus. S. 16–35. Hamburg.
- Buci-Glucksmann, Christine (1982): Sozialdemokratie und keynesianischer Staat. In: PROKLA. Hft. 47. S. 9–27.
- Buci-Glucksmann, Christine/Therborn, Göran (1982): Der sozialdemokratische Staat. Hamburg.
- Burawoy, Michael (1982): Between The Labor Process And The State: The Changing Face of Factory Regimes Under Advanced Capitalism. In: American Sociological Review. Vol. 48. S. 587–605.
- Burawoy, Michael (1985): The Politics of Production. London.
- Busch, Ulrich/Land, Rainer (2010): Teilhabekapitalismus – fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland: 1950 bis 2009. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. S. 111–151. Zweiter Bericht. Wiesbaden.
- Butterwegge, Christoph (2012): Krise und Zukunft des Sozialstaates. Wiesbaden.
- Butterwegge, Christoph (2018): Krise und Zukunft des Sozialstaats. Neuauflage. Wiesbaden.
- Butterwegge, Christoph (2021): Ungleichheit in der Klassengesellschaft. Köln.
- Bündnis Krankenhaus statt Fabrik (2020): Krankenhaus statt Fabrik. Bedarfsgerecht. Gemeinwohlorientiert. Maintal.
- Camfield, David (2023): Future on Fire. Capitalism and the Politics of Climate Change. Halifax and Winnipeg.
- Candeias, Mario (2012): Was ist sozialistisch am grünen Sozialismus? In: Zeitschrift Luxemburg. S. 6–14.
- Candeias, Mario (Hg.) (2018a): Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien. Berlin.

- Candeias, Mario (2018b): Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen. In: Ders. (Hg.): Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien. S. 33–60. Berlin.
- Candeias, Mario (2019): Was tun und wo anfangen? In: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/was-tun-und-wo-anfangen/>
- Candeias, Mario/Röttger, Bernd (2009): Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven. In: *Das Argument*. Hft. 6. S. 894–904.
- Castel, Robert (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg.
- Castel, Robert (2007): Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft. In: Bourdieu, Pierre (Hg.): *Lohn der Angst. Flexibilisierung und Kriminalisierung in der ›neuen Arbeitsgesellschaft‹*. S. 14–21. Konstanz.
- Castel, Robert (2011): *Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*. Hamburg.
- Cattero, Bruno (1998): *Lavorare alla Fiat – Arbeiten bei VW. Technologie, Arbeit und soziale Regulierung in der Automobilindustrie*. Münster.
- Chacón, Justin Akers/Davis, Mike (2007): *Crossing The Border. Migration und Klassenkampf in der us-amerikanischen Geschichte*. Berlin.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.
- Dahmer, Helmut (2009): *Divergenzen. Holocaust, Psychoanalyse, Utopia*. Münster.
- Dean, Jodi (2016): *Der kommunistische Horizont*. Hamburg.
- De Benoist, Alain (2017): *Kulturrevolution von rechts*. Dresden.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): *Flucht ins Autoritäre*. S. 65–117. Gießen.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2022): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.): *Autoritäre Dynamik in unsicheren Zeiten*. S. 31–90. Gießen.
- Demirovic, Alex (2007): *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektive*. Münster.
- Demirovic, Alex (Hg.) (2018): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. Münster.
- Demirovic, Alex (2018b): Einleitung. In: Ders. (Hg.): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. S. 7–11. Berlin.
- Demirovic, Alex (2022): Die Krise der Partei DIE LINKE. In: *PROKLA*, Hft. 209. S. 607–628.
- Deppe, Frank (1981): *Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse*. Marburg.
- Deppe, Frank (2021): *Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven*. Hamburg.
- Detje, Richard/Sauer, Dieter (2018): Wirtschaftsdemokratische Transformation. Der Einstieg ›von unten‹. In: Demirovic, Alex (Hg.): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. S. 24–41. Münster.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (1996): *Die Zukunft gestalten*. In: <file:///C:/Users/Thomas%20Goes/Dropbox/PC/Downloads/>

- Grundsatzprogramm%20des%20Deutschen%20Gewerkschaftsbunds%20-DGB-2.pdf
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2021): Mitgliedszahlen. In: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen>
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband eV. (2020): Gegen Armut hilft Geld. Der Paritätische Armutsbericht 2020. Berlin.
- Dillmann, Renate/Schiffer-Nasseri, Arian (2018): Der soziale Staat. Über nützliche Armut und ihre Verwaltung. Hamburg.
- Deutschmann, Christoph (1989): Reflexive Verwissenschaftlichung und ›kultureller Imperialismus‹ des Managements. In: Soziale Welt, Nr. 3. S. 374–396.
- Dispan, Jürgen (2017): Entwicklungstrends im Werkzeugmaschinenbau 2017. Working Paper Forschungsförderung. Düsseldorf.
- Dispan, Jürgen/Schwarz-Kocher, Martin (2014): Maschinen- und Anlagenbau in Deutschland. Entwicklungstrends und Herausforderungen. Stuttgart.
- Doellgast, Virginia/Greer, Ian (2007): Vertical Disintegration and the Disorganization of German Industrial Relations. In: British Journal of Industrial Relations. Hft. 1. S. 55–76.
- Dorfschmidt, Jan/Helmbrecht, Björn/Kuhlmann, Lucas/Reber, Justus/Wichern, Janna (2022): ›Ihr da oben, wir hier unten? Sozialkritik, Gesellschafts- und Staatsbilder in Deutschland. Eine qualitative Untersuchung in drei Branchen. In: Kahrs, Horst (Hg.): Gesellschaftsbilder und Klassenhandeln. S. 79–139. Berlin.
- Dörre, Klaus (2008): Prekarisierung der Arbeit: Fördert sie einen neuen Autoritarismus? In: Butterwegge, Klaus/Hentges, Gudrun (Hg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt, Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. S. 241–255. Opladen.
- Dörre, Klaus (2009): Prekarität im Finanzmarktkapitalismus. In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. S. 35–65. Frankfurt a.M.
- Dörre, Klaus (2011): Prekarität und Macht. Disziplinierung im System der Auswahlprüfungen. In: WSI Mitteilungen Hft. 8. S. 394–401.
- Dörre, Klaus (2013): Prekarität und *exklusive Solidarität*. Handlungsfelder von Gewerkschaften und öffentlicher Soziologie. In: Zeitschrift Sozialismus, Hft. 12. S. 9–18.
- Dörre, Klaus (2018): In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. S. 49–80. Frankfurt a.M.
- Dörre, Klaus (2019): Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik. In: Candeias, Mario/Dörre, Klaus/Goes, Thomas (Hg.): Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. S. 11–56. Berlin.
- Dörre, Klaus (2019b): Neosozialismus. Oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion. In: Dörre, Klaus/Schickert, Christine (Hg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. S. 17–33. München.
- Dörre, Klaus (2019c): Mosaik-Linke und demokratische Klassenpolitik – (un)vereinbar? In: Das Argument, Hft. 331. S. 38–51. Hamburg.

- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster.
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin.
- Dörre, Klaus (2021b): DIE LINKE muss ich neu erfinden – aber wie? <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-linke-muss-sich-neu-erfinden-aber-wie/>
- Dörre, Klaus (2022): Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozialökologischen Transformationskonflikt. In: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. S. 23–70. Frankfurt a.M.
- Dörre, Klaus/Behr, Michael/Eversberg, Dennis/Schierhorn, Karen (2009): Krise ohne Krisenbewusstsein? Zur subjektiven Dimension kapitalistischer Landnahmen. In: PROKLA, Hft. 4. S. 559–576.
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas E./Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2016): Streikrepublik Deutschland? Frankfurt a.M.
- Dörre, Klaus/Haubner, Tine (2012): Landnahme durch Bewährungsproben – Ein Konzept für die Arbeitssoziologie. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. S. 63–108. Frankfurt/M.
- Dörre, Klaus/Hänel, Anja/Holst, Hajo/Matuschek, Ingo (2011): Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme, in: Koppetsch, Cornelia (Hg.): Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus. Zur Transformation moderner Subjektivität. S. 21–50. Wiesbaden.
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2004): Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? In: Bischoff, Joachim/Dörre, Klaus/Gauthier u.a. (Hg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien. S. 77–118. Hamburg.
- Dörre, Klaus/Matuschek, Ingo (2013): Kapitalistische Landnahmen, ihre Subjekte und das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. In: Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. S. 29–54. Hamburg.
- Dörre, Klaus/Schickert, Christine (Hg.) (2019): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München.
- Dörre, Klaus/Schmalz, Stefan (2013): Einleitung: Comeback der Gewerkschaften? Eine machtssoziologische Forschungsperspektive. In: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hg.): Comeback der Gewerkschaften. Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. S. 13–38. Frankfurt a.M.
- Dragsted, Pelle (2021a): How Worker Power Built the Nordic Way of Life. In: <https://tribunemag.co.uk/2021/05/how-worker-power-built-the-nordic-way-of-life>
- Dragsted, Pelle (2021b): The Danish Dilemma. In: <https://tribunemag.co.uk/2021/05/the-danish-dilemma>
- Draper, Hal (1978): Karl Marx's Theory of Revolution. Volume II: The Politics of Classes. Chicago.
- Dribbusch, Heiner (2016): Streikrepublik Deutschland? Mitnichten! In: <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/215395/streikrepublik-deutschland-mitnichten>

- Dribbusch, Heiner/Birke, Peter (2019): *Gewerkschaften in Deutschland. Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs*. Bonn.
- Drosdowski, Thomas/Mönnig, Anke/Stöver, Britta/Ulrich, Philip/Wolter, Marc Ingo/Kalinowski, Michael/Hänisch, Carsten (2019): Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1990 bis 2030. In: *Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung* (Hg.): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland: Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen. Dritter Bericht*. S. 87–125. Bielefeld.
- Dubiel, Helmut (1986): Vorwort. In: Ders. (Hg.): *Populismus und Aufklärung*. S. 7–11. Frankfurt a.M.
- Eberl, Oliver/Fischer-Lescano, Andreas (2006): Der Kampf um ein demokratisches und soziales Recht. Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 5. S. 577–585.
- Edlund, Jonas/Lindh, Arvid (2015): The democrativ class struggle revisited. In: *Acta Sociologica* Nr. 4. S. 311–338.
- Eichengreen, Barry (2008): *The European Economy Since 1945. Coordinated Capitalism and Beyond*. Princeton.
- Eikelpasch, Alexander (2012): *Industriennahe Dienstleistungen*. Bonn.
- Ekardt, Felix (2010): *Soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik*. Düsseldorf.
- Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2016): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2020. In: *WSI-Mitteilungen*. Hft. 4. S. 283–291.
- Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2021): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2020. In: *WSI-Mitteilungen*. Hft. 4. S. 306–314. Düsseldorf.
- Ellis, Erle C. (2020): *Anthropozän. Das Zeitalter des Menschen – eine Einführung*. München.
- Elsäßer, Lea (2018): Ungleiche politische Repräsentation und sozialstaatlicher Wandel. In: *Zeitschrift für Sozialreform*. Hft. 4. S. 525–562.
- Elsäßer, Lea/Schäfer, Armin (2017): Nur wer wählt, zählt? <https://www.mpg.de/11473153/wahlverhalten>
- Engels, Friedrich (1990): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. MEW Bd. 2. Berlin.
- Engels, Friedrich (1990b): Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: *Karl Marx/Friedrich Engels Werke*. Bd. 21. S. 259–307. Berlin.
- Engert, Klaus (2007): *Ökosozialismus – das geht!* Köln.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. Frankfurt a.M.
- Esser, Josef (1982): *Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen*. Frankfurt a.M.
- Esping-Andersen, Gøsta (1985): *Politics Against the Market. The Social Democratic Road to Power*. Princeton.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge.
- Exner, Andreas (2012): Gleichheit ist grün & rot. In: *Zeitschrift Luxemburg*. S. 54–59.
- Eversberg, Dennis (2018): Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: *PROKLA*. Hft. 190. S. 43–54.

- Eversberg, Dennis (2023): Anpassung, Verteilung, Externalisierung. Drei Dimensionen des sozialökologischen Transformationskonfliktes. In: PROKLA. Hft. 1. S. 137–158.
- Falkner, Thomas/Kahrs, Horst (2019): Der AfD-Wahlerfolg in Brandenburg bei der Landtagswahl am 1. September 2019. In: <https://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2019/12/Falkner-Kahrs-2019-AfD-Wahlerfolg-in-Brandenburg-Endf.pdf>
- Faust, Michael/Voskamp, Ulrich/Wittke, Volker (2004): Globalization and the Future of National Systems. Exploring Patterns of Industrial Reorganization and Relocation in an Enlarged Eu-rope. In: Dies. (Hg.): European Industrial Restructuring in a Global Economy. Fragmentation and Relocation of Value Chains. S. 10–85. Göttingen.
- Fisher, Mark (2013): Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Hamburg.
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. Berlin.
- Flintrop, Jens (2006): Auswirkungen der DRG-Einführung: Die ökonomische Logik wird zum Maß der Dinge. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/53507/Auswirkungen-der-DRG-Einfuehrung-Die-oekonomische-Logik-wird-zum-Mass-der-Dinge>
- Françon, Baptiste (2017): Who turned their back on the SPD? Electoral disaffection with the German Social Democratic Party and the Hartz Reforms. In: Magara, Hideko/Amable, Bruno (Hg.): Growth, Crisis, Democracy. The Political Economy of Social Coalitions and Policy Regime Change. S. 79–102. New York.
- Fraser, Nancy (2022): Cannibal Capitalism. How Our system Is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do about it. London.
- Fröhlich, Paulina/Mannewitz, Tom/Ranft, Florian (2022): Die Übergangenen. Struktur-schwach und erfahrungsstark. Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation. Bonn.
- Fromm, Sabine/Bartelheimer, Peter (2012): Erwerbsteilhabe. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland Teilhabe im Umbruch Zweiter Bericht. 327–359. Wiesbaden.
- Fulda, Barbara/Hövermann, Andreas (2020): Soziale Lebenslagen und die Sorge über den Klimawandel. Befunde aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen in 2017 und 2019. Düsseldorf.
- Fücks, Ralf/Steenbock, Kristina (2007): Die grosse Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen? In: https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/E-Digest07-03FuecksSteenbockEndf.pdf
- Gamson, William A. (2002): Talking Politics. Cambridge.
- Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln und Hagen.
- Geiger, Theodor (1967): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Zuerst 1932. Darmstadt.
- Geißler, Jeannine/Wilde, Florian (2016): Erneuerung durch Streik II. Kämpfe gemeinsam führen. Berlin.
- Germanwatch (2022): Klimapolitische Bewertung des ersten Jahres der Ampel: Klimakanzler gesucht. In: <https://www.germanwatch.org/de/87717>
- Giddens, Anthony (2016): Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt a.M.

- Glaubitz, Jürgen (2011): Auf allen Kanälen: Handel 2020. Fakten, Trends, Potenziale. Düsseldorf.
- Glottz, Peter (1984): Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken. Berlin.
- Goes, Thomas (2015): Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr. Wie sich Prekarisierung auf Beschäftigte im Handel auswirkt. Frankfurt a.M.
- Goes, Thomas (2019): »Rationalisierung in Eigenregie«: Der Aufstieg eines hegemonialen Marktdespotismus in der deutschen Automobilindustrie. In: Dunkel, Wolfgang/Hanekop, Heidemarie/Mayer-Ahuja, Nicole (Hg.): Blick zurück nach vorn. Sekundäranalysen zum Wandel von Arbeit nach dem Fordismus. S. 97–135. Frankfurt a.M.
- Goes, Thomas (2019b): Klassen im Kampf. Vorschläge für eine populäre Linke. Köln.
- Goes, Thomas (2019c): Linke Potenziale und klassenpolitische Voraussetzungen. Empirische Befunde und Forschungsperspektiven. In: Candeias, Mario/Dörre, Klaus/Goes, Thomas (Hg.): Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. S. 57–141. Berlin.
- Goes, Thomas (2021a): Am rechten Rand? Politisierung im Onlinehandel. In: Mayer-Ahuja, Nicole/Nachtwey, Oliver (Hg.): Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft. S. 395–420. Berlin.
- Goes, Thomas (2021b): Was tun, um den Kompass neu auszurichten? In: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/was-tun-um-den-kompass-neu-auszurichten/>
- Goes, Thomas/Dörre, Klaus/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2015): Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland? Frankfurt a.M.
- Gordon, David M./Edwards, Richard/Reich, Michael (2004): Segmented Work, Divided Workers. The Historical Transformation of Labor in the United States. Cambridge.
- Görg, Christoph (2001): Gesellschaftliche Naturverhältnisse und die Transformation des globalen Kapitalismus. In: https://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/goerg_naturverhaeltnisse.pdf
- Grabka, Markus M./Köhler, Konstantin (2020): Der Niedriglohnsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte? In: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/200624_Studie_Niedriglohnsektor_DIW_final.pdf
- Gramsci, Antonio (1999): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Band 9. Hamburg.
- Gramsci, Antonio (2004): Erziehung und Bildung. Gramsci-Reader. Hamburg.
- Gramsci, Antonio (2012): Gefängnishefte. Band 6. Hamburg.
- Greef, Samuel (2021): Gewerkschaften. <https://www.samuel-greef.de/gewerkschaften/A> bgerufen am 26.05.2021.
- Greer, Ian/Hauptmeier, Marco (2014): Social Dumping as marketization. Management whipsa-wing in Europe's auto industry. In: <https://www.digitalcommons.ilr.cornell.edu/articles/969> Download: 06.06.2017
- Grimm, Natalie (2016): Statusakrobatik. Biografische Verarbeitungsmuster von Statusinkonsistenzen im Erwerbsverlauf. Konstanz.
- Gruppe Blauer Montag (2008): Risse im Putz. Autonomie, Prekarisierung, autoritärer Sozialstaat. Hamburg.

- Gütschow, Johannes/Günther, Annika/Pflüger, Mika (2019): The PRIMAP-hist national historical emissions time series (1750–2019). In: <https://www.pik-potsdam.de/pis-reality-check/primap-hist/#scenario=histcr&id=deu&entity=co2>
- Hahn, Carl H. (2005): *Meine Jahre mit Volkswagen*. München.
- Haipeter, Thomas (2013): *Arbeit und Kapital in der deutschen Automobilindustrie. Kontinuität und Wandel der industriellen Beziehungen*. In: Tilly, Stephanie/Triebel, Florian (Hg.) *Automobilindustrie 1945–2000. Eine Schlüsselindustrie zwischen Boom und Krise*. S. 329–363. München.
- Hall, Stuart (1986): *Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus*. In: Dubiel, Helmut (Hg.): *Populismus und Aufklärung*. S. 84–105. Frankfurt a.M.
- Hall, Stuart (1988): *The Hard Road to Renewal and the Crisis of the Left*. London.
- Hall, Stuart (1989a): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von ›Rasse‹ und Ethnizität. In: Hall, Stuart: *Ideologie, Kultur, Rassismus*. *Ausgewählte Schriften* 1. S. 56–92. Hamburg.
- Hall, Stuart (1989b): *Neuorientierung der Linken*. In: Hall, Stuart: *Ideologie, Kultur, Rassismus*. *Ausgewählte Schriften* 1. S. 207–220. Hamburg.
- Hall, Stuart (1989c): *Der Staat – der alte Verwalter des Sozialismus*. In: Hall, Stuart: *Ideologie, Kultur, Rassismus*. *Ausgewählte Schriften* 1. S. 220–235. Hamburg.
- Hall, Stuart (2014): *Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus*. In: Hall, Stuart. *Populismus, Hegemonie, Globalisierung*. *Ausgewählte Schriften* 5. S. 101–135. Hamburg.
- Hambauer, Verena/Mays, Anja (2018): *Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen anderer Parteien*. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*. Hft. 3. S. 133–154.
- Händel, Thomas (2021): *Sozialliberale Zeitenwende? Die Ampel-Koalition braucht eine starke linke, sozialstaatliche Opposition*. In: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/sozialliberale-zeitenwende/>
- Hartmann, Hörg/Preisendörfer, Peter (2021): *Development and Structure of Environmental Worries in Germany 1984 – 2019. Zur Entwicklung und Struktur der individuellen Besorgtheit um den Schutz der Umwelt in Deutschland 1984–2019*. In: *Zeitschrift für Soziologie*. Hft. 5. S. 322–337.
- Hauer, Dirk (2007a): *Umkämpfte Normalität. Prekarisierung und die Neudefinition proletarischer Normalitätsbedingungen*. In: Klautke, Roland/Oehrlein, Brigitte (Hg.): *Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung*. S. 30–43. Hamburg.
- Hauer, Dirk (2007b): *Strategische Unsicherheit. Zu den identitären Fallstricken der Debatte um prekäre Arbeit*. In: Bologna, Sergio/Danner, Michael/Hajek, Willi/Heide, Holger/Karathanassis, Athanasios/Meyer, Lars (Hg.): *Selbstorganisation, Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus*. S. 206–211. Berlin.
- Haug, Wolfgang Fritz (2001): *Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern*. Berlin.
- Haug, Wolfgang Fritz (2009): *Gewerkschaften im High-Tech-Kapitalismus vor der Hegemoniefrage*. In: *Das Argument*. Hft. 6. S. 879–894.

- Heil, Barbara/Kuhlmann, Martin (2016): »Die da oben, wir hier unten« Arbeits- und Betriebsverständnis von Industriearbeitern. In: WSI-Mitteilungen. Hft. 7. S. 521-529.
- Heimann, Eduard (1980): Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Zuerst 1929. Frankfurt a.M.
- Heinrich, Michael (1978): Selbstverwaltung und Partizipation. Erfahrungen bei der Realisierung demokratischer Betriebsstrukturen am Beispiel des »Porst-Modells«. In: Huber, Joseph/Kosta, Jiri (Hg.): Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion. S. 75-93. Frankfurt a.M.
- Heinrich, Roberto/Jochem, Sven/Siegel, Nico A. (2017): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland. Bonn.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II. Frankfurt a.M.
- Hense, Andrea (2018): Wahrnehmung der eigenen Prekarität. Grundlagen einer Theorie zur sozialen Erklärung von Ungleichheitswahrnehmungen. Wiesbaden.
- Herbert, Ulrich (2014): Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München.
- Hickel, Rudolf (1975): Kapitalfraktionen. Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse. In: Kursbuch. Nr. 42. S. 141-152.
- Hillje, Johannes (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich. Berlin.
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017): Einstellungen und soziale Lebenslage. Düsseldorf.
- Hirsch, Joachim/Wissen, Jens (2010): Transnationalisierung der Klassenverhältnisse. In: Thien, Hans-Günter (Hg.): Klassen im Postfordismus. S. 287-309. Münster.
- Hobsbawm, Eric (2003): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München.
- Hochschild, Arlie Russel (2017): Fremd in ihrem eigenen Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt a.M.
- Holst, Gregor/Scheier, Franziska (2019): Branchenanalyse Handel. Perspektiven und Ansatzpunkte einer arbeitsorientierten Branchenstrategie. Düsseldorf.
- Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung. Frankfurt a.M.
- Horkheimer, Max (1980): Die Juden und Europa. In: Zeitschrift für Sozialforschung, Bd. 8. S. 115-132. Zuerst 1939.
- Horn, Gerd-Rainer (2007): Arbeiter und »1968« in Europa. Ein Überblick. In: Horn, Gerd-Rainer/Gehrke, Bernd (Hg.): 1968 und die Arbeiter. S. 27-52. Hamburg.
- Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina/Voss, Dorothea (2021): Anti-Demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Düsseldorf.
- Huber, Joseph/Kosta, Jiri (Hg.) (1978): Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion. Frankfurt a.M.
- Huffschnid, Jörg/Jung, Heinz (1989): Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer. Frankfurt a.M.

- Hürtgen, Stefanie (2017): Verwerfungen in der ›moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates‹: Ausgrenzungen prekär Beschäftigter und die Problematik sozialer und politischer Bürgerschaft. In: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien*, Hft 1, S. 23–38.
- Hürtgen, Stefanie/Voswinkel, Stefan (2014): *Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte*. Berlin.
- Ingrao, Pietro (1979): *Massenbewegung und Politische Macht*. Hamburg.
- Ingrao, Pietro/Rossanda, Rossana (1995): *Verabredungen zum Jahrhundertende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken*. Hamburg.
- Jessop, Bop (2019): Kapitalismus, Staat, Transformation: Neosozialismus oder demokratischer Ökosozialismus. In: Dörre, Klaus/Schickert, Christine (Hg.): *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*. S. 79–112. München.
- Judt, Tony (2006): *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*. Bonn.
- Jürgens, Ulrich/Krzywdzinski, Martin (2009): *Verlagerung nach Mitteleuropa und Wandel der Arbeitsmodelle in der Automobilindustrie. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung. OBS-Arbeits-heft 57*. Frankfurt a.M.
- Kaelble, Hartmut (2007): *Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart*. München.
- Kahrs, Horst (2018): Versuche, uns und anderen die rechtspopulistische Dynamik in Deutschland zu erklären. In: Candeias, Mario (Hg.): *Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien*. S. 16–32. Berlin.
- Kahrs, Horst (2022): DIE LINKE und ihre Wählerinnen und Wähler. Eine Geschichte des wechselseitigen Missverständnisses? In: *PROKLA*. Hft. 4. S. 591–606.
- Kahrs, Horst/Wolf, Udo (2022): Linkspopulismus trifft Rechtspopulismus. Der Selbstmord der Linkspartei aus Angst vor dem Tod. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 10. S. 103–108.
- Kahrs, Horst/Lederer, Klaus (2022): Überzeugung statt Empörung. Perspektiven für eine progressive Linke. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 6. S. 103–112.
- Kaiser, Benedikt (2020): *Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts*. Schnellroda.
- Kannankulam, John (2008): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*. Hamburg.
- Kannankulam, John (2008b): Konjunkturen der inneren Sicherheit – vom Fordismus zum Neoliberalismus, In: *PROKLA*. Hft. 152. S. 413–427.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2002): *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*. Wiesbaden.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2013): *Variations of the Welfare State. Great Britain, Sweden, France and Germany Between Capitalism and Socialism*. Frankfurt a.M.
- Kelle, Udo (1996): Die Bedeutung theoretischen Vorwissens in der Methodologie der Grounded Theory, in: Strobl, Rainer/Böttger, Andreas (Hg.): *Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. S. 23–49. Baden-Baden.
- Kelly, Marjorie/Howard, Ted (2019): *The Making of a Democratic Economy. Building Prosperity for the Many, Not Just the Few*. Oakland.

- Kern, Horst/Schumann, Michael (1985): *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*. Frankfurt a.M.
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1990): *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*. Zuerst 1984. München.
- KfW (2022): *Verkehrswende in Deutschland braucht differenzierte Ansätze in Stadt und Land*. https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_688320.html
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*. Hamburg.
- Klein, Dieter (2022): *Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte*. Hamburg.
- Klein, Naomi (2019): *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*. Frankfurt a.M.
- Klein, Naomi (2019b): *Nutzen wir unsere letzte Chance! Alexandria Ocasio-Cortez und der Kampf für einen Green New Deal*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 4. S. 75–71.
- Klein, Naomi (2019c): *Radikal machbar: Neun Gründe für einen Green New Deal*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 12. S. 69–79.
- Klein, Naomi (2021): *Unser Sommer des Feuers und der Fluten*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 9. S. 79–84.
- Kohlrausch, Bettina (2019): *Klimaschutz und Gerechtigkeit verbinden*. Böckler Impuls. Nr. 11. Düsseldorf.
- Kratzer, Nick/Menz, Wolfgang/Tullius, Knut/Wolf, Harald (2015): *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*. Baden-Baden.
- Kraus, Kristina/Preisendörfer, Peter (2013): *Fremdenfeindlichkeit im internationalen Vergleich westlicher Länder*. In: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*. Hft. 1. S. 59–67.
- Krüger, Stephan (2015): *Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950–2013*. Hamburg.
- Kufferath, Philipp (2017): *Peter von Oerten (1924–2008). Eine politische und intellektuelle Biografie*. Göttingen.
- Korpi, Walter (1978): *The Working Class in Welfare Capitalism. Work, Unions and Politics in Sweden*. London.
- Korpi, Walter (1983): *The Democratic Class Struggle*. London.
- Koppetsch, Cornelia (2019): *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld.
- Kuhlmann, Martin, Prekodravac, Milena/Rüb, Stefan/Vogel, Berthold (2022): *Spannungsverhältnisse. Zehn Thesen zu Gesellschaftsbildern von Betriebsrät:innen und Vertrauensleuten der IG Metall*. In: https://sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/user_upload/SOFI_Thesenpapier_Spannungsverhaeltnisse.pdf
- Kuhlmann, Martin, Prekodravac, Milena/Rüb, Stefan/Vogel, Berthold (2022b): *Ergebnispapier. Gesellschaftsbilder und ehrenamtliches Engagement*. Unveröffentlichtes Manuskript. Göttingen.
- Kuhlmann, Martin, Prekodravac, Milena/Rüb, Stefan/Vogel, Berthold (2022c): *Engagement für die IG Metall. Ein Arbeitsheft*. In: https://sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/user_upload/SOFI-IGM-Arbeitsheft_Engagement_fuer_die_IG-Metall.pdf

- Kuhlmann, Martin, Prekodravac, Milena/Rüb, Stefan/Vogel, Berthold (2022d): Gesellschaft und Gewerkschaft im Blickpunkt. Ergebnisse der Repräsentativbefragung betrieblich Ehrenamtlicher der IG Metall. In: https://sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/user_upload/SOFI_Telefonbefragung_Gesellschaft_und_Gewerkschaft_im_Blickpunkt.pdf
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2000): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Lehndorff, Steffen (2020): New Deal heißt Mut zum Konflikt. Hamburg.
- Leipold, Bruno/Nabuls, Karmana/White, Stuart (Hg.) (2020): Radical Republicanism. Recovering the Tradition's Popular Heritage. Oxford.
- Leipold, Bruno/Nabuls, Karmana/White, Stuart (2020b): Introduction. In: Dies. (Hg.): Radical Republicanism. Recovering the Tradition's Popular Heritage. S. 1–19. Oxford.
- Leipold, Bruno (2020): Marx's Social Republic. Radical Republicanism and the Political Institutions of Socialism. In: Leipold, Bruno/Nabuls, Karmana/White, Stuart (Hg.): Radical Republicanism. Recovering the Tradition's Popular Heritage. S. 172–193. Oxford.
- Leisewitz, Andre/Reusch, Jürgen/Wiegel, Gerd/Zander, Michael (2019): ›Pressure from without‹ – Soziale und politische Proteste und Bewegungen 2008–2018. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Hft. 117. S. 87–98.
- Lengfeld, Holger (2018): Der ›Kleine Mann‹ und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort auf meine Kritiker. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Hft. 2. S. 295–310.
- Lessenich, Stephan (1995): Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Spanien. Eine exemplarische Analyse postautoritären Wandels. Opladen.
- Lessenich, Stephan (2007): Die Grenzen der Anerkennung – Zum Wandel der moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaats. In: Wimbauer, Christine/Henniger, Annette/Gottwald, Markus (Hg.): Die Gesellschaft als ›institutionalisierte Anerkennungsordnung‹. Anerkennung und Ungleichheit in Paarbeziehungen, Arbeitsorganisationen und Sozialstaat. S. 151–169. Opladen.
- Lessenich, Stephan (2009): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld.
- Lessenich, Stephan (2018): Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben. München.
- Li, Minqui/Xiao, Feng/Zhu, Andong (2007): Long Waves, Institutional Changes, And Historical Trends: A Study of the Long-Term Movement of the Profit Rate in the Capitalist World Economy. In: Journal of World-Systems Research, Vol. XIII. Nr. 1. S. 33–54.
- Lipset, Seymore M./Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems and other Alignments. In: Dies. (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives. S. 1–64. New York.
- Lorenzen, Jule-Marie/Neumann, Denis/Seehaus, Alexandra/Trappmann, Vera (2018): Rechtspopulismus und Lebenslagen: Das junge Prekariat und die AfD. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? S. 137–156. Frankfurt a.M.
- Lorey, Isabell (2012): Die Regierung der Prekären. Wien/Berlin.

- Löwenthal, Leo (2021): *Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation*. Frankfurt a.M.
- Löwy, Michael (2016): *Ökosozialismus. Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe*. Hamburg.
- Luxemburg, Rosa (1990): Einführung in die Nationalökonomie. In: *Gesammelte Werke*. Bd. 5. S. 524–778. Berlin/Ost.
- Malm, Andreas (2016): *Fossil Capital. The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming*. London.
- Malm, Andreas (2022): *Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen*. Berlin.
- Mandel, Ernest (1974): *Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung*. Frankfurt a.M.
- Manow, Philip (2008): *Im Schatten des Königs*. Frankfurt a.M.
- Mansel, Jürgen/Spaisel, Viktoria (2010): Ängste und Kontrollverluste. Zusammenhänge mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände*. S. 49–82. Frankfurt a.M.
- Martens, Helmut (2018): Neue Arbeit – neue Wirtschaftsdemokratie. In: Demirovic, Alex (Hg.): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. S. 85–104. Münster.
- Marx, Karl (1974): *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*. Berlin/Ost.
- Marx, Karl (1986): *Das Kapital*. Band 1. Berlin/Ost.
- Mason, Paul (2021): *How to Stop Fascism. History, Ideology, Resistance*. Dublin.
- Mau, Steffen (1997): Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten: Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. WZB Discussion Paper. Berlin.
- Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Mau, Steffen (2022): Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung. In: *Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken*. Hft. 874. S. 5–18.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Gülzau, Fabian (2020): Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. In: *Berliner Journal für Soziologie*. Hft. 3–4. S. 317–346.
- Mauke, Michael (1977): *Die Klassentheorie von Marx und Engels*. Zuerst 1970. Frankfurt a.M.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen ›Normalarbeitsverhältnis‹ zu prekärer Beschäftigung seit 1973*. Berlin.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2018): Klasse – Vom Elefant im Raum zum Schlüssel politischer Mobilisierung? In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*. Nr. 116. S. 15–25.
- Mayer-Ahuja, Nicole/Bartelheimer, Peter/Kädtler, Jürgen (2012): *Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung* (Hg.): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht* S. 15–39. Wiesbaden.
- Mayer-Ahuja, Nicole/Nachtwey, Oliver (2021): Leistung, die sich nicht lohnt. Wie Arbeit in der Kohl-Schröder-Merkel Ära entwertet wurde. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 9. S. 115–122.

- Mazzucato, Mariana (2020): Das Wachstum in eine grüne Richtung umlenken. In: Vassiliadis, Michael/Kajsa, Borgnäs (Hg.): Nachhaltige Industriepolitik. Strategien für Deutschland und Europa. S. 76–101. Frankfurt a.M.
- Meiksins Wood, Ellen (2010): Demokratie contra Kapitalismus. Köln.
- Meiksins Wood, Ellen (2010b): Kapitalismus und soziale Rechte. In: SoZ+. S. 33–38. Köln.
- Meier, Marcus (2010): »Gewerkschaftsmäßig könnten die sich ja vor allem für Deutsche einsetzen«. Rechte Orientierungen unter jungen Gewerkschaftsmitgliedern. Frankfurt a.M.
- Meine, Hartmut/Schumann, Michael/Urban, Hans-Jürgen (Hg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg.
- Meine, Hartmut/Stoffregen, Uwe (2011): Wirtschaftsdemokratie als gewerkschaftliche Alternative zum Finanzmarktkapitalismus. In: Meine, Hartmut/Schumann, Michael/Urban, Hans-Jürgen (Hg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! S. 16–41. Hamburg.
- Menz, Wolfgang (2022): Handlungsfähigkeiten und politisches Arbeitnehmer:innenbewusstsein. Plädoyer für eine Revitalisierung und Repolitisierung der Bewusstseinsforschung. In: Arbeits- und Industriesoziologische Studien. Hft. 1. S. 144 – 159.
- Menz, Wolfgang/Nies, Sahra (2021): Ansprüche an Arbeit, Krisen der Legitimität und interessenpolitische Mobilisierung. In: Kahrs, Horst (Hg.): Gesellschaftsbilder und Klassenhandeln. S. 10–43. Berlin.
- Mertens, Andreas (2004): Erziehung und Bildung im Denken Antonio Gramscis. Eckpunkte einer intellektuellen und politischen Praxis. In: Gramsci, Antonio: Erziehung und Bildung. Gramsci-Reader. S. 15–47. Hamburg.
- Milios, Jannis/Economakis, George (2014): Mittelklassen, Klassenstellung und politische Klassenposition. In: PROKLA. Heft 176. S. 403–423.
- Milios, Jannis/Economakis, George (2011): The Middle Classes, Class Places, and Class Positions: A Critical Approach to Nicos Poulantzas' Theory. In: https://www.researchgate.net/publication/233244304_The_Middle_Classes_Class_Places_and_Class_Positions_A_Critical_Approach_to_Nicos_Poulantzas%27s_Theory
- Mills, Charles Wright (2000): The Power Elite. Oxford.
- Misik, Robert (2019): Die falschen Freunde der einfachen Leute. Frankfurt a.M.
- Mohr, Katrin (2007): Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat. Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland. Wiesbaden.
- Moody, Kim (2001): Workers in a Lean World. Unions in the International Economy. London.
- Moody, Kim (2007): US Labor in Trouble And Transition. The Failure of Reform From Above, the Promise of Revival From Below. Chicago.
- Moody, Kim (2014): In Solidarity. Essays on Working-Class Organization in the United States. Chicago.
- Moody, Kim (2017): On New Terrain. How Capital Is Reshaping the Battleground of Class War. Chicago.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Frankfurt a.M.
- Mouffe, Chantal (2023): Eine Grüne demokratische Revolution. Linkspopulismus und die Macht der Affekte. Frankfurt a.M.

- Muldoon, James (2022): A socialist republican theory of freedom and government. In: *European Journal of Political Theory*. Hft. 1. S. 47–67.
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt a.M.
- Müller-Hilmer/Gagné, Jérémie (2018): Was verbindet, was trennt die Deutschen? Düsseldorf.
- Müller, Michael/Sommer, Jörg (2021): Die Sturzflut als Exempel. Wie wir endlich vom Wissen zum Handeln kommen. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 9, S. 85–92. Berlin.
- Müller-Jentsch, Walther (2006): Kapitalismus ohne Gewerkschaften? In: Brinkmann, Ulrich/Krenn, Karoline/Schief, Sebastian (Hg.): *Endspiel des Korporatismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas*. S. 169–181. Wiesbaden.
- Nachtwey, Oliver (2009): *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour*. Wiesbaden.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Frankfurt a.M.
- Nachtwey, Oliver/Wolf, Luigi (2013): Strategisches Handlungsvermögen und gewerkschaftliche Erneuerung im Dienstleistungssektor. In: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. S. 179–198. Frankfurt a.M.
- Naphtali, Fritz (1969): *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Frankfurt a.M.
- Neckel, Sighard (2008): *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Neckel, Sighard (2023): Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Hft. 4. S. 47–56.
- Negt, Oskar (1987): *Keine Demokratie ohne Sozialismus*. Frankfurt a.M.
- Neuendorff, Hartmut (1980): Der Deutungsmusteransatz zur Rekonstruktion der Strukturen des Arbeiterbewußtseins. In: Braun, Karl-Heinz (Hg.): *Kapitalistische Krise, Arbeiterbewußtsein, Persönlichkeitsentwicklung*. S. 27–52. Köln.
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen (2016): Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Hft. 2. S. 267–284.
- Nonhoff, Martin (2007): Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung. In: Ders. (Hg.): *Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. 7–24. Bielefeld.
- Nölke, Andreas (2018): *Linkspopulär. Vorwärts handeln, statt rückwärts denken*. Frankfurt a.M.
- Nölke, Andreas (2018b): Politische Irrwege beim Umgang mit dem Rechtspopulismus – und eine linkspopuläre Alternative. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek (Hg.): *Arbeiterbewegung von rechts?* S. 325–336. Frankfurt a.M.
- O'Connor, James (2021): Capitalism, nature, socialism: A theoretical introduction. In: Brownhill, Leigh/Engel-Di Mauro, Salvatore/Giacomini, Terran/Isla, Ana/Löwy, Michael/Turner, Terisa E. (Hg.): *The Routledge Handbook on Ecosocialism*. S. 15–31. London.

- Oesch, Daniel (2007): Soziale Schichtung in der Schweiz und in Deutschland. In: *Widerspruch*, Hft. 52. S. 59–74.
- Oesch, Daniel (2008): The changing shape of class voting. An individual-level analysis of party support in Britain, Germany and Switzerland. In: *European Societies*. Nr. 3. S. 329–355.
- Oesch, Daniel (2015): Welfare regimes and changes in the employment structure: Britain, Denmark and Germany since 1990. In: *Journal of European Social Policy*. Vol. 25. S. 94–110.
- Offe, Claus (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt a.M.
- Offe, Claus (2006): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Veränderte Neuausgabe. Frankfurt a.M. und New York.
- Offe, Claus (2018): Sozialökonomie des Arbeitsmarktes: primäre und sekundäre Machtgefälle. In: Ders. (Hg.): *Macht und Effizienz. Studien zur kapitalistischen Rationalisierung der Arbeit*. S. 3–43. Zuerst 1984. Wiesbaden.
- Offe, Claus (2019): *Der Wohlfahrtsstaat und seine Bürger*. Wiesbaden.
- Offe, Claus/Ronge, Volker (1976): Thesen zur Begründung des Konzepts des »kapitalistischen Staates« und zur materialistischen Politikforschung. In: Altwater et al.: *Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns. Zehn Thesen*. S. 54–71. Frankfurt a.M..
- Owetschkin, Dimitrij (2016): Vom Verteilen zum Gestalten: Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung in der westdeutschen Automobilindustrie nach 1945. Bielefeld.
- Parker, Mike (2017): Management-By-Stress. In: <https://catalyst-journal.com/vol1/no2/management-by-stress-parker>
- Patel, Raj/Moore, Jason W. (2018): *Entwertung. Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen*. Berlin.
- Pelizzari, Alessandro (2009): Dynamiken der Prekarisierung. Atypische Erwerbsverhältnisse und milieuspezifische Unsicherheitsbewältigung. Konstanz.
- Perez, Carlotta (1998): Neue Technologien und sozio-institutioneller Wandel. In: https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:qUFjQf6FaJ8J:https://www.lindenthal-institut.de/in-dex.php/kondratieffs-zyklen-der-wirtschaft.html%3Ffile%3Dtl_files/WebsiteContent-Johan-nes/o5%2520Beitraege%2520ound%2520Audio/alte%2520Texte/PDFs%2520omit%2520eige-nem%2520Layout/PDF/Kondratieffs_Zykle_n_der_Wirt-schaft/Perez98.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de&client=firefox-b-ab
- Perez, Carlotta (2010): Technological revolutions and techno-economic paradigms. In: *Cambridge Journal of Economics*. Hft. 34. S. 185–202.
- Pickel, Susanne (2019): Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hg.): *Die Bundestagswahl 2017*. S. 145–175. Wiesbaden.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M.
- Poulantzas, Nicos (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*. Berlin.
- Poulantzas, Nicos (1980): Marxismus zwischen Sozialdemokratie und »realem Sozialismus«. In: Bischoff, Joachim/Kreimer, Jochen (Hg.): *Annäherungen an den Sozialismus. Strategien eines dritten Wegs zum Sozialismus*. S. 55–75. Hamburg.

- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.
- Poulantzas, Nicos (2008): On the Popular Impact of Fascism. In: Martin, James (Hg.): *The Poulantzas Reader*. S. 258–269. London.
- Poulantzas, Nicos (2015): *Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien*. Frankfurt a.M.
- Priester, Karin (2012): *Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon*. Frankfurt a.M.
- Projekt Klassenanalyse (1973): *Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Erster Teil. Theoretische Grundlagen und Kritiken*. Berlin.
- Pühringer, Stephan/Beyer, Karl. M./Kronberger, Dominik (2021): *Soziale Rhetorik, neo-liberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD*. Frankfurt a.M.
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland rechts außen*. München.
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022): *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München.
- Rackwitz, Hans (2022): Der ökologische Gesellschaftskonflikt als Klassenfrage: Konvergenzen, Divergenzen und Wechselwirkungen von Klassen- und Naturverhältnissen. In: Graf, Jakob/Lucht, Kim/Lütten, John (Hg.): *Die Wiederkehr der Klassen Theorien, Analysen, Kontroversen*. S. 91–122. Frankfurt a.M.
- Raphael, Lutz (2019): *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Frankfurt a.M.
- Räthzel, Nora (2019): Mosaik-Linke, Hegemonie und die Frage von Arbeit und Natur. In: *Das Argument*. Hft. 331. S. 70–80.
- Rausch, Thomas (1999): *Zwischen Selbstverwirklichungsstreben und Rassismus. Soziale Deutungsmuster ostdeutscher Jugendlicher*. Opladen.
- Rehder, Britta (2003): *Betriebliche Bündnisse für Arbeit in Deutschland. Mitbestimmung und Flächentarif im Wandel*. Frankfurt a.M.
- Rehder, Britta (2016): Konflikt ohne Partnerschaft? Arbeitsbeziehungen im Dienstleistungssektor. In: *Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management*. Hft. 3. S. 366–373.
- Reimer, Nick/Staud, Toralf (2021): *Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird*. Köln.
- Reinfeldt, Sebastian (2013): *»Wir für euch«. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise*. Münster.
- Riexinger, Bernd/Becker, Lia (2018): For the many, not the few. Neue Initiative für sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie. In: Demirovic, Alex (Hg.): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. S. 118–140. Münster.
- Riexinger, Bernd (2020): *System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal. Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können*. Hamburg.
- Rilling, Rainer (2011): Wenn die Hütte brennt... Energiewende, green new deal, grüner Sozialismus. In: <https://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/5415969.html>

- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*. Nr. 70. S. 237–254.
- Roberts, Michael (2016): *The Long Depression. How it Happened, Why it Happened, and What Happens Next*. Chicago.
- Rossanda, Rossana (1975): Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch. Frankfurt a.M.
- Rossanda, Rossana (1976): Einheit und Alternative. In: Rossanda, Rossana/Magri, Lucio (Hg.): *Der lange Marsch durch die Krise*. S. 114–142. Frankfurt a.M.
- Roßteutscher, Sigrid/Schäfer, Armin (2016): Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Nr. 3, S. 455–483.
- Sablowski, Thomas/Zeise, Fanny (2021): Hartz-IV heißt jetzt Bürgergeld. In: <https://zeit-schrift-luxemburg.de/artikel/hartz-iv-heisst-jetzt-burgergeld/>
- Sachweh, Patrick (2010): *Deutungsmuster sozialer Ungleichheit*. Frankfurt a.M.
- Salle, Grégory (2022): *Superyachten. Luxus und Stille im Kapitalozän*. Frankfurt a.M.
- Satgar, Vishwas (2019): Gegen Ökozid: für eine demokratische, ökosozialistische Politik. In: Dörre, Klaus/Schickert, Christine (Hg.): *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*. S. 157–164. München.
- Sauer, Dieter (1994): Entwicklungstrends industrieller Rationalisierung. In: IFS/INIFES/ IfS/SOFI (Hg.): *Jahrbuch sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1993*. Schwerpunkt: Produktionsarbeit. S. 13–26. München.
- Sauer, Dieter (2005): Arbeit unter (Markt-)Druck: Ist noch Raum für innovative Arbeitspolitik? In: *WSI-Mitteilungen*. Hft. 4. S. 179–185.
- Sauer, Dieter/Altmann, Norbert (1989): Zwischenbetriebliche Arbeitsteilung als Thema der Industriesoziologie. In: Altmann, Norbert/Sauer, Dieter (Hg.): *Systemische Rationalisierung und Zulieferindustrie. Sozialwissenschaftliche Aspekte zwischenbetrieblicher Arbeitsteilung*. S. 5–29. Frankfurt a.M.
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): *Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg.
- Schäfer, Claus (2012): Wege aus der Knechtschaft der Märkte. WSI-Verteilungsbericht 2012. In: *WSI-Mitteilungen*. Nr. 8. S. 589–600. Düsseldorf.
- Scherer, Klaus-Jürgen/Vilmar, Fritz (1985): *Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik*. Berlin.
- Schmidt, Alexander (2022): DIE LINKE im Sinkflug? In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*. Hft. 132. S. 114–125.
- Schröder, Martin (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEPpapers. Nr. 975. In: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf
- Schumann, Michael/Detje, Richard (2011): Demokratisierung der Wirtschaft ›von unten‹ – ein neuer Anlauf für Systemkorrekturen. In: Meine, Hartmut/Schumann, Michael/Urban, Hans-Jürgen (Hg.): *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!* S. 68–85. Hamburg.
- Serrano-Pascual, Amparo (2007): Reshaping Welfare States: Activation Regimes in Europe. In: Serrano-Pascual, Amparo/Magnusson, Lars (Hg.) *Reshaping Welfare States and Activation Regimes in Europe*. S. 11–35. Brüssel.

- Šik, Ota (1979): *Humane Wirtschaftsdemokratie*. Hamburg.
- Silver, Beverly (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin/Hamburg.
- Silver, Beverly (2013): *Theorising the Working-Class*. In: Atzeni, Maurizio (Hg.): *Workers and Labour in a Globalised Capitalism*. S. 46–69. Basingstoke.
- Simonis, Udo (2002): Vom »Green New Deal« zum »European Green New Deal«. WZB Discussion Paper. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2020/eme20-002.pdf>
- Smith, Tone (2021): Wie radikal ist der Green New Deal? In: PROKLA. Nr. 202. S. 9–30.
- Smith, Tony (1994): *Lean Production. A Capitalist Utopia?* Amsterdam.
- Sotiris, Panagiotis (2017): How to create a people? Rethinking resistance, solidarity and transformation in the European south. In: https://www.academia.edu/32070784/How_do_we_create_a_people_Rethinking_resistance_solidarity_and_transformation_in_the_European_South
- Spannagel, Dorothee (2015): *Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück*. WSI-Verteilungsbericht 2015. WSI-Report Nr. 26. Düsseldorf.
- Spannagel, Dorothee/Zucco, Aline (2022): *Armut grenzt aus*. WSI-Verteilungsbericht 2022. Düsseldorf.
- Spehr, Christoph (2012): *Volks-Autos und Kollontai-Höfe? Einstiege in den grünen Sozialismus 2030*. In: Zeitschrift LuXemburg, Hft. 3. S. 48–53. Hamburg.
- Stache, Christian (2017): *Kapitalismus und Naturzerstörung. Zur kritischen Theorie des gesellschaftlichen Naturverhältnisses*. Opladen/Berlin/Toronto.
- Steiner, André (2016): *Abschied von der Industrie? Wirtschaftlicher Strukturwandel in West- und Ostdeutschland seit den 1960er Jahren*. In: Plumpe, Werner/Steiner, André (Hg.): *Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960 bis 1990*. S. 15–55. Göttingen.
- Strasser, Johano/Traube, Klaus (1981): *Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus*. Bonn.
- Streeck, Wolfgang (2014): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt a.M.
- Strobl, Natascha (2021): *Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse*. Frankfurt a.M.
- Tanuro, Daniel (2015): *Klimakrise und Kapitalismus*. Frankfurt a.M.
- Ther, Philipp (2016): *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Frankfurt a.M.
- Therborn, Göran (1978): *What Does the Ruling Class Do When It Rules? State Apparatuses And State Power Under Feudalism, Capitalism And Socialism*. London/New York.
- Therborn, Göran (1987): *Auf der Suche nach dem Handeln. Geschichte und Verteidigung der Klassenanalyse*. PROKLA. Hft. 66, S. 128–161.
- Thien, Hans-Günter (2010): *Die verlorene Klasse. ArbeiterInnen in Deutschland*. Münster.
- Thompson, Edward P. (1979): *Die sittliche Ökonomie der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert*. In: Puls, Detlev (Hg.): *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten*. S. 13–81. Frankfurt a.M.
- Thompson, Edward P. (1980): *Volkskunde, Anthropologie, Sozialgeschichte*. In: Ders. (Hg.): *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. Und 19. Jahrhunderts*. S. 289–318. Frankfurt a.M.

- Trotzki, Leo (1981): Porträt des Nationalsozialismus. In: Deutscher, Isaac/Novack, George/Dahmer, Helmut (Hg.): Denksatz. Politische Erfahrungen im Zeitalter der permanenten Revolution. S. 202–212. Frankfurt a.M.
- Tullius, Knut/Wolf, Harald (2022): Mentalitäten in der Transformation. Erste Befunde am Beispiel einer »automobilen Arbeits- und Lebensweise«. In: AIS-Studien. Heft 1, S. 70–87. In: https://www.boeckler.de/pdf_fof/105131.pdf
- Tullius, Knut/Wolf, Harald/Vogel, Berthold (2023): Verblühende Landschaften? Automobile Mentalitäten in der Vielfachtransformation. In: Mittelweg 36. Hft. 2. S. 15–42.
- Urban, Hans-Jürgen (2011): Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts. In: Meine, Hartmut/Schumann, Michael/Urban, Hans-Jürgen (Hg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! S. 42–67. Hamburg.
- van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2018): Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? S. 337–354. Frankfurt a.M.
- Vehrkamp, Robert/Wegschaidt, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei den Bundestagswahlen 2017. Gütersloh.
- Venner, Dominique (2018): Für eine positive Kritik. Das Ende der alten Rechten. Dresden.
- Vester, Michael (2017): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Der Rechtspopulismus und die Potenziale politischer Mobilisierung. In: https://nrw.rosalux.de/fileadmin/ls_nrw/dokumente/Publicationen/Michael_Vester_Rechtspopulismus_soziale_Gerechtigkeit_18_M%C3%A4rz-2.pdf
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit. Hamburg.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.
- Vogel, Berthold (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg.
- Vöpel, Eva (2021): Warm anziehen. In: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/warm-anziehen/>
- von Lucke, Albrecht (2023): Gemeinsam nach unten: Das Elend der Ampel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Hft. 8. S. 5–8.
- Wacquant, Loic (2007): Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen.
- Wainwright, Hillary (2018): A New Politics from the Left. Cambridge.
- Wallace-Wells, David (2019): Ausblick auf das Höllenjahrhundert. Warum wir im Kampf gegen die Klimakrise keine Sekunde mehr verlieren dürfen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Hft. 11, S. 47–57.
- Wallis, Victor (2013): 400 Parts per Million and Class Struggle. <https://www.spectrezone.org/400-parts-million-and-class-struggle>
- Wallis, Victor (2018): Red-Green Revolution. The Politics and Technology of Ecosocialism. Toronto.
- Weber, Max (2005): Politik und Gesellschaft. Frankfurt a.M.

- Wehler, Hans-Ulrich (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 1949–1990. München.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart.
- Wenz, Leonie/Kuik, Friderike (2022): Ökonomische Risiken. Über die Folgen der Klimakatastrophe für die Wirtschaft. In: Wiegandt, Klaus (Hg.): 3 Grad mehr. Ein Blick in die drohende Heizeit und wie uns die Natur helfen kann, sie zu verhindern. S. 93–122. München.
- Wienold, Hanns (2010). Die Gegenwart der Bourgeoisie. Umriss einer Klasse. In: Thien, Hans-Günter (Hg.): Klassen im Postfordismus. S. 235–287. Münster.
- Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg.
- Williams, Raymond (1989): Resources of Hope. Culture, Democracy, Socialism. London.
- Wirsching, Andreas (2006): Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982 – 1990. München.
- Wissen, Markus (2021): Steilvorlage für die LINKE? In: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/steilvorlage-fuer-die-linke/>
- Witt, Uwe (2021): Auf Kante genäht. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/auf-kante-genaecht/>
- Wittmann, Klaus-Peter (1985): Industriesoziologie und Politik am Beispiel von »Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein«. In: Kern, Horst/Schumann, Michael: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. S. 323–350. Frankfurt a.M.
- Wolf, Winfried (2000): Fusionsfieber. Oder: Das große Fressen. Globalisierungsmythos – Nationalstaat – Wirtschaftsblöcke. Köln.
- Wolf, Harald (2018): Arbeiterbewegung von links? Gerechtigkeit, Rationalität und Privatismus in der Arbeitswelt. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? S. 157–168. Frankfurt a.M.
- Womack, James P./Jones, Daniel T./Roos, Daniel (1992): Die zweite Revolution in der Autodustrie. Zuerst 1990. Frankfurt a.M.
- Wright, Eric Olin (1979): Class, Crisis and the State. London.
- Wright, Eric Olin (1985): Classes. London.
- Wright, Eric Olin (2000): Working-Class Power, Capitalist-Class Interests, and Class Compromise. In: American Journal of Sociology, Nr. 4. S. 957–1002. Chicago.
- Wright, Eric Olin (2005): Foundations of a neo-Marxist class analysis. In: Ders. (Hg.): Approaches to Class Analysis. S. 4–30. London.
- Wright, Eric Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Frankfurt a.M.
- Wright, Eric Olin (2019): Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert. Hamburg.
- Ypsilanti, Andrea (2017): Und morgen regieren wir uns selbst. Eine Streitschrift. Frankfurt a.M.
- Zagelmeyer, Stefan (2001): Brothers in Arms in the European Car Wars: Employment Pacts in the EU automobile industry. In: Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management. Hft. 2. S. 149–179.
- Zanker, Claus (2018): Branchenanalyse Logistik. Der Logistiksektor zwischen Globalisierung, Industrie 4.0 und Online-Handel. Düsseldorf.
- Zelik, Raul (2020): Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Frankfurt a.M.

- Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München.
- Zeuner, Bodo/Gester, Jochen/Fichter, Michael/Kreis, Joachim/Stöss, Richard (2007): Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregung für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften Münster.
- Zucco, Aline/Özerdogan, Anil (2021): Verteilungsbericht 2021. Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht. WSI-Report Nr. 69. Düsseldorf.
- Zoll, Rainer 1984 (Hg.): ›Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!‹ Arbeiter in der Wirtschaftskrise. Köln.
- Zoll, Rainer (1981): Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise. Köln.

